OESTERREICHS BEDRÄNGER

Die Los-von-Rom Bewegung.

Studien über politische, religiöse
und sociale Zustände der Gegenwart

von

RUDOLF VRBA.



PRAG 1903.

Selbstverlag.

In Commission: FR. ŘIVNÁČ, Buchhandlung
Prag II., Graben, Palais der Landesbank.

Druck der „Politik“ in Prag.

Vorwort.

Nach statistischen Schätzungen wird die Erde jetzt rund von 1660 Millionen Menschen bewohnt. Davon entfallen auf Asien rund 840, Europa 390, Afrika 180, Amerika 150, Australien und übrige Länder 7 Millionen Menschen. Diese grosse Menschenfamilie zerfällt in verschiedene Racen und zahlreiche Völker. Die Unterschiede der Menschenracen beziehen sich auf den Wuchs, Körperbildung und geistige Begabung.

Die christliche Religion sagt, dass das ganze Menschengeschlecht von einem einzigen Menschenpaare abstamme, dass alle Menschen in ihrem Wesen einander gleich sind. Jede Behauptung, dass eine Nation oder Race berufen sei über eine andere zu herrschen, andere auszubeuten angeblich aus dem Grunde, weil die und jene Race, das und jenes Volk »minderwerthig« sei, also von anderen angeblich höher stehenden beherrscht und ausgebeutet werden könne oder gar solle, ist wider die christliche Religion, ist heidnischen Ursprungs. Die Geschichte ist voll von blutigen Seiten, welche uns Belege geben, wie ganze Völker ausgerottet wurden. Die Indianer wurden in Amerika bis auf wenige Ueberreste von der weissen Raçe vollständig vernichtet. In Armenien herrscht seit dem Jahre 1896 ein ununterbrochenes systematisches Morden der Armenier von Seite der Türken, auch das kleine Volk der Boeren in Südafrika sollte von den Engländern ausgerottet werden, die gelbe Raçe will in ihrem Gebiete keinen Weissen dulden. Wir sehen, dass unter dem Schlagwort, dass das eine Volk berufen sei das andere zu beherrschen, die furchtbarsten Blutmetzeleien und grässlichsten Gräuel auf der Erde verübt werden. Sollte das Bestreben gewisser »Herrenvölker« die Erde unter sich zu vertheilen weiter um sich greifen, würden die kleineren Nationen dem Tode geweiht sein. Aber Gott der Heerschaaren,

vor dessen Antlitz tausend Jahre wie ein Tag sind, welcher die zahlreichen Völker und ihre Sprachen entstehen liess, lenkt auch weiter die Geschicke des Menschengeschlechtes.

Er hat schon stolze Völker und Reiche von ihrer Höhe gestürzt und verschwinden gemacht. Vorliegende Arbeit verfolgt keinen anderen Zweck, als die christliche Idee, dass es keine Völker, die berufen wären angeblich wegen ihrer höheren Eigenschaften, die sie sich nur selbst zusprechen, über andere zu herrschen, von rechtswegen nicht geben dürfe, darzuthun und zu verbreiten.

Wenn unter den Menschen das Gebot Christi: »Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst« verschwinden oder nur auf jene beschränkt bleiben sollte, die sich mit gleicher Nationalität ausweisen können, dann wird es zu solchen Umwälzungen und Kämpfen kommen, dass gegenseitige Ausrottung das Ende sein wird. Damit wird aber die Erde verwüstet und der Sieger ist selbst nicht sicher, ob er von einer anderen kräftigeren Race überwunden wird. Schon jetzt werden Stimmen laut, dass Europa sehr leicht der gelben Raçe zur Beute fallen könne. Also wäre es den Predigern der berüchtigten Herrenmoral sehr anzurathen, sie möchten sich etwas bescheidener geberden, denn es könnte einmal der Tag kommen, wo an ihnen selbst die Herrenmoral zur That werden könnte und das von einer Seite, von welcher es ihnen am wenigsten wünschenswerth erscheinen würde.

Smichov-Prag, 1. April 1903.

Rudolf Vrba.

I. Die Nationalitätenpolitik bei den alten klassischen Völkern, vornehmlich bei den Römern.

Um die herrschenden Strömungen der Gegenwart zu verstehen, ist es sehr nützlich auf die mächtigen Völker vor Christi zurückzugreifen. Es ist nichts neues unter der Sonne. So auch das Streben grosser Völker und Staaten alles zu erobern und alles für sich zu okkupieren. Zudem geben auch die riesig entwickelten Kommunikationsmittel, Eisenbahnen, Dampfschiffe, Telegraphen und Kabel die Möglichkeit Zeit und Entfernung auf das mindeste Mass herabzudrücken, somit sind Bildungen von grossen Staaten sehr dadurch begünstigt. Man sehe England, Russland und Nord-Amerika an. Das haben die alten Völker nicht gekannt. Die antike Welt hat nur ein grosses Staatengebilde erlebt, das Römerreich. Die Römer waren ein Räubervolk im wahrsten Sinne des Wortes, ihre Geschichte ist nur Raub und Unterjochung besiegter Völker. Als das römische Reich die grösste Ausdehnung unter den Kaisern erreichte, waren die Cäsaren darauf bedacht, dem ganzen Reiche ein einheitliches Gepräge zu geben, es war dies der erste centralistische Staat im heutigen Sinne. Das Bemühen der Cäsaren die unterjochten Nationalitäten zu brechen oder ihre Unterschiede wesentlich abzuschleifen, war fast vom völligen Erfolge begleitet. Die Völker verloren ihre angestammte Kraft, nur die Juden und die alten Aegypter widerstanden der Entnationalisierung, die Germanen und Slaven waren zu weit von Rom entfernt. Das ganze damalige römische Europa, also das heutige Italien, Spanien, Frankreich, ein Theil der Alpenländer, ein Theil Englands und der Balkanhalbinsel, sowie der Süden Ungarns, ganz Nordafrika, kurz, wo die Macht der römischen Kaiser

hinreichte, herrsche römische Sprache und Sitte, der Orient aber war hellenisch, hier herrschte das Griechische, welches bis an die Ufer des Indus verstanden wurde. Selbst im westlichen Theile des römischen Reiches war Griechisch die Sprache der Gebildeten. Die Römer liessen es sich aber nicht nehmen, auch im Orient alle amtlichen Edikte in lateinischer Sprache zu verlautbaren, Latein war die Staatsprache, ihr mussten sich auch die stolzen Hellenen fügen und bei Amtshandlungen und Gerichten sich eines Dolmetschen bedienen, falls sie des Lateinischen nicht mächtig waren. Im ganzen römischen Reiche bedienten sich sämmtliche Verwaltungsbehörden, der Gerichtsapparat und die Armee der officiellen Sprache, des Latein. Plutarch behauptete, dass alle Menschen Latein sprechen. Kaiser Claudius beraubte einen Abgeordneten aus Lycien des römischen Bürgerrechtes, weil er des Latein nicht mächtig war.

Bei den Griechen war der Inbegriff aller Pflichten des Bürgers: mit seiner ganzen Persönlichkeit im Staate aufzugehen. Alles sei gerecht, was dem Staate fromme. Alle Griechen, verbunden durch die Gemeinsamkeit der Sprache, Sitten und Götterwesen fühlten sich im Gegensatze zu den Nichtgriechen, den Barbaren, als ein über alle bevorzugtes Volk. Sokrates sprach die allgemeine Meinung der Nation aus, wenn er den Göttern täglich dankte, dass er Mensch und nicht Thier, Mann und nicht Weib, Grieche uud nicht Barbar sei. Zwischen Griechen und Barbaren gab es nothwendig nur Feindschaft, der Grieche war von den Göttern dazu berufen, über alle Barbaren zu herrschen. Es galt nur das Recht des Stärkeren und Thukidides betont ausdrücklich, dass es echt menschlich sei, Andere zu unterdrücken, dass man selbst nicht unterdrückt werde. Perikles sagte vor den Athenern, dass man den Hass Anderer verachten solle, wenn man nur von ihnen gefürchtet werde. Die Römer hatten folgende Merkmale. Sie assimilierten fast alle Völker, die mit ihnen in Berührung kamen. Ihre Selbstsucht kannte kein anderes Ziel als die Weltherrschaft. Sie überwanden die Völker, weil sie den Erfolg und Gewinn des

Ganzen, des Staates stets dem eigenen Priwatgewinn, persönlicher Lust und Bequemlichkeit unterordneten. Geiz und Habsucht bildeten die Grundlage des römischen Charakters. Die Kriege wurden nicht etwa um die Ehre und den Ruhm, sondern der Eroberung willen geführt, sie dienten als Hauptquelle der Bereicherung. Alles öffentliche und private Leben der Römer war auf dem römischen Rechte aufgebaut. Die Grundlage dieses Rechtes ist der schroffste Begriff von Mein und Dein, also dem Privateigenthum. Der Entstehungsgrund des Rechtes ist das Nehmen mit der Hand, die Mancipation, also die Stärke des eigenen beutemachenden Armes. Recht ist, was mit der Gewalt vertheidigt werden kann, so lehrten die Römer vor zweitausend Jahren und früher und nach diesem Grundsatze wird heute noch vorgegangen, man sehe nur die Vernichtung der südafrikanischen Boerenrepubliken durch den englischen Raubzug. Was die Römer den besiegten Völkern abnahmen, das hielten sie für ihr Eigenthum.

Nach der Ansicht antiker Völker standen sich Menschen, die nicht zu demselben Staate gehörten, als „Hostes“ — Feinde — einander gegenüber. Zwischen Römern und Nichtrömern galt nur das Recht des Stärkeren, genau so wie es heute die Alldeutschen gegen nichtdeutsche Völker in die Welt proklamieren.

II. Römer und Juden.

Ein seltenes Schauspiel nationalen Zweikampfes bietet die Unterjochung der Juden durch die Römer. Hyrkan II. und Aristobul, Söhne der Salome, riefen einander sich befehdend die Römer zu Hilfe. Im J. 63 kam dann auch Pompejus vor die Mauern Jerusalems, eroberte die Stadt, betrat mit seinem Stabe den Tempel, drang selbst in das Allerheiligste ein, wohin bisher noch kein Nichtjude gedrungen war. Römer und Juden waren überzeugt, dass sie zum Herrschen über andere Nationen von der Gottheit auserwählt seien. Herodes, der römische Vicekönig, wüthete denn 37 Jahre lang über dem Judenvolke, wie oft trachtete man ihm nach dem Leben, so oft nahm er furchtbare

Rache an den Juden, die er zu Hunderten hinrichten liess. Am Haupteingange des Tempels liess er einen goldenen römischen Adler befestigen, um die Juden zu verhöhnen. Die heiligen Gewänder, die der Hohepriester an den hohen Festtagen trug, nahm Herodes in seinen Gewahrsam und gab sie nur heraus, wenn sie gebraucht wurden. Der Steuerdruck der Römer war so grausam, dass die Steuerpächter und Zöllner von den Juden gemieden und als Auswurf angesehen wurden. Die Tempelsteuer mussten die Juden jetzt dem Jupiter Capitolinus nach Rom zahlen. Sie wurde mit schamloser Härte eingetrieben. Suctonius sagt, dass ein 90jähriger Greis untersucht wurde, ob er Jude sei und die Jupiter-Tempelsteuer zu zahlen habe. Die Juden erhoben sich nun, wurden aber von den Römern grausam niedergeschlagen, das Land wurde verwüstet, tausend kleinere Ortschaften und 50 grössere Städte dem Erdboden gleichgemacht, 480 Synagogen wurden zerstört und weit über eine halbe Million jüdischer Kämpfer von den Römern getödtet. Das geschah gegen Ende des ersten Jahrhundertes nach Christus, die römische Weltherrschaft hat damit ihren Abschluss erlangt. Das römische Reich umfasste sämmtliche Länder und Gebiete um das mittelländische Meer und zählte circa 50 Millionen Menschen, Rom allein zählte etwa 2 Millionen Menschen. Der Sturz dieses Reiches war bedingt aus vielfachen Gründen. Der grösste davon war der, dass die Römer zur Zeit der Nerone, Caligulas etc. vollständiger Sittenlosigkeit sich hingaben und dann ging die Kraft dieses Volkes vollständig in Brüche.

III. Die Bildung von grossen Nationalstaaten in neuester Zeit.

Heute nach zweitausend Jahren sind römisch-heidnische Anschauungen im Völkerrecht wiederum massgebend. Ländergier und Eroberungssucht sind zu einer Epidemie geworden, welcher mächtige Völker und Staaten jetzt huldigen. Diese Erscheinung, die im politischen Leben der Völker gegenwärtig so stark hervortritt, erhielt in Amerika und England

den bezeichnenden Namen: Imperialismus. Das Wort erinnert an das antike imperium romanum. So wie die Römer im Alterthum die Herren über den grössten Theil der damals bekannten Welt waren, so streben die Grossmächte derzeit, jede für sich, nach der Weltherrschaft. Uebrigens kann in dieser Beziehung nicht nur das alte römische Reich als Vorbild dienen. Expansive Politik wurde zu allen Zeiten betrieben, vielleicht schon lange vor Errichtung des assyrischen Reiches, aber niemals, mit Ausnahme des ersten Napoleon, hat das Streben nach Macht so grossartige Proportionen angenommen, als in unserer Zeit und selten ist es wohl so unverhüllt in Gegensatz zu jedem Rechtsgefühl getreten.

Dieses Streben nach Macht erscheint unter verschiedenen Formen; doch ist der englische Imperialismus am typischesten. Ueber seinen Zweck und seine Berechtigung werden seit einiger Zeit in englischen Zeitschriften lebhafte Discussionen geführt; denn in England werden seit jeher alle socialen und politischen Fragen einer genauen Prüfung und Erörterung unterzogen. Der englische Imperialismus ist sozusagen verkörpert in der Person des Colonialministers Josef Chamberlain, der in früheren Jahren ein hervorragender Geschäftsmann und werkthätiger Förderer der Stadt Birmingham war. Als er 1876 in einem Alter von vierzig Jahren ins Unterhaus gewählt wurde, war er ein Anhänger Gladstone's und stark socialistisch angehaucht. Die irländische Homerule-Frage wurde die Veranlassung, dass er seine politischen Ansichten änderte. Die Mängel und Uebelstände in der Verwaltung Irlands entgingen ihm allerdings nicht, aber die Erhaltung der Reichseinheit erschien ihm als Hauptbedingung für Zugeständnisse an die irische Nationalpartei. Er sagte sich daher 1886 von Gladstone los und wurde Imperialist. Das beste Mittel zum Schutze des Reiches und zur Hebung des Wohlstandes desselben erblickte er in einem Handels- und Vertheidigungsbündnisse mit den sich selbst regierenden Colonien, sowie in der Ausdehnung der englischen Herrschaft über möglichst weite Gebiete. Gelegentlich einer Reise nach Canada

lernte er Nordamerika kennen, was nebst seiner Verheirathung mit einer Amerikanerin dazu beitrug, in ihm jene gewissen pananglikanischen Tendenzen wachzurufen, für die er unzählige Male mit grösstem Erfolge Propaganda machte. Nachdem er 1895 Staatssekretär für die Colonien geworden, war er unablässig bemüht, für eine Annäherung der Colonien an das Mutterland zu wirken und seine vielseitig verdammte Haltung in der Transvaalfrage beruht jedenfalls hauptsächlich auf seiner ausgeprägt imperialistischen Anschauungsweise, weniger auf Rücksichtslosigkeit im Charakter oder auf Privatinteressen. Sein Ziel ist die Centralisirung des grossbritannischen Reiches auf Grundlage eines Zoll- und Defensivbündnisses zwischen Mutterland und Colonien. Ausser dieser Centralisation des Reiches schwebt ihm als weiteres wünschenswerthes Ziel ein künftiger Pananglikanismus vor, der durch den Anschluss der Vereinigten Staaten an das britische Weltreich verwirklicht werden soll.

Die Leidenschaftlichkeit, mit welcher Chamberlain's Ideen in den hervorragenden englischen Zeitschriften immer und immer wieder erörtert werden, ist ein Beweis dafür, dass die Sache keine blosse theoretische Frage ist. Auf dem Imperialismus beruht ja nicht nur die Entwicklung der politischen, sondern auch die der socialen Verhältnisse des Inselreiches. Es handelt sich um die ganze Zukunft des englischen Volkes. Die grösste Schwierigkeit für die Verfechter des Imperialismus bildet die Lösung der Frage, welche Stellung die Colonien zum Mutterlande einnehmen sollten oder würden, nachdem sie durch gemeinsame Verpflichtungen und Interessen an dasselbe gekettet wären. Müssten die Colonien die Lasten des Mutterlandes mit tragen, so müssten sie billigerweise auch durch Repräsentanten theilnehmen dürfen an der Entscheidung von Fragen, die das Reich betreffen. In der Juli-Nummer 1900 von „The Quarterly Review“ fordert ein Artikelschreiber die Errichtung eines „Imperial concil“, eines Reichsrathes, in welchem die Colonien geradeso wie das Mutterland vertreten sein sollten. Ein anderer Artikelschreiber bestreitet in der Juli-Nummer von „The Edinburgh Review“ dagegen

die Möglichkeit und den Nutzen einer solchen Reichsrepräsentation; die Engländer sollen nicht zugeben, dass Männer aus anderen Ländern an den Erwägungen und Beschlüssen über Gesetze und sociale Einrichtungen theilnehmen, eher solle das Alte mit all seinen Mängeln weiter bestehen. Hie und da findet man aber auch Äusserungen gegen den Imperialismus. So enthielt die November-Nummer der „Westminster Review“ (1900) einen scharfen Artikel „Imperialism in extremis, alias shabby Imperialism“, dessen Verfasser sich mit Abscheu gegen ein politisches System wendet, welches Macht vor Recht gelten lässt. Er sagt: Englands imperialistische Politik sei eine Serie von Verbrechen und Fehlern gewesen; grobe Selbstsucht sei ihr zu Grunde gelegen; sie sei eine Politik der Raub- und Mordlust gewesen. In China haben die Engländer ihr Opium eingeführt, wodurch einige englische Kapitalisten sich bereicherten, während die Bevölkerung Chinas demoralisirt wurde. In Indien habe die englische Staatskunst in einem Aussaugungssystem bestanden, dessen Früchte sich in der Hungersnoth zeigen, die Jahr und Jahr fürchterliche Opfer in dem von der Natur so reich ausgestatteten Lande fordere. In Afrika und auf Irland feiere die englische Politik ebenso traurige als schimpfliche Triumphe. Die inneren Verhältnisse Englands werden ganz und gar vernachlässigt. Das Grundbesitzsystem werde unverrückt beibehalten mit all seinen verhängnissvollen socialen und ökonomischen Konsequenzen; ebenso dürfen andere Misstände fortbestehen. Der Verfasser des Artikels fordert darum, dass ganz neue Bahnen eingeschlagen werden müssen. Die Bewohner des Reiches ausserhalb Englands müssen sich frei nach eigenem Gutdünken entwickeln dürfen. England müsse zufrieden sein mit seinem mehr als hinreichend grossen Gebietsumfang und von weiteren Eroberungen ablassen. England müsse anderen Mächten vorangehen als Muster moralischer Stärke und gesunder Vernunft, indem es Wege einschlägt, die nicht zu Arsenalen und Marinestationen führen, sondern zu freundschaftlichen Verbindungen zwischen den Menschen und zur Auffindung von Mitteln zur Erleich-

terung und Verschönerung des menschlichen Lebens. Der Imperialismus hat bekanntlich auch in den Vereinigten Staaten Wurzel gefasst, wiewohl die weiten Gebiete der Republik ihren Bewohnern hinlänglich Gelegenheit zur Ausbreitung und Thätigkeit bieten. So schreibt in der September-Nummer von „The Nineteenth Century“ (1900) der Amerikaner Bladley Martin über „Amerikanischen Imperialismus“: „Die Philippinen sollen für die Vereinigten Staaten die Brücke werden nach dem chinesischen Handelsmarkte. Die imperialistische Politik wird uns erweiterte Interessen bringen und zugleich wie ein Sicherheitsventil wirken, welches unsere überflüssige Energie ableitet.“ Dass die imperialistische Staatskunst Verwüstung und Unglück über die Völker bringen würde, die nicht das Glück haben, der angelsächsischen Race anzugehören, das kümmert die Verfechter des Imperialismus nicht; die befassen sich überhaupt nicht mit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung oder tieferen Untersuchung des fraglichen Staatsproblems. Ihre Aufsätze sind meistens nur eine Art Programmartikel, die in kurzer Form und entschiedener Sprache die Vortrefflichkeit des Systems klar zu machen suchen. Der Imperialismus charakterisirt sich dadurch, dass Staats- und Nationalinteresse Hand in Hand gehen, ohne alle Rücksicht auf Humanitäts- und Rechtsgefühl. Dass ein solches System Opposition wecken muss, ist klar, aber diese ist erst in Bildung begriffen und wird durch die Machtmittel der Regierenden an energischem Auftreten gehindert.

Unsere Zeit ist denn auch diesen Bestrebungen sehr günstig. Während die Römer annektierte Länder durch Anlegung von Reichsstrassen ihrer Macht anzuketten genöthigt waren, sind heute Zeit und Raum wesentlich verringert durch Eisenbahnen und Dampfer. Zu dem stellt sich noch der oberirdische und unterseeische Telegraph, der es ermöglicht, dass von einem Centrum aus mächtige Staatsgebilde geleitet werden können. Englands Weltherrschaft ist schwer denkbar ohne seine unterseeischen Kabeltelegraphen, mit denen es die ganze Welt umzingelt hat. Ist doch

Afrika allein dreifach vom englischen Kabel umgeben.

Die Eisenbahnen der Erde bieten jetzt folgendes Bild dar. Das Anlagekapital der Eisenbahnen der Erde wird auf rund 155½ Milliarden Mark berechnet. Eine Rolle von Zwanzig-Markstücken, die diesen Betrag enthielte, würde, wie das Archiv dazu bemerkt, eine Länge von etwa 10.900 Kilometer haben, und zu ihrer Verladung würden etwa 6220 Eisenbahnwagen von je 10.000 Kilogramm Tragfähigkeit erforderlich sein. Die ersten Eisenbahnen wurden eröffnet in England im Jahre 1825; 10 Jahre später, im Jahre 1835, folgten Deutschland und Belgien. Die letzten europäischen Staaten waren Rumänien, das 1870, und Serbien, das erst 1884 eine Eisenbahn eröffnet hat. Im Jahre 1840 hatte man in Europa 2925 Kilometer Eisenbahnen in Betrieb; im Jahre 1860 waren es rund 52.000 Kilometer, 1880 bereits 169.000 und Ende des verflossenen Jahrhundertes 283.525 Kilometer. In den übrigen vier Erdtheilen und auf der gesammten Erde entwickelte sich, Kilometer-Betriebslänge gerechnet, das Eisenbahnnetz in diesen Zeitabschnitten in folgenden Sprüngen:

	1840	1860	1880	1900
Amerika . . .	4754	53.935	174.666	402.171
Asien . . .	—	1.393	16.287	60.301
Afrika	—	455	4.646	20.114
Australien . .	—	367	7.847	24.014
Gesammte Erde	7679	108.012	372.429	790.125

In dieser Uebersicht fällt namentlich die sprunghafte Entwicklung des amerikanischen Eisenbahnwesens auf, das an Betriebslänge im Jahre 1860 noch hinter dem europäischen Eisenbahnnetz zurückstand, es aber bis Ende 1880 bereits um 5000 Kilometer überholte und ihm Ende des Jahrhundertes, obwohl das europäische Netz um rund 114.000 Kilometer sich vergrösserte, um weitere 120.000 Kilometer voraneilte. An dieser staunenswerthen Entwicklung der amerikanischen Eisenbahnen sind in erster Linie die Vereinigten Staaten betheiligt: im Jahre 1860 waren sie hinter dem europäischen Netz um 2500 Kilometer

zurück, im Jahre 1880 war der Vorsprung Europas sogar 15.000 Kilometer. Am Ende des verflossenen Jahrhunderts hatten sie das „alternde Europa“ um 27.500 Kilometer überholt. In dieser rapiden Entwicklung des amerikanischen Verkehrswesens gerade in den letzten 20 Jahren ist die Erklärung zu suchen, warum sich der wirthschaftliche Wettbewerb der Vereinigten Staaten auf allen Gebieten den europäischen Staaten in so überraschender Weise fühlbar gemacht und sich bis zu einer Gefährdung der europäischen Industrie und Landwirthschaft entwickelt hat. Unter den einzelnen Staaten haben die Vereinigten Staaten von Amerika das grösse Eisenbahnnetz, 311.034 Kilometer; das zweitgrösste Netz hat Deutschland mit 51.391 Kilometer; darauf folgt das europäische Russland mit 48.107, Frankreich mit 42.827, Britisch-Ostindien mit 38.235, Oesterreich-Ungarn mit 36.883, Grossbritannien und Irland mit 35.186, Britisch-Nordamerika mit 28.697 Kilometer. Dazu kommt die ungeheuere Handelsflotte, welche die einzelnen durch Oceane getrennten Welttheile verbindet. Ende 1901 zählte die Handelsflotte der Welt 29.628 Schiffe und zwar sind das Fahrzeuge von 100 Tonnen aufwärts. Nach dem Raumgehalt sind sie vertheilt auf: Grossbritannien 14,431.072 Tonnen, Vereinigte Staaten von Amerika 3,337.156 Tonnen (nach Abzug der auf den grossen Seen beschäftigten Schiffe verbleibt indess für die eigentliche Seehandelsflotte nur ein Bestand von 1,342.913 Tonnen), Deutschland 3,138.568 Tonnen, Norwegen 2,632.757 Tonnen, Frankreich 1,519.922 Tonnen, Italien 1,159.082 Tonnen, Russland 800.334 Tonnen, Spanien 784.537 Tonnen, Japan 690,581 Tonnen, Schweden 690.581 Tonnen. Ende des 18ten Jahrhundertes betrug der Welthandel 6, Ende 1900 aber rund 90 Milliarden Mark. So hat das Verkehrswesen die Nationen der Welt einander gewaltig genähert.

Einzelne mächtige Staaten ringen auf diesem Gebiete nach der Weltherrschaft, die Gier nach Reichthum ist überal erwacht. Grosse Nationen wollen sich nach Art der alten Römer in den Provinzen bereichern. Der wirthschaftliche Kampf der Kulturstaaten der Erde ist in folgenden Zahlen ausgedrückt. Die Ein- und Ausfuhr betrug zusammen

	Jahr 1882	1900
	Millionen Mark	
England	12.039	15.323
Deutschland	6.323	10.377
Nordamerika	6.051	9.585
Frankreich	6.801	6.874
Niederlande	2.918	5.914
Russland	3.838	4.105
Belgien	2.376	3.173
Oesterreich-Ungarn	2.441	3.056
Italien	1.927	2.460
Schweiz	1.123	1.535
Indien	3.065	4.294
Australien	2.365	3.008
China	940	2.985
Japan	295	2.066

Zwei Drittel des gesammten Welthandels fallen auf Europa. Vier Fünftel des Welthandels werden auf dem Meere und nur ein Fünftel auf dem Festlande abgewickelt. Darnach kann man auch das Wort Kaiser Wilhelms taxiren: Deutschlands Zukunft sei auf dem Wasser.

Es ist erwähnt worden, dass sich der Gesammtwelthandel im Jahre 1900 auf 88 Milliarden Mark, im Jahre 1882 auf 61 Milliarden Mark belief. Da hiebei der Ein- und Ausfuhrhandel zusammen gemeint ist und bei dieser Berechnung jede Waare mindestens zweimal (als Ausfuhr des einen und als Einfuhr des anderen Landes) erscheint, stellt sich der Werth der im Welthandel wirklich umgesetzten Handelsgüter auf nur 44, beziehungsweise 30½ Milliarden Mark. Die Menge dieser Güter kann wegen der Verschiedenheit der statistischen Angaben der einzelnen Länder nicht berechnet werden. Da aber in älteren Zeiten fast nur Kostbarkeiten und feinere Genussmittel (Gewürze etc.) im internationalen Handel vorkamen, während jetzt sogenannte Massengüter (Getreide, Kohle u. s. w.) das Hauptkontingent stellen, so ergibt sich, dass die im Welthandel bewegten Waarenmengen noch beträchtlich mehr zugenommen haben als die Waarenwerthe. Scheidet man die Staaten in Industriestaaten und in solche mit vorwiegend landwirthschaft-

lichen Betrieben, so findet man, dass erstere vom Auslande hauptsächlich Nahrungs- und Genussmittel (Vieh und Rohmaterialen) zur Ernährung und Beschäftigung ihrer nach Millionen zählenden Arbeiterheere beziehen, während letztere in den Industriestaaten willkommene Abnemehr für ihre landwirthschaftlichen Produkte und ihre Rohstoffe finden und von ebendaher die Fabrikate beziehen, die sie selbst aus Mangel an einer höher entwickelten Industrie nicht herzustellen vermögen. Zu den Hauptrepräsentanten der ersten Gruppe (Industriestaaten) gehören Deutschland, die Vereinigten Staaten und England; aus der Gruppe der Länder mit vorzugsweise landwirthschaftlichen Betrieben ist vor allem Russland zu erwähnen. Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, das die Länder der Erde in einem unausweichlichen wechselseitigen Handelsverkehr stehen müssen, und dass es undenkbar ist, dass ein Land sich ganz unabhängig machen kann von fremden Märkten. Alle Mächte der Erde sind auf einander angewiesen und können weder die Zufuhr fremder Güter noch die fremden Absatzmärkte für ihre eigenen Erzeugnisse entbehren.

Das fieberhafte Streben nach Reichthum und Macht, nach Weltherrschaft und das Ansichreissen des Welthandels, dieser riesige Konkurrenzkampf der Nationen hat denn auch im Laufe des 19. Jahrhundertes die Stellung einiger Kulturstaaten vollständig verändert. Durch Aufhebung der Leibeigenschaft und Freigabe der Produktion, durch Entwickelung der Industrie ist zunächst die Bevölkerung einzelner Kulturstaaten in ungeahnter Weise angewachsen. Die Bevölkerung Europas ist nach Juraschek's Berechnung folgendermassen angewachsen:

	Jahr 1800	1900
	Millionen	Einwohner
Russland	38·8	106·8
Deutschland	24·5	56·3
Oesterreich-Ungarn	24·3	47·0
Frankreich	26·9	38·7
England	16·2	41·4
Italien	16·8	32·4

	Jahr 1800	1900
	Millionen Einwohner	
Spanien	11·5	17·7
Türkei	7·3	9·8
Schweden-Norwegen	3·2	7·3
Belgien	3·2	6·5
Portugal	3·0	5·9

Durch die europäische Auswanderung ist noch ein anderes gewaltiges Staatsgebilde gewachsen, Nord-Amerika. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas hatten im Jahr 1800 nur 5·3 Millionen Einwohner und zählten im Jahr 1900: 76·1 Millionen Menschen. Wir haben demnach die gewaltigen Staatsgebilde vor uns in England, Russland, Deutschland u. Nordamerika. Diese ringen den Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft, vorderhand jeder in seiner ihm zunächst gelegenen Macht- und Interessensphäre. Sehen wir uns ein wenig diese vier Grossmächte näher an.

England mit den Colonien hatte Ende des Jahres 1901 eine Ausdehnung von 28 Millionen Quadrat-Kilometer mit 389 Millionen Einwohnern. Russland hatte eine Ausdehnung von 22 Millionen Quadrat-Kilometer mit 131 Millionen Einwohnern. Vereinigte Staaten Nordamerikas 9·8 Millionen Quadrat-Kilometer mit 86 Millionen Einwohnern. Frankreich mit den Colonien hatte 6 Millionen Quadrat-Kilometer und 84 Millionen Einwohner. Die Schutzgebiete Deutschlands umfassten 2½ Millionen Quadrat-Kilometer mit 12·4 Millionen Einwohnern. Alle diese Riesenbesitzungen sind sozusagen im Laufe der letzten 50 Jahre entstanden. So haben sich die Weltmächte um den schwarzen Erdtheil im Laufe der letzten Jahre brüderlich getheilt. Es besitzt dort England 2·7, Frankreich 3·8 Millionen Quadratmeilen, Deutschland 933.380, Portugal 790.124 Quadratmeilen. Einsichtige Staatsmänner sind diesen riesigen Staaten nicht absonderlich geneigt. Je grösser der Länderbesitz, desto schwieriger wird die Verwaltung. Londoner „Morning Post“ veröffentlichte Anfangs August über den Niedergang Grossbritanniens einen langen Artikel, in welchem unter Anderem folgendes zu lesen war.

Das grösste Handelsreich der Welt wird von einer Aristokratie regiert, die jedes Geschäft verachtet und nichts davon versteht. Die Folge ist, dass die britischen Eisenbahnen blos den Interessen der Aktionäre dienen, dass sie ausländische Erzeugnisse um mehr als die Hälfte billiger transportiren, als heimische Produkte, dass alle Privatunternehmungen stark besteuert und in ihrer Existenz vernichtet werden zu Gunsten von Trusts und Monopolen von der einen oder der andern Sorte. Der britische Boden in einem Umkreise von 40 Meilen um London, das schönste Korngebiet der Welt, liegt brach und hat nur um Weniges grösseren Werth als das Veldt in Südafrika. Die Dörfer sind entvölkert, die Arbeiter wurden durch die Gefahr des Hungertodes in die Städte getrieben, wo sie verkommen und degeneriren England kaufte im Jahre 1901, um seine Industriebevölkerung zu ernähren, Nahrungsmittel für 320 Millionen Pfund Sterling, also ungefähr für 7700 Millionen Kronen österr. Währung. In ihren aus einem einzigen Zimmer bestehenden Heimen sind sie wie die Heringe in einem Fass dicht nebeneinander verpackt. So führen sie in schmutzigen, krankheiterregenden Spelunken eine namenlos elende Existenz und überdies werden sie zu Opfern der ungerechten Gesetze und einer unwissenden und unzulänglichen Verwaltung.

Das Parlament wird ausgespielt und das Volk hat keine wirkliche Vertretung. Wenn es zu einer Wahl kommt, erwählt sich jede der beiden politischen Parteien einen Kandidaten. Der Konservative ist in der Regel ein Eisenbahndirektor, der Liberale ein Bierbrauer, und das Volk hat zwischen diesen zwei Leuten zu wählen, von denen Keiner geeignet ist, ausser seinem eigenen Interesse irgend etwas zu vertreten. Ihr Zweck bei ihrem Eintritt ins Parlament ist nicht der, den Interessen des Landes zu dienen, sondern der, den Interessen ihrer Gesellschaft Dienste zu erweisen. Ihr Patriotismus ist durch die Liebe zu den zehnperzentigen Dividenden eng begrenzt. Lord Salisbury legte gegenüber dem House of Commons immer eine gerechtfertigte Verachtung an den Tag. Die Häupter der einzelnen grossen Staatsdepartements

sind dem Unterhause verantwortlich und können immer befragt werden, wenn sich das Parlament in Session befindet; der gewesene Premier trachtete daher sorgfältig dahin zu wirken, dass die Inhaber der grossen Departements gerade über das betreffende Amt, das ihnen anvertraut wurde, so wenig als möglich wissen. So wurde beispielsweise Mr. Hanbury Vorsteher des Board of Agriculture, weil ihn seine ganze vorherige Thätigkeit für das Postamt qualificirte; Lord Londonderry aber wurde zum Chef des Postamtes ernannt, weil seine ganze Erziehung ihn für das Ackerbauministerium befähigte. Hier hätte er lästig sein können! Die Folge ist, dass es keine gehörige Kontrole der öffentlichen Ausgaben gibt. Jedes grosse Staatsdepartement ist in demselben chaotischen Zustande, in welchem sich, wie sich zu Beginn des südafrikanischen Krieges herausstellte, das Kriegsministerium befand. Reformen sind unmöglich. Die Eisenbahngesellschaften, die Bierbrauer, die Kirche und der Grundbesitz stimmen im Parlamente miteinander und vertheidigen sich gegenseitig Wenn man bedenkt, dass im gegenwärtigen Parlamente 200 Eisenbahndirektoren sitzen, kann man sich leicht ausmalen, dass eine jede Legislation einfach paralysirt wird.

Die Presse, von welcher man meint, dass sie die freieste und unabhängigste in der Welt sei, ist thatsächlich von den Finanzinteressenten ausgehalten. Oeffentliche Gesellschaften bitten das Parlament fortwährend um neue Rechte, sie sind gezwungen, ausgiebig zu annonciren, und die Presse macht bei der Vertheilung ihrer Gunstbezeugungen weise Unterscheidungen. Unser Eisenbahnsystem würde einer südafrikanischen Republik unwürdig sein, aber kein einziges grosses Journal in London oder in der Provinz ist patriotisch genug, durch einen Angriff auf dieses System die Annoncen der Eisenbahnen zu verlieren. Mittlerweile richten diese Eisenbahnen die heimischen Industrien und besonders die Landwirthschaft zugrunde. Vom 1. Jänner bis Mitte August ist das Land der Nahrungsmittel entblösst, es gibt während dieser Zeit im Lande nie mehr Brod, als

für fünf Wochen ausreicht. Sollte Grossbritannien durch eine Vereinigung europäischer Mächte zeitlich im Frühjahr irgend eines beliebigen Jahres angegriffen werden, so wäre die Nation ausschliesslich auf die Tüchtigkeit ihrer Flotte angewiesen und jede Niederlage würde für England den Hungerstod oder einen demüthigenden Frieden bedeuten. Diese Thatsachen sind der Regierung, dem Parlamente und der Presse wohl bekannt, aber Niemand kümmert sich darum. Die Nation geht abwärts und Niemand ist da, sie wieder aufzurichten. Es würde ein arges Erwachen geben, wenn wir in einen neuen europäischen Krieg hineingetrieben werden sollten. Man sieht also, dass die inneren Zustände des grössten Reiches der Welt (abgesehen von China) nicht gerade die besten sind. Noch schlimmer sieht es in den englischen Colonien aus.

Indien wird von den Engländern systematisch ausgeraubt. Das 220 Millionen Köpfe zählende indische Volk muss jährlich rund 750 Millionen Kronen öst. Währung Steuer entrichten, welches Geld nach England wandert. Der englische Politiker Digby schildert Englands Wirthschaft in Indien mit folgenden Worten. Die Netto-Revenuen Indiens für 1901—1902 weisen ein Deficit von über 2,000.000 Pfd. St. auf, und dieser Fehlbetrag würde noch viel grösser sein, wenn nicht dem Opiumhandel seitens der Regierung eine so bedeutende Erleichterung zutheil geworden wäre, eine Thatsache, deren sich das „christliche“ England zu schämen hat. Wie entsetzlich das Land unter der britischen Misswirthschaft zu leiden hat, geht u. a. aus der Thatsache hervor, dass von 1800 bis 1825 nur viermal eine nennenswerthe Hungersnoth stattfand, wogegen von 1875 bis 1900 nicht weniger als 22mal die fürchterlichste Hungersnoth wüthete und ungezählte Opfer forderte. Bis jetzt haben sich die Eingeborenen hauptsächlich durch die Lehren ihrer Religion und Philosophie zu einem stillschweigenden Dulderthum zwingen lassen, aber seit der Einführung des Christenthums und westlicher Civilisation, respective seitdem diese beiden grössere Ausdehnung annehmen, rückt die Gefahr wieder mehr in den Vordergrund, dass die Inder

eines Tages zu der Ueberzeugung gelangen, es dürfte doch wohl besser für sie sein, wenn sie eine Erlösung von den unerträglichen Leiden und Bedrückungen wieder einmal bei dem „Gott der Schlachten“ suchen würden.

Indien ist im Laufe des vergangenen Jahrhunderts thatsächlich von England ausgeplündert worden, und es lässt sich ausrechnen, dass das Land in dem genannten Zeitraum nicht weniger als eine ganze Milliarde Pfund Sterling an seine Beherrscher und Bedrücker hat abgeben müssen. Dabei werden die Inder principiell auf dem Standpunkt einer niedrigeren Race gehalten, britische Beamte füllen alle Posten in der Civilverwaltung aus, und der Inder ist nichts weniger als ein freier Mann, er ist ein Helot in seinem eigenen Vaterlande. Während des ganzen vergangenen Jahrhunderts hat auch nicht ein einziger Inder ein Amt von irgendwelcher nennenswerthen Bedeutung ausgefüllt, und an eine Aenderung in dieser Hinsicht ist gar nicht zu denken. Sozusagen der gesammte landwirthschaftliche und industrielle Reichthum Indiens ist heute in britischen Händen, und die Ergebnisse und Vortheile desselben kommen fast nur und fast ganz ausschliesslich den Briten zugute. Ein mehr als schlagender Beweis für das in der Landwirthschaft obwaltende Missverhältniss wird durch die Thatsache erbracht, dass der Totalwerth aller in Indien in einem guten Jahre erzielten Ernten sich auf etwa 172,000.000 Pfd. St. beläuft, wovon eine Bevölkerung von 220 Millionen Menschen profitiren soll. Bei solchen Zahlen kann es natürlich nicht wundernehmen, dass die Hungersnoth mit jedem Jahre an Umfang und Fürchterlichkeit zunimmt, und dass von 1854 bis 1901 nicht weniger als neunundzwanzig Millionen Menschen in Indien Hungers gestorben sind, wie die officiellen Ausweise ergeben und beweisen.

Die britischen Truppen in Indien kosten das Land jährlich allein über 5,000.000 Pfd. St. und die ungeheuer hoch bezahlten englischen Civilbeamten verschlingen eine noch bedeutend höhere Summe, speciell durch die ausserordentlich reichen Pensionen

für verabschiedete Beamte, deren Zahl des häufigen Wechsels wegen Legion ist. Alles in allem ist der Bericht des Mr. Digby eine Schilderung der Schmach, der fürchterlichsten Leiden, der Gewissenlosigkeit und der schlimmsten Heuchelei auf Seiten der officiellen Vertretung Grossbritanniens in Indien, und man kann aus dem ganzen Werk ersehen, dass der Schreiber im tiefsten Herzen von der fürchterlichen Tragödie, die sich jahraus jahrein in Indien abspielt, berührt worden ist und als ehrlich denkender Mann und Patriot jetzt vor allen Dingen den Wunsch hat, die Indifferenz seiner Regierung und seiner Landsleute in das Gegentheil umzuwandeln, da er vermeiden will, dass eines Tages auf die eine oder die andere Weise die britische Herrschaft in Indien ein unrühmliches Ende findet.

IV. Bestrebungen der Alldeutschen nach einer Weltherrschaft.

Unter den europäischen Grossmächten zeigen sich, besonders in Deutschland, letzter Zeit starke Bestrebungen nach einer Weltherrschaft des deutschen Volkes. Die Bewegung umfasst vorderhand einen Theil der deutschen Bevölkerung im deutschen Reiche und in Oesterreich, die sich selbst den Namen Alldeutsche beilegen. Das Ziel dieser Bewegung ist zuerst Vereinigung aller Deutschen unter einer politischen Obrigkeit, dem jetzigen Hause Hohenzollern, dann die allmählige Ausdehnung der Herrschaft der deutschen Nation auf andere Völker und Ländergebiete. Das erste Ziel der Alldeutschen ist zunächst die Zertrümmerung Oesterreichs, oder mit anderen Worten die Angliederung der „Ostmark“ an das deutsche Reich.

Die Proklamation des Alldeutschen Verbandes, dessen Geschäftsstelle in Berlin West 35, Kurfürstenstrasse 44 angegeben ist, sagt folgendes: „Der alldeutsche Verband erstrebt eine kräftige Belebung der deutschnationalen Gesinnung, die Erhaltung deutscher Art und Sitte in Europa und über See, und die Zusammenfassung des gesammten Deutschthums auf der ganzen Erde; er ist ein Erziehungsverein und ein Agitationsverein. Erzieherisch will der Verband wirken,

insofern er unser Volk lehren will, die nationalen Interessen über das Getriebe und Gezänk der politischen und wirthschaftlichen Parteien zu stellen; agitatorisch will er wirken, insofern er einmal überall da in die Schranken tritt, wo deutsche Volksgenossen um die Erhaltung ihrer Eigenart mit einem fremden Volksthume im Kampfe stehen; weiter aber indem er darauf dringt, dass dem deutschen Volke der ihm gebührende Antheil an der Weltherrschaft und Weltwirthschaft nicht vorenthalten werde. Das deutsche Volk ist ein Herrenvolk; als solches soll es auch von den andern Mächten überall auf der ganzen Erde geachtet und beachtet werden. Der Verband ist nicht der Ansicht, dass die deutsche nationale Entwicklung mit den Erfolgen des Krieges von 1870/71, so gross und herrlich sie auch gewesen sind, endgiltig abgeschlossen sei; er ist vielmehr überzeugt, dass mit der damals errungenen Stellung dem deutschen Volke eine ganze Reihe neuer und grosser Pflichten und Aufgaben zugewachsen sind, deren Ausserachtlassung den Untergang unseres Volksthums zur Folge haben würde. Zu diesen Aufgaben zählt in Europa ein enger wirthschaftlicher und staatsrechtlicher Zusammenschluss mit den übrigen Staaten germanischer Art, also zunächst mit Oesterreich, den beiden Niederlanden und mit der Schweiz; Hand in Hand damit hätte der Erwerb eines geeigneten Kolonialbesitzes in den überseeischen Gebieten zu gehen, der uns nicht nur den nöthigen Ellenbogenraum für unsere jährliche Bevölkerungszunahme um 600.000 Köpfe böte, sondern der uns auch wirthschaftlich unabhängig vom Auslande stellte. Der Verband zählt jetzt an 10.000 Mitglieder und 70 Ortsgruppen, wovon 24 im Ausland. Zur Verbreitung seiner Anschauungen dient die von ihm ins Leben gerufene Wochenschrift „Die Alldeutschen Blätter“. Der Mitgliedsbeitrag beträgt einschliesslich des Bezugsgeldes für letztere 5 Mk. jährlich.“

In seiner Schrift „Der Kampf um das Deutschthum“ sagt Fritz Bley folgendes: Wenn wir die Weltgeschichte nicht in der hergebrachten Schulmeisterart vom beschränkten europäischen Standpunkte, sondern aus dem Gesichtswinkel der Veredelung der Mensch-

heit betrachten, so rufen wir unwillkürlich dieselben zwiespaltigen Empfindungen in uns wach, die wir aus der Beschäftigung mit den Naturwissenschaften davongetragen haben. Nicht ohne inneren Kampf dringt man in beiden Zweigen der Forschung zu klarem Erkennen vor. Hier wie dort der Kampf ums Dasein, aus dem die bessere Art als Siegerin hervorgeht: so lehrt die Regel. Völker tauchen auf und verschwinden. Wie im Walde auf morschen Pflanzenresten der junge Nachwuchs emporschiesst dem Lichte zu, das die Kronen der stärkeren Nachbaren ihm frei lassen, so gründen die Herrenvölker der Erde ihre Reiche auf dem von minderwerthigen Arten ihnen bereiteten Boden. Völker und Pflanzen sind eben zeugsame Wesen, die einen von Menschen, die anderen von Zellen gebildet, die einen wie die anderen abhängig von den günstigen oder schädlichen Bedingungen ihrer Umgebung und der inneren Kraft ihrer Art."

Weiter schreibt Fritz Bley: „Mit dem Eintritte des Christenthums in die Weltgeschichte scheint der völkische Gedanke eine Zeitlang seine Geltung zu verlieren. Eine Umwerthung ohne Gleichen beginnt namentlich, als der arianische Glaube dem katholischen gewichen ist. Hatte der Stifter des Glaubens, der die Mühseligen und Beladenen zu sich rief und mit den Zöllnern und Sündern sich zu Tische setzte, den verachteten Sklaven und Fremden den Trost des himmlischen Vaters gebracht, so beginnt nun eine Verhätschelung des Schwächlichen, Weibischen, die zum Niedergange der Menschheit hätte führen müssen, wenn sie gesiegt hätte, was sicherlich nicht im Wunsche des Herrn und Heilandes lag. Er, der die Blumen auf dem Felde und alle Schönheit der Schöpfung so liebevoll umfasste, war sicherlich weit entfernt von jener Büsserverzückung entnervter Schwärmer, die diese ganze Schöpfung, in der uns Gott sich offenbart, als elendes Marter- und Siechenhaus hinstellen wollten. Es war unmöglich, dass diese Verzerrung der Menschenliebe Jesu Christi sich dauernd behauptete. Wenn sie überhaupt noch immer einen Theil der christlichen Welt beherrscht, so dankt sie das vornehmlich der planmässigen Erziehung, in die das zur Weltherrschaft

strebende Papsthum die katholische und mittelbar dadurch die ganze christliche Welt genommen hat. Es ist durchaus bezeichnend für dies Verhältnis, dass gerade die beiden Völker, in denen die gesündeste Lebenskraft steckt, sich dieser Zwingherrschaft knechtseliger Weltflucht trotzig widersetzt haben: die Deutschen und die Tschechen in der Reformation und in dem Hussitenthum. Die deutsche Welt sträubte sich im Ritter- und Bürgerthume des Mittelalters gegen die mönchischen Selbstquälereien aus dem Trotze der starken Persönlichkeiten heraus; Johann Hus wandelte bereits auf ganz anderen Spuren, wie Martin Luther. Dem tschechischen Glaubensreiniger ging es nicht um das Recht der freien Selbstbestimmung, für das Luther zu Worms kämpfte, sondern um den völkischen Staatsgedanken, den er durch das christlich-katholische Kaiserthum zu Unrecht seiner tschechischen Volksgenossen niedergehalten meinte. Schärfer als in Luther tritt aber in den Niederlanden der völkische Gedanke in den Streit gegen die Anmassung der volkslosen Priesterherrschaft, immer stärker und kräftiger zur Herrschaft ringend. Wie klug und fein gesponnen auch der Staatsgedanke der römischen Priesterherrschaft war, den Sieg konnte er im gesunden Deutschthume nicht erringen, denn er stützte sich nicht auf das den Deutschen aus tiefer Naturanschauung und starkem Lebensgefühle unverletzbar heilige Recht des Stärkeren, Besseren, Schöneren, sondern auf das angemasste Recht alles Verächtlichen, Schlechten und Gemeinen."

Hier ist also ganz offen das Faustrecht gegenüber kleineren schwächeren Nationen proklamiert, genau so, wie es die Engländer mit den Boeren gethan haben. Seit einer Reihe von Jahren arbeiten zahlreiche reichsdeutsche Blätter an der Verwirklichung der grossdeutschen Idee im Sinne des alldeutschen Verbandes. Wir führen hier nur einige Beispiele an. So brachte die Berliner „Gegenwart" Ende August 1902 einen Artikel mit der Aufschrift „Deutsche Slavenpolitik und das Habsburger Reich". Darin steht folgendes zu lesen: „Das Schwarzenberg'sche Siebzigmillionen-Reich war kein Wahn und thatsächlich eine deutsche Macht — so heisst es da — deren Wirklichkeit Preussen in Olmütz

und im Krim-, sowie im italienischen Kriege bitter an sich erfahren hat. Oesterreich selbst stärkte den deutschen Kitt in seinem Inneren. Da Preussen nicht die Zeche bezahlen wollte und andererseits die Kraft Deutschlands für undeutsche Zwecke, besonders in Italien, eingesetzt wurde, so musste der österreichische Plan scheitern. Aber sein Zerstörer schuf wohlweislich sodann das österreichische Bündniss, das er schon in Pressburg erwogen hatte. Auch heute ist die Einheit des deutschen Mitteleuropas, trotz der fremden Einsprengsel, kein leerer Traum. Unbeschadet der Selbstständigkeit seiner Theile bildet das deutsche Volksthum den wirklichen Kern einer thatsächlichen Weltmacht. Von der vlämischen Schelde bis zum ungarischen Deutschthum nahe der Donaumündung. von Triest bis zur Königsau, und den baltischen Landen regt sich ein Volksfühl. Das kleindeutsche Reich und das habsburgische Staatswesen mit den deutschen Aussenlanden in den Alpen und an der Rhein- und Scheldemündung bilden ein einheitliches Volksgebiet, das noch Karl V. in vollem Umfang beherrschte. Italien und Spanien wurden der Fluch unseres Volkes, das noch heute Hochburgund, den grössten Theil Lothringen und die französischen Niederlande in seines Erbfeindes Hand lassen muss. Gegenüber den europäischen Weltmächten in der sarmatischen Ebene und auf den britischen Eilanden, sowie dem amerikanischen Riesen kann sich auch das neue deutsche Reich nur durch die Zusammenfassung seiner ursprünglichen Kräfte und Wiederherstellung seiner alten Grösse an Volkszahl und Bodenfläche unter bündischen Formen bei aller Schonung der Unabhängigkeit seiner Glieder dauernd behaupten. Das einzige Hemmniss bildet der slavisch-magyarische Hass, dem zu begegnen das deutsche Volksthum im engeren Deutschland und Oesterreich längst ausreichen würde, drohte nicht die bereite Hilfe des grössten Slavenreiches und seines französichen Verbündeten, der leider noch täglich sprachliche Eroberungen in der allemannischen Schweiz und dem fränkischen Belgien macht. Hier liegt die europäische Bedeutung unserer Polenpolitik, die für uns auch zur Weltmachtsfrage wird... Unser Gedanken-

gang hat uns in die Weltpolitik geführt, und unter diesem Gesichtswinkel müssen wir unser Verhältniss zum eigenen und österreichischen Slaventhum auffassen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass wir ein dringendes Interesse an der Aufrechterhaltung der habsburgischen Monarchie haben, deren staatlicher Zerfall auch unser Unglück wäre, da wir dann fraglos Partei für unsere dort bedrängte Volkheit nehmen müssen. Aber das dortige Deutschthum hat die ernste Pflicht, nicht über die reichsdeutsche Grenze zum Anschluss an uns unter Aufgabe des österreichischen Staates zu blicken, sondern diese deutsche ostmärkische Schöpfung gegenüber dem slavisch-magyarischen Ansturm zu erhalten. Eine Auslandshilfe für diese interessanten Völkerschaften wird unser Schwert schon verhindern und damit das Donaukaiserreich stützen und nicht selbstsüchtig stürzen, wie die unverbesserlichen, beinahe schon entdeutschten Klerikalen, die ihren konservativen Sinn damit fast verleugnen, als Berather der Hofburg glauben machen wollen. Die deutsche Zerrissenheit in beiden Leithaländern ist ja das ganze Unglück dieses Staates und eine echt deutsche Eigenschaft, die schon das deutsche Gepräge des Landes bezeugt. Aber weitere Versuche der Verslavung verträgt dieses deutsche Staatswerk im Osten nicht. Auch für Oesterreich möge unsere thatkräftige Abkehr von der früheren gefühlsseligen Polen-Verhätschelung ein beredter Wink zum Wandel sein." — Da liegt ein Beleg dafür vor, wie man sich in seriösen reichsdeutschen Kreisen, die nicht auf den vulgären Pangermanismus eingeschworen sind, das Verhältniss zu Oesterreich-Ungarn denkt: dieses soll ein blosser Appendix des Deutschen Reiches sein, dessen weltpolitische Pläne es gehorsam zu fördern hat. Thut es das nicht, dann wird das — deutsche Schwert eingreifen. Wie die Berliner „Gegenwart", so denken sehr massgebende politische Kreise in Berlin. In Wien aber schweigt man dazu ... Es hat den Anschein, als ob in Wien gewisse Byrokraten lieber schwarz und weiss als schwarz und gelb angestrichen sein wollten.

Am deutlichsten spricht Dr. Zimmler in seiner Schrift „Sprachgrenze und Deutschthum", erschienen

in der Zeitschrift „Globus“ und als Separatabdruck bei Vieweg in Braunschweig. Dieser Herr, ein Deutsch-Böhme spricht die Sache ganz offen so aus: „Man sollte meinen, dass nach den Ereignissen der letzten Jahre jedem Denkenden klar sein müsste, dass der Sprachenkampf in Böhmen und Oesterreich nicht nur eine innere Angelegenheit dieses Staates ist. Trotzdem gibt es noch allzu Viele, selbst in sonst gut deutsch gesinnten Kreisen, die glauben, der Kampf vor den Thoren des Reiches gehe sie nichts an, oder die infolge unerquicklicher Parteistreitigkeiten im deutschösterreichischen Lager sich zu einem absprechenden Urtheil über das gesammte Deutschthum in Oesterreich hinreissen lassen. Wer solche Anschauungen hegt, vermag nicht über die Grenzen des Reiches und die Tagespolitik hinauszublicken. Man nehme nur eine Völkerkarte Mitteleuropas zur Hand, wie sie jeder Schulatlas bietet, um die Bedeutung Deutsch-Oesterreichs im Allgemeinen und Böhmens im Besonderen für die Lebensinteressen (!) des ganzen deutschen Volkes zu verstehen. Man beachte dabei, wie das čechische Gebiet sich zwischen Schlesien und Baiern, zwischen Berlin und Wien wie ein brennender Keil hineinschiebt, wie wichtige Verkehrswege zwischen Oder- und Elbegebiet einerseits, Donau, Alpen und Mittelmeer andererseits durch čechisches Sprachgebiet führen, wie das deutsche Sprachgebiet gerade in der Mitte seiner nord-südlichen Ausdehnung durch das čechische eingeschnürt wird, dann muss man zu der Ueberzeugung kommen, dass Böhmen und ganz Oesterreich schon um unserer (Deutschlands?) nationalen Zukunft und Selbsterhaltung willen nicht in fremde Hände gerathen dürfen. Die Deutschen Oesterreichs bilden einen beträchtlichen Theil des deutschen Volkes, dessen geistige und sprachliche Gemeinschaft sich nicht durch politische Grenzen willkürlich zerschneiden lässt. Das deutsche Sprachgebiet in Oesterreich bedeckt eine Fläche, die mehr als ein Fünftel vom Gebiete des Deutschen Reiches beträgt. Fast dasselbe Verhältniss besteht zwischen der Bevölkerung beider Gebiete. Man denke sich für einen Augenblick Deutsch-Oester-

reich von slavischen Völkern bewohnt; man wird dann sofort ermessen können, welchen unschätzbaren Schutzwall das Deutsche Reich an dem deutschen Sprachgebiet Oesterreichs besitzt. Ohne dieses wären wir auf der gesammten Gränze von den Sudeten bis zum Bodensee der gleichen Bedrohung des deutschen Besitzstandes wie an den östlichen Grenzen ausgesetzt. Jede Schmälerung des deutschen Gebietes jenseits der Grenze bedeutet eine Schwächung des gesammten Deutschthums, einen Fortschritt des Slaventhums. Mit jedem deutschen Dorf, das an der Sprachgrenze verloren geht, löst sich ein Stein aus der Schutzmauer gegen den slavischen Osten Europas. Das geschlossene deutsche Sprachgebiet und die grossen Sprachinseln, welche die Brücke von dem Oder- zum Donaugebiet bilden, fallen in den Bereich der Lebensinteressen des gesammten deutschen Volkes. Es steht in Oesterreich immer noch die Frage zur Entscheidung, ob deutscher oder slavischer Einfluss das Reich regieren soll. Die Deutschen können die Thatsache des Aufkommens der slavischen Völkerschaften nicht ignorieren, die Slaven dürfen nicht vergessen, dass ohne die Deutschen Oesterreich unmöglich ist. (Ohne die Slaven etwa ja?) Im letzten Grunde liegt das Uebel in der ungeographischen Gestaltung Oesterreichs, das seit 1867 einen Rumpfstaat bildet, dem alle Vorbedingungen der Langlebigkeit fehlen (!), der nur in Anlehnung an Ungarn oder Deutschland leben kann. (?) Ein Oesterreich unter deutscher Führung wird mit beiden in engem Einvernehmen fortbestehen können. Ein slavisches Oesterreich bildet für beide eine drohende Gefahr und birgt die Keime europäischer Verwickelungen in sich, da es nur (?) im Schutze Russlands und Frankreichs bestehen könnte. Die Entscheidung muss in Böhmen fallen, dort steht nicht nur die Zukunft Oesterreichs, sondern auch Deutschlands auf dem Spiel. In Prag sind noch nicht zum letztenmale die Geschicke Mitteleuropas entschieden worden. Das Unheilvollste wäre die Aufrichtung des čechischen Nationalstaates. In Prag würden dann russische und französische Einflüsse massgebend sein; die Čechen,

auf fast allen Seiten von deutschen Staaten umgeben, müssten an jenen Rückhalt suchen. Es ist noch nicht vergessen, dass dereinst der Führer der Čechen Napoleon III. aufforderte, über Prag nach Berlin zu marschieren. Die Deutschen Böhmens, der čechischen Mehrheit preisgegeben, würden den Verzweiflungskampf aufnehmen, Deutsch-Böhmen ein zweites Schleswig-Holstein werden." — Das ist doch deutlich gesprochen. Oesterreich soll nur als eine Art Satrapie des „Deutschen Reiches" existiren dürfen und hat seine innere Politik mit der Berliner Scheere zuzuschneiden, sonst ist seine „Langlebigkeit" in Frage gestellt. Hier handelt es sich nicht um die Phantasien eines Schwärmers, hier handelt es sich um den Ausdruck von Anschauungen weiter politischer Kreise im „verbündeten" Nachbarreiche. In Oesterreich will man freilich das Alles nicht sehen. Wohin soll dann diese Duldung führen?

Ueber die nationalen Aufgaben der Alldeutschen hat im Monate Mai 1901 der Führer der deutschsocialen Partei Abgeordneter Liebermann in Braunschweig folgendes vorgebracht: „Zunächst muss kurz die Frage beantwortet werden, was das eigentliche Kennzeichen einer Nation, eines Volkes ist. Ich meine, der Begriff Nation lässt sich so erklären, dass diejenigen, die sich zu derselben rechnen, eine gemeinsame, durch viele Generationen zurückzuführende Abstammung haben müssen, dass also gleiches Blut in ihren Adern fliesst, dass infolgedessen unbeschadet der Verschiedenheit der Einzelwesen eine Summe übereinstimmender körperlicher und geistiger Eigenschaften bei ihnen vorhanden ist, dass sie ein grosses zusammenhängendes Hauptsiedelungsgebiet innehaben, dass sie durch eine lange Reihe von Jahrhunderten eine gemeinsame Geschichte miteinander durchlebt haben, und dass sie eine gemeinsame Sprache sprechen. Das Merkmal der gemeinsamen Sprache allein reicht nicht hin, um die Zusammengehörigkeit zu einer Nation zu beweisen. Denn eine Sprache kann man erlernen, für den Begriff der Nation aber kommt es auf eine Summe meist ererbter Merkmale an. Wir würden uns doch wohl sehr wundern, wenn die bei

uns wohnenden Thee-Chinesen oder Japaner, sobald sie deutsch gelernt haben, behaupten wollten, sie seien Deutsche und darauf nun beanspruchten, bei uns Offiziere oder Richter zu werden, Lehrer unserer Kinder zu sein, die Ministersessel zu besetzen oder in unsern Volksvertretungen das Wort zu führen. Die grossen Nationen der Gegenwart sind allerdings durchweg nicht völlig reine Nationalitäten. Sie haben vielmehr durch den Weltverkehr mehr oder minder umfangreiche Beimischungen andern Volksmetalles bekommen. So hat unser deutsches Volk Beimischungen von slavischen, französischen, wendischen Elementen. Aber diese sind aufgegangen in unserem Volksganzen und der Grundcharakter ist derselbe geblieben. Die Beimischungen können sogar den Werth der gesammten Eigenschaften eines Volkes erhöhen. Die Vorbedingung zu der Möglichkeit einer solchen Volksmischung ist aber Rassenverwandschaft, wie sie bei den Europa bewohnenden Kulturvölkern besteht. Sie ist unmöglich zwischen Weisen und Schwarzen. Weissen und Rothen (Indianern), Weissen und Gelben (Mongolen), und sie ist auch, wie die Geschichte beweist, zwischen weissen arischen Menschen und Semiten unmöglich. Aus solchen Mischungen gehen keine lebensfähigen neuen Volks-Individualitäten hervor. Es bestehen enge Wechselwirkungen zwischen dem Körperbau, der Organisation des Gehirns und den geistigen und seelischen Eigenschaften des Menschen. Die Natur kennzeichnet deutlich, wo die Möglichkeit einer Rassenmischung aufhört.

Die erste vornehmste nationale Pflicht und Aufgabe für jedes Volk ist die Selbst-Erhaltung, d. h. nach aussen die Sicherung des Raums, auf dem es lebt, der Grenzen des Vaterlandes, und im Innern die Erhaltung, Pflege und Förderung der völkischen Eigenart, der Volkssitte und der Volksideale. Und da die politischen Grenzen, die durch die geschichtlichen Ereignisse sich gebildet haben, meist nicht alle Besiedelungsgebiete eines Volkes umschliessen, so haben die Nationen die Aufgabe, überall ihr Volksthum zu fördern und zu stärken, auch wo es zersprengt und verstreut zwischen andern Nationen

wohnt und den Kampf um seine nationale Eigenart führt. Das deutsche Volk ist etwa in folgender Weise über die Erde vertheilt:

Deutsches Reich	52·6 Mill.	= 59·78	v. H.	des Ge-
Oesterreich	10·0 „	= 11·36	„	sammtbe-
Ungarn	2·2 „	= 2·50	„	standes an
Schweiz	2·1 „	= 2·38	„	Deutsche.
Luxemburg	0·2 „	= 0·23	„	
Hochdeutsche	67·2 Mill.	= 76·35	v. H.	
Belgien	3·3 „	= 3·75	„	
Holland	5·0 „	= 5·68	„	
Niederdeutsche	8·3 Mill.	= 9·43	v. H.	
Geschlossenes deutsches Sprachgebiet	75·5 „	= 85·80	„	
Sonst in Europa	1·5 „	= 1·71	„	
In Europa zus. also	77 Mill.	= 87·51	v. H.	
Amerika	10 „	= 11·36	„	
Afrika, Asien, Australien	1 „	= 1·14	„	
Ueberhaupt etwa	88 Mill.	= 100	v. H.	

Aus dieser Vertheilung der Deutschen über den Erdball ergeben sich unsere nationalen Pflichten. Wir haben einen näheren Zusammenschluss zwischen den Deutsch-Oesterreichern und uns vorzubereiten und anzustreben. Das geht ohne Hochverrath und ist auf dem Wege von Bündnissen und Verträgen durchaus zu erreichen. Wir müssen das in Oesterreich besonders bedrohte Deutschthum mit unseren Sympathien stärken. Der Kampf, den die Deutsch-Oesterreicher um ihre Sprache führen, ist auch unser Kampf. Sie bilden das äusserste Bollwerk des Deutschen Reiches. Sollten sie unterliegen, so würde das Slaventum uns mit noch viel grösserer Macht als gegenwärtig innerhalb unsrer Reichsgrenzen bedrohen. Desgleichen ist es unsere nationale Aufgabe, einen engeren Zusammenschluss der Hochdeutschen und Niederdeutschen anzubahnen, so dass ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet, worin 75·5 Millionen Einwohner, also 85·80 v. H. der gesammten deutschen Bevölkerung auch politisch ein zusammengehöriges Ganzes bildet und seine

Macht in die Wagschale werfen kann für die deutschen Ziele und Aufgaben auf der Erde. Es ist unsre nationale Aufgabe, die Bewohner unsrer Grenzgebiete davor zu bewahren, dass sie im Polen-, Tschechen-, Dänen- oder Franzosentum untergehn. Die zeitweilig ins Ausland gehenden Deutschen sollen sicher des deutschen Schutzes und im geistigen Zusammenhang mit der Heimat überall stolz und freudig ihr Deutschtum bekennen. Die Deutschen, die dauernd jenseits der Meere eine neue Heimat suchen, sollen nicht wie früher als Culturdünger in andern Nationalitäten aufgehn, sondern die Anhänglichkeit an die alte Heimat aufrecht erhalten und ihr Volksthum beibehalten. Am leichtesten wird das der Fall sein in deutschen Colonien, aber es ist auch erreichbar innerhalb fremder Staatengebilde, wie wir das an den deutschen Niederlassungen in Südamerika und an einigen durchaus deutschen Städten und Distrikten in Nordamerika sehen. Wo immer auf dem Erdenrunde Volksstämme germanischen Blutes um Erhaltung ihrer Eigenart und Selbstständigkeit kämpfen, da ist es unsere Aufgabe, ihnen beizustehn und aus diesem richtigen Gefühle heraus steht auch unser gesammtes Volk mit verschwindenden Ausnahmen mit seinen Sympathien auf Seiten der kämpfenden Buren. Wir wissen, dass in jenem Kampf die Entscheidung fällt, ob Südafrika englisch oder niederdeutsch werden soll. Wir zweifeln aber nicht mehr an einer entgiltigen Niederlage des Engländerthums, so dass damit unsre Colonien in Südost- und Südwestafrika auch für die Zukunft gesichert erscheinen. Unser Nationalstolz und unsre Gefühle für deutsche Ehre erfordern es, dass wir unbekümmert, ob es bei der jeweiligen Stimmung unsrer Reichsregierung missliebig oder nicht ist, diese Auffassung auch offen aussprechen.

Das Deutsche Reich, als die grösste politische Zusammenfassung der Deutschen, hat grosse Verpflichtungen für die Zukunft des Germanenthums. Es ist der Anfang für das Germanenreich oder besser für den Germanenbund der Zukunft. Um seine Grossmachtstellung, die es sich auf den Schlachtfeldern in Böhmen und in Frankreich endgiltig erkämpft hat,

behaupten zu können, muss es Sorge tragen, seine langen Landgrenzen vor allen den feindlichen Nachbarn, die uns umgeben, zu schützen. Es ist also eine nationale Aufgabe ersten Ranges für uns, alle die sociale Einrichtung zu bewahren. auf denen die Stärke und Schlagfertigkeit unsres Heeres beruht. Wir sehen in unserm, auf dem altgermanischen Grundsatze allgemeiner Wehrpflicht beruhenden Volksheer nicht nur das beste Instrument zur Sicherung des Weltfriedens, zum Schutze unsrer Grenzen und zur Aufrechterhaltung des Friedens im Innern, sondern wir sehen darin auch eine Volkserziehungsanstalt ersten Ranges.

Der Heeresschulung verdankt unser Volk seine geistig und körperlich aufrechte Haltung, wodurch es sich vor den andern Völkern der Erde seit lange auszeichnet. Wir sehen in unsrer Heereseinrichtung auch ein Mittel zur Beförderung des Geldumlaufs im Lande und zur Beförderung von Handel, Gewerbe und Verkehr. Die grossen Summen, die für das Heer ausgegeben werden, sind nicht unproduktiv angelegt. Sie werden im Lande verausgabt und werden der Gefahr entzogen, von dem Moloch Börse aufgesogen zu werden. Natürlich muss wie bisher strenge vorsorgliche Sparsamkeit bei unsern Heeresausgaben geübt werden. Es darf der Vertretung des Deutschen Volkes in keiner Weise das Recht geschmälert werden, im einzelnen die Heeresausgaben zu kontrollieren. Mit der nationalen Aufgabe der Erhaltung unsrer politischen Wehrkraft hängt, wie ich schon sagte, eng zusammen die Erhaltung und Stärkung der socialen Grundlagen, auf denen jene Wehrkraft beruht. Also in erster Linie die Erhaltung der Bauernkraft, die die Kraftquelle für unser gesammtes Volk ist und die Erhaltung derjenigen geschichtlich gewordenen Stände, die im Laufe der Jahrhunderte dem Heere die geeigneten Führer gegeben haben. Aber wir haben unsre Grenzen nicht nur auf dem Festlande zu sichern. Aus der Grossmachtstellung Deutschlands ist seine Weltmachtstellung hervorgegangen, die uns weitergehende nationale Aufgaben auferlegt. Lange Meeresküsten bilden die Basis unsres Verkehrs über See. Sie bedürfen auch der Sicherung. Die Volks-

vermehrung der germanischen Race ist eine überaus starke. Der Ueberschuss der Gebornen über die Gestorbenen betrug im Durchschnitt alljährlich in den Jahren

1872—80	im	deutschen	Reiche	545.407
1881—90	„	„	„	551.308
1891—99	„	„	„	726.988

die überseeische Auswanderung in denselben Zeiträumen im Durchschnitt

549.744
1,342.423
507.566

Der Abgeordnete Liebermann verlangt nun für das deutsche Volk einen freien Raum. Das kann nur auf Kosten des Nachbars geschehn. Reichsdeutsche Blätter lassen sich auch aus Oesterreich Stimmungsbilder einsenden, in welchen das Sehnen nach der Annexion Oesterreichs durch Deutschland ausgesprochen wird, ja als eine Nothwendigkeit der Zukunft dargestellt wird. Ein solches Stimmungsbild brachten die berliner „Deutschsocialen Blätter“ am 3. Oktober 1901. Der Artikel lautet: Dieser Tage ist uns von einem „Deutschen aus Böhmen eine Zuschrift zugekommen, die sehr viel Wahres und Treffendes enthält und geeignet ist, so manche auffallende Erscheinung unter den Deutschen in Böhmen zu erklären; wir veröffentlichen daher diese Zuschrift nachstehend ihrem vollen Wortlaute nach. Sie lautet:

Geehrter Herr Redakteur!

Unter allen politischen Tages- und Wochenblättern, die mir zu Gesichte kommen, haben Sie bisher die Verhältnisse unter der deutschen Bevölkerung Böhmens am richtigsten beurtheilt. Gestatten Sie daher auch mir, einem Deutschen aus Böhmen, der in Deutschböhmen lebt und alt geworden, einige Bemerkungen, die durch einen Artikel im „Pester Lloyd“ angeregt wurden. Der „Pester Lloyd“ vom 12. September d. J. brachte nämlich unter dem Titel „Die Alldeutschen in der Wahlbewegung“ von einem österreichischen Abgeordneten, den die Redaktion

selbst als „zu den hervorragendsten und angesehensten Abgeordneten der deutschen Linken im österreichischen Parlamente zählend“ bezeichnet, einen längern Artikel, in dem so manches Wahre enthalten ist, der aber einiger wesentlichen Ergänzungen und Berichtigungen bedarf. Der Verfasser des Artikels sagt ganz richtig: „Wenn die Alldeutschen bei den jetzigen Landtagswahlen grössere Erfolge erzielen, und namentlich die Fortschrittspartei mit Erfolg aus dem Felde schlagen werden, so verdanken sie, wenn nicht alle Anzeichen trügen, diese Erfolge nicht ihrem Programm, sondern dem Anreiz, den die schärfere Tonart auf abgespannte, in ihren politischen Hoffnungen so oft getäuschte Wählerschaften ausübt.“ Dieser Satz ist vollständig richtig, und wer die Verhältnisse in Deutschböhmen kennt, wird dies bestätigen. Und hieran anschliessend ist auch der folgende Satz „Woher kommt aber die Anziehungskraft der Partei der schärfern Tonart? Sie ist das Ergebnis eines allmählich entwickelten, in geschichtlichen Thatbeständen begründeten Pessimismus der deutschfreisinnigen Wählerschaften.“ Ganz richtig! Sie ist aber auch das Ergebnis der Unzufriedenheit, der vollständigen und höchsten Unzufriedenheit mit der ganzen Wirtschaft in Oesterreich, mit allen politischen, nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen Verhältnissen, kurz, mit der ganzen Regiererei, wie sie seit dreissig Jahren in Oesterreich betrieben wird. Diese Unzufriedenheit hat sich ganz allmählich entwickelt und ist immer grösser geworden; es bedurfte nur eines geringen Impulses, um sie auch praktisch zum Ausdruck zu bringen. Diesen Impuls hat sie nur seit dem Auftreten der Alldeutschen durch deren schärfern Ton erhalten, und daher erklären sich auch die Erfolge, die diese schärfere Tonart bis jetzt erzielt hat und zweifellos noch viel mehr erzielen wird. Wenn heute ein redegewandter, muthiger, unerschrockner und rücksichtsloser Agitator auftreten würde, der die Partisane der Alldeutschen Partei an Radikalismus noch übertrumpft, so würde er zweifellos noch grössere Erfolge erzielen, und selbst die Alldeutsche Partei aus dem Felde schlagen.

Woher kommt aber diese grosse Unzufriedenheit mit allen Verhältnissen in Oesterreich unter der deutschen Bevölkerung Böhmens, und nicht blos Böhmens, sondern der ganzen deutschen Bevölkerung Oesterreichs überhaupt? Diese grosse Unzufriedenheit und deren Folgeerscheinung, der Radikalismus, ist durchhaus nicht plötzlich entstanden, sie ist eine breite und tiefe Volksströmung, deren Ursachen von Tag zu Tag in stärkerm Masse wirken. Sie ist kein künstliches Produkt, sondern hervorgegangen aus der moralischen und materiellen Noth des Volkes, das sich einfach dagegen wehrt, elend zu Grunde zu gehn, während ein kleiner, fremder, zumeist eingewanderter Theil der Bevölkerung Reichthümer aufspeichert. Die deutsche Bevölkerung, und namentlich in Böhmen, hat es endlich einmal satt, immer nur als Ausbeutungsobjekt für fremde Nationen und fremde Interessen zu dienen. In Oesterreich regieren die Magyaren, die Polen, die Tschechen und die Juden; — die Deutschen haben blos das Vergnügen, für die Bedürfnisse des Staates zum grössten Theile aufzukommen, und zu zahlen! Was ist in den letzten dreissig Jahren nicht alles geschehen, um nur — wenigstens äusserlich — eine Art Scheinkonstitutionalismus aufrecht zu halten. Diesem Phantom und der Grossmachtspielerei musste alles geopfert werden! Mit der Einführung des Dualismus begann dieser Zustand. Der Ausgleich mit Ungarn, dessen Erneuerung alle zehn Jahre, dann die Quote usw., erfordern kolossale Mittel und diese muss Oesterreich fast allein tragen, Dank der famosen Bestimmungen der Ausgleichsgesetze und alles dessen, was drum und dran hängt. Und da in Oesterreich fast nur die deutschen Provinzen aktiv sind, und in diesen fast nur die gewerbliche und industrielle Bevölkerung, — so hat diese eigentlich fast allein für alles zu sorgen. Daher der ungeheure Steuerdruck; und die deutsche Bevölkerung an der Grenze des Deutschen Reiches, also in Deutschböhmen, hat am besten Gelegenheit, im vielfachen Verkehr mit Deutschland hierüber Vergleiche anzustellen. Eines unsrer deutschösterreichischen antisemitischen Blätter hat erst vor ganz

kurzer Zeit einen Artikel gebracht, in dem auf Grund der bestehenden Bestimmungen die Belastung des Hausbesitzes z. B. in Wien mit jener in Berlin und Dresden verglichen wird; aus diesem Artikel ist ersichtlich, dass die Gebäudesteuer für ein Haus, das z. B. 10.000 Mark Miethe trägt, in Dresden 210 Kronen, in Berlin 639·60 Kronen und in Wien 4205·70 Kronen beträgt. Und so wie es mit der Gebäudesteuer, so ist es in demselben Verhältniss auch mit den übrigen Steuern; die Steuerlast ist in Oesterreich einfach unbeschreiblich! Und dazu die hohen indirekten Steuern! Und das sehen meine Landsleute in Deutschböhmen recht gut, und sie vergleichen auch alle übrigen Verhältnisse, wie sie herüben in Oesterreich sind, mit den gleichartigen Verhältnissen drüben im Deutschen Reiche, und dann ist es kein Wunder, wenn man gar oft den Wunsch aussprechen hört: „Wenn es nur schon bald dazu käme, wozu es ja doch früher oder später kommen muss und kommen wird; dann hätten wir doch wenigstens erträgliche Zustände; die jetzigen Zustände in Oesterreich sind aber unerträglich!“ Und es ist ja wahr. Seit dreissig Jahren ist in Oesterreich nichts geschehen, was zur Wohlfahrt des Volkes dienen könnte. Nichts, rein gar nichts! Im Gegentheile; die Ausbeutung der arbeitenden gewerblichen und landwirtschaftlichen Bevölkerung durch den Grosskapitalismus wurde auf alle mögliche Art gefördert und begünstigt. Alles frisst am Wohlstande des eigentlichen Volkes! Das gesammte Aktien- und das Kartellwesen, die Bildung der Ringe und Truste, der Eisen- und Kohlenwucher, der Getreide-Terminhandel, das total verfahrene Eisenbahnwesen mit seinen Betriebsdeficiten (die schlechten, nichtstragenden galizischen Bahnen sind im Staatsbesitze, die guten und vorzüglich rentierenden Bahnen gehören den — getauften und ungetauften Juden): die verunglückte Valuta-Regulierung, die uns nichts gebracht, als eine masslose Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse (in Wien kostet alles im Durchschnitt doppelt soviel, wie in Berlin oder Dresden) usw.

Und allem diesen sehen die österreichischen

Regierungen der letzten Jahre unthätig zu; sie sind, auch wenn sie etwas thun wollten, zu schwach, gegen die übermächtigen Geldjuden und andere Faktoren aufzutreten; sie sind zu schwach, um ernstlich und mit kräftiger Hand einzuschreiten. Die Regierungen thun nichts gegen die schrecklich um sich greifende Verwilderung und Verrohung der Jugend, nichts gegen die haarsträubenden Zustände an den Universitäten mit ihrem gradezu hochverrätherischen Treiben, nichts gegen die Wirthschaft in Galizien, die jetzt bei den Landtagswahlen so offen zu Tage getreten, im Gegentheil, der Polenklub regiert in Oesterreich; sie thut nichts gegen das wüste Treiben der unreifen Vagabunden, dem die Polizei ohnmächtig gegenübersteht; nichts gegen die unglaublich gesteigerte Herrschaft des Judenthums, das sich bereits mächtig genug fühlt, in allen öffentlichen Angelegenheiten allein massgebend aufzutreten, — kurz, wohin man in Oesterreich sieht, überall wunde Stellen. Dazu die oft merkwürdigen, lebhaftes Kopfschütteln erregenden und sich oft widersprechenden Urtheile der Justizbehörden, von unten bis oben, ja bis zum Verwaltungsgerichtshof hinauf, der nichts ist als eine Versorgungsanstalt für abgethane Minister; — denn das Protektionswesen bei der Besetzung sicherer Posten in den Centralstellen, wo junge, unerfahrene Leute, blos weil sie Ministersöhne oder Abgeordneten-Neffen sind, die höchsten Stellen erreichen und in den wichtigsten Fragen entscheiden, während alte, erfahrene Leute auf die Seite geschoben werden, worauf der Umstand zurückzuführen ist, dass wir in Oesterreich lauter schlechte Gesetze haben usw. usw. Und so kommt es, dass die eigentliche steuerzahlende Bevölkerung in Oesterreich immer mehr verelendet, während die Juden und die mit ihnen verbundene Hochfinanz alles an sich reissen, so dass die totale Verarmung der österreichischen Bevölkerung nur mehr eine Frage von kurzer Zeit ist Und da wundert man sich, dass die Unzufriedenheit mit dieser ganzen Wirthschaft immer mehr zum Radikalismus treibt, und dass diejenigen die meisten Erfolge erzielen, die die schärfste Tonart anschlagen.

die dem österreichischen deutschen Volke die baldige Erlösung von der Herrschaft der Juden, der Tschechen, der Polen und der Magyaren versprechen!

Wir wollen dem Einsender dieses Artikels in Manchem recht geben, doch geben wir ihm zu bedenken, dass der Haushalt des Deutschen Reiches pro Jahr 1902 mit einem Abgang von rund 50 Millionen Mark abgeschlossen hat.

Und was die Juden anbelangt, so sind die Deutschen im Deutschen Reiche wohl etwas besser daran, aber Hab und Gut ist ebenso vertheilt zwischen Christ und Jud in Oesterreich wie in Deutschland. Hier der Beweis. Ueber die Ergebnisse der seit kurzem in Baden eingeführten katholischen Kirchensteuer gibt das neue statistische Jahrbuch für 1901 insofern werthvolle Aufschlüsse, als sie einen Vergleich der der allgemeinen Kirchensteuer unterliegenden Steuerkapitalien der Evangelischen, der Katholiken und der Israeliten ermöglichen. Die Kapitalrentensteuer-Kapitalien der Evangelischen belaufen sich im Jahre 1900 auf 733·0 Mill. M., die der Katholiken auf 471·3 Mill. M., die der Israeliten auf 142·5 Mill. M., ausgerechnet auf den Kopf nach der Seelenzahl vom 1. Dezember 1900 — wo in Baden 701.964 Evangelische, 1·1 Mill. Katholiken, 8356 Altkatholiken und 26.132 Israeliten gezählt wurden — stellt sich das Verhältnis wie folgt: 1044·30 M. für die Evangelischen, 419·70 M. für die Katholiken und 5452·20 M. für die Israeliten. Die Grund-, Häuser-, Gefäll- und Gewerbesteuerkapitalien betragen für den evangelischen Theil 1042·1 Mill. M., für den katholischen 1296·6 Mill. M., für die Israeliten 153·1 Mill. M., also für den Kopf 1484·60 M., 1154·30 M. und 5857·40 M. Die Einkommensteueranschläge stellen sich für die Evangelischen auf 119·2 Mill. M., die Katholiken auf 101·5 Mill. M., die Israeliten auf 24·3 Mill. M.; dies ergibt auf den Kopf 169·8, 90·50 u. 931·30 M. Die Verwirklichung des Planes der Alldeutschen kann natürlich in erster Linie nur auf Kosten Oesterreichs geschehn. In der That, die Zertrümmerung Oesterreichs scheint das Endziel aller preussischen Politik zu sein. Spricht doch die ganze Vergangenheit Preussens dafür. Schon das Brutei des heutigen Preussens ist sehr wenig ehrenhaft.

„Im Jahre 1525 säkularisirte der Hochmeister des deutschen Ordens, Albrecht von Brandenburg, das preussische Ordensland und machte sich unter Genehmigung seines Lehnsherrn, des katholischen Königs von Polen, laut Vertrag vom 8. April 1525 zum ersten Herzog von Preussen, wodurch er sein Land zur Wiege des preussischen Staates erhob.“

Also der Anfang Preussens ist von Rechtswegen promptes Kirchengut. Die besten Ländergeschäfte machte der grosse Kurfürst Friedrich Wilhelm beim Abschluss des westphälischen Friedens, annektierte Pommern und Ostpreussen. Friedrich der Grosse bereicherte sich auf Kosten Oesterreichs durch Schlesien, dann annektierte er Westpreussen. Während der Kriege, mit denen Friedrich der Grosse Oesterreich bedrängte, unterhielt er in Böhmen fortwährend bezahlte Agenten, welche das Land fort und fort bereisten und für das preussische Regime praeparierten. Im Jahre 1732 hat der protestantische Prediger Liberda mit 6 Gehilfen für ein Honorar von 200 Thalern böhmische Unterthanen zur Auswanderung nach Preussen bewogen, er hat ihrer über 2000 gewonnen. Böhmische Protestanten haben im Jahre 1775 direkt Friedrich aufgefordert, das Land Böhmen zu annektieren. Die Absichten Bismarks sind ja allbekannt. Der ehemalige ungarische Revolutionsgeneral Stephan Türr erzählt im „Pesti Hirlap“ folgendes: „Zur Zeit des 1866er Krieges lies Bismarck die ungarische Legion organisieren; er betonte, dass er die berechtigten Aspirationen der ungarischen Nation unterstütze. Kaum ein Jahr später bot sich mir in Belgrad Gelegenheit zu erfahren, dass der dortige preussische Geschäftsträger, so dass ich es mit meinen Ohren hörte, ungarisches Gebiet den serbischen Staatsmännern versprach. 1867 sagte mir Bismarck nur zu deutlich, welche Absichten er mit Oesterreich habe. Durch mich liess er den Italienern sagen, dass „Italien mit Hilfe Preussens das Trentino bekommen könne.“ aber er fügte hinzu, dass er Triest nicht in die Hände der Italiener gelangen lassen wolle, weil das „ein Zukunftshafen Deutschlands“ ist. Ich sagte dies schon mehrmals, als der eiserne Kanzler noch lebte. Und ich citiere heute neuerlich

diese Worte, weil ich die pangermanischen Herren aufmerksam zu machen wünsche, dass der Ausflug, den sie auf den Sachsenboden und für das Banat planen, Verdacht wecken wird, nicht bloss im Kreise des Ungarthums, sondern auch bei den österreichischen Völkern.“ Und da hört man sogar k. k. Beamte „Heil Bismarck!“ rufen. — Am weitesten gediehen ist in dieser Art eine Brochüre bei Lehmann in München erschienen unter dem Titel: Oesterreichs Zusammenbruch und Wiederaufbau.“ In diesem Produkt der alldeutschen Propaganda ist die Theilung Oesterreichs auf dem Papiere für die Zukunft vollständig durchgeführt. Den alldeutschen Gedanken verbreiten in Deutschland systematisch nicht allein die Presse, sondern auch zahlreiche Vereine. Neben dem alldeutschen Verein sind hier zu nennen der Schulverein zur Erhaltung des Deutschthum im Auslande und andere derartige Organisationen. Aus der Hauptversammlung des allgemeinen deutschen Schulvereines in Stuttgart vom 20. Mai 1902 entnehmen wir folgendes. Der vor mehr als zwei Jahrzehnten von patriotischen Männern in Berlin gegründete Verein war der erste nationale Schutzverein, der sich die Aufgabe stellte, das Deutschthum im Auslande zu schützen und zu erhalten. Er war ein Ausfluss des wiedererstarkten Selbstgefühls, das die Gründung des Reiches den Deutschen gegeben hatte. Es ist kein pädagogischer oder schultechnischer Verein, wie irrthümlich nach seinem Namen bisweilen angenommen wird. Sondern er estrebt einzig und allein deutsch-kulturelle Ziele. Er kennt für seine Thätigkeit keinerlei Unterschiede der Religion, der Konfession, der politischen Parteistellung. Er kennt nur Deutsche, die ihrem Deutschthum treu bleiben und seine Hilfe dazu annehmen wollen. Er erwartet von jedem Deutschen im Auslande, dass er ein guter Bürger seines besonderen Staates sei, wünscht aber und wirkt dahin, dass er zugleich auch ein guter Deutscher bleibe und deutsche Sprache, Sitte und Kultur sich unverkürzt bewahre. Wer die Jugend gewinnt, der hat die Zukunft; wer sie verliert, hat alles verloren. Darum wendet der Verein seine Mittel für die deutschen Stammes-

genossen an der Sprachgrenze und in gemischtsprachigen Gegenden hauptsächlich zur Gründung und Erhaltung deutscher Schulen auf, und nur aus diesem Grunde führt er den Namen „Allgemeiner deutscher Schulverein". Der Sitz des Hauptvorstandes ist in Berlin; der Verein gliedert sich weiter in Landesverbände und Ortsgruppen. Sehen wir in das uns befreundete und verbündete Oesterreich hinein. Wie hat das Deutschthum dort zu kämpfen, um sich in seiner, kraft uralter Kulturarbeit ihm gebührender Stellung zu behaupten. In Böhmen und Mähren gegen das Tschechenthum, in Galizien gegen die Polenwirtschaft, in Krain und Küstenland gegen den ausserhalb der verantwortlichen Regierung gezüchteten Chauvinismus des Magyarenthums, im südlichen Tirol gegen die welschen Autonomiebestrebungen und die Minierarbeit der Lega Nazionale. Nicht allen in Oesterreich eingeborenen Deutschen ergeht es so gut, wie verhältnismässig noch den Deutschböhmen, die in zahlreichen Schutzvereinen sich zur Wehre setzen und neuerdings, vom Mittelpunkt der Prager deutschen Universität aus, die „deutsche Arbeit" in Buch und Monatsschrift zur Geltung bringen.

Unter den Klängen der Musik traten Nachmittag 2 Uhr die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Schulvereins aus dem Arbeitsraum des Vertretertages unmittelbar in den Prachtsaal der Liederhalle zum Festessen hinüber. Wie die Glieder einer Familie, in Freundschaft und Vertraulichkeit, ordneten sich die Anwesenden zur frohen Tafel . . . Den Reigen der Toaste eröffnete Dr. Brüxner-Stuttgart, indem er mit hinreissender Begeisterung das Hoch auf Kaiser Wilhelm und auf den König von Württemberg ausbrachte; wenn durch eine Naturgewalt eine ganze Stadt mit 30.000 Einwohnern vom Erdboden vertilgt werde, dann rege sich das Mitleid und jeder wolle helfen; wie aber, wenn hundert deutsche Städte in Böhmen, Mähren und anderen bedrohten Gegenden mit 300.000 Einwohnern uns verloren gingen, müsse da erst die deutsche Hilfe eintreten! Der Kaiser und der König seien unsere Vorbilder in nationaler Kraft und That; dem Kaiser und dem Könige gelte die treue Huldi-

gung des Allgemeinen Deutschen Schulvereins. Major Kressmann-Karlsruhe, als Norddeutscher in Süddeutschland, sprach auf Stuttgart, Prof. Mentz-Jena auf Dr. Brüxner, Frau von Radnoftai-Dresden mit vieler Anmut auf die Stuttgarter Frauengruppe, Dr. Harnischfeger-Frankfurt a. M., dem das Herz auf dem rechten Flecke sitzt, auf die sog. „berühmten sechs Berliner Herren“, den Hauptvorstand. Sehr eindrucksvoll gedachte Dr. Weiss-Bremen derer, die durch Beruf oder Krankheit abgehalten seien, persönlich zu erscheinen, insbesondere des von schwerer Krankheit wiedergenesenden wackeren Pfarrers Gamper in Dresden. Eingelaufene Depeschen wurden mit Beifall und Dank verlesen, darunter die des Chefredakteurs der Vossischen Zeitung, Dr. Bachmann, des Herrn Dr. Hedinger „aus Roseggers Heimat“, vom Deutschen Schulverein im Wien, von der „Nordmark“ in Troppau.

Nicht in demselben Grade wie die Aufgaben und Arbeiten des Vereins sind seine Mittel gewachsen. Dies muss offen und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, damit sich unsere national gesinnten Mitbürger besser rühren; denn mit einem gleichgültigen, passiven Volk sind keine grossen Ziele zu verfolgen. Die Mitgliederzahl hat um einige Hundert zugenommen: voriges Jahr waren es rund 32.400, dies Jahr sind es 33.000; aber im Vergleich mit der Bevölkerungszunahme ist dies kaum als ein Steigen zu betrachten. Von 1899 auf 1900 waren wir doch um 2000 hinaufgegangen. Dabei trifft die Werbekomission des Hauptvorstandes gewiss kein Vorwurf. Diese hat vielmehr mit Eifer und Umsicht ihres Amtes gewaltet, hat schlafende Ortsgruppen aufgerüttelt und neue begründet, auch unsere Ansichtspostkarten vermehrt, namentlich um ein Bild von der Johannesburger Schule, und den Schulvereinsschriften ein sehr interessantes Heft hinzugefügt, betitelt „Die Deutschen Schulen im Ausland“, von Dr. Ernst Kapff. Die Gesammteinnahmen sind von rund 176.000 Mark auf 180.000 Mark gestiegen; wir danken dies besonders der grossartigen Energie einiger Frauen-Ortsgruppen, voran Berlin und Darmstadt, sowie den Burschenschaften, die ihren vorigjährigen Beitrag von 600 M.

auf 1570 M. erhöht haben; solch gewichtige Hilfe von den Müttern und der studierenden Jugend eröffnet uns einen ermutigenden Ausblick in die Zukunft.

Die meisten Unterstützungen gingen, wie gewöhnlich, nach Böhmen und Mähren (33.000 M.); die für überseeische sind gegenüber dem Vorjahr auf das Doppelte gewachsen. Mit Stipendien hat die Hauptleitung 18 Studierende aus dem deutschen Auslande unterstützt, im Gesammtbetrage von 4100 Mark, ferner haben der Landesverband Thüringen (Prof. Rein, Jena), die Ortsgruppen Marburg (Prof. Th. Fischer) und Breslau (Prof. Voigt) Stipendien verliehen. Zu wünschen wäre, dass noch weitere Landesverbände und Ortsgruppen, in deren Bezirke Universitäten oder technische Hochschulen sich befinden, Stipendien für deutsche ausländische Studierende errichten. Für Büchereien haben wir zirka 2000 Bände angekauft und sie nach Galizien, Böhmen, Mähren, Steiermark, Osteuropa uud Brasilien geschickt.

Auf diese Weise wird von manchen derartigen Organisationen für den grossdeutschen Plan gearbeitet. Nach den neuesten Erhebungen sollen die Deutschen an der Zahl folgendermassen angewachsen sein. Im Deutschen Reich selbst beträgt die Zahl der Deutschen nach der jüngsten Zählung vom 1. Dezember 1900 im ganzen 52,113.159. Etwas älter sind meist die Zählungen, deren Ergebnis die folgenden Daten sind. Nach der Zählung von 1890 hatte Oesterreich damals 8,662.000 Deutsche; für Ungarn liegt jetzt das endgiltige Ergebnis der Zählung vom 31. Dezember 1900 vor, wonach die Zahl der dortigen Deutschen 2,133.181 beträgt, eine Zahl, die hinter der Wirklichkeit aber sicher erheblich zurückbleibt. Alle folgenden Zahlen sind das Ergebnis von möglichst genauen Schätzungen auf Grund des Materials der jeweils jüngsten Volkszählung. Danach gab es Deutsche im Jahre 1895 in Bosnien und Herzegowina 30.000, 1891 in Liechtenstein 9400, 1888 in der Schweiz 2,083.000, 1895 in Luxemburg 200.000, 1890 in Belgien 3,420.000, 1889 in den Niederlanden 5,094 800, 1896 in Frankreich 500.000, 1890 in Dänemark 50.000, in Schweden 5000, in Norwegen 2000, 1891 in Gross-

britannien und Irland 100.000, 1897 in Russland 2,001,840, 1894 in Rumänien 50.000, 1895 in Serbien 6400, 1893 in Bulgarien 3600, 1890 in der Türkei 15.000, 1896 in Griechenland 1000, 1898 in Italien 50.000, 1897 in Spanien 3000, 1890 in Portugal 1000.

Das macht alles in allem eine Kopfzahl von 76,536.000. Auf das geschlossene deutsche Sprachgebiet fallen davon etwa 72,000.000. Zusammen bilden diese Deutschen mehr als ein Fünftel der gesammten europäischen Bevölkerung.

Nach Mulhalls Berechnung waren die Völkerverhältnisse Europas folgendermassen beschaffen.

Gesammtzahl der Bevölkerung Europas

Jahr 1801	1890
161,800.000	401,700.000

Von einem Hundert Einwohner sprachen

	im Jahre 1801	1890
englisch	12·7	27·7
französisch	19·4	12·7
deutsch	18·7	18·7
italienisch	9·3	8 3
spanisch	16·2	10·7
portugalisch	4·7	3·2
russisch	19·—	18 7

Ob diese Zahlen der Wirklichkeit entsprechen, ist allerdings fraglich.

Innerhalb des deutschen Reiches wird mit eiserner Rücksichtslosigkeit an der Alleinherrschaft der Preussen gearbeitet. Wir sagen der Preussen, denn von ihnen geht ja hauptsächlich diese Bewegung aus. Die Früchte zeigen sich am deutlichsten in Elsass-Lothringen.

Als es sich im Jahre 1898 darum handelte, das deutsche Reichspressgesetz vom 7. Mai 1874 in Elsass-Lothringen einzuführen, war auch vorgeschlagen worden, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach das Erscheinen französischer Zeitungen im Reichslande behördlich verboten werden könnte Der Landesausschuss lehnte jedoch diesen Vorschlag als eine zu wenig pressfreundliche Massregel ab. Gleichzeitig wurde in den damaligen Verhandlungen hervorge-

hoben, dass die in französischer Sprache erscheinenden Strassburger Blätter von Jahr zu Jahr ohnehin an Abonenten verlieren und somit in ihrem Einflusse und ihrer Bedeutung zurückgingen. Die Wahrnehmung wird, wie man der Süddeutschen Reichscorrespondenz aus Strassburg meldet, durch die Thatsachen bestätigt. Als z. B. vor etwa Jahresfrist in Metz eine neue katholische Zeitung gegründet werden sollte, da wurde von den beteiligten Kreisen mit Entschiedenheit betont, dass die neue Zeitung in deutscher Sprache erscheinen müsse, wenn anders sie auf eine genügende Zahl von Abonnenten und Lesern rechnen wolle, um die von ihr vertretenen Interessen mit Erfolg vertheidigen zu können. Und so entstand die Lothringer Volksstimme. Ferner hat die Volkszählung vom 1. Dezember 1900, bei der zum erstenmale die Muttersprache der ortsanwesenden Bevölkerung im einzelnen ermittelt wurde, ergeben, dass die französisch sprechende Bevölkerung des Reichslandes geringer ist als man gewöhnlich annahm. Es ist dabei zu beachten, dass im Jahre 1900 eine Individualzählung stattgefunden hat, während bis dahin nur eine schätzungsweise Ermittelung des geschlossenen französischen Sprachgebietes vorgenommen wurde. Die durch die jetzige Individualzählung ermittelten 198.173 Personen, die als Muttersprache Französisch angegeben haben, umfassten auch die ausserhalb des französischen Sprachgebietes im Lande zerstreuten Angehörigen der französischen Muttersprache. Solcher sind 87.010 gezählt worden. Dem Reste von 111.163 französisch Sprechenden stehen im französischen Sprachgebiete bereits 48.756 Personen gegenüber, deren Muttersprache Deutsch ist, hauptsächlich infolge der deutschen Einwanderung dorthin. Demnach hat sich das früher als rein französisch anerkannte Sprachgebiet, besonders in Lothringen, an Umfang bedeutend verringert, und mehr als drei Viertel dieses Gebietes sind jetzt sprachlich gemischt. Der preussischen Polenpolitik können wir vielleicht ein besonderes Kapitel widmen. Auf diese Weise haben wir hoffentlich eine Uebersicht von der alldeutschen Bewegung erhalten und ihre Ziele und Bestrebungen kennen gelernt.

V. Bismarck und Oesterreich.

Seit dem J. 1898, wo Bismarck starb, vergeht fast kein Tag, an welchem nicht ein Werk über Bismarck, sein Leben, Wirken etc. auf dem deutschen Büchermarkt erscheinen möchte. Da kommt Lothar Bucher, dort wieder der Hebräer Moritz Busch und ganze Legionen anderer Bismarcks-Verherrlicher. Selbstverständlich ist unsere Juden-Presse in Oesterreich jedesmal im Freudenrausch, wenn sich ein neuer Bismarcks-Bekollerter auf dem Büchermarkt anmeldet. Bismarck war der grösste Feind Oesterreichs. Einen durchschlagenden Beweis dazu erbrachte A. Kienast in seinem Werke: Die Legion Klapka. Eine Episode aus dem Jahre 1866 und ihre Vorgeschichte. (Wien 1900, bei Seidel u. Sohn.) Wir lesen hier unter Anderem folgendes:

Als Ludwig XIV. mit jenen Unternehmungen beschäftigt war, welche die landläufige Geschichtsbetrachtung mit dem Namen der Raubkriege belegt hat, suchte er wiederholt dem Kaiser im Osten Feinde zu erwecken durch Gewinnung der Polen, durch Aufhetzen und ein Bündnis mit den Osmanen, oder durch Unterstützung und Verbindung mit den aufständischen Ungarn. Friedrich II. von Preussen suchte während seiner Kriege mit Maria Theresia einmal die Türken und Tataren zu einem Einfall in Siebenbürgen oder Ungarn zu bewegen, und ein anderes Mal trat er mit unzufriedenen Magnaten in Beziehungen, um Oesterreich von dieser Seite zu beschäftigen.

Nach diesen und ähnlichen berühmten Mustern handelte auch Bismarck im Jahre 1866. Oesterreich sollte in einer eisernen Umklammerung seiner Feinde erdrückt und für immer zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges herabgemindert werden. Der Baumeister des neuen deutschen Reiches begnügte sich nicht mit dem Plane, dass das Preussen des Nordens und das Piemont des Südens zugleich von entgegengesetzten Seiten angreifen und sich vor den Mauern der österreichischen Hauptstadt siegreich die Hände reichen sollten: er bereitete noch eine ganze Reihe von Reserven vor, deren Vorstösse das Schicksal des

Kaiserstaates besiegeln oder wenigstens während des Kampfes einen Theil seiner Heeresmassen fern von der Hauptschauplätzen festhalten sollten und während der Friedensverhandlungen noch immer als gefährliche Drohung ausgespielt werden konnten. Bismarck zog Serbien und Rumänien in den Kreis seiner Berechnung. Am 10. Juni theilte er dem Fürsten Anton von Hohenzollern mit, dass er den Legationsrath von Pfuel über Belgrad nach Bukarest sende, „um dort für die preussischen Interessen thätig zu sein". Der Abgesandte fand in beiden Ländern Parteien vor, die auf eine Theilnahme an dem Kriege gegen Oesterreich hinarbeiteten. In Serbien glaubte Garaschanin den Augenblick gekommen, ein gross-serbisches Reich zu gründen, das sich über die Save und bis an die Adria erstrecken sollte, und es war fraglich, ob der Fürst Michael diesem Drängen widerstehen werde. In Rumänien, wo der Prinz von Hohenzollern eben erst die Regierung übernommen hatte, gab es ähnliche Bestrebungen. Beide Balkanstaaten pflogen Unterhandlungen über ein Bündniss; unter ihrem Schutze sollte sich ein ungarisches Insurgentencorps bilden. Auf das seit 1848 noch immer gährende Ungarn setzte Bismarck in besonderer Weise seine Hoffnungen. Beziehungen zwischen Preussen, der Vormacht des Protestantismus und den ungarischen Protestanten, dieser geborenen Opposition, wie Minister Bach sie nannte, bestanden schon früher. Friedrich Wilhelm IV. liess ihnen seine Hilfe angedeihen und als die Bewegung gegen die Thunschen Verordnungen, welche den Gebrauch der protestantischen Konvente zu politischen Umtrieben verhindern wollten, in Ungarn um sich griff, sandte der Gustav-Adolf-Verein reiche Geldspenden ins Land, um die evangelischen Kirchen und Schulen wenigstens theilweise von der „Jesuiteninvasion" zu schützen. Die Anknüpfung von Beziehungen zwischen dem offiziellen Preussen und den ungarischen Malkontenten blieb jedoch Bismarck und dem Jahre 1866 vorbehalten. Dieser Staatsmann, der 1849 in der zweiten Kammer es bedauerte, dass preussische Truppen nicht ebenso wie die russischen an dem Kampfe gegen die Revolution in Ungarn theil-

genommen, sprach 1857 in einer Denkschrift den Satz aus, dass eine legitime Monarchie den Bund mit Mächten, die aus der Revolution hervorgegangen sind, nicht zu scheuen brauche. Fünf Jahre später an die Spitze des Ministeriums berufen, wusste er je nach Bedarf Politik zu machen: einmal gegen die Stimme des Volkes und ein anderesmal im Bunde mit revolutionären Gewalten. Seine Beziehungen zu den unzufriedenen Ungarn stammten noch aus Paris. Auf dem Punkte, den dortigen Gesandtschaftsposten mit der Ministerpräsidentschaft zu vertauschen, erhielt Bismarck ein Schreiben des Grafen Arthur Scherr-Thoss, das ihm für den Fall, dass er in Berlin „nicht bloss ein preussischer Felix Schwarzenberg, sondern ein deutscher Cavour zu sein gedenke, die redliche und nützliche Mitwirkung Ungarns“ anbot. Graf Scherr-Thoss, ein gebürtiger Preussisch-Schlesier und Protestant, hatte bis zum Jahre 1841 als Kadet und Offizier in der österreichischen Armee gedient und dann Ungarn, wo er sich angekauft hatte, in dem Grade zu einer zweiten Heimat gemacht, dass er im Jahre 1848 im Insurgentenheere diente. Nach der Waffenstreckung von Vilagos entzog er sich durch die Flucht der drohenden Wiedereinreihung in die k. k. Armee und lebte, im Dienste der Emigration vielfach zu diplomatischen Sendungen verwendet, in Genf und Paris. Auf jenen Brief hin wurde er von Bismarck zu einer Unterredung eingeladen. Er musste ein Bild von den ungarischen Zuständen entwerfen und erhielt darauf von Bismarck nach seinen eigenen Berichten folgende Versicherungen: „Ich habe mir zum Ziele gesetzt, dieses Oesterreich niederzuwerfen, das uns auf das unwürdigste behandelt, uns zu seinem Vasalen erniedrigen möchte. Ich will Preussen aufrichten und ihm die Stellung verschaffen, die ihm als rein deutschem Staate gebührt. Ich verkenne nicht den Werth, den die Hilfe Ungarns für uns haben kann, und ich weiss, dass die Ungarn nicht Revolutionäre sind in dem gewöhnlichem Sinne des Wortes . . . Wenn wir siegen, wird auch Ungarn frei werden. Verlassen Sie sich darauf.“ So soll Bismarck zwei Jahre vor dem schleswig-holstein’schen

Krieg gesprochen haben. In Paris hatte er übrigens als Gesandter Gelegenheit gehabt, auch andere Vertreter der ungarischen Emigration kennen zu lernen, die dort, wie die Verschwörer aus aller Herren Länder, beim „rothen Prinzen“ ein- und ausgingen.

Bismarck erwies sich im Jahre 1866 als ein unversöhnlicher Feind Oesterreichs, der vor keinem Mittel zurückschreckte. Es genügte ihm nicht, der von ihm geschaffenen Allianz und dem Schwerte die Entscheidung zu überlassen, er suchte nach Kräften auch die inneren Schwierigkeiten des Kaiserstaates zu dessen Verderben auszunützen. Wie er die ungarische Bewegung ausbeutete, so richtete er, als die Preussen Böhmen betraten, eine Proklamation an das „glorreiche Königreich“, das den Czechen im Falle des Sieges der preussischen Waffen Aussichten auf Verwirklichung ihrer nationalen Wünsche machte. Auch nach dem Frieden unterhielt Bismarck, um sich für den Fall eines Krieges mit Frankreich den Rücken zu decken, im Berliner auswärtigen Amt ein eigenes Bureau zur Betreibung dieser lichtscheuen Beziehungen mit den unzufriedenen Elementen in Oesterreich-Ungarn. Die Legion Klapka hatte er, während des Waffenstillstandes in Ungarn einbrechen lassen, und um den Rücksichtslosigkeiten gegen den Besiegten die Krone aufzusetzen, wurde sie noch nach dem Friedensschluss nahe der österreichischen Grenze beisammen gehalten. Eis solches Vorgehen konnte man in Oesterreich nicht ohne Antwort lassen. Eine kaiserliche Verordnung befahl im September 1866, dass bis auf Weiteres die sieben österreichischen Regimenter, welche den König oder Prinzen von Preussen, preussische Generale oder mit Preussen verbündete Fürsten zu Inhabern hatten, ohne deren Namen nur mit der Nummer benannt werden sollten. Zugleich resignirten die Erzherzoge Albrecht, Karl Ludwig und Leopold als Chefs preussischer Regimenter. Dem preussischen Hof gegenüber wurde kein Geheimniss daraus gemacht, dass diese Entschlüsse in der Aufstellung einer ungarischen Legion gegen Oesterreich ihren Grund hatten. Es ist kein Zweifel, dass man auch in Preussen ein solches Vorgehen von Seite Bismarck's missbilligte.

Im Jahre 1874 warf der Centrumsabgeordnete Freiherr von Schorlemer-Alst im preussischen Abgeordnetenhaus dem Fürsten von Bismarck die Aufstellung der Legion Klapka und den Plan einer Insurgirung Ungarns und Kroatiens vor. Der Reichskanzler wusste darauf nur zu erwidern, dass er in einem „Akte der Nothwehr“, als die von Kaiser Napoleon angekündigte Einmischung die bisherigen Erfolge in Zweifel zu stellen drohte, zu diesem Mittel gegriffen habe; er habe nichts gethan, als „Deserteure aufgenommen.“ Dazu ist nur zu bemerken, dass Bismarck die Bildung der Legion in Angriff genommen hatte, bevor Napoleon eine Miene machte, dazwischenzutreten. Zu den im Kriege erlaubten Mitteln gehört ein solches nicht. Als der preussische General von Werder die kurhessischen Truppen zum Treubruch und Fahnenwechsel aufforderte und ihr Kommandant dies in einem flammenden Protest zurückwies, schrieb ein Berliner Zeitungs-Korrespondent mit Recht nach dem Süden: „Wenn dergleichen Verlockungen von revolutionären Regierungen ausgiengen, so könne das wenig befremden, aber nun geschehe dies von dem Repräsentanten einer Macht, deren Dynastie sich so viel auf göttliches Recht und christliche Grundsätze beruft.“ Angesichts des in der preussichen Bevölkerung sich kundgebenden Widerstrebens gegen den Bruderkrieg von 1866 wusste die der Berliner Regierung so nahestehende „Kreuzzeitung“ sofort zu erinnern, dass das preussische „Strafgesetzbuch“ jene, die während dieses Krieges im feindlichen Heere Dienste nehmen und die Waffen gegen Preussen tragen, mit dem Tode bestrafe. Das scharfe Urtheil, das, wie wir oben anführten, General Rzikowsky über die ungarische Legion auf preussischer Seite fällte, war darum gewiss auch jedem preussischen Soldaten aus dem Herzen gesprochen. „In der preussischen Armee,“ so schrieb Bernhardi am 31. Mai 1866 abrathend an Türr, „sind gewisse Ideen von redlicher, ritterlicher Kriegsführung herrschend, mit denen die Bildung solcher Legionen in einem entschiedenen Widerspruch stehen würde“, und in seinem Tagebuch fügt er hiezu: „Natürlich sage ich in Türr's Gegenwart nicht, dass die Legionäre von unseren Soldaten als eidbrüchige und

pflichtvergessene, ehrlose Gesellen ohne Zweifel mit der äussersten Verachtung behandelt werden würden". Die Politik Bismarck's kannte keine solchen Bedenken.

So schreibt Kienast über Bismarck. Sein Werk sollte in Oesterreich mehr Verbreitung gefunden haben. Aus den Werken über Bismarck bringt die Judenpresse alle Augenblicke Stellen, wie sich Bismarck über Oesterreich aussprach. So brachte die „Neue Freie Presse" von einem Berichterstatter aus Friedrichsruhe folgendes anfangs April 1899. Bismarck wendete sich mit grosser Entschiedenheit gegen jene Parteien, die auf eine Annexion österreichischer Gebiete durch Deutschland hinarbeiten, und verwahrte letzteres gegen die Ausstreuung, dass es derartigen Bestrebungen mehr oder minder wohlwollend Vorschub leiste. Es könne und dürfte vielmehr eine derartige Politik niemals verfolgen. „Wenn die west-österreichischen Provinzen mit Deutschland vereinigt würden" — sagte Bismarck — „so wäre die Folge davon, dass wir Preussen im Reichstage nicht mehr über eine unbedingte Majorität verfügen könnten und dass das alte Sprichwort: „Travailler pour le roi de Prusse" hinfällig werden müsste. Und wie denken Sie sich dann das Verhältniss von Berlin zu Wien, wenn diese beiden grossen Centralpunkte einen und demselben Reiche angehören sollten, wäre unter diesen Bedingungen Berlin schon im Hinblick auf seine geographische Lage nicht gezwungen, mit der Zeit dem vielfach günstiger gelegenen Wien den Vorrang abzutreten? Nein, das darf und wird nie geschehen. Natürlich spreche ich hier von einem Oesterreich, in welchem der deutsche Volksstamm schon vermöge seiner historischen und kulturellen Entwicklung die ihm allein gebührende führende Rolle einnimmt. Es können in dieser Beziehung wohl noch manche politischen Wandlungen eintreten, doch bin ich überzeugt, dass alle etwaigen Versuche, Oesterreich zu slavisiren, vergeblich bleiben werden, denn ein slavisches Oesterreich halte ich schlechtweg für ein Ding der Unmöglichkeit.

Als vor Kurzem unter dem Minister-Präsidenten Grafen Taaffe der Versuch gewagt wurde, den Kaiser Franz Joseph zu bestimmen, sich in Prag die Wen-

zelskrone auf das Haupt zu setzen, habe ich dagegen, allerdings ohne dem Selbstbestimmungsrechte Oesterreichs irgendwie nahezutreten, meine warnende Stimme erhoben. Diese Krönung, welche unmöglich ein rein religiöser Akt sein könnte, wäre meiner Ansicht nach der Anfang vom Ende und müsste unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Doch damit hat es zur Zeit keine Gefahr, zu solchen gefährlichen Experimenten wird sich Kaiser Franz Joseph niemals herbeilassen. Ich habe persöhnlich die denkbar höchste Verrehrung für diesen Kaiser, der so schwere Prüfungen bestehen musste und der in nie ermüdendem Pflichteifer seine ganze grosse Arbeitskraft in den Dienst seiner Völker stellt und nur das Beste seiner Länder im Auge behält. Dieses Oesterreich ist schwer zu regieren, und der Einfluss, den die klerikale Partei und nicht minder der grosse Feudal-Adel auf die inneren Geschicke der Monarchie auszuüben suchen, erhöhen um ein Bedeutendes die ohnehin schon bestehenden grossen Schwierigkeiten. Doch wird bei alledem Kaiser Franz Joseph sich nicht beirren lassen, sondern fest und unentwegt zu uns und der deutschen Sache halten — hievon habe ich des Oefteren schon unumstössliche Beweise erhalten. Ich denke mir, dass in Oesterreich die Deutschen, in Ungarn die Magyaren bis zu einem gewissen Grade prädominiren sollen, und dass diese beiden Volksstämme zur Aufrechterhaltung des durch Deák geschaffenen Dualismus sich treu und unverbrüchlich die Hände zu reichen haben. Auf einer weisen, gerechten und fortschrittlichen Grundlage sich erhebend, die grossen volkswirthschaftlichen und kommerziellen Interessen mit allen Kräften fördernd, müsste die österreichisch-ungarische Monarchie, Hand in Hand mit Deutschland, einer schönen und glanzvollen Zukunft entgegengehen. Dabei soll keineswegs von einer Unterdrücknng der slavischen Volksstämme die Rede sein, dieselben mögen sich ruhig weiter entwickeln und im Rahmen des grossen Ganzen die nöthigen Vorbedingungen für ihre kulturelle und nationale Ausbildung finden, aber das Aushängeschild des österreichischen Kaiserstaates muss unter allen Verhältnissen ein deutsches sein und für alle Zeiten ein deutsches

bleiben. So," sagte schliesslich Fürst Bismarck, „nun habe ich wieder einmal frei und offen gesprochen, und es freut mich, bei Ihnen auch das richtige Verständniss für meine politischen Darlegungen gefunden zu haben."

Aus den Tischgesprächen Bismarcks veröffentlichte anfangs Januar 1899 die „Neue Freue Presse" folgendes: „Oesterreich ist wie ein Haus, das aus schlechten Ziegeln gebaut ist, welche jedoch durch einen ausgezeichneten Mörtel zusammengehalten werden — wie nennen Sie diesen — Cement. Dieser Cement ist seine deutsche Bevölkerung. Was immer Gutes in seinen barbarischen Provinzen gethan worden, ist durch die Germanisirung seiner Institutionen geschehen. Ueberall in Oesterreich wird Deutsch gesprochen; die Bewohner der verschiedenen slavischen, magyarischen und lateinischen Provinzen müssen sich des Deutschen bedienen, um sich mit einander zu verständigen." Und zu dem Würzburger Schriftsteller Anton Memminger sprach er sich Jahrzehnte später, kurz nach seiner Entlassung, aus, er lege auf die Erhaltung bayrischer Eigenart und Selbstständigkeit darum so viel Gewicht, weil die Baiern für Deutschland das natürliche Verbindungsglied mit Oesterreich seien, dessen Deutsche echt bairischen Stammes wären. Vorläufig sei der Bestand Oesterreichs eine Lebensfrage auch für Deutschland, und dies vom Gesichtspunkte des europäischen Friedens. „Die Deutschen in Oesterreich werden nicht zu Grunde gehen, wenn sie sich nur selbst zu helfen wissen. Sie müssen es machen, wie die Slaven und Ungarn, sie müssen unter einer Parole und Fahne marschiren — das Getrennt-marschiren und Vereint-schlagen ist allerdings eine bewährte Regel, aber nur wenn man eine einheitliche Führung, wie die Moltke's, hat. Aber wenn gar die Ultramontanen zur Führung unter den Deutschen sich drängen, dann weiss ich im voraus, dass es nicht auf die Einigung der Deutschen, sondern auf deren Zersplitterung und Schwächung abgesehen ist; darauf geht ja die ganze ultramontane Politik hinaus: In Frankreich ist sie demokratisch, in Italien republikanisch, in Deutschland „christlich-social"

oder wenn's passt, social-demokratisch in Schwarz, in Oesterreich feudal-tschechisch; sie wird sogar noch antisemitisch, um sich hinterrücks den Juden als Retter anzumelden." Die Deutschen in Oesterreich haben vielleicht im Laufe der Zeit etwas gelernt. Die österreichischen Adeligen werden in ihrer grossen Mehrheit überhaupt nie mehr etwas lernen. Die Tschechen hinwiederum machen denselben Fehler wie die Deutschen vor ihnen, sie verlangen zu viel, und so wird der Kaiser sich von ihren ungestümen Gelüsten abwenden, um eine andere Mehrheit in der Volksvertretung zu bilden." Und Bismarck schoss: „Der Kaiser und seine Staatsmänner werden nicht lange mit einer nichtdeutschen Mehrheit hausen können. Gerade jene Elemente, denen das Zeug zur Staatenbildung abgeht, werden in der Regel masslos frech, unverschämt, begehrlich und selbstsüchtig, so dass sie dann niedergebeugt oder geknickt werden müssen." Ein sehr reiches Material darüber, wie in Preussen systematisch gegen Oesterreich gearbeitet wurde, veröffentlichte Poschinger in seinem grossen Werke über Preussens auswärtige Politik. Im dritten Bande heisst es da unter anderem über das Verhältniss von Preussen zu Oesterreich folgendermassen:

In Preussen, wo König Fridrich Wilhelm IV. die Führung der auswärtigen Politik in weit höherem Masse als seine Domäne betrachtete, als dies später sein Bruder König Wilhelm that, der sich vertrauensvoll ganz der Führung Bismarck's hingab, durchkreuzte der Monarch vielfach die Politik seines Minister-Präsidenten, indem er zuweilen hinter dem Rücken Manteuffel's und gegen dessen Willen Specialgesandte an die einzelnen Höfe sandte, welche durch ihre Massnahmen und Berichte vielfach die festen Linien der offiziellen Politik durchkreuzten und überdies noch das Ansehen des darüber aufgebrachten ordentlichen Gesandten schwächten. Von diesen Spezialgesandten, welche nach Wien beordert wurden, nennen wir nur den Oberstlieutenant Edwin v. Manteuffel, den späteren General-Feldmarschall und Statthalter von Elsass-Lothringen, welcher die Aufgabe hatte, die Thätigkeit des preussischen Gesandten

Grafen v. Arnim in Wien, der eine gar zu augenfällige österreichfreundliche Politik befolgte, zu kontroliren und ihr vielfach entgegenzuarbeiten. Ueber seine Unterredung mit dem damaligen österreichischen Minister des Auswärtigen, dem Grafen v. Buol, berichtet Edwin v. Manteuffel unter dem 8. Jänner 1855 u. A.: Buol habe auf Preussen raisonnirt und gesagt, ich scheine den Kaiser Franz Josef von Oesterreich zu seinem eigenen Minister machen zu wollen. Dann habe er gefragt, wann ich ginge, und auf die Antwort, dass das vom Kaiser abhinge, habe er gesagt, der würde mich gar nicht fortlassen und ich würde ewig bleiben. Die Nothwendigkeit der Aufforderung an Preussen, am Pariser Kongresse theilzunehmen, genire in Wien, und es müsse daher die Aufgabe des leitenden preussischen Ministers sein, durch die Presse das Nationalgefühl wegen des Ignorirens Preussens bei den Konferenzen wachzurufen. Er, Edwin v. Manteuffel, habe in Wien so viele Intriguen zu besiegen, dass dabei seine Gesundheit erschüttert wurde. Das eine Jahr in der österreichischen Kaiserstadt müsse ihm der König von Preussen wenigstens als doppelte Kriegszeit anrechnen, denn er werde wenigstens zehn Jahre früher Invalide. Der preussische Minister-Präsident und sein österreichischer Kollege standen miteinander im intimen Briefwechsel und überflossen von Freundschaftsbetheuerungen aller Art, aber ihre Agenten und Geschäftsträger wurden nicht müde, den betreffenden Chefs allerlei Ungünstiges und Gehässiges von dem gegenseitigen Verhalten der leitenden Staatsminister zu berichten. Es ist zweifellos, dass der gute Wille bei Otto v. Manteuffel, mit Oesterreich wohlwollende Beziehungen zu unterhalten, schon aus dem Grunde ein viel regerer war, als bei dem Grafen Buol, weil man sich vor der Militärmacht Oesterreichs scheute. Bezeichnend ist in dieser Beziehung ein Schreiben Manteuffel's an Buol vom 18. December 1855, worin Ersterer dem Letzteren mit voller Offenheit seinen sehnlichen Wunsch vorträgt, mit Oesterreich Hand in Hand zu gehen. Es heisst dort u. A.: „Es bedarf nur mässiger Einsicht, darüber klar zu werden, dass in dem Verhältnisse

von Preussen zu Oesterreich die Entscheidung der Frage liegt, ob beide Staaten geeinigt, unwiderstehlich stark oder durch ihren Antagonismus beide paralysirt sein sollen. Geleitet von dieser Auffassung, ist es namentlich während der letzten noch jetzt auf Europa lastenden Krise fortwährend unser Bestreben gewesen, an Oesterreich sowohl einen Stützpunkt zu finden, als auch unsererseits ihm einen solchen zu gewähren. Dies ist nicht immer gelungen. Wir glauben, dass die Schuld dieses Misslingens nicht auf unserer Seite gelegen, sind aber weit davon entfernt, unsere Ansicht für eine unfehlbare halten oder hierüber eine retrospektive, unfruchtbare Diskussion provociren zu wollen. Immerhin werden Ew. Excellenz darin mit mir einverstanden sein, dass das Zusammenhalten beider Staaten nicht von dem Willen eines derselben abhängig ist, sondern dass von beiden Seiten man sich entgegenkommen muss. Welches ist nun die gegenwärtige Situation? Wir wissen, dass man von Wien aus geflissentlich unserer Betheiligung an den Wiener Konferenzen widerstrebt hat, unsere dahin gerichteten vertraulichen Mittheilungen hat man den westlichen Kabineten als ein Aufdrängen zu einer ihnen feindlichen Mediation denuncirt, und in diesem Augenblick wird in Wien verhandelt, jedenfalls ohne uns. Es ist uns unbekannt, ob vielleicht gegen uns, denn auch den vertraulichsten Anfragen unseres Gesandten ist das unbedingteste Stillschweigen entgegengesetzt worden. Ew. Excellenz wollen sich geneigtest selbst die Frage beantworten, ob es unter diesen Umständen und bevor wir auf dem politischen Gebiete klar sehen, auch nur in der Möglichkeit liegt, dass wir mit Enttäuschung unserer eigenen bereiten Mittel an einer Stelle hilfreiche Hand leisten, der wir unser volles Vertrauen zuwenden, deren Tendenzen uns aber nicht nur unbekannt gehalten werden . . . Ich weiss sehr wohl, dass Ew. Excellenz unsere Verhältnisse mit klarem Blicke überschauen und zu würdigen wissen. Sie kennen Se. Majestät unseren König und wissen, wie hoch er Sie schätzt, wie er über Oesterreich und sein Verhältniss zu Preussen aufrichtig und ohne Falsch gesinnt ist, dass ihm selbst

Opfer zu bringen -- die ja nicht einmal verlangt werden — nicht schwer fallen würde. Ew. Excellenz brauche ich also die Bereitwilligkeit thatsächlicher Beweise von dieser Gesinnung nicht erst zu versichern.

Intim war auch, wenigstens officiell, der briefliche und persönliche Verkehr der Monarchen der beiden um die Hegemonie in Deutschland rivalisirenden Reiche; Friedrich Wilhelm IV. und Franz Josef I. korrespondirten fleissig mit einander. Am 18. December 1855 überbrachte der österreichische Gesandte Graf Esterházy ein Schreiben des Kaisers von Oesterreich an den König von Preussen, worin in sehr herzlichen Worten die an Russland zu stellende Friedensbasis im Orientkriege mitgetheilt war. Das Antwortschreiben des preussischen Monarchen ist gleichfalls in überaus herzlicher und verehrungsvoller Form gehalten, welche am besten beweist, wie sehr der Verfasser des Briefes bestrebt war, sich die Freundschaft und die Gunst des mächtigen Beherrschers des Habsburger Kaiserstaates zu erhalten. Als Stichprobe seien daraus nur die nachstehenden Stellen mitgetheilt: Als ich nach längerer Zeit wieder Ew. Majestät theuere Schriftzüge erblickte und den schönen Ausdruck alten Vertrauens darin niedergelegt fand, waren es zunächst die Gefühle inniger Freude und aufrichtiger Dankbarkeit, welche mich erfüllten, und diesen Ausdruck zu geben, ist mir vor Allem Bedürfniss. Nicht minder aber fühle ich mich gedrängt, Ew. Majestät meinen Dank durch die That zu bewähren und das Vertrauen zu rechtfertigen, von welchem mir ein neuer wichtiger Beweis vorliegt . . . Ew. Majestät sprechen am Schlusse Ihres Schreibens den Wunsch aus, Preussen wiederum bei dem Friedenswerk betheiligt und seinen ihm gebührenden Einfluss bei diesen wichtigen Verhandlungen wiederhergestellt zu sehen. Ich danke Ew. Majestät für diesen Wunsch. Ich glaube mich meinen deutschen und meinen europäischen Pflichten niemals entzogen zu haben und gedenke dies auch ferner nicht zu thun. Von den Verhandlungen der Wiener Konferenz habe ich mich nicht zurückgezogen, sondern man

hat mich sogar ausgeschlossen. Ich rechte darüber mit Niemandem. Die von mir in Folge dessen eingenommene Stellung hat mir bisher keine Nachtheile gebracht, vielmehr den Beifall meines Landes und des grössten Theiles von Deutschland erworben. Geschmerzt hat mich dabei nur, dass ich mich momentan von Ew. Majestät Regierung getrennt sah. Ich werde die Stunde segnen, wo hierin eine Aenderung eintritt, und es wird mir zur freudigen Genugthuung gereichen, von Ew. Majestät Seite auf Ihren Ruf meinen Platz im europäischen Concert einzunehmen . . . . Finde ich auf diesem Pfade Ew. Majestät, so werde ich nicht nur mit grosser Freudigkeit, sondern auch mit grösserer Kraft darauf fortschreiten; denn Preussen, Oesterreich und Deutschland im engen Vereine sind eine Macht ohnegleichen. Ich bitte Gott, dass er in Gnaden ein solches Zusammenhalten gebe!"

Als einer der eifrigsten Freunde Preussens bewährte sich in seinen zahlreichen vertraulichen Zuschriften an Otto v. Manteuffel der österreichische Finanzminister Freiherr v. Bruck, welcher bekanntlich durch Selbstmord geendet hat. Immer wieder betont er es, dass es seine grösste Freude wäre, wenn das Verhältniss zwischen den beiden Grossmächten ein recht klares und ein recht gutes werden möchte. Er sandte mehrere Vertraute nach Berlin, so z. B. den österreichischen Ministerialrath v. Brentano, um anlässlich wichtiger Fragen, wie z. B. der Münzkonferenz, sich der Zustimmung und der Unterstützung Preussens zu versichern. Er schreibt einmal unter dem 18. November 1855, anscheinend mit dem Brustton aufrichtiger Ueberzeugung: „Mir gereicht es immer zur grössten Freude, wenn ich zu einem recht innigen Verständniss der beiderseitigen Regierungen beitragen kann. Dann geht Alles, und die Stellung wird nach allen Seiten hin eine gebietende." Grosses Vertrauen brachte Freiherr v. Bruck dem nach Wien gesandten Agenten Preussens, einem gewissen Lewinstein, entgegen, der zwischen dem Königl. preussischen Kreditinstitut und der Wiener Nationalbank ein Geldgeschäft abschliessen wollte. „Ich nehme mit Vergnügen die Bedingungen an," schreibt er an Herrn v. Manteuffel,

„welche derselbe mir kundgab, und sobald es Ew. Excellenz gefällig sein wird, mir ein Zeichen zu geben, werde ich unverzüglich einen Beamten der Bank mit den nöthigen Vollmachten absenden lassen, um den förmlichen Abschluss des Geschäftes dort vornehmen zu können." Auch dem anderen Antrage Lewinstein's, die österreichischen Banknoten im Grenzverkehr zum Paricourse bei Steuerzahlungen bis zu einem gewissen Betrage annehmem zu wollen, kam Bruck sehr sympathisch entgegen; er erkannte in dieser Offerte der preussischen Regierung ein sehr werthvolles Zugeständniss, das, im rechten Augenblicke angewendet, von heilsamem Einfluss zur Herstellung der Geldcirkulation sein müsste. „Beide Anträge," so schliesst Freiherr v. Bruck seinen Brief, „zeugen von der richtigen Erkenntniss der gegenseitigen Stellung und Beziehungen. Freud' und Leid gehen in beiden Staaten miteinander und was der eine dem anderen thut, das thut er sich auch selber an. Dieser Ausspruch mindert in keiner Weise den Werth, den ich auf die erfreuliche Erscheinung lege, die in beiden Anträgen so bedeutungsvoll zu Tage tritt." Als einer der verbissensten und konsequentesten Gegner Oesterreichs zeigte sich dagegen der überaus einflussreiche Generaladjutant Friedrich Wilhelms IV., der General v. Gerlach, Chef der Kamarilla, der nicht müde wurde, sowohl in seinen Briefen an den preussischen Minister-Präsidenten, wie an andere Staatsmänner, und in seinen zahlreichen Promemorias die Absichten der österreichischen Politik zu verdächtigen und den Habsburgischen Kaiserstaat als den europäischen Friedensstörer hinzustellen.

Aus Anlass des Krimkrieges schrieb z. B. Gerlach dem Minister v. Manteuffel bei der Rücksendung der ihm anvertrauten österreichischen Depeschen: „Preussen muss sich m. E. sehr in Acht nehmen, nicht zu weit mit Oesterreich zu gehen, um nicht möglicherweise mit diesem die Unannehmlichkeit zu erleben, vom Frankreich in der Billigkeit und Nachgiebigkeit übertroffen zu werden." Und in einem Briefe vom 30. März 1856 schimpft er auf Oesterreich wie ein Fischweib: „Die österreichische Hinterlist

und Gemeinheit," sagt er unter Anderem, „ist sehr traurig. Ich kann mir nur gar nicht denken, dass diese Freundschaft mit England und Frankreich lange hält, da die Kollisionen schon vorhanden sind, mit Sardinien und Italien überhaupt, und es auf der Hand liegt, dass auf allen verwundbaren Stellen Oesterreich von Frankreich mehr zu fürchten hat, als von Russland. Halten Ew. Excellenz nur das Geld fest, was für uns zur Kriegsbereitschaft wichtiger ist, als selbst Festungen." An demselben Strange zog auch der Kabinetsrath Friedrich Wilhelms IV., Niebuhr, welcher seiner Wuth darüber Ausdruck gibt, dass anlässlich der Neuenburger Angelegenheit der schon genannte Edwin v. Manteuffel als Specialgesandter nach Wien delegirt wurde. In einem Briefe vom 20. December 1856 schüttet er seine Galle mit folgenden Worten aus: „In einem Moment, wo wir 130.000 Mann auf die Beine stellen, scheint es mir geradezu unwürdig, irgendwo um Hilfe zu bitten. Es scheint mir kompromittirend, irgend Jemanden in den Kampf zu ziehen und dadurch die Entscheidung über das Ende aus der Hand zu geben. Oesterreich gegenüber ist es aber unwürdiger und kompromittirender als irgend einer anderen Macht gegenüber. 1. Unwürdiger: Oesterreich harrt sehnsüchtig auf den Moment, in dem wir der Welt zeigen, dass wir wirklich nur eine sekundäre Macht sind. Oesterreich hat sich unschöner gegen uns benommen als irgend eine andere Macht, denn Englands Roheit kommt wahrlich gegen die österreichischen Praktiken nicht in Betracht. Oesterreich gegenüber erscheinen wir als Bettler in allen Fällen, in denen wir Anderen gegenüber als Bittende erscheinen würden. Andere würden die Bitte rein abschlagen. Von Oesterreich haben wir zu erwarten, dass die Erfüllung an demüthigende Bedingungen geknüpft wird. — 2. Kompromittirender: *a)* Wir können nicht voraussehen, welche katholischen und italienischen Gesichtspunkte Oesterreich in die Schweizer Frage hineintragen wird — Klöster, Tessin u. s. w. *b)* Wir haben zu gewärtigen, dass Oesterreich, wenn wir es hineinziehen, der Frage eine Wendung geben wird, die uns entweder nöthigt, uns plötzlich von ihm

wieder zu trennen, oder in einer Richtung mitzugehen, die absolut gegen unser Interesse geht. Frankreich würde allerdings eine noch gefährlichere Tendenz, die Mediation. hineintragen. Die ist aber so „klobig", dass unser Verhalten dem gegenüber nettement vorgezeichnet wäre."

Sehr boshaft äussert sich über die österreichische Politik der Graf Brassier de St.-Simon, der preussische Gesandte in Turin, in seinen vielen, satirisch gefärbten Berichten an Manteuffel.

Unter dem 16. August 1857 schreibt er unter Anderem: „Wenn man in Wien noch nicht Lust hat, auf einen Ausgleich mit Piemont einzugehen, so dürfte ein Grund davon sein, dass Graf Buol seine selbstgebackenen Pasteten sehr langsam verdaut. Der Hauptgrund scheint mir aber in der Hoffnung zu liegen, die man wohl in Wien noch nährt, die Oppositionellen möchten bei Gelegenheit der bevorstehenden Wahlen in Piemont siegen und dem verhassten Ministerium Cavour den Hals brechen, worauf man dann mit dem nachfolgenden ohne Opfer der Eigenliebe sich leicht arrangiren würde. Ich vermuthe, dass man die Sache solange hinziehen wird, bis die Frage entschieden ist. Wird sie, wie ich glaube, nicht den Wünschen Oesterreichs gemäss gelöst, dann wird man doch zuletzt in den sauren Apfel beissen müssen." Derselbe Brassier de St.-Simon berichtet unter dem 10. October 1857 eine Aeusserung des Grafen Cavour dahingehend: „Die Oesterreicher wollen absolut eine imposante Marine haben, aber sie vergessen, dass die Mehrzahl ihrer Matrosen Italiener sind, und dass diese keinen Krieg gegen ihre Landsleute führen werden." Und er fügt hinzu: „Cavour ist kein Revolutionär, aber dass er mit Händen und Füssen zugreifen würde, wenn Frankreich ihm sagte: „Komm und lass uns die Oesterreicher aus Italien jagen," ja, dass er einen Theil von Savoyen opfern würde, um die Herzogthümer oder einen Theil der Lombardei in Folge eines glücklichen Krieges zu erwerben, daran zweifle ich keinen Augenblick." Wie wenig der preussische Minister-Präsident Oesterreich traute, erkennt man aus seinem in jener Zeit an den

preussischen Geschäftsträger in Wien, den Grafen Flemming gerichteten Briefe, worin die folgende Stelle vorkommt: „Das, was ich habe vermeiden wollen, ist, dass es nicht den Anschein gewinne, als sänken wir gerührt in die Arme Oesterreichs und alles Geschehene sei begraben und vergessen. Diesen Gesichtspunkt mögen Ew. Hochgeboren, wenn die Gelegenheit sich dazu bietet, auch hervorheben, damit die Sache doch für längere Zeit im Gedächtnisse bleibt und zur Vorsicht mahnt.“ Dass Bismarck sich so heftig gegen die Krönung Kaiser Franz Josefs I. zum böhmischen König aussprach, finden wir sehr begreiflich. Nach preussischem Muster jagt man legitime Könige aus ihrem Lande einfach hinaus, annektirt ihr Land, und macht daraus kurzweg — Provinz Hannover. Natürlich ist da jede Krönung des preussischen Königs zum König von Hannover überflüssig. Und das soll in Oesterreich auch so prakticirt werden? Als Chamberlain Mitte November 1902 von England nach Südafrika abreiste, dem Schauplatz seiner Blutdurst, schrieb „Daily News“ über ihn folgendes: Das englische Volk brachte dem Chamberlain solche Ovationen dar, als wäre dieser Minister mehr denn der König selbst. Chamberlain verstand es in der englischen Presse für sich Reklame zu machen und sparte dabei kein Geld. Jeder glaubt nun, Chamberlain habe die grössten Verdienste um England. Indessen endete der Krieg mit vollständiger Verwüstung Süd-Afrikas, und Milliarden Volksvermögen sind vergeudet. Verübe einen Diebstahl von 20 Heller und du bekommst das Zuchthaus. Vernichte ein Volk, mache aus seinem Lande eine Wüste, und du wirst fast wie ein König.

Was „Daily News“ über Chamberlain schrieb, den die deutsche Presse einen englischen Bluthund nannte, dasselbe kann man mit noch grösserem Massstabe über Bismarck anwenden. Beide Männer sind einander sehr ähnlich.

VI. Wie die grossdeutsch arbeitende Presse im deutschen Reiche Oesterreich sanieren will.

Gewisse für den preussischen König arbeitende reichsdeutsche Blätter geben der oesterreichischen Mo-

narchie eine Gnadenfrist und sind so gütig aus eigenem Antriebe salbungsvolle Recepte für die Rettung Oesterreichs kostenlos in ihren Spalten zu drucken. Ein derartiges aus dem berüchtigten Welfenfond fressendes für den preussischen König arbeitendes Blatt liess nun über Oesterreich folgende Weisheit in seinen Spalten in die Welt hinaus. Wie kam es doch, dass die Mär von dem bevorstehenden Zerfalle Oesterreichs so viele Gläubige finden konnte? In einer Zeit, da sogar der „kranke Mann“ am Bosporus wieder mit günstigeren Augen angesehen wird, sollte die christliche, ehrwürdige, sturmbewährte Monarchie der Habsburger dem Untergange geweiht sein? Wie konnten nur solche Gerüchte entstehen und umlaufen? Der Grund liegt offenbar darin, dass seit längerer Zeit das Ausland aus Oesterreich-Ungarn fast nur von Zwist und Streit hört. Der beständige innere Krieg wird als eine unheilbare Krankheit aufgefasst. Wie der Kampf entstand, wie er geführt wird, worum er geht, das erweckt nur geringeres Interesse. Unsere rasch lebende Zeit hat keine Musse übrig für ewigen Streit. Der Leser im Auslande überschlägt bereits die Balkanvölker, er ist daran, auch die Oesterreicher zu überschlagen. Einen verständlichen, grösseren Zug fand er seit zwei Jahrzenten nur in Ungarn, er fand ihn nicht mehr im diesseitigen Oesterreich. Hier, in der älteren und kultivirteren Reichshälfte, erblickt er nur ein Chaos und sieht zumal die Deutschen, die Begründer Oesterreichs, die allenthalben als leidliche Staatsbürger bekannt sind, in heftigem Widerstande gegen die Staatsverwaltung. Darunter hat denn das Ansehen des Reiches schwer gelitten und als eine Folge sind dann jene Gerüchte aufgeflattert. Nun bildet aber Oesterreich-Ungarn einen Haupt- und Eckstein der europäischen Politik, und damit auch der Weltpolitik. Das Deutsche Reich, Italien, Russland, die Balkanstaaten sind durch Nachbarschaft, alle anderen Staaten durch den Verkehr und die Möglichkeit von Bündnissen an Oesterreich interessirt. Die grosse orientalische Frage ruhte bisher unter russisch-österreichischem Siegel. Der grössere Theil der Westslaven steht durch Oesterreich mit

der abendländischen Kultur in Verbindung. Es wäre daher vergeblich, von Oesterreich-Ungarn nichts mehr wissen zu wollen.

Nach dem Jahre 1866, wo Oesterreich durch Bismarck und Moltke aus dem Bündniss der deutschen Staaten blutig hinausgeworfen wurde, haben die politischen Schlaumeier Bismarck und Andrassy die Rollen gut vertheilt. In Oesterreich begann das Regime der Deutschliberalen, die reichlich mit Finanzjuden ausgestattet waren. Diese Periode dauerte 12 Jahre. Als es nun zur Okkupation Bosniens kommen sollte, stellten sich die Deutschliberalen dieser Absicht entgegen und geriethen so in Konflikt mit der Krone. Das Blatt fährt dann fort. Es muss festgehalten werden: der Konflikt in Oesterreich war in seinem Ursprunge ein rein politischer, aber kein nationaler, letzteres ist er erst geworden, und zwar herbeigeführt unter bewusster Mitwirkung und unter Führung aller Feinde des Deutschthums. Es wurde das Losungswort ausgegeben „mit den Deutschen kann man nicht regieren“. In dem Reiche Oesterreich-Ungarn dreht sich nämlich in der Politik (wie bei der Kaiserreise in Böhmen im Juni 1901 sich klar zeigte) der Streit der Völker um die Person des Monarchen als der weit überwiegenden Quelle der Macht.

Am frühesten haben das die Magyaren begriffen und ihr Verhalten danach eingerichtet. Polen und Tschechen haben dann die Ungarn kopiert und alle drei in offenem oder stillem Bunde haben die Deutschen aus einem grossen Theile jener Stellung verdrängt, welche letztere einnahmen, solange Oesterreich bestanden hat. Der Konflikt der Krone mit der Verfassungspartei gab zuerst den Magyaren die Gelegenheit, sich der Krone zu nähern. Obwohl zu Anfang heftigere Gegner der Besetzung Bosniens als die Verfassungspartei, stellten die Magyaren doch den Widerstand allmählich ein. Sie besassen in Andrassy als Minister des Auswärtigen den besten Vermittler, und Andrassy, der seine leitenden Standesgenossen in die oben erwähnten Geheimnisse der Lage einweihte, wird ihnen wohl auch eröffnet haben, welche reichen Früchte ihnen bei gutem Verhalten blühen könnten

So ward die Zustimmung der ungarischen Parlamentarier gewonnen. Von jener Zeit abrückten die Magyaren in die ihnen anfangs ganz ungewohnte Stellung des erstgeborenen Sohnes der Habsburger Monarchie ein.

Es liegt in der Natur der Dinge, dass Völker mit aristokratischem Gefüge für derartige Aktionen mehr Verständniss und Eignung besitzen als ein Stamm mit entwickeltem Bürgerthum, Bauernthum, Arbeiterthum und vielseitig entfaltetem Zeitungswesen, wo nur allzu oft eine Partei hinter der anderen und ein Pressorgan hinter dem anderen treibt und daherjagt. In der That waren es die Polen, die — im diesseitigen Oesterreich als die ersten, die sich öffnende, glänzende Konjunktur erkannten. Langsam folgten die Tschechen nach. Damit aber trat ein ganz neues Element auf die Bühne. Während nämlich Magyaren und Polen durch Geschichte und geographische Lage eine gewisse getrennte und zu trennende Einheit besitzen, ist dies bei den Tschechen anders. Diese haben sich, wie ihre alten Lieder sagen, „über drei Ströme heranziehend", im mittelsten Mitteleuropa niedergelassen, und der Gang der Geschichte hat Deutsche und Tschechen in grossen Theilen Böhmens, besonders aber in Mähren und Schlesien, in seltsamer Weise durcheinander gewürfelt, wobei die Deutschen, als Angehörige eines älteren Kulturvolkes, vorwiegend die besitzenden und leitenden Klassen bilden. In Böhmen leben — nach Professor H. Wieser — 37·2 Procent Deutsche und 62·8 Procent Tschechen; dagegen bezahlen von der Einkommensteuer die Tschechen nur 42·4 Proc., die Deutschen dagegen 57·6 Procent. In Mähren und Schlesien liegen die Verhältnisse noch mehr zu Gunsten der Deutschen. Man kann sich daher denken, welche unleidlichen Verhältnisse entstanden, als Graf Taaffe die Tschechen aufrief. Es war eine Art Revolution, und seit dieser Zeit war der Kampf bis zum Ende für die Deutschen eine Nothwendigkeit. Die Vorherrschaft der Magyaren in der östlichen Reichshälfte beruht auf der Verfassung. Auch mit den Polen wird eine Auseinandersetzung bei gegenseitigem

guten Willen stets möglich sein. Mit den Tschechen aber, wie sie seit Taaffe geworden sind, ist eine Verständigung ausserordentlich schwer und hier liegt offenbar das grosse Hinderniss für den inneren Frieden, dessen die Monarchie auf das dringendste bedarf. Nun geht das reichsdeutsche Blatt zur Schilderung des czechoslavischen Volkes über. Die Tendenz dieses Artikels geht dahin, das czechoslavische Volk auf die Stufe der Hotentoten herabzudrücken und der Welt zu zeigen, dass es germanisirt werden muss.

Das Blatt schreibt: Die moderne Zeit werthet Nationalität und Sprache wesentlich nach dem Massstabe des durch sie vermittelten Kulturgehaltes. Nun sind die Tschechen eine seit unbekannter Vorzeit mit Deutschen gemischte Bevölkerungsgruppe, die zufällig noch eine slavische Mundart spricht, wie die aus ähnlicher Mischung entstandenen östlichen Preussen deutsch reden. Seit Karl dem Grossen sind die Tschechen bald freundlich, bald feindlich mit dem Deutschen Reiche verknüpft. Sie standen in dessen Abhängigkeit. Ihr vielbesprochenes Staatsrecht ist ein Theil und Glied des Staatsrechts des alten Deutschen Reiches. Ein selbständiges tschechisches Staatsrecht hat es in geschichtlicher Zeit nie gegeben. Durch die Verbindung mit dem Reiche der Deutschen wurden sie in den abendländischen Kulturkreis gezogen. Unter kräftigen deutschen Kaisern haben sie (wie in der Lechfeldschlacht) sich als waffentüchtig und (wie unter Kaiser Karl IV.) als arbeitstüchtig bewährt. Schlugen sie jedoch eine deutschfeindliche Richtung ein, so war regelmässig Blut und Sturz das Ende. Was haben denn die Hussitenkriege den Tschechen Gutes gebracht ausser einer rühmlichen Erwähnung bei unpraktischen deutschen Dichtern? Bezeichnend ist auch, dass der unselige Dreissigjährige Krieg 1618 bis 1648) in Böhmen begann und in Böhmen der letzte Schuss in diesem heillosen Trauerspiele abgegeben wurde. So haben die Tschechen zur Zerrüttung des alten Kaiserreiches mehr beigetragen, als allgemein angenommen wird. Das in Europas Mitte gelegene, bergumschlossene, von der

Natur reich ausgestattete Böhmen glich stets einer starken Festung, aber einer Festung mit zweierlei Besatzung. Hätten sich die Tschechen, wie Karl IV. wollte, mit den Deutschen einig gehalten, so wäre der Gang der Geschichte ein anderer und Böhmen könnte heute an Mitteleuropas Spitze stehen. Eine glänzende Entwicklung ward durch Leidenschaftlichkeit in den Wind geschlagen! Und ist es denn, im Grunde genommen, heute anders? Zwar die grossen Tage Karls IV. und mit ihnen die Aussichten auf eine Weltstellung Böhmens sind dahin. Verlorene Gelegenheiten kehren niemals wieder. Böhmen, Oesterreich, Mitteleuropa erscheinen jetzt klein gegenüber gewaltigen Weltmächten. Aber soll denn auch ein bescheideneres Glück in der Heimat, soll denn auch der goldene Frieden im Reiche für immer geopfert werden?

Die Tschechen haben sich im Herzen der mitteleuropäischen Lande niedergesetzt, mitten unter deutschem Volksthum. Vor ihnen lag nun die Wahl, entweder sich mit den deutschen Stämmen zu vereinigen, oder aber, wie sie selbst sagen, als „Pfahl im deutschen Fleische“ in beständige bewusste Feindschaft zu ihren Nachbarn zu treten. Wiederholt schienen sie in der neueren Zeit zu ersterem entschlossen. Aber Palacký und Rieger gaben die bezeichnende Losung aus: „Ergeben wir uns nicht!“ Und so ward denn der Krieg beschlossen, eine Wahl, durch die sich das Tschechenthum zu ewiger Tantalusarbeit verurtheilte. Nicht als ob seine Leistungen geringe gewesen! Der kleine Stamm ohne Adel, anfänglich auch ohne Industrie und ohne Reichthum, hat wacker gestrebt und geschafft, aber leider sind alle seine Bemühungen zur Unfruchtbarkeit verurtheilt, weil sie gegen die Geographie, Geschichte und Kultur, gegen die Lagerung der europäischen Völker, kurz, gegen die Natur der Dinge gerichtet sind. Wirkliche, dauernde, innere Kraft erlangt ein Stamm in der Gegenwart nur durch originale Kulturarbeit. Welches originale Gut haben nun die Tschechen dem abendländischen Kulturkreise zugebracht? Die Antwort wird negativ ausfallen. Das ist nicht ihre Schuld,

wohl aber ihr Verhängniss. Ein kleiner Stamm kann im Völkerringen des 20. Jahrhunderts keine eigene Kultur entwickeln, und so ist denn auch die tschechische Kultur im wesentlichen deutsche Kultur, die ihnen durch deutsche Vermittlung, im deutschen Gewande und mit deutsch verarbeitetem Inhalte zugekommen ist. Sieht man von der Sprache ab, so sind die Tschechen weit mehr deutsch als slavisch. Russen und Polen bezeichnen sie denn auch als die „Deutschen unter den Slaven". Deutsch sind ihre Vorzüge: der Fleiss, die Liebe zur Arbeit, die Ausdauer, der Familiensinn. Deutsch sind ihre Fehler: die Theorie und Pedanterie, die Verbissenheit, der Mangel grösseren Ueberblicks und die Unfähigkeit zur Trennung des Wesentlichen vom Unwesentlichen. Weil sie das Deutschthum schon mitten in ihrem Leibe fühlen, wehren sie sich so erbittert dagegen. Im Grunde ist es ein Kampf gegen sich selbst, gegen ihr eigenes Fleisch und Blut, gegen Friede, Gedeihen, Zukunft. Sie wollen nicht deutsch werden, da sie schon deutsch sind, nur getrennt vom Deutschthum durch die Sprache. Die Sprache, der einzige Ueberrest ihrer Nationalität, ist daher das „Um und Auf" der Führer geworden, welche den Frieden nicht brauchen können.

Auf einen Verfassungsparagraphen (§ 19) gestützt, welcher zu Recht besteht, aber im wirklichen Leben Oesterreichs (in Standesverhältnissen, Steuerverhältnissen etc.) hundertfach durchbrochen ist, verlangen die Tschechen die Gleichstellung ihrer vor einigen Jahrzehnten erst zur Brauchbarkeit zurechtgestutzten Mundart mit einer grossen, weitverbreiteten Kultursprache. Nicht der tschechische Stamm ist minderwerthig, wohl aber die tschechische Sprache. Was bietet die tschechische Sprache, die noch dazu sehr schwierig ist, dem Erlernenden? Eine übersetzte Literatur und ein Verständigungsmittel unter einigen Millionen Menschen, von welchen eine grosse Zahl, und jedenfalls Alle, mit denen eine Verständigung von Werth ist, um eigenen Fortkommens halber schon deutsch verstehen. Nicht einmal zu den anderen slavischen Mundarten gewährt das Tschechische den Zugang; das Russische und die südslavischen

Mundarten müssen vom Tschechen erst erlernt werden, nur mit den Polen kann er sich allenfalls verständigen. Wollen die Tschechen die russische Sprache erlernen, so kann dies im Hinblick auf Handel und Verkehr den Deutschen nur erwünscht sein, aber der Deutsche gewinnt das Russische nicht durch Erlernen des Tschechischen, während der Tscheche das Deutsche in unendlich höherem Grade braucht, als alle slavischen Mundarten zusammengenommen. Da der Tscheche seinen Wohnsitz mitten unter uns gewählt hat, so ist — ganz ohne Zuthun der Deutschen — seine Verkehrs- und Bildungssprache das Deutsche geworden. „Stumme Hunde wollt, ihr doch nicht sein," sagte einst Erzbischof Schwarzenberg zornig genug zu tschechischen Alumnen, welche ungern Deutsch lernten! Dass die deutsche Sprache zugleich die Dienst- und Verkehrssprache in Oesterreich ist, kann ihren Werh für die Tschechen doch nur erhöhen. Alle diese Dinge liegen einfach; der auswärtige Beobachter kann daher den ewigen Streit in Böhmen kaum verstehen. Die Lösung des Räthsels liegt jedoch darin, dass die Tschechen das ungarische Beispiel vor Augen haben, wenn auch freilich, wie bereits dargethan, Geschichte und Verfassung das Analogon vollständig ausschliessen; sowie darin, dass die Sprachenagitation den tschechischen Führern nie geschadet hat, vielmehr das Postament ihrer Stellung und ihres Emporkommens zu Einfluss, Wohlstand, Macht und Würden bildet.

Dann geht das Blatt auf die Charakteristik der Deutschen über. Den Deutschen in Oesterreich ist es lange Zeit hindurch zu gut gegangen. Mit dem Scheine des erstgeborenen Sohnes in der Tasche, waren sie eingeschlummert. Sie glaubten, die Krone müsste die Sorge für die Deutschen übernehmen, und als dies infolge des Zerwürfnisses von 1878 sich änderte, vermochten sie sich nur schwer und langsam in die neue Lage zu finden. Jetzt aber beginnen sie zu begreifen. Nur das Erworbene ist unser! Und zum Festhalten des Ererbten und zu neuem Erwerben bedarf es steter Thätigkeit, Kraft und Opfermuth. Hätte die Regierung nach Nieder-

zwingung der Deutschen rechtzeitig eingelenkt, so konnte die Sammlung noch im Zeichen des Staates und seiner Bedürfnisse erfolgen. Da das nicht geschah, erfolgt sie unter dem Zeichen der Nationalität. Magyaren und Tschechen haben dabei das Vorbild geliefert. So haben denn auch die Deutschen die lange festgehaltene Sorge um den Staat zurückgestellt und die nationale Fahne entfaltet. Daraus folgt die Zusammengehörigkeit aller Deutschen.

Die deutschen Radikalen, die vielgehassten Alldeutschen, sind noch lange keine Unabhängigkeitspartei! Gegen den Vorwurf, dass sie über die Grenze schielen, haben sie sich ernstlich verwahrt. Sie sind Kinder des Systems Taaffe, von diesem künstlich grossgezogen; sie werden gewaltig wachsen, wenn jemals dies System eine Wiederholung fände, und sie werden ihre Zündkraft einbüssen, wenn die Deutschen in Oesterreich wieder die ihnen gebührende Stellung erlangt haben werden. Aber die deutschen Radikalen sind nur der Vortrab der grossen, in Bildung begriffenen Armee der Deutschen in Oesterreich. Der nationale Geist ist in stetem Wachsen. Beweis dafür jenes Moment, das im neuzeitlichen Leben als Masstab und Machtmittel am schwersten in die Wagschale fällt: die Wahlen.

Durch die Bedrückung der Deutschen hervorgerufen, tritt zum erstenmale in Oesterreich im Jahre 1885 eine Deutschnationale Partei auf den Plan. Ihre Zahl ist 23. Bei den Wahlen von 1891 gelingt es noch einmal, die Nationalen auf 19 zurückzudrängen, wogegen an ihrer Seite auch schon zwei Deutsch-Radikale auftauchen. Aber schon im Jahre 1897 erfolgt ein Anwachsen der Nationalen auf 42 und der Radikalen auf 5, und in 1901, nach den Sprachenverordnungen, schwellen die Deutsch-Nationalen auf 51 und die Deutsch-Radikalen auf 21 an. Hier hat man klar das Vordringen des deutsch-nationalen Gedankens. Er hat nicht nur den blasseren Liberalen, sondern auch den Christlich-Socialen, und sogar — zum erstenmale auf deutschem nicht bloss, sondern auf mitteleuropäischem Boden — auch den Socialdemokraten Mandate abgerungen. Hier sieht man

deutlich, was geschehen wird, wenn die Kämpfe gegen die Deutschen eine Fortsetzung finden sollten. Weder Ultramontanismus noch Socialismus werden dann ein wirksames Schutzmittel sein gegen den national-deutschen Gedanken in jener schärferen Ausprägung, wie er bei Magyaren und Tschechen längst vorherrscht.

Nachdem das Blatt die kämpfenden Parteien einander gegenüber gestellt hat, wobei Licht und Schatten nach Massgabe des reichsdeutschen Egoismus vertheilt wurde, geht es nun zum Beweise über, dass die Deutschen Oesterreichs erstgeborene Söhne sind. Das Blatt schreibt: Das Hauptziel bleibt immer der innere Frieden, dieser aber wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu schaffen sein, ohne eine gewisse Scheidung der disparaten Theile. Ein idealdenkender Patriot (Fischhof) hat schon vor Jahrzehnten (1868) diesen Weg gezeigt, welcher durch das falsch geprägte Schlagwort von der „Theilung Böhmens“ nicht verrammelt werden darf. Zusammenschmieden des Unvereinbaren könnte nur durch Aufbieten höchster Gewalt erfolgen, allein die Verbindung wäre rein mechanisch und die innere Feindschaft bliebe.: Abgrenzung jedoch und gesonderte Organisation führen zum Frieden und kann eine allmähliche Vereinigung vorbereiten. Die letztere nur bringt das Entscheidende: den Schutz der Minderheit, welchem Stamme sie auch angehören. Das Kuriensystem hat daher in Oesterreich eine grosse Aufgabe zu erfüllen. Auf dem vulkanischen Boden Böhmens hat es sich, im Landesschulrath und Landeskulturrath, schon bewährt. Die vorausgesagten ungünstigen Folgen für den Staat sind nicht eingetreten. Die getrennte Konstituirung arbeitet einfach, wohlfeil und zweckentsprechend. Wo früher beständiger Kampf herrschte, da ist nun Friede, aus welchem alles Gute hervorspriesst. Wer dauernden Frieden will, muss für die Kurien eintreten. Auch die Kurien, das ist selbstverständlich, können der Mitwirkung der Behörden nicht entbehren. Es haben sich „Interessenten des Unfriedens“ herausgebildet, die durch mildes Zureden nicht überzeugt, durch Zugeständnisse nur immer gieriger gemacht werden. Hier hift nur die geschaffene Thatsache. Schon zu ihrer Schaffung

ist ein Eingreifen der Regierung nöthig; nur sie ist befähigt und verpflichtet, den todten Punkt des Parteikampfes zu überwinden. Dahin gehört ferner die Sorge für das regelmässige Arbeiten der Kurien unter dem Schutze des öffentlichen Friedens. Ist jedoch diese Voraussetzung erfüllt, so liegt der ungeheure Vortheil darin, dass dann diese Mitwirkung der Regierung nicht mehr die Entscheidung für den einen oder anderen Theil in sich schliesst, sondern mehr formal ist und daher rein objektiv sein kann. So werden die Krone wie das Ministerium von einer allezeit schwer zu tragenden, in vielen Fällen geradezu furchtbaren Verantwortlichkeit befreit, und für die streitenden Theile wird das Dilemma aufhören, dass immer nur der im Kampf Unterlegene friedenswillig ist, der augenblicklich Stärkere jedoch den Krieg fortsetzt, weil er den Gegner gänzlich und für immer zu beugen hofft.

Wird nun schon durch das Curiensystem ein Schritt zum öffentlichen Frieden in Oesterreich gemacht, so gilt es, eine Hauptquelle des Unheils zu verstopfen: die Unvollständigkeit und Undeutlichkeit der Gesetze vom J. 1867, welche das Verhältniss der beiden Reichshälften regeln. Sie bieten nur Umrisse; die Ausführung ist dann Verhandlungen vorbehalten, deren Ergebniss nur für zehn Jahre Geltung hat. Dadurch kommt in jedem zehnten Jahre über die Habsburger-Monarchie eine Art Umwälzung widrigster Art. Die politisch besser geleitete östliche Reichshälfte wusste sich bei den Verhandlungen bisher stets neue und grössere Vortheile zu sichern. Die in sich uneinige westliche Reichshälfte kam stark zu kurz und empfand es sehr bitter, sollte aber, wie es die Verfassung heischt, ihre Zustimmung zu den ungünstigen Verträgen abgeben. Das jeweilige österreichische Ministerium hatte den Auftrag, die parlamentarische Genehmigung zu beschaffen. Mit Ueberredung und Ueberzeugung der Widerstrebenden ging das nicht. Die Gegnerschaft gegen die Verträge kam naturgemäss überwiegend von den Deutschen, welche etwa drei Viertel aller Steuern der Monarchie aufbringen und sich überdies, trotz allem Geschehenen, als Hüter und Bewahrer der Rechte und des Vermögens der

diesseitigen Reichshälfte fühlen. Die Deutschen waren also für einen ungünstigen Ausgleich nicht zu haben. Um nun dennoch der Form zu genügen — der Sinn ist leider schon entflohen! — galt es für das Ministerium, eine Mehrheit, zumeist aus den slavischen Abgeordneten, zu schaffen, die Slaven aber wollen theuer bezahlt sein. Sie kümmern sich den Teufel um den Staat oder das Reich; Sorge und Ziel ist nur die künstliche Aufftterung ihrer kleinen Nationalitäten. So ward seit Taaffe der Stimmenkauf zu einer, alle zehn Jahre wiederkehrenden Hauptaufgabe der österreichischen Minister. Die vielgenannten Sprachenverordnungen von 1897 zugunsten Einführung der tschechischen Mundart in den amtlichen Verkehr Böhmens sollten der Kaufpreis sein für Bewilligung des Ausgleichs durch die Stimmen der Tschechen. Gegen diesen Schacher richtete sich die Obstruktion der Deutschen. Sie war gleichsam eine friedliche, unblutige Revolution der Deutschen. Seitdem wurden die Sprachenverordnungen zurückgezogen. Aber damit waren die tschechischen Stimmen verloren und mit ihnen gerieth der Ausgleich mit Ungarn ins Schwanken.

An dieser Stelle befinden wir uns noch heute. Man erkennt nun die wahre crux Austriae! Man sieht auf der Bühne den politisch geschulten und zugleich drohenden Magyaren mit dem Scheine in der Hand; den listigen Slaven, welcher zuerst, um die Verwirrung zu steigern, mit allen Anderen gegen den Ausgleich donnert, dann aber bei Nacht — der Tschechenführer Kaizl hat schon seinen Namen unter den schlechten Ausgleich gesetzt — in das ministerielle Kämmerlein schleicht und mit einem Bündel von Zugeständnissen triumphirend hervorkommt; endlich den Deutschen, abstrakt und ungeschickt in der Politik, mit guten Absichten, aber fern vom Ziel, er hat, nach seiner Meinung, in den Zeitungen und im Wirthshaus immer „Recht", aber die Anderen haben seine Rechte und sein Geld...

Wird es im Jahre 1901 wieder so werden? Fast hat es den Anschein. Wie sehr sich auch die Stellung des Ministeriums Koerber befestigt haben mag, der Ausgleich mit Ungarn wird ihm nicht geschenkt sein.

Mit welcher Mehrheit? Die Tschechen thun umsonst dem Staate nichts zuliebe; die beiden „liberalen Völker“, von denen manche Wiener Blätter formelmässig reden, werden sich nicht versöhnen, in dieser Hinsicht sind Kaiserreise, tschechische Technik u. s. w. vergeblich aufgewendet. Es geht den Tschechen um höheren Preis, sie sehen schon den Schatten eines slavischen „Ungarn“ heraufsteigen. Soll der Wagen des Reichs auf dieser Bahn weiterrollen? Wir sagen: „er darf es nicht“. Und daraus folgt, dass die Deutschen den Ausgleich von 1901 machen und bewilligen müssen. Lässt sich an dem Abschlusse der beiden Regierungen noch etwas bessern, so möge das mit allem Nachdruck versucht werden. Vielleicht sieht man in Ungarn im Hinblick auf die Weltverhältnisse doch ein, dass Vortheile, im kleinen erreicht, zuweilen recht theuer im grossen sein können. Wir hegen jedoch wenig Vertrauen in dieser Hinsicht. Aber die Erklärung werde von den Deutschen in Oesterreich feierlich abgegeben, dass es der letzte Ausgleich sei, der auf solche Art abgeschlossen wird, und sofort möge an die Reform der Gesetze von 1867 geschritten werden. Ein solches Vorgehen ihrer Abgeordneten werden angesichts der leider bestehenden Verhältnisse die Wähler sehr wohl begreifen. Dem Tschechen, dem Gegner, den Wunsch erfüllen, galt noch nie für richtig, und ihm das Geschäft zu machen, ist doch keine Klugheit! Möge derjenige, der Besseres weiss, sich melden! Für ein gutmüthiges Vertrauen auf die Wirkung schöner Reden und parlamentarischer Sensation sind Zeit und Verhältnisse zu ernst!

Von dem Augenblicke jedoch, wo unsere Abgeordneten (wenn auch gegen ganz bestimmte Zusagen im Sinne der Verbesserung der Gesetze von 1867) abschliessen, wird alsbald die Stellung der Deutschen in Oesterreich eine geänderte sein. Die auf der Kaiserreise in Böhmen wahrgenommenen leisen Spuren wiederkehrenden Vertrauens zwischen der Krone und dem deutschen Stamme in Oesterreich werden aufkeimen und sich befestigen. Dem Deutschen wird der Weg geöffnet sein, um wieder die Stellung des Erstgeborenen im diesseitigen Oesterreich zu erobern.

In der Wiederherstellung dieses so natürlichen Verhältnisses würden wir, dem Vorausgeschickten entsprechend, den grössten Erfolg erblicken, den Schlüsselpunkt zu der schon fast verlorenen Stellung der Deutschen in Oesterreich. Was Machiavelli sagt, dass Reiche nur durch die gleichen Mittel erhalten werden, durch die sie einst begründet wurden, gilt auch für Oesterreich. Die deutsche Führung ist dadurch ausgesprochen. Jener Satz gilt aber nicht nur für das Reich, sondern auch für die Deutschen in Oesterreich. An der Seite und unter Leitung der Babenberger und Habsburger haben sie Oesterreich begründet. Damals wie heute braucht in diesen vielumstrittenen Landen der Ostmark die konstitutionelle Idee eine Ergänzung durch die altgermanische Idee der Gefolgschaft.

Zum Schlusse sagt das Blatt, wenn Oesterreich so geordnet wird, dass die Deutschen die Führung inne haben, dann ist die Angliederung der Ostmark an das Deutsche Reich nur eine Frage der Zeit. Man sieht also, wie manche reichsdeutsche Blätter für die hohenzollerische Politik mit Dampfdruck arbeiten.

VII. Die Alldeutschen in Oesterreich.

Wenn im Deutschen Reich unter dem Schutze des berliner Hofes die Bestrebungen nach einem Gross-Deutschland solche Ausdehnung gewonnen haben, wie wir sie hier erkannt, können wir uns darüber schliesslich nicht wundern. Eine Nation, welche das Glück hatte, Siege zu erringen, ergibt sich dann diesem Sieges-Rausche, und sind die Mittel dazu vorhanden, dann kann ja zugegriffen werden. Die Alldeutschen im Deutschen Reiche haben zu ihren Bestrebungen um so grösseren Muth, als sie ja von ihren Gesinnungsbrüdern in der „Ostmark“, also in Oesterreich nach Kräften unterstützt werden. Ja man muss gestehen, dass die Alldeutschen Oesterreichs die Gesinnungsgenossen des Deutschen Reiches auf diesem Gebiete zu übertreffen bestrebt sind. Man kann behaupten, dass die Alldeutschen Oesterreichs preussischer gesinnt sind als die genannten Unterthanen des preussischen Königs selbst. Die All-

deutschen in Oesterreich können wir in mehrere Gruppen vertheilen Man findet sie im Abgeordnetenhause, in den Staatsämtern, an den Universitäten, in den Bierstuben, Redaktionen, Volksversammlungen, kurz, die alldeutsche Propaganda in Oesterreich hat ihre Organe in allen Schichten desjenigen Theiles der deutschen Bevölkerung, welche dem Herzen und Sinne nach dem preussischen Adler zugethan ist. Wir wollen nur einen Ueberblick machen, damit wir erkennen, bis wohin der alldeutsche Gedanke in Oesterreich vorgedrungen ist. Alldeutsche Anwandlungen haben die Führer der alten deutsch-liberalen Partei öfters gehabt. Beim 50jähr. Jubiläum der deutschen Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag sprach Ende November 1898 Dr. Schücker unter anderem Folgendes: „Man sucht heute in Oesterreich an dem Ruhme des deutschen Volkes zu mäkeln, man sucht den Angehörigen des deutschen Volkes ihre erbberechtigte Stellung in diesem Reiche zu schmälern; man versucht es, unsere alterworbenen Rechte und den Anspruch, den wir uns dadurch erworben haben, dass wir dieses Reich gross und mächtig geschaffen haben, zu unterdrücken, aber die Zeit, die so schwer über uns gekommen ist, hat auch ganze Männer gefunden, die kein Opfer scheuen und bereit sind, unentwegt für die Rechte des Volkes zu kämpfen und jede Verkürzung der Volksrechte hintanzuhalten. (Stürmische Heilrufe.) Man wagt es dem deutschen Volke seine Berechtigung zu schmälern, zu einer Zeit, die für einen solchen Anschlag am allerwenigsten geeignet ist, wo das mächtige Deutsche Reich seine Kräfte entwickelt und über den ganzen Weltball ausstreckt. Wir sind stolz darauf, Söhne, Angehörige eines so grossen Volksstammes zu sein und wenn uns Eines in dem schweren Kampfe kräftigt und stählt, so ist es das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit unseren deutschen Brüdern. (Stürmische Heilrufe, lebhafter Beifall.) Ich freue mich, dass so viele Stammesgenossen aus dem Deutschen Reiche hieher gekommen sind und ich bitte Sie, wenn Sie in die Heimat zurückkommen, dort kundzuthun, dass hier ein frischer, kräftiger Zweig des

deutschen Volksstammes lebt, der nicht Willens ist unterzugehen, sondern kraftvollen Widerstand jeder Schmälerung seines Volksthums entgegensetzt. Abg. Dr. Funke: Meine Herren, jedes Volk hat seine nationale Eigenart und seine nationalen Güter. Eigenart des deutschen Volkes ist es, einzutreten für sein Deutschthum. (Beifall.) Das treue deutsche Herz, das nimmt uns Niemand. (Stürmischer Applaus und Rufe: Niemand! Niemand!) Das hat uns Gott gegeben und wir Deutsche fürchten ja sonst Niemand als Gott! (Beifallssturm, Händelklatschen, nicht enden wollende Heil!-Rufe.)

Und sind wir denn nicht Angehörige eines grossen mächtigen Volkes? Ich erinnere mich noch als Jüngling der Zeiten, wo es 36 Bundesstaaten gab, wo Deutschland der Spott und der Hohn der ganzen Welt war. Diese 36 Bundesstaaten waren es, die in unseren Herzen die grösste Erbitterung hervorgerufen haben. Und jetzt, wo das Deutsche Reich so gross, so mächtig, so ehrfurchtgebietend dasteht, jetzt sollten wir vergessen, dass wir Angehörige dieses grossen deutschen Volkes sind? (Brausender und minutenlanger stürmischer Beifall.) Wir sollten vergessen, dass wir Angehörige dieses mächtigen, grossen deutschen Volkes sind, mit dem uns eine und dieselbe Sprache, eine tausendjährige Geschichte und die deutsche Kultur verbindet? Eine und dieselbe Sprache, in welcher unsere grossen Dichter sprechen, unsere Philosophen die grössten Geisteswerke schufen, deutsche Professoren ihre Lehren von den Kanzeln der Universitäten verkünden und das lebendige Wort der Wissenschaft in die Herzen der akademischen Jugend einprägen. Ich bin ein Mann, welcher die altösterreichische Gesinnung jederzeit an den Tag gelegt hat. (Jawohl! Bravo!- und Heil!-Rufe), jene altösterreichische Gesinnung, welche aus Oesterreich immer einen grossen Einheitsstaat unter deutscher Führung machen wollte. Und, meine Herren, das geistige Band, welches die Deutschen auf der ganzen Welt verbindet, welches sie fühlen lässt, dass sie einer grossen, mächtigen Nation angehören, dem Volke der Dichter und Denker, wie der englische

Schriftsteller gesagt hat, dieses geistige Band, welches auch uns Deutschösterreicher mit den Deutschen der ganzen Welt verbindet, das nennen wir Alldeutschland. (Tosender Beifall, endlose Heil!-Rufe, Tücherschwenken.) Und diese geistige Verbindnng, die auch unsere Herzen erfüllt, die kann uns Niemand rauben.

Die wichtigsten Kämpfer für die alldeutsche Idee sind natürlich im Parlamente. Die Gruppe der Alldeutschen bildeten Anfangs die Abgeordneten Schönerer, Türk, Kittel, Iro und Wolf. In den letzten Wahlen ist die alldeutsche Gruppe bedeutend gewachsen. Es arbeiten für den preussischen Adler im oesterreichischen Abgeordnetenhause unter dem Schutze der Immunität unmittelbar vor den Mauern der kaiserlichen Hofburg folgende Abgeordneten:

Georg Schönerer, Gutsbesitzer in Rosenau, Niederoesterreich, sein Rivale Karl Hermann Wolf, Herausgeber der „Ostdeutschen Rundschau" in Wien, Dr. Ant. Eisenkolb, Advokat in Karbitz, Johann Hofer, Eigenthümer der „Egerer Zeitung" in Eger, Franco Stein, Herausgeber der Zeitschrift „Hammer" in Eger, Dr. Josef Tschan, Advokat in Bilin, Dr. Beurle, Advokat in Linz, Wilhelm Hauck, Schriftsteller in Wien, Iro Karl, ebenfalls Schriftsteller in Wien, Dr. Josef Pommer, k. k. Gymnasialprofessor in Wien, Dr. Ant. Schalk, Schriftsteller in Wien, Josef Kasper, Lehrer in Jungbuch bei Trautenau in Böhmen, Dr. Gust. Schreiner, Notar in Pilsen, ein besonders rühriger Agitator, Ant. Seidl, Grundbesitzer in Schlesien.

Mit diesen alldeutschen Abgeordneten arbeiten an der grossdeutschen Idee sehr eifrig noch die völkischen Abgeordneten. Ihre Grundsätze hat besonders Karl Türk in seiner Schrift „Der Kampf um das Deutschthum in Böhmen, Mähren und Schlesien" niedergelegt.

Auf Seite 50 seiner Schrift sagt der gewesene Abgeordnete Karl Türk folgendes: Schon ein flüchtiger Blick auf die Karte von Europa belehrt uns, dass die heutigen politischen Grenzen des deutschen Reiches südöstlich an Tirol und der Schweiz beginnend, an Frankreich, Belgien, Holland, der Nordsee, Dänemark, der Ostsee nordöstlich bis Russland sich

hinziehend und östlich an Russisch-Polen, Oesterreichisch-Schlesien, Böhmen, dem Oberösterreichischen und Salzburgischen zurückkehrend, keine natürlichen Volksgrenzen sein können. Das langgestreckte Deutschland windet sich gleichsam zwischen Oesterreich und seinem westlichen Nachbarn, sich schmal machend hindurch; Westösterreich sitzt ihm auf dem Nacken und treibt sich mit Böhmen wie ein stumpfer Keil weit vor bis Mitten zum Herzen Deutschlands gegen Dresden und das Thüringer Waldgebirge. Das alte Reich von der Nord- und Ostsee breit und massig in einem geraden tüchtigen Heereszuge durch ganz Mitteleuropa bis an die südlich des Alpenwalles liegende wälsche Grenz- und Sprachscheide ziehend und am adriatischen Meere fussend — das war die richtige deutsch-volkliche Grenze. Die heutige Grenze des Deutschen Reiches ist durch grosse politische und militärisch-kriegerische Ereignisse und dynastische Interessen gezwungen zustande gekommen. Das Land Böhmen, welches wie eine Trutzburg gegen die Mitte Deutschlands hineinragt, ist freilich ein fast für sich abgeschlossenes Ganzes mit seinen hohen Bergzügen an der bayerischen, sächsischen und preussischen Grenze, allein in diesen Bergzügen sind zahlreiche Lücken und Pässe für den freien Verkehr mit Deutschland, und alle Flüsse Böhmens ergiessen sich in die Elbe, um mit derselben vereint Deutschland zu durchziehen, deutsche und böhmische Schiffe zu tragen und endlich an Hamburg vorbei in die deutsche Nordsee zu strömen, als ob dies ein Anzeichen sein sollte dafür, dass dieses Land mit seinen Bewohnern von der Natur aus schon bestimmt ist, beständig mit Deutschland in Berührung und Fühlung zu bleiben. Andererseits ist aber Böhmen infolge seiner Grenzgebirgszüge ein Land von hoher strategischer Bedeutung für das benachbarte Deutsche Reich. Das haben die deutschen Könige und Kaiser seit jeher gar wohl verstanden und deshalb waren sie auch frühzeitig und unablässig darauf bedacht, Böhmen in ein Lehensverhältniss zum Reiche zu bringen und dieses Verhältniss niemals lockern zu lassen.

Der „österreichische Patriot“ Türk vergiesst hier

förmlich Thränen, dass Böhmen dem Deutschen Reiche nicht einverleibt ist. Er konstatirt, dass der Hunger nach diesem Lande in Berlin schon sehr alten Datums sei.

Zur „Beruhigung“ Oesterreichs empfiehlt Herr Türk auf Seite 82 seiner Schrift folgende sehr „christliche“ Mittel: Der nationale Boykott, der ja von den Tschechen längst geübt wird, ist ein für die deutschvölkischen Zwecke unentbehrliches Hilfsmittel. Die möglichste Ausschliessung tschechischer Arbeitskräfte und tschechischer Produkte ist bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge eine gerechte Sache, denn wir haben die Pflicht, zuerst gegen unsere eigenen Volks- und Stammesgenossen human zu sein. Tschechische Biere und Fabrikate sind von Deutschen nicht zu kaufen, tschechische Beamte, Bedienstete und Arbeiter von deutschen Besitzern und Meistern nicht zu beschäftigen, tschechische Schulen von deutschen Kindern nicht zu besuchen, der tschechischen Sprache von Deutschen jede auch mittelbare Vorschubleistung zu versagen. Ebenso brauchen auch tschechische Priester von deutschen Gemeinden nicht anerkannt zu werden. Wenn die bisherige Lammesgeduld der Deutschen gegenüber dem national werberischen Treiben der ihnen aufgedrängten tschechischen Seelsorger ein Ende haben wird, und die deutschen Pfarrkinder entschieden darauf bestehen werden, nur einen deutschen Seelsorger haben und anerkennen zu wollen, dann werden sich die Bischöfe schon dazu herbeilassen, auch deutsche Priesterseminare zu errichten, und sich hüten, dem erwachten Volksbewusstsein der Deutschen allzukeck Trotz zu bieten!

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. November 1898 liess Schönerer folgende Aeusserungen hören. Wenn die Loyalitätskundgebungen aus vielen deutschen Kreisen im heurigen Jubeljahre ausgeblieben sind, so mag das vielen gewissen Mächten und Kräften beweisen, dass man an der Dankbarkeit des Hauses Oesterreich bereits stark zu zweifeln beginnt, auch in den weitesten Kreisen der Bevölkerung von Stadt und Land. Wenn man sagt, Ihr beginnt beinahe Oesterreich zu hassen, so habe ich immer geantwortet: Ich

bin für das ehrliche Hassen dort, wo man unserem Volke statt Liebe Hass entgegenbringt. Es ist auch ein Zeichen der Zeit, wenn im Egerlande die Worte des Bürgers von Eger aus Schiller's „Wallenstein“ immer erwähnt werden: „Wir waren nicht frei, doch seit 200 Jahren ist die Stadt der böhmischen Krone verpfändet, daher rührt es, dass wir nur noch den halben Adler führen. Der untere Theil ist kanzellirt, bis etwa das Reich uns einlöst.“ Langsam und bewusst können Sie diese Worte hören im Egerlande, in Land und Stadt, und das sind die Früchte der Thätigkeit der österreichischen patentiren Regierungen: Badeni, Gautsch, Thun. Abg. Türk: Das Volk sieht in Deutschland seine einzige und letzte Hoffnung. Abg. Schönerer: Wir können trauern darüber, dass man am Ende dieses Jahrhunderts schon von einem absterbenden Staate Oesterreich und von einem auflebenden deutschen Volke in Oesterreich spricht. Präsident: Das ist unzulässig. Ich muss Sie nochmals zur Ordnung rufen. (Lärm bei den Schönerianern.) Abg. Schönerer: Die deutschen Bürger, die das sagen, sind sich bewusst, dass sie nicht der Baum, aber der stärkste Ast des Baumes sind, und sie wissen sehr wohl, dass dieser Ast verdorren würde, wenn der Baum nicht mehr gepflegt wird. Daher muss der Baum von uns gepflegt und es muss der Ast von uns gehegt werden, wenn er nicht vom Baume abfallen und verdorren soll. Redner bemerkt, der deutsche Kaiser Wilhelm II. habe kürzlich seinen kaiserlichen Schutz jedem zugesichert, der darum ansuchte. Er habe ausdrücklich von den Deutschen ausserhalb des Reiches gesprochen. Wir sind zu stolz, trotz der elenden nationalen Lage, in der wir uns befinden, seine Hilfe zu erbitten. Aber sie wird und muss kommen. Wenn die Worte Wilhelms II. nicht nur Worte wären, sondern bewusst gesprochen wären in der Richtung, dass man bereit sei, diesen Worten gegebenen Falls auch Thaten folgen zu lassen . . .

Abg. Wolf ruft: Hurrah Alldeutschland! Abg. Schönerer: Heute müssen die Deutschen in Oesterreich hoffen, dass das Bündniss mit dem Deutschen Reiche je eher je lieber gelöst werde, denn dann

werden die Kräfte frei und dann werde der deutsche Kaiser die Worte durch Thaten erfüllen können. Das Deutsche Reich werde Bundesgenossen finden, die eben so mächtig sind, als es Oessterreich heute ist. In der Militärverwaltung des Deutschen Reiches beobachtet man haarscharf die Vorgänge bei den Meldungen der Reservisten. Im Deutschen Reiche kommt naturgemäss schliesslich der Gedanke zum Durchbruch: Auf diese Armee ist kein Verlass mehr im Felde. Die Elemente der Armee sind so tapfer und tüchtig wie früher, aber im Kriege wird es nicht klappen, weil der babylonische Thurmbau in der Militärverwaltung die Niederlage von vorneherein verbürgt. Mit einem solchen Bundesgenossen wird das Deutsche Reich im Interesse seiner eigenen Erhaltung, da es noch grosse Kriege auszufechten haben wird, das Bündniss nicht aufrecht erhalten wollen. Der deutsche Kaiser wird selbst eingreifen und die Dinge so drehen und wenden, dass sie sich gewiss zu Gunsten des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes entwickeln werden. Aus Anlass des Ablebens Bismarck's sprach Kaiser Wilhelm II. von dem unsterblichen Gedanken der deutschen Einheit und Grösse. Warum sagte er nicht: des Deutschen Reiches? Die Hohenzollern treiben deutschnationale Politik und werden sie auch in Zukunft treiben müssen, und wenn ihnen die Ministerien Badeni, Gautsch und Thun ihre Arbeit erleichtern, werden wir es nicht hindern. (Beifall bei den Schönererianern.)

Redner erörtert sodann die Stellung der deutschen Sprache in Oesterreich. Die Sprachenverordnungen bestehen fort als unverschämte Verletzung der bestehenden Gesetze. Sie bestehen fort als Signale zum erbitterten nationalen Kampfe, sie bestehen fort, trotzdem durch sie Parlamentarismus und Konstitutionalismus in Frage gestellt sind, und das sei nur möglich dadurch, dass die Deutsch-Klerikalen ihr Volk verrathen und sich an die Seite der Slaven stellen. Immer lauter werde der Ruf: „Los von Rom!“ Das müsse das Schlagwort sein in dieser Stunde des nationalen Kampfes, wo die Deutschen in nationaler Beziehung ihrer Verzweiflung nahe sind. Wenn die deutschen Vertreter

irgendwie und irgendwann im Kampfe ermüden sollten, wie die Vertreter des Siebenbürger Landes thatsächlich ermüdet sind, dann werden die Sprachenverordnungen bleiben; wenn die deutschen Vertreter aber voll und ganz, rücksichtslos in diesem Kampfe ihre nationale Pflicht erfüllen, dann wird und muss der Sieg unser sein trotz Falkenhayn, trotz der Deutsch-Klerikalen. Die schenken wir Ihnen dann, machen Sie sie zu Ehrenczechen. Wir wünschen keine neue Taktik, wir fürchten sie sogar; wir wünschen nur Eines, dass uns Deutschen in Oesterreich endlich voll und ganz unser nationales Recht werde. Wenn man uns fragt, was ist Euer, der Deutschen Vaterland, so sagen wir immer und sagen es auch heute, das Vaterland in unserem Sinne ist kein Staatengebilde. kein österreichischer Staat, sondern die deutsche Stammeserde ist unser heiliges Vaterland. (Heilrufe bei den Parteigenossen.) Sie werden wir vertheidigen jederzeit, bei jeder Gelegenheit, und wenn es sein muss, mit Blut und Eisen. (Heilrufe.)

Welche Ziele die Alldeutschen befolgen, hat ihr Führer Schönerer am Volkstag in Asch, der am 8. September 1901 abgehalten wurde, sehr deutlich ausgesprochen. Der Berichterstatter eines reichsdeutschen Blattes schreibt über diese Versammlung folgendes. Am 8. September fand eine Versammlung der Alldeutschen zu Asch statt, in der Schönerer den Kampf wider die anderen deutschen Fraktionen in rücksichtsloser Weise fortführte. Der deutschen Volkspartei warf er politische Gaukelei vor und er forderte sie peremptorisch auf, binnen acht Tagen eine Erklärung abzugeben, ob sie wirklich für die deutsche Staatssprache eintrete. Die Alldeutschen wollen die deutsche Volkspartei bei den Wahlen in den böhmischen Landtag aus ihren Sitzen verdrängen, und deshalb die harten Vorwürfe. Man schont sich gegenseitig nicht, wie der an dieser Stelle bereits veröffentlichte Brief des Obmannes der deutschen Volkspartei, des Abgeordneten Kaiser, gegen Schönerer beweist. Leider bieten die Deutschen Oesterreichs stets dasselbe Schauspiel. Sie wehren sich gegen den gemeinsamen Feind nicht übel, aber in den Zwischenpausen dieser Kämpfe hauen und

stechen sie aufeinander los, als ob jeder Einzelne ein Abtrünniger an der gemeinsamen Sache wäre. Uebrigens ist das Auftreten der Alldeutschen noch durch einen anderen, weitaus wichtigeren Umstand bemerkenswerth. Sie gehen, nachdem die Deutschen Oesterreichs seit etwa 30 Jahren unaufhörlich in der Defensive gekämpft haben, zum Angriff gegen die Slaven vor, verwerfen alle bloss auf die Vertheidigung gerichteten Massregeln wie die der Zweitheilung Böhmens und fordern die Herrschaft der Deutschen Oesterreichs, selbst die Germanisirung der übrigen Stämme. Das ist symptomatisch für den Wandel der Zeiten. Man kann ihren Optimismus nicht theilen und es wird sich zeigen, dass sie ihre Kraft weitaus überschätzen.

Zu den schlimmen Folgen des Fraktionswesens gehört es in Oesterreich wie anderwärts, dass die neuen Parteien kühn über all die Gedankenarbeit hinwegzuschreiten wagen, die das Erbe der früheren Entwicklung ist. Und doch ist eine feste Tradition die nothwendige Grundlage für eine gesunde politische Entwicklung. Es war bisher ein sicherer Punkt in den Wirren des nationalen Programmwesens in Oesterreich, dass die Deutschen mit grosser Bestimmtheit auf die Zweitheilung Böhmens hinarbeiteten, um für sich Sicherheit zu gewinnen und die nationalen Streitpunkte zu verringern. Seit 15 Jahren wird dieses Ziel dauernd verfolgt, und thatsächlich erreichten auch die Deutschböhmen, dass wenigstens zwei der wichtigsten Behörden des Landes, der Landesschulrath und der Landeskulturrath, in nationale Kurien getheilt wurden. Gegen diese Ergebnisse stürmt neuestens die alldeutsche Fraktion an und behauptet, die Deutschböhmen setzten sich damit allzu enge Ziele. In der Ueberschätzung ihrer eigenen Kraft behaupten die Alldeutschen, Böhmen gehöre vollständig unter die deutsche Herrschaft, und es sei gefährlich, ein selbständiges tschechisches Sprachgebiet zu schaffen, das sich niemals wieder für die deutsche Staatssprache werde erobern lassen. Die Anhänger dieser Partei sprechen so, als ob demnächst Alldeutschland entstehen und auch das tschechische Gebiet in seinen Machtkreis einbeziehen werde. Es leuchtet ein, dass solche, die

Möglichkeit übersteigenden Vorstellungen verwirrend wirken müssen. Dazu kommt, dass in der grossen Masse des deutschböhmischen Volkes dadurch das Gefühl der Sicherheit erschüttert wird, mit der es sich bisher der Erreichung eines praktischen Zieles widmete. Jedem deutschböhmischen Bauer war es verständlich, wenn man ihm sagte, es sei seine Pflicht, dafür zu wirken, dass der ererbte deutsche Sprachboden seinem Volke rein erhalten werde. Mit Recht sträuben sich alle die Männer, die in den letzten 15 Jahren das deutsch-böhmische Volk geführt und seine Grenzmarken vertheidigt haben, gegen die neue Lehre. Die Alldeutschen behaupten, der wichtigste Programmsatz sei die Erringung der Herrschaft der deutschen Staatssprache, der Alles untergeordnet werden müsse. Sie vernachlässigen über einer hochfliegenden Eroberungspolitik die Massregeln zur Vertheidigung des deutschen Sprachgebietes, was sich dereinst bitter strafen wird.

Seitdem die Gruppe der alldeutschen Abgeordneten ins Parlament eingezogen ist, haben ihre Mitglieder selten eine Sitzung vorübergehn lassen, um nicht einer oder der andere Abgeordnete dieser Gruppe die Bestrebungen der alldeutschen Propaganda womöglich oft zur Geltung zu bringen. Schönerer, Stein und Eisenkolb können nicht oft genug im österreichischen Parlamente ihren Herzenswunsch aussprechen, Oesterreich möge sobald als möglich dem Deutschen Reiche einverleibt werden. Dabei gebrauchen sie in ihren Reden die schurkenhaftesten Mittel, um das österr. Parlament vor der ganzen Welt überhaupt lächerlich zu machen und leider bietet die Parlamentsordnung keine Handhabe, um derartige Menschen hinauszuwerfen, dafür sorgen die Freunde der Alldeutschen, die socialistischen Abgeordneten, dass der zügellosen Freiheit und Immunität kein Abbruch geschehe. Eine solche Skandalscene hat Schönerer in der Sitzung am 18. März 1902 angestellt. Er schloss seine Rede über die deutsche Staatssprache folgendermassen ab:

Wir streben ein solches bundesrechtliches Verhältniss der deutsch-österreichischen Länder, der ehe-

maligen deutschen Bundesländer, mit dem deutschen Reiche an, das die Erhaltung unseres Volksthums dauernd sichert. Wir bekämpfen daher jede Regierung, die diesem unseren Ziele entgegenwirkt, wir müssen daher auch dieser Regierung die Bewilligung des Staatsvoranschlages verweigern. Wenn sich der Präsident veranlasst gesehen hat, in den letzten Tagen dem Abgeordneten Eisenkolb einen Ordnungsruf zu ertheilen, weil er in anerkennender Weise das deutsche Fürstengeschlecht der Hohenzollern hier genannt hat, so veranlasst mich das im Namen der Alldeutschen meine Rede zu schliessen: „Hoch und Heil den Hohenzollern!“ (Stürmische Heilrufe, anhaltender Beifall bei den Alldeutschen. Rufe bei den Alldeutschen: „Heil den Hohenzollern!“ Lebhafte Entrüstungs- und Pfui-Rufe rechts.)

Darauf reagirten die Führer der übrigen deutschen Parteien. Abgeordneter Derschatta stellte fest, dass alle Deutschen in Oesterreich daran festhielten, für die Kodificirung der deutschen Staatssprache zu sorgen, jedoch nach gehöriger Vorbereitung und in einem Augenblick, in dem man bei der Inangriffnahme der Lösung einer so wichtigen Frage auch auf die Möglichkeit eines Erfolges rechnen könne. Im übrigen würde er es nicht für nothwendig gefunden haben, auf die demonstrativen Schlussätze der Rede des Abgeordneten Schönerer einzugehen. Die Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich, das Oesterreich geschaffen, gross gemacht und erhalten habe, sollten es eigentlich nicht nothwendig haben, zur Betonung ihrer Loyalität gegenüber Oesterreich und dem Hause Habsburg in die Debatte einzugreifen. Weil aber der tschechische Abg. Dr. Kramář den Moment benutzte, um auf die zu Missdeutungen geeigneten Worte Schönerers zurückzugreifen — und gerade das möge dem Abg. Schönerer für die Zukunft einigermassen zur Lehre dienen, so müsse er (Derschatta), so sehr er es bedauere, nun auch den Abg. Kramář mit zwei Worten berichtigen. Der volksparteiliche Redner fuhr dann fort: „Abg. Kramář betonte, die Ausführungen des Abg. Schönerer hätten gezeigt, dass diejenigen, welche die deutsche Staats-

sprache wünschten, welche ein deutsches Oesterreich wollen, die Existenz dieses Reiches als selbständiger Staat zu untergraben suchten, und dass ein Oesterreich mit deutscher Staatssprache neben dem grossen, mächtigen Deutschland unmöglich sei. Mit Verlaub! Ich glaube, wenn nicht die Gelegenheit so günstig gewesen wäre, hätte auch Abg. Kramář diesen Satz nicht ausgesprochen. (Sehr richtig! links.) In Europa und auf der Welt ist Platz genug für ein grosses Deutsches Reich, an welchem wir auch mit allen Fasern unseres Herzens hängen, weil es das Reich unseres deutschen Volkes ist, und zugleich für ein Oesterreich mit der deutschen Staatssprache. Dieses Nebeneinanderbestehen und Zusammengehen von Deutschland und Oesterreich, beide Staatswesen geführt von ihren glorreichen Herrscherhäusern, ist für jeden deutschnational Gesinnten im Deutschen Reiche wie in Oesterreich das einzig erstrebenswerthe Ziel. Der Bund der Deutschen in Europa würde für die Welt einen Hort des Friedens, der Arbeit, des Fortschrittes und des Erfolges bedeuten, wie man ihn sich schöner nicht denken könne.

Der deutsch-fortschrittliche Abg. Funke sagte u. a.: „Wir alle wissen, dass die deutsche Staatssprache im Interesse unsres grossen Reiches, im Interesse unsrer Monarchie gelegen ist, und dass durch sie die Einführung der Rechte der anderen Völkerschaften nicht beeinträchtigt werden würde. Wir sind deutsch, im Geiste verbündet mit unseren Brüdern im Reich. Dieses Gefühl wird uns Niemand nehmen. Deshalb können und werden wir jedoch stets treue Oesterreicher sein und bleiben."

Der dem Centrum angehörende Obmann des Budgetausschusses Abg. Dr. Kathrein erklärte u. a.: Es sind heute hier Worte gefallen, die im österreichischen Parlamente noch nie gehört wurden, Worte, mit einer Tendenz, die hier nie möglich sein sollte. Sie verletzten uns tief und beleidigten unser patriotisches Gefühl. Namens aller Oesterreicher weise ich diese Worte mit tiefster Entrüstung zurück (Beifall und Händeklatschen im Centrum und rechts; Zwischenrufe links und Lärm bei den Alldeutschen),

nicht deshalb, weil hier ein Hoch auf ein uns befreundetes Fürstenhaus ausgebracht wurde, sondern weil wir Oesterreicher Alle treu und fest zu unserm Kaiser und zu Habsburg halten. Deshalb müssen wir uns durch das Auftreten des Abg. Schönerer tief gekränkt fühlen. (Beifall und Händeklatschen rechts; Lärm bei den Alldeutschen.) Ich erkläre: Wir halten fest am Kaiserhaus und an Oesterreich!

Ueber solche skandalöse Sitzungen des oesterreichischen Abgeordnetenhauses, welche von den Alldeutschen angestellt wurden, berichtete ein reichsdeutsches Centrumblatt folgendes seinen Lesern: Die Scenen, welche sich am Montag (22. April) im Reichsrathe in Wien abspielten, spotten jeder Beschreibung. Es hagelte förmlich von „gemeiner Schurke“ und „Schuft“ und „klerikaler Schafskopf“ und „Hetzpfaffen“. Das österreichische Parlament will durchaus, so scheint es, durch den rohen und gemeinen Gassenton, der dasselbe, dank der Schwäche seines Präsidenten, terrorisirt und beherrscht, den Tiefstand unter den europäischen Parlamenten erreichen. Das Präsidium verharrt in olympischer Ruhe und feiert nach dem bezeichnenden Worte Lueger's ein „Stillleben“ eigener Art. Das unwürdige Kompromiss, welches der Präsident mit den Alldeutschen geschlossen und durch welches er vor ihnen geradezu kapitulirt hat, erklärt die dreiste Ueberhebung, mit welcher diese Partei auftritt. Aber es gibt denn doch Augenblicke und Fälle, in welchen das Schweigen des Präsidiums nicht nur zu einem groben parlamentarischen, sondern zu einem schweren staatlichen und patriotischen Vergehen wird: Abt Treuinfels hatte in der ruhigsten und massvollsten Form die nur zu begründete Beschwerde vorgebracht, dass sich im stenographischen Protokoll in einer Interpellation Stellen fänden, die auf eine jeden Zweifel ausschliessende Weise das Verbrechen der Religionsstörung enthielten. Von den nun folgenden Gemeinheiten, durch welche sich Alldeutsche und Socialdemokraten zu überbieten suchten, übersteigt besonders eine alles bisher Dagewesene. „Der römische Fetischismus ist keine Religion,“ schrie der Socialdemokrat Pernerstorfer. Und

der Herr Vicepräsident schwieg. Im österreichischen Parlamente darf also die katholische Religion, die Religion des Kaisers und seines Hauses, die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes ungerügt beschimpft werden, im österreichischen Parlamente darf das Staatsgesetz ungerügt in der gröbsten Weise verletzt werden! Der Alldeutsche Stein erfrechte sich kurz darauf, den Erzherzog Franz Ferdinand als den „wie es heisst (!) zukünftigen Thronfolger von Oesterreich" zu bezeichnen und ihm vorzuwerfen, dass er sich „heute schon mit den bestehenden Gesetzen dieses Staates in Widerspruch gesetzt habe". Und der Herr Vicepräsident schwieg. Solche Dinge sind in einem geordneten Staatswesen unerhört. Gott Dank ist dergleichen bei uns undenkbar. Bei solchen Zuständen kann man für Oesterreich nur wünschen, dass sich dort endlich ein starker Arm erhebe, der gewisse Elemente, die sich ins Parlament verirrt haben, von dort hinaus dorthin befördere, wo die Gassenbuben hingehören, nämlich auf die Strasse, damit sie von hier, wofern sich noch weiter ihren Unfug treiben, dorthin abgeführt werden, wo die Hoch- und Landesverräther ihren Sitz haben.

Die „Neue Freie Presse" kann kaum ihre Genugthuung über diese letzten Auftritte im Reichsrathe bemeistern. Sie geht so weit, dem Abt Treuinfels für dieselben verantwortlich zu machen, den „Gottesmann von tadellosen parlamentarischen Formen". Es geschehe ja so oft, bemerkt sie mit scheinheiligem Lächeln, dass bei einem Brande das Zündhölzchen von einer „behandschuhten Hand angerieben werde". Die „Neue Freie Presse" selbst aber schürt aus Leibeskräften, um die Regierung zu einem energischen Kampf gegen die Kirche aufzureizen. Schon beginnt sie, den Boden für revolutionäre Strassendemonstrationen zu bereiten. „Gewiss," so schreibt sie, „die scharfe Auseinandersetzung mit der klerikalen Partei und ihrer unstillbaren Herrschbegierde, die in Frankreich, in Spanien, in Portugal, in fast allen katholischen Ländern wahrnehmbar ist, wird früher oder später auch Oesterreich nicht erspart bleiben." Um ihren Zweck zu erreichen, spucknäpfelt die „Neue

Freie Presse“ im Ministerzimmer Körber, des „bürgerlichen Ministers, der sich erkühnt, beinahe Erfolg zu haben, wo die hochgeborenen Grafen den schmählichsten Bankerott haben erklären müssen“.

Was die „Neue Freie Presse“ mit berechneter Lüge dem Abt Treuinfels vorgeworfen hat, das trifft bei ihr im vollen Sinne zu: sie tritt als die „behandschuhte“ schmeichelnde Coquette an, ist aber in Wirklichkeit die feile Pressdirne und die jüdisch-freimaurerische Weltrevolution ist ihre Zuhälterin. — Der alldeutsche Abgeordnete Franco Stein hat in der Sitzung der Delegation vom 27. Mai 1902 folgendes ausgesprochen:

„Ich habe mich gemässigt; ich wollte auch noch von einem Falschspielen etwas erzählen und habe dies mit Rücksicht auf die Ermahnung des Herrn Präsidenten unterlassen. Redner vertritt die Forderungen des Linzer Programms, nach welchem das Verhältniss zwischen Oesterreich und Ungarn durch die Personalunion zu ersetzen, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina endgiltlig in Ungarn einzuverleiben wäre und Galizien und Bukowina entweder mit Ungarn vereinigt werden oder eine Sonderstellung erhalten sollen, ähnlich wie Kroatien. Es ist allgemein bekannt, dass die Ungarn nur den Zeitpunkt abwarten, bis sie durch Einführung von Industrien von uns unabhängig sind, um dann unnachgiebig die Personalunion durchzusetzen. Der Dualismus ist schon stark durchlöchert. Ein Beweis dafür ist die Honvédtruppe mit magyarischer Armeesprache und das Vorgehen Ungarns gegenüber der Volkshymne. Wenn wir an Stelle des so schädlichen Ausgleichs mit Ungarn ein Zollbündniss mit dem Deutschen Reiche herbeiführen würden, würden unserer Industrie neue Absatzgebiete erschlossen werden.

Redner bekämpft die Kanonenforderung des Kriegsministers. Das Schicksal des deutschen Volkes in Oesterreich hängt nicht von den österreichischen Kanonen ab, sondern von der Bestimmung des XX. Jahrhunderts, als dem Zeitalter der nationalen Krystallisation. Redner begnüge sich mit der Citirung des Wortes: „Wenn die rechte Stunde gekommen,

wird die Thüre des Mutterhauses für die Deutschösterreicher weit offen stehen." Er wendet sich sodann gegen Dr. Kramář, dessen Rede nichts anderes war, als die Denuncirung einer Partei in der Delegation, um etwa heute Abends beim Cercle oder bei anderer Gelegenheit als Derjenige zu gelten, der als der einzige in der Delegation der hochverrätherischen alldeutschen evangelischen Bewegung entgegengetreten ist. Was die Strassenbenennungen nach Bismarck betrifft, sollte dr. Kramář nicht patriotischer sein wollen, als der Träger der Krone, der nach Abschluss des deutsch-österreichischen Bündnisses Bismarck den höchsten österreichischen Orden verliehen hat. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass für uns als Alldeutsche die evangelische Bewegung eine politisch-nationale ist, entstanden durch das Zusammengehen der Czechen mit den Klerikalen im österreichischen Reichsrathe 1897, zu Badenis Zeit." Wie es in den Versammlungen der Alldeutschen zugeht, darüber gibt uns ein deutliches Bild ein Bericht der „Ostdeutschen Rundschau", des Organs Karl Hermann Wolf's vom 4. Nov. 1902. Wir drucken ihn ab ohne Kommentar.

Alldeutsche Versammlung in Währing.

Wir haben bereits im heutigen Morgenblatte über den glänzenden Verlauf der Versammlung berichtet, welche gestern, einberufen vom deutschnationalen Verein für Oesterreich, im Apollosaale in Währing stattfand. Wohl 500 deutsche Männer füllten den Saal bis auf das letzte Plätzchen. Die Ausführungen sämmtlicher Redner wurden mit einmüthiger Zustimmung aufgenommen. In seinen einleitenden Worten wies Abgeordneter Wolf, wie wir bereits ausführlich mittheilten, auf das Kesseltreiben der Schönerianer gegen ihn hin. Der stürmische Beifall, mit dem seine Ausführungen aufgenommen wurden, kann als vollgiltiger Beweis dafür gelten, dass die Dankbarkeit im deutschen Volke noch nicht zum Märchen geworden ist, trotz aller Machenschaften Jener, die sich seine Führer zu nennen wagen. Auch die Ausführungen des Abgeordneten Schreiter, der an der Hand eines reichen Ziffernmateriales nachwies, mit welch' verblüffender Unverschämtheit unter dem „deutsch-

freundlichen“ Ministerium Körber die Tschechisirung fortgesetzt wird, und die Rede des Herrn dr. Julius Rader, des alldeutschen Landtagswahlwerbers für die Bezirke Währing und Döbling, wurden durch reichen Beifall gelohnt. Stürmisch begrüsst wurde der Landwirth Georg Schamberger, der die Wahlumtriebe der Klerikalen in Oberösterreich schilderte. Zum Schlusse besprach Abgeordneter Wolf die Körber'schen Grundzüge und wies darauf hin, dass das Heil des deutschen Volkes in Oesterreich ebenso wie das des Staates nur in einem engeren Anschlusse an das Deutsche Reich zu finden sei. Im Folgenden berichten wir über den Verlauf der Versammlung. Nachdem der Schriftführer des Deutschnationalen Vereins, Herr Ed. v. Stransky, den Vorsitz übernommen hatte, ergriff Abgeordneter Schreiter das Wort. Redner wies auf den schweren Kampf hin, den der deutschnationale Verein zu bestehen gehabt. Man sei in der Bekämpfung Wolf's nicht bei der Person allein geblieben, sondern habe auch den deutschnationalen Verein angegriffen. Wenn Wolf nicht eingetreten wäre, so hätte die Partei nicht solche Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Heute stehe die Sache leider anders! Die niederösterreichischen Landtagswahlen seien die erste Quittung für den Zwist im alldeutschen Lager. Wir dürfen aber darum nicht verzagen. Der Ausgang der mährischen Wahlen beweist, dass unsere Partei ihre alte Kraft noch nicht verloren hat. Sie wird wieder wie früher von Erfolg zu Erfolg eilen, dazu sei aber mehr nöthig, als bloss in Versammlungen dem Redner Beifall zu zollen. Jeder muss werkthätig eingreifen nach seiner Kraft. Redner berührte hierauf die brennendsten wirthschaftlichen Fragen: die Lage der Landwirthe und Gewerbetreibenden, die Invaliditäts- und Altersversicherung, endlich unsere unvernünftige Steuergesetzgebung. In dieser Beziehung hat das Ministerium Körber wenig oder nichts gethan; durch die neue Wehrvorlage aber und durch die Erhöhung der Civilliste kann dem Volke nicht geholfen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Neue Gewehre und Kanonen sind oft nur dazu da, um dem sauer arbeitenden

Volke den Effekt kosten zu lassen, wie die Vorfälle in Graslitz und in Galizien gezeigt haben.

Vor Schlichtung der nationalen Streitigkeiten, führt Redner weiter aus, könne aber von einer Besserung der Verhältnisse nicht die Rede sein. Wenn man die Durchführung der deutschen Staatssprache verlange, so sei dies eine berechtigte, mit der geschichtlichen Entwicklung des Reiches übereinstimmende Forderung. Es müsse dahin gestrebt werden, dass kleine Parteien verschwinden, denn Zwietracht vernichte die Erfolge. Nur festgeschlossen können wir den slavischen Massen wirksam entgegentreten. Mit Energie, Rücksichtslosigkeit und Terrorismus müssen wir vorgehen, dann wird der Erfolg unser sein. Redner weist durch zahlreiche Beispiele nach, wie rein deutsche Städte und Bezirke systematisch durch Einwanderung tschechischer Beamten zu zweisprachigen gemacht werden. Durch diesen Umstand seien aber auch die deutschen Beamten schwer geschädigt. In deutschen Sprachgebieten müssten deutsche Beamte angestellt werden. Man wende sich damit nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen das Princip. Ginge es so fort wie bisher, so würden wir einfach der Kulturdünger in Oesterreich sein. Redner schloss mit den Worten: „Wir haben die heilige Verpflichtung, die Scholle, die wir von unseren Vorfahren geerbt haben, auch deutsch zu erhalten. Dahin muss das Bestreben jedes Einzelnen gehen!“ (Stürmische Zustimmung.) Zustimmungskundgebungen waren eingelaufen: von Dr. Delpin (Friedau), Abgeordneten Dr. Tschan, Doktor Walter für die Alldeutschen in Teplitz, aus Falkenau, Gänserndorf (Dr. Weinitschke), Schluckenau, Haida (Frank), Mährisch-Rothwasser, Steinschönau, Iglau, Mährisch-Neustadt (Bradatschek), Witkowitz, Mährisch-Schönberg, Klein-Mohren (vom Landtagsabgeordneten Zöllner namens des Landgemeindenbezirkes Römerstadt), Linz, Zistersdorf, Polaun, Wels, Chodau, Langenlois, Asch u. Trautenau (Schriftleiter Lindemayr namens der dortigen Alldeutschen). Als nächster Redner betrat Herr dr. Rader die Tribüne. Es sei kein Vergnügen, sagte er, in dem christlich-social verpöbelten Wien als deutschnationaler

Zählkandidat aufgestellt zu werden. Von dem einstigen deutschnationalen Bau in Währing sei nur noch eine zerrissene Mauer da, und diese heisse Dr. Rader. (Heiterkeit.) Alle früheren Gesinnungsgenossen seien ins christlich-sociale Lager gegangen, und er, der allein ausgeharrt, der für das deutschnationale Programm seine Existenz aufs Spiel gesetzt habe, werde dafür von den Schönerianern beschimpft und verleumdet. (Stürmische Pfuirufe.) Hätte Redner nicht so treu an dem deutschnationalen Programm festgehalten, so brauchte er heute nicht als Zählkandidat dazustehen. (Zustimmung.) Es sei Dr. Lueger mit Hilfe der Geistlichkeit gelungen, Niederösterreich klerikal zu machen. Jeder Pfarrhof am Lande sei ein politischer Organisationspunkt. Was den Christlichsocialen auf dem Lande zu ihren Siegen verholfen, ist der Umstand, dass sie dort keine Gegner haben. Ihrer geschlossenen Masse standen die „geeinten freiheitlichen Parteien“ gegenüber, Socialdemokraten, Liberale und Deutschnationale, deren Programme einander schnurstracks widersprechen. Redner bespricht den Scheinantisemitismus der Christlichsocialen, mit den sie auf Wählerfang ausgehen. Bei der nächsten Wahl handle es sich um einen Kampf zweier Anschauungen. Auf der einen Seite stehe der starre dogmatische Glaube, auf der anderen Seite die Wissenschaft und die Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Vorsitzender v. Stransky dankte mit warmen Worten dem Redner und sagte, dass es die Pflicht eines jeden Deutschen sei, seiner Meinung durch Abgabe des Stimmzettels Ausdruck zu geben und dr. Rader zu wählen, wenn auch dessen Wahl aussichtslos erscheine.

Unter stürmischen, anhaltenden Heilrufen wendete sich der Bauernführer Schamberger an die Versammelten. Er schilderte in schlichten Worten die traurigen klerikalen Zustände in Oberösterreich und wies die Behauptung, die Bauern seien zu wenig aufgeklärt, entschieden zurück. Ein Fehler sei es, dass die Bauern an der Geistlichkeit hängen und diese mehr achten, als sie es verdient. Er schilderte hierauf die Agitation der Geistlichen zur Wahlzeit.

Es müsse eine Grenze zwischen politischem und kirchlichem Leben gezogen werden. Redner meint, dass das ein glücklicher Staat sei, in dem der Kultur glänzende Gebäude errichtet würden, aber nicht Gefängnisse, Kasernen u. a. m. Wenn die deutschnationale Partei einig wäre, dann brauchte ihr um die Zukunft nicht zu bangen. Heil dem Deutschthum, der deutschnationalen Sache! (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende dankt dem alten Bauern Schamberger, der die weite Reise nicht gescheut hat, um an der heutigen Versammlung theilzunehmen. Auf das schärfste sei es zu verurtheilen, dass Schamberger, der ein Menschenalter lang für die deutschnationale Sache gekämpft habe, nun von den Schönerianern beschimpft werde, weil er die Hetze gegen Wolf nicht mitgemacht habe. (Lebhafte Zustimmung und Heilrufe auf Schamberger.) Bürgerschullehrer Bruche erbat sich dann das Wort und sprach über die Landtagswahlen zu den Ausführungen des Dr. Rader, der noch lange keine zerrissene Mauer, sondern ein Eckpfeiler der deutschnationalen Partei sei. Redner fordert zu emsiger Arbeit auf, welche gewiss ihre Erfolge zeitigen werde. Als letzter Redner besprach Abgeordneter Wolf, mit lebhaften Heilrufen begrüsst, die dem Abgeordnetenhause vom Ministerium Körber vorgelegten Grundzüge. Die Regelung der Sprachenfrage sei die wichtigste und brennendste Angelegenheit. Hätte man nach dem Jahre 1866 und 1870 den Deutschen ihr Recht gegeben, hätte man sich nicht auf den Standpunkt gestellt, dass die Deutschen Oesterreichs national denaturirt werden müssen, so wäre der Zustand der Verwirrung und Zerrüttung nicht eingetreten, unter welchem heute Oesterreich leidet; dann hätten wir auch im wirthschaftlichen Wettbewerb der Staaten unseren Mann stellen können. Heute aber ist jede wirthschaftliche Besserung unmöglich, so lange nicht die Sprachenfrage gelöst ist, ehe eine grosse nationalwirthschaftliche Forderung der Alldeutschen zur Entscheidung gebracht ist: die Zollunion mit dem Deutschen Reiche. Das ist ein Ziel, des Schweisses der Edlen werth. Unbekümmert um alle Unkenrufe von Hoch- und

Landesverrath wollen wir es laut sagen: Wir streben einen engeren wirthschaftlichen Anschluss an das Deutsche Reich an. Dieser wirthschaftliche Anschluss wird zweifellos auch politische Folgen haben. In welcher Form sich dieselben äussern werden, das können wir aber getrost der Geschichte zur Entscheidung überlassen. Sicher ist, dass nur in einem solchen Anschlusse das Heil der Deutschen in Oesterreich gelegen ist, aber auch das Heil der Dynastie, denn sich selbst überlassen wird Oesterreich über kurz oder lang in seine Partikelchen zerfallen. (Stürmische Zustimmung.) Unter den heutigen Verhältnissen von einer Regelung der Sprachenfrage zu sprechen, ist Unsinn. Da kommt Körber mit seinen Grundzügen, die für das deutsche Volk einfach unannehmbar, die eine Verhöhnung unserer Forderungen sind. Und doch darf man den Ministerpräsidenten deshalb nicht übermässig tadeln. Denn er hat ja nichts anderes gethan, als jene Grundsätze hervorgeholt, welche einige deutsche Parteien selber in dem sogenannten „Pfingstprogramm" aufgestellt haben. Die Verfasser des Pfingstprogrammes, welche an die Stelle der Staatssprache den Schatten einer Vermittlungssprache setzen, welche den Tschechen die innere tschechische Staatssprache auf dem Präsentirteller entgegenbrachten, sie müssen für das verantwortlich gemacht werden, was jetzt geschieht. Redner bespricht dann die einzelnen Bestimmungen der Grundzüge, durch welche der Tschechisirung erst recht Thür und Thor geöffnet würde. Wagt man es doch schon heute, das ganze Gebiet von Mähren für zweisprachig zu erklären. Mögen die einzelnen Parlamentarier über solche Grundsätze verhandeln, das deutsche Volk weist sie weit von sich. Wir wollen geschlossen für einen engeren Anschluss an das Deutsche Reich eintreten. Diesen Grundsatz wollen wir mit aller Macht verfechten, und an ihm wird die Macht des Slaventhums zerschellen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wir haben an diesen Aussprüchen der alldeutschen Abgeordneten einen hinreichenden Beweis ihrer Gesinnung erbracht. Der alldeutsche Gedanke ist in Oesterreich schon zu einem bedeutenden Faktor ge-

worden. Mitte Jäner 1902 kam Prinz Adalbert v. Preussen auf dem Schulschiff „Charlotte“ nach Triest. Es wurde ein Diner auf dem Schiffe gegeben, zu dem der Statthalter Istriens Graf Goëss erschien. Ein reichsdeutsches Blatt berichtet darüber folgendes.

Bei dem Diner hielt der Staathalter Graf Goëss eine Rede, in welcher er seiner Freude darüber Ausdruck gab, das deutsche Schulschiff „Charlotte“ an dem Theile der österreichischen Küste begrüssen zu können, welcher für die Entstehung und Entwickelung der maritimen Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie besondere Bedeutung habe. Der Redner erinnerte daran, dass man in diesen Tagen mit den Arbeiten begonnen habe, welche den dreifachen mächtigen Gebirgswall der Tauern, Karawanken und Julischen Alpen durchbrechen und Triest in wenigen Jahren dem betriebsamen Norden der Monarchie und dem Deutschen Reiche um vieles näher bringen werden, und sprach die Hoffnung aus, dass damit ein neues Band in den vielfachen Wechselbeziehungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands geflochten werden möge. Als Glück verheissendes Zeichen gelte ihm, dass gerade zu dieser Zeit das Deutsche Reich das kaiserliche Schiff mit dem erlauchten jugendlichen Sprossen seines Kaiserhauses nach Triest entsendet habe. Der Statthalter fuhr dann fort: „Die Hoffnung auf die Zukunft ist das unveräusserliche und natürliche Recht der Jugend. Auch vor Euerer königlichen Hoheit liegt vielverheissend die ganze Zukunft eines thatenreichen Lebens, verbürgt durch die grosse Aufgabe der kaiserlich deutschen Kriegsmarine. Wenn, wie wir hoffen, dieser hohe Beruf Euere königliche Hoheit dereinst im Zenithe des Lebens stehend wieder an diese Küste führen sollte, dann mögen Euere königliche Hoheit diese Stadt als mächtig entwickeltes Emporium und in demselben Masse als werthvollen Bestandtheil seines Handelsstandes die deutsche Kolonie in reicher Blüthe wiederfinden. Wir aber wünschen Eurer königlichen Hoheit aus ganzem Herzen im reichsten Masse Glück und Erfolg auf dem Lebenswege zur Freude Eurer königlichen Hoheit erhabenen Eltern und zum Glanze und Ruhme des der öster-

reichisch-ungarischen Monarchie eng verbündeten Reiches." Der Redner schloss mit einem Hoch auf den deutschen Kaiser, die deutsche Kaiserin und den Prinzen Adalbert. Man sollte glauben, dass Statthalter Graf Goëss darüber Freude empfinde, dass durch den Bau der Tauernbahn Bismarck's Pläne um Oesterreich sehr erleichtert sind. Einen anderen Blick über das Eindringen des grossdeutschen Gedankens nach Oesterreich gewährt uns die Zusammenkunft der deutschen Naturforscher in Karlsbad, abgehalten im J. 1902. Das Organ der prager Juden das „Prager Tagblatt" liess am 21. September 1902 einen Leitartikel los, aus dem wir folgendes reproduciren. Wo immer bisher die Naturforscher tagten, wurden sie namens der Regierung willkommen geheissen, und der ehemalige Universitätsprofessor und jetzige österreichische Unterrichtsminister Dr. v. Hartel wird es sich nicht nehmen lassen, die deutschen Gelehrten in Karlsbad im Namen Oesterreichs zu begrüssen. Sie werden sich bei uns zu Hause fühlen. Was bei der Nürnberger Feier der schweizerische Professor Vetter von der Schweiz sagte, das gilt von Böhmen in noch höherem Grade. Böhmen ist eine deutsche Provinz und noch dazu ohne geistiges Reservatrecht. Vor 55 und vor 40 Jahren war sie es ja auch noch politisch; geistig ist sie es noch heute, denn der deutsche Stamm, der Böhmen bewohnt, steht in regstem und untrennbarstem Zusammenhang mit dem deutschen Geistesleben. Da macht ein Pressjude mit einigen Federstrichen aus dem Königreich Böhmen kurzweg eine deutsche Provinz. Auf dem Festbanket sprach Hofrath Chiari, Universitätsprofessor in Prag, folgendes: Der heutige Kongress ist seitens der Kollegen aus dem Deutschen Reiche äusserst zahlreich besucht; diese haben damit unwiderleglich und klar dargethan, dass die Deutschen im Deutschen Reiche und die Deutschen in Oesterreich in wissenschaftlicher Hinsicht ein zusammengehöriges und untrennbares Ganzes bilden. (Demonstrativer Beifall.) Diese Thatsache ist für uns äusserst erfreulich. Wenn irgendwo, so sind auf dem Gebiete der Wissenschaft die innigsten Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Forschern von Nah und Fern

von der höchsten Wichtigkeit. Wir in Oesterreich empfinden die Summe von Anregung, welche wir der Unermüdlichkeit der Kollegen im deutschen Reiche verdanken, und wir sind bemüht, nach besten Kräften mitzuwirken an der Entwicklung deutscher Wissenschaft, wohl wissend, dass wir als treue Bürger unseres geliebten Vaterlandes auf diese Art dem Vaterlande den besten Dienst erweisen. (Stürmischer Beifall.) Dieser Punkt ist ein geistiger, er ist ein schöner Punkt, und entspricht gewiss den Intentionen der beiden erhabenen Monarchen, welche sich als wahre Friedensfürsten erwiesen und die kulturelle Hebung ihrer Unterthanen stets und unentwegt aufrecht erhalten haben. Ich bringe meinen Toast auf das Wohl der erhabenen Majestät des deutschen Reiches, den deutschen Kaiser. welcher, bewundert von der ganzen Welt, mit unerreichter Universalität und Thatkraft, mit wahrer Mannes-Energie sich stets als ein unerreichter Mäcen der Wissenschaft erwiesen hat und unter dessen weisen Führung in Deutschland sowie auf vielen anderen Gebieten, auch auf dem Gebiete der Wissenschaft, die Deutschen zu einer führenden Rolle in der Welt gekommen sind. So stimmen Sie mit mir denn ein in den Ruf: „Se. geheiligte Majestät der deutsche Kaiser Wilhelm II. lebe hoch!“ (Die Versammlung brachte ein dreimaliges begeistertes Hoch aus, worauf „Heil dir im Siegerkranz!“ von den Anwesenden stehend mitgesungen wurde.) Hierauf ergriff der Direktor der elektrotechnischen Lehranstalt in Hamburg, Professor Voller, das Wort und sagte unter Anderem: „Die Deutschen kämpfen in Oesterreich derzeit einen schweren Kampf um ihre nationale Stellung. Unsere Pflicht ist es, sie in demselben voll zu unterstützen, da wir mit dafür sorgen müssen, dass die Deutschen in Oesterreich für sich und ihre Kindeskinder das ererbte Gut bewahren. Auf freiem deutschen Lande mögen auch in Zukunft die freien Deutschen, die deutsche Wissenschaft und die deutsche Kultur hochhalten und ein deutscher Stamm möge stets die österreichischen Lande regieren.“ Der Redner sagte zum Schlusse: „Wenn wir hier durch die Strassen gezogen und die schwarz-roth-goldenen Fahnen von den Giebeln wehen

saben, fühlten wir, dass wir in deutschen Landen sind.“ Der Redner trank auf die deutschen Naturforscher. Die Kapelle intonirte hierauf das „Deutsche Lied“, welches von der Gesammtheit mit heller Begeisterung mitgesungen wurde. Es folgte noch eine Reihe von Toasten, worauf das Festbankett in vorgerückter Stunde sein Ende nahm.

Der österreichische Unterrichtsminister von Hartel liess sich folgendermassen hören: „Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank für Ihre ehrenvolle Einladung zu dieser Versammlung, welche durch die vorbildliche Bedeutung für die gelehrten Verhandlungen dieser Art, durch die so lange Dauer ihres Bestandes, durch den grossen Werth und den weittragenden Einfluss ihrer Arbeiten, durch den hohen Ruf ihrer Theilnehmer aus allen Gauen Deutschlands und Oesterreichs unter den wissenschaftlichen Kongressen der Neuzeit sich mit Recht des höchsten Ansehens erfreut. Aber es ist nicht bloss mein persönlicher Dank, den ich für Ihre Einladung und freundliche Begrüssung ausgebracht haben wollte. Ich bin glücklich, Sie als Vertreter der österreichischen Regierung und derzeitiger Chef der Unterrichtsverwaltung begrüssen und für Ihr so zahlreiches Erscheinen an diesem Orte danken zu dürfen. Die Wahl des Ortes war eine fördersame Ehrung der Stadt Karlsbad, die, von der Mutter Natur ausgestattet wie kaum eine andere, dem Naturforscher dankbare Aufgaben stellt und die Kunst des Arztes durch die geheimnissvolle Wunderkraft ihrer Heilquellen unterstützt und fördert. In der Wahl dieses Versammlungsortes liegt zugleich eine aufmunternde Anerkennung der Bestrebungen ihrer österreichischen Fachgenossen, die sich jenes durch keinerlei Landesgrenzen auflösbaren kulturellen Zusammenhanges bewusst werden, wenn dessen Grösse und Bedeutung, der Werth jedes einzelnen Gliedes dieses Kreises und seiner Leistungen mitbestimmt und mitbedingt wird. Seien Sie uns darum doppelt willkommen in dieser herrlichen Stadt, dieser Perle österreichischer Lande.

Wir wissen aber abgesehen davon die Vortheile ihrer Kongresse gar wohl zu schätzen. Dies scheint nämlich das eigenthümlichste Kennzeichen des wissen-

schaftlichen, wie des wirthschaftlichen Lebens unserer Zeit: die Verbindung vereinzelter Kräfte zu gemeinsamen Handeln, die Vereinigung zersplitterter Mittel zur Erreichung solcher gemeinsamer Ziele. Während früher solchen Zwecken in den einzelnen Ländern Universitäten und Akademien vollauf zu genügen schienen, verbinden sich jetzt die Akademien nicht bloss eines Staates oder einer Nation, sondern immer mehr die gelehrten Gesellschaften der wichtigsten Kulturstaaten mit einander und legen ihre Mittel zusammen, um nach wohlüberlegten Plänen an Unternehmungen heranzutreten, die ehedem mit Aussicht auf einen sicheren oder raschen Erfolg nie oder theilweise in Angriff genommen werden konnten“ u. s. w.

Ueber die Rede des Unterrichtsministers Hartel hatte die „Neue Freie Presse“ eine unbändige Freude. Sie schrieb: Es war vorauszusehen, dass auf dem Karlsbader Kongresse auch die Politik, welche nur ein Ausdrucksmittel für den Darwin'schen Kampf ums Dasein ist, zu Worte kommen werde. Dass aber der Unterrichtsminister selbst die Bedeutung der gemeinsamen geistigen Arbeit der Deutsch-Oesterreicher und der Reichsdeutschen hervorheben, dass er in Gegenwart seines Ministerkollegen aus Preussen des grossen, durch keinerlei Landesgrenzen auflösbaren kulturellen und nationalen Zusammenhanges gedenken werde, das war eine freudige Ueberraschung, auf welche keiner der zweitausend Deutschen, welche sich diesmal zu wissenschaftlicher Arbeit vereinigt haben, gefasst sein konnte. Der Jubel, welchen diese Worte unseres Ministers entfesselten, bewies, dass Hofrath v. Hartel die Wahrheit gesprochen hatte. Der Minister gedachte auch der vorurtheilsfreien Wissenschaft, er sprach in der österreichischen Goethe-Stadt von Goethe: „Im Geiste dieses Mannes mögen Sie Ihre Berathungen beginnen, und zum Wohle der Menschheit, zur Ehre der Wissenschaft zu Ende führen.“ — Man sollte doch glauben, dass die Presshebräer in der Fichtegasse durchwegs ausgediente preussiche Leibhussaren sind und eine fette Pension aus Berlin beziehen.

Als im Jahre 1898 polnische Aerzte einen solchen Tag nach Breslau beriefen, verbot die preussische

Regierung die Theilnahme an ihm böhmischen und polnischen Aerzten aus Böhmen, Mähren etc., und drohte, falls jemand doch käme, ihn mit Gewalt über die Grenze zu eskortiren. So der preussiche „Kulturstaat“.

Die alldeutsche Propaganda stört schon seit langer Reihe von Jahren auch sehr bedenklich innere Verhältnisse mitten in Wien selbst. Als das Ministerium Thun in Wirksamkeit war, hatte der Ministerpräsident Graf Franz Thun als wahrer österreichischer Patriot den Muth im Parlament öffentlich zu sagen, dass seine Regierung reichsdeutsche Angehörige in ihre Heimat verweisen werde, wenn Preussen fortfährt ohne jede Rücksicht Arbeiter, österreichische Unterthanen, aus Deutschland zu verweisen. Auf dieses hin begann das Quertreiben des deutschen Botschafters Fürsten Eulenburg. Ein reichsdeutsches Blatt schrieb darüber 11. September 1901 folgendes. „Wie bekannt, fand die Thätigkeit des Fürsten Eulenburg in Wien ihren Höhepunkt während der grossen inneren Krisis von der Oesterreich unter dem Ministerium Thun heimgesucht war. Trübes Gewölk zog damals über den Dreibund herauf; die Tschechen arbeiteten gegen die Allianz mit Deutschland und ihr Führer Kramarz verglich den Dreibund mit einem überspielten Klavier. Es schien, als ob das officielle Oesterreich sich in diese Treibereien hineinziehen lasse; man errinert sich der Antwort, die Graf Thun auf die Interpelation betreffend die Ausweisung von österreichischen Slaven aus Preussen gab. Damals musste Fürst Eulenburg in Wien unverhohlen die Besorgniss äussern, dass bei dem Siege der slavischen Richtung in Oesterreich der Dreibund in Gefahr käme, aber er durfte nicht den Verdacht erwecken, als ob er das diplomatische Gebiet verlassen und sich in die inneren Verhältnisse Oesterreichs einmischen wolle. Es war nicht eben leicht, diese Linie einzuhalten. Damals erfuhr Eulenburg von Seiten der Tschechen in der Presse sowohl wie in der Delegation bissige Angriffe und diese seine Gegner suchten seine Stellung in Wien dadurch zu untergraben, dass sie ihn als die entscheidende Person in den inneren Wirren behandelten. Die Korrektheit, mit der

der Botschafter sich seiner Aufgabe entledigte, bewirkte, dass er auch nicht einen Augenblick aufhörte, am Wiener Hofe persona gratissima zu sein; so schlecht Graf Thun auf ihn zu sprechen war, so konnte der damalige Ministerpräsident das Ansehen seines wirklichen oder vermeintlichen Widersachers doch nicht erschüttern. Der Botschafter Graf Eulenburg in Wien und Hr. v. Szögyeny in Berlin theilen sich in die Arbeit, die Reibungen zu vermindern, die dann mit dem Falle des slavisch-feudalen Regiments in Oesterreich aufhörten. Zu Weihnachten 1899 schickte Kaiser Wilhelm Hr. v. Szögyeny sein Bild und der Adjutant, der es überbrachte, hatte es mit den Worten zu überreichen: „Trotz der Interpelationsbeantwortung durch den Grafen Thun.“ Wer den Dreibund zu festigen wünscht, sollte diese inneren Zusammenhänge kennen und nicht vergessen, welche Rolle Fürst Eulenburg in jenen Verwicklungen spielte. Es werden wieder einmal Tage kommen, da der deutschen Botschaft in Wien schwierige Aufgaben erwachsen werden, und es wäre zu wünschen, dass sie mit demselben Glücke entwirrt werden, wie seinerzeit durch den damaligen Grafen, jetzigen Fürsten Eulenburg.“ — Diesen Bericht hat offenbar ein Pressjude aus Wien abgeschickt. Er spricht mehr als deutlich über die Wirksamkeit des deutschen Botschafters. Ja reichsdeutsche Blätter kontrolirten ihn derart, dass sie dem Botschafter Vorwürfe machten, wenn er nicht ständig auf seinem Wachposten in Wien stand. Hat ja gegen diesen Botschafter nicht allein Graf Thun, sondern sein Vorgänger Graf Taaffe beim Kaiser selbst sich öfters beschweren müssen. Aus dem Palais des Botschafters Fürst Eulenburg wurden alle gehässige Angriffe gegen Oesterreich in die dienstbaren reichsdeutschen Blätter geschickt, die dann von der jüdischen Pressreptilien in Wien mit grossem Nachdrucke abgedruckt wurden. Der Hauptablagerungsplatz dieser Eulenburg'schen Angriffe gegen Oesterreich war die „Köln. Zeitung.“ Fürst Eulenburg forderte direkt vom österreichischen Monarchen im Namen des deutschen Kaisers, seines Souverains, Entlasung des Ministerium Thun. Eulenburg selbst brüstete sich dann in der „Münchener Allgemeiner“, dass

er das Ministerium Thun zu Falle gebracht habe. Um diesen Vertreter Deutschlands in Wien gruppierten sich heimlich und offen alldeutsche Agitatoren aus dem österreichischen Parlament. Welche Angst in Wien herrschst, wenn in Oesterreich ein wahres Wort über Preussen fällt, ersehen wir aus dem officiellen „Fremdenblatt". Nach den furchtbaren Scenen in Wreschen hat im galizischen Landtag Fürst Czartoryski seinen Abscheu über die Misshandlung der polnischen Schulkinder ausgesprochen. Das officiöse „Fremdenblatt" schrieb darüber aus Angst vor Berlin folgendes. (Anfangs Jänner 1902.) „Es wäre besser gewesen, wenn im galizischen Landtage Fürst Czartoryski die vor dem Eingang in die Tagesordnung von ihm abgegebene Erklärung unterlassen hätte, da dieselbe dem Wirkungskreise des Landtages nicht gemäss war. Wenn der Vertreter der Regierung trotzdem keine Einsprache erhob, so entsprang sein Verhalten nur dem Wunsche, der Angelegenheit dadurch nicht zu einer grösseren Ausdehnung zu verhelfen und dieselbe möglichst einfach und klanglos zu Ende zu führen. Den beiden Regierungen haben wir es zu danken, wenn das Ueberschäumen der Wreschener Affaire auf dem österreichischen Boden und das Anschlagen derselben sowohl im österreichischen Abgeordnetenhause wie im galizischen Landtage keinen Augenblick lang jene Beziehungen tangiren konnten, die zwischen unserer Monarchie und der deutschen verbündeten, sowie zwischen den beiderseitigen Regierungen bestehen. Man darf wohl sagen, dass die Wreschener Affäre noch rechtzeitig von jenem klaren Fahrwasser abgeleitet wurde, auf dem sich die Politik der beiden verbündeten Staaten mit voller Sicherheit bewegt. Der Artikel schliesst: „Es ist neuerlich der Beweis erbracht, dass es bei der Innigkeit der beiderseitigen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland keine Zwischenfälle geben kann, die eine Schwierigkeit bereiten können, oder deren plötzliches Auftauchen zu fürchten wäre. Die stärkste Wurzel des Bundesgefühles in beiden Staaten ruht darin, dass jeder Theil in seinem Hause Herr ist."

Wenn nur der letzte Satz wahr wäre wenigstens

für Oesterreich! Ganz anders geberdet sich der berliner Pressjude Mosse in seinem Organ über die Thun'sche Antwort auf die Ausweisungen österreichischer Unterthanen aus Deutschland. Er schreibt: Dreissig Jahre nach der Begründung des neuen Deutschen Reiches, schlechthin, müssen wir merkwürdige Dinge erleben. Einige an und für sich ganz unbedeutende Verwaltungsangelegenheiten, einige richterliche Erkenntnisse werden dazu benutzt, um in fremden Volksvertretungen in einer Weise erörtert zu werden, wie sie glücklicherweise zu den seltenen parlamentarischen Vorkommnissen gehört. Mit welch einem Rechte aber ziehen die Herren in der Lemberger Landbotenstube oder im Wiener Reichsrathe innere preussische Angelegenheiten vor ihr Forum? Welch einen Beruf, welch eine staatsrechtliche Befugniss haben die genannten Herren, sich in unsere Angelegenheiten zu mischen? Welch einen Lärm würden wohl Franzosen, Italiener, Holländer, Belgier, Engländer erheben, wenn etwaige innerpolitische Angelegenheiten dieser eben genannten Nationen (die Fälle sind sehr leicht denkbar) in unserem preussichen Abgeordnetenhause oder im deutschen Reichstage erörtert werden würden? Wahrscheinlich würde seitens der parlamentarischen Geschäftsleitung bei uns jeder derartige Versuch eines Uebergriffs in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staatswesens sofort zurückgewiesen, sofort im Keime erstickt werden. Es ist eben nicht deutsche Art, sich in die Angelegenheiten fremder Staaten ohne die allerzwingendste Nothwendigkeit einzumischen. Dafür haben wir aber auch in Deutschland das unbedingte Recht, von unseren Nachbarn die gleiche Rücksicht zu verlangen.

Die Regierungen, das heisst die amtlichen Vollzugsorgane der Völker, werden ja freilich den formellen internationalen Verpflichtungen nicht untreu werden. Allein bei gewissen Volksvertretungen tritt jetzt die fatale Neigung zu Tage, sich mit unseren inneren Angelegenheiten zu beschäftigen, die europäische öffentliche Meinung gegen uns mobil zu machen. Wenngleich derartige parlamentarische Scharmützel noch lange keine wirklichen Kriegserklärungen bedeuten, so sind

sie andererseits doch sehr dazu geeignet, die friedlichen Beziehungen der Völker zu einander auf das empfindlichste zu beeinträchtigen. Diesen höchst unliebsamen Störern des öffentlichen Friedens gilt es bei Zeiten ein lautes, Achtung gebietendes „Halt!“ entgegenzurufen. Lasst, ihr Herren in Lemberg und in Wien, die Hände davon! 's sind Nesseln daran! Das deutsche Volk ist unerbittlich gewillt, Herr innerhalb seiner Reichsgrenzen zu bleiben und zwar unbedingter Herr und jedweden Einmischungsversuch in seine inneren Angelegenheiten mit der seinem Wesen eigenen Ruhe und Besonnenheit, aber auch mit der gleichfalls seinem Wesen eigenthümlichen Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit — wenn's sein müsste — zurückzuweisen. Auch für Deutschland gilt der aus der Monroedoktrin abgeleitete praktische Folgesatz: „Deutschland den Deutschen!“ Das sollen sich gewisse Friedensstörer in Lemberg, in Wien und sonst noch wo sehr genau merken. Je entschiedener die öffentliche Meinung Deutschlands sich in diesem Sinne der auch für uns giltigen Monroedoktrin äussert, je entschlossener sie sich nach dieser Richtung hin kundgibt, desto rascher werden jene Einmischungsversuche seitens Unberufener verschwinden, desto rascher werden die unliebsamen Wirkungen solch unvorsichtigen Treibens wieder verblassen. Werden jene Friedensstörer sich erst der unübersehbaren Folgen ihres unverantvortlichen Handelns bewusst, beginnen sie sich über die ungeheure moralische Tragweite des Satzes klar zu werden: „Deutschland den Deutschen!“ — dann werden sie schon ganz von selbst auf die Wiederholung ähnlicher thörichter Einmischungsversuche in Deutschlands innere Angelegenheiten Verzicht leisten. Denn an der Thatsache ist in alle Ewigkeit nichts zu ändern: „Deutschland den Deutschen!“

Das klingt anders, als im officiösen „Fremdenblatt“ in Wien. Man sieht, die Pressjuden in Berlin bedienen den preussischen Hof viel besser als die Pressjuden in Wien die österreichische Regierung. Merkwürdig ist nur dabei das, dass diese Pressjuden in die Welt rufen, Deutschland müsse nur Deutschen

gehören, aber den freien Einzug der gefährlichsten Individuen, der Juden, dabei mit gänzlichem Stillschweigen behandeln.

VIII. Oesterreichs Nationalitäten.

Die Lage des habsburgischen Reiches ist von der göttlichen Vorsehung dazu geschaffen, um den zahlreichen kleineren Völkern ein Heim zu bereiten. Während in den europäischen Weststaaten eine Nation ein numerisches Uebergewicht aufzuweisen hat, so dass man hier von Nationalstaaten sprechen kann, hat innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie keine Nation ein derartig numerisches Uebergewicht, dass hier von einem Nationalstaat im Sinne Mazzini's, Cavour's, Bismarck's und Bülow's gesprochen werden kann. Die unselige Lehre vom reinen Nationalstaate hat dem habsburgischen Reiche schon derartig schwere Wunden geschlagen, dass doch die Regierungsmänner Oesterreichs nur ein wenig in die Geschichte dieses Reiches zurückschauen brauchen, um zu erkennen, dass die römisch-heidnische Lehre vom reinen Nationalstaate auf Oesterreich keine Anwendung finden darf. Welches Unglück hat doch die josephinische Zeit über Oesterreich gebracht! Damals arbeitete der ganze staatliche bürokratische Apparat dahin, um die Monarchie zu einem centralisirten deutschen Nationalstaate umzuwandeln. Aber das Gegentheil wurde erreicht. Die bürokratische Staatsmaschine bemühte sich auch die Kirche diesem Zwecke dienstbar zu machen. Die Orgien der josephinischen Aufklärung liessen denn auch die traurigsten Spuren hinter sich. Die josephinische Regierungszeit gab den heutigen Juden den Grundstock zu ihrem ungeheueren Reichthum, über den sie heute verfügen. Wie die Bürokraten in der Kirche wirthschafteten, ebenso machten sie es im Bereiche der Regierung über die Völker des österreichischen Staates. Und heute scheint die Weisheit gewisser Hofräthe in Wien nicht anders geworden zu sein, sie können Oesterreich nicht regieren, ohne ihre „Weisheit“ alle Tage aus den Spalten eines Judenblattes, vor allem

der „Neuen Freien Presse“ zu schöpfen. Oesterreichs Nationalitäten bieten nach den Ergebnissen der oficiellen Statistik folgende Zahlengruppen dar. Wir behalten die Zählung nach den beiden Reichshälften.

In der österreichischen Reichshälfte waren gezählt:

	Jahr 1857	1890	1900
Deutsche	6,042.347	8,461.997	9,167.898
Czechoslaven	4,385.010	5,473.578	5,959.825
Polen	2,117.148	3,726.827	4,260.961
Ruthenen	2,273.719	3,101.497	3,343.323
Slovenen	1,081.862	1,176.535	1,192.750
Serbo-Kroaten	424.431	644.769	711.439
Italiener	483.891	674.701	727.084
Rumänen	175.679	209.026	230.962

Dazu gehören noch Magyaren in der Bukowina, die im J. 1857 auf 7400 und 1900 auf 9512 angegeben werden. Hiemit haben wir die Hauptgruppen nach der oficiellen Zählung angegeben. Leider existirt in Oesterreich keine andere Zählung als wie sie von der statistischen Kommission in Wien vorgenommen wird. Dass diese Zählungen nicht verlässlich sind, darüber wurden schon sehr oft Beschwerden eingebracht. Zuerst müssen wir auf einen Kniff dieser Kommission aufmerksam machen. Anstatt den richtigen Begriff „Nationalität“ führte die Kommission den Begriff Umgangssprache ein. Die Absicht ist sehr durchsichtig, man hat damit sämmtliche Nichtdeutsche, welche unter den Deutschen wohnen, zur deutschen Umgangssprache oficiell kommandirt, um damit Oesterreich den deutschen Charakter wenigstens auf dem Papiere zu behaupten. Nach der Tabelle ist denn auch die deutsche Umgangssprache gewaltig angewachsen, keine andere Gruppe weist einen solchen numerischen Zuwachs auf. Aber es ist dabei hervorzuheben, dass im Jahre 1857 die Juden als eine separate Nationalität angeführt sind, während sie später nicht mehr anzutreffen sind, als nur in der Rubrik Konfession. Im Jahre 1857 waren im heutigen Oesterreich Juden 620.996, im Jahre 1900 aber 1,224.708. Da sich die Juden erfahrungsgemäss zu der deutschen Umgangssprache melden mindenstens zu 80 Procent, ist also

von den Deutschen des Jahres 1900 in Oesterreich $^3/_4$ Million Juden in Abschlag zu bringen und dann mindestens ein halbe Million Slaven, welche officiell zu der deutschen Umgangssprache auf dem Papiere zugeschlagen wurden. Die faktische Zahl der Deutschen arischer Abstammung im Jahre 1900 in Oesterreich wird kaum die Zahl $7^1/_2$ Millionen erreichen. Gehen wir nun zu der detaillirten Rechnung über. Darnach waren die Nationalitäten auf die einzelnen Kronländer folgendermassen vertheilt.

Niederösterreich.

Jahr	Deutsche	Czechoslaven	Juden
1857	1,341.770	12.270	6.949
1900	2,711.418	135.477	157.248

Oberösterreich.

Jahr	Deutsche	Czechoslaven	Juden
1857	688.290	—	4
1900	795.565	3.527	1.280

Salzburg.

Jahr	Deutsche	Czechoslaven	Juden
1857	140.197	—	—
1900	185.694	548	199

Steiermark.

Jahr	Deutsche	Slovenen	Juden
1857	640.866	369.246	6
1900	902.424	409.449	2.283

Kärnten.

Jahr	Deutsche	Slovenen	Juden
1857	231.558	92.767	—
1900	269.971	90.497	212

Krain.

Jahr	Deutsche	Slovenen	Juden
1857	29.783	421.398	—
1900	28.177	475.304	145

Küstenland.

Jahr	Deutsche	Slovenen	Serben u. Kroaten	Italiener	Juden
1857	8.150	198.451	132.591	113.486	3.713
1900	19.454	212.978	143.602	334.152	5.534

Tirol und Vorarlberg.

Jahr	Deutsche	Italiener	Juden
1857	525.092	325.415	548
1900	573.156	373.909	1.125

Böhmen.

Jahr	Czechoslaven	Deutsche	Juden
1857	2,925.982	1,766.372	86.339
1900	3,930.071	2,337.044	92.806

Mähren.

Jahr	Czechoslaven	Deutsche	Juden
1857	1,351.982	483.518	41.529
1900	1,728.130	674.740	44.255

Schlesien.

Jahr	Czechoslaven	Deutsche	Polen	Juden
1857	92.326	234.843	133.602	3.280
1900	146.362	296.571	220.375	11.988

Galizien.

Jahr	Polen	Ruthenen	Deutsche	Juden
1857	1,981.076	2,085.431	114.293	448.973
1900	3,990.621	3,042.199	211.941	811.149

Bukowina.

Jahr	Deutsche	Ruthenen	Rumänen	Juden
1857	37.855	188.288	175.679	29.887
1900	159.477	217.809	229.024	96.156

Dalmatien.

Jahr	Serbokroaten	Italiener	Juden
1857	369.310	45.000	318
1900	565.329	15.240	334

Die officielle Statistik gibt weiter folgende Zahlen an.

Vom J. 1890—1900	Absolute Zunahme	Percenten
Deutsch	709.359	8·38
Czechoslavisch	482.526	8·82
Polnisch	539.920	14·52
Ruthenisch	270.355	8·71
Slovenisch	16.108	1·37
Serbo-kroatisch	66.454	10·30
Italienisch	51.797	7·67
Rumänisch	21.853	10·45

Das absolute Verhältniss der Nationalitäten in den Ländern der böhmischen Krone gibt die officielle Statistik folgendermassen an:

Deutsch

	Böhmen	Mähren	Schlesien
1890	2,159.011	664.168	281.555
1900	2,337.013	675.492	296.571
Zunahme in Percenten			
	8·24	1·7	5·33

Czechoslavisch

	Böhmen	Mähren	Schlesien
1890	3,644.188	1,590.513	129.814
1900	3,930.093	1,727.270	146.255
Zunahme in Percenten			
	7·85	8·6	12·67

Sehr auffallend ist der Vergleich der percentuellen Zunahme der deutschen Umgangssprache in den einzelnen Kronländern.

Es zeichneten

	Deutsche Umgangssprache	Percentuelle Vermehrung der Bevölkerung überhaupt
Nieder-Oesterreich	14·78	16·00
Ober-Oesterreich	2·97	3·04
Salzburg	10·56	10·60
Steiermark	6·42	5·07
Kärnten	6·02	1·37
Krain	0·51	1·75
Triest	24·95	11·52
Görz u. Gradiska	60·73	5·40
Istrien	19·85	8·37
Tirol	5·36	4·10
Vorarlberg	6·71	9·47
Böhmen	8·24	8·05
Mähren	1·70	7·05
Schlesien	5·33	12·00
Galizien	6·96	10·73
Bukovina	19·46	12·61
Dalmatien	13·82	12·22

Diese percentuale Tabelle ist sehr wichtig. Mit ihrer Veröffentlichung hat die officielle Statistik den

Deutschen in Oesterreich einen sehr schlechten Dienst erwiesen. An ihr sehen wir das klare Bild der nationalen Massenmorde, wie sie zu Gunsten des deutschen Elementes bei der Volkszählung vorgenommen werden. Man vergleiche doch die Alpenländer, wo der Sprachenstreit weniger vortritt, wo also reinere deutsche Gebiete sind, wie z. B. Ober-Oesterreich.

Da ist die Zunahme der Bevölkerung 3 Percent und die Zunahme der deutschen Umgangssprache 2·97 Percent, also bei der Volkszählung keine nationalen Morde. Das Bild wird sogleich ein anderes, wo der Nationalitätenkrieg geführt wird.

In Böhmen hat sich die Bevölkerung absolut um 8·05 Percent vermehrt, aber die deutsche Umgangssprache um 8·24. Darnach könnte man berechnen, wie viel Personen zur deutschen Umgangssprache gezwungen worden sind.

Die deutsche Umgangssprache nimmt also zu durch die nationalen Massenmorde, welche bei der Volkszählung an den Angehörigen nichtdeutscher Nationalität in den Gemeindestuben, wo deutsche Majorität ist, vorgenommen werden. Und das ist ja das Ziel der Deutsch-Nationalen. Sie geniessen dabei die Protektion so mancher Hofräthe in Wien. Auf dieser künstlichen Volkszählung beruht auch die ganze nationale Politik der Deutschen in Oesterreich. Es sollen die nationalen Minoritäten mit jeder und aller Gewalt unterdrückt werden, um darauf die Sprachengesetze zu konstruiren. Dass hat denn auch der Ministerpräsident Dr. Körber, der geheime intime Freund der Alldeutschen auch gethan. Er überreichte dem Reichsrathe am 14. Oktober 1902 ein Sprachengesetz, das ganz auf den Leib der alldeutschen Wünsche zugeschnitten ist. Seine „Grundsätze“ für Böhmen sind: Die deutsche Sprache wäre im bisherigen Umfange zu gebrauchen: 1. im gesammten Verkehre mit den militärischen Behörden und der Gendarmerie und für deren dienstliche Anforderungen; 2. im Verkehre mit den Behörden ausserhalb des Königreiches Böhmen. Die deutsche Sprache wäre ferner zu gebrauchen: 1. von allen landesfürstlichen Behörden, sowohl im inneren Dienstverkehre wie in der amtli-

chen Korrespondenz; bei der Anlegung und Führung aller Listen, Ausweise und Vormerke, die von den politischen Behörden in Angelegenheiten der bewaffneten Macht geführt werden; bei den zur Vorlage an die Centralstellen bestimmten Berichten, Gutachten, Geschäfts- und statistischen Ausweisen; bei den Informationen, Berichten, Vormerken und Ausweisen in staatspolizeilichen Angelegenheiten, bei den Angelegenheiten der staatlichen Sicherheitswache und bei den Qualifikationstabellen der Staatsbediensteten; 2. von allen landesfürstlichen Kassen und Aemtern, die mit Geldgebaren, bei der Führung der Kassenjournale, Kassenausweise, Register, Gebrauchsnachweisungen und aller sonstigen Kassenbehelfe, die von den Centralorganen zur Ausübung der Kontrolle oder zur Zusammenstellung periodischer Nachweisungen benützt werden; 3. in allen Betriebs- und Verkehrsangelegenheiten im inneren Dienste und in der Manipulation des Post- und Telegraphendienstes, der einer Centralleitung unmittelbar unterstehenden ärarischen Etablissements, sowie für den gegenseitigen Verkehr der betreffenden Organe und Aemter; für die nichtärarischen Postämter mit grösserem Geschäftsumfange wären diese Bestimmungen soweit als möglich anzuwenden.

Abgesehen von der Einheit der Sprache in den angeführten Amtshandlungen und Agenden, wären grundsätzlich bei den landesfürstlichen Behörden drei Sprachgebiete zu unterscheiden: 1. ein einsprachig böhmisches, 2. ein einsprachig deutsches, 3. ein zweisprachiges Sprachgebiet. Als einsprachig haben jene Gerichtsbezirke zu gelten, in welchen bei der Volkszählung vom Jahre 1900 und in der Folge bei jeder zweiten jeweiligen Volkszählung weniger als 20 Procent der ansässigen Bevölkerung die andere Landessprache als ihre Umgangssprache angegeben haben. Alle anderen Gerichtsbezirke sind zweisprachig. Die landesfürstlichen Behörden haben je nach dem Gebiete, auf welche sich ihr Wirkungskreis erstreckt, als einsprachig oder als zweisprachig zu gelten. Behörden, welche mehrere Bezirksgerichtssprengel umfassen, gelten als zweisprachig, wenn einer oder

mehrere dieser Sprengel anderssprachig sind als die übrigen Sprengel. Ausserdem werden im Gesetze noch einzelne konkrete Behörden (in Prag) bezeichnet werden, die mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse als zweisprachig zu betrachten sind. Im Interesse der Erzielung möglichst einsprachiger Behörden wären binnen eines bestimmten Zeitraumes die Verwaltungs- und Gerichtsbezirke derart umzugestalten, dass die Gerichtsbezirke in der Regel nur einsprachige Gemeinden, die politischen Bezirke in der Regel nur einsprachige Gerichtsbezirke umfassen, wobei selbstverständlich den Wünschen der Bevölkerung, sowie den Verkehrsverhältnissen entsprechend Rechnung getragen werden müsste. Wenn nach durchgeführter sprachlicher Abgrenzung der Gerichtsbezirke einem einsprachigen Bezirke ausnahmsweise einzelne, grössere einsprachige Gemeinden der anderen Landessprache zugewiesen bleiben, so können für den äusseren Dienstverkehr der zuständigen landesfürstlichen Behörden mit den Bewohnern und Vertretungen solcher Gemeinden besondere Bestimmungen zum Zwecke der möglichsten Berücksichtigung der anderssprachigen Minderheit auf Verordnungswege getroffen werden.

Wenn wir einen Blick werfen auf die Nationalitäten Oesterreichs, abgesehen von der ungarischen Reichshälfte, so erhalten wir auf Grund der officiellen Statistik folgendes Bild:

Ende des Jahres	1857	1900
Deutsche	6,042.347	9,167.898
Slaven	10,282.470	15,468.298

Wie wir schon gesagt haben, ist die officielle Statistik zu korrigiren. Wenn wir von den Deutschen des Jahres 1900 eine $^1/_2$ Mill. Juden abrechnen und mindestens $^1/_2$ Million Slaven, die zur deutschen Sprache gezwungen wurden, so ist die faktische Bevölkerung in Oesterreich der Nationalität nach höchstens 8 Millionen Deutsche arischen Blutes und 16$^1/_2$ Millionen Slaven ebenso arischer Abstammung. Die Gesammtbevölkerung Oesterreichs Ende 1900 war 26,150.708. Somit bilden die Deutschen 32$^1/_2$ Procent der Gesammtbevölkerung, also nicht ganz ein Drittel. Die officielle Statistik spricht den Deutschen 36 Pro-

cent der Gesammtbevölkerung zu, was wir nun hier entsprechend der Wirklichkeit korrigirt haben. Soll nun dieses eine Drittel die Hegemonie in Oesterreich führen? Das werden doch nicht auch die verbissensten Schönerianer behaupten wollen.

Die Alldeutschen in Oesterreich haben aber einen Ausweg, sie stützen sich auf ihre Stammesgenossen draussen in Preussen-Deutschland. Auf diese gestützt sagen die Schönerianer und Genossen, dass die Deutschen in der Mehrheit sind und die slavischen Völker als die kleinen Nationen dem grösseren Volke unterthan sein müssen. Der alldeutsche Gedanke hat seinen Anfang genommen nach dem Siege Deutschlands über Frankreich. Französische Politiker beginnen auch jetzt eifrig, die Bestrebungen Preussen-Deutschlands Oesterreich und seine Völker zu verschlingen, zu beobachten. Der französische Politiker Lair behauptet fest, dass die Militärpartei in Preussen-Deutschland sicher und konsequent darauf arbeite, Oesterreich bis zur Adria zu annektiren und dazu Belgien und Holland. Die officiellen Diplomaten Preussen-Deutschlands leugnen dies zwar nach aussen. Darum meidet jetzt Preussen-Deutschland sehr ängstlich jede Reibung mit Frankreich und Russland. Auch Graf Fleury hat unlängst seine Memoiren veröffentlicht, wie das heutige Preussen-Deutschland gross geworden ist. Es war dies möglich durch die russische Politik des Jahres 1870.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges war unvermeidlich geworden; da musste es sich den feindlichen Mächten um die Knüpfung von Allianzen einerseits und um die Sicherung der Neutralität seitens der übrigen Mächte andererseits handeln. Die Lage gestaltete sich für Frankreich sehr ernst; seine Hoffnungen, den russischen Kanzler Gortschakoff, der noch vor Kurzem eine Schwenkung von der alten preussischen Waffenbrüderschaft und Allianz zu einem Einvernehmen mit Frankreich zu machen schien, umzustimmen, erwiesen sich als eitle, denn Gortschakoff zögerte nicht, in dem Augenblicke, da die Ereignisse eine kriegerische Wendung nahmen, Partei für Preussen, das er für den angegriffenen Theil hielt, an den Tag zu legen. Das Ziel, wonach Gortschakoff strebte,

bestand in dem Bemühen, es zu verhindern, dass Oesterreich-Ungarn seine Unterstützung Frankreich angedeihen lasse; überdies übte er einen Druck auf den dänischen Hof aus, um diesen zur Beobachtung der striktesten Neutralität zu zwingen und ihn zu verhindern, dass er sich von der dänischen öffentlichen Meinung zum Abschlusse einer Allianz mit Frankreich bestimmen lasse. Der russische Kanzler hoffte, dadurch für Russland die Abänderung der ihm unangenehmen Bestimmungen des Pariser Vertrages vom Jahre 1856 zu erlangen. Es war nun die Aufgabe des Grafen Fleury, den überwiegenden Einfluss Preussens in Petersburg zu bekämpfen. Am 15. Juli 1870 liess die russische Regierung dem österreichisch-ungarischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten die kategorische Erklärung zukommen, sie werde es unter keinen Umständen dulden, dass Oesterreich-Ungarn mit Frankreich gemeinsame Sache mache. Es war schon ein grosser Erfolg von Fleury's Bemühungen, dass in der Neutralitätserklärung des Czars Alexander II. von 23. Juli die entscheidende Klausel, welche sich auf die österreichisch-ungarische Monarchie bezog, nicht enthalten war; es bedurfte der grössten Klugheit und Vorsicht Fleury's, um dieses unter den damaligen Verhältnissen nicht unbedeutende Resultat zu erlangen. Dies spiegelt sich am deutlichsten in dem folgenden Berichte Fleury's an den Herzog von Gramont (vom 13. Juli 1870) ab: „Die Situation ist hier nicht ohne Ernst; es gibt hier zwei Strömungen, die man die russisch-deutsche und die russisch-französische nennen kann. Der Czar ist beeinflusst von seinen Familiengefühlen und von preussischen Eingebungen und Interessen. Der Grossfürst-Thronfolger und die Armee hingegen sind Frankreich zugethan; allein der Czar ist es, der befiehlt. Die Politik des Kabinets ist, wie ich im Vertrauen erfahren habe, die folgende: Man wünscht den Krieg lokalisirt zu sehen; um diesen Preis kann man auf die Neutralität Russlands rechnen. Wenn Frankreich jedoch daran ginge, Oesterreich-Ungarn in den Kampf mitzureissen, würde der Krieg für Russland einen so gefahrdrohenden Charakter annehmen, dass es diesem schwer fiele,

unparteiischer Zuschauer zu bleiben. Es wäre demnach gefährlich, sich in unnützer Weise mit dem schwachen und schlaffen Oesterreich blosszustellen, das durch seine Agenten hier erklären liess, dass es vor Ablauf von zwei Jahren sich zu nichts verpflichten kann, noch will. Russland beobachtet es jedoch. Schon kündigt man an, dass zwei Kosaken-Regimenter sich an die galizische Grenze begeben. Andererseits erörtert die öffentliche Meinung und die Presse die Idee der Revision des Vertrages vom Jahre 1856. Man droht wohl noch nicht, allein es scheint, dass man daraus eine Bedingung der Sympathie und des Einvernehmens mit Frankreich macht . . . Es wäre darum von grosser Wichtigkeit, ein wenig die bedeutenderen Tagesblätter zu leiten und auf sie Einfluss zu nehmen. Ich bitte Sie, mich zu ermächtigen, die nöthigen Ausgaben dafür machen zu dürfen."

In Paris war man jedoch nicht geneigt, auf die eventuelle Hilfe Oesterreich-Ungarns unbedingt zu verzichten. Am 20. Juli richtete der Herzog von Gramont die folgende Note an den Grafen Fleury: „Wir benöthigen absolut die bewaffnete Neutralität Oesterreichs, um den Krieg zu beginnen; das will sagen 100.000 Soldaten in Böhmen und später seinen Beistand. Gleichzeitig können wir jedoch Russland beruhigen und ich kann hoffen, dass das Wiener Kabinet nicht säumen wird, Russland in diesem Sinne Vorschläge zu machen, die ihm annehmbar scheinen werden. Wir verlangen dagegen vom Petersburger Kabinet nichts als seine Neutralität . . . Ich muss Sie im Vertrauen davon benachrichtigen, dass wir mit Italien gleichzeitig wie mit Oesterreich-Ungarn verhandeln und die Hoffnung hegen, dass wir nächstens zu einem gemeinsamen Einverständniss gelangen werden; machen Sie Ihrerseits alle Anstrengungen, um Russland zu einem Vertrage zu bestimmen."

Die französische Regierung verhehlte sich nicht die Schwierigkeit, sich die Neutralität Russlands unter den geschilderten Umständen zu sichern; sie machte es jedoch ihrem Petersburger Botschafter zur Pflicht, Alles aufzubieten, um dieses Ziel zu erlangen, ohne jedoch irgend eine Verpflichtung für die Zukunft ein-

zugehen. Allein der Czar mochte nicht davon abstehen, dass Oesterreich-Ungarn die strikteste Neutralität — also nicht die bewaffnete — bewahre. Er erklärte dem Grafen Fleury, dass er den Besitzstand unserer Monarchie gegen die allfälligen Gelüste Preussens zu garantiren bereit sei; er könne es jedoch unter keiner Bedingung zugeben, dass Oesterreich-Ungarn eine defensive Haltung einnehme. Wenn es in Böhmen Truppen concentriren würde, sei der Czar entschlossen, darauf sofort mit einer bewaffneten Neutralität zu antworten, deren Folgen und Gefahren nicht vorauszusehen wären. Vielleicht, so meinte Fleury, hat der Kaiser Alexander, indem er sich zum Bürgen der österreichisch-ungarischen Monarchie machen will, die Absicht, dadurch dieser jeden Vorwand zu benehmen, Frankreich beizustehen. Am 26. Juli 1870 konnte der Graf Fleury dem Herzog von Gramont bereits die Versicherung geben, dass Frankreich auf die strikte Neutralität Russlands zählen könne, aber immer nur unter der Voraussetzung, dass Oesterreich nicht eine bewaffnete Haltung beobachte. „Welches immer auch," so fügte er hinzu, „die Projekte einer geheimen Allianz mit Preussen sind, die man Russland zuschreibt, ich werde nicht daran glauben, so lange, als Oesterreich-Ungarn keinen Anlass dazu bieten und Frankreich nicht die Aspirationen Polens ermuthigen wird. Thatsächlich spricht sich die öffentliche Meinung, die Presse, die Armee (Russlands) von Tag zu Tag energischer gegen jede Vergrösserung Preussens aus und zeigt sich uns immer sympathischer." Am nächsten Tage schon beauftragte der Herzog von Gramont den französischen Botschafter, der russischen Regierung die rückhaltsloseste Erklärung abzugeben, dass Frankreich nicht daran denke, Russland irgendwo Schwierigkeiten zu bereiten, noch die Aspirationen Polens zu ermuthigen. Diese Erklärung machte auf den Kaiser Alexander II. den besten Eindruck; er versicherte den Grafen Fleury, dass Russland sich verpflichte, Oesterreich seine deutschen Provinzen gegen die Eingriffe Preussens zu garantiren und die strikteste Neutralität zu bewahren.

Der französische Botschafter knüpfte an diesen Bericht die folgende Betrachtung: „Wir müssen nun

mit Ruhe und in Kenntniss der Sachlage erwägen, ob der Verlust der effektiven und unmittelbaren Hilfe Oesterreich-Ungarns nicht mehr als aufgewogen wird durch die Gewissheit der strikten Neutralität Russlands sowohl in Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, wie auf die künftigen Eventualitäten. Ich weiss es wohl, dass Oesterreich, wenn es sich in den Kampf mengen würde, uns eine sehr schätzbare und sehr wirkungsvolle Hilfe zu bieten scheinen müsste. Durch eine Truppenkoncentration in Böhmen würde es einen beträchtlichen Theil der preussischen Streitkräfte lahmlegen. Es würde durch sein Beispiel Italien für eine Allianz mit uns mitreissen und uns, wenn es Italien den Weg durch Tirol freigäbe, ermöglichen, Süddeutschland in der Flanke anzugreifen. Die Verlockung wäre in der That gross, der Vortheil sehr beträchtlich; allein Russland würde dies niemals zugeben. Unter dem Vorwande einer Gährung in Polen, die es selbst hervorrufen könnte, würde Russland in Galizien eindringen, sich ganz gegen Oesterreich richten, das es hasst, um es zu vernichten und sich einen freien Weg nach Konstantinopel und dem Orient zu bahnen. Wäre Oesterreich im Kampfe mit den Ungarn, die den Krieg nicht wollen, materiell in der Lage, den Vorstoss Russlands auszuhalten, selbst wenn alle seine Völker treu zu ihm hielten? Ich glaube es nicht. Bei seiner verschuldeten Finanzlage, seiner unvollendeten Rüstung, bei den Schwierigkeiten, die es im Innern bedrohen, wäre Oesterreich unfähig, einer unerwarteten Erschütterung Stand zu halten, und der Ausgang des Krieges müsste ihm verhängnissvoll werden. Indem der Kaiser Alexander die absolute Neutralität Oesterreichs zur conditio sine qua non der seinigen macht, lässt er sich von dem Gedanken leiten, dadurch seinem Oheim (dem König Wilhelm von Preussen) einen Dienst zu erweisen und dadurch den friedlichen Intentionen seines Landes Genüge zu leisten. Wie gross auch immer die Loyalität seines Charakters ist und das Vertrauen, das ich zu seinem Worte habe, ich verhehle es mir doch nicht, dass der Czar von seinen Familiengefühlen beherrscht wird und dass seine

Neigungen deutsche sind. Allein das russische Nationalgefühl ist gegen jede Vergrösserung Preussens, und der Kaiser Alexander weiss es genau, dass die Armee, die Presse und die öffentliche Meinung täglich Frankreich geneigter werden. Er könnte nicht ohne triftigen Grund eine offensive Stellung ergreifen, insolange Oesterreich ihm nicht dazu den Vorwand bietet. Es ist darum an uns, dieser Macht zu rathen, in der strikten Beobachtung ihrer Verbindlichkeiten zu verharren, und da sie nicht bedroht ist, ihre Lage nicht zu gefährden durch eine sterile Agitation oder durch unvollständige Vorbereitungen, die weder für sie, noch für uns von Nutzen sind . . . Die Neutralität Oesterreichs rettet dieses und sichert uns die Neutralität Russlands. Der Bestand Oesterreichs ist für uns nothwendig, es ist eine zu werthvolle Karte in unserem Spiel, wenn der Moment kommen wird, anderweitig zu verhandeln und ein gestörtes Gleichgewicht wiederherzustellen, um nicht zu wünschen, dass Oesterreich sich jeder Einmischung begebe, da von dieser Zurückhaltung meiner Meinung nach unsere guten Beziehungen zu Russland und das Wohl Oesterreichs abhängen.“

Nichtsdestoweniger blieb die Lage noch immer ungeklärt. Am 4. August berichtete Fleury dem Herzog von Gramont, der Czar habe ihm eine Depesche des russischen Gesandten in Paris, des Herrn Okuneff, vorgelesen, des Inhalts, dass der Herzog von Gramont diesen offen davon benachrichtigt habe, Oesterreich könne nicht von der Koncentration eines Armeekorps längs seiner Grenzen abgehen. Der Czar ersuchte darum Fleury, dahin zu wirken, dass die französische Regierung dies verhindere, da er andernfalls genöthigt wäre, aus seiner Neutralität herauszutreten. Ganz unumwunden erklärte Okuneff dem Herzog von Gramont am 5. August, dass Russland sich rüsten werde, wenn dies von Seite Oesterreichs geschehen sollte, und dass es Oesterreich angreifen werde, wenn dieses Preussen attaquiren sollte. Gramont erwiderte darauf, dass diese Mittheilung in Wien und nicht in Paris zu machen sei; übrigens erklärte er, es nicht zu begreifen, wie Russland den Angriff

auf Oesterreich-Ungarn rechtfertigen könnte, wenn diese Macht Russland nicht angreift, es müsste denn ein geheimer Vertrag zwischen Russland und Preussen bestehen. Er fügte noch hinzu, dass zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn kein Vertrag geschlossen wurde, dass das Wiener Kabinet sich ausschliesslich von seinen eigenen Interessen leiten lasse. Selbst nach der Niederlage der Generale Mac Mahon und Frossard konnte Gramont dem russischen Botschafter die Versicherung geben, dass Frankreich nicht den Beistand Oesterreich-Ungarns verlangt habe; was Italien betrifft, bemerkte Gramont, ist es wohl wahr, dass man von dieser Seite es ihm nahe lege, dem Kaiser Napoleon III. zu rathen, er möge sich diesbezüglich an den König Viktor Emanuel wenden, allein Gramont mochte vorläufig nichts dergleichen thun, weil er wusste, dass Napoleon nicht dazu zu bestimmen wäre.

Die Niederlagen Frankreichs machten jedoch Russland bedenklich; man sah daselbst der Zukunft mit Sorgen entgegen; der Graf Fleury hielt den Moment für geeignet, um Russland der österreichisch-ungarischen Monarchie zu nähern; er gab in einem Immediatberichte vom 14. August 1870 seiner bestimmten Ueberzeugung Ausdruck, dass Russland nichts gegen eine Einmischung Oesterreich-Ungarns einwenden werde, wenn der Graf Beust die unzweideutige Erklärung abgeben würde, dass er die polnischen Aspirationen nicht ermuthigen werde. In diesem Falle würde der Kaiser Alexander II. aus seiner Neutralität nicht heraustreten und trotz seiner persönlichen Neigungen zu Preussen die nationale Politik seines Landes verfolgen, die sich immer entschiedener gegen Preussen erklärt. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Chotek, begab sich am 14. August 1870 nach Wien, um den Kaiser Franz Josef und den Grafen Beust für diese Politik zu gewinnen; allein er konnte den Kaiser Alexander II. für den Vorschlag des Kaiser Franz Josef, eine bewaffnete Haltung auf dem Boden eines gemeinsamen Einverständnisses einzunehmen, nicht gewinnen; der Czar war von seiner fixen Idee, Oester-

reich nicht aus der striktesten Neutralität heraustreten zu lassen, nicht abzubringen.

Inzwischen war die Lage Frankreichs immer misslicher geworden; man hegte bereits die Besorgniss, der Sieger werde den Frieden nur um den Preis der Abtretung französischen Gebietes schliessen wollen; um diesen Unglücksschlag abzuwenden, suchte die französische Regierung durch ihren Botschafter den Czar und den Fürsten Gortschakoff dadurch zu einer Intervention zu bestimmen, dass sie erklären liess, Frankreich werde nicht eher die Waffen niederlegen, bis es nicht die Integrität seines Bodens gesichert habe. Thatsächlich erklärte Gortschakoff dem Grafen Fleury klipp und klar, dass der Czar unter keinen Umständen einem Frieden zustimmen werde, der eine Erniedrigung Frankreichs und eine Verringerung seines Territoriums im Gefolge haben könnte. Der Czar selbst bemerkte dem Grafen Fleury einige Tage später (am 29. August), dass er dem Könige von Preussen in einem Briefe zu verstehen gegeben habe, dass, falls Frankreich vollständig besiegt wäre, ein Friedensschluss, der auf einer Erniedrigung des besiegten Landes beruhen würde, blos ein Waffenstillstand wäre und dass ein solcher Waffenstillstand für ganz Europa gefährlich sein müsste. Der König habe eine befriedigende Antwort darauf gegeben, jedoch auf die grosse Schwierigkeit hingewiesen, den Verzicht auf einen Theil der eroberten Provinzen in Deutschland durchzusetzen. „Nach einem Ideenaustausch und einem energischen Protest dagegen meinerseits bestand der Czar nicht weiter darauf. Sichtlich ergriffen durch meine Worte, antwortete er mir mit einer gewissen Wärme, dass er meine Meinung theile und dass er im gegebenen Momente laut und vernehmlich zu sprechen wissen werde, wenn es nöthig sein sollte.“

Allein die Verhältnisse änderten sich vom Grund aus; was der Czar eventuell für das monarchische Frankreich gethan hätte, das konnte das revolutionäre, republikanische nicht von ihm erwarten. Graf Fleury, der am 6. September 1870 der französischen Regierung seine Demission gegeben hatte, bemühte

sich gleichwohl, die Abneigung des russischen Kabinets und des russischen Hofes gegen die französische Regierung zu bekämpfen; es gelang ihm denn auch, durchzusetzen, dass das Petersburger Kabinet der preussischen Regierung rieth, die Pourparlers mit dem französischen Minister des Aeussern zu beginnen. Die Zusammenkunft wurde bewilligt und Jules Favre wurde am 19. September 1870 in Ferrières empfangen. Von Illusionen erfüllt, bildete sich Jules Favre ein, dass Preussen den Krieg gegen ein freies Volk nicht fortsetzen werde. Wie sehr er sich täuschte, dessen ward er alsbald inne, als Bismarck die elsässische Frage sofort ganz unumwunden aufwarf.

Am nächsten Tage, nachdem Bismarck mit dem vom Czar beeinflussten König Wilhelm Rath gepflogen hatte, zeigte sich Bismarck geneigt, den Frieden gegen die Abtretung von „Strassburg und seiner Bannmeile“ zu schliessen. Jules Favre wies auch diese Bedingungen zurück und der Krieg wurde weitergeführt. Da der Kaiser Alexander II. sah, dass seine Intervention fruchtlos gewesen, zog er sich nunmehr von diesen Dingen vorläufig zurück. Auch das persönliche Erscheinen Thier's in Petersburg konnte an der zuwartenden Haltung des russischen Kabinets nichts ändern. Als die englische Regierung im Oktober 1870 den schüchternen Versuch machte, zu einem Einverständniss mit Russland behufs Vorbereitung des Friedens zu kommen, wies der Czar diesen Antrag ab, er schrieb jedoch dem Könige von Preussen und empfahl ihm die Annahme des Waffenstillstandes, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh. dass der Frieden alsbald folgen werde; er rieth dem König Wilhelm ab, auf der Forderung territorialer Abtretungen zu bestehen, denn diese würde den Friedensschluss vereiteln.

Die Haltung Russlands im Jahre 1870 ermöglichte das heutige Preussen-Deutschland, sie war zugleich eine Vergeltung Oesterreich gegenüber für seine Theilnahme am Krim-Krieg. Nun dürfte die Regierung in Petersburg einsehen, dass man jetzt im Westen einen sehr unbequemen Nachbar habe.

IX. Der Sprachenstreit. Die Schwäche der Staatsmaschine Oesterreichs.

Das heutige Preussen-Deutschland hat einen staatlichen Apparat der nach allen Seiten pünktlich funktionirt. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. regiert mit starker Hand die innere und äussere Politik Preussen-Deutschlands in eigener Person. Ihm stehen denn auch zur Verfügung sowohl das Heer als auch die Staatsbeamten. Das Salz dieser ungeheueren Macht wird aus dem preussischen Landadel rekrutirt, es sind dies die berühmten preussischen Junker, deren Ideal Bismarck ist und bleibt. Oesterreich ist in dieser Hinsicht nicht so glücklich ausgestattet. Es verfügt schon seit der theresianischen Zeit über keinen Staatsmann, der mit starker und glücklicher Hand die inneren Verhältnisse Oesterreichs geordnet hätte. Oesterreich hat bis heute noch kein Nationalitätsgesetz, welches den inneren Frieden dieser Monarchie verbürgen könnte. Ein solches Gesetz ist einfach eine Unmöglichkeit, solange die Deutschnationalen nach der deutschen Staatssprache und der Vorherrschaft der Deutschen überall rufen und sich dabei der Stütze von Preussen-Deutschland erfreuen.

Die habsburgische Monarchie war denn noch nie von den nationalen Kämpfen so durchtobt, als es heute der Fall ist und es hat den Anschein, dass der Kampf der Nationalitäten Dank der alldeutschen Propaganda an Gefährlichkeit und Ausdehnung immer zunehmen wird. Oesterreich treibt auf diese Weise einem inneren Bankerotte entgegen und der gute Nachbar wartet auf diesen Augenblick, um zu kommen und „Frieden" zu stiften. Das ist wohl auch das Ende und das Ziel der alldeutschen Politik. Dieser Gefahr müsste eine ehrliche Regierung in Oesterreich bei Zeiten vorbeugen durch Schaffung eines gerechten Nationalitäten-Gesetzes und durch Schaffung eines Beamten, Körpers, dessen Glieder ehrlich und treu dem Kaiser, dem Vaterlande und dem Volke dienen sollten. In Oesterreich tobt der Sprachenstreit an mehreren Stellen des Reiches. In der Hauptsache dreht sich dieser Kampf um die

böhmische Frage. Dann haben wir den Sprachenkampf im Süden. Hier werden die Slovenen bedrängt von den Alldeutschen in Steiermark und Kärnten, Slovenen und Kroaten im ganzen adriatischen Küstengebiet von der Italia irredenta. Die Italiener im Südtirol verlangen auch ihre Autonomie. Endlich zum Ueberfluss lodert der Kampf zwischen zwei slavischen Nationen in Galizien, zwischen Polen und Ruthenen.

Man sieht, dass die inneren Verhältnisse der habsburgischen Monarchie nicht absonderlich die rosigsten sind und man kann wohl auch den Ausspruch des greisen Monarchen begreifen, indem er dem päpstlichen Nuntius erwiederte, dass nicht einmal der Papst soviel Drangsale habe als Er, der Kaiser von Oesterreich. Ueber die Bedeutung der böhmischen Frage, den ganzen Sprachenstreit in den böhmischen Ländern existirt schon eine gewaltige Literatur. Lassen wir nun die Arbeit des Dr. Kramář hier folgen, welche er im September 1902 in der londoner „National-Review" veröffentlichte. Dr. Kramář gibt zuerst einen geschichtlichen Ueberblick und dann geht er auf den Kernpunkt ein, den Kampf des bureaukratischen, deutschcentralistischen Staates mit dem modernen Staate der gleichberechtigten Völker, und kommt dabei auf die Verfassungskämpfe nach dem Jahre 1867 zu sprechen: „In Wien gab man auch alle Hoffnung auf," heisst es da, „die Geschichte wieder zurück zu korrigiren und machte die 1867er Verfassung gegen die nichtdeutschen Völker und für die Aufrechterhaltung der künstlichen Hegemonie der Deutschen. Endlich kam der deutsch-französische Krieg. Aber auch da hat die Wiener Bureaukratie nicht eingesehen, dass Sedan nicht nur ein neues Deutsches Reich, sondern auch ein neues Oesterreich schaffen musste, ein Oesterreich, welches auf alle Zeiten alle deutschen Aspirationen aufzugeben gezwungen war. In den höchsten Kreisen schien man diesen Gedanken zwar zu verstehen, unter der Regierung des Grafen Hohenwart wurde das berühmte Reskript an den böhmischen Landtag erlassen (September 1871), worin die Krönung versprochen wurde; aber bald siegte in Wien

die alte bureaukratisch-centralistische deutsche Richtung, und man arbeitete buchstäblich: Pour le roi de Prusse. Man verstand es nicht, dass die künstliche, nur durch eine ungerechte Wahlgeometrie und den Centralismus aufrecht zu haltende herrschende Stellung der Deutschen eine Gefahr werden muss, auch wenn diese Deutschen damals noch sehr österreichisch waren. Sedan, das neue Deutsche Reich und die neue Weltstellung der Deutschen konnten mit ihrer moralischen Wirkung an den Grenzen Oesterreichs nicht aufgehalten werden. Die Jugend hat sich zu sehr an der ungeahnten, unerhofften Grösse des Deutschthums berauscht und neue Generationen wuchsen auf, die deutschnational, dann alldeutsch waren, kraft der Logik des nationalen Gedankens. Die künstliche Stellung der Deutschen, welche Oesterreich den Charakter eines deutschen Staates gab und es nach Deutschland unter Oesterreichs Führung hinziehen sollte, hat diese Mission nicht erfüllt, aber gewiss eine andere. Sie ist zu einer Gefahr für den Staat geworden, weil die Deutschen natürlich und selbstverständlich hingezogen werden zu einer Einigung mit den deutschen Brüdern. Diese haben sich jedoch schon geeinigt unter der Führung der Hohenzollern, welche eine Stellung Oesterreichs in Deutschland wohl auf gleicher Linie mit Sachsen und Baiern, aber nicht jene, von welcher Oesterreich einst geträumt hat, zulassen könnten. Man hat es unterlassen, nach 1870 die natürlichen Konsequenzen aus den weltgeschichtlichen Ereignissen zu ziehen, Oesterreich auf seine föderalistischen geschichtlichen Grundlagen zu stellen und die Deutschen nicht künstlich zu einer nationalen Einigung in Oesterreich förmlich zu zwingen, sondern ihnen in den einzelnen Ländern mit den übrigen Völkern gleiche Rechte und gleiche Freiheit der vollen kulturellen und wirthschaftlichen Entwickelung zu gewähren, und so die Entstehung einer deutschen Frage für alle Deutschen in Oesterreich für lange Zeit zu verhindern.

Man wollte und will es in Wien nicht verstehen, dass dieselbe Kraft des nationalen Gedankes, welche in Deutschland Throne gestürzt und zur Errichtung

des neuen Deutschen Reiches geführt hat, an der Grenze Oesterreichs, wenn es deutsch sein wird, nicht Halt machen wird, dass zwei deutsche Reiche neben einander eine Unmöglichkeit, eine Sünde gegen die Logik des deutschnationalen Gedankes sind, und dass ein deutsches Oesterreich in eine untrennbare Verbindung mit dem übrigen Deutschland kommen müsse. Man schaffe ein deutsches Oesterreich, ein Oesterreich unter deutscher Führung, wie es die Deutschen wollen, und diese werden die Konsequenzen des nationalen Gedankens, das gesetzlich garantirte Bündniss und die Zollunion mit Deutschland friedlich und ruhig durchführen, wenn die Opposition der nichtdeutschen Völker nicht stark genug wäre, sie daran zu hindern. Und die militärische und kulturelle Uebermacht des preussischen Deutschland wird das politisch und wirthschaftlich mit ihm verbündete, viel schwächere Oesterreich ohne grosse Schwierigkeiten effektiv in diese Lage bringen, wenn auch die Formen der Souveränität aufrecht blieben.

In Wien will man aber das alles nicht verstehen. Die Bureaukratie ist deutsch, sie will Oesterreich weiter beherrschen, mit der deutschen Sprache ist es viel leichter und bequemer, und so ist man in Wien gar nicht gegen die Forderung des Herrn Schönerer nach der deutschen Staatssprache, obzwar man weiss, was die Alldeutschen damit wollen, und führt dieselbe nur deswegen nicht ein, weil man die Macht dazu nicht hat, aber wahrhaftig nicht, weil man die Lust dazu nicht hätte. Das Glück Oesterreichs und seiner Dynastie, dass das Reich nicht deutsch ist, dass es in der überragenden Mehrzahl von Völkern bewohnt ist, welche sich gegen alles Aufdrängen des Deutschen bis zum Aeussersten vertheidigen, das hält man in Wien für sein Unglück; seine einzige raison d'être, der Hort und die Zuflucht aller seiner Völker zu sein, verstehen sie nicht oder wollen sie nicht verstehen, weil sie das Ende des bureaukratisch-deutschen und centralistischen Oesterreich bedeuten würde. Diese Tradition ist so stark, dass selbst die Kreise, die geradezu berufsmässig wollen müssen, und welche auch besorgt sind um das Reich und seine Zukunft,

nicht zu erkennen vermögen, dass ein starkes, innerlich kräftiges, die alldeutschen Pläne rücksichtslos bekämpfendes Oesterreich eine europäische Nothwendigkeit, ja eine Voraussetzung des heutigen Europas ist. Und sie können sich darauf doch getrost verlassen, denn ohne ein vollständig unabhängiges Oesterreich wäre für Deutschland der Weg frei zu einer grossartigen Weltmachtstellung, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kennt.

Es wäre ein zusammenhängendes Imperium zumeist mit natürlichen Grenzen, also militärisch schier unüberwindlich, ökonomisch stark, mit ungeheueren natürlichen Schätzen ausgestattet und befruchtet; ein Weltreich, das der Träume der nationalen Deutschen unzweifelhaft werth ist, aber auch nur auf den Trümmern des historischen Gleichgewichtes Europas aufgerichtet und von keiner Macht Europas ruhig hingenommen werden kann. Das sind so feste Fundamente für Oesterreichs Grossmachtstellung, dass man es einfach nicht begreifen kann, wenn, wie gesagt, sogar in den für die Zukunft des Staates entscheidenden Kreisen statt dessen mit dem Gedanken ängstlich herumgewandelt wird, den alldeutschen Radikalismus durch eine katholischklerikale Politik Oesterreichs zu bekämpfen. Man scheint sogar auf den Gegensatz des Katholicismus und Protestantismus in Deutschland zu rechnen und darin das Heil für die Zukunft, wenn nicht noch etwas mehr zu erwarten. Man vergisst aber dabei, dass das Deutsche Reich durch den einigen hinreissenden Enthusiasmus der Katholiken und der Protestanten aufgerichtet, durch katholisches und protestantisches Blut gekittet wurde, dass der mächtige, Alles belebende nationale Gedanke in allen, namentlich die Machtstellung Deutschlands betreffenden Fragen alle Katholiken und Protestanten vereinigt und das Bewusstsein der grossen wirthschaftlichen und politischen Erfolge für dessen Bewohner doch viel mächtiger ist, als die Antipathie gegen das Preussenthum. Man kann eben aus dem Bannkreise der Centralisation und damit der Sucht nach einer deutschen Uniformirung des Reiches nicht heraus, obzwar beide das alte Reich so tief geschädigt haben.

Wie hat die Centralisation die Lebenskräfte Oesterreichs gelähmt! Eingeführt von Maria Theresia im Jahre 1749 gegen verbriefte Rechte, gegen geschworene Krönungseide, sollte sie den von allen Seiten bedrohten Besitz der grossen Königin zusammenhalten, festigen und für die Zukunft retten. Und eingeführt wurde der Centralismus nach dem Muster der preussischen Verwaltung, wie sie Friedrich II. in dem eroberten Schlesien eingerichtet hatte. Eine jahrhundertelange Geschichte wurde durch die Revolution von oben auf den Kopf gestellt.

Die Länder der böhmischen Krone, bisher durch eine lose Realunion verbunden, wurden zu einem immer mehr bureaukratisch regierten administrativen Gebiete. Später kam noch Galizien und Dalmatien dazu, um den Widersinn der Centralisation noch offenkundiger zu machen. Nach preussischem Muster richtete man die Centralisation ein, aber an dem föderativen neuen Deutschland mit seiner ungeahnten Riesenkraft des Ganzen und der reichen Gliederung und Individualisirung seiner einzelnen Theile will man sich kein Beispiel nehmen. Das zurückgebliebene Galizien, die Alpenländer mit ihren specifischen Formen des wirthschaftlichen Lebens, und die hochentwickelten böhmischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien werden nach derselben Schablone, aus denselben Kanzleien in Wien regiert. Was für die reichen Länder ein Fortschritt wäre, ist für die zurückgebliebenen ein unerlaubter Radikalismus, und so hemmt Eines das Andere und das Resultat ist das Zurückbleiben der Monarchie hinter den übrigen vorwärtsstrebenden europäischen Staaten. Man tröstete sich nun mit einem echt österreichischen Troste. Alles sieht durch die deutsche Amtssprache nach aussen einheitlich aus und nach der Lehrmeinung der Deutschen und der Wiener Bureaukratie ist diese deutsche Amtssprache der festeste Kitt, welcher Oesterreich zusammenhält, obzwar sie von der Majorität der Völker als Bedrohung ihrer nationalen Entwickelung und als eine ungerechte Bedrückung angesehen wird. Man bewegt sich eben in einem verzauberten Kreise. Die von Maria Theresia eingeführte Centralisation

brauchte eine einheitliche Sprache, und dazu wählte man die Sprache des Wiener Hofes, die deutsche; die germanisirenden Tendenzen seit den Fünfziger-Jahren bis heute brauchen wieder die Centralisation, weil die Decentralisation ein Ende der Vorherrschaft der deutschen Sprache bedeuten würde. Und so verkettet sich die Germanisation und die Centralisation zu der schweren Fessel, welche jede gesunde Einrichtung des Reiches hemmt und unmöglich macht.

Das sind nach böhmischer Auffassung die beiden Todfeinde Oesterreichs, und der Kampf gegen dieselben bildet das politische Programm des böhmischen Volkes. National wollen die Čechen die Gleichberechtigung aller Völker, nicht nur die mechanische, in Amt und Schule, sondern die innere, volle Gleichberechtigung. Jedes Volk, welches Oesterreich bewohnt, soll sich unverhindert und frei national ausleben. In seinem ganzen inneren und äusseren Leben soll es alles zu seiner Entwickelung haben, was es hätte, wenn es staatlich selbständig leben würde. Das ist ja die eigentliche Staatsidee Oesterreichs, seine Völker in ihrer Eigenart zu schützen, sie sich ungehindert entwickeln zu lassen und ihnen allen gemeinsam den Schutz und die wirthschaftlichen Vortheile eines Grosstaates zu gewähren. Man darf nicht von inferioren Völkern sprechen, wie es sich die Deutschen angewöhnt haben. Hätte man den kleineren slavischen Völkern gleichzeitig mit den Deutschen alle die kulturellen Hilfsmittel der modernen Bildung gegeben, wie es die Pflicht des Staates war, so wären sie nicht in ihrer kulturellen Entwickelung zurückgeblieben. Aber das Unrecht, welches man an diesen Völkern verübt hat, noch dadurch verschärfen zu wollen, dass man ihnen jetzt wegen dieser ungerechten, unverschuldeten Rückständigkeit die höheren Schulen verweigert, ist ein Vorgehen, welches der rücksichtslose, brutale, nationale Chauvinismus wählen kann, aber nicht die staatliche Politik gegen treue, alle Pflichten gegen den Staat opferwillig erfüllende Staatsbürger. Dies gilt namentlich für die Slovenen und die Kroaten. Es ist gewiss ein Zeugniss für die sehr ungesunden Verhältnisse im Staate, wenn die Frage der

Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in Cilli, in einer in Steiermark, im rein slovenischen Gebiete liegenden, der Majorität nach deutschen Stadt zu einer Staatsfrage werden konnte.

Die Deutschen empfinden allerdings dieses Streben nach voller nationaler Gleichberechtigung als einen nationalen Verlust, weil sie ja bis jetzt durch die staatliche deutsch-centralistische Politik derart national unterstützt waren, dass sie auch vollständig unberechtigte Positionen inne hatten, dass sie, obzwar die Minorität, in vielen Vertretungskörpern doch die Majorität haben. Mähren ist z. B. beinahe zu drei Viertheilen von slavischer Bevölkerung bewohnt, aber durch künstliche Wahlordnungen haben die Deutschen im mährischen Landtage die Majorität. Das ist einfach unhaltbar. Ohne den geringsten Willen, die Deutschen national zu bedrängen, ihnen ihre Nationalität zu nehmen, werden die Böhmen doch die Majorität dort, wo sie die Majorität der Bevölkerung haben, auch in den gesetzgebenden Körperschaften und in den Städtevertretungen erlangen. Das ist einfach anders unmöglich, weil unnatürliche Zustände eine gewisse Zeit, aber nicht für immer aufrecht erhalten werden können.

In Böhmen gibt es deutsche Gebiete, in welchen die deutsche Industrie böhmische Arbeiter braucht, weil die Böhmen mehr Ackerbau treiben und einen Ueberschuss an Arbeitern haben. Die deutsche Industrie kann ohne die böhmischen Arbeiter nicht existiren, aber sie beschwert sich, dass dieselben die deutschen Städte und Gemeinden čechisiren. Und doch machen die böhmischen Arbeiter keinen einzigen Deutschen zum Čechen, sondern kommen, durch ehrliche, gute Arbeit ihren Lohn zu verdienen, wollen aber selbstverständlich Čechen bleiben, weil sie ihre Arbeit den deutschen Industriellen verkaufen, aber doch nicht ihre Seele, das heiligste, was sie haben, ihre Nationalität. Um so selbstverständliche Sachen, dass ein Čeche Čeche bleibt und dass er für seine Kinder čechische Schulen haben will, wird der Kampf geführt. Wenn in Oesterreich der in den Staatsgrundgesetzen theoretisch ausgesprochene Grundsatz zur

That wird, so sind diese Verhältnisse weiter undenkbar, und der Schutz der nationalen Minorität — und auch der Deutschen — muss neben einer gewissen Autonomie der Nationalitäten praktisch in der Gesetzgebung und Verwaltung zur Geltung kommen. Die Deutschen behaupten allerdings, dass der Staat eine Sprache braucht und dass diese nur die deutsche sein kann. Vor Allem muss wohl der Staat zu seinen Bürgern die Sprache sprechen, welche diese verstehen, er muss also alle Sprachen seiner Nationalitäten haben.

Die staatliche Verwaltung ist ein lebendiges Ding, für den Verkehr mit dem Publikum bestimmt, und nicht ein Arcanum einer über dem Volke schwebenden Kanzleibehörde. Das mag früher gewesen sein, der moderne Staat könnte damit nicht leben. Die über den Völkern schwebenden Amtskanzleien konnten einst ihr eigenes Leben führen und deutsch inmitten einer slavischen Bevölkerung sein, aber heutzutage ist es ein Unsinn, ein Nonsens, ein Hinderniss der raschen und ins Leben greifenden Verwaltung, und es muss abgeschafft werden. Im inneren wie im äusseren Dienste muss das Amt sprachlich gleich sein mit der Majorität der Bevölkerung. Das wollte Graf Badeni machen, das war sein grosser Gedanke, und wenn es den Deutschen gelungen ist, diese so natürliche, so selbstverständliche Koncession an die Čechen durch ihre gewaltsame Obstruktion und durch die pangermanische Agitation wieder zu vernichten, so sehen sie wohl selbst heute ein, dass sie zu viel gewollt, und dass den Čechen ihre selbstverständliche Forderung erfüllt werden muss. Allerdings dort, wo eine amtliche Sprache nothwendig ist, bei den obersten Behörden, den Ministerien zu Wien, bei der Armee zur Erzielung einer schlagfertigen Organisation, bei dem auswärtigen Amte, bis zu einem gewissen Grade auch bei dem inneren Dienste der Eisenbahn haben die Böhmen immer dem praktischen Erfordernisse die nothwendigen Koncessionen gemacht. Aber nie werden sie zugeben, dass dieses praktische, mit der nothwendigen Decentralisation der Verwaltung immer geringer werdende Bedürfniss zu einer Fest-

stellung der deutschen Sprache als Staatssprache benützt werde. Man muss den Deutschen gegenüber vorsichtig sein, denn sie sind in der Politik sehr logisch und verstehen es, alle Konsequenzen aus einer scheinbar noch so unschuldigen Koncession zu ziehen. Die Alldeutschen sagen es ja ganz offen heraus, warum sie die deutsche Staatssprache wollen. Erstens wünschen sie, dass Oesterreich ein deutscher Staat nach aussen sei, mit einer officiellen deutschen Staatssprache dazu gestempelt, um daraus ihre Konsequenzen zu ziehen, wie sie schon angedeutet wurden, und im Innern wollen sie unverhüllt, dass die Festlegung der deutschen Sprache als Staatsprache zur oblig. Erlernung der deutschen Sprache in allen Schulen verpflichte oder, um es nach praktischen Erfahrungen darzustellen: Der Anfang heisst deutsche Staatssprache und der Schluss Wreszen und Marienburg. Die kleine Minorität der Polen in Preussen wird sich wehren, aber muss sich jede Gewaltthätigkeit dort, wo Macht zum Rechte wurde, gefallen lassen, aber die Mehrheit der Bevölkerung Oesterreichs wird sich von der deutschen Minorität dieses kaudinische Joch nimmer aufzwingen lassen.

Das zweite, was die Böhmen wollen, ist die Restitution ihres historischen Rechtes. Freiwillig haben sie mit den Ungarn 1526 die Monarchie der Habsburger gegründet und der Besitz der Königstitel von Böhmen und Ungarn war das Fundament der Macht der Habsburger, nicht aber die deutsche Kaiserkrone oder der Besitz der Alpenländer. Die Folgen der Auflehnung der Stände gegen Ferdinand I. und die Schlacht am Weissen Berge waren eine innere Schwächung. Aber Böhmen blieb ein selbständiger Staat. Und Maria Theresia war ja nie etwas anderes, als Königin von Böhmen und Ungarn, weil sie ja nur die Gattin eines Kaisers von Deutschland war, der eine Krone, aber keine Macht besass. Maria Theresia hat zwar die böhmischen und österreichischen Länder centralisirt und so die Selbständigkeit des Königreiches Böhmen, ohne ein Recht dazu zu haben, schwer beschädigt, aber nach aussen waren die Königreiche Böhmen und Ungarn die Bedingung ihrer Machtstel-

lung in Europa. Und als der Kaiser Franz 1804 den Titel Kaiser v. Oesterreich annahm, hat er die rechtliche Grundlage seiner Macht, die Sonderstellung Ungarns und Böhmens, ausdrücklich anerkannt. Erst die letzten 40 Jahre haben die staatsrechtliche Stellung Böhmens schwer beschädigt durch die Verfassung von 1861 und 1867 und durch die systematische Untergrabung der Autonomie Böhmens durch die Deutschen, welche den Centralismus und darin ihre Uebermacht haben wollen. Aber historische Rechte kann man nicht einseitig aufheben. Ueber die Rechte des Königreiches Böhmen können nicht Abgeordnete von Steiermark, Niederösterreich und Kärnten entscheiden, wenn ihnen dazu nicht das Recht von den Vertretern der böhmischen Länder gegeben wurde . . . Die Verfassung von 1867 hat Niemand in Böhmen ausser den Deutschen anerkannt, die Böhmen waren nicht im Reichsrathe, als über dieselbe verhandelt und beschlossen wurde, sie haben immer gegen dieselbe protestirt und ihr fester Glaube ist es, dass der Tag kommt, wo man froh sein wird, historische Rechte auf die Krone Böhmens zu besitzen, und dankbar Denjenigen, die den Glauben daran nie verloren haben.

Die Krone Böhmens hat tiefe Wurzel in der Geschichte Europas, wogegen an dem Bestande des neuen Oesterreichs in der heutigen Form zu sehr gerüttelt wurde, als dass es tief genug wäre, Wurzel fassen zu können. Es ist eine sehr verwegene Behauptung der Gegner der böhmischen Rechte, dass die Verfassung, welche einen so schwachen Rechtsboden und nur die Thatsache eines sehr bestrittenen Bestehens für sich hat, und dass eine deutsche, die sprachlichen Rechte anderer Völker missachtende centralistische Verwaltung, welche von Wien aus geleitet wird, eine festere Garantie für den Bestand des Reiches, ein festeres Band für die einzelnen Länder und Völker ist, als der felsenfeste Boden der Rechte der einzelnen Königreiche und Länder und die Zufriedenheit aller Völker der Monarchie, welche Gut und Blut für das Reich, das sie glücklich macht, einsetzen . . .

Viele Gesetze werden in Wien von den Deut-

schen abgeschrieben, nur das eine nicht, die föderative Grundverfassung des Deutschen Reiches, welche dasselbe so stark und kraftvoll gemacht. Und dies nur, weil die Deutschen, welche durch den Demokratismus der Wahlordnungen die Majorität im Parlamente verloren haben, in der deutsch-centralistischen Bureaukratie das letzte Bollwerk ihrer privilegirten Stellung sehen. Uebrigens wird bald die Zeit kommen, wo sich selbst die eifrigsten Vertheidiger des heutigen Zustandes werden zugestehen müssen, dass das Centralparlament vollständig unfähig ist, diejenigen Aufgaben zu erfüllen, welche ihm die Verfassung zuweist. Die Obstruktion der Deutschen, welche das grösste Interesse an dem Wiener Reichsrathe haben, hat demselben den Boden abgegraben, umso mehr, als dieselbe siegreich geblieben ist. Gegen den wahrhaft staatsmännischen Gedanken des Grafen Badeni, die Böhmen durch nationales Entgegenkommen aus ihrer, den heutigen Zustand absolut negirenden Haltung zu einer positiven Reformarbeit zu bringen, haben die Deutschen das Parlament und das Reich revolutionirt.

Mag auch die Durchführung der Pläne Badeni's nicht einwandfrei gewesen sein, kapituliren vor der deutschen Obstruktion durfte man nicht, wenn man den Parlamentarismus in Oesterreich in der jetzigen Form nicht bis ins Herz treffen wollte. Die Deutschen haben die Theorie aufgestellt, dass eine nationale Minorität das Recht der Obstruktion hat, um ihren negativen Willen durchzusetzen und die in einem Parlamente einzig mögliche Majoritätsherrschaft unmöglich zu machen. Die Zustände des polnischen Landtages, welche zur Theilung Polens geführt haben, wurden als das neue Recht der parlamentarischen Minorität in Oesterreich hingestellt und mit dem ganzen Aufwand der deutschen Gelehrsamkeit vertheidigt. Die Deutschen sind Sieger im Kampfe geblieben, die staatliche Autorität wurde in den Staub gezerrt, die Čechen durch die Zurücknahme der sprachlichen Rechte schwer beleidigt, und die Obstruktion ist dadurch zu einer legitimen parlamentarischen Waffe einer jeden Minorität geworden. Die

Čechen waren einfach gezwungen, dieselbe Waffe zu ergreifen, und wenn sie auch den entscheidenden Schlag bisher nicht geführt haben, so werden sie es gewiss thun, wenn es sich um die wichtigste Staatsaufgabe handeln und bis dahin das ihnen zugefügte Unrecht nicht gutgemacht wird. Die bisher so theuer erkaufte Ruhe im Parlament ist nur die Stille vor dem Gewitter, und nichts mehr. Die Krise des Parlaments ist nur in die Länge geschoben und wird akut werden, wenn die numerisch schwächeren und auf fremden Boden in Wien kämpfenden Čechen den günstigen Moment zur Führung des entscheidenden Schlages finden werden, und dieser wird eben kommen, wenn der Staat ein ruhiges, arbeitendes Parlament unbedingt nöthig haben wird, d. h. wenn die Ausgleichsgesetze auf den Tisch des Hauses gelegt werden. Für die Deutschen ist die Situation nicht leicht. Sie fühlen, dass es nothwendig ist, die Zustände im Parlamente zu heilen, aber sie wissen auch, dass es anders nicht geht, als durch die Gewährung der nationalen Rechte, die man den Čechen gegeben und wieder genommen, oder durch einen Umsturz der Verfassung, welcher neue Zustände schaffen und die Wiederkehr der jetzigen Krisis womöglich verhindern müsste.

Im ersten Falle müssten die Deutschen der Durchbrechung der deutschen Amtssprache zustimmen, welche sie bisher als die letze Zufluchtsstätte des deutschen Charakters des Staates angesehen haben. Sie müssten mit dem Gedanken einer privilegirten Stellung endgiltig brechen und sich bescheiden, mit den Böhmen friedlich und gleichberechtigt für das gemeinsame kulturelle und wirthschaftliche Wohl der von ihnen beiden bewohnten Länder zu arbeiten. Das würde aber auch zu einer Decentralisation der Gesetzgebung und Verwaltung führen, weil die Deutschen kein Interesse mehr an dem übermässigen Centralismus hätten, welcher beiden, den Deutschen und den Böhmen, gleich nachtheilig ist, und weil das Wiener Parlament nur dann gesunden kann, wenn sich seine Aufgaben auf das wirklich Gemeinsame für alle Länder beschränken. Der Ent-

schluss, freiwillig die Konsequenzen der Gerechtigkeit für die Böhmen zuzulassen, ist also den Deutschen wahrhaftig nicht leicht. Erleichtert wird er ihnen nur dadurch, das der heutige Zustand unhaltbar ist, dass sonst die Böhmen unbedingt das Parlament durch die Obstruktion zerschlagen, wie es einst die Deutschen gethan und dass es dann entweder zum Absolutismus, der jedoch nicht lange währen könnte, oder zu der Oktroyirung einer neuen Verfassung kommen müsste, wobei die Deutschen mehr verlieren könnten, als sie in einem gerechten und billigen Ausgleich mit den Böhmen opfern müssten.

Die Deutschen fühlen wohl selbst, dass der Staat für sie nicht mehr thun kann, als er bisher gethan hat. Eine neue Verfassung müsste demokratischer werden, gerecht in den Wahlordnungen, ohne die künstliche Wahlgeometrie der jetzigen, und die Deutschen, welche etwas mehr als 8 Millionen unter 24 sind, müssten damit rechnen, dass ihre Minorität definitiv festgelegt wäre. Sie müssen auch fürchten, dass der Staat es in seinem ureigensten Interesse nicht mehr wagen dürfe, den Deutschen die künstliche Oberherrschaft zu verschaffen, weil ein grosser Theil unter ihnen geradezu staatsfeindlich geworden ist und ein Programm hat, welches für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Oesterreichs die grösste Gefahr bildet. Die bedeutendste der deutschen Parteien, die Deutsche Volkspartei, hat als die vornehmsten Punkte ihres Programmes das staatsrechtlich in den Grundgesetzgebungen beider Reiche festgelegte Bündniss und dann die Zollunion mit dem Deutschen Reiche, also ein Programm, welches mittelbar zu einer vollständig abhängigen Stellung der Habsburgischen Monarchie von dem Hohenzollerischen Deutschland, als dem viel stärkeren Kompaciscenten führen muss, weil es für das schwächere Oesterreich keinen Ausweg, kein anderes Bündniss oder Vertragsverhältnisse mehr gäbe. Und die Alldeutschen, welche zwar durch den Kampf ihrer Führer etwas geschwächt wurden, aber die deutsche, nationale Jugend für sich haben, wollen ohne alle Umschweife direkt den Anschluss

der ehemaligen österreichischen Länder an das Deutsche Reich.

Diesen „Stützen“ Oesterreichs noch grössere Privilegien zu geben, sie künstlich auf Kosten Derjenigen, welche Oesterreich aufrichtig wollen, noch zu unterstützen und ihr schwindlig-unnatürliches Uebergewicht noch durch neues Unrecht neue Oktroyirungen zu festigen, das wäre eine so bewusst selbsmörderische Politik, dass sie auch in Wien unwahrscheinlich sein muss. Es will daher scheinen, dass es auch für die Deutschen die einzige vernünftige Politik wäre, nicht mehr zu verlangen, als ihnen ohnedies Niemand abspricht, alle Träume von einem Oesterreich unter deutscher Hegemonie aufzugeben und Frieden zu schliessen mit den übrigen Nationen auf Grund der ehrlichen Gleichberechtigung. Wirthschaftlich würden sie vor allen übrigen dabei nur gewinnen, wenn sie alle Kräfte der wirthschaftlichen Entwicklung, unbesorgt um die nationale Existenz, widmen könnten, und national werden sie ja ohnehin immer noch eine bessere Stellung als die übrigen haben, weil die Centralstellen in Wien, das Heer und die Diplomatie lange noch die deutsche Sprache als die Geschäftssprache gebrauchen werden. Thun sie es freiwillig nicht, so wird der Staat unvermeidlich gezwungen werden, Ordnung zu machen, hoffentlich im Sinne der Lebensinteressen Oesterreichs, welches ein deutscher Staat nie werden darf, wenn es neben dem mächtigen Deutschen Reiche frei und selbständig bleiben will. Man hat ja schon den Anfang dessen gesehen, was es bedeuten würde, wenn der Herzenswunsch der Deutschen nach einer innigen unlösbaren Verbindung mit Deutschland ganz erfüllt würde. Nicht der Mangel an Kolonien, nicht die Nichtbetheiligung an grossen Weltproblemen hat die Stellung Oesterreichs international verändert, sondern seine absolute Ergebenheit in das deutsche Bündniss.

Seit Jahren arbeitet die gesammte deutsche und von Deutschland beeinflusste öffentliche Meinung in wohlorganisirter Weise für eine förmliche Hypnotisirung Oesterreichs durch den Dreibund. Systema-

tisch, tagtäglich wurde derselbe als einzig möglicher Weg der österreichischen Politik gezeigt und es gelang auch, das Bündniss mit Deutschland in Oesterreich als eine geheiligte Institution in den entscheidenden Kreisen erscheinen zu lassen, deren Kritik beinahe zum Landesverrath oder wenigstens als Wahnsinn gestempelt wurde. Das Verständniss für die Wirklichkeit verschwand vollständig in diesem verzückten Kultus der Schöpfung Bismarck's, die Deutschen proklamirten das deutsche Bündniss als eine nationale Institution, verlangten im Innern eine deutschfreundliche Politik als Konsequenz des Bündnisses und die Welt gewöhnte sich daran, nicht mehr zu fragen, was Oesterreich will, weil es überflüssig war, wenn man wusste, was Deutschland thun wird. Dabei machte man die unmögliche Politik mit Stambulov und Milan, trieb es zu einem immer mehr drohendem Konflikte mit Russland und im Schatten dieses österreichisch-russischen Gegensatzes setzte sich Deutschland in Konstantinopel fest, verdrängte Alle und wurde allmälig zur Schutzmacht der Türkei, wie es sich darin später im griechischen Kriege, in der Kreta-Frage und in der Bagdad-Bahn-Frage gezeigt hat. Das waren die Früchte der Hypnose, in welche sich Oesterreich durch das Bündniss einschläfern liess. Erst durch die Publikation des deutsch-russischen Separatübereinkommens, welches Oesterreich die Augen öffnete, in welche Gefahr es sich durch seine frühere Balkan-Politik begeben hatte, und deutlich zeigte, dass es eigentlich ohne die sichere Rückendeckung war, auf welche es vertraute, und seit dem Abschlusse des Petersburger österreichisch-russischen Uebereinkommens sind die Verhältnisse anders geworden.

Es ist schon erlaubt, den Dreibund kritisch anzusehen, man fängt an, zu verstehen, was die Čechen immer wiederholt haben, dass Deutschland Oesterreich unbedingt für seine Weltmachtstellung als Rückendeckung brauche und nicht umgekehrt, dass es gefährlich ist, sich allzu willenlos in die deutsche Politik zu ergeben, welche so sprunghaft und auch beim aufrichtigen und ehrlichen Friedenswillen doch

gefährlich ist, weil sie ein Grosses will und so zahlreiche Lebensinteressen anderer Weltmächte berührt, ja durchkreuzt. Man fühlte es schon in Wien, dass man durch die Petersburger Entente freier wurde, dass Oesterreich dem Berliner Einflusse allmälig entgeht und dass Deutschland jetzt Oesterreich suchen muss und dass es daher nicht mehr in Wien als der unberufene Protektor Oesterreichs und leider manchmal auch der Deutschen Oesterreichs auftreten darf, wenn es nicht der Gefahr einer Isolirung in Europa sich aussetzen will; ja diejenigen Stimmen, welche von Deutschland fordern, dass es seine Bundespflicht erheischt, die Alldeutschen energisch von seinen Rockschössen abzuschütteln, sind nicht mehr vereinzelt und ohne jedes politische Gewicht. Diese zwar langsame, aber sicher vorwärts schreitende Emancipation Wiens von Berlin — trotz des weiteren Bestandes des Dreibundes — welche von einer so grossen internationalen Tragweite ist, hat sich am besten bei dessen Erneuerung gezeigt.

Gejubelt darüber haben nur Diejenigen, welche im Grunde des Herzens gefürchtet haben, dass der Dreibund nicht erneuert werden könnte. So menschlich ist die heilige Institution geworden — und es ist ja kein Zweifel, dass sie den Weg alles Menschlichen gehen wird. Den Gipfelpunkt seiner Bedeutung hat der Dreibund längst überschritten. Neues entwickelt sich daneben und darüber. Die Separatübereinkommen der Dreibundmächte sind es ja, welche der europäischen Politik ihre Farbe und ihren Charakter geben Der Dreibund regt Niemanden mehr auf, der realistisch genug denkt, um zu erkennen, dass die Erneuerung des Dreibundes sehr wenig, seine Nichterneuerung jedoch im gegenwärtigen Momente noch zu viel bedeuten würde für die ruhige Entwickelung der internationalen Politik. Der Dreibund ist wie der Nothausgang für den Fall einer Feuersbrunst in einem alten, engen Theater. Für alle Fälle ist er da, aber weil der Nothausgang im Augenblicke der Gefahr manchmal nicht ganz sicher funktionirt, so wird man endlich auch auf den gründlichen Umbau des Theaters denken müssen, wo man

sich auf die moderne, rationelle Anlage eines ganz neuen, grösseren Gebäudes wird verlassen können, und nicht auf Nothbehelfe, welche den neuen Bedürfnissen und Anschauungen nicht mehr entsprechen.

Eine Verstärkung der Stellung der Deutschen in Oesterreich, ihr entscheidender Einfluss auf die innere und damit auch die äussere Politik der Monarchie würde diese Entwickelung der Dinge unterbinden und unmöglich machen. Das fühlt man in Deutschland, und nicht nur nationales Fühlen mit den Stammesbrüdern jenseits der Grenze, sondern auch der gesunde Egoismus führt die Deutschen im Deutschen Reiche dazu, den Kampf der Deutschen in Oesterreich als ihren eigenen anzusehen und in denselben mit allen Mitteln einer moralischen und allzuoft auch einer materiellen Unterstützung einzugreifen. Sie fühlen sehr gut, was für die deutsche Politik die Sicherung des deutschen Charakters Oesterreichs für alle Zukunft bedeuten würde, auch wenn die letzten Ziele der Alldeutschen nicht in Erfüllung gingen. Das Bündniss mit Deutschland würde wieder die geheiligte Institution für Oesterreich werden, die anzurühren ein Hochverrath wäre, und die Deutschen würden gewiss an die Erfüllung ihres vornehmsten Programmpunktes gehen: die Zollunion mit Deutschland, Oesterreich würde wieder ein Appendix Deutschlands in internationaler Beziehung werden und die europäische Politik wäre genöthigt, nicht mehr mit einem selbständigen freien Oesterreich, sondern nur mit einem durch unbedingte Hingabe Oesterreichs starken, fast unüberwindlichen Deutschland zu rechnen. Mann könnte dann in Wien Souveränität, auswärtige Politik spielen, das riesenstarke Deutschland würde schon die österreichische Politik dorthin stellen, wohin es ihm passt.

Das wäre das Gefährlichste für das Gleichgewicht Europas. Denn ohne einen europäischen Krieg, ohne Umwälzungen, beinahe unbemerkt, nur durch Aenderung in der inneren Politik Oesterreichs, auf welche Niemand hoffen kann und darf, würde der reelle, der eigentliche Inhalt der grossdeutschen

Pläne in Erfüllung gebracht. Die deutsche Politik, auch die wirthschaftliche, würde von Balt bis zur Adria gebieten, im Mittelmeer hätte Deutschland durch das bis zum Aufgeben des eigenen Volkes verbündete Oesterreich eine neue, feste Position, und über den Balkan und das ohnehin schon vollständig botmässige Konstantinopel könnte dann Deutschland, von Oesterreich gestützt, Klein-Asien, von Hajdar Pascha bis Bagdad und den persischen Meerbusen in die Sphäre seiner grossartigen neuen Weltpolitik fest und für immer einschliessen. Dazu wäre nichts Anderes nothwendig, als dass die Deutschen in Oesterreich einen entscheidenden Einfluss bekommen und im Parlamente die Zollunion mit Deutschland beschliessen. Das andere wäre nur die selbstverständliche Konsequenz, welche Niemand mehr abwenden könnte. Im Bunde eines Starken mit einem Schwachen befiehlt, entscheidet und regiert der Starke. Das ist ein Naturgesetz, welches für Oesterreich keine Ausnahme machen würde.

Das ist der Hintergrund, die tiefe Perspektive der nationalen Kämpfe in Oesterreich. Es ist ein Kampf nicht nur um das nationale Selbstbestimmungsrecht der slavischen Nationen, um ihre Freiheit und Gleichberechtigung, sondern ein Kampf um Oesterreich, um seine Macht und Unabhängigkeit und seine vollständige Freiheit nach Aussen. Es hat lange genug gedauert, dass nur die Deutschen Diejenigen waren, welche eine jede Bewegung der Weltpolitik mit allen ihren logischen Folgerungen gleich anfangs richtig erkannt und auch ausgenützt haben. Europa kam aus der Ueberraschung nicht heraus. Wie war man noch zuletzt in Russland überrascht, als man plötzlich wahrgenommen, dass Deutschland in Konstantinopel der mächtigste Faktor geworden ist und dass es die Bagdadbahn bauen wird! Und die französischen Botschafter verschaffen den Deutschen dazu das nöthige, fehlende Kapital, damit ja die Deutschen Kleinasien ökonomisch und politisch vollständig beherrschen können. Wie wird man einmal erst überrascht sein, wenn die Deutschen ihre methodische, beharrliche, stille Politik geendet haben!

Deswegen ist es höchste Zeit, dass man wisse, worum es sich in Oesterreich handelt, und dass die öffentliche Meinung in Europa sich darüber klar wird, dass gerade, so wie einst gegen die Gefahr vom Osten die Schaffung des Donaureiches eine Nothwendigkeit war, es heute eine ebenso unbedingte Nothwendigkeit für das europäische, ja das Gleichgewicht der Welt ist, damit jetzt das riesenhaft angewachsene Deutschland über Oesterreich nicht den Osten und die Weltherrschaft gewinnt. Aber nicht nur das! Kein schwaches, hinsiechendes Oesterreich braucht die Welt, sondern nur ein starkes, kräftiges, innerlich gesundes Reich wird die wichtigste Wacht des Weltgleichgewichtes erfüllen können. Das Habsburger Reich ist alt, aber es könnte noch ein neues, besseres, kaum geahntes Leben innerer Gesundheit und Frische zu leben anfangen, wenn es endlich nach Jahrhunderten seinen einzig richtigen Weg finden würde: ein Reich zu sein, in welchem das schwierige Problem der nationalen Frage gelöst wäre durch die gleiche Gerechtigkeit und Billigkeit zu allen seinen Völkern, ein Reich, welches stark genug wäre, den Frieden unter seinen Völkern im Innern herzustellen, aber auch denselben nach Aussen gegen jede Bedrohung auf dieser für das europäische Gleichgewicht entscheidenden Stellen aufrechtzuerhalten.

So kämpfen die Böhmen einen grossen, nicht nur für sie und Oesterreich bedeutungsvollen Kampf. Nicht lächerliche Selbstüberhebung ist es, wenn sie sich der Tragweite ihres Strebens bewusst sind. Es wäre besser und angenehmer für sie, unbemerkt um ihr unbestritten nationales Leben zu pflegen und zu entwickeln und aus ihrer Zukunft keine europäische Frage zu machen. Der Kampf, den sie führen, ist ja nicht leicht, nicht angenehm und zehrt ihre besten Kräfte auf, welche, für die innere Entwicklung der Nation verwendet, Bedeutendes leisten könnten. Das Schicksal hat jedoch das böhmische Volk in das Herz Europas gestellt, in das germanische Meer hinein, und hier bilden sie das Hinderniss, dass sich die germanischen Fluthen von

der Nordsee bis zur Adria ergiessen. Die Alldeutschen haben recht, die Čechen sind der Pfahl im Leibe Germaniens. Sie wollen, werden und müssen es bleiben, und hoffen fest und unentwegt, dass es ihnen gelingen wird, auch ganz Oesterreich zu einem unüberwindlichen Schutzwall gegen die germanische Ueberfluthung zu machen."

Soweit die Beleuchtung der böhmischen Frage von Dr. Kramář.

Der Sprachenstreit in den böhmischen Ländern dreht sich hauptsächlich um den Gebrauch der böhmischen Sprache bei den Behörden. Ueber diese Frage hat das „Vaterland" in Wien offenbar aus der Feder Sr. Excellenz Baron Helfert folgende Zusammenstellung gebracht. „Bis zum fünfzehnten Jahrhunderte richteten sich — wenn von der Zeit vor dem Jahre 1300 abgesehen wird — die Städte Böhmens theils nach dem Iglauer Stadt- und Bergrechte (aus der Zeit von 1240—1248), theils nach dem Stadtrechte der Altstadt Prag (gewiss Ende des dreizehnten Jahrhunderts), ferner nach dem Magdeburger Rechte (Aussig, Laun, Leitmeritz, Nimburg, Schlan, sogar die Kleinseite und Hradschin) und nach dem Brünner Stadtrechte (Eger). Gemäss der von Vladislav II. im Jahre 1500 hinausgegebenen, später im Jahre 1564 unter Maxmilian II. korrigirten Landesordnung, Absatz B. XXXII., waren Ausländer verpflichtet, ihre Rechtsstreite vor dem Landesgerichte in böhmischer Sprache zu verhandeln.

In dem von Galli 1579 an geltenden sogenannten böhmischen Stadtrechte, welchem das erwähnte Stadtrecht der Altstadt Prag (ein Manuskript hievon aus dem vierzehnten Jahrhundert befindet sich im Archive der Stadt Prag) zugrunde lag, wurden alle besonderen Stadtrechte aufgehoben und bestimmt, dass „man nur einerlei Stadtrecht in den königlichen Städten gebrauchen solle". — Im Absatz B. VIII. war angeordnet, dass bei allen ordentlichen Gerichten in Böhmen in böhmischer Sprache geklagt und verhandelt werden solle.

Diese Verhältnisse wurden durch Kaiser Ferdinands II. erneuerte Landesordnung vom Jahre 1627 geändert, welche in sprachlicher Beziehung nament-

lich folgende Bestimmungen enthält: C. II. Die deutsche und die böhmische Sprache sind gleichberechtigt. C. V. Der Kläger hat in der Sprache des Geklagten zu klagen. Der ganze Process war in der durch die Klage bestimmten Sprache zu verhandeln und zu erledigen. D. XLVII. In dieser Sprache sind auch die Akten abzulesen, Umfrage zu halten und zu votiren. C. IV. und D. VII. Zeugen sind in ihrer Sprache abzuhören, jedoch sind für den Process Uebersetzungen anzufertigen. D. XLII. Advokaten bedienen sich ihrer Muttersprache. D. XLIII. Alle Schriften sind im Originaltexte vorzulesen, daher Deklamatores für die deutsche und die böhmische Sprache. D. XLVII. Theilung des grösseren Landrechtes in zwei Abtheilungen, nämlich eine deutsche und eine böhmische. E. IV. Die Kanzlei (das ist Hofkanzlei für die politischen Angelegenheiten) hat gleichfalls ihre Erledigungen deutsch und böhmisch mit Rücksicht auf die Nationalität der Partei (nach Stand, Kreis, Person) hinauszugeben. E. XV. Kaufschillingsberechnungen in Exekutionsfällen sind in der Sprache der Mehrheit der Gläubiger abzufassen. F. XLVI. und F. LXXI. Das Kammerrecht und das Hof- und Lehenrecht werden in eine deutsche und eine böhmische Abtheilung getheilt. J. VI. Von nun an haben die Eintragungen in die Landtafel nach Wahl der Partei in deutscher und böhmischer Sprache zu erfolgen.

Die erneuerte Landesordnung vom Jahre 1627 (nebst den Nachtragsdeklaratorien vom Jahre 1644) wurde, was das in derselben ausgesprochene Princip der vollsten Gleichheit beider Landessprachen anbelangt, seither bis jetzt durch keinerlei gesetzliche Bestimmung abgeändert. Die (vom 1. Jänner 1782 an in Geltung gestandene) allgemeine Gerichtsordnung vom 1. Mai 1781 bestimmt im § 13, dass beide Streittheile in ihren Reden sich der landesüblichen Sprache zu bedienen haben. Laut der Resolution vom 14. Juni 1784 Nr. 306 I. G.-S. lit. t) „stand den Parteien bevor zu fordern, dass ihre mündlichen Nothdurften von Wort zu Wort in das Protokol eingetragen werden“. In der Gerichtsinstruktion (Patent vom 9. September 1785, Nr. 464 I. G.-S.) ist verordnet, dass in

den Referaten die Parteienbitten „von Wort zu Wort“ anzuführen, die von den Parteien vorgelegten Urkunden bei der Berathung „nach ihrem ganzen Inhalte“ vorzulesen sind. Mit Hofdekret vom 30. November 1787, Nr. 750 I. G.-S., wurde allen Appellationsgerichten verordnet, darauf zu sehen, dass alle Magistratsvorstände und Räthe der in ihrem Gerichtsbezirke üblichen Landessprache mächtig seien. Mit Hofdekret vom 22. December 1835 Nr. 109 I. G.-S. wurde zufolge allerhöchster Entschliessung vom 27. April 1835 allen Appellations-Gerichten bedeutet, dass „die Parteien gehalten sind, allen nicht in der Gerichtssprache oder in einer der Landessprachen ausgestellten Urkunden, wovon in oder ausser Streitsachen bei Gericht Gebrauch gemacht werden soll, beglaubigte Uebersezzungen in die Gerichtssprache oder in eine der Landessprachen beizulegen“. Mit Hofdekret vom 16. Jänner 1835, Nr. 2682 I. G.-S. wurde zufolge allerhöchster Entschliessung vom 8. Jänner 1835 angeordnet, dass die „Kriminalaktuare bei den verschiedenen Gerichtsstellen, damit sie ihrer Bestimmung und der Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten vollständig entsprechen können, nebst den sonst erforderlichen Eigenschaften der Sprache des Landes vollkommen kundig sein sollen, in welchem sie ihre Anstellung als Aktuare erhalten, wovon sich jederzeit die Ueberzeugung zu verschaffen ist, bevor ein Individium zu einer derlei Stelle ernannt wird. Deshalb ist bei der Konkursausschreibung zu Krimialaktuarstellen stets unter den auszuweisenden Erfordernissen die volle Kenntniss der Landessprache anzuführen“.

In dem an das böhmische Appellationsgericht zufolge allerhöchster Entschliessung vom 24. Oktober 1840 ergangenen Hofdekrete vom 4. Oktober 1840, Nr. 474 I. G.-S. erscheint ausgesprochen, dass für Advokatenstellen auf dem Lande in Böhmen die vollkommene Kenntniss der böhmischen Sprache erforderlich ist. Mit Gubernialdekret vom 11. Oktober 1816 (Prov.-Gesetzsammlung I., Seite 532) wurden zufolge Dekret der Studien-Hofkommission vom 23. August 1816 die Kreishauptleute und k. k. Studiendirektorate angewiesen. Anfangs eines jeden Schuljahres in den

philosophischen und juridischen Studienanstalten bekannt zu machen, dass bei Aufnahme zu den politischen Stellen der böhmischen Länder den der böhmischen Sprache mächtigen Studirenden bei gleichen anderen Fähigkeiten der Vorzug gegeben werde. Zufolge Hofkanzleidekret vom 26. Feber 1818 (Prov.-Ges.-Samml. III. S. 122) haben Seine Majestät mit allerhöchster Entschliessung vom 13. Feber 1818 „neuerdings anzuordnen geruht, bei Anstellungen bei Kreisämtern darauf zu sehen, dass die Beamten die Sprache des Landes oder der Gegend, in der sie angestellt werden, vollkommen besitzen“. Zufolge Hofkanzleidekret vom 27. Jänner 1833 (Prov.-Ges.-Samml. XV. S. 56) wurde der Hofkanzlei mit allerhöchster Entschliessung vom 21. Jänner 1833 „der Auftrag ertheilt, den Länderstellen zur Pflicht zu machen, dass für die Kreishauptmanns- und Kreis-Kommissärsstellen nur solche Individuen in Vorschlag gebracht werden, die sich im Besitze der vollständigen Kenntniss der Sprache des Landes und des Kreises, in welche sie zur Dienstleistung berufen werden, befinden“.

Zufolge Hofkanzlei-Präsidialschreibens vom 15. December 1834 (Prov.-Gesetzsammlung XVII., Seite 22) „haben Seine Majestät aus Anlass eines eingetretenen Falles mündlich den strengen allerhöchsten Willen auszusprechen geruht, dass die kreisämtlichen Beamten, welche die Bestimmung haben, mit den Landeseinwohnern unmittelbar zu verhandeln, die volle und genaue Kenntniss der Landessprache besitzen müssen und dass in dieser Beziehung bei Personalvorschlägen sich durchaus nicht auf blosse Angaben zu verlassen sei, sondern dass von dem unmittelbaren Vorgesetzten die bestimmte Versicherung vorliegen müsse, dass die Behauptung wegen vollkommener Kenntniss der Landessprache auch richtig sei“. Infolge allerhöchsten Kabinetschreibens vom 8. April 1848 wurde mit Ministerialdekret vom 15. April 1848, Z. 21415 (Böhmische Prov. Gesetzsammlung Band XXX., Absatz 9) wörtlich ausgesprochen, dass von nun an in Böhmen alle öffentlichen Aemter und Gerichtsbehörden nur durch Individuen besetzt werden sollen, welche beider Landessprachen kundig sind. Auf Grund aller-

höchsten Kabinetschreibens hat das böhmische Appellationsgericht mit Genehmigung des Justizministeriums vom 22. Mai 1848, Nr. 721, eine Verordnung vom 30. Mai 1848, Nr. 9535 (Prov. Gesetzsammlung XXX., Absatz 1, Seite 261) erlassen, wonach Jedermann bei Gericht deutsch oder böhmisch einschreiten kann, und sich das Protokoll und die Erledigung nach dieser Sprache zu richten habe.

Mit Erlass des Justizministeriums vom 23. Mai 1852, Z. 11815, wurde dem Oberlandesgerichte und der Oberstaatsanwaltschaft in Prag bedeutet, dass im Strafverfahren, falls der Angeklagte nur der böhmischen Sprache mächtig ist, alle Eingaben der Staatsanwaltschaft inclusive der Anklage in böhmischer Sprache zu überreichen, die Vernehmung des Angeklagten, sowie der blos der böhmischen Sprache mächtigen Zeugen und Sachverständigen in böhmischer Sprache zu Protokoll zu bringen, alle gerichtlichen Entscheidungen in böhmischer Sprache zu erlassen sind und die Hauptverhandlung in dieser Sprache zu pflegen ist, dass aber abgesehen hievon im Strafverfahren sich der deutschen Sprache zu bedienen ist, „welche überhaupt als die Sprache des inneren Dienstes die Regel zu bilden hat." Mit Erlass des Justizministeriums vom 4. März 1856, Z. 4749, wurde dem Oberlandesgerichte in Prag bedeutet, dass, da „nach dem gesetzlich bestehenden Grundsatze im inneren Geschäftsverkehre der k. k. Gerichte nur die deutsche Sprache als Geschäftssprache zu gelten hat", unbeschadet der im § 257 der Strafprocessordnung enthaltenen Bestimmungen rücksichtlich der Beurkundung der Vorgänge der mündlichen Schlussverhandlung und mit vollkommener Aufrechthaltung des Ministerialerlasses vom 23. Mai 1852, Z. 11815 (im Vorstehenden), in allen künftigen Fällen die über die mündlichen Schlussverhandlungen in Strafsachen aufzunehmenden Protokolle lediglich in der deutschen Sprache zu verfassen sind, soweit es sich nicht um die Protokollirung der Aussagen des Angeklagten, der Zeugen und Sachverständigen in jener Landessprache, in welcher sie abgegeben worden sind, oder um jene Stellen handelt, welche in ihrer wörtlichen Fassung fest-

gestellt werden müssen. Mit Erlass des Justizministeriums vom 31. März 1856, Z. 6742, wurde dem Prager Oberlandesgerichte verordnet, die vorstehende Weisung vom 4. März 1856, Z. 4749, auch den Bezirksgerichten zur Richtschnur im Verfahren über Uebertretungen (betreffs der Sprache des Schlussverhandlungsprotokolles) bekannt zu geben. Im kaiserlichen Patente vom 9. August 1854, Nr. 208 des Reichsgesetzblattes, über das ausserstrittige Verfahren wurde (§ 4) vorgeschrieben, dass „schriftliche Gesuche in einer bei Gericht üblichen Sprache geschrieben sein müssen“.

Mit Erlass des Justizministeriums vom 10. Jänner 1864, Z. 617, ai 1863 praes. wurde verordnet, und zwar den Oberlandesgerichten in Prag und Brünn: 1. dass die oberlandesgerichtlichen Entscheidungen in jenen Fällen, wo die Verhandlung in erster Instanz in einer anderen als der deutschen Sprache geführt wurde, vom Oberlandesgerichte nicht nur in der deutschen, sondern auch in derjenigen Sprache, in welcher die Verhandlung in erster Instanz stattfand, hinauszugeben sind; 2. dass bei den in zwei Sprachen zu erfolgenden Ausfertigungen der Entscheidungen auf der einen Papierspalte der Text in der deutschen und auf der anderen Spalte in der Sprache, in welcher die Verhandlung geführt wurde, auszufertigen und die allfälligen Verfügungen und Bemerkungen an die Gerichte am Schlusse des deutschen Textes beizufügen oder dieselben mit einer besonderen Ausfertigung hinauszugeben sind; 3. dass die Entscheidungen jedenfalls, die Entscheidungsgründe aber in allen Fällen, in welchen sie den Parteien von Amtswegen auszufertigen und in beiden Sprachen hinauszugeben sind und es nur in jenen Fällen, in denen die Hinausgabe der Entscheidungsgründe nicht von Amtswegen, sondern blos auf Anmelden der Parteien stattfindet, zulässig sei, den Parteien, wenn sie die Hinausgabe nur in einer Sprache verlangen, selbe auch nur in dieser Sprache zu ertheilen. 4. Das über Eingaben, die beim Oberlandesgerichte in einer anderen als der deutschen Sprache überreicht werden und über welche ohne vorausgegangene Verhandlung ein Bescheid er-

theilt wird, der unmittelbar an die Partei ergeht, derselbe in der Sprache der Eingabe, wenn er aber mittelst des ersten Richters erfolgen soll, an denselben in deutscher Sprache und dem ersten Richter aufzutragen sei, die Partei in der Sprache der Eingabe zu verständigen. Die Notariatsurkunden sind in der im Sprengel des Notars üblichen Landessprache aufzunehmen.

Es folgte die Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz vom 19. April 1880 (L.-G.-Bl. für Böhmen Stück V., ausgegeben am 13. Mai 1880), betreffend den Gebrauch der Landessprachen im Verkehre der politischen, gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden in Königreich Böhmen und in Mähren mit den Parteien und autonomen Organen. Diese Verordnung bestimmte: § 1. Die politischen, Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden im Lande sind verpflichtet, die an die Parteien über deren mündliche Anbringen oder schriftliche Eingaben ergehenden Erledigungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, in welcher das mündliche Anbringen vorgebracht wurde oder die Eingabe abgefasst ist. § 2. Protokollarische Erklärungen der Parteien sind in jener der beiden Landessprachen aufzunehmen, in welcher die Erklärung abgegeben wird. § 3. Urkunden oder andere Schriftstücke, welche in einer der beiden Landessprachen abgefasst sind und als Beilagen, Behelfe oder sonst zum amtlichen Gebrauche beigebracht werden, bedürfen keiner Uebersetzung. § 4. Die nicht über Einschreiten der Parteien erfolgenden behördlichen Ausfertigungen haben in jener der beiden Landessprachen zu erfolgen, die von der Person, an welche die Ausfertigung gerichtet ist, gesprochen wird. Ist die Sprache, deren sich die Partei bediente, nicht bekannt oder ist sie keiner der beiden Landessprachen, so ist jene der Landessprachen zu gebrauchen, deren Verständniss nach Beschaffenheit des Falles, wie insbesondere nach dem Aufenthaltsorte der Partei vorausgesetzt werden kann. § 5. Die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 gelten auch rücksichtlich der Gemeinden in jenen Angelegenheiten, in denen sie als Parteien anzusehen sind. § 6. Alle

amtlichen Bekanntmachungen, welche zur allgemeinen Kenntniss im Lande bestimmt sind, haben in beiden Landessprachen zu ergehen. Lediglich für einzelne Bezirke oder Gemeinden bestimmte amtliche Bekanntmachungen haben in den Landessprachen zu erfolgen, welche in den betreffenden Bezirken oder Gemeinden üblich sind. § 7. Aussagen von Zeugen sind in jener Landessprache aufzunehmen, in welcher dieselben abgegeben worden sind. § 8. In strafgerichtlichen Angelegenheiten sind die Anklageschrift, sowie überhaupt die dem Angeschuldigten zuzustellenden Anträge, Erkenntnisse und Beschlüsse für denselben in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, deren er sich bedient. In dieser Sprache ist auch die Hauptverhandlung zu pflegen und sind in derselben insbesondere die Vorträge des Staatsanwaltes und des Vertheidigers zu halten und die Erkenntnisse und Beschlüsse zu verkünden.

Von den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes darf nur insoferne abgegangen werden, als dieselben mit Rüchsicht auf ausnahmsweise Verhältnisse, insbesondere mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Geschwornenbank unausführbar sind, oder der Angeschuldigte selbst den Gebrauch der anderen Landessprache begehrt.

Bei Hauptverhandlungen gegen mehrere Angeschuldigte, welche sich nicht derselben Landessprache bedienen, ist die Hauptverhandlung in jener Landessprache abzuhalten, welche das Gericht für den Zweck der Hauptverhandlung entsprechender erachtet. In allen Fällen sind die Aussagen der Angeschuldigten und der Zeugen in der von ihnen gebrauchten Landessprache aufzunehmen und die Erkenntnisse und Beschlüsse jedem Angeschuldigten in dieser Sprache zu verkünden und auf Verlangen auszufertigen. § 9. In bürgerlichen Rechtsstreiten ist das Erkenntniss sammt Gründen in jener Landessprache auszufertigen, in welcher der Rechtsstreit verhandelt wurde. Haben sich die Parteien nicht derselben Landessprache bedient, so hat, falls nicht ein Einverständniss vorliegt, dass das Erkenntniss sammt Gründen nur in einer der Landessprachen ausgefertigt werde, die Ausferti-

gung in beiden Landessprachen zu erfolgen. § 10. Die Eintragung in die öffentlichen Bücher (Landtafel, Bergbuch, Grundbuch, Wasserbuch u. s. w.), dann in die Handelsfirmen-, Genossenschafts- und andere öffentliche Register sind in der Sprache des mündlichen oder schriftlichen Ansuchens, beziehungsweise des Bescheides, auf dessen Grund sie erfolgen, zu vollziehen. In derselben Sprache sind die Intabulationsklauseln den Urkunden beizusetzen. Bei Auszügen aus diesen Büchern und Registern ist die Sprache der Eintragung beizubehalten. § 11. Der Verkehr der politischen, gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Behörden mit den autonomen Organen richtet sich nach der Geschäftssprache, deren sich dieselben bekanntermassen bedienen.

Der Verkehr mit den Gemeindebehörden, welche die Funktionen der politischen Bezirksbehörde ausüben, wird hiedurch nicht berührt. Gegen diese eben wörtlich angeführte sogenannte Sprachenverordnung machte sich eine starke politische und nationale Agitation geltend. Auch kam es vor, dass einzelne deutsche Gerichte böhmische Eingaben mit Hinweis darauf, dass die böhmische Sprache in dem betreffenden Bezirke nicht landes-, respektive gerichtsüblich sei (§ 13 A. G.-O. und § 4 des kaiserlichen Patentes vom 9. August 1854, Nr. 208 R.-G.-Bl.), zurückwiesen. Während das Prager Oberlandesgericht über Rekurs in diesen Fällen konsequent die aufrechte Erledigung der böhmischen Eingaben mit der Begründung, dass in ganz Böhmen die deutsche und böhmische Sprache als Landessprachen gelten, verordnete, entschied über Revisionsrekurs der Oberste Gerichtshof anfangs in mehreren Fällen, dass in solchen deutschen Gerichtsbezirken blos die deutsche Sprache landesüblich sei und deshalb die Zurückweisung böhmischer Eingaben mit Recht erfolgte. Später änderte jedoch der Oberste Gerichtshof die Judikatur dahin ab, dass auch für deutsche Gerichtsbezirke die böhmische Sprache als Landessprache (landes- respektive gerichtsüblich) in Betracht zu kommen habe und demgemäss jede böhmische Eingabe als böhmisch zu erledigen sei.

Mit Erlass des Justizministeriums vom 30. September 1886, Z. 17520 (Justizmin.-Vgsbl. vom Jahre 1886, S. 174) wurde folgende Verordnung wegen Einschränkung der Uebersetzungen von an die Parteien hinauszugebenden Erledigungen beim Oberlandesgerichte in Prag an dieses Oberlandesgericht erlassen: Um die beim Oberlandesgerichte vorkommenden sehr zahlreichen Uebersetzungen obergerichtlicher Erledigungen auf das unvermeidliche Mass zu beschränken, finde ich anzuordnen, dass vom 1. Jänner 1887 angefangen beim Oberlandesgerichte in allen Fällen, in welchen die Erledigung nur in einer der beiden Landessprachen hinauszugeben ist, schon in den Anträgen der Referenten die Entwürfe der Erledigungen und deren an die Parteien hinauszugebende Begründung in jener Sprache abgefasst und ebenso die etwa gegen den Antrag des Referenten beschlossenen Erledigungen in jener Sprache festgestellt werden, in welcher dieselben nach den bestehenden Vorschriften den Parteien zuzukommen haben. Hat die Erledigung nach den bestehenden Vorschriften in beiden Landessprachen zu ergehen, so bleibt es vorläufig bei der bestehenden Uebung der Uebersetzung, welche aber immer unter der Verantwortung des Referenten und des Vorsitzenden des Senates zu erfolgen hat. Pražák m. p.

Verordnung des Justizministeriums vom 3. Feber 1890, Z. 1549 (Justizmin.-Vgsbl vom Jahre 1890, Nr. 6) an das Oberlandesgerichts-Präsidium in Prag, betreffend Aenderungen in der Gerichtsorganisation im Königreiche Böhmen: Das Justizministerium beabsichtigt im Königreiche Böhmen, namentlich in den Sprengeln der Kreisgerichte Eger, Brüx, Leitmeritz, Böhm. Leipa, Reichenberg und Budweis und den angrenzenden Sprengeln eine Umgestaltung der Sprengel der Bezirksgerichte und Kreisgerichte mit Berücksichtigung der Wünsche der betheiligten Bevölkerung der territorialen, Kommunikations- und Verkehrsverhältnisse in der Weise vorzunehmen, dass soweit möglich, die Gerichtssprengel nur Gemeinden einer und derselben Nationalität umfassen. Ich ersuche das Oberlandesgerichts-Präsidium, zu diesem Zwecke bei

dem Oberlandesgerichte eine Kommission aus richterlichen Beamten der Gerichte in Prag, welche mit den lokalen und dienstlichen Verhältnissen der in Prag kommenden Gebiete vertraut sind, einzusetzen.

Nun folgen Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Vorgang der erwähnten Kommission, wonach es dann heisst: Die in Prag eingesetzte Kommission hat die Anträge der Kreisgerichte in Berathung zu ziehen und ihr Gutachten, wenn thunlich, nach Kreisgerichtssprengeln gesondert, dem Justizministerium vorzulegen. Ich kann wohl voraussetzen, dass die Kommission die Bedürfnisse und Interessen der Justizpflege stets im Auge behalten und insbesonders, wenn es sich um die Neuerrichtung von Gerichten handeln sollte, die finanziellen Rücksichten beachten und sich nur auf das Nothwendige beschränken wird. Schliesslich ersuche ich das Oberlandesgerichts-Präsidium dahin zu wirken, dass diese ganze Angelegenheit mit thunlicher Beschleunigung behandelt werde, indem es mir sehr erwünscht wäre, wenn wenigstens einzelne Theile dieses Operates in Gemässheit der Gesetze von 11. Juni 1868, Nr. 59 R.-G.-Bl. und vom 20. April 1873 Nr. 62 R.-G.-Bl. dem Landtage vor dessen nächster Session mitgetheilt werden könnten. Schönborn m. p.

Infolge dieser Verordnung wurden seitens der erwähnten sogenannten Landes-Kommission mehrere Anträge dem Justizministerium vorgelegt und sohin vom Letzteren an den böhmischen Landtag zur Begutachtung geleitet. Auf Grund des Kommissionsantrages wurde wegen Bestandes früherer Landtagsgutachten sofort ohne Abforderung einer nochmaligen Aeusserung des Landtages mit Verordnung vom 22. April 1892 das deutsche Bezirksgericht Weckelsdorf errichtet. Die angekündigte Berathung der Regierungsvorlage, betreffend die Frage der Errichtung eines Kreisgerichtes (deutsch) in Trautenau, gab im böhmischen Landtage den Anlass zu den bekannten turbulenten Scenen vom 17. Mai 1893, welche die Schliessung des Landtages zur Folge hatten. Von den Gerichten erster Instanz wurden die sämmtlichen Abgrenzungsoperate durchgeführt und der Prager

Kommission vorgelegt, welche dieselben gemäss Verfügung des Justizministeriums zum Zwecke der Berathung vorher an den böhmischen Landes-Ausschuss zur Beäusserung mittheilte, zu welcher es jedoch seither nicht mehr kam. Anbelangend die Abgrenzung der Gerichtsbezirke womöglich nach der Nationalität der Bevölkerung, so hat der Landtag des Königreiches Böhmen schon mit Resolution vom 5. December 1872 — (damals gehörte der Landtag seiner Majorität nach der deutschen Partei an) — den Wunsch ausgesprochen, dass die Bezirkssprengel soviel als möglich nach der Sprache der Gemeinden abgegrenzt werden.

Weiters wurde im Jahre 1884 vom böhmischen Landtage (Majorität damals der böhmischen Partei angehörend) folgender Beschluss gefasst: In allen Fällen, wo die Bevölkerung der einen oder anderen Nationalität in national gemischten Gerichtsbezirken das Verlangen nach einer Abgrenzung auf Grundlage der Sprachengrenze geltend macht, ist diesem Verlangen, soweit es nach Massgabe der geographischen, wirthschaftlichen und sonstigen Verhältnisse sich als thunlich erweist, durch Theilung der betreffenden Gerichtsbezirke, eventuell selbst durch Bildung neuer Gerichtsbezirke zu entsprechen. Wann immer ein solches Ansuchen an den Landes-Ausschuss gelangt, hat derselbe, diesen Grundsatz zur Richtschnur nehmend, die entsprechende Verhandlung mit den berufenen Organen entgegenkommend einzuleiten und auf Grund des Ergebnisses mit der Regierung wegen Einbringung bezüglicher Vorlagen ins Einvernehmen zu treten.

Hierüber wurde seitens der Regierung am 9. Oktober 1884 im Landtage die bereitwilligste Berücksichtigung dieses Beschlusses zugesagt.

Mit Erlass des Justizministeriums vom 3. Februar 1890, Z. 1874, wurde an das Oberlandesgerichts-Präsidium, das Oberlandesgericht und die Oberstaatsanwaltschaft in Prag und an die Präsidien der Gerichtshöfe erster Instanz in Böhmen folgende Verordnung, betreffend die Besetzung der Rathsstellen und die Behandlung der Personal- und Dis-

ciplinarangelegenheiten bei dem Oberlandesgerichte in Prag und betreffend die Besetzung der Dienststellen bei den Gerichten erster Instanz und bei den Staatsanwaltschaften in Böhmen hinausgegeben (Just.-Min.-Vgsbl. Nr. 7 vom Jahre 1890): I. In Betreff des Oberlandesgerichtes in Prag finde ich nachstehende Verfügungen zu treffen: a) Bei Besetzung der für dieses Oberlandesgericht systemisirten 41 Rathsstellen wird nur bezüglich der Zahl von 26 Stellen an dem Erfordernisse der Kenntniss der beiden Landessprachen festgehalten, in Betreff der Zahl von 15 Rathsstellen hingegen von dem Nachweise der Kenntniss der böhmischen Sprache abgesehen werden. Nach diesem Grundsatze ist sowohl bei Erstattung der Besetzungsvorschläge als auch bei der Konkursausschreibung vorzugehen, so dass in diese letztere das Erforderniss der Kenntniss der böhmischen Sprache dann nicht aufzunehmen ist, wenn es sich um die Besetzung einer in der Gruppe von 15 Rathsstellen erledigten Stelle handelt. b) Aus jeder dieser zwei Gruppen von Oberlandesgerichtsräthen ist eine ständige Kommission für Personal- und Disciplinarangelegenheiten der Gerichte im Sinne des § 28 kaiserliches Patent vom 3. Mai 1853 Nr. 81 des Reichsgesetzblattes zusammenzusetzen. In der aus der Gruppe der 26 Oberlandesgerichtsräthe hervorgegangenen Kommission sind die Personal- und Disciplinarangelegenheiten der Gerichte in den vorwiegend von Böhmen bewohnten Theilen des Landes und in der Kommission aus der Gruppe von 15 Oberlandesgerichtsräthen die Personal- und Disciplinarangelegenheiten der Gerichte in den vorwiegend von Deutschen bewohnten Landestheilen zu behandeln. In jeder dieser beiden Kommissionen sind auch die Vorschläge zur Besetzung der Oberlandesgerichtsrathsstellen zu berathen, welche in der Gruppe, aus welcher die Kommission gebildet ist, zur Erledigung kommen. c) In gleicher Weise ist aus jeder dieser beiden Gruppen von Oberlandesgerichtsräthen ein Disciplinarsenat im Sinne des § 9 des Gesetzes vom 21. Mai 1868 Nr. 46 des Reichsgesetzblattes zu bilden. Der aus der Gruppe der 26 Oberlandesgerichtsräthe ge-

bildete Senat wird über die richterlichen Beamten der Gerichte in den vorwiegend von Böhmen bewohnten Landestheilen und der aus der Gruppe der 15 Oberlandesgerichtsräthe gebildete Senat über die richtlichen Beamten der Gerichte in den vorwiegend von Deutschen bewohnten Landestheilen als Disciplinargericht zu fungieren berufen sein.

Auf Grund dieser Verordnungen konnten bei allen Gerichten in Böhmen böhmische Eingaben und böhmische Verhandlungen zugelassen werden. Am 5. April 1897 wurden die Sprachenverordnungen des Ministeriums Badeni veröffentlicht. Sie lauten für das Königreich Böhmen. § 1. Die Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden, sowie die den Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues unterstehenden Behörden im Königreiche Böhmen sind verpflichtet, die an die Parteien über deren mündliche Anbringen oder schriftliche Eingaben ergehenden Erledigungen und Entscheidungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, in welcher das mündliche Einbringen vorgebracht wurde oder die Eingabe abgefasst ist. § 2. Protokollarische Erklärungen der Parteien sind in jener der beiden Landessprachen aufzunehmen, in welcher die Erklärung abgegeben wird. § 3. Urkunden oder andere Schriftstücke, welche in einer der beiden Landessprachen abgefasst sind und als Beilagen, Behelfe oder sonst zum amtlichen Gebrauche beigebracht werden, bedürfen keiner Uebersetzung. § 4. Die nicht über Einschreiten der Parteien erfolgenden behördlichen Ausfertigungen haben in jener der beiden Landessprachen zu erfolgen, die von der Person, an welche die Ausfertigung gerichtet werden soll, gesprochen wird. Ist die Sprache, deren sich die Partei bedient, nicht bekannt, oder ist sie keine der beiden Landessprachen, so ist jene der Landessprachen zu gebrauchen, deren Verständniss nach Beschaffenheit des Falles, wie insbesondere nach dem Aufenthaltsorte der Partei vorausgesetzt werden kann. § 5. Die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 gelten auch rücksichtlich der Gemeinden und autonomen Organe im Königreiche Böhmen in jenen Ange-

legenheiten, in denen sie als Parteien anzusehen sind. § 6. Aussagen von Zeugen sind in jener Landessprache aufzunehmen, in welcher dieselben abgegeben wurden. § 7. Von den im § 1 bezeichneten Behörden ist die Sprache des mündlichen Anbringens oder der Eingabe, mit welcher eine Partei eine Sache abhängig macht, bei allen der Erledigung oder Entscheidung dieser Sache dienenden Amtshandlungen anzuwenden. Insbesondere hat bei den Gerichtshöfen die Antragstellung und Berathung im Senate in dieser Sprache zu erfolgen.

Bei Amtshandlungen, die nicht über Einschreiten einer Partei eingeleitet werden, sind nach Beschaffenheit des Gegenstandes beide Landessprachen oder eine derselben anzuwenden. Ist zum Zwecke der Erledigung der im Absatze 1 und 2 bezeichneten Angelegenheiten mit anderen landesfürstlichen, nicht militärischen Behörden im Lande schriftlicher Verkehr zu pflegen, so gelten auch für diesen Verkehr die im Absatze 1, beziehungsweise 2 gegebenen Bestimmungen.

Für die Verkehr mit Behörden ausser dem Lande und mit Centralstellen hat es bei den bestehenden Vorschriften zu verbleiben. § 8. Alle amtlichen Bekanntmachungen, welche zur allgemeinen Kenntniss im Lande bestimmt sind, haben in beiden Landessprachen zu ergehen. Lediglich für einzelne Bezirke oder Gemeinden bestimmte amtliche Bekanntmachungen haben in den Landessprachen zu erfolgen, welche in den betreffenden Bezirken oder Gemeinden üblich sind. § 9. Sind an einer Sache mehrere Parteien betheiligt, die sich in ihren mündlichen Anbringen oder Eingaben verschiedener Landessprachen bedienen, so haben die im § 1 genannten Behörden die Erledigung oder Entscheidung in beiden Landessprachen auszufertigen, falls nicht ein Einverständniss der Parteien vorliegt, dass die Ausfertigung nur in einer der beiden Landessprachen erfolgen soll. Bei den der Erledigung oder Entscheidung der Sache dienenden Amtshandlungen, die unter Mitwirkung der Parteien vorgenommen werden, ist, soweit nicht die gegenwärtige Verordnung etwas Anderes bestimmt,

die Sprache der Eingabe, nöthigenfalls in Ermangelung eines anderweitigen Einverständnisses der Parteien, auch die zweite Landessprache anzuwenden. § 10. In strafgerichtlichen Angelegenheiten sind die Anklageschrift, sowie überhaupt die den Angeschuldigten betreffenden Anträge, Erkenntnisse und Amtshandlungen in jener der beiden Landessprachen abzufassen, deren er sich bedient hat. In dieser Sprache ist auch die Hauptverhandlung zu pflegen und das Verhandlungsprotokoll zu führen und es sind in derselben insbesondere die Vorträge des Staatsanwaltes und des Vertheidigers zu halten und die Erkenntnisse und Beschlüsse zu berathen und zu verkünden.

Von den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes darf nur insoferne abgegangen werden, als dieselben mit Rücksicht auf ausnahmsweise Verhältnisse, insbesondere mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Geschwornenbank unausführbar sind oder der Angeschuldigte selbst den Gebrauch der anderen Landessprache begehrt.

Bei Hauptverhandlungen gegen mehrere Angeschuldigte, welche sich nicht derselben Landessprache bedienen, ist die Hauptverhandlung in jener Landessprache abzuhalten, welche das Gericht für den Zweck der Hauptverhandlung entsprechender erachtet.

In allen Fällen sind die Aussagen der Angeschuldigten und der Zeugen in der von ihnen gebrauchten Landessprache aufzunehmen und die Erkenntnisse und Beschlüsse jedem Angeschuldigten in dieser Sprache zu verkünden und auf Verlangen auszufertigen. § 11. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist das Protokoll über die mündliche Verhandlung in der Sprache der Verhandlung, wenn aber die Parteien nicht die gleiche Landessprache gebrauchen, in der Sprache der Klage zu führen (§ 7). Aussagen von Zeugen, Sachverständigen und Parteien, die zum Zwecke der Beweisführung vernommen werden, sind jedoch stets in der von diesen Personen bei ihrer Aussage gebrauchten Landessprache im Protokolle zu beurkunden. Das Gleiche gilt hinsichtlich der

Vorträge der Parteien und der von ihnen bei einer mündlichen Verhandlung abgegebenen Erklärungen soweit nicht das Protokoll lediglich eine zusammenfassende Darstellung des Inhaltes des mündlichen Parteivorbringens gibt. Das Gericht hat bei der mündlichen Verhandlung die Sprache zu gebrauchen, in welcher die Verhandlung von den Parteien geführt wird. Bei Betheiligung von Parteien, die sich bei der mündlichen Verhandlung verschiedener Landessprachen bedienen, hat das Gericht die Sprache des ersten Anbringens, nöthigenfalls beide Landessprachen zu gebrauchen.

Alle richterlichen Erklärungen sind in der Sprache, in der sie vom Richter abgegeben wurden und wenn die Verkündigung in beiden Landessprachen erfolgte, auf Verlangen der Parteien in beiden Landessprachen zu protokolliren. § 12. Die Eintragung in die öffentlichen Bücher (Landtafel, Bergbuch, Grundbuch, Wasserbuch, Depositenbücher u. s. w.), dann in die Handelsfirma-, Genossenschafts- und andere öffentliche Register sind in der Sprache des mündlichen oder schriftlichen Ansuchen, beziehungsweise des Bescheides, auf dessen Grund sie erfolgen, zu vollziehen. In derselben Sprache sind die Intabulationsklauseln bei Urkunden beizusetzen.

Bei Auszügen aus diesen Büchern und Registern ist die Sprache der Eintragung beizubehalten. § 13. Bei allen landesfürstlichen Kassen und Aemtern im Königreiche Böhmen, die mit Geld gebaren, hat es hinsichtlich der Führung der Kassejournale, Kasse-Ausweise und aller sonstigen Kassebehelfe, welche von den Centralorganen zur Ausübung der Kontrolle oder Zusammenstellung periodischer Nachweisungen benützt werden, bei den bestehenden sprachlichen Vorschriften zu verbleiben. Dasselbe gilt bezüglich des inneren Dienstganges und der Manipulation des Post- und Telegraphendienstes und der der Centralleitung unmittelbar unterstehenden ärarischen industriellen Etablissements, sowie für den gegenseitigen Verkehr der betreffenden Aemter und Organe.

Auf die nichtärarischen Postämter mit grösserem Geschäftsumfange finden die Bestimmungen der gegen-

wärtigen Verordnung nach Thunlichkeit Anwendung. § 14. Der Verkehr der im § 1 bezeichneten Behörden mit den autonomen Organen richtet sich nach der Geschäftssprache, deren sich dieselben bekanntermassen bedienen. § 15. Die Geltung der Dienstsprache der militärischen Behörden und der Gendarmerie für den Verkehr mit denselben und für deren dienstlichen Anforderungen wird durch diese Verordnung in keiner Weise berührt. § 16. Die gegenwärtige Verordnung tritt am Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Am gleichen Tage verlieren alle in früheren Verordnungen enthaltenen Bestimmungen, die mit den Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung im Wiederspruche stehen, ihre Kraft.

Mit der Verordnung vom nämlichen Tage (wie die vorstehende, das ist vom 5. April 1897, L.-G.-Bl. Nr. 13) für Böhmen, wurde hinsichtlich der sprachlichen Qualifikation der bei der Behörden im Königreiche Böhmen angestellten Beamten verfügt: § 1. Beamte, die bei den Gerichts- und staatsanwaltschaftlichen Behörden, sowie bei denjenigen Behörden im Königreiche Böhmen, welche den Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues unterstehen, nach dem 1. Juli 1901 angestellt werden, haben die Kenntniss beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen. § 2. Dieser Nachweis ist entweder gelegentlich der für den betreffenden Dienstzweig vorgeschriebenen praktischen Prüfung oder bei einer hiefür eigens anzuberaumenden Prüfung, der sich der Beamte spätestens drei Jahre nach seinem Dienstantritte zu unterziehen hat, zu erbringen. Letztere Prüfung kann Manipulationsbeamten nachgesehen werden, wenn deren sprachliche Eignung während ihrer probeweisen Verwendung nachgewiesen wird. Die näheren Bestimmungen über die Vornahme dieser Prüfungen werden im Wege einer besonderen Verordnung getroffen werden. Unteroffizieren, die mit Certifikats versehen und nach Böhmen zuständig sind, kann in besonders rücksichtswürdigen Fällen der Nachweis der sprachlichen Eignung vom Ressortminister erlassen werden. § 3. Unbeschadet dieser Bestim-

mungen ist schon dermalen nach Thunlichkeit und Zulass des Dienstes Vorsorge zu treffen, dass in jenen Zweigen des Staatsdienstes, für welche die Verordnung vom 5. April 1897, betreffend den Gebrauch der Landessprachen bei den Behörden mit sprachkundigen Beamten nach Mass des thatsächlichen Bedürfnisses besetzt werden.

Nach der Veröffentlichung dieser gewiss gerechten Sprachen-Gesetze des Ministerium Badeni wurde nun der bekannte grosse Krieg der Alldeutschen und der Deutschnationalen, denen sich sogar die Partei Dr. Lueger's anschloss, gegen Oesterreich und seine angebliche Slavisirung begonnen. Hier beginnt der Siegeszug Wolf's und Schönerer's, hier der Schlachtruf: Los von Rom. Nachdem gewisse Hofräthe in Wien vor Wolf und Schönerer wilde Flucht ergriffen und vor dem alldeutschen Sturm eiligst die Staatsfahne strichen, erliess am 24. Februar 1898 das Ministerium Gautsch neue Sprachenverordnungen und nach diesem Ministerium steuert das Ministerium des Dr. Körber vollständig im Fahrwasser der Alldeutschen. Sein Ziel ist, Oesterreich muss die Hegemonie der Deutschen haben, die Slaven müssen sich beugen. Treu zu Dr. Körber halten auch andere Minister, wie der Justizminister Spens-Booden, der Eisenbahnminister Dr. Wittek, Finanzminister Böhm-Bawerk, und der ganze Staatsapparat. Eilfahrt nach Berlin. Alle Auslagen dazu werden von den österreichischen Steuerzahlern getragen. Zur Abwehr gegen die Badenischen Sprachenverordnungen haben sich sämmtliche deutsche Parteien vereint mit Ausnahme der katholischen Abgeordneten aus den Alpenländern und haben die Hegemonie der Deutschen in Oesterreich in einer Magna Charta abgefasst und am 21. Mai 1899 als Pfingstprogramm der Oeffentlichkeit übergeben.

Die politischen Forderungen der Deutschen in Oesterreich. Die deutsch-oppositionellen Parteien im Abgeordnetenhause, und zwar: die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Fortschrittspartei, die Vereinigung der Verfassungstreuen Grossgrundbesitzer, die Christlich-sociale Vereinigung, haben sich auf nachstehende politische Forderungen geeinigt:

I. Allgemeine national-politische Forderungen.

1. Die planmässige Zurückdrängung und die immer weitergreifende Demüthigung des deutschen Volksstammes in Oesterreich machen es uns zum Pflicht, unsere national-politischen Forderungen festzustellen, um für dieselben gemeinsam einzutreten.

2. Die Grundlagen für die Beilegung des nationalen Streites in Oesterreich, den zu beseitigen wir lebhaft wünschen, können nur gewonnen werden durch die Anerkennung jener Stellung der Deutschen, welche sich dieselben seit vielen Jahrhunderten errungen haben und deren Behauptung ein Grundpfeiler für die Zukunft dieses Staates ist. Wir verlangen deswegen an erster Stelle den Bruch mit einem seit Jahrzehnten befolgten Systeme: die Ansprüche aller anderen Nationalitäten auf Kosten der Deutschen zu befriedigen. 3. Unter Abweisung aller staatsrechtlichen Bestrebungen anderer Nationalitäten und Parteien halten wir an der Verfassung, sowie an dem Einheitsstaate fest und fordern, dass dieser Staat (die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder) die Gesammtbezeichnung Oesterreich erhalte. 4. Der § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung, dessen Anwendung gegen Wort und Geist in der letzten Zeit wiederholt stattgefunden hat, ist zu beseitigen. Nur für wirkliche Nothfälle ist durch eine genaue Bestimmung Vorsorge zu treffen. 5. Die Verdrängung der Deutschen, sowie der Sprachenkampf kann nicht ohne Rückwirkung auf den geistigen Zusammenhalt und die Schlagfertigkeit der Armee bleiben. Wir halten es daher für unbedingt geboten, dass die deutsche Armeesprache besser und zweckbewusster gepflegt wird. 6. Angesichts der autonomen Sonderstellung, welche Galizien bezüglich seiner nationalen Angelegenheiten thatsächlich einnimmt, befestigt und verbreitet sich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, dass der Grundsatz der Gegenseitigkeit zur Durchführung komme, und verlangen wir, dass die Deutschen in Oesterreich vor ungerechtfertigter Beeinflussung ihres nationalen Lebens sichergestellt werden. 7. Unsere

Beziehungen zu Ungarn, die sich keineswegs im ursprünglichen Geiste der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867 weiter entwickelt haben, bedürfen der Neuordnung.

Sie kann gelingen und zum Wohle beider Theile und der Monarchie im Ganzen führen, wenn der Grundsatz: dass gleichen Rechten gleiche Pflichten gegenüberstehen, befolgt und ein dauernder Zustand geschaffen wird, der eine ungestörte gedeihliche wirthschaftliche Entwicklung ermöglicht. 8. An dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche, das der Monarchie die Erhaltung des Friedens sichert, soll unverbrüchlich festgehalten werden, im Interesse der wirthschaftlichen Entwicklung des Reiches eine regere Betheiligung im Weltverkehre angebahnt und zum Zwecke der Erhaltung des wirthschaftlichen Gleichgewichtes und zum Schutze der einheimischen Produktion gegenüber überseeischer Konkurrenz ein engerer Zusammenschluss der westländischen Staaten Europas angestrebt werden. Hand in Hand mit dem Bündnisse mit dem Deutchen Reiche muss für uns Deutsche in Oesterreich die Pflege des grossen geistigen Zusammenhanges mit Deutschland auf allen Gebieten des kulturellen und wirthschaftlichen Fortschrittes, besonders auch bezüglich des Hochschulwesens sichergestellt werden. 9. Wir stellen kein Gesammtprogramm auf für die Regierung dieses Staates; durch den Druck der Verhältnisse gezwungen, bestellen wir nur unser eigenes Haus. Die Sicherung unserer Stellung ist aus nationalen Gründen jedoch auch deswegen nothwendig, damit die politischen und wirthschaftlichen Interessen eine entsprechende Förderung erhalten können. Was wir fordern, ist ein Mindestmass, weil es sich lediglich darauf stützt, was besteht und was zur Erhaltung unserer Nationalität in Oesterreich unbedingt nothwendig ist. Aber innig verknüpft mit dem Schicksale der Deutschen in Oesterreich ist das Schicksal Oesterreich selbst, und wer den Blick auf das Ganze richtet, muss für unsere Forderungen noch andere, aus dem innersten Wesen dieses Staates geschöpfte Gründe den unsrigen hinzufügen.

Allgemeine Grundsätze für die Regelung der Sprachenfrage.

Die Herstellung eines Rechtzustandes in Sprachensachen ist eine unerlässliche und unaufschiebbare Bedingung für das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in Oesterreich, sowie für die Sicherung geordneter Zustände.

Zu diesem Zwecke sind alle bisherigen Verordnungen, Erlässe und Instruktionen in Sprachensachen ausnahmslos aufzuheben und ist das Geltungsgebiet einer allgemeinen Vermittlungssprache, sowie der inneren und äusseren Amtsprachen der staatlichen und der autonomen Behörden in den verschiedenen Theilen des Reiches gesetzlich festzustellen. Es ergeben sich einerseits allgemeine Grundsätze für die Geltung der Vermittlungssprache, anderseits, und zwar bedingt durch die Verschiebbarkeit der Verhältnisse, besondere Grundsätze für die Regelung der Sprachenfrage in den einzelnen Ländern. Es wird die Reichsgesetzgebung für die Regelung der vorligenden Frage bei den Staatsbehörden, die Landesgesetzgebung für die Regelung derselben bei den autonomen Behörden nach Massgabe der für die einzelnen Länder aufgestellten Forderungen und innerhalb des durch die Reichsgesetzgebung festzustellenden Geltungsumfanges der deutschen Sprache als Vermittlungssprache einzutreten haben. Die nachstehenden Festsetzungen beruhen auf genauer Erforschung der Stellung, welche die deutsche Sprache im nationalen, wie im staatlichen Interesse in Oesterreich beansprucht. Sie sind als ein untrennbares Ganze anzusehen.

Die Vermittlungssprache des Reiches.

1. Die allgemeine Vermittlungssprache in Oesterreich ist die deutsche Sprache. Sie ist die Sprache des Reichsrathes, sowie aller sich auf die Geschäfte desselben beziehenden Staatsakte, die Sprache der Ministerien, der Obersten Gerichtshöfe und aller übrigen Centralbehörden. Die öffentlichen mündlichen Verhandlungen bei dem Obersten Gerichtshofe werden in der Vermittlungssprache geführt. Die dieser Sprache nicht mächtigen Parteien sind durch Dolmetsche zu

vernehmen. Der Amtsverkehr zwischen den genannten Centralstellen und allen staatlichen Behörden geschieht in der deutschen Vermittlungssprache, die Erledigungen und Ausfertigungen derselben sind in dieser Sprache herauszugeben. Der gesetzlich festgesetzte sprachliche Geschäftsumfang des Obersten Gerichtshofes bleibt unberührt. Die Geltung der allgemeinen Vermittlungssprache ist ferner für gewisse Verwaltungszweige, wie die Agenden der Behörden in Militärangelegenheiten, für das Rechnungswesen, für den Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst der Natur dieser Verwaltungszweige entsprechend durchgreifend festzustellen.

Ueber die Lösung des Sprachenstreites hat der Landesmarschall des Königreiches Böhmen Fürst Georg Lobkowicz am 2. März 1901 folgende Anschauungen ausgesprochen: Ich habe mir ernstlich vorgenommen, sagt Redner, in dieser Beziehung nichts zu sagen, was etwa nach irgend einer Seite aufregend oder verletzend wirken könnte. Denn es ist, glaube ich, nicht angezeigt, in diesem Augenblicke in irgend einer Weise noch mehr Oel ins Feuer zu giessen. (Zustimmung.) Ich unterlasse deshalb auch die Besprechung einer ganzen Reihe von Theilen dieser grossen Frage, und das schon aus dem Grunde, weil ja in der Thronrede eigentlich nur ein ganz kleiner Theil dieses grossen Gebietes berührt erscheint und weil ich es für zweckmässiger halte, meine persönlichen Meinungen in Bezug auf diese Fragen für den Zeitpunkt vorzubehalten, wenn es etwa dazu kommen wird, dass die von mancher Seite für eine Panakee gehaltene legislative Regelung dieser Frage wird in Angriff genommen werden. Ich beschränke mich hier nur auf Eines, und zwar um gewissen Wünschen und Bedenken, welche mir in dieser Richtung mitgetheilt worden sind bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen. Wenn es zu dieser legislativen Regelung kommen wird, so dürfte es meiner Ansicht nach sich allerdings nicht empfehlen, etwa die Dinge durch ein einziges grosses Sprachengesetz regeln zu wollen. Es gibt grosse und wichtige Theile der Sprachenfrage, welche durch die Gesetzgebung geregelt werden können;

allein, ob die einzelnen Punkte dieser Frage der Reichsgesetzgebung, ob sie der Landesgesetzgebung zugehören oder ob sie etwa im Verordnungswege zu regeln sind, scheint mir, hängt nicht so sehr davon ab, dass es sich eben um die grosse Sprachenfrage handelt, als vielmehr davon, wem die Kompetenz darüber zusteht, über diejenigen Gebiete legislativ oder im Verordnungswege zu entscheiden, bezüglich welcher es sich im konkreten Falle um die Frage der Regelung der Sprache handelt.

Wenn man in den bezüglichen Passus der Adresse unter den „thatsächlichen Verhältnissen“ diejenigen in diesem Augenblicke bestehenden Bestimmungen versteht, welche thatsächlich zur Ausführung gelangen, dann glaube ich nicht, dass eine gesetzliche Feststellung solcher Verhältnisse irgendwie zur Beruhigung der Gemüther beitragen werde. Man kann daher diesem Passus der Adresse nur dann zustimmen, wenn man unter den thatsächlichen Verhältnissen, welche im Wege der Gesetzgebung anerkannt werden sollen, diejenigen Umstände versteht, welche bei richtiger und ruhiger Erwägung aller nationalen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern sich als thatsächliche und nicht etwa nur als doktrinär aufgestellte darstellen werden. In diesem Sinne kann man vielleicht diesem Passus zustimmen. Ich halte aber die Diskussion darüber, ob und wie das wird geschehen können, heute deshalb für vollkommen gegenstandslos, weil doch nicht in Aussicht zu nehmen ist, dass in naher Zeit überhaupt an die legislative Regelung dieser Verhältnisse wird herangetreten werden können. Ich beschränke mich daher auf den Punkt, welcher in der Thronrede erwähnt wurde, und auf welchen die Adresse reagirt hat. Ich leugne nicht, dass von Seite der Verfasser der Adresse die Stylisirung mit grossem Geschicke und grosser Vorsicht gewählt worden ist, ja ich kann die Meinung nicht unterdrücken, dass in der Beziehung die Fassung der Adresse den Verhältnissen mehr entspricht, als die Fassung, welche von Seite der Rathgeber der Krone in der Thronrede zum Ausdrucke gekommen ist. Ich, und ich glaube mit mir eine grosse Anzahl der Mitglieder des Hauses,

hat es schmerzlich empfunden, dass in der Thronrede die Sprachenfrage erwähnt worden ist, ohne dass der Grundsatz der Gleichberechtigung in gleicher Weise zum Ausdrucke gekommen wäre. Dem gegenüber erkenne ich an, dass in der Adresse diese Frage richtiger behandelt worden ist. Denn dort ist der Grundsatz der Gleichberechtigung wenigstens klar und als eine der wesentlichsten Bedingungen der Ordnung dieser Fragen zum Ausdrucke gebracht.

Wenn ich nun den betreffenden Passus der Adresse näher ins Auge fasse, so finde ich hier eben schon einen jener Punkte, welchem von verschiedenen Seiten vielleicht aus verschiedenen Gründen zugestimmt werden kann. Ich betone das Wort „kann". Von vielen Mitgliedern dieses Hauses wird dem vielleicht eine wesentliche Bedeutung beigemessen, dass in dem Texte der Adresse von einer Sprache die Rede ist. Sie ist nicht näher bezeichnet, aber welche es sein solle, darüber ist ja Niemand im Zweifel. Für uns gerade hat dieser selbe Satz nur dadurch einen gewissen Werth, dass darin ausgesprochen ist, dass diese eine Sprache in den höchsten Sphären der Administration nur dort zu gebrauchen sei, wo eine Verständigung erforderlich und nur durch den Gebrauch einer Sprache möglich ist. Dar Wort „nur" ist für uns bedeutungsvoll. Darüber, wann diese Bedingungen vorhanden sind, werden wohl noch geraume Zeit verschiedene Ansichten möglich sein. Ich und viele meiner Freunde sind der Ansicht, dass heute in vielen Fällen diese eine Sprache gebraucht wird, wo die Bedingungen, wie sie in der Adresse angegeben sind, nicht vorhanden sind. Selbstverständlich gibt es keinen ernsten Politiker, der nicht die Armeesprache als ein noli me tangere betrachten würde. Es ist vollkommen natürlich, dass bei den Centralbehörden die deutsche Sprache — um dieses Wort zu gebrauchen, um welches wir ja nicht streiten — in vorwiegender Weise zur Anwendung kommt. Allein daraus zu folgern, dass in allen jenen Sphären, in allen jenen Punkten, wo diese Sprache gegenwärtig zur Anwendung kommt, sie auch dauernd als die einzig anwendbare Sprache in Geltung bleiben solle, ist eine Ansicht, der wir

allerdings nicht zustimmen können. Wir sind vielmehr der Meinung, dass es eine ganze Reihe von Gebieten gibt, in welchen im Interesse einer guten Administration, im Interesse einer guten Justiz es vielleicht zweckmässiger wäre, auch anderen Sprachen den Eingang auch in die höheren Sphären der Verwaltung und in die höchsten Sphären der Justiz zuzugestehen. Meiner Ansicht nach soll die Administration im weitesten Sinne des Wortes überhaupt die Frage der Sprache eigentlich nur von dem Standpunkte behandeln, insoferne die Sprache eben ein Verständigungsmittel ist. Sie soll nie für die Administration oder für die Behörden ein Selbstzweck sein.

In Bezug auf die Sprache halte ich es immer für viel zweckmässiger, wenn die Behörden sich den Bedürfnissen der Bevölkerung unterordnen, als wenn sie etwa ihre eigene Bequemlichkeit für das Massgebende in dieser Sache erachten. (Bravo! Bravo! rechts.) Ich halte es allerdings auch von der anderen Seite für verfehlt, wenn von unten Forderungen gestellt werden, die ernstlich und wirklich nicht erfüllt werden können. Allein ich halte es für verderblich, wenn von oben mögliche Dinge nicht gewährt werden, denn nichts fördert gerade den Sprachenzwist und Sprachenhader mehr als eine unbegründete Verweigerung erfüllbarer Forderungen.

Ich meinerseits habe die traurige Ueberzeugung, dass bis zu einem gewissen Masse innerhalb einer vielleicht nicht sehr langen Zeit im Centrum des Reiches der Parlamentarismus wird eine gewisse Einschränkung erfahren müssen, welche man von mancher Seite als ein absolutistisches Regime zu bezeichnen für nothwendig halten wird. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt — und ich fürchte, er wird eintreten — dann möchte ich eben für diesen Augenblick schon jetzt den Warnungsruf ausstossen, und ich möchte nichts sehnlicher wünschen, als dass dieser Warnungsruf nicht ungehört verhalle.

Diejenigen, welche dann in der Lage sein werden, das Staatsruder zu führen, mögen dann nicht vergessen, dass der Absolutismus eben nur ein Nothbehelf sein wird und nicht weiter gehen soll, als

wirklich die unbedingte Nothwendigkeit dafür besteht. Die Völker Oesterreichs werden es begreifen, dass, wenn das Centralparlament seiner Aufgabe absolut nicht mehr gewachsen ist, für diese Aufgaben in anderer Weise gesorgt werden muss. Sie würden es aber nicht verstehen, warum man ihnen die Mitwirkung an der Gesetzgebung dort entzieht, wo diese Mitwirkung noch weiter möglich sein wird. Es wäre meiner Ansicht nach ein verhängnissvoller Fehler, wenn man etwa deswegen, weil das Centralparlament sich selbst unmöglich gemacht hat, auch die Landtage sperren würde, oder den Landtagen nicht Gelegenheit bieten würde, ihre Thätigkeit in vollem Masse ruhig weiter zu führen. Im Gegentheile, ich bin der Ansicht, dass nur dann, wenn man den Landtagen die Bewegungsfreiheit lässt, es möglich sein wird, jene Gefahren zu verhüten, welche mit jedem Absolutismus jederzeit verknüpft sind. Die Völker sind einmal gewohnt, durch ihre Vertreter ein freies Wort zu sprechen und dieses freie Wort zu hören. Wenn sie es nicht im Centralparlamente hören können, wollen sie es wenigstens in den Landtagen hören, und nur unter dieser Voraussetzung halte ich es für denkbar, dass der leider unausweichlich nothwendige Zustand im Centrum solange erhalten bleibe, bis eine gewisse Beruhigung eintritt, und bis man auf richtigen Grundlagen an die Wiederkonstituirung des Centralparlamentes werde gehen können. Nur wenn die Landtage eine Zeit lang ruhig funktioniren, kann an eine Sanirung des Centralparlamentes gedacht werden. Ich für meine Person halte eine solche Sanirung nur mit den Landtagen und durch die Landtage für möglich. Ich glaube, dass nur auf die Weise — wie es in der Adresse heisst — ein wahrhaft organischer Ausbau der Verfassung möglich sein werde. Dann wird die Verfassung eine Einrichtung sein, welche von allen Völkern wirklich als Hort ihrer Rechte freudig begrüsst werden wird.

Lassen wir nun einmal einen Führer der Deutschen Böhmens, Dr. Eppinger, Abgeordneten und Advokaten in Niemes, reden. Er gehört der alten mächtigen liberalen deutschen Partei an. Am 16. Fe-

bruar 1902 berief dieser Führer eine Versammlung nach Böhm. Leipa ein, deren Verlauf folgender war. Ausser dem Obmanne der deutschen Fortschrittspartei, Dr. Eppinger, war auch der Reichsrathsabgeordnete dieses Bezirkes, Dr. Funke erschienen. Ausserdem waren anwesend: Der Bürgermeister Bredschneider, der frühere Landtagsabgeort. Katzwendel, Bez.-Obmann Hölzl, Staatsanwalt Götz, die Landes-Gerichtsräthe Wabe und Schuster, Realschuldirektor Walda, die Stadträthe Bilke, Sommer und Weigel, sowie der Bürgerschuldirektor Mohaupt. St.-R. Bilke eröffnete die Versammlung, indem er den Regierungsvertreter Bez.-Kom. Jindra vorstellte, und dann Dr. Eppinger und Dr. Funke willkommen hiess. (Stürmische Hoch- und Heilruf.) Der Vorsitzende betonte, dass sich die Einladung an alle Deutschen richtete, denn wenn auch die Deutschen Böhmens leider in Parteien gespalten seien, das Gebiet, das Dr. Eppinger heute in seinem Vortrage zu berühren gedenke, interessire sie doch alle gemeinsam. Sodann ergriff Dr. Eppinger das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich bin der Einlandung gern gefolgt, obzwar die innere Lage keineswegs dazu angethan ist, um darüber Bericht zu erstatten. Aber gerade in einer Zeit politischen Niederganges ist es doppelt nothwendig sachlich die uns Alle berührenden Fragen zu besprechen Schon deshalb, weil es das beste Mittel ist, der Resignation und Theilnahmslosigheit entgegenzuwirken. Denn gerade diese Theilnahmslosigkeit ist ein grösseres Uebel, als das Gerathen in falsche Bahnen. Die Formen, die das öffentliche Leben angenommen, widerstehen Manchem in innerster Seele und er denkt sich: Wenn nur die Mache, die Spekulation auf die Instinkte die ausschlaggebenden Momente sind, dann fühle ich mich angeekelt von diesem öffentlichen Leben. So denkt Mancher und es ist dies vom menschlichen Standpunkt aus begreiflich. Aber in der Politik ist dieses Denken ein grober Fehler, denn es heisst, dem Gegner das Feld räumen, ihn widerstandslos walten lassen.

Der Redner erläuterte dann kurz die immer gefährdetere Stellung der Deutschen in Böhmen. Wie

sie sich, weil sie die Gunst der Herrscher, die sie ins Land riefen, durch Kolonisation des Landes erwarben, zugleich die Missgunst des nationalen Gegners zugezogen. Die Czechen glaubten schon damals die bessere Nation zu sein, und betrachteten die Deutschen als Fremdlinge, als „hergelaufene Kerle“. So erscheinen ihnen die Deutschen bis zur Stunde, und auch die gebildetsten Geister unter den Czechen können sich von dieser Vorstellung nicht frei machen. Das ist die eine Triebfeder des nationalen Kampfes, die zweite ist folgende: die Deutschen Böhmens sind nicht nur Bewohner dieses Landes, sondern auch Glieder des grossen Ganzen, des früheren Kaiserthums Oesterreich, jetzt der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Die Deutschen sind eingefügt in ein Staatsganzes. Nach dem Werdegang der politischen Entwicklung haben sich, wie in allen Staaten, auch hier lose Theile zu einem festen Ganzen geschlossen und die Herrscher fanden es bald zweckmässig, die deutsche Sprache als Bindeglied, zur vorherrschenden zu machen. Der durch diese Bestrebungen hervorgerufene Centralismus machte auch in Böhmen derartige Fortschritte, dass z. B. nach Maria Theresia und Joseph II. zu Anfang des 19. Jahrhunderts thatsächlich die czechische Sprache im Aussterben begriffen war, und es als Zeichen von Unintelligenz galt, die deutsche Sprache nicht zu sprechen. Das Czechische sank zur Sprache des Gesindes herab. Trotzdem hat die czechische Sprache eine Wiedergeburt erlebt. Erst eine literarische, dann eine politische und wir müssen dies anerkennen. Es nützt nichts, fortwährend von Minderwerthigkeit zu sprechen. Es ist besser, die Thatsachen offen zuzugeben, dass ist ein besserer Leitstern, als die fortgesetzte Verkleinerung des Gegners.

Diese Wiedergeburt war aber nichts anderes als ein fortgesetzter Wiederstand gegen das Deutschthum. Bei ihnen gilt es heute noch als Patriotismus ein Deutschenhasser zu sein. Solange noch, bis zum Jahre 48, beide Stämme durch die Brutalität des Absolutismus niedergehalten wurden, war sogar ein gewisses Zusammenwirken möglich. Aber als das öffentliche

Leben freiheitlichere Formen annahm, dann das Februarpatent kam, war der Tummelplatz für die nationalen Gelüste geschaffen. Es muss konstatirt werden, dass die nationale Gegnerschaft gerade durch den Eintritt der Freiheit in das öffentliche Leben zur höchsten Blüthe gelangt ist und sich nun als Hemmschuh aller Entwicklung darstellt. Worin bestehen nun eigentlich die nationalen Gegensätze. Alle Versuche zur nationalen Verständigung verliefen bis jetzt zwar resultatslos. Allein Gelegenheit zur Aussprache gaben sie doch, und Gelegenheit zur Absteckung des Kampffeldes. Und so lassen sich denn drei grosse Kampfgebiete unterscheiden: Reform der Landtagswahlordnung und Landesordnung, Regelung des Sprachengebrauchs bei den autonomen und landesfürstlichen Behörden und Regelung der Schulangelegenheiten, speciell der Minoritätsschulen.

Darauf entwickelte Dr. Eppinger das politisch-nationale Programm seiner Partei. Zum Schlusse wandte er sich gegen die Alldeutschen und sagte: Sie verlangen den Zusammenschluss mit dem Deutschen Reiche. Wo aber ist denn der Plan hiezu? Zudem ist der Zusammenschluss mit dem Deutschen Reiche bei der grossen Bevölkerungsmenge in Oesterreich gar nicht populär; so weltgeschichtlich sind wir eben nicht gesinnt. Allerdings, die Weltgeschichte kehrt mit eisernem Besen, aber solche Wandlungen vollziehen sich erst, wenn alle Voraussetzungen vorhanden sind, und diese Voraussetzungen sind weder bei uns, noch auf Seite des Deutschen Reiches jetzt vorhanden. Bei uns ist die Bevölkerung viel zu patriotisch und kaisertreu gesinnt, so dass man nichts davon wissen will. Und die Stimmung drüben? Es lässt sich nicht leugnen, dass die letzten Jahre in Deutschland viel Sympathie für uns erweckt haben, für solche Bestrebungen, die einen Zusammenschluss mit uns bezwecken, sind sie doch nicht zu haben. Der Preusse ist eingefleischter Royalist und officiell hat dieses Deutschland noch bei jeder Gelegenheit deutlich und energisch abgewinkt, wenn es sich um derartige Sachen handelte. Sehen wir doch die Buren an! Weil die officiellen Kreise nichts damit zu thun

haben wollen, so darf auch keine Einmischung stattfinden. Auf solchen Prämissen baut man keine Politik auf. Wer auf solche vage Hoffnungen baut, verschlimmert nur unsere Lage, ohne an das Ziel zu kommen. Ich erkenne an, dass solche Zukunftsbilder der Jugend imponiren, aber sie sind eben nur nach dem Geschmacke der Jugend und für ernste Männer nicht massgebend. Wer hätte in den siebziger Jahren geglaubt, dass es dreissig Jahre hindurch nicht zu dem furchtbaren Revanchekriege kommen werde? Und doch beruhigten sich die Gemüther, weil sie einsehen gelernt haben, dass die Zeit der Kabinetskriege vorüber ist.

Am 21. Januar 1902 hielt der deutschnationale Verein in Reichenberg eine Versammlung ab, in welcher der Sekretär der Handelskammer in Wien Dr. Grunzel über brennende politisch-wirthschaftliche Fragen einen Vortrag hielt. Aus seinem Vortrag sei Folgendes hervorgehoben: In der gestern Abends stattgefundenen Versammlung des „Deutschnationalen Vereins" hielt Sekretär Prof. Dr. Grunzel aus Wien, ein gebürtiger Reichenberger, einen interessanten Vortrag über brennende wirthschaftspolitische Fragen, wie Ausgleich mit Ungarn, Zolltarif und Handelsverträge, Socialpolitik u. dgl. Aus seinem Vortrag sei nur einiges Wenige hervorgehoben: Was den Ausgleich mit Ungarn anbelange, bzw. die Quote, wäre es wohl das Richtigste, die Bevölkerungszahl als Grundlage anzunehmen und eventuell einen Zuschlag nach der Steuerkraft hinzuzufügen. An eine Zolltrennung zwischen Oesterreich und Ungarn glaube er nicht, weil weder in Oesterreich noch in Ungarn der grösste Theil der Bevölkerung die Trennung will und ertragen kann.

Was die Meldungen anbelange, dass zwischen Oesterreich und Russland Vereinbarungen im Zuge seien, Handelsverträge betreffend, glaube er, dass das eine jener grossen Machenschaften sei, die ein grosser Theil der Berliner mit der Pester Presse einrichtet zu dem Zwecke, um den deutschen Zolltarif zu werfen. Auf alle Fälle müsse das Vertragsverhältnis mit Deutschland aufrecht erhalten werden. Bei Bespre-

chung der socialpolitischen Fragen wies Redner auf die grossen Kosten unserer Versicherungen hin. Während bei uns für die Kranken- und Unfallversicherung allein 2·4 pCt. der Lohnsumme gezahlt werde, zahle man in Deutschland für die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung zusammen nur 2·7 pCt. Unsere Versicherungen seien zudem ganz bureaukratisirt. Redner schloss mit dem Appell, dass die politischen Parteien den wirthschaftlichen Fragen einen grösseren Raum geben, als bisher, die Regierung wiederum solle sorgen, dass unsere Verwaltung im modernen Sinne zeitgemäss umgestaltet werde und dass nicht ein solcher Bureaukratismus Platz greife, wie jetzt.

Hierauf ergriff Abg. Prade das Wort. Er sagt, das ganze politische und wirthschaftliche Elend in Oesterreich rühre immer von den Verhandlungen betreffend den Ausgleich her. Die Ungarn gehen nur darauf aus, ihre wirthschaftlichen, ihre agrarischen Interessen zu wahren, höhere Zölle zum Schutze ihrer agrarischen Produktion, ihrer jungen Industrie zu erlangen und sind dagegen bereit, die österreichische Volkswirthschatt, die österreichischen Industrien und Gewerbe den ausländischen Staaten zum Opfer zu bringen. Daher glaubt die österreichische Regierung selbst nicht daran, dass es ihr gelingen werde einen Zolltarif zu vereinbaren, der auch nur die mindeste Aussicht hätte, auf parlamentarischem Wege erledigt zu werden. Und deshalb, weil die österreichische Regierung das weiss, und weil sie fürchtet, dass sich im Abgeordnetenhause keine Mehrheit dafür finden werde, weil sie weiss, dass sie keine politischen und nationalen Zugeständnisse mehr zu vergeben hat und vergeben darf, womit sie die Mehrheit des Hauses für einen schlechten Ausgleich mit Ungarn kaufen könnte, deshalb droht sie mit der Auflösung, mit der Sistirung der Verfassung, mit dem Staatsstreiche, weil sie dann den Ausgleich und die Zolltarife frei und ungebunden mittelst kais. Verordnungen durchführen kann. Das ist der Kernpunkt der heutigen schwierigen politischen Lage; nicht der deutsch-czechische Streit, wie man so gerne aller Welt

verkündet, ist schuld daran, dass das österreichische Parlament heute lahmgelegt ist, nicht die politischen und nationalen Differenzen der Deutchen und Czechen sind die Ursache, dass wir von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in immer schlechtere Verhältnisse und bis zum heutigen Tiefstande unseres parlamentarischen und öffentlichen Lebens gelangt sind. Die Ursache ist, dass wir kein einheitlicher, auf einer bestimmten Basis beruhender Staat mit grossen politischen Zielen, mit einer ausgesprochen volkswirthschaftlichen, auf weite Gesichtspunkte hin abzielenden Politik sind, sondern ein Staat auf 10jährige Kündigung, ein Staat, dessen Grundlagen alle 10 Jahre erschüttert werden. Derartige fortgesetzte Erschütterungen könnte auch ein viel stärkerer Staat wie Oesterreich auf die Dauer nicht ertragen. Daher muss vor Allem ein dauerndes Verhältniss mit Ungarn geschaffen werden.

Was das Verhältniss zu dem Deutschen Reiche anbelangt, müssen wir zu einem neuen Vertragsverhältnisse zu gelangen suchen. Die Einfuhr Oesterreichs nach Deutschland betrug in den letzten Jahren 427 Mill. Mk., die Ausfuhr Deutschlands nach Oesterreich 510 Mill. Mk. Das sind so gewichtige Posten, dass wir nur mit Schaudern daran denken, dass diese Handelsbeziehungen etwa unterbunden oder wesentlich beeinträchtigt werden sollten. In der Versprechung, dass uns in Russland ein Ersatz für unser in Deutschland verlorenes Absatzgebiet geschaffen werde, können wir durchaus keinen Vortheil für unsere Volkswirthschaft und vor Allem auch keine Wahrung der nationalen Interessen unseres Volkes erblicken. Darum wollen wir mit allen Mitteln dafür eintreten, dass wir wieder zu einem Vertragsverhältnisse mit Deutschland gelangen. Allerdings müssen wir da unsere politischen Forderungen, die dahin gehen, eine möglichst enge wirthschaftliche Vereinigung mit dem Deutschen Reiche, der Schweiz und Holland herbeizuführen, nach der gegenwärtigen Sachlage zurückstellen; aufgeben aber werden wir sie niemals.

Redner schliesst, dass der Ausblick in die Zukunft traurig sei. Wir werden wahrscheinlich einen schlechten Ausgleich mit Ungarn und einen ungün-

stigen Vertrag mit Deutschland in den Kauf nehmen müssen und so werden sich die wirthschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs in der nächsten Zukunft wohl noch schlechter gestalten. Wenn Ausgleich und Handelsverträge auf parlamentarischem Wege nicht zustande kommen, werden sie ausserparlamentarisch gemacht werden und wir werden nicht die Macht haben, dieses zu hindern. Wir können uns nur trösten, dass diese schwankenden Verhältnisse dauernd nicht bestehen können und dass es heute nicht mehr möglich ist, mitten im Herzen Europas auf längere Dauer einen absolutistischen Staat aufzurichten. Lassen sie mich die Hoffnung aussprechen, dass das deutsche Volk, eben deshalb, weil es das Volk der Arbeit in diesem Staate ist, durch diese seine eigene Arbeit die Macht erlangen wird, dass es aus diesem Kampfe als der massgebende Faktor in wirthschaftlicher u. nationaler Beziehung in diesem Staate hervorgehen wird und soll.

Dr. Grunzel als Socialpolitiker schaut auf den Sprachenstreit weit nüchterner als gewisse Politiker von Beruf. Was im Norden Oesterreichs das böhmische Volk für seine nationalen Bedürfnisse dulden und leiden muss, das müssen im Süden die Slovenen von den Alldeutschen und Deutschnationalen der Südmark über sich ergehen lassen. Der Landtag Steiermarks, der sich in den Händen von Schönerianern befindet, ignoriert vollständig alle Bedürfnisse der Slovenen Unter-Steiermarks. Die Regierung ist nur das ausführende Organ der deutschnationalen Mehrheit des Landtages. Der Landtag Steiermarks bewilligt absolut keine Schule den Slovenen, lässt keinen Fluss in Untersteiermark regulieren, während sämmtliche Flüsse Ober- und Mittel-Steiermarks reguliert sind auf Landeskosten.

Der Abgeordnete Biankini schilderte am 4. November 1901 im Abgeordnetenhause die Leiden der Slovenen. Die Alldeutschen der „Südmark" haben den Slovenen den Vernichtungskrieg auf ihrem Tage in Radkersburg in folgenden Sätzen formuliert: „Die Slovenen im Unterlande sollen aus den Bezirksvertretungen und Bezirksschulräthen hinausgedrängt werden! Den slovenischen Vorschusskassen wird ein

Vernichtungskampf angekündigt. Slovenische Lehrer und Professoren sollen aus dem Unterlande verdrängt werden. Als Beamte dürfen im Unterlande nur Deutsche angestellt werden! (Hört! Hört!) Auch die slovenischen Lehrerinnen müssen fort und werden durch erst zu erziehende deutsche ersetzt. Die utraquistischen Schulen sind zu kassiren. (Hört!) Es soll eine Katastralmappe des slovenischen Grundbesitzes für deutsche Parteizwecke angefertigt und eine besondere Kommission eingesetzt werden, deren Aufgabe es wäre, zu achten, wo ein slovenischer Bauer aus seiner Besitzung verdrängt und durch einen fremden ersetzt werden könnte.“

Die Regierung sieht dem Treiben der Alldeutschen in der Südmark vollständig unthätig zu, ja sie fördert die Ziele der Alldeutschen. Sie bevorzugt die Deutschen durch systematische Ernennung von der slovenischen Sprache nur selten mächtigen Beamten in Untersteiermark, und Verdrängung, beziehungsweise Ernennung der slovenischen Beamten nach Krain, oder in deutsche Theile Steiermarks, direkt die Germanisierung Untersteiermarks fördernd. Damit wird ein doppelter Erfolg erreicht. Einerseits wird dadurch das deutsche Element in den von den beiden Nationalitäten bewohnten Städten und Märkten gestärkt, anderseits kommt hiemit ein Element in die Verwaltung, rücksichtlich Justitz, welches die Verdrängung der slovenischen Sprache, der Sprache von mehr als 90 Procent der Bevölkerung Untersteiermarks, sich zur Aufgabe stellt, und diese Aufgabe auch, wie die Erfahrung zeigt, mit einer ganz eigenthümlichen Konsequenz zur Durchführung bringt. Dies zeigt sich insbesondere bei den Gerichten in Untersteiermark, und zwar in einer Art und Weise, dass die Behauptung gerechtfertigt erscheint, dass die Richter in Untersteiermark sich mit wenigen Ausnahmen von der durch die deutschnationale Richtung inaugurirten nationalen Unduldsamkeit nicht frei zu halten wissen. Es können die untersteirischen Slovenen den Gerichtssaal nicht mit dem beruhigenden Gefühle des vollen Vertrauens, sondern nur mit einem gewissen Zittern und Zagen betreten. Denn eines ist sicher. Müssen sie auch über

die meritorische Entscheidung ihrer Angelegenheiten sich nicht Besorgnissen hingeben, oder mögen sie nur als Zeugen geladen sein und daher am Ausgange des Processes kein Interesse haben, sie werden das Gerichtshaus doch nicht verlassen, ohne eine Reihe empfindlicher Kränkungen durch Verletzung ihres Nationalgefühles erfahren zu haben (Oho!-Rufe), Kränkungen, die ihnen von staatlich angestellten Gerichtspersonen bewusst, ja vielfach mit Absicht, und in jedem Falle mit stillschweigender Duldung der Justizverwaltung zugefügt werden.

Es liegt System in der Missachtung und Zurücksetzung der slovenischen Sprache bei den Gerichten Untersteiermarks. Ich will in dieser Beziehung heute keine eingehenden Daten vorbringen, dies wird von anderer Seite gelegentlich der zweiten Lesung des Budgets stattfinden. Ich konstatiere nur, dass über in slovenischer Sprache vorgebrachte Anbringen bei Gericht, in nahezu 90 Procent der Fälle ein deutsches Protokoll aufgenommen wird, und die Partei, mag sie sich auch sträuben, muss diese ihr oft ganz unverständliche Niederschrift unterschreiben. Ist nun einmal das erste Anbringen — die Grundlage für das weitere Verfahren — deutsch protokolliert, so geht es im ganzen Akte so weiter, da hilft keine Bitte, keine Beschwerde mehr. Gegen diesen wohlbekannten Unfung sind das Justizministerium und das Oberlandesgerichtspräsidium nicht nur nicht eingeschritten, im Gegentheile, sie fördern denselben und überlassen es ganz dem Belieben jedes einzelnen gerichtlichen Beamten — natürlich zum Nachtheile der Slovenen, denn wehe demjenigen, der einer deutschen Partei in ihrem Sprachenrechte nahetreten wollte, — sich über die bestehenden Vorschriften hinwegzusetzen. Es scheint wirklich, als ob sich die Richter zur Aufgabe gemacht hätten, den ihre Rechte fordernden Slovenen auf Schritt und Tritt Prügel vor die Füsse zu werfen.

Macht ein Slovene eine slovenische Eingabe, die man endlich doch in slovenischer Sprache erledigen muss, so erhält er sicher die Erledigung mit deutschem Couvert und deutschem Retourrecepisse, oder mit einem deutschen Zustellschein zugestellt.

Wenn er sich dagegen beschwert und mindest doppelsprachige Drucksorten verlangt, so erhält er, wie es einem Marburger Advokaten geschah, die Zustellung mit deutsch-italienischem Retourrecepisse. Also zur Zurücksetzung auch noch den Hohn! In solchen Kleinigkeiten zeigte sich, wie stark in manchen Richterkreisen die deutschnationale radikale Gesinnung eingewurzelt ist. Aehnlich wie in erster Instanz, ist auch die Behandlung der sprachlichen Rechte der Slovenen in zweiter Instanz. Sehr arg ist die Verletzung nicht bloss der sprachlichen Rechte, sonden auch die Gefährdung der Rechtssicherheit im Schwurgerichtsverfahren. In diesem Verfahren, wo es sich um die schwersten Verbrechen handelt, ist noch nie eine slovenische Anklage erhoben worden. Man verletzt da wissentlich alle die grossen Principien und zwar, wie man behauptet, wegen der Geschworenen.

Da komme ich auf ein trauriges Kapitel, auf die Zusammenstellung der Geschworenenlisten, bei welcher, wie wir gelegentlich mit konkreten Daten belegen werden, ausschliesslich politische Erwägungen entscheidend sind. Man braucht ein verständnisvolles Werkzeug zur Knebelung der slovenischen Presse und nimmt daher in die Liste neben ein paar Paradeslovenen nur deutsche Parteigänger, und aus letzteren mit Vorliebe solche, welche die slovenische Sprache überhaupt nicht verstehen. Dass man gewissenhafte Leute damit in die peinliche Situation bringt, nach Eid und Gewisen ihr Votum über die Schuld oder Nichtschuld eines Menschen abzugeben, dessen Verantwortung sie ob Unkenntnis seiner Sprache ebensowenig folgen konnten, als den Angaben der Zeugen, dies scheint die Gerichte nicht zu berühren.

Diese unerfreulichen Thatsachen lassen nur zu deutlich erkennen, wie es namentlich im heurigen Jahre geschehen konnte, dass die Pressprocesse gegen slovenische Redakteure stets für die Angeklagten einen ungünstigen Verlauf nahmen, während deutsche Redakteure wegen in der Presse erfolgter Ehrenbeleidigungen gegen Slovenen eine Freisprechung stets sicher erwarten konnten. Fragen wir uns, wer die Schuld trägt an den traurigen Justizzuständen in der Steier-

mark, so können wir mit allem Grund behaupten: das Oberlandesgerichtspräsidium in Graz und das Justizministerium. Beide haben durch das Dulden und theilweise auch durch ausdrückliches Fördern der bereits geschilderten Praxis, dadurch, dass sie Richter, welche die Sprachenrechte der Slovenen achten, wo nur möglich, zurücksetzen, dagegen solche, die sich über diese Rechte hingewegsetzen, trotz der offenkundigen Gesetzwidrigkeiten bevorzugen, den Richterstand zum grossen Theile in seiner Gesinnungstüchtigkeit ungünstig beeinflusst. Ein grosser Theil der Richter entstammt slovenischen Eltern, wie überhaupt in Untersteiermark man bei den deutschgesinnten Richtern in der Regel nicht mehr als höchstens auf den Grossvater zurückgehen braucht, um auf ganz slovenische, des Deutschen unkundige Leute zu stossen. Und diese der slovenischen Nation entstammende Richter sind heute die grössten Gegner derselben. Warum? Weil es ihnen Graz und Wien bei jedem Anlasse fühlen lässt, dass nur jener auf ein Fortkommen rechnen kann, welcher seine slovenische Abstammung verleugnet. Und wem zuliebe fördert die Regierung ein solches Vorgehen? Der untersteierischen Deutschen wegen! Wer sind diese? Kaufleute, Gewerbsleute, Advokaten, Notare, die alle von der slovenischen Bevölkerung leben und dabei recht klug vorzugehen verstehen.

Alle diese Urgermanen lernen für ihre Person und für ihr Geschäft slovenisch; sie annoncieren in der slovenischen Sprache, lassen slovenische Plakate ankleben, schicken den slovenischen Kunden und Klienten slovenische Rechnungen, Briefe u. s. w., denn sie wissen, dass sie sonst kein Geschäft machen würden, und darum: um's Geschäft, um's Verdienen ist es ihnen in erster Linie zu thun. Ist das geschehen, dann erwacht das germanische Gefühl, dann wird versammelt, resolutionirt, petitionirt und verlangt, dass von den staatlichen Organen alles das, was die deutschen Advokaten und Geschäftsleute in ihrer Erwerbsthätigkeit als natürlich befinden, im Verkehre der staatlichen Aemter, mit den slovenischen Parteien in das gerade Gegentheil verkehrt wird, denn dies fordere das nationale Recht

der Deutschen! Und das Schreien solcher Charaktere ist massgebend für die Massnahmen der Regierung! Wir werden gelegentlich der zweiten Lesung des Budgets die Ernennungsthätigkeit der Regierung beleuchten, und an der Hand konkreter Fakten das parteiische Vorgehen nachweisen. Wir werden die Thätigkeit des Landesschulrathes in Graz auf dem Gebiete der Germanisierung der Volksschulen in Untersteiermark ebenfalls bei der zweiten Lesung eingehend beleuchten; und konstatiere ich einstweilen nur, dass der Landesschulrath, der doch nur von pädagogischen Rücksichten sich leiten lassen sollte, auffallend die Interessen der slovenischen Bevölkerung in Hinsicht auf die Schule vernachlässigt.

Ueberall sehen die Slovenen in Untersteiermark sich zurückgesetzt. Ihre nationalen, kulturellen und wirthschaftlichen Forderungen finden kein Gehör, nur eine verletzende Zurückweisung. Der Regierung sind die Wünsche der Slovenen gut bekannt, doch nimmt sie keinen Anlass, sich für die Erfüllung derselben einzusetzen, und mit ihrem moralischen Einflusse namentlich in der Richtung zu wirken, dass die autonome Landesverwaltung Steiermarks auch den Slovenen gegenüber jene Fürsorge zeige, welche dieser fast ein Drittel der gesammten Bevölkerung des Landes ausmachende Volksstamm vollauf verdient. Die Art und Weise, wie die für die bäuerliche Bevölkerung des Unterlandes so wichtige Frage der Regulierung der Pössnitz und der Sotla im steirischen Landes-Ausschusse bisher behandelt wurde, illustriert die Gesinnungen der Majorität dieser Körperschaft gegenüber den so begründeten Forderungen der Slovenen auf das schlagendste. Ebenso sieht es auch in der Frage der so nothwendigen Errichtung einer slovenischen Bürgerschule und einer slovenischen Ackerbauschule aus. Landes-Ausschuss und Landtag verhalten sich geradezu verletzend. Fürwahr, die Slovenen Untersteiermarks haben allen Grund zur Verbitterung und zu berechtigten Klagen, und es ist nur zu staunen, dass die Regierung, welche über die traurigen Verhältnisse Untersteiermarks informiert ist, sich so unthätig verhält.

Das zweite südslavische Volk, die Kroaten, welche meist in Istrien koncentriert sind, hat die Italia Irredenta auf dem Nacken. Die Italianissimi, welche vornehmlich im Gemeinderathe Triest ihre Macht zeigen, unterwühlen Oesterreich im Süden zu Gunsten des revolutionären vereinigten Italien. Sie bedrängen mit jeder Niedertracht die kroatische Bevölkerung des Küstenlandes und Dalmatiens, sie scheuen nicht einmal vor offenen Mordthaten und Bombenwerfen in die katholischen Kirchen. Dem Treiben der Italianissimi fiel zum Opfer Bischof Stark in Triest, der vorzeitigen Todes starb an den Folgen der furchtbaren Hetzereien dieser schamlosen Sippe. Direkter Gönner dieser Revolutionäre war seinerzeit der Statthalter Rinaldini, der nur zu spät seines Amtes enthoben wurde. Solche Beamte hat das arme Oesterreich.

Statthalter Rinaldini war auch verwickelt in eine anrüchige Malversation beim Oesterreichischen Lloyd, in dessen Verwaltungsrathe er auch sass. Man wies ihm nach, dass er Trinkgelder in der Höhe von 200.000 fl. angenommen habe. Und solchen Männern wird die Regierung eines ganzen Landes anvertraut. Was Abgeordneter Biankini von den Staatsbeamten im Süden von Steiermark sagte, das gilt von einer grossen Zahl von Staatsbeamten in allen Verwaltungszweigen in ganz Oesterreich überhaupt. Die höchste Raison der amtlichen Thätigkeit so mancher Staatsbeamten ist nicht das Wohl des Volkes, des Vaterlandes, der Dynastie, sondern das Wohl der eigenen Person und ein blindes Parteiinteresse. Der grosse bureaukratische Apparat Oesterreichs hat die fixe Vorstellung, der Staat, die Völker seien seinetwegen hier und nicht umgekehrt. Gewisse Bureaukraten, besonders in den Centralstellen der Verwaltung, sind die verbissensten Feinde der Gleichberechtigung der Nationen und wenn die gesetzgebenden Körperschaften auf die Versöhnung hinarbeiten, wird über das Parlament und die Landtage im alten System regiert. Gewisse mächtige Bureaukraten machen in Oesterreich eben, was sie wollen, sie sind gewaltiger als das Parlament, die Landtage und der Herrscher. Manche Bureaukraten arbeiten den Deutschnationalen

und Schönerianern in die Hände. Hier ein Beispiel. Das Organ der Prager Judenschaft „Prager Tagblatt“ brachte am 26. September 1902 folgenden Artikel:

Ein Kapitel deutsch-böhmischer Schulgeschichte.

Hofrath Dr. J. V. Grohmann, administrativer Referent im Landesschulrathe, ist um seine Pensionirung eingeschritten. Mit Hofrath Grohmanns Amtsthätigkeit ist ein bedeutsames Kapitel unseres deutschen Schulwesens auf das innigste verknüpft. Als im Jahre 1869 der Landesschulrath in Böhmen ins Leben gerufen wurde, wurde Grohmann — seine Berufung erweckte grosses Aufsehen, weil er Schulmann und nicht Jurist war — zum administrativen Referenten dieser neugegründeten Behörde, u. zw. sowohl für die deutschen als für die tschechischen Schulen ernannt. Ihm fiel damals persönlich die gewichtige Aufgabe zu, die neuen Volksschulgesetze gegen die Opposition der tschechischen Bevölkerung durchzusetzen. Es war die Zeit der Deklaration; die Čechen hatten Reichsrath und Landtag verlassen. Da die neuen Schulgesetze ohne sie zu Stande gekommen waren, so wollten sie den Beweis liefern, dass die Regierung nicht im Stande sei, diese Gesetze gegen den Willen des čechischen Volkes durchzuführen. Mit den schärfsten Waffen ist gegen diese Gesetze, die heute von den Čechen als Errungenschaft betrachtet werden, damals von ihnen angekämpft worden; in den Zeitungen hiess es, sie seien der Tod der čechischen Nation (smrt našeho národa), sie müssten der Gemeinde den Einfluss auf die Schule rauben, sie brächten die Lehrerschaft unter die Botmässigkeit der Bureaukratie u. s. w. Wer bei der Durchführung der Schulreform behilflich war, wurde als „okršlak“ vervehmt. Kurz, die Verhinderung der Schulreform wurde zur Kraftprobe der nationalen und staatsrechtlichen Opposition! Hofrath Grohmanns unermündlicher Energie ist es gelungen, diesen Widerstand zu brechen. Selten noch ist eine grosse gesetzgeberische Aktion so durch das Wirken einer einzelnen Persönlichkeit gefördert worden!

Schon wenige Wochen nach seiner Ernennung konnte Grohmann Anträge über die Creirung der Bezirksschulinspektoren für sämmtliche Schulbezirke erstatten. In diesen Anträgen kam zum ersten Male der für die Entwicklung des Schulwesens so bedeutsam gewordene Gedanke zum Ausdruck, die Inspektionsbezirke in Böhmen nach der Unterrichtssprache abzugrenzen, d. h. für deutsche Schulen deutsche, für čechische Schulen čechische Inspektoren zu ernennen. Unterrichtsminister Hasner genehmigte diese Vorschläge Grohmann's rückhaltslos: in ihrer weiteren Entwicklung führten sie bekanntlich zur nationalen Trennung des Schulwesens. Hofrath Grohmanns Initiative feierte dann auch in einer andern verwandten Angelegenheit einen Erfolg: das Schulaufsichtsgesetz vom 8. Feber 1869 enthielt in § 32 die Bestimmung, dass die Schulgemeinden die Fahrgelegenheiten zu den periodischen Schulvisitationen beizustellen haben. In den oppositionellen Gemeinden, welche die Fahrgelegenheiten verweigerten, wurden diese Visitationen dadurch selbstverständlich illusorisch. Rasch entschlossen brachte Hofrath Grohmann — er war damals Landtagsabgeordneter für den Städtebezirk Gabel-Kratzau — den Antrag ein, das Schulgesetz dahin abzuändern, dass die Bezirksschulinspektoren ihr Reisepauschale aus Staatsmitteln erhalten. So wurde aller čechischen Opposition zum Trotz der Schulinspektion freie Bewegung und die für ihre Funktion nöthige Unabhängigkeit erobert!

Als nun im Herbste 1869 zur Bildung der Bezirksschulräthe geschritten wurde, verweigerten in den meisten čechischen Schulbezirken die Lehrer und die Bezirksvertretungen die Vornahme der Wahlen. Erst mit den schärften Mitteln und erst nach unbeschreiblicher Mühe gelang es, wenigstens die Mehrzahl der im Gesetze vorgeschriebenen Bezirksschulrathsmitglieder aufzubringen und die Konstituirung des Bezirksschulrathes vorzunehmen. Noch grössere Schwierigkeiten stellten sich dem Schulerrichtungsgesetze vom 19. Feber 1870 entgegen: diesem Gesetze gemäss gingen mit Beginn des Schuljahres

1870—1871 alle Verpflichtungen, welche bis dahin den Gemeinden bezüglich der Errichtung und Erhaltung ihrer Schulen obgelegen waren, auf den Schulbezirk über. Vom 1. Oktober hatten somit die Schulbezirke den gesammten Aufwand für die öffentlichen Volksschulen zu bestreiten. Allein die Schulbezirke hatten weder Kassen noch Geld. Daraufhin brachte der Abg. Dr. Hanisch, ein Freund des Hofrathes Grohmann, im Reichsrathe einen Gesetzentwurf ein, nach welchem den Steuerämtern die Geld- und Urkundengebahrung der Bezirksschulkassen und des Lehrerpensionfondes übertragen werden konnte. Erst seit dem Zustandekommen dieses Gesetzes (11. Mai 1870) war die Voraussetzung für eine ordnungsgemässe Führung der Schulbezirkskassen geschaffen. Allein, da einerseits diese Kassen naturgemäss Anfangs leer standen, das Gesetz andererseits die Auszahlung der Lehrergehalte in anticipativen Raten anordnete, die Einnahmen des Schulbezirkes aber besten Falls in dekursiven Raten erfolgten, da ferner der Landesausschuss ablehnte, den gesetzlichen Landesbeitrag von 329.597 fl. vor Schluss des Verwaltungsjahres flüssig zu machen, — so sah sich der Landesschulrath im Oktober 1870 einer fast unlösbaren Aufgabe gegenüber. Am höchsten stieg die Verwirrung in jenen čechischen Schulbezirken, in denen die Bevölkerung, der ausgegebenen Parole folgend, die Záhlung des Schulgeldes und der Schulauslagen verweigerte; die Gemeinden wollten nicht einmal vorschussweise für die Lehrergehalte aufkommen. Karolinenthal z. B. versuchte sogar, das bisherige Schulgebäude zu anderen Zwecken zu vermiethen!

In dieser verzweifelten Situation wurde ein scharfer Erlass an die Bezirkshauptmannschaften herausgegeben, demzufolge die Schulhäuser als Gemeingut erklärt und jedem weiteren Versuche, sie der Verwaltung des Schulbezirkes zu entziehen, Einhalt geboten wurde. In 11 čechischen renitenten Schulbezirken wurden die rückständigen Schulgelder und Schulumlagen mit Militärassistenz eingetrieben! Der Erfolg dieser Massregel — selbst die Freunde

des neuen Schulgesetzes hätten ihn nicht so rasch erwartet — war, dass im April 1871 die Schulbezirkskassen bereits in allen Schulbezirken Böhmens aktivirt waren. Die Čechen haben seither, durch die Wohlthaten des Schulgesetzes bekehrt, eingesehen, welch' schwerer Fehler ihre diesbezügliche damalige Opposition war. Mit der glücklichen Durchführung der Schulreform hatte Hofrath Grohmann seinen Ruf als unermündlicher Organisator fest begründet Unter dem Statthalter Koller wurde dann ein eigener Referent für čechische Schulen bestellt: aber die grossen organisatorischen Aufgaben, die das gesammte Schulwesen betrafen, wurden auch weiterhin dem Hofrath Grohmann übertragen.*) Als Regierungskommissär der Schulkommission im böhmischen Landtag -- er stand dort mit den hervorragendsten Abgeordneten der deutschen Partei im freundschaftlichsten Verkehr -- hat er durch die Verdienste, die er sich um das Zustandekommen des Schulaufsichtsgesetzes vom Jahre 1873 erworben hat, auf die Entwicklung des Volksschulwesens in Böhmen entscheidende und richtunggebenden Einfluss genommen. Die dauernde Bedeutung dieses Gesetzes liegt in den Bestimmungen, durch welche die Trennung der Schulbezirke nach der Nationalität und die nationale Organisation der Orts- u. Bezirksschulaufsicht angeordnet wird. Diese Bestimmungen wurden von Deutschen und Czechen mit Befriedigung angenommen und wurden geradezu epochemachend für die Behandlung der nationalen Fragen. Bei den Ausgleichsverhandlungen im Jahre 1890 war denn auch der Plan, den beiden Nationalitäten ihre Schulen in eigene Verwaltung zu übergeben, und demgemäss den Lndeschulrath — wie die unteren Schulinstanzen — zu theilen, beiden Parteien plausibel. Diesen Gedanken, der seither so viel zur Beruhigung der Gemüther beigetragen hat, zuerst angeregt und zur praktischen Durchführung

*) Als 1890 die Stelle des Vicepräsidenten beim Landeschulrathe creirt wurde, konnte Hofrath Grohmann für dieses Amt wegen mangelnder Kenntniss der czechischen Sprache nicht berücksichtigt werden. Damals wurde ihm der Titel und Charakter eines Hofrathes verliehen.

gebracht zu haben, ist ein ausschliessliches und unvergängliches Verdienst Hofrath Grohmanns!

Auf Grund des neuen Schulaufsichtsgesetzes wurden in Prag ein deutscher und ein czechischer Bezirksschulrath errichtet. Der deutsche Bezirksschulinspektor war Regierungsrath Prof. Lieblein, ein Freund des Hofraths Grohmann. Dem rastlosen Zusammenwirken dieser beiden vortrefflichen Männer ist der ungeahnte Aufschwung des deutschen Schulwesens in Prag und den Vororten zu danken. Im Jahre 1869 gab es in Prag und den Vororten blos drei öffentliche deutsche Volkschulen: die Altstädter deutsche Knaben- und Mädchenhauptschule, die gemischte Volkschule bei S. Maria de Viktoria und die Josefstädter Haupt- und Unterrealschule. Die letztere, 1859 begründet, sollte gemäss eines zwischen der Stadt Prag und der israel. Kultusgemeinde geschlossenen Vertrages nach zehnjährigem Bestande — also im Jahre 1869 — wieder aufgelassen werden. Nur dem unermüdlich energischen Einschreiten des Hofraths Grohmann ist es zu danken, dass diese deutsche Schule trotzdem bestehen blieb. Da die Stadtgemeinde Prag sich weigerte, den Lehrern ihre Gehalte auszuzahlen, liess Hofrath Grohmann dasjenige Drittel der Verzehrungssteuer, welches der Stadt zufiel, mit Beschlag belegen, und liess hievon die Lehrer bezahlen. Gegenwärtig gibt es in Prag und Umgebung nicht weniger als neun deutsche Volkschulen (Bürgerschulen: zwei auf der Altstadt, eine in Karolinenthal und Smichov). Ohne jede Uebertreibung darf es ausgesprochen werden, dass das Verdienst, diese sechs Schulen, die seit 1869 neu hinzukamen, für das deutsche Volk gewonnen zu haben, ausschliesslich der Initiative des Hofraths Grohmann zu danken ist! Im Jahre 1881 beschlossen die Ortsschulräthe von Weinberge, Smichov, die Stadträthe von Prag, Karolinenthal und Přibram: sämmtliche Kinder, die der deutschen Unterrichtssprache nicht hinreichend mächtig wären, aus den deutschen Schulen auszuweisen und den czechischen Ortsschulen zuzuweisen. Dieser Bewegung trat der Landesschulrath energisch entgegen, da es auf Grund der bestehenden Gesetze den Eltern

freistehen müsse, ihre Kinder in die deutsche oder czechische Schule zu schicken. Anfangs im Landtage wie in den czechischen Zeitungen aufs heftigste angefochten, wurde diese Anschaunung, nachdem auch Ministerium und Verwaltungsgerichtshof alle dagegen eingebrachten Rekurse verworfen hatten, schliesslich anerkannt. Da brachte Abg. Kvíčala im Landtag den Antrag ein, das bestehende Gesetz dahin abzuändern, dass die schulpflichtigen Kinder je nach ihrer Nationalität von Amtswegen von den Schulorganen einer deutschen oder czechischen Schule zugewiesen werden. Dieses lex Kvíčala gegenüber hat Hofrath Grohmann bei jeder Gelegenheit mündlich und schriftlich das natürliche Recht der Eltern auf die Wahl der Schule, mit der ihm eigenen von innigster Ueberzeugung getragenen Energie und Zähigkeit verfochten.

Aber nicht nur auf dem Gebiete des Volksschulwesens, sondern auch auf dem der Mittelschule hat Hofrath Grohmann dem deutschen Volke Dienste geleistet, für welche die Dankbarkeit niemals erlöschen kann: es sei kurz und bündig ausgesprochen, dass die Errichtung der deutschen Staatsgymnasien auf der Altstadt, in der Stephansgasse, in Smichov, in den Weinbergen, der Realschulen auf der Insel Kampa, in Karolinenthal und in der Heinrichsgasse der ausschliesslichen Initiative des Hofraths Grohmann und seiner Liebe zu seinem Volke zu danken sind. Insgesammt sind unter Grohmanns Amtswirksamkeit in Böhmen acht deutsche Gymnasien, sechs deutsche Realschulen, vier deutsche Lehrerbildungsanstalten aus Staatsmitteln errichtet worden, neun deutsche Gymnasien und vier deutsche Realschulen in die Staatsverwaltung übernommen worden.

Hofrath Grohmann schrieb auch unter dem Namen Josef Winter schneidige politisch-historische Aufsätze in die „Mittheilungen des Vereins für die Geschichte der Deutschen“. Solcher Grohmanns hat die Staatsmaschine Oesterreichs zu Hunderten, sie sind es, welche durch ihre Amtsthätigkeit dem Staate Oesterreich gewaltsam den Stempel des Deutschthums von Amtswegen aufdrücken. Solche Grohmanns hat die böhmische Nation nicht aufzuweisen. Staatsbeamte

böhmischer und slavischer Nationalität dürfen sich überhaupt am nationalen Leben ihres Volkes nicht betheiligen, ausser sie verzichten darauf im Dienste vorzurücken und laufen in Gefahr einen existenxiellen Selbstmord zu begehn. Wenn ein Staatsbeamte böhmischer Nationalität vorrückt, so geschieht es nur, wenn er sein eigenes Blut zu verleugnen versteht. Man findet denn auch höhere Stellen des Staatsdienstes wie in den Ministerien und den übrigen wichtigen Centralstellen fast ausschliesslich von Deutschen oder Renegaten besetzt.

Der Typus Grohmann arbeitet für das deutsche System in Oesterreich wenigstens in solchen Schranken, die einen ruhigen nationalen Arbeiter für das Deutschthum bekunden, aber es gibt Staatsbeamte, die sich direkt an deutschnationalen und schönerianischen Agitationen betheiligen. Der Steueramtsadjunkt Hugo Bartelt in Oderberg, Schlesien, versendete Ende August 1902 allen deutschnationalen Vertrauensmännern ein Cirkulare, worin er sie zu einer nationalen Versammlung nach Mähr.-Ostrau einlud, um eine Gegendemonstration der Deutschnationalen gegen das Sokolfest zu veranstalten. An allen nationalen Wühlereien und künstlich herbeigeführten Demonstrationen nimmt in Mähren regelmässig einen direkten Antheil der Oberlandesgerichtsrath Baron d'Elvert in Brünn.

Es gibt erwiesenermassen einen sehr starken Procentsatz von Staatsbeamten, welche alldeutsche und schönerianische Blätter halten und ihrer Gesinnung nach dieser Partei angehören. Derartige Beamte zum Beispiel bei der Post und Eisenbahnen scheuen sich nicht slavische Adressen an den Sendungen eigenmächtig umzuschreiben, zu verunstalten, ja es gibt Beispiele, dass schönerianische Postbeamte mit Hohn Sendungen mit böhmischen Adressen als unbestellbar zurücksenden. Kurz es ist ein wahres Kesseltreiben von Seite eines grossen Procentsatzes der Staatbeamten um dem Staate Oesterreich den Charakter der „preussischen Ostmark“ von Amtswegen aufzudrücken, es ist ein systematischer k. k. Hochverrath, der da ausgeübt wird von Männern, welche doch geschworen haben dem Kaiser und Reich treu zu dienen. Ja

wenn es österreichische Minister gibt, die für Preussen arbeiten, warum sollte es nicht ein Adjunkt thun, er wird ja dafür sicher befördert. Fragen wir nun, woher diese Erscheinung, die wohl in keinem Staate der Welt vorkommen kann? Kein Hausvater wird doch im eigenen Hause Leute im Dienste halten, von denen er überzeugt ist, dass sie ihn direckt bestehlen, beschädigen. Im österreichischen Staatswesen gilt diese Vorsicht nicht. Warum denn unter den Staatsbeamten Oesterreichs soviel schönerianische und wolfianische Drachensaat? Um diese Erscheinung zu erklären, muss man auf die deutschen juridischen Fakultäten Oesterreichs gehen.

Man würde hier vergeblich suchen nach Männern, welche die studirende Jugend, aus welcher die Staatsbeamten sich rekrutiren, systematisch zur Liebe zum österreichischen Vaterland anleiten würden. Es ist bekannt, dass an den Hochschulen Oesterreichs die Studentenverbindungen schönerianischer Färbung vorwiegen, und hier wird schon jahrzehntelang der Bismarckkultus und direkter Hochverrath systematisch gepflegt. Verbindungen katholischer Studirender sind ja in verschwindender Minorität.

Man suche doch nicht an den Stätten, wo die „freie“ Wissenschaft vorgetragen wird, irgend welche Treue zu Gott, zu Kaiser und dem Volk. Wer Gott nicht treu ist, der ist es auch den Menschen nicht. Man suche doch nicht an diesen Stätten der „freien Wissenschaft“ irgend welche Liebe und Treue zu Oesterreich, wo diese „freie Wissenschaft“ von so viel Söhnen jenes Volkes vorgetragen wird, das schon seit fünftausend Jahren das goldene Kalb konsequent anbetet, dem also Vaterlandsliebe ein gänzlich unbekannter Begriff ist. So trägt an der juristischen Fakultät in Wien die österreichische Reichsgeschichte Dr. Sigmund Adler, ordentlicher öffentlicher Professor, vor. Nun wissen wir allerdings nicht, ob dieser gute Herr getauft ist. Sehr begreiflich finden wir schon, dass an dieser Fakultät das Handels- und Wechselrecht Dr. Samuel Grünhut vorträgt. Das geht schon eher. Nicht allein die Universitäten sind von Semiten überreich besetzt, auch die Staatsmaschine Oesterreichs

überhaupt lässt den Söhnen Judas bereitwillig die höchsten Staatswürden zugänglich.

Abgeordneter Gregorig beklagte sich, dass die Statthalterei Nieder-Oesterreichs ganz unter dem Einflusse des Judenstämmlings Baron Hock stehe. Auch andere wichtige Centralstellen sind reich mit Juden besetzt. Das Eisenbahnministerium in Wien könnte eine eigene Synagogen-Abtheilung aus seinen Beamten errichten. Während Schönerianer und Deutschnationale ein Wuthgeheul erheben, das Deutschthum sei bedroht, das bis nach Berlin wiederhallt, wenn ein böhmischer Adjunkt in irgend einen deutschen Krähwinkel im Gebirg angestellt wird, schweigen sich diese Helden gründlich darüber aus, wie Juda seine Söhne an der Staatsgrippe Oesterreichs gemächlich und satt füttern lässt, die dummen Gojim bezahlen es. Und ist es in Preussen-Deutschland anders? Kann doch Kaiser Wilhelm ohne den Juden Ballin nicht auskommen. Es handelt sich hier nicht um die Ernennung eines böhmischen Gerichtsadjunkten oder um die Anstellung eines böhmischen Aushilfspriesters im sogenannten deutschen Sprachgebiet, es geht hier um ein System, damit Oesterreich im Innern nie zur Ruhe komme, bis der ersehnte Augenblick kommt, wo preussische Regimenter mit blanker Waffe und klingendem Spiel die böhmischen Grenzen überschreiten werden. Sagte doch Moltke, dass der Krieg für das jetzige Preussen-Deutschland eine elementare Nothwendigkeit sei. Die schönerianischen und alldeutschen Staatsbeamten Oesterreichs sind eine Gefahr, an welcher das Reich über kurz oder lang nothwendig zu Grunde gehen muss. Wenn die Alldeutschen verlangen, Oesterreich müsse das Deutsche als Staatssprache erhalten, so wäre es doch viel konsequenter, für Oesterreich das Hebräische als Staatssprache zu proklamiren. Die Juden sind in Oesterreich Cis und Trans die Herren, die Christen sind die Beherrschten. Warum säubern doch nicht die Alldeutschen die österreichische Staatsmaschine von den Semiten? Oesterreich ist in der Fremde durch seine Hebräer vertreten. Fast sämmtliche Konsulate Oesterreichs sind in den Händen der Juden.

Hier einige Beispiele. Konsul in Chikago: Dr. Alfred Flesch; in New-York: Julius Stern; Philadelphia: Alfred Ostheimer; Pittsburg: Jakob Weiss; Frankfurt: Wilhelm Rothschild; Leipzig: Rudolf Fasan; Stuttgart: Adolf Federer; Marseille: Adam Grünberg; Toulon: Benjamim Jouve; Paris: Gustav Rothschild, Richard Fürth, Baron Jacob Kahnstein; Havre: Eugen Grosos; Athen: Richard Oppenheimer; Liverpool: Emil Neumann, Georg Behrend; Manchester: Siegmund Oppenheim; London: Alfred Baron Rothschild, Julius Kohn; Amsterdam: Leopold Grünberg; Bagdad: Alfred Rapaport; Peru: Samuel Brahm; Moskau: Franz Sponer; Odessa: Rudolf Wodianer; Riga: Moritz Lübeck; Stockholm: Eduard Fränkl; St. Gallen: Julius Salzmann; Barcelona: Nikolaus Kiss; Madrid: Gustav Bauer.

Wie manche Staatsämter in Oesterreich aussehn, davon geben wir ein kleines Beispiel. Die Finanzprokuratur in Prag hat folgende Beamte. Finanzräthe: Franz Meisel, Jakob Adler, Leopold Wiener, Julius Petschek, Franz Schilder. Sekretäre: Julius Eisenbach, Ernst Bauer, Max Weis. Adjunkten: Ernst Pick, Ludwig Spiegel, Albert Bauer, Viktor Schwarzkopf, Otto Baumer. Ob von diesen Beamten vielleicht Jemand Christ ist, können wir nicht angeben. Da sind die Deutschnationalen ganz still.

Anfangs September entleibte sich der Adjunkt des Steueramtes in Reichenberg Franz Fiedler. Die Pressorgane Reichenbergs gaben an, er habe dieses aus Geistesstörung gethan. Abgeordneter Choc führte in seiner Interpellation über diesen traurigen Fall im Abgeordnetenhause am 6. November 1902 unter anderem folgendes an: „Anfrage des Abgeordneten Choc und Genossen an Ihre Excellenzen die Herren Minister des Innern, der Justiz und der Finanzen. „Zufolge einer Zeitungsnachricht endete am 6. September l. J. der k. k. Steueramtsadjunkt Franz Fiedler in Reichenberg durch Selbstmord. Laut der aus deutschen Quellen geschöpften Nachrichten soll er dies in unzurechnungsfähigem Zustande verübt haben. Das kann jedoch entschieden nicht der Fall sein. Der verstorbene Herr Franz Fiedler war und konnte nicht irrsinnig sein,

schon deswegen nicht, weil er von den Beamten des k. k. Hauptsteueramtes in Reichenberg die grösste Agende mit dem besten Erfolge besorgte.

Der verstorbene Franz Fiedler hat eine in sehr raffinirter Weise durchgeführte Defraudation des deutschen Kollegen Kuh enthüllt, über welche, da diese Angelegenheit einen Deutschen betraf, in die Oeffentlichkeit nicht gedrungen ist, für welche Umsicht ihm seitens der Finanz-Landesdirektion in Prag eine besondere belobende Anerkennung zutheil geworden ist. Von seiner Zurechnungsfähigkeit zeugt bestimmt auch der Umstand, dass er vor dem Tode zwei vollkommen zusammenhängend und verständlich geschriebene Briefe abgesendet hat, und zwar an seine Mutter und an seine Wohnungsgeberin. Die Ursache des tragischen Todes des jungen Mannes ist nur in den bei dem k. k. Hauptsteueramte in Reichenberg herschenden Verhältnissen zu suchen, über welche sich Franz Fiedler bei seinen Freunden oft beklagt hatte. Den Dienst des Hauptkontrolors versieht bei diesem Amte ein gewisser Ermold, welcher den verstorbenen Franz Fiedler mit besonderer Vorliebe aus dem Grunde verfolgte, weil Franz Fiedler ein aufrichtiger Böhme war; für die korrekte und genaue Erfüllung der Pflichten, wofür derselbe mit dem Belobungsdekrete ausgezeichnet wurde, konnte er doch diesen musterhaften Beamten nicht chikaniren. Infolge der beständigen Chikanen, Sekkaturen, Spöttereien und Verfolgungen seitens dieses Ermold war der verstorbene Franz Fiedler oft nervös aufgeregt, welcher von Ermold verschuldete Zustand nunmehr für die Behauptung ausgenützt wird, dass der Verstorbene geisteskrank gewesen sei und dass er sich infolge Geistesstörung ermordet habe. Um diesen unerträglichen Verhältnissen zu entgehen, hat Herr Franz Fiedler wiederholt um seine Versetzung angesucht, aber sein letztes Ansuchen wurde gerade vor seinem Tode abschlägig beschieden. Am Tage vor seinem Tode hatte er den letzten Auftritt mit dem Oberkontrolor Ermold, welcher ihn in roher Weise verhöhnte und ihm seine Krankheit vorwarf.

Dem Beispiele ihres Vorgesetzten Ermold folgten

auch die übrigen deutschen Beamten, indem sie den Franz Fiedler beleidigten und den von allen Seiten verfolgten Kollegen verhöhnten, dessen einziger — in ihren Augen allerdings schrecklicher — Fehler seine Nationalität war. Im Hinblicke auf diese unglaublichen Thatsachen fragen die Gefertigten: „Sind Euere Excellenzen geneigt, durch eine unparteiische und eingehende Untersuchung und namentlich durch Einvernehmung aller dem k. k. Hauptsteueramte in Reichenberg zugetheilten Beamten die Wahrheit der angeführten Angaben sicherstellen zu lassen und durch eine strenge Bestrafung der Schuldigen eine Wiederholung ähnlicher trauriger Fälle hintanzuhalten?“ Solcher Fälle gibt es viel. Wie weit diese Dinge im sogenannten Deutschböhmen gekommen sind, darüber gibt uns ein Bild der Bericht des „Prager Tagblat“ vom 10. November 1902. Das Blatt berichtet folgendes:

Protestversammlungen gegen die Ernennung czechischer Beamten für Deutschböhmen.

Leitmeritz, 9. November. (Priv.) Gestern fanden hier die Protestversammlungen gegen die Ernennung czechischer Beamten für Deutschböhmen statt, zu denen die Ernennung eines czechischen Staatsanwaltes für Leitmeritz den unmittelbaren Anstoss gegeben hatte. Die Delegirtenversammlung fand in der Elbschlossbrauerei statt und es waren hiezu mehr als 400 Delegirte der Gemeinden und Bezirke des Leitmeritzer Kreisgerichtssprengels, sowie die Abgeordneten Borjan, Siegmund, Tschan, Wolf, Dr. Funke, Ungermann und Schreiter erschienen. Abg. Dr. Funke begrüsste die Versammlung namens der deutschen Stadt Leitmeritz, besprach die Stellung der Deutschen in Böhmen und wies auf die Umtriebe der Czechen hin, die unter dem Vorgeben der Gleichberechtigung die rücksichtsloseste Alleinherrschaft im Lande anstreben. Die Czechen kommen in unsere Gaue, und die österreichischen Regierungen schicken fortwährend czechische Beamte in deutsche Gegenden, ohne zu berücksichtigen, dass wir Deutsche aufs tiefste geschädigt werden. Wir wollen, fuhr Dr. Funke fort, diesen Zu-

stand nicht mehr länger dulden, umsoweniger, als unsere Söhne dadurch von der Beamtenschaft ausgeschlossen werden. Auch in Wien nehmen die Slaven die ersten und besten Stellen ein. Die erbitterte Stimmung gegen diese Bevorzugung czechischer Beamten lebt in uns schon lange und die Ernennung des czechischen Staatsanwaltes ohne Konkursausschreibung für Leitmeritz hat sie nur zum Ausbruche gebracht. Wir werden einig und geschlossen vorgehen und mit Kraft und Entschiedenheit anstreben, dass das deutsche Volk nicht weiter geschädigt werde. Bürgermeister Sanitätsrath Dr. Müller (Teplitz-Schönau) stimmt dem Vorredner zu und bemerkt, dass auch in die deutsche Stadt Teplitz immer Czechen gesendet werden. In gleicher Weise äusserte sich Bürgermeister Dr. Ohnsorg (Aussig), Dr. Spiegelbauer (Bodenbach), Deleg. Gärtner (Tetschen) und Bürgermeister Dr. Kolb. Herr Julius Lippert als Vertreter des Bezirksausschusses Aussig führte aus, dass es in dieser Beziehung in der Schweiz besser stehe als bei uns und zwar deshalb, weil sich die Kantone ihre Beamten selbst ernennen; deshalb arbeiten auch viele von den Parteien auf die vollste Trennung der Verwaltung des Landes hin. Die Regierung könne das heute schon sehen, aber sie wolle zeigen, dass die Czechen im ganzen Lande herrschen. Es sei sicherlich möglich, dass die Regierung eine deutsche Beamtenschaft erhalte, aber diese müsse wissen, dass sie ihr Fortkommen findet. So lange aber unsere Jugend dies nicht sehe, wende sie sich der Industrie zu, wo die Czechen nicht fortkommen können. Wir hatten früher ein allzu festes Vertrauen auf die Verfassung, allein diese schützt unsere Nation nicht. Redner besprach die Gemeindewahlen in Pilsen und wies nach, dass die Beamten die Gemeinde-Autonomie ernstlich gefährden können; sie beinflussen aber auch die nationalen Verhältnisse. Ein czechischer Kreisgerichtspräsident in einer deutschen Stadt sei allein schon eine Agitationssäule; er brauche nicht die Hand zu rühren und leite deshalb doch die Agitation. Bürgermeister Langer beantragt dann die folgende Resolution: „Die Versammlung von 400 Vertretern der deutschen Bezirke und Gemeinden des

Leitmeritzer Kreisgerichtssprengels in Leitmeritz am 9. November 1902 erhebt entschieden Einspruch gegen die ohne Konkursausschreibung erfolgte Ernennung eines der czechischen Nationalität angehörigen Beamten zum Staatsanwalte bei dem k. k. Kreisgerichte in Leitmeritz und erblickt in dieser Besetzung eine Fortsetzung der von den jeweiligen Regierungen seit einer langen Reihe von Jahren bereits beobachteten Haltung, die Beamtenstellen in sämmtlichen Verwaltungszweigen der deutschen Bezirke Böhmens vorzugsweise mit Beamten czechischer Nationalität zu besetzen. Gegen diesen Vorgang, durch welchen das deutsche Volk in Böhmen zu seinen wohlerworbenen Rechten und die deutschen Beamten in ihren begründeten Ansprüchen auf das Schwerste geschädigt werden, legt die heutige Versammlung deutscher Bezirks- und Gemeindevertreter die entschiedenste Verwahrung ein und erwartet von der Regierung mit aller Bestimmtheit, dass den überwiegend deutschen Bezirken des Leitmeritzer Kreisgerichtssprengels und der gesammten deutschen Bevölkerung in Böhmen bei Besetzung von Beamtenstellen in allen Verwaltungszweigen jene Berücksichtigung zu Theil werde, auf welche die Deutschen durch die Ernennung von Beamten deutscher Nationalität vollen und berechtigten Anspruch haben.“

Es sprachen dann die Abg. Schreiter, Dr. Tschan, der zur Resolution folgenden Zusatz beantragte: „Die heutige Versammlung fordert die staatsgrundgesetzliche Feststellung der deutschen Sprache als Staatssprache, weil diese das einzige Mittel ist, den unseligen Nationalitätenstreit zu beseitigen und dem Staate eine dauernde Grundlage zu geben. Weiter fordert sie von ihren Abgeordneten, dass sie allen nationalen und wirthschaftlichen Forderungen der Tschechen, die nur auf Kosten der Deutschen in Böhmen erfolgen können, mit aller Kraft entgegentreten.“ Nachdem noch Abg. Wolf gesprochen hatte, erfolgte die einhellige Annahme der Resolution und des Zusatzantrages. — Nachmittag um 3 Uhr fand dann die Protestversammlung unter freiem Himmel auf dem Marktplatze statt. Zu dieser hatte sich eine ungeheure Menschenmenge eingefunden; die untere Hälfte des

Stadtplatzes vor dem Stadthause war voll besetzt, es waren weit über 10.000 Menschen anwesend. Die Tribüne war vor dem Stadthause errichtet. Dr. Funke erklärte in seiner Eröffnungsrede, der heutige Tag sei ein Errinnerungstag; vor 43 Jahren, am 9. November 1859, wurde auf dem Stadtplatze die Schillerfeier abgehalten. Die 43 Jahre seither seien eine Zeit des Kampfes für unser deutsches Volk gewesen, die Deutschen seien nicht zur Ruhe gekommen. Wir mussten uns nicht nur gegen den Ansturm unserer nationalen Gegner wenden, sagte Redner, sondern auch gegen die Ungunst der jeweiligen Regierungen ankämpfen. Ein Jahrtausend lang wird uns dieses Land, das wir bewohnen, streitig gemacht, wir haben uns behauptet und wir werden, so Gott will und solange unsere Kräfte reichen, auch weiter in diesem Lande für alle Zeiten für unser gutes deutsches Recht kämpfen, nur muss auch Jeder seine Pflicht voll und ganz erfüllen. Die Regierung hat unsere deutschen Gaue mit tschechischen Beamten geradezu überfüllt und durch die Ernennung eines tschechischen Staatsanwaltes für Leitmeritz die Erregung im deutschen Volke aufs Höchste gesteigert. Wir haben ein Recht darauf, dass die Beamten des Staates unsere Sprache verstehen, dass sie die Volksseele kennen, dass es unseren Söhnen möglich sei, Beamtenstellen in diesem Lande zu erlangen. Die Verbitterung im deutschen Volke ist gross, es ist keine künstliche Bewegung und wir werden diese Zustände nicht mehr dulden. Wir verlangen keine Gunst, wir verlangen unser gutes deutsches Recht. Weiteres sprachen die Abg. Schreiter und Wolf, worauf folgende Entschliessung angenommen wurde: „Die am 9. November 1902 unter freiem Himmel am Stadtplatze zu Leitmeritz tagende Volksversammlung, die von Tausenden Theilnehmern aus allen deutschen Bezirken des Leitmeritzer Kreisgerichtssprengels besucht ist, erblickt in der ohne Konkursausschreibung erfolgten Ernennung eines der tschechischen Nationalität angehörigen Staatsanwaltes für diesen überwiegend deutschen Kreisgerichtssprengel nicht nur eine Hintansetzung des deutschen Beamtenstandes, sondern auch eine arge Verletzung des natio-

nalen Gefühles der deutschen Bewohner dieses Gerichtssprengels. Die Volksversammlung erkennt in der systematisch von der Regierung betriebenden Tschechisirung des Beamtenstandes im deutschen Sprachgebiete eine schwere Bedrohung des Deutschthums in Böhmen und eine Verhöhnung des deutschen Volkes in Oesterreich, das nicht nur die Hauptstütze des Reiches bildet, sondern auch den übrigen Nationen der Monarchie die Kultur vermittelt hat. Die Volksversammlung spricht aus diesem Grunde der Regierung die schärfste Missbilligung aus, und fordert von ihr, dass sie für künftighin bei allen Gerichten und Verwaltungsbehörden der deutschen Bezirke des Kronlandes Böhmen nur deutsche Beamte und Diener anstelle und tschechische Beamten allmälig entferne; insbesondere fordert die Versammlung die ungesäumte Versetzung des für den Leitmeritzer Kreisgerichtssprengel neuernannten Staatsanwaltes. Die Versammlung bezeichnet die Aufstellung eines eigenen Beamtenstatus für Deutschböhmen als eine unbedingte Nothwendigkeit zur Heranziehung von deutschen Beamten. Die heutige Versammlung erwartet von den deutschen Abgeordneten aller Parteien, dass sie einig zusammenstehen in der rücksichtslosen Wahrung aller nationalen Rechte des deutschen Volkes und dass sie, wenn nöthig, auch zu den schärfsten parlamentarischen Mitteln greifen, um dem deutschen Volkswillen endlich Geltung zu verschaffen."

Alle hier vorgebrachten Reden beruhen keinesfalls auf objektiver Wahrheit, im Gegentheil, das wissen diese Redner sehr genau, aber gehetzt muss werden, das ist die Hauptsache. Dr. Funke weiss sehr genau, dass in Wien bei den Ministerien und Centralstellen kein einziger hoher Staatswürdenträger böhmischer Nationalität ist, aber das geniert ihn ganz und gar nicht das Gegentheil zu behaupten. So wird die Brandfackel des wildesten nationalen Hasses in das Volk hineingetragen, das Ende davon wird in absehbarer Zukunft eine furchtbare Revolution sein. Das beweisen die Hussitenkriege und der 30jährige Krieg. Wer Wind säet, muss Sturm ernten. Wehe aber den Regierungsorganen, die derartige wüste

Orgien des Nationalhasses zulassen, ja mehr noch, heimlich diese fördern in ihrer eigener Kurzsichtigkeit. Oesterreichs innere Feinde sind gefährlicher und furchtbarer als die preussischen Regimenter. Staatsanwalt Löw, der im September 1902 nach Leitmeritz versetzt wurde, ist überhaupt nicht böhmischer Nationalität, sondern eher hebräischer Abkunft. Er gieng bei seinem Amtsantritt allen Notabeln in der Stadt sich vorstellen, darunter auch dem Dr. Funke selbst, der ihn freundlichst empfieng. Staatsanwalt Löw, wenn er in der Amtslokalität von Jemandem böhmisch begrüsst wird, dankt konsequent deutsch! Und seinetwegen veranstaltete Dr. Funke den Protesttag in Leitmeritz am 9. November. Ja, wenn man den Hund prügeln will, findet man den Stock. Die Herren à la Dr. Funke brauchen den Nationalitätenhader seinetwillen selbst, er ist ihr Erwerb, ihr Brod.

X. Die Sprachenfrage und die Anträge Dr. Koerbers im Abgeordnetenhause.

Wie wir schon angeführt haben, hat Ministerpräsident Dr. Koerber Mitte Oktober 1902 ein Sprachengesetz dem österreichischen Abgeordnetenhause unterbreitet. Ueber Antrag des Dr. Kramář wurde im Abgeordnetenhause am 6. November eine Debatte über die Sprachgesetzentwurfe Dr. Koerbers eröffnet.

Der Abgeordnete Biankini schilderte die furchtbaren Zustände im Süden der Monarchie. Er sagte nach dem stenogr. Protokoll folgendes: Hohes Haus! Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident hat in seiner programmatischen Rede am 16. Oktober über die Regelung der Sprachenfrage — vielleicht nach dem bekannten römischen Grundsatz: De minimis non curat praetor! — vergessen, dass diese Frage nicht bloss die mit so viel Unrecht, Undankbarkeit und Unvorsichtigkeit gekränkte und misshandelte böhmische Nation beunruhigt, sondern auch die übrigen slavischen Völker, insbesondere die Kroaten und Slovenen im Süden der Monarchie. Ja, meine Herren! Da nun einmal diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wurde, so haben auch alle übrigen Völker wenigstens das Recht zu erfahren, was der Herr

Ministerpräsident darüber denkt und wie er ihren Rechtsansprüchen genüge leisten will, umsomehr, als er im Juni vorigen Jahres in diesem hohen Hause die feierliche Erklärung gab: „Wir werden gegen kein Volk dieses Reiches regieren, wir wollen Gerechtigkeit für alle Völker. Darin erblicken wir unsere politische Ehre, die wir unbefleckt erhalten wollen." Durch die Begrenzung der Regelung der Sprachenverhältnisse für Böhmen und Mähren allein — über die berühmten „Grundzüge" für diese Regelung will ich heute nicht meritorisch sprechen, aber ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, dass mit solchen ungerechten und unvernünftigen Grundzügen, der Abzugsmarsch dieses Ministeriums schon im Zuge ist — hat Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident nicht Gerechtigkeit für alle Völker geübt, hat nicht seiner vorjährigen Erklärung entsprochen. Gegen einen solchen Vorgang müssen wir auf das entschiedenste Einspruch erheben. Insbesondere müssen wir, Kroaten und Slovenen, dagegen protestiren, weil die Regelung der Sprachenfrage an unseren südlichen Grenzen nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, der Ruhe und Ordnung für unsere Heimat ist, sondern auch eine Frage der Sicherheit, des Friedens und Ansehens für die ganze Monarchie. Meine Herren! Die gewaltsame und ungerechte Aufrechthaltung der italienischen Sprache in den k. k. Aemtern von Triest und Istrien, und die infolge dessen antinationale Regierungspolitik schafft dortselbst bereits eine derartige Verwirrung, dass jeder Mensch mit Kummer erfüllt werden muss, wenn er nur ein bisschen patriotisch fühlt und denkt. Das, was seit einiger Zeit im Süden des Reiches, infolge der ungerechten Amtssprachverhältnisse und der Machinationen des benachbarten Italiens, im Namen der italienischen Sprache und Kultur vorfällt, kann man absolut nicht länger dulden, und es ist die letzte Stunde, hier ohne Rückhalt darüber zu sprechen. Meine Herren! In keinem Staate der Welt würde eine so unverschämte Agitation erlaubt sein, wie man sie hier von Seite Italiens duldet. (Abgeordneter Klofáč: Und Preussens!) Nicht so wie von Seite Italiens. Es scheint, als hätte die habsburgische

Monarchie nicht mehr ihre festgesetzten Grenzen im Süden; es scheint, als hätte die habsburgische Monarchie keine Minister und keine Beamten mehr, um ihre Interessen und die Interessen der grossen slavischen Majorität ihrer südlichen Bevölkerung zu wahren! Italienische Senatoren, wie zum Beispiel Pasquale Villari, kommen zu uns und inspiciren die Schulen des Vereines „Lega Nazionale“, als wären sie österreichische Schulinspektoren. (Abgeordneter Choc: Stehen sie unter der Inspektion Italiens?) Natürlich, ich werde darüber später noch sprechen. Irredentistische Agenten jeder Art aus dem Nachbarstaate, irredentistische und Regierungszeitungen erregen die italienische Partei in unseren Ländern und reizen sie gegen die Kroaten und Slovenen auf, welche auch aus dem Dienste und Arbeitsstellen aus nationalem Hass weggejagt und durch Italiener des Königreiches ersetzt werden; solche Italiener organisiren, disponiren und spielen die Herren in unserem Heimatland, mit einem Worte infolge der Indolenz und Blindheit der österreichischen Regierung — das ist noch zu wenig gesagt — und ihrer antislavischen Politik im Süden der Monarchie betrachten sich die überseeischen Irredenten in Triest und Istrien schon als wie im eigenen Hause und lauern nur auf den Moment, in welchem ihnen die reife Frucht in den Schoss fällt. (Abgeordneter Spinčič: Beim Tode Franz Josephs sagen sie!) So etwas sagen auch die Magyaren. Die irredentistischen Komités in Italien, die italienische Presse, ja sogar viele italienische Staatsmänner und Würdenträger verkünden dies klipp und klar, so dass es Jeder einsehen muss, der nicht blind und taub ist. Ich will hiefür nur einen Beweis anführen, und zwar einen der zuletzt vorgefallenen. Im September dieses Jahres war in Neapel eine grosse, jedoch traurige Feierlichkeit. Man feierte das Andenken des bekannten italienischen Radikalen und Irredentisten Imbriani, der im Vorjahre verstorben war. Abgeordnete, Senatoren, Staatsbeamte, zahlreiche Bürger erschienen bei dieser Feier. Die Festrede hielt der bekannte italienische Gelehrte Bovio. Seine Ausführungen waren von ausserordentlicher Begeisterung erfüllt. Er schloss

mit einem Appell an den verstorbenen Imbriani und sagte, als ob er mit dessen Schatten spräche: „Was willst Du, Imbriani?“ „Ich will weder das Zwangsdomicil, noch Blei mit Hunger“ — erwiderte Imbriani durch den Mund Bovio's — „Ich stehe am Quarnero und erwarte die Italiener!“ Bei Erwähnung des Quarnero entstand unter den vielen Anwesenden ein unbeschreiblicher Enthusiasmus, und stürmischer Applaus begrüsste den Redner. Meine Herren! Das sind die Früchte der antislavischen österreichischen Politik im Süden der Monarchie, die Früchte jener Politik, welche der Sprache der Kroaten und Slovenen in Triest und Istrien — die doch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen — keinerlei Recht in den kaiserlichen königlichen Aemtern zuerkennt, welche sie seit Decennien mit Gewalt in den Aemtern und Schulen und auch — horresco referens — in den Kirchen entnationalisirt und zur Sklaverei erniedrigt! Das sind die Früchte einer ungerechten und unsinnigen Politik, welche den 20.000 Slovenen der Stadt Triest nicht einmal eine Elementarschule bewilligen will. (Abgeordneter Choc: Sowie in Wien!) Jawohl! Ebensowie in Wien! Das sind die Früchte einer wahnsinnigen Politik, welche zuletzt der Diöcese von Triest einen Bischof aufgedrungen hat, welcher mit der riesigen Mehrheit der Bevölkerung nicht verkehren kann, weil er nicht ein Wort slovenisch oder kroatisch versteht. (Abgeordneter Dr. Verzegnassi: Er spricht alle Sprachen, kroatisch, slovenisch, was Sie wollen!) Das ist nicht wahr, er spricht italienisch und deutsch. (Abgeordneter Lenassi: Und serbisch, aber nicht kroatisch.) Ich bitte, Herr Kollege, die kroatische und serbische Sprache ist eine und dieselbe.

Und diese furchtbaren Folgen des österreichischen Regierungssystems an der Adria beobachten wir, meine Herren, in noch grösserem Massstabe seit mehr als einem Jahre, seitdem Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident v. Koerber das Wort sprach: „Wir wollen Gerechtfertigkeit für alle Völker. Darin erblicken wir unsere politische Ehre, die wir unbefleckt erhalten wollen.“ Nun, wie zum Hohne erklärte er uns am 16. Oktober d. J. feierlich, dass er nun-

mehr zur Regelung der Sprachenfrage schreite, wobei er nur an Böhmen und Mähren — oder richtiger gesagt, nur an die Deutschen von Böhmen und Mähren — denkt, die südlichen Ländern vergessend, wo ein periculum in mora alltäglich vorhanden ist, wo stündlich die Ungerechtigkeit der österreichischen Regierung offen zutage tritt, und wo die italienische Propaganda mit elementarer Gewalt immer weiter um sich greift, das kroatische und slovenische Element in Triest und Istrien vernichtend, welchem doch in dieser Monarchie Schutz und Heil versprochen wurde. Aber nur versprochen. Hohes Haus! Was speciell Dalmatien anbelangt, fühlte es sich bis jetzt ziemlich sicher gegenüber den irredentistischen Umtrieben, wenngleich auch dort die italienische Amtssprache der österreichischen Behörden grosse Ungelegenheiten, Schaden und Ungerechtigkeiten für das nationale Leben der Kroaten zeitigte. Und doch, wenn irgendwo, so ist die Lösung der Sprachenfrage in Dalmatien am einfachsten und leichtesten, weil Dalmatien das einzige Land in Cisleithanien ist, in welchem ein einziges Volk lebt, und zwar das kroatische. Nach der letzten amtlichen Statistik leben in Dalmatien 565.329 Einwohner, welche kroatisch sprechen und nur 15.240 Einwohner, welche italienisch sprechen. (Abgeordneter Dr. Klaič: Nur italienisch sprechen, aber keine Italiener sind!) Gewiss! Der dalmatinische Landtag, der Landesausschuss, die Gemeinden in ganz Dalmatien, alle autonomen Institute, mit Ausnahme derer von der Stadt Zadar (Zara), gebrauchen die kroatische Amtssprache. Darum fordern schon seit zwanzig Jahren die Gemeinden Dalmatiens, der dalmatinische Landtag und das ganze Volk, mit Ausnahme von sehr wenigen Renegaten, die Einführung der kroatischen Sprache auch in den öffentlichen Regierungsämtern (Abgeordneter Skála: Aber das wäre zu gerecht, das kann die österreichische Regierung nicht!) — ja, natürlich — umsomehr, als kein Gesetz besteht, welches die italienische Amtssprache in Dalmatien vorschreibt; umsomehr, als die italienische Sprache in Dalmatien ein Ueberrest der venetianischen Herrschaft ist, ein

Ueberrest der alten Ungerechtigkeiten, ein grober Abusus. Nur für das Oberlandesgericht Dalmatiens besteht eine Verordnung der kaiserlichen Hofkanzlei vom Anfange des vorigen Jahrhundertes, welche die italienische Sprache als Amtsprache vorschrieb. Für alle anderen Aemter in Dalmatien besteht also nicht einmal eine Verordnung, nicht ein Blatt Papier, wie Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident die Verordnungen genannt hat, durch welche die italienische Amtsprache in Dalmatien berechtigt wäre.

Aber es besteht doch das natürliche und nationale Recht des kroatischen Volkes, es besteht die eherne Tafel des Artikels XIX St.-G.-G. (Zustimmung), nach welchem allein die kroatische Sprache in Aemtern Dalmatiens walten müsste. Trotzdem, meine Herren, trotzdem, dass der dalmatinische Landtag in jeder Session schon seit 20 Jahren die kroatische Amtssprache fordert, wird ohne gesetzliche Grundlage, ohne irgendwelche Verordnung die italienische Amtssprache nicht nur weitergeführt, es wird sogar jetzt die deutsche als Amtssprache vielfach in Anwendung gebracht, obwohl keine Deutschen da sind. (Abgeordneter Skála: Noch ein grösserer Galimathias!) Also noch eine grössere Ungerechtigkeit.

Wo könnte in der civilisirten Welt so etwas vorkommen, in einem kroatischen Lande das Singen von kroatischen Liedern zu verbieten? (Zwischenruf: Ganz unschuldige Lieder?) Jawohl, ganz unschuldige! Der neue Statthalter von Dalmatien eröffnet sich nicht mit einem solchen Vorgehen den Weg zu jenen glorreichen, dem kroatischen Volke nützlichen, und mit so viel Sehnsucht von uns erwarteten Thaten, die uns Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident in Aussicht gestellt hat. Solche Thaten gereichen keinem Statthalter und keiner Regierung zum Ruhme! (Das ist eine Schande!) Und alles das, meine Herren, geschieht in Oesterreich, während man in Italien öffentlich und in Gegenwart der Regierungsorgane die niederträchtigsten Beleidigungen gegen das kroatische Volk, gegen die habsburgische Monarchie und sogar gegen die erhabene Person unseres Monarchen schleudert! Und alles das geschieht in Oesterreich,

während in Italien der Dichter Gabriele d'Annunzio sich öffentlich in den Zeitungen entschuldigt, dass er nicht bei der Inaugurationen der istrianischen Fahne im September dieses Jahres in Rom anwesend sein konnte und verspricht eine Ode zu verfassen und sagt (liest): „E la stampa della mia ode sarà venduta benefizio della Lega Nazionala irredentistia“, das heisst: „Und die Auflage meiner Ode soll zu Gunsten der irredentistischen Lega Nazionale verkauft werden.“ Und Alles das geschieht in Oesterreich, während aus Italien derselbe Gabriele d'Annunzio — (Abgeordneter Dr. Bartoli: Er ist ein Dichter!) Ich habe schon gesagt, dass er ein Dichter ist, aber das entschuldigt ihn nicht — an die neue Gesellschaft „Innominata“, welche in Triest auch im September dieses Jahres gegründet wurde und zu welcher die italienischen Studenten der sogenannten „Venezia Giulia“ gehören, schreibt (liest): „La vostra vittoria finale è certa, come è certo che il Colosseo di Pola da tutte le sue bocche di pietra ripete di continuo il nome di Roma al mare . . . .“, was deutsch lautet: „Euer endlicher Sieg ist sicher, sowie es sicher ist, dass das Colosseum von Pola aus allen seinen steinernen Münden immerwährend wiederholt den Namen von Rom am Meere . . . .“ (Abgeordnete Dr. Scheicher: Das ist sehr interessant!) Sie werden noch mehr Interessantes hören! Und alles das geschieht in Oesterreich, während in Italien im „Mattino“, welcher, wie man sagt, vom Minister des Aeussern Prinetti inspirirt ist, bedauert wird die Unhöflichkeit des Wiener Hofes und — das sind seine eigenen Worte — „dell'Austria birbatica“: das heisst: des gaunerischen Oesterreichs. (Abgeordneter Verzegnassi: Das ist nicht schlecht gemeint: Birbatica!) Gewiss, so etwas werden Sie sich nicht gefallen lassen. Aber Sie werden noch etwas mehr hören.

Und alles das geschieht in Oesterreich, während in Italien die Zeitung „Il Don Marzio“ Oesterreich den Usurpator des Balkans nennt und mit den extremsten Mitteln droht. Und alles das geschieht in Oesterreich, während in Italien „Il popolo Romano“, das officielle Italien und die italienische Bevölkerung

aufruft, Geld zu sammeln für die „Lega Nazionale", um das Italienerthum — das sind seine eigenen Worte — in Dalmatien lebendig zu erhalten. Und alles das geschieht in Oesterreich, während in Italien „La Capitale" schreibt, man muss Dalmatien für Italien durch die wirksamste Propaganda losmachen. Und alles das geschieht in Oesterreich, während in Italien, in dem Hofe der römischen Universität auch heute noch eine Steintafel zu Ehren Oberdanks steht mit einer Inschrift, welche eine blutige Beleidigung unseres Monarchen ist, und den Dichter Carducci zum Verfasser hat.

Und Alles das geschieht in Oesterreich, während in Italien .... — aber, meine Herren, ich würde nicht so bald endigen, wenn ich mich noch ausführlicher mit diesen schändlichen Vorkommnissen befassen wollte. Ich sage nur soviel: Die Geduld von uns Kroaten und Slovenen ist erschöpft, und die Regierung spielt insbesondere in Dalmatien ein gefährliches Spiel. Solchem gefährlichen Spiel muss die nächste Landtagssession in Dalmatien ein Ende machen, wenn man auch zu den extremsten Mitteln greifen müsste. Weil wir auf das tiefste überzeugt sind, dass diesen abnormalen Zustand an der adriatischen Küste nur die ungerechte Politik der Regierung gegen die Kroaten und Slovenen und gegen ihre Sprachenrechte geschaffen hat und erhält, und dass daher die österreichische Regierung selbst die grösste Stütze des Irredentismus, sowie sie auch die Ursache aller unserer Leiden und unseres Unglückes ist.

Meine Herren! Es ist so weit gekommen, dass es für uns Kroaten und Slovenen an der adriatischen Küste keinen Ausweg mehr gibt, noch Zeit zu verlieren. Entweder muss der abnormale Zustand bald aufhören, infolge einer radikalen Aenderung der Regierungspolitik, oder wir müssen andere Mittel und Wege finden, wenn es auch die verzweifeltesten wären, um unsere nationale Existenz zu retten. Der sündhafte Quietismus der österreichischen Regierung ist für uns schon unerträglich und verhängnisvoll. Meine Herren! Ich muss jetzt schliessen. Aber angesichts aller schweren angeführten Thatsachen will ich bei

dem Schlusse einige Anfragen an Seine Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten richten. Erachtet es der Herr Ministerpräsident nicht als höchst zeitgemäss, die Sprachenfrage im Süden der Monarchie zu regeln? Wer verwehrt ihm, wenigstens in Dalmatien, sofort die kroatische Amtssprache einzuführen, wie dies der Landtag seit mehreren Jahren verlangt? Wer verwehrt ihm, dass er mit energischer Hand die Einmischung der italienischen Irredenta in innere Fragen der südlichen Länder abweise und mit einer gerechten Politik einer unverschämten Agitation ein Ende mache, einer unverschämten und frechen Agitation, die selbst unter den feindlichsten Staaten der Welt nicht erlaubt würde, geschweige denn in Staaten, die mit einander verbündet sind? Hohes Haus! Wahrscheinlich wird Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident — ich wünsche mich zu irren — auf diese Fragen nicht antworten, ebensowenig wie Seine Excellenz der Herr Minister des Aeussern, Graf Goluchowski, der nach seinem kolossalen Triumphe in der Angelegenheit des San Girolamoinstitutes sich nun mit einem neuen frischen Lorbeerkranz der italienischen Irredenta an den Gestaden des adriatischen Meeres schmücken kann. Diese Fragen werden aber schon heute von den erbitterten Kroaten und Slovenen an der Adria mit dem verzweifelten himmelschreienden Ausrufe beantwortet: Wir sind verrathen in diesem Reiche! Für uns gibt es hier weder Schutz noch Gerechtigkeit! Möge dieser verzweifelte Ausruf wenigstens bis zu den Stufen des Thrones gelangen, wo wir noch einen Rettungsanker erblicken wollen. Das sind wahrhaft schauerhafte Bilder innerer Zustände Oesterreichs.

XI. Der Antrag der Deutschen zur Regelung der Sprachenfrage im Königreich Böhmen.

Auf das Drängen der Koerberischen Regierung haben am 4. December 1902 die Parteigruppen des verfassungstreuen Grossgrundbesitz, der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei ein umfangreiches Elaborat zur Regelung der Sprachenfrage im Königreich Böhmen veröffentlicht.

Gegen diesen Vorschlag erhoben entschiedenen Widerstand die Deutschnationalen, die Schönerianer und die Alldeutschen der Wolfpartei. Aber selbst Organe derjenigen Gruppen, welche den Vorschlag unterschrieben, nehmen gegen ihn Stellung. So schreibt das „Tiroler Tagblatt“: „Das unter langer und „mühseliger“ Arbeit zu Stande gekommene Elaborat hat bei den grossen deutschen Parteien eine merklich kühle Zustimmung erfahren, ein bedenkliches Zeichen gegenüber den vorlauten Hoffnungen, die man auf dasselbe setzte. Dieser vernichtende Achtungserfolg darf uns nicht Wunder nehmen, wenn wir bedenken, dass er von den gemässigten und vorsichtigen deutschen Parteien ausgegangen ist und hauptsächlich der Grossgrundbesitz ihm Gevatterschaft gestanden ist. Wir sind der Meinung, dass es viel besser wäre, im Falle neuerlich in nationalen Fragen wichtige Entscheidungen gefällt werden sollen — und an solcher Gelegenheit fehlt es in Oesterreich, dem Eldorado des Sprachenstreites, ja nie — wenn von radikaler Seite ernste und beachtenswerthe, den Wünschen der überwiegenden Wählerschaft entsprechende Vorschläge gemacht werden würden, denn zum Abschwächen allzu hochgespannter Forderungen käme der Grossgrundbesitz immer noch zu rechter Zeit in Aktion. Es wird aber auch die nationale Bewegung sicherlich nichts verlieren, wenn der Grossgrundbesitz trotz seines klingenden Namens nicht die Führung übernehmen würde, er hat bis heute allen jenen völkischen Unternehmen nur einen schimmernden Aufputz gegeben, keineswegs aber denselben das herzliche und aufrichtige Interesse für das Volkswohl beigestellt Wir brauchen weder die Rathschläge eines Baernreither's, noch des aristokratischen Grafen Stürgkh, noch überhaupt die vornehme Politik eines Grossgrundbesitzes, der, wenn wir auch einigen Einfluss desselben auf das Volk nicht leugnen, doch nicht dessen Zuneigung oder gar das Verständnis für die Sache desselben besitzt. Abgesehen von der nationalen Schwäche des Elaborates fällt dem aufmerksamen Leser desselben auch seine Undurchführbarkeit sofort ins Auge, und das wäre noch das Beste

daran. Der voluminöse Komplex von Forderungen, denen jeder klare Gedanke fehlt, müsste erst durch Gesetze geregelt werden, die endlose Erörterungen voraussetzen und einen ausgedehnten Beamtenorganismus zur Durchführung beanspruchen, um selbst nach einer nothdürftig erreichten Einigkeit den Staat in noch grössere nationale Wirren zu stossen. Ein Blatt Papier will das Schicksal der Deutschen in Böhmen bestimmen, das Blatt aber wird eher vergilben, als dass die Deutschen Böhmens seinem Rathe folgen. Sie werden das Papier in der Hand zerdrücken und selbst ihre Stimme erheben, umso lauter und eindringlicher, damit ihren richtigen Klang und Inhalt selbst die Herren am grünen Tische nicht mehr missdeuten werden können."

Die Koerber'sche Regierung möchte mit aller Gewalt den Sprachenstreit lösen, allerdings zu Gunsten der Deutschnationalen. Die slavischen Völker werden jedoch derartigen Vorschlägen niemals zustimmen, sie rufen nach Wien: gibt uns unser Recht, gibt uns die Gleichberechtigung, die uns nach sichtlichem und göttlichem Rechte auch gehört.

Ein Pressjude schrieb über diesen Antrag der Deutschen in ein reichsdeutsches Blatt von Wien aus am 2. December 1902 folgendes: Wäre alle Arbeitskraft und geistige Anstrengung, die seit Jahren an den unfruchtbaren Sprachenstreit in Böhmen verschwendet wird, für echte Volksgüter verwendet worden, so hätten die Völker Oesterreichs schon ein ganz hübsches Kapital zurückgelegt. Jetzt wird aufs neue an Verständigungsformeln gearbeitet, und in erster Linie ist wieder dem unermüdlich thätigen Abgeordneten Dr. Baernreither die Aufgabe zugefallen, die Grundlagen für die Berathung zu schaffen. Sein Entwurf wurde von einem Komitee deutschböhmischer Abgeordneten durchberathen, fertiggestellt und wird heute den verbündeten deutschen Klubs zugehen, um wahrscheinlich morgen bereits der Regierung und den Tschechen zur weiteren Behandlung übergeben zu werden. Immer wieder muss man hervorheben, dass der Grundstein zur gesetzgeberischen Arbeit, auch in der Sprachenfrage, nur von den Deutschen gelegt wird.

Die Tschechen geben sich nie die Mühe, eine brauchbare Unterlage zu schaffen, sondern treten einfach mit ihren nationalen Forderungen hervor, ohne den Versuch einer Lösung der schwebenden Fragen zu machen. Dagegen haben die Deutschen bereits in dem Pfingstprogramm von 1899 eine werthvolle Arbeit geliefert, und auch jetzt wieder geht von ihnen ein Gesammtvorschlag aus. Es ist dieselbe Geschichte wie bei den Verfassungsentwürfen des Kremsierer Reichstags 1849, wie bei der Feststellung der jetzt geltenden Verfassung von 1867 und wie bei jedem der Grundsätze, welche in den letzten 50 Jahren die Zustimmung des Parlamentes und zuletzt auch die der Krone erhalten haben. So laut die Slaven auch lärmen, wenn es sich um die Geltendmachung nationaler Ansprüche handelt, sind es doch immer wieder die Deutschen, welche das beste Stück staatlicher Arbeit in Oesterreich verrichten. Man hat für das jetzige Verständigungsprogramm zu den gediegenen Vorarbeiten Pleners über die nationale Abgrenzung in Böhmen und über eine daselbst zu schaffende Kreiseintheilung zurückgreifen müssen, und Baernreither ist bestrebt gewesen, diese Vorschläge nur in die für den jetzigen Augenblick zeitgerechte Form zu giessen. Wie nun werden die Tschechen diese Vorschläge aufnehmen? Man ist allgemein der Ansicht, dass sie dieselben nicht von der Schwelle zurückweisen, sondern als Grundlage der Verhandlungen akceptiren dürften. Eigentlich handeln sie darin sehr inkonsequent, da die Deutschen gewiss mehr fordern werden, als Hr. v. Körber in den bekannten Grundzügen vorgeschlagen hat. Ueber die letzteren ergoss sich eine ganze Fluth des Hohnes seitens der tschechischen Wortführer Herold, Kramař und Fořt, während sie sich vermuthlich dazu herbeilassen werden, die Anträge der Deutschen zu prüfen. Sie haben, um bei ihren Landsleuten populär zu bleiben, zuerst der Göttin des Streites eine Hekatombe dargebracht, jetzt aber werden sie hoffentlich einlenken, weil die Unfruchtbarkeit ihrer Politik sonst offen zutage läge. Im besten Falle werden die Verhandlungen eine Basis ergeben, auf der im Reichsrath und in der nächsten Session

des böhmischen Landtages durch Lösung der Aufgaben, die nach der Reichsverfassung diesen beiden Körperschaften zustehen, allgemach weitergebaut werden kann. Muss es, der Natur der Sache nach, doch Monate dauern, bis der böhmische Landtag seine verfassungsmässig erforderlichen Gutachten über die Abgrenzung der Gerichtsbezirke erstattet hat. Die Kernfrage, um die es sich jetzt handelt, ist die, ob während dieser langwierigen und nicht gerade hoffnungsreichen Arbeit die Obstruktion ruhen wird. Alles andere ist Zukunftsmusik. Gegenüber der Verwirrung, die jetzt in Oesterreich herrscht, wäre es schon eine Art Rettung, wenn man sechs oder auch nur drei Monate Frist erhielte, um einen Zolltarif, wie überhaupt den Ausgleich mit Ungarn durchzuberathen. Man ist sehr bescheiden geworden, und Herr v. Körber würde schon alles Lob ernten, wenn er durch seine zähe Geduld dieses Ergebnis erzielen könnte.

In dieser Tonart wird systematisch in der Presse in und ausserhalb Oesterreichs gegen das böhmische Volk und seine Vertreter gearbeitet. Dieser Pressjude weiss nicht, dass Franz Palacký im Jahre 1848 ein genau ausgearbeitetes Elaborat dem nach Wien zum erstenmal einberufenen Reichsrath unterbreitete, in welcher Weise Oesterreich regiert werden sollte. Man hat natürlich von Seite der Deutschen wie von Seite der Regierung diese Vorschläge Palacký's hochmütig ignoriert. Und das geschieht bis heute.

Die Sache ist doch begreiflich. Wenn die Deutschen fort und fort sagen, sie müssen die Regierer Oesterreichs sein, dann werden sie doch nicht eine Regierungsform annehmen, welche von slavischen Vertretern ausgearbeitet ist, und wäre sie noch so gerecht. Und nun sagt der schlaue Pressjude, die Slaven haben überhaupt noch kein klares Verfassungsprojekt für Oesterreich ausgearbeitet. Es soll nur dieser Pressjude die Archive des Parlaments in Wien und des Landtages in Prag ein wenig lüften, er müsste so alt werden wie Methusalem, wollte er alle Anträge auf Regelung der Verfassung in Oesterreich, die von slavischen Vertretern verschiedenmale der Regierung zur Verfügung gestellt worden sind, durchlesen.

Die alldeutschen Abgeordneten haben dem Dr. Baernreither folgenden Speiszettel verabreichen lassen. „In Erwiderung Ihrer geschätzten Zuschrift vom 28. d. M. kann ich mit Beziehung auf die neulich gepflogene Rücksprache nur wiederholen, dass die Alldeutsche Vereinigung unverrückt den Standpunkt einnimmt, dass mit der gesetzlichen Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache, die sie zur Sicherung der führenden Stellung unseres Volkes in Oesterreich und zur Wahrung des deutschen Charakters unseres Staates fordert, die Einführung einer inneren tschechischen Amtssprache im direkten Wiederspruche steht und unter keiner Bedingung zuzugeben sei. Die der Alldeutschen Vereinigung angehörigen Abgeordneten aus Böhmen können und werden daher ebensowenig wie die Vereinigung an Besprechungen theilnehmen, die den Zweck verfolgen, trotzdem Bedingungen zu vereinbaren, unter denen die innere tschechische Amtssprache zuzugestehen wäre.“ Das „Prager Tagblatt“ brachte folgende Nachrichten über alldeutsche Protestversammlungen. Fischern bei Karlsbad, 13. December. Im Hotel „Adler“ fand heute Abend eine vom „Alldeutschen Verein für die Ostmark“ veranstaltete, von ca. 250 Personen besuchte, nur auf Mitglieder und geladene Gäste beschränkte Wanderversammlung statt, in welcher die Abgeordneten Schönerer, Hauck, Hofer, Iro, Kliemann, Schalk und Stein sprechen sollten. Anwesend waren jedoch nur die Reichsrathsabgeordneten Schönerer, Stein und Kliemann und Landtagsabgeordneter Peters. Letzterer eröffnete die Versammlung und ertheilte sofort Schönerer das Wort. Dieser, mit Heilrufen begrüsst, entschuldigte vorerst die durch Unwohlsein verhinderten Abg. Schalk. Berger, Hauck und Iro. Redner kam nun zu seinem Programmspunkt: „Die Sprachenfrage und die Verständigungskonferenzen“ zu sprechen und bezeichnete die neuen Vorschläge als „eine unfeierliche Einsegnung der deutschen Staatssprache durch die nächsten Verwandten derselben“. Dies sei ein offener Verrath des deutschen Volkes. Redner streifte das Pfingstprogramm, verwarf hauptsächlich die innere czechische Amtssprache, und unterzog die projektirte

Kreiseintheilung einer Kritik. Redner nahm für sich das Verdienst in Anspruch, das deutsche Volk rechtzeitig vor einem so bedeutsamen Schritte gewarnt zu haben und bezeichnete es als eine Frechheit, dass man sich erlaube, als „deutsch-böhmische Abgeordnete" den Czechen die Annahme der Sprachenverordnungen zu unterbreiten. Er verwahrte sich ferner dagegen, dass die Abg. Schücker, Siegmund, Funke u. s. w. „im Namen der deutsch-böhmischen Abgeordneten" sprechen. Nach 1³/₄stündiger Rede schloss Schönerer mit dem Dank an die Anwesenden. Nach einer kleinen Pause besprach Abg. Kliemann ebenfalls die Sprachenfrage und kam auf die Verhältnisse seit 1848 zu sprechen. Im Weiteren beleuchtet Redner die neuesten Vereinbarungen der Sprachenfrage, insbesondere die Kreiseintheilung, die zukünftigen Schul- und Lehrerverhältnisse. Die Ansicht des ungarischen Landesvertheidigungsministers über unsere deutsche Staatssprache sei eine weit freundlichere als die unseres Ministerpräsidenten Körber. Redner stellt zwei Forderungen: Feststellung der deutschen Staatssprache und Errichtung eines alldeutschen Staatengebildes. Die Sprachenfrage könne nicht durch Konferenzen, sondern müsse durch Blut und Eisen gelöst werden! (Also preussiche Regimenter werden den Sprachenstreit lösen oder etwa eine Revolution?) Abg. Stein griff verschiedene Abgeordnete und Mitglieder der Deutschen Fortschrittspartei und der Deutschen Volkspartei in scharfer Weise an und citirte deren frühere Aussprüche über die Sprachenfrage und ihre heutige Stellung zu derselben. In ausführlicher Weise verbreitet sich Redner über den Ausgleich mit Ungarn und die Bezeichnung „alldeutsch". Hierauf erhielt Stadtrath Russ aus Fischern das Wort und beantragte die Annahme einer Entschliessung, in der den Alldeutschen vollstes Vertrauen und die Zustimmung ausgesprochen wird. Die Entschliessung gelangt — nachdem einige Anwesende Wolf'scher Richtung dagegen protestirt hatten — zur Annahme. — Hierauf sprach Stadtrath Russ über die am Donnerstag im Residenz-Hotel in Karlsbad stattgefundene „Frei-alldeutsche Vertrauensmänner- Versammlung", in welcher

die bereits bekannte Entschliessung gegen den Abg. Franz Stein (V. Kurie) einstimmig angenommen worden war und ersucht den Abg. Stein, sein Mandat nicht zurückzulegen. — Hierauf wurde die Versammlung geschlossen und unter Absingung der „Schönerer-Hymne“ entfernten sich die Theilnehmer. Ueber die gestrige „Protestversammlung“ in Eger wird uns telegraphirt: Eger, 14. December. (Priv.) Die Protestversammlung Schönerers gegen die Verständigungsvorschläge war von höchstens 400 Personen besucht, darunter von vielen völkischen Arbeitern und wenigen Bauern. Die Eintrittsberechtigung wurde sehr strenge gehandhabt; auch die Wolfianer hatten keinen Zutritt. Von den Abgeordneten nahmen Schönerer, Iro, Hofer und Stein an der Versammlung Theil. Abg. Schönerer bezeichnete das Elaborat der Deutschen als ein bewusstes Attentat gegen das deutsche Volksthum Oesterreichs und als den Anfang des czechischen Staatsrechtes. Die Abg. Iro und Stein sprachen im ähnlichen Sinne. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen des Inhaltes, das Verständigungsoperat sei zurückzuweisen, bis die deutsche Staatssprache gesetzlich festgelegt sei. Die Versammlung verlief ruhig und ohne besondere Begeisterung. Dem Abg. Schönerer war nichts anzumerken, dass er eine ernstere Krankheit durchgemacht hatte.

Wir enthalten uns über diese Versammlungen eines jeden näheren Commentars. Die böhmischen Abgeordneten veröffentlichten ihre Antwort auf die Vorschläge Dr. Baernreithers am 18. December 1902. Das Elaborat wurde ausgearbeitet vom Abgeordneten Dr. Kramař.

XII. Die Fundamentalartikel.

Der Pressjude im reichsdeutschen, vom preussischen Gelde gefütterten Blatt, behauptet, dass immer wieder hervorgehoben werden muss, dass der Grundstein zur gesetzgeberischen Arbeit auch in der Sprachenfrage nur von den Deutschen gelegt wird. Derartige Presslügen über Oesterreichs innere Zustände sind an der Tagesordnung. Wie es sich in Wirklichkeit verhält, wollen wir nur einen Beweis

liefern. Als nach den schweren Niederlagen im Jahre 1866 Oesterreich blutete, wollte man in Wien Oesterreichs Völkern, die alle für das Reich bluteten, gleiches Recht ausmessen. Mit dieser Aufgabe war das Ministerium Hohenwart betraut. Auch in Böhmen sollte Ordnung geschaffen werden. Der Landtag des Königreichs Böhmen reichte dem Kaiser Anfangs Oktober 1871 eine Adresse, an welche Franz Palacký seine bekannten Fundamentalartikel angliederte. In diesen Fundamentalartikeln hatte Fr. Palacký genaue Grundlagen eines gerechten Sprachengesetzes ausgearbeitet.

Eine feierliche Abordnung des böhmischen Landtages mit Fürst Georg Lobkowicz an der Spitze, brachte die Adresse und diese Artikeln nach Wien dem Monarchen.

Aber die Fundamentalartikeln erlangten nie Gesetzeskraft. Seit der Niederlage bei Königgrätz ist Oesterreich nicht mehr Herr im eigenen Hause, es wird von Berlin aus stetig einer rücksichtslosen Kontrolle unterworfen, der es sich fügen muss. Als man in Berlin hörte, Oesterreich wolle mit seinen slavischen Völkern, deren Söhne zu Tausenden die Schlachtfelder Náchods und Königgrätz bedeckten, Ordnung machen, da wurde von Berlin aus Verbot eingelegt, und das Ministerium Hohenwart musste weichen. Seit dem durfte an der Vorherrschaft der Deutschen in Oesterreich nicht gerüttelt werden, wie die Badenischen Sprachenverordnungen und ihre baldige erzwungene Beseitigung beweisen.

Die Abhängigkeit Oesterreichs von Berlin wird stetig furchtbarer. Anfangs Januar 1903 schrieb die Brüsseler „L'Indépendance Belge" folgendes: Es besteht ein sehr berechtigtes Misstrauen gegenüber den Absichten der leitenden Kreise Berlins und der persönlichen Politik des Kaisers, die nichtsweniger als friedlich ist, trotz aller officiellen Reden und aller beruhigenden Erklärungen des Herrn von Bülow. Es gibt jenseits des Rheins eine beständige Bewegung für ein grösseres Deutschland, wie es jenseits des Kanals eine Bewegung für ein grösseres Britenreich gibt. Ist es also nicht natürlich, dass die anderen

Völker misstrauisch werden, sich beunruhigen wegen dieses Bestrebens, die Entwicklung der deutschen Macht durch Gewaltakte zu beschleunigen? Was man ferner berücksichtigen muss, ist der Umstand, dass das Berliner Kabinet seit zehn Jahren bei allen internationalen Vorfällen eine knickerig-selbstsüchtige Rolle gespielt hat. Im Orient hat es die anderen Kabinete in Stich gelassen, als es sah, dass die Regelung der kretischen Frage ihm den Verlust der profitablen Freundschaft der Türkei bringen konnte; im äussersten Osten hat es für den Führer seiner eigenen militärischen Expedition das Oberkommando über alle ausländischen Truppen gefordert, weil es hoffte, die anderen Mächte in einen Eroberungskrieg stürzen zu können, anstatt ihre Intervention auf eine einfache polizeiliche Massnahme zu beschränken. Im Laufe des südafrikanischen Konflikts hat es jeden Versuch freundschaftlicher Vermittlung zum Scheitern gebracht, obwohl eine solche die Unabhängigkeit der Republiken vielleicht noch hätte retten können. Beim Konflikt mit Venezuela endlich hat es sogleich seine Zuflucht zur Gewalt genommen, ehe es alle Mittel friedlicher Auseinandersetzung erschöpft hatte. Deutschland will eine Offensiv-Macht sein; kann man sich also wundern, wenn es von anderen bekämpft wird? Offenbar nicht, und wir glauben unsererseits, dass die gegenwärtige deutsche Aktion höchst gefährlich ist und eine ständige Bedrohung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens begründet.“ — Hier wird also auch in aller Form der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die Berliner Aspirationen die eigentliche Gefahr für den Frieden bilden, und diese Anschauung ist so ziemlich eine allgemeine und sie vertieft sich umsomehr, je hartnäckiger sie von Berlin aus bestritten wird.

Als der russische Minister des Aeussern Graf Lamsdorff Ende Dezember 1902 Wien aufsuchte, um hier eine Vereinbarung zu treffen, damit der grösste Mörder dieses Jahrhunderts Abdul Hamid an seiner Blutgier und dem Morden der Makedonier gehindert werde, auch da wurde man in Berlin unruhig, man fürchtet eine Verständigung Oesterreichs mit Russ-

land und die kann man in Berlin absolut nicht brauchen. Ein Pressjude hat in ein reichsdeutsches Blatt, das vom preussische Gelde gefüttert wird, von Wien aus folgende Korrespondenz geschrieben:

Die Bedeutung der Verhandlungen, die gestern und heute zwischen dem Grafen Lamsdorff und seinem austro-ungarischen Kollegen, dem Grafen Goluchowski, gepflogen worden sind und die auch morgen noch fortgesetzt werden dürften, erhellt schon aus dem Umstande, dass der neue deutsche Botschafter, Graf Wedel, seinen Posten absichtlich früh genug angetreten hat, um während der kritischen Zeit in Wien anwesend zu sein, und dass Marquis de Reverseaux, der französische Botschafter, seine Reise nach Frankreich und seine Vermählung, die auf die letzten Tage des Jahres angesetzt war, bis zum Januar verschob. Wien ist nach längerer Zeit, in der vorwiegend Kolonialfragen, an deren Erledigung Oesterreich-Ungarn wenig oder gar nicht betheiligt war, die Diplomatie der Grossmächte beschäftigt hatten, wieder einmal in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt worden. Die Sachlage ist verhältnismässig klar, weil kein Hehl aus den Absichten gemacht wird, die den Grafen Lamsdorff nach Wien führten. Man will die Mittel und Wege feststellen, durch welche die Türkei zur Gewährung einer gewissen Autonomie an die drei Provinzen von Saloniki, Monastir und Ueskücb, die zusammen das vielgenannte Makedonien ausmachen, bestimmt werden kann. Niemand ausser den zunächst Betheiligten weiss nun freilich, was Graf Goluchowski auf die Vorschläge des russischen Ministers geantwortet hat oder zu antworten gedenkt. Aber auch wenn man nicht den Anspruch erhebt, eingeweiht zu sein, kann man sich doch ein Bild davon machen, was Oesterreich-Ungarn zur Wahrung seiner Interessen verlangen muss. Wer in die Verhältnisse des Balkans Einblick besitzt, weiss, dass Oesterreich-Ungarn vor allem daran liegt, die der Monarchie im Berliner Vertrage 1879 gewährten Rechte festzuhalten. Dazu gehört die politische und militärische Obergewalt über das Gebiet südlich von Bosnien, von Novibazar über Mitrowitza hinaus. Dieser Landstrich, der seit

jeher den Namen Altserbien führt, bildet den Uebergang vom österreichischen Besitz in Bosnien zu den südlicheren Gebieten von Makedonien. Somit ist die Vermuthung gerechtfertigt, der österreichische Minister des Aeussern werde sich die bestimmte Zusicherung ausbedingen, dass Altserbien, welche Veränderungen immer stattfinden mögen, nicht der Machtsphäre Oesterreich-Ungarns entzogen werde. Die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn billigt es durchaus, dass die Monarchie zu einer friedlichen Verständigung mit Russland gelangt. Wenn hie und da doch eine gewisse Beunruhigung sich zeigt, so hat dies seinen Grund darin, dass die Freunde des deutsch-österreichischen Bündnisses es für einen beklagenswerthen Rückschritt betrachten müssen, wenn die Wärme der Beziehungen der beiden mitteleuropäischen Reiche durch die Annäherung der habsburgischen Monarchie an Russland Einbusse erlitte. In dieser Beziehung macht sich in der deutschen Bevölkerung Oesterreichs in der That einiges Misstrauen bemerkbar. Man ist hierzulande der Ueberzeugung, dass Russland der Monarchie nichts bieten kann, was für sie dem deutschen Bündnisse an Wichtigkeit gleichkommt. Wir hegen indessen die Zuversicht, dass diese Bedenken unbegründet sind, und dass in Wien nichts ausgemacht wird, wovon die österreichisch-ungarische Regierung nicht dem Berliner Kabinete Mittheilung macht. Jedes andere Vorgehen wäre bedenklich und würde Oesterreich-Ungarn zuletzt selbst schädigen. Denn dasselbe bedarf, wenn es sich auf altserbische und makedonische Aktionen einlässt, die immerhin Gefahren mit sich führen, des festen Rückhalts an dem stammverwandten Deutschen Reiche. So loyal die Absichten Russlands auch sein mögen, so können doch im Verlaufe der Dinge zwischen Wien und St. Petersburg An- und Absichtsverschiedenheiten auftauchen, und dann erst würde sich, wie bei den Verwicklungen von 1887, der hohe Werth des deutschen Bündnisses für Oesterreich-Ungarn erweisen. Das ist hoffentlich auch die Auffassung des Wiener Kabinets, welches es selbst für geboten erachten wird, über die Kon-

ferenz mit dem Grafen Lamsdorff der deutschen Regierung gegenüber vollste Offenheit walten zu lassen."

Zu dieser famosen Korrespodenz brauchen wir kein Wort Erklärung beizufügen, sie spricht Bände. Soweit also haben es die Hofräthe in Wien gebracht! Sie dürfen sich im eigenen Hause nicht rühren ohne Erlaubniss Berlins. Ja wir erleben es noch, dass eine Telephonlinie Berlin—Wien wird errichtet werden, damit sich die Hofräthe in Wien gleich nach dem Frühstück für jeden Tag in Berlin Instruktionen einholen können. Aber eine Schlappe hat die berliner Politik jüngster Tage erlebt. Man wollte in Berlin eine Siegesfahrt nach Venezuela unternehmen und vergass dabei ganz auf die Monroe-Doctrin.

Schade, dass die Monroedoctrin nur in Amerika Anwendung findet, sollten nicht unsere Hofräthe in Wien sich etwas näher damit befassen und eine Oesterreichische Doctrin zum Schutze vor der ständigen berliner Invasion und zum Heile der Völker Oesterreichs ins Leben rufen?

Hat doch Preussen-Deutschland absolut keine Rücksichten zu Oesterreich. Beweis davon ist der neue deutsche Zolltarif, dessen Zollsätze die reinste Räuberpolitik Oesterreich gegenüber bedeuten. Hier muss man doch einmal in Wien zur Erkenntniss gelangen, dass Oesterreich sich an seinen östlichen Nachbar, an Russland wenden müsse, um an diesem Reiche eine Stütze zu finden.

Ueber die Absichten der Koerber'schen Politik sprach Abgeordneter Fořt vor seinen Wählern in Kolin am 25. Jäner 1903. Unter anderem sagte er folgendes: Die Gründe, welche uns zwingen, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments nicht zuzulassen, sind: die siegreiche deutsche Obstruktion hält heute den ganzen Staat sammt dem Ministerium Koerber in ihrer Zange, denn dieses Ministerium ist die Inkarnation der siegreichen Obstruktion der Deutschen. Das Kabinet Koerber dient ausschliesslich den Interessen des Deutschthums. Dieser Zustand muss von Grund aus beseitigt werden; so lange Koerber im Amte bleibt, haben wir nichts zu erhoffen, im Gegentheil, die Gefahr, dass die deutsche Centralisation

noch weiter vordringen wird, ist noch grösser. Die Deutschen haben weiter auch das ganze Parlament in ihrer Gefangenschaft; ihre Drohung, dass sie obstruiren werden, genügt, das Parlament den Kopf verlieren zu lassen. Der Terror der Minorität beherrscht das Parlament. Sagen wir es offen heraus: die Deutschen haben sich überall Respekt verschafft; wer es versteht, mit dem Fuss zu stampfen, wer es trifft, auf seine Kraft zu pochen, der hat eben Respekt. Daraus folgt für uns die Lehre, dass, wenn wir nicht dasselbe treffen, das deutsche Prestige sich immer mehr festigen, wir aber zu einem inferioren Faktor degradirt werden. Wo mit Knüppeln herumgehauen wird, sind Glacéhandschuhe nicht am Platze. Das erste Ziel unseres Vorgehens müsse sein: das Regierungssystem zu stürzen, das zweite: den Terrorismus der deutschen Minorität im Parlamente zu brechen. Das ist die einzig mögliche, weil allein richtige Taktik; 50 bis 60 Männer sind imstande, das Parlament dauernd arbeitsunfähig zu machen. Geschieht dies, wird nichts Anderes übrig bleiben, als das Parlament nach Hause zu schicken und sich mit dem § 14 zu behelfen. Heute Opportunitätspolitik treiben, wie sie Dr. Stránský empfiehlt, wäre Abdikation. Für eine solche Politik wird erst dann die richtige Zeit kommen, bis es uns gelungen sein wird, die Blöcke zu beseitigen, welche uns die siegreiche deutsche Obstruktion in den Weg gelegt hat. Früher zu derselben zu greifen, würde die kampflose Eskomptirung einer Niederlage bedeuten. Denn die erste Folge würde sein, dass wir Koerber damit selbst den Lorbeer aufs Haupt drücken und ihn zum grössten Staatsmann Oesterreichs im Verlaufe der letzten 50 Jahre machen würden. Wir würden damit weiter erreichen, dass durch dieses Kabinet diese Expositur der Deutschen petrificirt würde. Die zweite Folge wäre, dass die Deutschen im Besitze ihrer Errungenschaften blieben. Aber nicht nur blieben, sondern mit neuem Muth weiter gehen würden. Wir kennen ja ihre masslosen Forderungen, wir kennen ihre Auffassung der Sprachenfrage und kennen ihr Endziel, die deutsche Staatssprache. Wenn einmal Alles, was

jetzt noch Ursache der Krisis ist, unter Dach gebracht ist, dann hat der gesammte staatliche Apparat auf zehn Jahre Ruhe, dann kann die nächsten Jahre ruhig ein Peter oder Zappel an der Spitze des Kabinets stehen. Wir aber, wir hätten die Ueberfuhr versäumt. Wir wären der Regierung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Ich glaube, das Volk würde eine solche furchtbare Niederlage nicht mehr ertragen, denn zu dem unverschuldeten Unglück käme noch das selbstverschuldete. Das wäre das furchtbare Resultat dieser Taktik, wie die Franzosen sagen, das Debakle nach jahrelangen Kämpfen, und deshalb muss auch derjenige, der sonst der grösste Feind der Obstruktion ist, einsehen, dass nichts Anderes übrig bleibt, als diesen Schritt zu machen. Wie wir durch das Schwert um unseren Staat gekommen sind, ebenso wäre es auch nur möglich, einen selbständigen böhmischen Staat durch das Schwert herzustellen; da uns aber diese Kraft nicht zu Gebote steht, müssen wir uns andere, näher liegende Ziele stecken. Es steht fest, dass nach dieser Richtung hin ein Gährungsprocess das österreichische Staatengebilde zersetzt. Diesen zersetzenden Process müssen wir beschleunigen. Es ist zweifellos, dass ganz Europa heute die Gefahr fühlt, dass früher oder später der Versuch gemacht werden wird, die deutsche Weltregierung einzusetzen. Wir sind der Vorposten gegen den Pangermanismus; harren wir fest und entschlossen auf diesem Posten aus, und dann wird Gott geben, dass wir in unserem und im Interesse des ganzen Slaventhums unser Land unseren Nachkommen hinterlassen. Dass auf die inneren Vorgänge in Oesterreich die Augen aller Welt gerichtet sind, zeigt zum Beispiel ein Leitartikel des „Novoje Vremja“ Ende Jäner 1903. Unter Anderem schreibt das Blatt folgendes: „Dass die böhmische Frage gleichzeitig auch eine slavische Frage ist, braucht wohl nicht bewiesen zu werden. Diese Frage hat jedoch auch noch eine europäische Bedeutung. Ob sich die Böhmen, und mit ihnen die übrigen Slaven auf ihrem Posten im Centrum Europas erhalten, ob sie dem mächtigen deutschen Drucke Stand halten werden, das ist eine Frage von grosser alleuropäischer

Bedeutung, denn Europa kann es durchaus nicht gleichgiltig sein, dass sich Oesterreich in eine Ostmark Deutschlands verwandle und dass sich ganz Mitteleuropa in einen deutschen Zollbund unter preussischer militärischer Diktatur vereinige. Die Unmöglichkeit der Zulassung einer solchen Evolution Deutschlands, dessen Rüstungen schon jetzt die grösste Gefahr für den europäischen Frieden bilden, ist allzu klar. Es ist darum nicht zu verwundern, dass in der letzten Zeit immer häufiger in der europäischen Presse in Frankreich, England etc. etc. sich Stimmen erheben, welche auf die hohe Wichtigkeit der sogenannten böhmischen Frage vom internationalen Gesichtspunkte hinweisen. Wir als ältere Brüder der Slaven und Nachbarn des mit uns befreundeten Oesterreich-Ungarn können jedenfalls zu dieser Frage nicht gleichgiltiger sein, als Franzosen oder Engländer, denn es ist für uns, nicht weniger als für Europa, ein sehr wesentlicher Unterschied, ob es Oesterreich beschieden ist, slavisch zu sein, wie es nach der Bevölkerungszahl seiner Völker sein sollte, oder ob es auf der schiefen Ebene der Germanisation noch weiter hinabgleiten soll.

XIII. **Der Sturm gegen Oesterreich in der Form der „Los von Rom"-Agitation.**

Wenn wir einen Blick auf das heutige Frankreich werfen, so bietet sich uns ein eigenartiges Schauspiel. Während Alphonse Rothschild in der „Rue Lafitte" in Paris ruhig nur von der französischen Nordbahn jährlich seine Rente von 106 Millionen Francs einstreicht, werden arme Ordensleute gewaltsam aus ihrem Heim vertrieben. Der Jude Reinach ist der thatsächliche Herr der Republik. Das ganze 33 Millionen zählende französische Volk ist unter dem Joche von etwa 20 Tausend Juden und Freimaurer. Ebenso sind die Dinge in Italien und Spanien. Beide Länder sind nur noch Schein-Monarchien, Das Senatoren-Haus in Rom zählt 40 Juden, obzwar in ganz Italien unter 30 Millionen kaum 150 Tausend Juden sind. Ebenso ist der Thron von Russland in Gefahr. Finanzminister Witte hat eine Jüdin zur Frau. Er richtet Russland

zu Grunde durch seine Finanzoperationen, die er mit den Finanzjuden abmacht. Böhm-Bawerk, österreichischer Finanzminister, ist in enger Beziehung mit der Synagoge, sein Gesicht sagt es. Die Monarchien Europas sind es nur dem Scheine nach, in Wirklichkeit regieren Judas Finanzmänner. Um die Throne zu stürzen, muss zuvor die Kirche vernichtet sein, so ist der Plan der Freimaurer-Juden. In Amerika haben wir den Juden Staatssekretär Hey, welcher mit dem Juden Morgan die nordamerikanische Union beherrscht. Nun soll Oesterreich-Ungarn an die Reihe kommen. Austria est delenda, Oesterreich muss vernichtet werden, so beschloss schon der Revolutionär Mazzini vor 50 Jahren. Die feste Säule Oesterreichs, die katholische Kirche muss untergraben werden, daher der Schlachtruf: „Los von Rom!“

Das grosse Judenblatt die „Neue Freie Presse“ brachte im Abendblatte vom 11. December 1897 einen Bericht „von der Universität“. Er lautet: „Die deutschnationale Studentenschaft veranstaltete heute, nachdem gestern die deutsch-freisinnigen Studenten dem Rektor eine Adresse überreicht hatten, als Epilog zu den stürmischen Novembertagen eine Kundgebung. Die Aula war dicht gefüllt, alle nationalen Verbindungen waren vollzählig anwesend. Mittags begab sich eine Abordnung zum Rektor und lud ihn ein, an einer Feier theilzunehmen, welche die nationale Studentenschaft im grossen Arkadenhof der Universität veranstalten wolle. Der Rektor sagte zu. Die Studenten begaben sich in den Hof, wo sich die Erstchargierten der nationalen Couleurs um einen langen Tisch gruppirten; eine tausendköpfige Studentenmenge umringte sie. Auch die Fenster des Arkadenhofes waren von Studenten dicht besetzt. Hier wie im Hof selbst sah man zahlreiche Damen, Studentinen und Angehörige von akademischen Hörern, welche sich aktiv an der Demostration betheiligten. Ein Student hielt zunächst eine Ansprache, in welcher er darauf hinwies, dass es sich heute darum handle, gegen die Vergewaltigung der Rechte der Alma mater zu protestiren. Darauf wurde das Bundeslied: „Brause der Freiheitsang“ gesungen und eine Adresse an den Rektor verlesen, in

welcher ihm für sein Eintreten, für die Grundsätze der akademischen Freiheit für die Rechte und Ehre des deutschen Volkes gedankt und ausgeführt wird, die Studentenschaft betrachte es als selbstverständliche Pflicht für die Freiheit, das Recht und die Ehre der Deutschen in Oesterreich einzutreten, über welche jetzt schwere Zeiten gekommen sind. (Darunter sind die Sprachenverordnungen Badenis zu verstehen.) Nun erschien Rektor Professor Dr. Toldt in stürmischer Weise begrusst. Auch er hielt eine kurze Ansprache an die Studenten und erklärte, dass er jederzeit für die freie Forschung und für die Ehre der deutschen Universität in Wien eintreten werde. (Da müsste Herr Toldt diese Universität von den Semiten reinigen, das wäre die richtige Ehrenrettung dieser Universität.) Brausende Heilrufe ertönten und die Studierenden zückten ihre Schläger. (Die Tausend Hebräer auch, wie schön!) Dann nahm wieder ein Student das Wort. Auch er betonte die Nothwendigkeit, die geheiligten Grundsätze der akademischen Freiheit zu wahren (für unreife Jungen). Wir lassen, rief der Student, kein Theresianum aus der Universität machen. Dann fuhr der Redner fort: nicht nur die deutsche Jungmannschaft hat den Komödianten erkannt, der unsere Bewegung eine Jugendeselei nannte, wir hoffen, dass auch die deutschen Frauen sich uns anschliessen werden. Unseren Kampf gegen Rom haben wir noch nicht begonnen. Wir wissen aber, dass Rom unser grösster Feind ist. Wir wissen, unsere einzige Rettung ist im protestantischen Bekenntnisse, das auch den nationalen Gedanken in sich birgt, gelegen. Bei diesen Worten kam es zu einem lärmenden Zwischenfall. Katholische Studenten riefen: „Pereat!“ Sie wurden umringt und hinausgedrängt. Der Student schloss mit den Worten: Jetzt kehrt auf eueren Wachposten zurück und wenn wieder Gefahr droht und der Ruf ertönt: „Bursche heraus!“ dann kommt, und wäre es auch zum letzten Gang (Das machen die Hebräer gewiss nicht mit.) Stürmische Prosit und Heilrufe ertönten wieder. Die Studenten, sowie auch die anwesenden Damen sangen: „Die Wacht am Rhein“ und damit war die Kundgebung zu Ende.

So berichtete in der angeführten Nummer die „Neue Freie Presse“: Der Student, der zuletzt sprach, war der Mediziner Födisch, der in seinen Gymnasialstudien von armen Priestern unterstützt wurde, wie ja auch Dr. Eisenkolb als armer Student von den Dominikanern in Eger sich füttern liess. Das war der Anfang der Abfallsbewegung in Oesterreich. In der Nähe der kaiserlichen Burg, auf dem Boden der Universität, die von der katholischen Kirche gestiftet wurde, aus dem Munde unreifer Jungen unter der Patronanz des Rektor Toldt erscholl zuerst der Ruf nach organisirtem Reich- und Landesverrath in Oesterreich. Lassen wir nun chronologisch einige Zeitungsstimmen folgen, die uns über den Abfall in Oesterreich ein Bild geben. Am 21. Juli 1901 berichtete das „Vaterland“. (Abfallstatistik). Schönerer veröffentlicht in seinen „Unverfälschten deutschen Worten“ wieder eine Abfallstatistik. Dieselbe umfasst das eben abgelaufene Halbjahr Jänner-Juni. In diesem Zeitraume sollen bei ihm 3416 Abfallsmeldungen eingelaufen sein. Davon entfallen 2538 auf Böhmen und zwar: Bodenbach-Tetschen 729, Türmitz 230, Graupen 110, Reichenberg 129, Sobochleben 361, Teplitz 280 u. s. w. Niederösterreich figurirt mit der Zahl 469, wovon 429 auf Wien entfalten. Für Mähren erscheinen 119 Abfälle ausgewiesen, für Steiermark genau 200 (106 in Leoben), für Kärnten 14, für Oberösterreich 10, für Schlesien 16, für Tirol 44, für Salzburg 4, für Krain 1 und für „Verschiedene“ 1. Schönerer rechnet aber diesmal ausserdem noch hinzu: Wiener Superintendenz 656, oberösterreichische Superintendenz 287, mährischschlesische Superintendenz 531, galizische Superintendenz 45, endlich Altkatholiken in Mähren 1213. Mit den letzterwähnten Ziffern kommt so Schönerer auf die Gesammtzahl 6148. Wie Schönerer zu den letzterwähnten Ziffern gekommen ist, darüber gibt der Ausweis keinerlei Aufklärung. Man kann nur vermuthen, dass Schönerer und die genannten Superintendenzen ihre Listen gegenseitig ausgetauscht und verglichen haben. Wenn diese Vermuthung zutrifft, so wäre also Schönerer zum Generalabfallsbureau bestellt worden. Wie lange mag es

wohl dauern, bis diese Tausende auch von Schönerer wieder abfallen?

Münchener Blätter berichteten im September 1901 aus Wien: Endlich liegen authentische Ziffern über den Umfang der Los von Rom-Bewegung vor. Nach einer von dem evangelischen Oberkirchenrathe in Wien veranlassten Veröffentlichung beträgt der Gewinn des Protestantismus in Oesterreich im Jahre 1899 über 6000, im Jahre 1900 gegen 4700 und im ersten Halbjahre 1901 etwas über 3000 Personen. Zu bemerken ist, dass jährlich auch rund 500 Personen von den protestantischen Kirchen zur katholischen Kirche übertreten, ein Konfessionswechsel, der insbesondere bei Mischehen nicht selten ist. Dieser Verlust des Protestantismus ist bei den obigen Ziffern bereits mit in Betracht gezogen. Sonach hat die katholische Kirche in den letzten 2½ Jahren 13.700 Seelen durch den Uebertritt zum Protestantismus verloren. Hiezu müsste man noch den Gewinn der Altkatholiken zählen, der nicht genau bekannt ist und auch nicht sehr hoch angeschlagen werden kann. Endlich ist zu bemerken, dass rechtsgemäss nur die Kinder unter sieben Jahren dem Religionswechsel der Eltern folgen, während Personen über 14 Jahren die Konfessionswahl freisteht. Die Kinder zwischen dem 7. und 14. Jahre sind beim Uebertritte der Eltern katholisch geblieben, werden ihnen aber wohl ausnahmslos im entscheidenden Zeitpunkte folgen. Man kann also als Ergebniss der Uebertrittsbewegung feststellen, dass 15000 Menschen, eher etwas mehr, der Los von Rom-Bewegung gefolgt sind. Die Ziffer ist, absolut genommen, nicht sehr hoch, da es sich um eine Bevölkerungszahl von 8 Millionen handelt, innerhalb deren die Bewegung ihre Kreise gezogen hat. Für die katholische Kirche ist nur beunruhigend, dass der Abbröckelungsprozess lange nicht seinen Abschluss gefunden hat. Es ist bekannt, dass die Kirche durch die Thatsache des vollzogenen Abfalls sich niemals bestimmt gefühlt hat, Nachgiebigkeit zu zeigen, dass sie sich vielmehr die schärfere Ausgestaltung ihrer Dogmen und ihrer Kirchenverfassung angelegen sein liess. Diesmal handelt es sich jedoch

in erster Linie nicht um religiöse Fragen, sondern um das Verhältnis der katholischen Kirche zur deutschen Nationalität und man sollte glauben, dass in diesem Punkte eine Einkehr möglich sei. Auch steht die katholische Geistlichkeit nicht vor einem abgeschlossenen Prozesse und es ist nicht zu berechnen, ob der Uebertritt nicht einen noch grösseren Umfang annehmen wird. Schon heute ist festzustellen, dass der Katholicismus in Oesterreich seit dem 16. Jahrhundert niemals eine gleich grosse Anzahl von Seelen verloren hat. Weder die Deutschkatholiken der 40er Jahre, noch die Altkatholiken der 70er Jahre können auf solche Erfolge hinweisen. Dazu kommt, dass die Altkatholiken bekanntlich immer mehr zusammenschmelzen, während der Protestantismus als eine gefestetere Organisation mit starkem Rückhalte seine Bekenner wohl besser festzuhalten vermag. Bei der Volkszählung von 1880 gab es in Oesterreich 6134 Altkatholiken, deren Zahl in den nächsten 15 Jahren etwas geringer wurde. Man sieht also, um wie viel intensiver die jetzige Bewegung gegenüber der durch die Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas hervorgerufenen ist.

Anfangs Oktober 1901 sprach vor seinen Wählern im Bezirke Margarethen Dr. Lueger über die „Los von Rom“ Agitatation. Er sagte: Man wirft uns, so führte der Redner weiter aus, immer vor, dass wir eine klerikale Partei sind. Es ist überhaupt sonderbar, in ganz Oesterreich wittert man eine klerikale Gefahr und dabei könnte man ruhig einen Preis aussetzen, wenn Jemand den Nachweis erbringt, worin die klerikale Gefahr besteht. Die klerikale Gefahr ist ausgeschlossen, allein unter diesem Schlagworte betreibt man die grössten Hetzereien gegen unsere Religion und kein Mensch rührt sich dabei. Unsere Bischöfe sind keine Himmelsstürmer, das ist wahr, sie sind so brav, so ruhig, damit ja den Anderen nichts geschieht. Ich habe zwar gehört, dass die Bischöfe jetzt schärfer auftreten, ich habe jedoch wenig Hoffnung, denn, wie gesagt, Himmelsstürmer sind sie keine. Das Wort Klerikalismus ist heutzutage nichts Anderes als ein albernes Märchen, mit dem fast alle Parteien in Oesterreich

das politische Brot bestreiche. Es wird nur gehetzt und geschimpft, für das Volk wird gar nichts gethan. Man kümmert sich nicht um die Gewerbetreibenden, nicht um den Bauer und auch nicht um den Arbeiter. Die Slaven beschimpfen die Deutschen, die Deutschen die Slaven, kurz Jeder nennt den Anderen einen Lumpen, für's Volk aber geschieht gar nichts. Wir Christlichsociale werden auch in den kommenden schweren Zeiten bleiben, was wir waren, und von unserem Programme nichts aufgeben. Wir werden festhalten an unserem deutschen Volke, festhalten an unserem Vaterlande Oesterreich und sind muthig genug, dies auch zu sagen (stürmischer Applaus) und sind auch muthig genug gegen alle Landesverräther zu kämpfen, wir werden aber auch festhalten an unserer Religion und werden dieselbe zu vertheidigen wissen. Wir sind eine tolerante Partei, wir lassen die Protestanten in Ruhe, verlangen aber auch, dass man auch unsere katholische Religion in Ruhe lässt. (Demonstrativer Beifall.) Es ist kaum glaublich, so setzte der Redner weiter auseinander, was bei uns mit der sogenannten „Los von Rom“-Bewegung getrieben wird. Es hat bisher kaum einen Staat gegeben (Der Regierungsvertreter beginnt eifrigst zu schreiben. — Dr. Lueger zu demselben: Bitte, schreiben Sie es nur genau auf; es ist nothwendig!), der eine solche Bewegung, die ausschliesslich politischen Charakter hat, geduldet hätte, wie es bei uns geschieht. Die „Los von Rom“-Bewegung ist nur darauf berechnet, Oesterreich so herzurichten, damit es das Deutsche Reich leicht verspeisen kann, ohne Magendrücken zu bekommen. Das ist gewiss noch in keinem Staate der Welt vorgekommen, dass man einer solchen Bewegung ruhig zugesehen hat. Es ist ja offenkundig, dass Millionen Mark nach Oesterreich geworfen werden um diese Bewegung zu fördern und ungezählte deutsche Pastoren überschwemmen die ganzen Länder, um die Bewegung zu schüren und zu leiten. (Rufe: Schande! Das kann man nicht mehr ruhig vertragen! u. s. w.) Die ganze „Los von Rom“-Bewegung ist nichts Anderes als der organisirte Landes- und Hochverrath. (Demonstrativer, minutenlanger Beifall. Rufe: Nieder

mit den Landesverräthern! Weg mit den Schurken etc.) Nichtsdestoweniger scheint man sich in Oesterreich zu scheuen, dieser Bewegung in die Arme zu fallen; mit verschränkten Armen sieht man zu, wie die einzelnen Länder durchwühlt und unterminirt werden. Ich habe überhaupt die schlechte Erfahrung gemacht, dass diejenigen Parteien, die gut österreichisch sind und für das Vaterland und Volk eintreten, am schlechtesten wegkommen. Uns Christlichsocialen geht es wenigstens so. Da haben wir gleich den Statthalter, der offenbar jetzt sehr wenig zu thun hat, und daher jetzt fortwährend herumnörgelt. An der Verwaltung der Stadt Wien ist entschieden nichts auszusetzen, so kommt er uns nun mit den Tauben etc. (Heiterkeit!) Hingegen die Leute aus den sogenannten radikalen Lagern werden wie das liebe Buberl (Heiterkeit) behandelt. Die alldeutschen Abgeordneten rühmen sich, was sie Alles bei den Ministern durchsetzen können und manche von ihnen erzählen öffentlich, wie sie bei den Ministern aus- und eingehen. Es ist dies ein Beweis, dass man diese Parteien fürchtet wie den Teufel, und dass man vor ihnen einen grossen Respekt hat. Dies Alles geschieht auf unsere Kosten; nun, wir vertragen etwas, aber wie lange es noch das Vaterland vertragen wird, das ist eine andere Frage. Die Herren Minister wollen ein ruhiges Parlament haben und da denken sie sich. die Krakehlmacher müssen wir besänftigen. Auf diese Art opfert man den grössten Radaubrüdern unsere Religion, die ungescheut in den Koth herabgezerrt und geschmäht wird, man opfert das Vaterland Oesterreich, ja diese Leute können sogar einzelne Mitglieder des Herrscherhauses begeifern, es geschieht nichts. Man spielt bei uns in Oesterreich die Vogel Strauss-Politik und lässt die Dinge laufen, wie sie laufen. (Allgemeine Zustimmung.) Es könnte doch noch schlechter ausgehen, als man glaubt dann aber werden die Minister auch den Muth haben müssen, die Verantwortung für jenen Moment in der Geschichte zu tragen, welches die Alldeutschen so inbrünstig ersehnen. Wir Christlichsociale werden nach wie vor unentwegt dafür eintreten, dass es Pflicht

der kaiserlichen Behörden ist, Pflicht des Ministers oben und des letzten Amtsdieners unten, unser Vaterland vor seinen inneren Feinden zu schützen!

Im April 1902 brachten reichsdeutsche Blätter aus Wien folgende Nachricht. Der evangelische Oberkirchenrath in Wien hat einen Bericht über die Bewegung innerhalb der evangelischen Kirche Oesterreichs herausgegeben, dem wir folgende Zahlen entnehmen. Im zweiten Halbjahr 1901 sind in Cisleithanien zur evangelischen Kirche A. C. übergetreten 3054 Personen aus der römisch-katholischen Kirche und 126 Personen aus anderen Bekenntnissen-Gemeindschaften, zusammen 3180. Ausserdem traten zur evangelischen Kirche reformirten oder helvetischen Bekenntnisses 265 Personen über, insgesammt also 3445. Aus der evangelischen Kirche sind in derselben Zeit zur römisch-katholischen Kirche 379 und zu anderen Kirchen 38 übergetreten, zusammen 417 Personen. Es ergibt sich daher pro zweites Quartal 1901 für die evangelische Kirche ein Zuwachs von 3028 Personen. Für die letzten drei Jahre ergeben sich folgende Ziffern:

	1899	1900	1901	zusammen
Uebertritte zur evangel. Kirche	6385	5058	6639	18.082
Davon aus der römisch-kath. Kirche . . .	6047	4699	6299	17.045
Austritte aus der evang. Kirche	765	813	917	2495
Davon in die röm.-kath. Kirche	675	705	830	2210
Zuwachs an Seelen für evangel. Kirche . .	5620	4245	5722	15.587.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ hat folgendes veröffentlicht: Die statistischen Mittheilungen der Eisenacher Kirchen-Konferenz für Deutschland und Oesterreich für die Jahre 1880 bis 1899 zeigen, dass die Häufigkeit des Konfessionswechsels im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte stetig zugenommen hat. Der Uebertritt vom Katholicismus zum Protestantismus ist in stärkerer Progression gestiegen als der Uebergang vom Protestantismus zum Katkolicismus. Der

absolute Gewinn gegenüber dem Katholicismus ist bedeutend sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich; hier besonders seit der „Los von Rom"-Bewegung des Jahres 1898. Die Statistik der wirklich erfolgten Uebertritte ergibt für die Jahre 1890 bis 1899 für

Deutschland:

Zum Protestantismus vom Katholicismus		Aus dem Protestantismus zum Katholicismus	
1890	3105	1890	554
1891	3202	1891	442
1892	3342	1892	550
1893	3532	1893	598
1894	3821	1894	659
1895	3895	1895	588
1896	4366	1896	664
1897	4469	1897	705
1898	5176	1898	699
1899	5549	1899	660

Oesterreich:

Zum Protestantismus vom Katholicismus:	Augsb. Conf.	Helv. Conf.	Austritt aus der	Augsb. Conf.	Helv. Conf.
1890	620	379	1890	302	200
1891	740	364	1891	419	212
1892	597	424	1892	377	219
1893	798	410	1893	426	264
1894	755	424	1894	406	273
1895	757	410	1895	473	238
1896	947	464	1896	495	273
1897	927	431	1897	469	287
1898	1181	417	1898	469	275
1899	5886	506	1899	499	286

Bei dieser Tabelle bleiben die Zahlen für Deutschland etwas hinter der Wirklichkeit zurück, da nicht alle Landeskirchen statistische Angaben geben und nicht alle Austritte, besonders aus der evangelischen Kirche, zur amtlichen Kenntniss kommen. Für Oesterreich beträgt infolge der evangelischen Bewegung die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche von 1898 bis 1901 zusammen allein circa 27.000 und die

Zahl der Uebertritte davon zur evangelischen Kirche circa 20.000. Die wesentliche Richtigkeit der Ziffern vorausgesetzt, geht aus denselben deutlich hervor, dass die Abfälle in Deutschland in den Neunziger-Jahren — mit Ausnahme des Jahres 1899 — mehr als das Dreifache jener in Oesterreich betragen und jene der Konversionen in jedem Jahre mindestens um das Sechsfache überstiegen haben. In Oesterreich betragen die Abfälle selbst in den letzten Jahren, wo eine specielle Hetze und Agitation hauptsächlich von Deutschland aus dafür entwickelt wird, nicht viel mehr, als in Deutschland regelmässig.

Im Februar 1902 veröffentlichte Pastor Gmelin im „Protestantenblatt“ seine Reiseeindrücke aus Oesterreich. Ueber Lobositz, für welches er besonders an den reichsdeutschen Klingebeutel appelirt, kommt er nach Leitmeritz. Zuerst besichtigt er die Brauerei „Elbschloss“, dann erst folgt er den „Abfallsspuren“. Auf dem Wege kommt er auch an der ehemaligen Jesuitenkirche vorbei, welche jetzt dem bischöfl. Priesterseminar dient. Der Herr Pastor kann es sich nicht versagen, in dieselbe einzutreten. „Wir haben es gut getroffen“, so erzählt er, „denn es findet gerade eine Uebungspredigt statt, indem einer der Zöglinge auf der Kanzel einen lateinischen Sermon zur Verherrlichung der Kirche, wenn ich recht verstanden habe, hält, während der ganze übrige Haufe — etwa 60 an der Zahl — die Bänke des Schiffs zur Linken als andächtige Zuhörer füllt. So haben wir Musse, uns dieser Andacht anschliessend, nicht nur von der eleganten Latinität des Redners — in Wahrheit ein ödes Phrasengeklingel — zu profitiren, sondern auch, was mich ungleich mehr reizte, die Köpfe dieses Nachwuchses der nordböhmischen Geistlichkeit aufmerksam zu studiren. Das Ergebniss ist entsprechend dem, was man sonst weiss: Der Eindruck von dem weitgehenden Ueberwiegen des čechischen Elements. Wenigstens vier Fünftel dieser Schädel gehören dem slavischen Typus an, mit der niedrigeren Stirn und namentlich der aufgestülpten Nase im Verein mit der dunkleren Farbe von Haar und Haut, auch dem oberflächlichen Bild sich ver-

rathend, dazu in der ganzen Haltung überwiegend bäuerliche Herkunft andeutend. Ich kann nicht sagen, dass mir das Ganze besondere Hochachtung eingeflösst hätte, wie sie dem Eindruck wirklicher Intelligenz gegenüber jeder Gebildete empfindet." — Dem Herrn Pastor aus dem Schwabenlande ist da ein kleiner Sehfehler passirt. Im Leitmeritzer Priesterseminar befinden sich, aus bekannten Gründen, kaum mehr soviel böhmische Zöglinge, als Finger an einer Hand. Die erdrückende Mehrheit ist deutsch, entschieden deutschnational sogar, wie die einfache Thatsache beweist, dass die Leitmeritzer Alumnen bei dem Akademikertage aus den Fenstern des Seminars hinaus die — „Wacht am Rhein" sangen. Nun, und diese wackeren Jünger Frind's zählt der Herr Pastor wegen ihrer „slavischen Physiognomie" zu vier Fünfteln uns Böhmen zu. Wir müssen dankend ablehnen. Dass es die „Physiognomie" allein nicht macht, dass sollte der Herr Pastor aus der „Kreuzzeitung" wissen, welche zum Beispiel erst vor kurzer Zeit darthat, dass der Habitus von — Martin Luther ein slavischer war. Den Leitmeritzer Neuprotestanten gehe es sehr schlecht, denn der Bischof ist sehr streitbar. Zum Beweise führt er an, dass eben erst eine neue evangelische Kirche mit dem Kostenaufwande von 32.000 fl. erbaut worden sei. Die 430 Protestanten von Leitmeritz haben diese Summe ebenso wenig aufgebracht, wie die 70 Abgefallenen von Lobositz, die sich auch eine Kirche um 50.000 Mark erbauten. Woher kommen aber diese grossen Summen? Von Leitmeritz pilgert der Herr Pastor nach Aussig, hauptsächlich, um den „grossen" Dr. Eisenkolb kennen zu lernen. Er fragt auf der Redaktion des alldeutschen Lokal-Blattes an, erfährt aber hier zu seinem Leidwesen, dass der Herr Doktor eben nach Teplitz abgereist sei, allwo er als Kandidat für den Böhmischen Landtag eine Wählerversammlung abhalte. Der Herr Pasior reist ihm also nach und nimmt an der Wählerversammlung theil, in der auch Herr Schönerer spricht, der dem schwäbischen „Agenten" gewaltig imponirt. Auf der Fahrt nach Teplitz erlebt er aber ein kleines Reiseabenteuer. „Mir gegen-

über sass (im Coupé), so erzählt er, ein Herr mit stattlichem blonden Vollbart, eine echt deutsche Erscheinung, den ich nach der sonstigen Unterhaltung in unserer Abtheilung gleichfalls für einen Anhänger Eisenkolb's hielt. Ich redete ihn also an mit der Frage, ob er den dr. Eisenkolb und die anderen alldeutschen Häupter persönlich kenne und wen er für den bedeutendsten Redner unter denselben hält. Darauf erwiderte er: Was den dr. Eisenkolb betrifft, so hat der noch nie etwas Gescheits geschwätzt. Und als wir dann an Karbitz vorbeifuhren, meinte er in spitzigem Tone: ich solle mir den Platz da neben dem Bahnhof nur recht genau ansehen, denn dahin käme das Denkmal für den Dr. Eisenkolb zu stehen dafür, dass er die katholische Kirche von ihren schlechten Elementen erlöse." — Darüber ist der Herr Pastor sehr piquirt und er versucht es nun, den Mann mit dem stattlichen blonden Vollbart durch ein gesprochenes Traktätlein umzustimmen. Aber der „Beklagenswerthe" bleibt fest, weshalb der Pastor den Bekehrungsversuch aufgibt, weil der Standpunkt des Antieisenkolbianers zu öde und gering und es seine Sache sei, wenn er sich nicht höher ästimire. Für diesen Aerger im Coupé wird aber Se. Ehrwürden reichlich in der Teplitzer Versammlung entschädigt. Besonders frappirt ihn hier die Art, in der Schönerer von Allerhöchsten Personen spricht. Dann berichtet er wörtlich: „Für mich hatten am meisten Einleuchtendes die Ausführungen über die wirthschaftliche Noth Cisleithaniens, das, zwischen Ungarn und dem Deutschen Reiche eingesperrt und von jenem zollpolitisch noch schärfer als Gegner behandelt als von diesem, gar nichts Anderes vor sich habe zu seiner wirthschaftlichen Selbstverwaltung, als den innigen und völligen Anschluss an das grosse deutsche Volksganze. Auf diese Wiedervereinigung, als eine wirthschaftlich wie politisch gleich nothwendige, zielte der Gedankengang des Redners unverblümt ab, auch um den Preis der selbständigen Grossmachtstellung Oesterreichs." Der Herr Pastor merkt hier an: „So viel ist sicher, dass, soviel Wasser auch noch in den alldeutschen Wein geschüttet werden wird, doch ihre

Arbeit so viel bewirkt hat, dass das Verlangen nach Wiedervereinigung mit dem grossen Deutschen Reiche nicht mehr aus der Seele des deutschen Volkes in Oesterreich verschwinden wird, bis es eines Tages seine Verwirklichung findet." — Und nun möchten wir den Herrn Pastor fragen, was wohl geschehen würde, wenn in Deutschland ein Redner eine landespreisgeberische Rede hielte, wie es die Schönerer's in Teplitz war, wenn bei derselben ein katholischer Pfarrer aus Oesterreich anwesend wäre und sie dann publicistisch gutheissen würde? Möchte der Herr Pastor nicht darauf Antwort ertheilen? Nach der Versammlung hat Se. Ehrwürden wieder ein Abenteuer. Er erzählt darüber: „Nach der Versammlung, die nach 11 Uhr ausging, hatte ich das Vergnügen, nach der Rückkehr in meinen „Anker" mit einer Gruppe junger Leute, die mich nicht so rasch los liessen, noch ein paar Wörter zu verplaudern. Bemerkenswerth, mit welcher Schärfe in diesem Kreise, der aus lauter geborenen Katholiken bestand, die äusserlich alle noch dazu gehörten, über ihre eigene katholische Kirche geurtheilt wurde. Als ich den Hauptunterschied zwischen dem Protestantismus und dem Katholicismus dahin definirte, dass dieser einen „anderen Wahrheitsbegriff" habe, fuhr mein Gegenüber, ein junger, lebendiger Mann, Handlungsschüler, soviel ich mich erinnere, dazwischen: „Erlauben Sie, dass ich Ihnen da widerspreche! Die katholische Kirche hat gar keinen Wahrheitsbegriff, sie hasst vielmehr, was mit Wahrheit überhaupt zusammenhängt u. dgl." Natürlich konnte ich ihn beruhigen, dass wir sachlich offenbar zusammenstimmen, dass ich aber in der Form mich massvoller ausdrückte." — Also nahe an Mitternacht setzt sich der Herr Pastor mit ein paar jungen Leuten, die voll von Phrasen und Bier sind, zusammen und disputirt mit ihnen über Religion. Und als ein Schuljunge behauptet, dass die „katholische Kirche gar keinen Wahrheitsbegriff hat", da stimmt der Herr Pastor „sachlich" zu. Und er ist naiv genug, das noch weiter zu erzählen. Bieten aber die Reisebriefe des schwäbischen Pastors nicht sehr, sehr lehrreiche Einblicke in die Werkstätte der Abfallsbewegung und

sollte man darum die Lektüre derselben nicht auch den massgebenden Stellen anempfehlen?

Die Magdeburger Zeitung berichtet ganz vergnügt im September 1901 folgendes: Es gibt in deutschen Sprachgebieten Böhmens heute deutsch-evangelische Pfarr- und Filialgemeinden und Predigtstationen in Trautenau, Braunau, Hohenelbe, Langenau, Hermannseifen, Landskron, Grulich, Arnau, Gablonz, Böhmisch-Aicha, Hermannsthal, Friedland, Neustadtl, Heinersdorf, Reichenberg, Gabel, Grottau, Warnsdorf, Rumburg, Haida, Böhmisch-Leipa, Niemes, Böhmisch-Kamnitz, Steinschönau, Rosendorf, Haber, Wernstadt, Bodenbach, Aussig, Lobositz, Trebnitz, Leitmeritz, Obersedlitz, Karbitz, Turn bei Teplitz, Teplitz, Graupen, Dux, Klostergrab, Brüx, Görkau, Komotau, Weipert, Saaz, Podersam, Kaaden, Horschowitz, Woratschen, Karlsbad, Chodau, Graslitz, Falkenau, Königsberg, Eger, Franzensbad, Asch, Rossbach, Neuberg, Marienbad, Plan, Pilsen, Winterberg und Budweis. „Ein ganzes Netz von evangelischen Seelsorgestationen hat also — so frohlockt das Blatt — Deutschböhmen überspannt." In Prag gibt es eine deutsch-evangelische Gemeinde. „In Mähren gibt es deutsch-evangelische Gemeinden nur in Brünn, Mährisch-Chrostau, Znaim, Iglau, Nikolsburg, Zauchtl, Hotzendorf, Christdorf, Olmütz, Mährisch-Trübau, Hohenstadt, Müglitz, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Ostrau und Neutischein, während über 40 Gemeinden ganz und gar čechisch sind. In Schlesien sind als deutsch-evangelische Gemeinden die zu Freiwaldau, Freudenthal, Jägerndorf, Troppau, Kleinbressel, Hillersdorf, Bielitz und Altbielitz zu bezeichnen; die übrigen 15 Gemeinden sind grösstentheils polnisch." Das Blatt gibt zugleich Aufschluss über die Höhe der reichsdeutschen Subventionen für diese Gemeinden, indem es sagt: „Im Vereinsjahr 1898/99 wurden allein 454 österreichische Gemeinden mit der stattlichen Summe von 374.492 Mark durch den Gustav Adolf-Verein bedacht; im Ganzen empfingen aber die nothleidenden Gemeinden bisher rund 8,357.000 Mark milde Gaben." Es wäre interessant zu wissen, von wem die „milden Gaben" stammen, welche die Subventionen des Gustav Adolf-Vereines über-

steigen. Zu gleicher Zeit brachten die Mittheilungen des evangelischen Bundes für Brandenburg die Nachricht, dass bereits einundfünfzig reichsdeutsche evangelische Prediger in Oesterreich thätig sind, und zwar wird diese Angabe wie folgt specialisirt: „In Böhmen wirken in Haida Hegemann, in Braunau Kinzenbach, in Krammel Satlow, in Karbitz Weissbach, in Dux Schaarschmied, in Turn Klein, in Karlsbad Kusserow, in Komotau Spanuth, in Treibnitz Haffner, in Langenau Röhrig, in Hohenelbe Wirth, in Pilsen Plaensdorf, in Budweis Kittel, in Warnsdorf Zwahr, in Grottau Hermann, in Klostergrab Ungnad, in Graslitz Schottke. Aus Falkenau ist Dellit, weil seine Bestätigung nicht zu erlangen war, in seine Heimat zurückgekehrt; er wird durch den Hessen Bespermann ersetzt werden. Zu diesen achtzehn Vikaren treten in nächster Zeit noch zwei Vikare für den Komotauer, einer für den Karlsbader, einer für den Egerer, einer für den Pilsener Bezirk, und vermuthlich auch einer für die Tetschener Gegend, die vorläufig durch einen Pfarrer emer. versorgt wird. Böhmen wird also in Bälde 24 Vikare haben. — In Steiermark wird der Bestand von neun Vikaren, von denen Schaudig in Graz, Kappus in Mürzzuschlag, Höhn in Leoben, May in Cilli, Fischer in Radkersburg, Hochstetter in Stainz, Mahnert in Mahrenberg, Schiefmair in Rottermann, Ilgenstein in Fürstenfeld arbeiten, um zwei vermehrt werden: um eine Stelle in Graz (Lic. theol. Holtz vom 1. Mai 1901 an) und eine in Judenburg; das macht elf Vikare. — In Mähren stehen auf dem Posten: in Mährisch-Trübau Ballerstedt, in Hohenstadt Schmidt, in Neutitschein Wehrenpfennig, in Olmütz Mühlpfort, in Zauchtl Dr. Wrzecionko, in Nikolsburg Jaehn, während für Grulich Peisker gewählt ist, und das Amt in Mährisch-Chrostau unter unserer Beihilfe zum Gehalt Waitkat, bisher in Bielitz, übernommen hat, an dessen Stelle c. min. Löbe getreten ist. Das sind in Summe neun Vikare. — Von den Gemeinden in Kärnten wird Treffen durch den Evangelisten Busse, Villach durch Vikar Heinzelmann, St. Ruprecht durch Schacht, Waiern durch Lehmann versorgt, der wahrscheinlich nach Komotau berufen wird und durch einen anderen er-

setzt werden muss, während in Klagenfurt Hickmann im Mai angetreten ist. Das sind fünf geistliche Kräfte. In Nieder-Oesterreich wird Floridsdorf durch Kühn, Baden durch Jordan, St. Pölten (Krems) durch Monsky verwaltet, während für Wiener-Neustadt Walbaum vorgeschlagen ist. Rechnet man dazu, dass für das in Feldkirch (Vorarlberg), für das in Innsbruck, sowie für das in Czernowitz (Bukowina) errichtete Vikariat schon Vorschläge gemacht sind, so ergibt sich eine Zahl von 56 geistlichen Kräften, darunter 51 Reichsdeutsche, die von uns in den Dienst der evangelischen Kirche Oesterreichs gestellt worden sind." — Mit Recht bemerkte die „Köln. Volksztg." zu dieser höchst erbaulichen Thatsache: „Also unter 56 Vikaren sind nicht weniger als 51 Reichsdeutsche. Daraus geht hervor, dass diese Agitation für Oesterreich zu einem grossen Bruchtheil einen reichsdeutschen Importartikel darstellt; ohne die reichsdeutsche Unterstützung durch Prediger und grosse Geldsummen wäre sie vielleicht schon wieder zusammengebrochen. Wenn es trotzdem Blätter gibt, die noch über österreichische „Intoleranz" zetern, so braucht man nur die Frage zu stellen, ob in Preussen wohl eine katholische Agitation durch ausländische Geistliche gestattet werden würde, zumal wenn sie noch mit einer hochverrätherischen Bewegung, die auf Losreissung preussischer Staatsgebiete und ihre Annexion durch eine ausländische Macht abzielt, sich berührte. Diese Frage stellen, heisst zugleich sie beantworten. Nicht 51, nicht ein einziger katholischer ausländischer Geistlicher würde zu diesem Zwecke hier zugelassen werden. Wenn man bei uns schon reichsdeutsche Jesuiten und Lazaristen nicht duldet, wieviel kürzeren Process würde man zum Beispiel mit Franzosen machen, die in Elsass-Lothringen eine Los von Wittenberg-Agitation betrieben und dadurch das Volk aufregten! In Oesterreich huldigt man in dieser Beziehung dem manchesterlichen Princip des laisser aller et laisser faire.

Das in Christiania erscheinende „Morgenbladet" schrieb im Oktober 1901 einen Artikel über die Los von Rom-Bewegung. Der Verfasser ist darüber vollständig klar, dass es der „Pangermanismus" ist, der

sein Augenmerk auf Oesterreich gerichtet hat, und sich im Lande auszubreiten sucht durch Mittel aller Art, zu denen auch die sogenannte „Los von Rom“-Bewegung gehört. „Für diese Propaganda,“ (nämlich die alldeutsche) sagt der Verfasser, „hat sich besonders im Laufe des letzten Menschenalters eine mächtige Reihe von Organen in Form von ausgebreiteten Vereinen und Bündnissen entwickelt, die über bedeutende Geldmittel verfügen, zahlreiche Mitglieder und eine einflussreiche Presse haben. Diese politische Propaganda wird vom sogenannten „Alldeutschen Verein“ geleitet, dessen leitender Geist zur Zeit der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Hasse ist und welcher mit einer ganzen Reihe anderer Vereine in Verbindung steht, so mit dem Gustav Adolf-Verein und dem evangelischen Bund, welche die protestantische Propaganda besorgen, mit dem Odinsverein in München, dessen Programm zugleich politisch und religiös ist . . .“ Der Verfasser führt sodann in seinem Artikel zur Bekräftigung seiner Meinung das Urtheil eines französischen Verfassers an: „Es ist, sagt dieser, besonders nach den Aufklärungen, welche im Jahre 1899 der Process gegen den deutschen Pastor Everling in Graz brachte, notorisch, dass die „Los von Rom“-Bewegung, welche von den reichsdeutschen Protestanten gestützt wird, eine politische Bewegung ist, und ein „Los von Oesterreich“ anstrebt. Diese Anschauung ist auch im protestantischen Dänemark fast allgemein. Und wenn auch einzelne fanatische salbungstriefende Prediger um milde Gaben bitten, für die „unter Roms Knechtschaft“ (!) schmachtenden und jetzt nach dem Evangelium (!) seufzenden Katholiken Oesterreichs und besonders Böhmens, so wendet sich doch der weit grössere Theil der Pastoren mit Verachtung von dieser Bewegung und ihren Aposteln ab, „da sie mit dem „preussischen Christenthum“ nichts zu thun haben wollen.

Am 26. März brachte das „Vaterland“ einen Bericht aus Klagenfurt. Es heisst darin: Nicht minder als in anderen Kronländern hat die „Los von Rom“-Agitation auch in Kärnten mit grosser Kraft eingesetzt. Wie Pilze nach dem Regen tauchen „evange-

lische" Vikare allerorten auf. Man baut „evangelische" Kirchen, hält „Familienabende", arbeitet mit Broschüren, Zeitungen und Geld, dass es eine helle Freude ist. Der katholische Klerus hat diese Dinge nicht schweigend hingenommen und unter den anderen Werken der Katholiken, welche dieser Bewegung entgegen gestellt wurden, ist gewiss das von Kaplan Kayser in Feldkirchen gegründete Waisenhaus berufen, eine ganz hervorragende Rolle zu spielen. Unweit Feldkirchen besteht nämlich unter der Leitung des evangelischen Seniors Schwarz seit Jahren ein Waisenhaus, welches vom evangelischen Bund, vom Gustav Adolf-Vereine, aber auch von der Kärntner Sparkasse und vom Lande selbst ausgiebig subventionirt wird. Seit Jahren klagen die katholischen Seelsorger in Feldkirchen, dass dieses Waisenhaus mit Vorliebe katholische Kinder aufnehme und sie zum Abfall vorbereite, aber man fand kein Mittel dagegen, bis Herr Kayser am Epiphaniefeste dieses Jahres das katholische Waisenhaus eröffnete. Dass es an Waisenkindern in einem Lande, wo das Familienleben so darnieder liegt, nicht fehle, wird Jedermann glauben, wohl aber fehlt es an Geldmitteln, um die schreienden Jungen zu stillen.

Was war da natürlicher, als dass Herr Kaplan Kayser, nachdem er sein Vermögen ganz geopfert hatte, an die Wohlthätigkeit der Mitmenschen appellirte. Herr Kayser verfasste auch ein Majestätsgesuch um eine Unterstützung dieser in der „Los von Rom"-Bewegung so dringend nothwendig gewordener Anstalt. Das Gesuch kam von der allerhöchsten Kabinetskanzlei an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Klagenfurt zur Begutachtung. Da geschah denn was höchst Sonderbares! Die k. k. Bezirkshauptmannschaft übergab das Gesuch des hochw. Herrn Kayser dem evangelischen Senior Schwarz zur Begutachtung, oder zur Aeusserung, ob es denn wahr sei, dass die Anstalt in Wayern die „Los von Rom"-Bewegung fördere? Der Herr k. k. Bezirkshauptmann von Klagenfurt wird schon seit längerer Zeit sowohl von den deutschen als slovenischen Katholiken mit grossem Misstrauen beobachtet. Diesmal ist sein Vorgehen unbegreiflich,

umso unbegreiflicher, als der Herr sich einem kirchlichen Würdenträger gegenüber sehr indignirt äusserte, dass Kaplan Kayser konfessionellen Unfrieden nach Feldkirchen bringe. Vielleicht wollte man das Ordinariat gegen den seeleneifrigen Kaplan mobilisiren. Die Sache ging aber nicht und erregte an kompetenter Stelle nur tiefsten Unwillen. Herr Schwarz verfasste ein Gutachten, das zur Kenntniss des Herrn Kayser gekommen ist. Kaplan Kayser veröffentlichte dann in der „Kärntner Ztg." einen offenen Brief an Herrn Schwarz. Dem Briefe entnehmen wir folgende Stellen:

Ich erinnere an den Abfall des Knaben Joseph Mauer .... derselbe war der talentirtesten einer und hat mir im Religionsunterrichte nie Anlass zur Klage oder zum Tadel gegeben. Plötzlich mit dem 14. Lebensjahre hat ihn der Hauch des Evangeliums in Ihrer (Herrn Schwarz) Anstalt zum Abfalle gebracht. Jetzt ist es mir klar, warum die Mutter ihre Zustimmung zum Uebertritte ihres Kindes gegeben, denn der Junge wird ja jetzt auf Ihre (des Seniors) Kosten zum Lehrer ausgebildet .... Im Laufe der Zeit, wo Ihre Anstalt besteht, sind nicht weniger als sechs Kinder vom „Hauche des Evangeliums" erwärmt worden und abgefallen .... und Sie erzählen der Behörde, dass katholische Geistliche konfessionelle Anfeindungen in die Kinder hineingetragen hätten! ... Es ist Thatsache, dass vor katholischen Kindern in Ihrer Anstalt die Lehren der katholischen Kirche und ihre Ceremonien, die Muttergottes- und Heiligenverehrung bespöttelt und lächerlich gemacht werden. .... Sie selbst können es sich nicht versagen, sogar bei Begräbnissen die Gefühle der anwesenden katholischen Kinder Ihrer Anstalt und jener Katholiken, die ihrem protestantischen Mitbürger die letzte Ehre erweisen, gröblich zu verletzen ... indem Sie einem Protestanten ins Grab nachriefen: „Und wenn Du tausend Messen lesen lässt, wird es dir doch nichts nützen!" Haben Sie sich nicht bemüssigt gefühlt, an einem anderen offenen Grabe von „Rosenkranzplappern" zu sprechen? Mein Vorgänger hatte eines Tages einen Versehgang zu machen, der ihn durch Wayern führte. Ein Knabe Ihrer Anstalt nahm

die Mütze ab, während ein anderer ihm zurief: „Lass das doch, was geht Dich denn der Pfaff' an!“ Und Jener, der sich diese Beschimpfung und Religionsstörung zuschulden kommen liess, war Ihr eigener Sohn. Ich verweise auf das Konfirmandenbüchlein, das vielleicht auch katholischen Schülern in die Hand gedrückt wird, worin es von Unrichtigkeiten und Entstellungen der katholischen Glaubenslehren nur so wimmelt! Noch erinnere ich Sie an die famose Versammlung des Jugendbundes „Südwacht“ in Feldkirchen, wo in Anwesenheit vieler katholischer Kinder das Bussakrament verhöhnt und in den Koth gezerrt wurde.

Der Herr Kaplan schliesst den Brief: Einstweilen bin ich mit Ihnen fertig, was ich Ihnen noch mehr zu sagen habe, können wir auf später aufsparen. Vorstehendes beweist vorläufig zur Genüge, dass die Störer des konfessionellen Friedens nicht wir, sondern andere Leute sind, was wir mit unendlicher Entsagung des Friedens wegen ertragen haben — jetzt aber, da Sie selbst die politischen Behörden mit Ihren grundlosen Beschwerden belästigen, sage ich Ihnen: Sobald Sie noch weiter, wie früher, uns Katholiken im Geheimen oder offen befehden, treffen Sie auf einen Gegner, dessen Geduld zu Ende ist. Das Lied vom Frieden ist ein altes Lied, die Katholiken sollten immer Frieden halten, und wehren sie sich einmal — nun dann sind sie die Störefriede, selbst in den Augen mancher Behörden, Gott sein Dank nicht mehr im Urtheile der kirchlichen Obrigkeit. Wenn das Sündenregister, welches hier dem „evanlischen“ Senior vorgehalten wird, den Thatsachen entspricht, worüber kaum zu zweifeln ist, dann mag der Katholik mit Recht fragen, was der Protestantismus noch mehr thun solle, um katholische Kinder „Los von Rom“ zu bringen. Vielleicht wird sich die k. k. Behörde mit der Zeit doch klar, wer den konfessionellen Frieden stört? Es ist eine tief zu bedauernde Thatsache, dass ein Grosstheil der k. k. Beamten sich die Informationen über offenkundige Thatsachen nur aus der „Los von Rom“- oder doch nur aus der radikaldeutschen Presse holt, und dann

gegenüber den Katholiken eine Stellung einnimmt, die schwer zu verantworten ist.

Am 13. März 1902 brachte das „Vaterland“ aus Nordböhmen diesen Bericht. Die Protestanten betrachten Klostergrab als ihr Heiligthum. Zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts hatten sie auf Ossegger Stiftsgrunde widerrechtlich eine Kirche gebaut. Trotz aller Verbote der Behörde wurde der evangelische Gottesdienst fortgesetzt und der katholische Pfarrer, welcher gegen die Aufständischen predigte, hinter dem Hochaltare gehängt. Nun schritt die Behörde energisch ein; wie dabei die protestantische Kirche in Brand gerieth, ist nicht klargestellt. Das geschah im Jahre 1617. — Am 12. December 1900 wurde nun der Grundstein zu einer neuen evangelischen Kirche gelegt; am nächsten Charfreitag soll ihre feierliche Weihe stattfinden — mit Festgeläute, Festzug, Festessen, Koncert u. s. w. Wahrlich, solcher Rücksichtslosigkeit und Unverschämtheit wären die Katholiken Sachsens, auch wenn dort solches geduldet würde, nicht fähig! Die katholische Pfarrgemeinde zählt über 4000 Seelen, die evangelische vielleicht gegen 200, darunter 75 abgefallene Katholiken. Sollten auch diesmal wieder wie bei der Grundsteinlegung die katholischen Lehrer an dieser evangelischen Charfreitagsfestlichkeit theilnehmen, so wäre das ein unerhörtes Aergerniss. — Die Mission, gehalten von den hochw. Patres Lerch und Pagler vom 2. bis 10. März, nahm einen unerwartet erfreulichen Verlauf. War die Kirche bei der Predigt Früh um 8 Uhr gefüllt, so konnte dieselbe Abends die Menschenmenge nicht fassen. Bei 1200 Erwachsene jeden Standes empfingen die heiligen Sakramente Das Volk ist ausgezeichnet gut, echt österreichisch und katholisch gesinnt, aber diese Hetzer! — Der evangelische Pfarrvikar, welcher, obschon ein Ausländer, hier pastorirt, wurde erst unlängst wegen Pressvergehens und Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 60 Kronen verurtheilt. Dennoch nennt ihn der Volksmund als den Urheber der „Los von Rom“-Plakate, welche unmittelbar vor dem Beginne der Mission überall angeklebt waren. — Die Mission, die heute in Mariaschein beginnt, ist seit

Beginn des Jahres 1902 schon die achte, die im deutschen Antheile der Leitmeritzer Diöcese gehalten wird — jede mit gutem Erfolge. Nur eine Gemeinde hat gegen die Abhaltung einer solchen Gnadenzeit bei weltlicher und geistlicher Behörde protestirt, und merkwürdig, nicht eine solche, an deren Spitze ein čechischer Seelsorger steht, sondern ein deutscher Pfarrer mit einem deutschen Kaplan. — Wo fehlt es in unserem Vaterlande? An österreichisch und katholisch gesinnten Lehrern und Beamten. Sollten es diese Leute nicht bald herausfühlen, wie sie beim Volke an Achtung und Liebe immer mehr verlieren?

Die „Wartburg", das Organ der Abfallsbewegung, die der bekannte Lehmann in München verlegt, brachte in der Pfingstnummer 1902 eine Uebersicht der Abfallsbewegung in Böhmen. Es zeigt sich aus diesen Pastoren-Nachweisen, dass das deutsche Südböhmen und Südwestböhmen ebenso, wie das gesammte eigentliche Nordböhmen vom Abfall frei ist. Der Grund dafür ist wohl, weil dort auch der politische Schönerianismus und Wolffianismus nicht festen Fuss fassen konnte. Dagegen ist das weite Gebiet am Erzgebirge, vom Egerland über Komotau, Teplitz, Aussig bei Leitmeritz und Tetschen hin von diesem Apostatenthum durchsetzt, und die Agitationen der Auslands-Pastoren in Verbindung mit den vom Ausland hereingeschafften Millionen und den massigen Agitationsschriften haben ihre Wirkung geäussert. Relativ betrachtet, ist der „Seelenfang" allerdings bescheiden genug, aber er hat doch in den citirten Gegenden und ausserdem im Trautenau-Hohenelber Gebiete manchen Katholiken auf andere Wege geführt und den Vorwand zur Erbauung mehrerer neuer lutherischer Kirchen oder Bethäuser gegeben. Das erste Apostasie-Gebiet, das Egerland, zeigt als Hauptorte des Abfalls nicht Dörfer, sondern Städte, wie Asch, Eger, Karlsbad, dann Falkenau und Chodau, wo neue Pastorate gegründet wurden. Das nächste Abfall-Centrum ist Komotau mit Anhängseln in Saaz, Podersam, Kaaden, Horschowitz und Weipert. In diesem lutherischen Agitationsgebiete gibt es jetzt 6, statt früher nur einen Pastor. Der dritte Agitations-

herd ist Dux mit Teplitz, Turn und Aussig bis Leitmeritz, von wo die Abfallprediger nach Klostergrab, Graupen, Karbitz, Boreslau hinüberzugreifen suchen. Auf dieses Gebiet des Kohlenbergbaues das über 3 Meilen im Durchmesser hat, werden ein Drittel der Apostasien ganz Deutschböhmens gerechnet. Ein weiterer Abfallkessel ist das Trautenau-Langenau-Hohenelbe-Gablonzer Gebiet, das am Riesengebirge liegt. So gering auch die Kopfzahl der circa 10.000 Abtrünnigen in Deutschböhmen im Vergleiche zur Gesammtzahl der Katholiken dieses weitgedehnten Gebietes ist, das massige Geld muckerischer Herkunft aus Deutschland gibt diesem Schönererthum einen gewissen Hintergrund. Während es in Deutschböhmen 1898 nur 28 protestantische Pastoren mit 23 lutherischen Kirchen oder Bethäusern für 48 Ortschaften gab, werden jetzt 54 Pastoren mit 40 protestantischen Kirchen oder Bethäusern für 108 Orte gezählt, und die Mittel der Propaganda werden aus dem Nachbarreiche mit vollen Händen geboten. Religiöser Sinn ist bei dem neuen Abfallzuwachs für das Lutherthum wohl nicht zu erwarten, denn diese Elemente, vielfach ungläubig, bleiben, was sie früher waren, kirchenlustscheu. Aber die religiöse Zerrissenheit ist nun doch ins Volk des westlichen und nordwestlichen Böhmens hineingetragen worden, und dieser Gährstoff wird fortwirken.

XIV. **Die rollende Reichsmark.**

Es ist bekannt, dass nach dem siegreichen Raubzuge Preussens im Jahre 1866 der damalige preussische König Wilhelm darauf bestand, die böhmischen Länder müssen Preussen einverleibt werden, sich dem Begehr des Königs Bismark entgegensetzte, indem er darauf hinwies, dass diese Länder katholisch sind und das oficiell lutherische Preussen könne derzeit einen Zuwachs an Katholiken nicht brauchen. Das im Jahre 1866 unvollendet gebliebene Werk soll durch die „evangelische“ Agitation, die Los von Rom-Hetze der Vollendung näher gebracht werden.

Die Los von Rom-Agitation braucht viele Geldmittel, diese sind unter der Bevölkerung in Oester-

reich schwer zu haben, daher wird von Preussen-Deutschland ausgeholfen. Die rollende Reichsmark soll ihre Schuldigkeit thun und das oficielle deutsche Lutherthum hofft für seine Nachkommen reichliche Zinsen durch Annexion der böhmischen Länder. Ist doch Preussen im Haupttheile sehr mager und sandig, Böhmen so schön, fruchtbar und reich. Die Geldmittel für die Abfallsbewegung in Oesterreich fliessen auf verschiedenartige Weise ein.

Die in Berlin erscheinende „Germania" brachte am 4. September 1901 folgenden Artikel. Eine Hauskollecte in Mecklenburg für die Los von Rom-Bewegung. Die Mittheilung des „Mecklb. Tagebl.", dass das Ministerium des Grossherzogthums Mecklenburg-Schwerin die Genehmigung zur Abhaltung einer Hauskollekte für die Los von Rom-Bewegung ertheilt habe, wird von der „Täglichen Rundschau" bestätigt, und zwar mit dem Hinzufügen, dass sie „in dem durch und durch protestantischen Grossherzogthum Mecklenburg allerorten freudigen Wiederhall gefunden hat". Letzteres möchten wir doch, zur Ehre der protestantischen Bevölkerung Mecklenburgs, in Zweifel ziehen. Um so weniger aber können wir unser Erstaunen darüber unterdrücken, dass das Ministerium des Grossherzogthums Mecklenburg-Schwerin kein Bedenken getragen hat, der allgemeinen Hauskollekte für die Los von Rom-Bewegung seine Genehmigung zu ertheilen. Es kann der mecklenburgischen Regierung doch unmöglich entgangen sein, dass die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich einen ziemlich stark ausgeprägten antidynastischen und landesverrätherischen Charakter besitzt, wie auch der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand es am 17. April d. J. offen ausgesprochen hat, dass „die Los von Rom-Bewegung zugleich eine Los von Oesterreich-Bewegung sei, die nicht scharf genug bekämpft werden könne". Und eine monarchische konservative Regierung sollte mit der Genehmigung einer Hauscollekte eine solche revolutionäre Bewegung unterstützen, sollte der Begünstigung derselben den amtlichen Stempel aufdrücken! Der einzelne Protestant mag es mit seinem Gewissen abmachen, ob er

für die Los von Rom-Bewegung, die zugleich eine Los von Oesterreich-Bewegung ist, aus konfessionellen oder politischen Motiven eine finanzielle Unterstützung gewähren will. Dass sich unter den orthodoxen und liberalen „Romhassern" Leute finden, die sich kein Gewissen daraus machen, die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich nicht nur mit ihren Sympathien, sondern auch mit ihren „Liebesgaben" zu unterstützen, kann freilich nicht Wunder nehmen. Einsichtige und gewissenhafte Protestanten und konservative Männer von monarchischer Gesinnung, welche nicht durch Romhass geblendet sind und sich ein ruhiges und klares Urtheil über die religiöse, wie über die politische Bedeutung der Los von Rom-Bewegung in Oesterreich verschafft und bewahrt haben, werden derselben weder religiöse noch politische Sympathien zuwenden und demgemäss auch zu finanziellen „Liebesgaben" nicht geneigt sein. Darüber kann ja kein Zweifel mehr sein, dass die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich nur äusserlich mit einem „religiösen" Mantel paradirt, um den politischen Kern zu verdecken. Dass die zum Protestantismus übertretenden Deutschen in Oesterreich nur von religiösen Beweggründen geleitet sind, um gläubige Protestanten zu werden, wie es solche in Mecklenburg erfreulicher Weise noch in grosser Anzahl gibt, wird Niemand glauben, der die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich auch nur oberflächlich verfolgt hat. Die Führer dieser Bewegung wollen nicht Luthers Lehre annehmen und einführen, sondern in alldeutscher Schwarmgeisterei zum altdeutschen Wuotansglauben zurückkehren. „Los vom Christenthum" ist ihre wirkliche Parole. Wir haben wiederholt auf Aussprüche von den Führen der Los von Rom-Bewegung aufmerksam gemacht, die das bestätigen. Noch jüngst schrieb Schönerer in seinen „Unverfälschte deutsche Worte" das Geständniss: So lange nicht das ganze deutsche Volk wiederum los von Rom ist, frei wie vor mehr als tausend Jahren — so lange muss es um sein Volksthum, um seinen nationalen Besitzstand bangen. Wir müssen in religiöser Beziehung (den Zeitverhältnissen entsprechend geändert) wieder auf die Zustände vor Bonifacius ge-

langen — nur dann können wir in Bezug auf unser Volksthum sorglos sein. Diese modernen Wuotansverehrer in Oesterreich wollen also vom Christenthum, und besonders vom orthodoxen Protestantismus in Mecklenburg nichts wissen. Und da sollen die gläubigen Mecklenburger Protestanten unter amtlicher Approbation einer allgemeinen Hauskollekte und verleitet durch eine solche amtliche Genehmigung in ihrer Unwissenheit über den wahren Charakter der Los von Rom-Bewegung in Oesterreich noch zu einer finanziellen Beisteuer für dieselbe wenigstens indirekt aufgefordert werden! Wenn man voraussetzen muss, dass das Ministerium im Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin durch die Genehmigung einer Hauskollekte für die „Los von Rom"-Bewegung Niemanden absichtlich hat täuschen wollen, so kann demselben doch der Vorwurf nicht erspart werden, dass es sich selbst getäuscht hat, als es diese Genehmigung ertheilte. Getäuscht nicht nur über den religiösen, sondern auch über den politischen Charakter der Los von Rom-Bewegung in Oesterreich. Der Karbitzer Advokat Dr. Eisenkolb, auch ein Führer der Los von Rom-Bewegung, hat noch auf der alldeutschen Versammlung in Eger am 7. Juli d. J. sogar in Gegewart eines landesfürstlichen Beamten in seinem Aerger über den langsamen Fortgang der Abfallsbewegung rund herausgesagt: Wir wollen noch den ganzen endlichen Erfolg dieser Bewegung miterleben, und darum muss die Bewegung noch in ein rascheres Tempo kommen. So lange wir nicht alle los von Rom sind, ist auch eine organische Verbindung mit dem Deutschen Reiche nicht möglich. Damit hat Dr. Eisenkolb mit mehr als hinlänglicher Deutlichkeit den wirklichen Zweck der Bewegung „Los von Oesterreich" kundgegeben, während das „Los von Rom" ihm selbst — und so ist es auch in der Wirklichkeit — nur als Mittel zum Zweck erscheint. Was meint das Ministerium von Mecklenburg-Schwerin wohl dazu? Wenn aber die Dinge sich so verhalten, wenn die Genehmigung der Hauskollekte für die Los von Rom-Bewegung in Oesterreich die politische Förderung einer Bestrebung „Los von Oesterreich" bedeutet, dann gewinnt das Verhalten

der Regierung von Mecklenburg-Schwerin eine erhöhte politische Bedeutung, welche die Grenzen dieses deutschen Bundesstaats überschreitet und in das Gebiet der Reichspolitik in sehr bedenklicher Weise hinübergreift. Die Genehmigung einer Hauskollekte an sich innerhalb der Landesgrenzen ist allerdings zuerst Sache der Landesregierung. Aber auch die Reichsregierung, welcher verfassungsgemäss die Vertretung vor dem Auslande, wozu auch Oesterreich gehört, allein obliegt, wird dadurch in Mitverantwortung und dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Das Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin hat ja keinen besonderen Gesandten in Wien und kann auch der österreichischen Dynastie nicht den Krieg erklären, wie es durch die Genehmigung der Hauskollekte für die Los von Rom-, bezw. Los von Oesterreich-Bewegung geschehen ist. Die mecklenburgische Regierung kann aber auch nicht verhindern, dass die österreichische Regierung als eine Art Kriegserklärung ihr Vorgehen betrachtet. So kommen hier internationale Beziehungen in Betracht, deren Wahrung dem Reichskanzler, bezw. dem Auswärtigen Amte obliegt. Wir dürfen wohl erwarten, dass das für alle deutschen Katholiken verletzende und für die freundschaftlichen Beziehungen des deutschen Reiches zu Oesterreich störende Verhalten der Landesregierung von Mecklenburg-Schwerin bei der zuständigen Reichsregierung die entsprechende Würdigung und Remedur finden wird und dass wir bald in der officiösen Presse darüber Näheres erfahren. Inzwischen hat bereits die „Köln. Zeitung“ der mecklenburgischen Regierung ihre Vorhaltungen gemacht, indem sie unter dem Zweifel, dass die Regierung von Mecklenburg-Schwerin wirklich ihre Genehmigung zu der Hauskollekte für die Los von Rom-Bewegung gegeben habe, Folgendes schreibt: Es wäre zu bedauern, wenn das mecklenburgische Ministerium wirklich zu einer solchen Kollekte seine Einwilligung gegeben hätte. Zunächst ist es allgemein bekannt, das die österreichischen massgebenden Kreise der Los von Rom-Bewegung keineswegs freundlich gegenüberstehen, und das die höchsten Stellen im österreichisch-ungarischen Staate darüber gar keinen Zweifel gelassen

haben. Nun scheint man freilich dort die Bedeutung der ganzen Bewegung nicht unerheblich zu überschätzen, da die römische Kirche viel zu fest gefügt ist, um von einer solchen Agitation ernste Gefahr besorgen zu müssen. Wie die Dinge aber liegen, würde eine von einer amtlichen deutschen Behörde geförderte Unterstützung dieser Bewegung in Oesterreich nicht als eine Freundlichkeit empfunden werden, und es wäre daher Pflicht des Kirchenregiments, nichts zu unternehmen, was als ein Eingriff in die Angelegenheiten des befreundeten und verbündeten Kaiserreiches ausgelegt werden könnte. Wenn aber die Kirchenbehörde sich dieser Erkenntniss verschliesst, so sollte die mecklenburgische Regierung als politische Behörde sich einer Massnahme widersetzen, die solcher unfreundlichen Auslegung unterworfen werden könnte. Aber noch aus einem anderem Grunde erscheint eine solche in Deutschland mit behördlicher Erlaubniss unternommene Kirchenkollekte durchaus unsympatisch. In gewissen Kreisen der katholischen Kirche ist Neigung vorhanden, mit Mitteln, die nicht zu billigen sind, sogenannte Seelenrettungen vorzunehmen, und die liberalen und protestantischen Blätter haben niemals verfehlt, sich, wenn solche Fälle vorkamen, mit aller Entschiedenheit dagegen auszusprechen. Was aber die Protestanten bei den Katholiken verurtheilen, das sollen sie auch nicht selbst thun, und es ist eine über die Grenzen des Angemessenen hinausgehende Proselytenmacherei, wenn man durch Geldsammlungen dazu beizutragen sucht, Katholiken zum Uebertritt zur protestantischen Kirche zu veranlassen. Wir Reichsdeutsche haben uns nicht in innere Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen, wenn es uns auch unbenommen ist, nach unserm persönlichen Standpunkte den Verlauf der „Los von Rom"-Bewegung in Oesterreich mit Sympathie oder mit gleichgiltigen Skepticismus zu betrachten. Mecklenburg ist neben Sachsen der einzige Staat in Deutschland, dem man mit einigem Recht vorwerfen kann, dass die Katholiken in ihm nicht mit ganz gleichem Masse gemessen werden und in dem die Katholiken sich beklagen können. Schon deshalb sollte man diesen

Klagen nicht noch eine weitere Berechtigung geben indem man die protestantische Propaganda auch über die Landesgrenzen hinausträgt. Wenn hier die politischen Momente ungleich schärfer hervortreten, als die religiösen, so lässt sich das bei dem wahren Charakter der Los von Rom-Bewegung in Oesterreich sehr leicht erklären. Der Eingriff in die Angelegenheiten eines befreundeten und verbündeten Staates, wie er durch die mecklenburgische Regierung gemacht worden ist, liegt hier auch nach dem Zeugnisse der „Kölnischen Zeitung“ so offen zu Tage, dass die deutsche Reichsregierung gar nicht mehr umhin kann, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. In welchem schreienden Gegensatze steht aber diese amtliche Los von Rom-Unterstützung in Mecklenburg zu der Unterdrückung der katholischen Kirche! Auch das ist ein dankbarer Beitrag zum Paritätsantrage des Centrums im Reichstage.

Am 29. September 1901 brachte die „Germania“ diesen Artikel: Die Los von Rom-Agitatoren. Die liberale „Deutsche Zeitung“ in Wien, welche einer Freundschaft für die katholische Kirche nicht im Mindesten verdächtig ist, hat vor einigen Tagen die Los von Rom-Agitatoren einer näheren Beleuchtung unterzogen und dabei nach einer allgemeinen, wenig schmeichelhaften Charakteristik auch einige Details an das Tageslicht gebracht, die wir allen Freunden und Gönnern der Los von Rom-Bewegung in Deutschland, besonders aber den Regierungen, welche diese Bewegung durch Genehmigung von Hauskollekten und Sammlungen unterstützen, auch dem Mecklenburgischen und Sächsischen Gotteskasten und last not least dem Herrn Superintendenten Meyer-Zwickau, dem Vorsitzenden des „Ausschusses zur Förderung der evangelischen Kirche in Oesterreich,“ zur ernsten Beachtung unterbreiten. Es heisst in diesem Artikel der „Deutschen Zeitung“ unter Anderem: . . . Mehr interessirt jene nicht unbeträchtliche Zahl von Agitatoren, denen die Abfallshetze ein Geschäft ist, die Intimen Wolfs und die Knappen Schönerers, welche überhaupt die Politik als Gewerbe betreiben. Diese Burschen hatten nie was Rechtes, wovon sie lebten,

sie erkannten bald, dass sich aus der protestantischen Proselytenmacherei Kapital schlagen liesse. Ihnen dient überhaupt der nationale und freiheitliche Idealismus des deutschen Volkes als Mittel zum Zweck, sie selbst haben keinerlei Ueberzeugungen, sondern schroten blos die herrschenden Meinungen und Strömungen für ihre persönlichen selbstischen Zwecke aus. Ihnen ist aber auch „Los von Rom" — los von Oesterreich, eine Präparirung Deutschösterreichs für eine organische Verbindung mit Preussen. Das haben die Stein, Eisenkolb, Schönerer auf offener Tribüne einbekannt, das ist in jeder Nummer der „U. d. W." zu lesen. Mit reichsdeutschem Gelde wird denn auch die Agitation unterhalten. Wir haben bereits auf die Hauskollekten des Evangelischen Bundes hingewiesen und von der rollenden Reichsmark in verschiedenen Einzelfällen erzählt. So erschienen auch bei der Karbitzer Kirchenweihe Superintendent Meyer aus Zwickau und Oberkonsistorialrath Dr. Dibelius aus Dresden. Der erstere überbrachte ein Geschenk von 10.000 Mark, der letztere ein solches von 2000 Mark. Auch andere Pastoren überreichten Spenden. Ebenso haben wir das Treiben der Münchener Odinleute und ihre merkwürdigen Geldmanipulationen einmal geschildert, die ihnen und anderen gestatteten, drei Millionen Flugblätter nach Oesterreich zu schmuggeln. Verlässlichen Angaben zufolge hat der Gustav Adolf-Verein in drei Jahren weit über eine Million Mark nach Oesterreich gesandt. Nun soll nicht behauptet werden, dass der Kassettenmann und seine Clique alle die Unsummen verschlungen haben. Das meiste davon ging auf Kirchenbauten und auf die Besfallung der Seelsorger auf. Immerhin blieb ein beträchtlicher Bruchtheil der Unterstützungssummen für die „Los von Rom"-Bewegung den Agitatoren in Wort und Schrift. Es ist ja auch klar: In Böhmen fristen heute ein Dutzend alldeutsche Lokalblätter mit einem jährlichen Gesammtdeficit von mindestens 60.000 Kronen ihr Dasein. Diese beziehen von den evangelischen Muckern für die Uebertrittspropaganda Subventionen, die dieses Deficit reichlich decken. Desgleichen die alldeutschen Versammlungsredner, weshalb sich die Schriftleiter

und Wanderprediger aus der Wolf-Schönerer-Gesellschaft der Proselytenmacherei so lebhaft annahmen. Dass die Wolf-Clique durch die Sammelbüchsen und Spenden (10.000 Markspende durch Bergwerksdirektor Mehlhardt u. v. a. m.) grosse Summen zusammenschnorrte, ist bekannt, nicht minder, dass der Alldeutsche Verband, der ewigen Subventionirungen müde, das Wolf-Organ in eigene Regie übernehmen wollte. Weniger bekannt ist z. B., dass unter der Lehrerschaft Deutschböhmens für den Abg. Schreiter Geld gesammelt wurde, da derselbe bis über den Kopf verschuldet war. Damals schrieb uns ein hierüber entrüsteter Lehrer: „Schreiter wende sich in seiner finanziellen Bedrängniss an den Millionär Schönerer oder an Wolf, der durch seine Sammelbüchsen schon erkleckliche Summen hereingebracht hat, oder wende sich doch an den Gustav Adolf-Verein oder den Evangelischen Bund in Deutschland oder auch an die reichen Juden; für die Interessen aller dieser arbeitet er ja mit Feuereifer. Die Lehrerschaft Deutschböhmens, die ja unablässig um eine Gehaltsaufbesserung sich bemüht, hat ihr Geld für solche persönlichen Zwecke nicht übrig. An diesen Sammlungen und Spenden wäre gewiss nichts Besonderes auszusetzen, wenn nicht durch die Art der damit betriebenen Hetzagitation der üble Beigeschmack entstünde“ . . . .

Es sind eigentlich keine neuen Enthüllungen, welche die „Deutsche Zeitung“ hier bringt, sondern ihre Ausführungen bestätigen nur, was über den wahren Charakter der Los von Rom-Bewegung und über die Los von Rom - Agitatoren in Oesterreich sowohl, wo man den betreffenden Verhältnissen und Personen näher steht, als auch im deutschen Reiche bereits zur Genüge bekannt war und von uns wiederholt ausgeführt worden ist. Rekapituliren wir die Ausführungen der „Deutschen Zeitung“ über die „nicht unbeträchtliche Zahl“ von „Los von Rom“-Agitatoren in Oesterreich, so ergibt sich: dass denselben „die Abfallshetze ein Geschäft“ ist und dass sie „aus der protestantischen Proselytenmacherei Kapital zu schlagen“ suchen, dass „sie selbst keinerlei Ueberzeugungen

haben“, dass ihnen „Los von Rom — Los von Oesterreich ist, eine Präparirung Deutsch-Oesterreichs für die organische Verbindung mit Preussen“, dass „mit reichsdeutschem Gelde die Agitation unterhalten“ wird, dass von den Unsummen dieses Geldes nach Abzug der Kirchenbaukosten und Seelsorgerbestallungen immerhin noch „ein beträchtlicher Bruchtheil der Unterstützungssummen für die Los von Rom-Bewegung den Agitatoren in Wort und Schrift bleibt“, dass auch die böhmischen Lokalblätter für die Uebertritts-Propaganda Subventionen erhalten und desgleichen die Wanderredner aus der Wolf-Schönerer-Gesellschaft, welche sich der „Proselytenmacherei“ so lebhaft annahmen.

Diese von der „Deutschen Zeitung“ festgestellten Thatsachen betreffs der Los von Rom-Agitatoren, die sich nach dem anderweitig vorliegenden Material, namentlich bezüglich des irreligiösen und antichristlichen Charakters der Los von Rom-Bewegung noch leicht ergänzen liessen, — das liberale Wiener Blatt scheint darauf weniger Gewicht zu legen, — werden wohl nicht mehr bestritten, jedenfalls aber nicht widerlegt werden können. Wollen die „Mecklenburger Nachrichten“ nun nicht endlich zugeben, dass „ein beträchtlicher Bruchtheil“ der vom Mecklenburgischen und Sächsischen Gotteskasten in Folge der von den Regierungen in Mecklenburg und Sachsen bewilligten Kollekten zur Unterstützung der Los von Rom-Bewegung aufgebrachten Gelder für die Uebertritts-Propaganda und Proselytenmacherei der Agitatoren in Wort und Schrift verwendet wird? Und wenn den mit reichsdeutschem Gelde subventionirten Agitatoren „Los von Rom“ — los von Oesterreich ist, eine Präparirung Deutsch-Oesterreichs für die organische Verbindung mit Preussen“, ist dann nicht diese Los von Rom-Bewegung eine dynastiefeindliche und landesverrätherische Bewegung? Kann da die deutsche Reichsregierung, die das Bundes- und Freundschaftsverhältniss zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich ungeschmälert erhalten will, ruhig zusehen, wie einzelne Landesregierungen durch ihre Förderung der Los von Rom-Bewegung Oester-

reich brüskiren und an den Bestrebungen zum Ruin der habsburgischen Dynastie mitarbeiten?

Reichsdeutsche Blätter brachten im Mai 1901 folgende Notiz: Der Ausschuss des ostpreussischen Zweiges des deutschen Hilfsvereines für die evangelische Bewegung in Oesterreich hatte in der Weihnachtswoche vorigen Jahres etwa 2000 Mark an die kleinen und bedrängten evangelischen Gemeinden, die jetzt in Oesterreich neu entstehen, vertheilen können, 1000 Mark gab er an sein Pathenkind Krems dort zu Besoldung des evangelischen Vikars. Im Laufe des Winters waren dem Ausschusse weitere Gaben im Betrage von rund 3500 Mark zugeflossen und eine in dieser Woche gehaltene Sitzung konnte über die Verwendung dieser Summe beschliessen. Man einigte sich dahin, wieder in erster Reihe das Pathenkind Krems zu bedenken, und zwar durch Festlegung eines Kapitals von 2500 Mark, dessen Zinsen wiederum für den Unterhalt des dortigen Geistlichen bestimmt wurden. Die Beschlussfassung über die weiteren 1000 Mark wurde noch ausgesetzt, da man noch Anträge von einzelnen österreichischen Gemeinden abwarten wollte. Jene Festlegung geschah darum, weil einmal in den Geschenken, die dem Ausschusse zugegangen waren, die Zuwendung eines ungenannt bleibenden Wohlthäters sich befindet, die ungefähr die gleiche Höhe hat, also schon gewissermassen ein Kapital ist, und weil andererseits es vor Allem daran gelegen sein muss, Alles zu thun, damit dauernd in Krems ein evangelischer Prediger sei. Es hat deshalb auch der dortige Vikar, Prediger Monsky, den Kollektenertrag seiner im März durch Ostpreussen gemachten Predigtreise mit rund 800 Mark zum Grundstock eines Pfarrdotationsfonds für Krems bestimmt. Auch aus dieser Notiz geht hervor, wie planmässig von Preussen aus die sogenannte „Los von Rom"-Bewegung in Oesterreich unterstützt wird. Und was für Vorkehrungen trifft man bei uns dagegen?

Die 55te Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereines fand 25. September 1902 in Kassel statt. Deutsch sein, heisst lutherisch sein. So wird wenigstens überall gerufen. Aber dem ist nicht so. Der

erste Redner war Pastor Dušek aus Kolin in Böhmen. Wie kommt denn dieser Herr in diese Versammlung? Wir stellen also den Satz richtig. Lutherisch sein, heisst international, evangelisch sein, unter der Vorherrschaft Preussens. Das Lutherthum strebt einen grossen Caesaropapismus an für das Haus Hohenzollern auf Kosten der Katholiken Oesterreichs. Pastor Dušek sagte nach der „Vossischen Zeitung" folgendes. Se. Ehrwürden brachte zunächst einen kleinen Abriss der Geschichte des Protestantismus in Böhmen, dann überging er mit der Behauptung ins Aktuelle, dass sich unter der Čechen dieselbe Bewegung zeige, wie unter den Deutschen. Den Beweis dafür blieb er freilich schuldig. In jedem Čechen, so behauptete er weiter, sei ein Zwiespalt zwischen der alten Vergangenheit und dem Verdammungsurtheile, welches die Kirche darüber fällt. Das Volksgewissen werde angeblich nicht früher zur Ruhe kommen, als bis es den alten Grund gefunden haben werde. Die frohe Hoffnung, die sich nach der Meinung des Herrn Pastors daraus ergebe, werde aber durchkreuzt von dem Zwist zwischen Čechen und Deutschen. Dieser Zwist hat seine älteste Wurzel in der Abneigung gegen das nach 1620 eingeführte papistische Verwaltungssystem — für das man Deutsche verantwortlich machte, und durch welches das Volk völlig unter das römische Joch gebeugt werden sollte. Dieses System ist nun zwar durch die Liberalen in etwas zu Fall gebracht; aber während die Deutschen bei dem Systemwechsel wenigstens sich ihre Sprache sicherten, mussten die Čechen auch dafür fürchten, was ein Grund zu einer Missstimmung wurde. Aber eine gerechte, Allen das Recht gebende Verwaltung kann Alles beseitigen. Heut ist bei beiden gemeinsam der Zug nach Fortschritt und beide müssen zusammenstehen, denn Deutsche und Čechen scheinen in Oesterreich die fähigsten zur Führung des Staates zu sein. In Böhmen stehen beide wider einander, ohne dass Einer den Andern bezwingt. Hetzgeister finden sich in beiden Lagern, aber diese müssen beseitigt werden, dann werden sich die Herzen leichter finden. Zum Schlusse gibt der Redner dann eine kurze Uebersicht

über die Leiden, welche Deutsche und Čechen gemeinsam um ihres Glaubens willen getragen haben, und knüpft nochmals die Mahnung zur Einheit im Dienste des Evangeliums an. — Mit diesem Appell zur Milde und Versöhnlichkeit blieb aber der böhmische Redner in der Versammlung völlig vereinzelt, denn die nachfolgenden Ausführungen sind durchwegs von exklusiv national-deutschem Geiste getragen.

In der Abendversammlung führte Superintendent Karmann, Schwetz, den Vorsitz. Er schilderte als erster Redner des Abends die Lage in der Diaspora Westpreussens, die gleichermassen gegen Polonismus und Romanismus anzukämpfen habe. Ein Untergang deutscher und evangelischer Kultur in jenen Gegenden sei jedoch nicht zu befürchten, denn wenn auch die ehemals deutschen Edelleute, wie Hutten-Czapsky, v. Kalkstein, v. Wollschläger, v. Rossow u. a., unter der polnischen Herrschaft ihr Deutschthum vollständig verloren oder aufgegeben hätten, so habe doch der seinerzeit aus Westphalen, Friesland, Niedersachsen u. s. w. eingewanderte deutsche Bauernstand in den gesegneten Weichselniederungen trotz der jahrhundertelangen harten Verfolgung durch den polnischen Klerikalismus niemals sein Deutschthum und sein Evangelium verleugnet und sei noch heute der festeste Wall gegen alle deutschfeindlichen und antievangelischen Strömungen. (Lebhafter Beifall.) Aber trotzdem sei es nöthig, ihnen durch den Gustav Adolf-Verein Kirchen und Schulen zu bringen, um auch ihrem Nachwuchs der Väter Glauben zu erhalten. Pastor May, Cilli, schilderte die Verhältnisse in dieser steiermärkischen Stadt, die zur Zeit mitten in der Los von Rom-Bewegung stehe, nachdem sie schon vorher durch den Universitätsstreit, die Sprachenverordnungen u. a. m. in ihren Tiefen aufgeregt worden sei. Eine bemerkenswerthe Förderung habe die Bewegung dort seitens der Katholiken selbst erfahren, die von ihren Priestern bisher fortgesetzt gequält und getreten worden seien. So sei der Bürgermeister mit seiner ganzen Familie übergetreten und auch die armen Slovenen meldeten sich massenhaft, um des Segens des Evangeliums theilhaftig zu werden. Vom Amtsblatt

der Stadt sei der zum Besuch kommende Erzbischof sogar als fanatischer Agent jener Macht bezeichnet worden, die seit Jahrhunderten Oesterreich beunruhige und die auf die Ausrottung des Deutschthums in Oesterreich hinarbeite. Alles das zeige, wie sehr es unter den Katholiken Oesterreichs gähre, und wenn da hie und dort Uebertritte erfolgten, so sollte der Gustav Adolf-Verein für die religiöse Versorgung derselben möglichst viel thun, um sie dem neuen Glauben zu erhalten. Redner bittet schliesslich um Unterstützung des Cillier Kirchenbaues, zu dem der katholische Bürgermeister bereits den Baugrund kostenlos überlassen habe. Pastor Correvon, Frankfurt a. M., verwies auf das Auftreten Abbé Bourriers, das in Verbindung mit den kürzlich erfolgten weiteren Uebertritten von 40 bis 50 französischen Priestern deutlich zeige, wie auch in Frankreich die Los von Rom-Bewegung immer weitere Fortschritte mache. Die Priester seien der Unruhe des katholischen Pfarrhauses müde und die Unterstützung der aus der Kirche ausgetretenen Geistlichen sei dringend nöthig, da sie meist so ungebildet seien, dass sie nur noch in niederen Berufen, so als Droschkenkutscher, Verwendung finden könnten. In Paris seien sogar vier bis fünf ehemalige Geistliche als Rosselenker angestellt. Auch die Thatsache, dass der ehemalige katholische Advokat Reveillon, in dessen Hause der ehemalige Priester und jetzige Ministerpräsident Combes seine berühmte Rede in Sachen der Kongregationen gehalten habe, infolge seiner Agitation gegen Rom in das französische Parlament gewählt worden sei, gebe doch zu denken. Die Zeichen der Zeit forderten die Aufmerksamkeit des Vereins heraus. Pfarrer Jaehne, Kaaden in Nordböhmen, bat um Liebesgaben für die nordböhmischen Gemeinden. Die Los von Rom-Bewegung habe in diesen Gebieten gegenwärtig mit dem „Inseraten"-Pater Alban auf der einen und der Konkurrenz der Altkatholiken, die sich den Abfall der Massen ebenfalls zunutze machten, auf der anderen Seite zu rechnen. Der Pater Alban bekämpfe die Bewegung in Inseraten und von der Kanzel herab, während er sich der öffentlichen Debatte stets geschickt

entziehe. Er schüchtere die Leute mit der Drohung ein, dass die Evangelischen alle ins Fegefeuer kämen, und benütze Unglücksfälle in der Familie von Uebergetretenen dazu, um die Uebertrittsbewegung zu verketzern. Gegenüber solchem Treiben sei die Stärkung der Uebergetretenen durch eine unermündliche Seelsorge vonnöthen. Pfarrer Gutemar bat um eine Kirche und eine Schule für Arko unter Hinweis auf den Zuzug, den dieser Kurort demnächst aus Deutschland infolge der Eröffnung des kaiserlichen Erholungshauses für deutsche Offiziere erhalten werde.

In der gestrigen zweiten Abendversammlung des Gustav Adolf-Vereines sprach zunächst, lebhaft begrüsst, Pfarrer André Bourrier aus Sevres über die Entstehung, Entwicklung u. s. w. der religiösen Bewegung in Nordfrankreich, hauptsächlich unter den katholischen Priestern, und betonte, dass sich heute schon 800 Personen zu der neuen Lehre bekennen. Während die deutsche klerikale Presse die Richtigkeit der französischen Angaben bestreite, gäben die französischen klerikalen Zeitungen dies bereitwilligst zu. Selbst der Bischof von Nantes habe es ausgesprochen, dass die Bewegung geradezu erschreckliche Fortschritte mache u. s. w. Ferner melde die Libre Parole, dass Korsika förmlich überschwemmt sei von ausgetretenen Priestern. Viele davon, fast alle, treten in das bürgerliche Leben, vielfach in geringe Stellen, denn nicht alle können Advokaten, Bankiers oder Journalisten werden. Man weiss ja jetzt, dass Ministerpräsident Combes ein ehemaliger Priester ist, und wenn das so weiter geht, dann wird ein ehemaliger Priester noch Präsident der Republik werden. Zwölf der ausgetretenen Priester sind Journalisten geworden und eine Anzahl renommirter Blätter werden von ehemaligen Priestern redigirt. Grossen Erfolg hat das Blatt Le Chrétien François erzielt, die Abonnentenzahl wächst, 3000 Priester in der Provinz bekommen es jetzt schon zugeschickt und man kann sicher annehmen, dass es 10.000 Leser hat. Im weiteren hob Redner die hohe agitatorische Bedeutung der Presse hervor und meint, wenn der heilige Paulus heutzutage wieder auf die Welt käme, würde er

— Journalist werden. (Grosse Heiterkeit.) Wie sehr die Bewegung ins Volk gedrungen sei, beweise der Umstand, dass man jetzt in Publikum und Presse schon zwischen Katholik und Christ unterscheide. Und der Direktor eines renommirten Priester-Seminars habe bereits erklärt, es genüge nicht katholisch zu sein, man müsse auch Christ sein. Wenn man etwas tadelt, so ist es, dass wir aus der Kirche förmlich ausgetreten sind. Man sagt, wir hätten darin bleiben und innerhalb derselben eine Reformation vorbereiten sollen. Es herrscht zwar nicht förmliche Empörung gegen das Papstthum, aber man findet die Anmassung des Klerus unerträglich. Man hat uns vorgeworfen, dass wir zu antiklerikal seien. Wir antworten: Wir können das niemals genug sein, denn ist nicht auch Christus antipharisäerisch gewesen? — Herr Pfarrer Bourrier wirft dann einen kurzen Rückblick auf seine Kindheit und Jugend, und wie er Priester geworden ist und betont, dass seine Jugend durch bittere Thränen vergiftet worden. Wie ganz anders fühle er sich jetzt gegen früher, wo er eingeschlossen hinter Klostermauern sass, gebannt durch Vorurtheile, Erziehung u. s. w., so eine Art von Kirchengeräth. Dass man es nur wisse: der Priesterstand ist ein grosses Elend, deshalb: rettet uns! (Beifall.) Redner kommt dann auf die religiöse Bewegung auf dem Lande zu sprechen. Viele Gemeinden haben sich schon von der kirchlichen Autorität losgesagt oder doch erklärt, dass sie sich nicht mehr so willenlos fügen wollen u. s. w. Indem Redner an die Drangsale und das Heldenthum des 30jährigen Krieges erinnert, bemerkt er ferner: Und deshalb bin ich zu ihm gekommen, bei dem Volke Luthers mir Muth zu neuer Arbeit zu holen, zu einem christlichen Liebeswerke. Ein socialistisches Blatt hat allerdings gesagt, ich sei nach Kassel gefahren, um mich an die Preussen mit Leib und Seele zu verkaufen. (Hört! hört!) Allein das Volk weiss es besser und lacht dazu. (Beifall.) Redner schloss mit der Mahnung, nicht zu vergessen, dass auch jenseits der Grenze die Brüder wohnen. Grüsse von den evangelischen Brüdern in Nordböhmen überbrachte hierauf der Pfarrer Spannouth aus der Hopfen-

stadt Saaz und gab im Anschluss recht interessante Schilderungen von Land und Leuten, dortigen religiösen Verhältnissen, besonders auch von der eifrigen Arbeit der Gegner, die alles aufböten, die neu gewonnenen Glaubensbrüder wieder abtrünnig zu machen. Sodann sprach noch Herr Pfarrer Fliedner, Madrid, der in lebhaften Farben die Verhältnisse in Spanien schilderte.

In der heutigen zweiten Hauptversammlung wurde zunächst in eine Debatte über den Geschäftsbericht des Schriftführers D. Hartung, Leipzig, eingetreten. Nach einer Begrüssung der Versammlung durch den Vertreter des lutherischen Landeskonsistoriums Oberkonsistorialraths D. Debelius, Dresden, sprach der siebenbürgische Landeskonsistorialrath Dr. Teutsch, Gross-Scheuern, über das Arbeitsfeld der evangelischen Kirche in Siebenbürgen. Die sächsische Kirche in Siebenbürgen zählt heute 251.380 Seelen. 5000 Seelen befinden sich in der Diaspora des benachbarten Serbien und Rumänien. 1765 zählte man 124.000 und 1863: 188.000 Seelen. Gegenwärtig habe die siebenbürgische Kirche, die ja von jeher allerlei Anfechtungen ausgesetzt gewesen sei, schwere Angriffe von Seiten des Ultramontanismus zu bestehen. Derselbe dominire heute in Ungarn und bereite eine neue Gegenreformation vor. Die österreichischen Jesuiten durchzögen das Land nach allen Richtungen und erfreuten sich des Schutzes der staatlichen Autorität, die sich ganz in den Dienst des Seelenfangs gestellt habe. Redner schliesst deshalb mit der Bitte, der siebenbürgischen Kirche nicht zu vergessen. Archidiakonus Jakobi, Weimar, berichtete danach über die drei für die grosse Liebesgabe des Gustav Adolf-Vereins vorgeschlagenen Gemeinden. Bei der Abstimmung erhielt Villach 133, Plantieres-Queuleu 71 und Wilda-Posen 36 Stimmen. Demnach erhielt Villach die grosse Liebesgabe im Betrage von 21.980 M., während Plantieres-Queuleu 6627 M. und Wilda-Posen 6742 M. erhielt.

Seit seinem Bestande von 64 Jahren hat der Gustav Adolf-Verein 39,590.417 Mark ausgegeben, davon kamen nach Oesterreich 11,800.000 Mark. In

Oesterreich werden derzeit vom Vereine 1363 Gemeinden unterstützt. Böhmen erhielt bis dato 3 Millionen Mark, im Jahre 1901 264.000 Mark. Auf der ganzen Welt wurden an 5060 Gemeinden Unterstützungen vertheilt. Ueber den Ausflug des Kalvinisten Pastor Šádek nach Kassel schreibt das Hauptorgan der jungčechischen Partei „Národní Listy" vom 17. Juni 1902 folgendes. „Neben Rom ist unserem Volke ein noch gefährlicherer Feind erstanden in Berlin, von wo aus ja der Vernichtungskrieg gegen alle Slaven unternommen wird. Der evang. Pfarrer Šádek will das letztere nicht begreifen und will, dass alle Evangelische böhmischer Nationalität ihre Nationalität, ihre nationalen Pflichten aufgeben und mit denen gehen sollen, welche von Schönerer, Iro und Eisenkolb geführt werden. Wir hoffen, dass alle ehrlichen böhmischen Protestanten dem Treiben des Pastor Šádek sich zur Wehre stellen werden." So muss das Organ der jungčechischen Partei seinen Agitator der böhmischen Protestanten helvetischer Konfession ermahnen, er soll seine Glaubensgenossen nicht an Berlin ausliefern. Derzeit sind die grössten Förderer des Abfalles zum Protestantismus im böhmischen Volke die Partei des Professor Masaryk, der mit Dr. Herben, dem Redakteur des „Čas" dem Organe dieser Partei zur reformirten Kirche übertreten sind. Beide Masaryk und Herben wurden in ihren Gymnasialstudien von katholischen Priestern unterstützt, ansonst sie beide heute vielleicht auf einer Schusterbank sitzen würden.

Die Gustav-Adolf-Stiftung bedachte für das Jahr 1902 folgende Gemeinden in Böhmen, Mähren und Schlesien: *a)* čechoslavische Gemeinden Beraun (1000 Mark), Bohuslavice (300), Bojmany (200), Bolehošť (300), Borová (300), Chrudim (600), Chvaltice (600), Čáslav (400), Černilov (700), Čihost (800), Německé Hořovice, Krupka, Velké Opolany (800), Třebechovice (900), Vrchlabí (300), Vysoké Mýto (700), Horšice (500), Hostomice (500), Hronov (1000), Humpolec (1400), Kladno (600), Klášter, Hradec Králové (1600), Kr. Vinohradv (1000), Kolín (1800), Krucemburk (1000), Křizlice (800), Krouná (600), Kutná Hora (600), Lite-

nice (400), Libšice (600), Lysá n. L. (500), Losice (500), Tisovka (1500). Opatovice (1600), Pardubice (1200), und andere mehr. Alle diese böhmischen Gemeinden sind meistens helvetischer Konfession. Der Beitrag für das Jahr 1902 ist grösstentheils bestimmt als Gehalt für den Pastor, Lehrer, oder Abzahlung des Baufonds und andere. Sämmtliche Industrieorte Nordböhmens, wie Reichenberg, Aussig, Rumburg. Klösterle, Saaz, Kaaden, Trautenau und so fort, sind neben anderen Hunderten von Gemeinden in Oesterreich im Gabenverzeichnisse aufgeführt. Neben dem Gustav-Adolf-Verein sorgt um die Finanzierung der Abfallhetze in Oesterreich, der zweite Verein, es ist der evangelische Bund. Wir geben hier seine Statuten wieder.

Was will der evangelische Bund? Der evangelische Bund ist im Jahre 1886 gegründet worden zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen und will laut Paragraph 1 seiner Satzungen „gegenüber den äusseren und inneren Gefahren, welche den deutschen Protestantismus bedrohen, dazu mitwirken, dass dem deutschen Volke die Segnungen der Reformation erhalten und immer weiter erschlossen werden". Er will also Deutschland gegen den Ultramontanismus schützen. Und zwar will er warnen; zuerst die Protestanten: eure evangelische Kirche, eure protestantische Freiheit ist bedroht; es gilt, der Beeinträchtigung der deutsch-evangelischen Interessen durch Wort und Schrift entgegenzutreten; aber auch die Katholiken: bleibt christlich und deutsch, lasst euch nicht jesuitisch und römisch machen; wehren; abwehren die ultramontanen Schmähungen und Verdächtigungen, Angriffe und Uebergriffe; stärken den evangelischen Geist und evangelisches Leben im ganzen deutschen Volk, einigen die verschiedenen kirchlichen Richtungen und Parteien und den endlichen Frieden herstellen zwischen allen deutschen Christen, welcher Konfession sie angehören. Er ruft allen Evangelischen zu: Einigkeit macht stark! Der evangelische Bund reicht aber auch allen Bestrebungen wahrer Katholicität und christlicher Freiheit im Schosse der katholischen Kirche freudig die Hand,

Was bekennt der Evangelische Bund? Er bekennt sich laut seinem bei der Gründung ausgegebenen Programm zu Jesu Christo, dem alleinigen Mittler des Heils, und zu den Grundsätzen der Reformation. Was thut der evangelische Bund? Er gibt allen Evangelischen, welche von der katholischen Kirche bedrängt werden, einen starken Rückhalt, Rath und Hilfe. Er verbreitet Schriften, die für unser gutes evangelisches Recht und unsere evangelische Kirche eintreten, römische Ränke aufdecken und Rom kennen lernen. Er unterstützt alle Bestrebungen, welche der Rettung der in ihrem Glauben bedrängten Evangelischen dienen. Deshalb nimmt er sich besonders der Diasporawaisenhäuser und der Diakonissensache an, hat in Freiburg ein grosses Diakonissenhaus gebaut, stellt selbst Diakonissen an und gibt Mittel zur Unterhaltung von Diakonissen und zur Gründung von Diakonissenstationen in der Diaspora. Insbesondere hat sich der Bund der österreichischen Los von Rom-Bewegung angenommen; er steht den dort übertretenden Gemeinden mit Rath und That bei, sendet ihnen Geistliche, hilft ihnen Kirchen bauen und unterstützt die Bewegung auf jede Weise.

Was sagt die ultramontane Presse über den evangelischen Bund? Sie klagt: Der evangelische Bund hat seine Augen überall! Sie erklärt ihn für durchaus bedeutungslos und jammert zugleich, sobald wieder eine römische Anmassung zurückgewiesen oder etwas dem Centrum oder den Ultramontanen Unangenehmes geschieht. Da hat wieder der böse Evang. Bund seine Hände im Spiel! Sie sucht ihn durch Bezeichnungen wie „Hetzbund“, „Nihilistenbund“ u. s. w. verächtlich zu machen und klagt ihn aller möglichen Schandthaten an. Auf einer Katholikenversammlung in Köln im April 1901 erklärte der Hauptredner kurzweg, von Rechts wegen gehörten alle evangelischen Bundesbrüder ins Gefängniss! Was folgt daraus für den evangelischen Bund? Dass er eine höchst erfreuliche Erscheinung ist; dass er segensreich gegen römische Anmassung wirkt, und dass ohne sein

Dasein manches noch schlimmer wäre, als es schon ist. Wer soll Mitglied des Evangelischen Bundes werden? Alle diejenigen, welche nicht wünschen, dass die ultramontanen Ruhmesworte wahr werden: „Der Papst regiert die Welt!" „Was wir wollen, geschieht in Deutschland!" „Katholisch ist jetzt Trumph!" Alle, denen das Wohl ihrer evangelischen Kirche und ihres deutschen Vaterlandes am Herzen liegt. Wer kann Mitglied des Evangelischen Bundes werden? Alle mündigen evangelischen Deutsche — Männer und Frauen, — welche die Grundsätze und Zwecke des Programms billigen, ihren Beitritt erklären und daraufhin von einem Vereinsvorstand oder dem Bundesvorstande aufgenommen werden. Der Jahresbeitrag ist mindestens eine Mark, wofür in den verschiedenen Ländern eigene Bundes-Zeitschriften und Flugschriften umsonst ausgegeben werden. Wer drei Mark bezahlt, erhält die monatlich ausgegebene, sehr reichhaltige „Kirchliche Korrespondenz". Jedes Mitglied, deren es jetzt 100.000 sind, verpflichtet sich, die Bundeszwecke in seinen Kreisen nach Kräften zu fördern und bekannt zu machen, auch an den Arbeiten und Vereinsversammlungen soviel als möglich sich zu betheiligen. Der Centralvorstand des Evangelischen Bundes besteht gegenwärtig aus den Herren: Graf von Wintzingerode-Bodenstein-Bodenstein, Post Worbis, Vorsitzender; Konsistorialrath D. Göbel-Halle a. S., stellv. Vorsitzender; Professor Dr. Witte-Halle a. S., Mühlweg 11, Schriftführer; Senior D. Dr. Bärwinkel-Erfurt; Landger.-Direkt. Crönert-Halle a. S.; Pastor Dr. C. Fey-Cösseln bei Stumsdorf; Geh. Kirchenrath D. Fricke-Leipzig; Konsistorialrath Professor D. Haupt-Halle a. S.; Militäroberpfarrer Konsistorialrath Professor Dr. Hermens-Magdeburg; Konsistorialrath D. Leuschner-Wanzleben; Superintendent Meyer-Zwickau; Kaiserlicher Konsul z. D. Freiherr von Münchhausen-Gr. Lichterfelde I. bei Berlin; Professor D. Nippold-Jena; Geh. Regierungsrath von Voss-Halle a. S.; Professor D. Warneck-Halle a. S.

Der „Evangelische Volksbote" für das Jahr 1902 im Verlage der Buchhandlung des evangelischen

Bundes Carl Braun (etwa Hebräer?) in Leipzig schreibt über die evangelische Bewegung in Oesterreich sehr freudig. Er sagt: Die „alldeutsche Partei" aber, die zuerst von allen den Ruf „Los von Rom" erhoben und ihn unter ihren Führern Schönerer, Wolf, Dr. Bareuther u. s. w. unermüdlich weiterträgt, zog dreimal so stark als vordem in die Hallen ein, in denen die Geschicke der Völker Oesterreichs sich entscheiden. Aus 6—7 Abgeordneten, welche sie im Jahre 1899 zählten, waren es ihrer 21 geworden, und unter ihnen begegnen wir dem Dr. Eisenkolb, zu welchem das deutsch-böhmische Volk als dem ersten religiösen Führer unter den Politikern seiner neuen Reformationszeit aufblickt. Aber auch in den andern deutschen Parteien, zumal der stärksten von allen, der „Deutschen Volkspartei", fehlt es nicht an begeisterten Vertretern der Bewegung, die es sich zum Ziel gesetzt, Oesterreich der Segnungen der deutschen Reformation theilhaftig zu machen. Genannt seien nur Böheim, der Protestant gewordene Vertreter der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz, und der Führer der Altkatholiken Steiermarks, Abgeordneter Malik. War es da zu verwundern, dass auch die Verhandlungen des neuen Reichsraths bisher geradezu unter dem Zeichen „Los von Rom" standen? Was niemand ein Jahr vorher auch nur für möglich gehalten, haben sie kundgethan: der protestantische Gedanke hat eine stärkere Vertretung im Parlament des katholischen Oesterreichs als selbst im Reichstag des protestantischen Deutschland, wo infolge der Lässigkeit der protestantischen Wähler und der Aengstlichkeit ihrer Gewählten heute leider immer noch das Centrum Trumpf ist!

Wie reichsdeutsche Pastoren in Böhmen sich behaglich fühlen, davon ein Beleg. Pastor Wallenstein aus der Niederau in Sachsen unternahm eine Reise durch „Deutsch-Böhmerland" und erzählt nunmehr in einer „Gustav Adolf-Festschrift" seine „Reiseeindrücke von der evangelischen Bewegung". Der Herr Pastor fährt zunächst nach Karbitz und traf mit einer Gesellschaft von deutschen Frauen und Jungfrauen (!) zusammen. Er erzählt: „Im gemeinsamen Wandern

wurden die Deutsch-Böhminen den Reichsdeutschen innerlich näher gerückt. Jene waren stolz auf ihr Deutschthum und bekannten mit freudiger Begeisterung, dass sie bei zwangloser Vereinigung gern ein deutsches Lied anstimmten und beim Singen der „Wacht am Rhein“ ihr deutsches Bewusstsein stärkten, „den Deutschen zur Ehr', gegen die Čechen zur Wehr“. Das war zur Zeit, wo Rom zur Niederdrückung seines gewaltigen Gegners, des Deutschthums, es für gut befand, čechische Priester in rein deutsche Gemeinden zu entsenden. Da gingen dem biederen deutschen Volke die Augen auf . . . . Unsere Begleiter machen uns auf die zahlreichen Kohlengeschäfte, als auch auf die mitfahrenden jüdischen Gestalten aufmerksam, deren Liberalismus, religiöse Gleichgiltigkeit und Geldwucher so schweres Unheil in der Vertheuerung der von ihnen mit Beschlag belegten Kohlen und auch sonst im ganzen staatlichen und religiösen Leben herbeigeführt hat, dass ausser Čeche und Jesuit auch der Jude zu den mit aller Gluth gehassten Leuten gehört. Es ist eine Lust zu hören, wie man hier sinnt und sorgt, neues Leben zu verbreiten, einen Bismarck und Luther dem Volke werth zu machen. Heil Euch, haltet aus im Kampf und Strauss. Wir Evangelische im Reiche werden werkthätig zur Seite Euch stehen. Lasset uns mitarbeiten am Fortgang der Bewegung im Verein mit dem Namen eines grossen Königs! Lasset uns die Bewegung aus der Nähe selbst anschauen, auf dass wir umso lieber und treuer und standhafter mitarbeiten! Lasset weiter uns mitfreuen, wenn drüben in Böhmen oder anderswo die Evangelischen einen Schritt vorwärts gethan haben. Sehen und arbeiten und freuen — welcher Freund des Gustav Adolf-Vereines sollte dies nicht geloben! Aber gerade jetzt gilt's zu kämpfen. Wir wollen mit ihnen kämpfen, für die kämpfen, ihnen Bresche zu schlagen suchen. Schreiber dieser Zeilen ward auf das Kampfgebiet Klostergrab hingeführt, um in der böhmischen Ostmarkt nach seiner Kraft in den Kampf mit einzugreifen und der guten evangelischen Sache einige Dienste zu erweisen. Die Volkskreise rufen zu uns ins evangelische Sachsen:

„Kommt herüber über die Grenze und helft uns!“ Wohl haben wir im eigenen Vaterlande genug zu thun; aber können wir dabei es übers Herz bringen, das weite im Böhmerland sich ausbreitende Erntefeld ohne Arbeiter zu lassen? Damit, dass wir zu ihnen gehen und ihnen unsere Gaben bringen, entziehen wir den eigenen Gemeinden nicht die Kraft. Wir gehen getrost hinüber und fordern andere zum Mitgehen auf. Wir sollen und wollen durch Wort und That, durch persönliche und materielle Hilfe das erwachte Leben pflegen und fördern und immer mehr in die rechte Bahn der religiösen Lostrennung von Rom und Hinwendung zum Evangelium hineinleiten. Denn nicht umsonst wohnen wir an der Grenze des Böhmerlandes.“

Der evangelische Bund hat den Gustav Adolf-Verein zu vervollständigen. Während der Gustav Adolf-Verein die materielle Versorgung der Kirchen, Pastoren und Lehrer im Auge hat, übernimmt der evangelische Bund die Finanzierung der Abfallspresse und der politisch-religiösen Agitatoren. Es ist sicher, dass die alldeutsche Presse Oesterreichs ohne die rollende Reichsmark nicht existiren könnte. Sammelte man ja doch Liebesgaben für Wolf in Deutschland. Die alldeutsche Presse in Böhmen allein soll jährlich an 60.000 Mark von Deutschland an Subventionen erhalten. Man sieht, dass die Agitation für das officielle lutherische Preussen - Deutschland von allen Seiten in Angriff genommen wird. Die verlässlichsten preussisch-lutherischen Vorposten sind allerdings die neu erbauten lutherischen und kalvinistischen Kirchen. Mit einer jeden neuen wächst die Zahl der preussischen Vorposten mitten im Leibe Oesterreichs, sie sind gleichsam die Bohrwürmer, welche den ganzen staatlichen Körper Oesterreichs unterwühlen sollen, bis es ganz unterminirt ist.

XV. Oesterreichs Regierungsmänner und die Los von Rom-Agitation.

Es ist bekannt, dass im Königreich Sachsen kein katholischer Priester die hl. Messe celebriren darf, ohne vorher bei den Behörden um Erlaubniss zu bitten.

Königreich Sachsen und vorwiegend protestantische Theile Preussens gelten denn auch als Missionsgebiete. Alles das geschieht um den konfessionellen „Frieden" zu wahren. Wagte es ein Priester die hl. Messe ohne Erlaubniss zu lessen, so würde er schonungslos mittelst Polizei und Gensdarmerie des Landes verwiesen werden. So scharf wacht das officielle Lutherthum über seine Gebiete mit Hilfe der Staatsgewalt. In Oesterreich ist es ganz anders. Zwar ist dieses Reich zu 90 Percent katholisch, aber nur der Zahl nach, nicht dem Wesen nach. Wie Staatsmänner Oesterreichs auf den konfessionellen Standpunkt herabschauen, darüber geben uns folgende Ereignisse genügenden Aufschluss. Anfangs April 1901 brachte das „Grazer Volksblatt" diese Nachricht: Der Ministerpräsident v. Koerber und die „Los von Rom"-Bewegung. Das hiesige socialdemokratische Organ ist in der Lage, Koulissengeheimnisse aus der Grazer altkatholischen Kirchengemeinde auszuplaudern. Unter anderem erfahren wir, dass der Abg. Malik in der Kirchenrathssitzung vom 1. April einen Bericht über seine reichsräthliche Thätigkeit in der „Los von Rom"-Frage erstattete: „Er wusste dabei gar vieles und Wichtiges mitzutheilen. So habe er neuerlich mit dem Herrn Ministerpräsidenten Koerber Verhandlungen wegen einer Subvention der altkatholischen Kirche gepflogen. Der Ministerpräsident sei der Sache auch gar nicht abhold, meinte aber, dass es mit einer Subvention aus budgetären Gründen nicht möglich sein dürfte. Dagegen habe Koerber dem Herrn Malik versprochen, bei den Altkatholiken eine Abschreibung (!) an den direkten Steuern um jenen Betrag einzuwilligen, zu welchem diese, obzwar nimmer römisch-katholisch, zu den römisch-katholischen Kultuszwecken bei der Steuerbemessung herangezogen werden. Auch sonst stehe Ministerpräsident Koerber der altkatholischen Reformbewegung sympathisch gegenüber. So oft Herr Malik aus Wien zu einer Gemeindeversammlung oder altkatholischen Kirchenrathssitzung kam, wusste er immer so viel zu erzählen, was er und auch Reichsrathsabgeordneter Dr. Eisenkolb (alldeutsch) alles für die altkatholische

und für die „Los von Rom“-Bewegung gethan haben. So habe er mit dem Ministerpräsidenten Koerber über die altkatholische Kirche und die „Los von Rom“-Bewegung wiederholt konferirt. Der Herr Ministerpräsident Koerber stehe der altkatholischen Bewegung sehr wohlwollend gegenüber und wolle sie auch unterstützen. Koerber habe ihm (dem Herrn Reichsrathsabgeordneten Malik) deshalb auch eine Subvention für die altkatholische Kirche in Aussicht gestellt. Aber die Sache sei noch nicht spruchreif von wegen der „klerikalen“ Partei. Es handle sich aber um eine grössere Summe, und er, Malik, sei seiner Sache sicher.“ Ein österreichischer Ministerpräsident als Förderer und Beschützer der „Los von Rom“-Bewegung wäre die neueste Errungenschaft in der österreichischen Geschichte. Vielleicht hat der Ministerpräsident noch Gelegenheit, sich darüber zu äussern, ob der Bericht des Abg. Malik der Wahrheit entspricht.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Juni 1901 sprach Ministerpräsident Dr. Koerber folgendes. Andere Erörterungen im Laufe der Debatte bezogen sich theils wirklich auf das konfessionelle Gebiet, theils wollten sie dem für sich bedauerlichen aber doch kleinen Vorkommnisse eine erhöhte Bedeutung geben, indem man sie auf das religiöse Terrain hinüber spielte. Die Regierung, die, wie ich wiederhole, die Vorkommnisse dieser letzteren Art nur lebhaft beklagt, möchte aber doch vor einer Uebertreibung der Wirkungen solcher Episoden warnen, in dem ungleich wichtigeren Falle aber, in welchem es sich um den Glaubenswechsel einer gewissen, nicht grossen Anzahl von Staatsbürgern handelt, kann ich nicht umhin nach einem prüfenden Blick in die Geschichte zu konstatiren, dass wirkliche, tiefgreifende, mit ernster Gefahr verbundene religiöse Bewegungen anders aufzutreten pflegen, wenn ich erinnere, mit welcher Gewalt das Christenthum trotz der schwersten Verfolgungen sich die Welt eroberte, und wenn ich abgesehen von der Rapidität, mit welcher andere Bekenntnisse sich grosser Reiche bemächtigten, wenn ich des Tempos gedenke, mit welchem sich spätere

derlei Bewegungen in Europa vollzogen haben, so erscheint mir diese Furcht nicht begründet, welche die Vorkommnisse unserer Tage begleitet und halte es für ausgeschlossen, dass die katholische Kirche in Oesterreich irgendwie bedroht ist oder auch nur bedroht werden kann. Ihre Gewalt über die Herzen ist zu gross und die Sorge für sie nicht nur in zu sicheren Händen, als dass irgend eine Agitation ihr nahekommen könnte. Wirkliche Umwälzungen sind stets nur durch neue, der Gedankenwelt und der Empfindungsweise des Volkes zusagende Ideen hervorgerufen worden, während es sich jetzt um die Bekehrung zu einem in seinem Wesen und seinen Formen längst bekannten Glauben handelt, dem keine Leidenschaften mehr voraneilen. Allerdings wenn eine Ungesetzlichkeit dabei unterliefe, hat die Staatsverwaltung einzugreifen und die Herren werden wohl überzeugt sein, dass wir es gegebenen Falls daran nicht fehlen lassen werden. Ein Uebermass von Polizei scheint mir unter allen Umständen bedenklich, überdies solchen Bewegungen gegenüber unwirksam und ich glaube, dass die katholische Kirche sich beruhigt auf ihre Kraft verlassen kann. So weit sprach Dr. Koerber über die Los von Rom-Agitation. Man muss sagen, dass er schlau geredet hat und doch auf anderer Seite viel zu albern, er selbst wird seinen eigenen Worten nicht glauben. Das Lob, welches hier Dr. Koerber der katholischen Kirche in Oesterreich spendete, ist Scheinlob, ja die ganze Rede Koerbers ist ein diplomatischer Lug und Trug, um die Nachlässigkeit der österreichischen Regierungsorgane zu decken. Ist ja doch Dr. Koerber Busenfreund der Schoenerergruppe.

Die Judenpresse und die Alldeutschen geizten denn auch nicht mit dem Lobe für diese Leistung des Ministerpräsidenten Dr. Körber. Denn so etwas bringt nur ein Ministr in Oesterreich zu Stande. Das Organ des Juden Rudolf Mosse, das „Berliner Tageblatt“ schrieb darüber folgendes: Ministerpräsident von Körber über die Los von Rom-Bewegung. In der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses gab der Ministerpräsident von Körber eine

bedeutsame Erklärung über die Los von Rom-Bewegung ab, wodurch er die von den Klerikalen verlangte Unterdrückung der Bewegung durch polizeiliche Machtmittel ablehnte. Aus Wien wird darüber telegraphirt: Das Abgeordnetenhaus setzte in der gestrigen Abendsitzung die Berathung des Budgetprovisoriums fort. Der Deutschfortschrittler Gross sprach die Geneigtheit zum nationalen Friedensschluss aus unter der Voraussetzung, dass die tschechische Bevölkerung ihre nationalen Eroberungsgelüste aufgebe. Nachdem der Sozialdemokrat Rieger gegen und Treuinfels Namens des Centrums für das Budgetprovisorium gesprochen hatte, hob Ministerpräsident von Körber hervor, er werde nicht erlahmen, das verfassungsmässige Leben zu sichern, dem Gesetze für und gegen Jedermann Geltung zu verschaffen, das Ansehen der Volksvertretung, soweit es an ihm liege, zu mehren und die Verwaltung zeitgemäss, nur wohlwollend und mit Festigkeit zu führen. „Wir werden," fuhr der Ministerpräsident fort, „niemals gegen das deutsche Volk in Oesterreich, gegen kein Volk dieses Reiches regieren, wir wollen Gerechtigkeit für alle Völker. Darin erblicken wir unsere politische Ehre, die wir unbefleckt erhalten werden. Ein nationalpolitisches Programm mag wohl hohen Werth für einen national einheitlichen Staat haben, taugt jedoch nicht für ein Reich, dem so viele Nationalitäten angehören, weil es zu einer Spaltung in lauter schwache, einander bekämpfende Theile führen würde. Wir sind zu der Erkenntniss gelangt, dass die gemeinsamen Interessen aller Nationalitäten, ihre kulturellen, materiellen und sozialen Aufgaben zusammengefasst und in den Vordergrund gestellt werden müssen, weil sie ohne Schädigung des nationalen Gedankens die Völker zu verbinden im Stande sind". Die Los von Rom-Bewegung berührend, betonte der Ministerpräsident, dass wirklich tiefgreifende, mit ernstlichen Gefahren verbundene Religionsbewegungen anders aufzutreten pflegten. Redner hält es für ausgeschlossen, dass die katholische Kirche in Oesterreich irgendwie bedroht sei oder auch nur bedroht sein könne, ihre Gewalt über die Herzen sei zu gross. Wenn dabei allerdings Ungesetz-

lichkeit unterlaufe, habe die Staatsverwaltung einzuschreiten, und die Regierung werde es gegebenenfalls daran nicht fehlen lassen. Ein Uebermass von Polizei erscheine aber bedenklich und überdies bei solchen Bewegungen unwirksam. Die katholische Kirche könne sich ruhig auf ihre Kraft verlassen. Redner setze voraus, dass das patriotische Moment bei allen Parteien volle Berücksichtigung finde. Ueber die büdgetären Konsequenzen des Regierungsprogrammes erklärte der Ministerpräsident, dass die Regierung ein Deficit in den Staatshaushalt nicht werde einziehen lassen. (Beifall.) Er betonte die Nothwendigkeit eines definitiven nationalen Friedensschlusses zwischen den Parteien. Die Volksvertretung, welche eine mächtige Lebenskraft zur wirthschaftlichen Wiederaufrichtung des Reiches gefunden habe, werde sich nicht den Ruhm entgehen lassen, die politische Ordnung wiederhergestellt zu haben. Die Regierung habe keine höhere Pflicht, als die Wege hierzu zu ebnen. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten wurde die Verhandlung abgebrochen und die Sitzung um 1 Uhr Nachts geschlossen. Der Eindruck der Rede des Ministerpräsidenten von Körber ist im ganzen Lande ein sehr bedeutender. In liberalen Kreisen Oesterreichs erblickt man darin eine direkte Kundgebung des verantworllichen Staatsleiters gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und seine bekanntermassen von der Regierung nicht sanktionirten Aeusserungen bei Uebernahme des Protektorats über den katholischen Schulverein. Von unserem Wiener Korrespondenten erhalten wir dazu folgendes Privat-Telegramm: Das meiste Aufsehen erregte in der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten von Körber jene Stelle, wo Körber über die Los von Rom-Bewegung sprach, ohne sie bei diesem Namen zu nennen. Man betrachtet diese Stelle als gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und gegen seine Reden bei der Uebernahme des Protektorates des katholischen Schulvereins gerichtet. Die Worte des Ministerpräsidenten wurden von den freisinnigen Parteien mit lebhaltem Beifall aufgenommen.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt hierüber: Der Ministerpräsident hat ganz freimüthig gesagt, dass er angesichts der riesigen Macht der katholischen Kirche gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit für gerechtfertigt halte. Zu diesen Vorkommnissen gehört auch die Begründung, mit welcher der Erzherzog Franz Ferdinad das Protektorat über den katholischen Schulverein übernommen hat. Der Erzherzog hatte gesagt: Die Los von Rom-Bewegung sei zugleich eine Los von Oesterreich-Bewegung und könne nicht genug bekämpft werden. Der Standpunkt des Ministerpräsidenten ist durchaus entgegengesetzt. Körber erklärt, er werde ungesetzliche Auschreitungen mit der höchsten Energie niederhalten, glaube jedoch nicht, dass die befürchtete Gefahr wirklich drohe. Die katholische Kirche ist nach der Meinung des Herrn von Koerber und in Wahrheit so mächtig, dass sie wirklich keine Gefahr zu fürchten hat. Es war ein dringendes Bedürfniss, dass der Ministerpräsident sich über die Frage mit voller Klarheit geäussert hat. Täglich werden die Worte des Erzherzogs nicht allein benutzt, sondern verfälscht und missbraucht, um den religiösen Streit anzufachen und den Schein hervorzurufen, als wäre die österreichische Gesinnung die besondere Eigenthümlichkeit und das Vorrecht einer Partei, die sich aus tiefem moralischen Niedergange wieder in die Höhe schmeicheln will, und deren Fäulniss die sittlichen Anschauungen der katholischen Kirche genau so beleidigt, wie die Kultur und Menschlichkeit. Der Ministerpräsident hat die widerwärtigen Denunciationen dieser Partei gebrandmarkt, indem er sagte, dass ihm ein Uebermass von Polizei unter allen Umständen bedenklich scheine. Man sieht, wie das Judenblatt schmunzelt, dass in Oesterreich der Ministerpräsident mächtiger ist als der angehende Herrscher, dass höchst berufene Hüter des Staates de facto seine grössten Schädiger sind. Das hat denn auch Abgeordneter Dr. Kramař in den Delegationen in einer längeren Rede bewiesen. Dr. Kramař hielt Anfangs Juni 1902 in den österreichischen Delegationen eine längere Rede über die Los von Rom-Agitation.

Die Rede des Abgeordneten Dr. Kramář hat denn

auch ihre Wirkung gehabt, sie hat den oesterreichischen Minister des Aeussern Grafen Goluchowski von Goluchowo aufgerüttelt und in seiner Ruhe gestört. Diesem Minister wurde in den Delegationen vorgeworfen dass er sein Amt meistens im Schlafrock und der Schlafhaube versieht. Das hat er denn auch wirklich mit seiner Antwort auf die Rede des Dr. Kramář bewiesen. Man höre nnd staune, wie ein oesterreichischer Minister Fragen behandelt, die den Staat bis in sein inneres Mark aufrütteln. Goluchowski antwortete: Der Deligierte Dr. Kramář hat in einer langen Rede die „Los von Rom"- Bewegung erörtert und mich aufgefordert, auch bei der Bekämpfung mitzuwirken. Ich muss gestehen, dass ich nicht weiss, in welcher Form ich seiner Aufforderung nachkommen kann.

Dass diese Bewegung besteht, das leugne ich nicht; ich leugne auch nicht, dass es evangelische Vereine gibt, insbesondere den Gustav Adolf-Verein, die diese Bewegung unterstützen. Das sind private Angelegenheiten. Soweit es sich aber um die deutschen Regierungen, und zwar die preussische, sächsische, bayerische handelt, kann ich nur konstatieren, dass sie ausserordentlich korrekt vorgegangen sind und mir keinen Anlass gegeben haben, in dieser Hinsicht aufzutreten. Es kann ja vorkommen, dass diese Agitation, die Vorstösse dieser evangelischen Vereine in Oesterreich nicht immer mit den hiesigen Gesetzen übereinstimmen. Da ist es Aufgabe der österreichischen Regierung, dagegen aufzutreten und solche Uebelstände abzuschaffen. Es ist allerdings wahr und bedauerlich, dass wir, was die Vikare anbelangt, auf den Zuzug aus der Fremde angewiesen sind. Aber das hängt mit der Thatsache zusammen, dass wir in Oesterreich nicht das genügende Material erziehen, und wenn ich nicht irre, hat das Protestantenpatent vom Jahre 1864 die Verfügung getroffen, dass, soferne diejenigen Seelsorger, die für die evanglischen Gemeinden nothwendig sind, nicht in Oesterreich erzogen werden, sie aus dem Ausland bezogen werden können. Selbstverständlich haben diese Seelsorger sich hier korrekt zu benehmen. Thun sie das nicht, so ist es

Sache der österreichischen Regierung, dagegen aufzutreten und die nothwendigen Massregeln zu treffen.

In China würde man einen solchen Grossmann darin nach einer derartigen Leistung den anderen Tag ganz einfach um den Kopf kürzer machen. Aber wir sind ja in Oesterreich. Ein reichsdeutsches Blatt quittirte denn schmunzelnd diese Leistung Goluchowski's mit folgenden Worten: „Diese Aeusserungen gewinnen an Wert, wenn man im Auge behält, dass die unter der Flagge „Gegen die Los von Rom-Bewegung“ von den Tschechen und Polen nach Deutschland hin unternommenen Vorstösse den Zweck haben, das Deutschthum in dem Augenblicke im Südwesten des Reiches zu erschüttern, indem Preussen im Nordosten gegen die grosspolnische Agitation mit so grossen Opfern Schutzwälle für das Reich errichten muss“. Wie anders haben Oesterreichs Herrscher gleich beim Auftreten des Protestantismus und einem Eindringen nach Oesterreich die Gefahren erkannt und rechtzeitige Abwehr ergriffen. Selbst der nachgiebige Kaiser Rudolf wehrte sich gegen das Eindringen der Pastoren. Er liess ein Mandat gegen die Pastoren publiciren, dessen Wortlaut wir hier anführen.

Mandat an die Evangelischen Prediger im Lande. Wir Rudolf der andere von Gottes Gnaden erwählter Römischer Kayser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs etc. fügen N. allen und jeden uncatholischen Prädicanten, so sich bissher in unserm Stätten und Märkten, Herschaften, wie auch in unsern der Geistlichen und Catholischen Stände und Landleuth Kirchen und Pfarhen hin und wieder in unserm Ertz-Herzogthum Oesterreich ob der Enss aufgehalten, denen diss unser offen General fürkommt, zu wissens, Ob wir wol nach verschienen 97 Jahrs allen unsern nachgesetzten Obrigkeiten, Ständen, Landleuthen und Unterthanen durch unsere publicierte offene General und Mandata ernstlich befohlen, alle Prädicanten, die in Oesterreich ob der Enss bei unserm und der Catholischen Stände Pfarhen oder sonst eingeführt und ausgestelt worden, oder sich eingetrungen haben, aufnehmen und bestellen lassen, alsobald abzuschaffen und ferner nicht aufzuhalten oder zu gedulden, son-

dern auf dieselbe gute fleissige Achtung zu geben, und, da sie nach Publicierung obberührter unserer Kayserlicher Patenten im Land antroffen oder betretten werden, sie gefänglich einzuziehen, die Pfarren durch diejenigen, denen sie zugehörig und von Alters zu bestellen gebührt, mit tauglicheu Priestern und Pfarherrn ersetzen und bestellen zu lassen, ferners und mehrers Inhalt solcher unserer aussgangenen Patenten. So haben wir doch bisshero im Werck befunden, dass Ihr, die Prädicanten ungeachtet jetzt angezogener und anderer von Uns hernach beschehenen Verordnung Euch in unterschiedlichen unser Stätten. Herrschaften und Märckten, auch andern Unsern und der Geistlichen und Catholischen Ständen zugehörigen Oertern und Pfarren noch biss dato ein Weg als den andern vermessentlich und ungehorsamlich aufgehalten, und alle unsere Kayserliche und Landsfürstliche Mandata und Befelch bisher in Windeln geschlagen habet. Wann uns aber tragenden Ammts und Gewissens halber solches keines wegs länger zuzusehen noch zu gedulden ist hierum so gebieten Wir Euch den obbemelten Prädicanten samt und sonders hiemit von Römisch Kayserlicher und Landsfürstlicher Macht und wollen, dass ihr innerhalb 8 Tagen den nähesten, nachdem diese unsere leztte Warnung und Mandat verkündet und publiciert wird, Euch aus unserm gantzen Ertzhertzogthumb Oesterreich ob und unter der Enss alsbald begebet, und weiter drinnen keineswegs aufhaltet oder betretten lasset. Denn da einer oder der ander diesem nicht nachkommen würde, so solle der oder dieselben als ungehorsame alsgleich gefänglich eingezogen und an Leib und Guth gestraffet werden. Weil wir auch zu mehrmalen berichtet worden, wasgestalt in gedachten unserm Ertzhertzogthumb Oesterreich ob der Enss sich viel apostasirte Priester, Mönch und Ordens-Persohnen hin und wieder im Land, so wohl bev unsern Landleuten, als unsern eigenthümblichen Stätten, Herrschafften, Märckten und Pfarren aufhalten, und vor andern wider unsere Catholische Religion und derselben zugethane geistliche und weltliche Obrigkeit und Vorsteher öffentlich gantz schimpfflich und ärgerlich pre-

digen, dardurch gegen gemeinen Mann und Layhen nit allein schändlich verführen, sondern auch in Irrthum stecken, verbittern und zu allem Ungehorsam und Halsstarrigkeit Ursach und Anleitung geben, so ist hiemit weiter unser ernstlicher Befelch, Willen und Meinung, dass alle und jede apostasierte Priester, Mönch oder Ordens-Persohnen sich alsbald hinweg aus dem Land machen, dasselbige raumen und darinnen keines wegs länger aufhalten wöllen, von einigen Landleuten, Pflegern, Stätten, Märckten oder Gemeinden, vielweniger von unserm Amtleuthen, Officirn und Dienern im Land, wer die auch seyen, und unter was Schein es seyen möcht, aufhalten, sondern alsbald abgeschafft werden sollen, alles bey Vermeidung unserer Kayserlichen Ungnad und Leibs-Straff auch den Poen geklagten Gewalts, so nit allein dem Ordinario und dem Prälaten, sondern auch einem jedweden Interessirten einzubringen bevorstehen solle. Wie wir denn unserm Landshauptmann und den Landräthen hiemit ernstlich auferlegen und befehlen, drauf schleunig zuerkennen, und wo sie dergleichen Persohnen betretten, dieselben gefänglich einziehen zu lassen, und fürters dem Ordinario oder ihrem Professori zuzuliefern, auch alles dasjenige, was zu Straffung solcher glaubbrüchigen und schädlichen Persohnen von nöthen ist, unnachlässig und alles Fleiss fürzunehmen und zu exequiren. Das meinen wir ernstlich. Geben auf unserm Schloss zu Podiebradt den 18. Octobr, Anno 1598, unserer Reiche des Römischen im 23, des Hungarischen im 27 und des Boheimischen im 24.*) Rudolph.

Bekanntlich haben die Abfallführer für ihre Agitationen den Kaiser Josef II. für sich und ihre unsauberen Zwecke in Beschlag genommen, aber ganz mit Unrecht.

Es sei hier ausdrücklich erwähnt, dass Kaiser Josef II. anbefahl, dass auch in jenen Ortschaften, wenn sie auch nicht 700 Einwohner zählen, eine katholische Pfarrei zu errichten sei, wo für die Katholiken wegen des engen Zusammenwohnens mit Protestanten eine Gefahr des Abfalls bestehen möchte.

*) Raupach, Das evangelische Oesterreich.

XVI. Die Los von Rom-Agitation und der konfessionelle Standpunkt.

Auf den berechtigten Hinweis, dass die Los von Rom-Agitation nichts anderes sei als eine feindliche Invasion des oficiellen lutherischen Preussenthums nach Oesterreich, wollen seine hervorragenden Treiber behaupten, sie hätten dabei nur die Absicht das „reine Evangelium“ zu verbreiten. Pastor Bräunlich sagt in seinem Flugblatt: „Die Zustände in der deutsch-evangelischen Kirche Oesterreichs“ (bei Lehmann in München 1902) unter anderem folgendes: Eine evangelische Kirche hatte aufgehört in Oesterreich zu existieren, seitdem der dreissigjährige Krieg mit ihren letzten Resten aufgeräumt hatte. Erst im Jahre 1707 war durch König Karl XII. von Schweden, und zwar zunächst für Schlesien, ein neuer Grund zu ihr gelegt worden. In der Altranstädter Konvention hatte dieser Erbe Gustav Adolfs den Kaiser Josef I. dazu genötigt, von 1000 einst den Evangelischen entrissenen Kirchen ihnen 120 zurückzugeben und ausserdem den Bau von sechs „Gnadenkirchen“ zu gestatten. Von diesen sechs steht heute nur noch eine einzige, die von Tetschen, auf österreichischem Boden. Sie, die 8000 Zuhörer fasst, ist als die Mutterkirche der gegenwärtigen Kirche der Reformation in Oesterreich zu betrachten. Diesem Rettungswerk des Schwedenkönigs ist es zu verdanken, dass es in Oesterreich-Schlesien heut 90.000 Protestanten gibt, d. i. 20% aller österreichischen Protestanten oder 14% der Bevölkerung dieses Kronlandes. Sonst erhielt sich auf heut österreichischem Gebiet der Protestantismus nur in dem bis 1772 zu Polen gehörigen Biala, auf den Besitzungen der Grafen von Zedtwitz im Ascher Landzipfel und in dem durch Karl VI. zum Freihafen erhobenen Triest. Neue Protestantengemeinden kamen zu diesen durch besondere Umstände bewahrten alten hinzu, als Maria Theresia seit 1772 deutsche Ansiedler in das Polen abgenommene Galizien rief. Zwar nicht öffentliche, aber doch wenigstens eine beschränkte private Religionsübung gestattete endlich der edle Kaiser Josef II. in dem berühmten Toleranzedikt vom 13. Oktober 1781 seinen protestantischen

Unterthanen. 74.000, die für katholisch gegolten, traten damals in den verschiedenen Theilen und Volksstämmen Oesterreichs (so besonders auch in Kärnten, Steiermark und Oberösterreich) mit ihrem evangelischen Bekenntniss hervor. Ihre Lage blieb eine in vielfacher Hinsicht ausserordentlich beengte, bis das kaiserliche Patent vom 4. März 1849 endlich Glaubensfreiheit und öffentliche Religionsübung zugestand, um freilich schon zweieinhalb Jahre später von der traurigen Reaktions- und Konkordatzeit (1855) wieder verdrängt zu werden, welche alles bisher Erlangte in Frage stellte und heute noch als eine Zeit der Rechtlosigkeit Beängstigung erregend in der Erinnerung der protestantischen Generation fortlebt, die jene Tage mit eigenen Augen gesehen.

Nach den Niederlagen auf den italienischen Schlachtfeldern brach der Tag der Freiheit für unsere Glaubensgenossen in Oesterreich mit dem Erlass des Protestantenpatentes vom 8. April 1861 endlich an. Auf Grund desselben entwickelte sich die presbyterial-synodale Verfassung der dortigen evangelischen Kirche, welche am 6. Januar 1866 in der dann noch einmal (15. December 1891) revidierten Kirchenverfassung einen vorläufigen Abschluss fand. Seitdem und zumal von dem „interkonfessionellen Gesetz“ des 25. Mai 1868 ab geniessen die Protestanten in Oesterreich gesetzlich volle Gleichberechtigung. Die zwei bis drei Jahre, welche seit jener Anfangszeit vergangen sind, haben eine neue kraftvollere Generation im geistlichen Stand des österreichischen Protestantismus in den Vordergrund gerückt und jene unbestimmten Gestalten mehr und mehr zurückgedrängt. Dies zeigt sich vor allem in der durchweg der Bewegung begeisternd zustimmenden Haltung sämmtlicher deutsch-österreichischer Kirchenblätter. Vor allem ist hier die bekannte vierzehntägig erscheinende und stetig an Abonnenten zunehmende „Evangelische Kirchenzeitung“ in Bielitz und der (monatliche) „Oesterr. Protestant“ in Klagenfurt zu nennen, denen wir hier viele Notizen entnehmen. Daneben aber auch der „Christliche Alpenbote“ in Cilli (monatlich), der „Grazer Kirchenbote“ (monatlich), der „Evang. Hausfreund“ in Wien und

das „Ev. Vereinsblatt aus Oberösterreich". Neu hinzu kam 1901 die „Wiener Oesterr. Evang. Gemeindezeitung" (vierzehntägig). Die Herausgeber dieser Blätter, nämlich die Pastoren Dr. Schmidt und Modl in Bielitz, May in Cilli, Eckardt in Graz, Professor P. D. v. Zimmermann, Oberkirchenrath Dr. Witz in Wien und P. Schwarz in Waiern sind wie manch andere, vor allem Superintendent Gummi in Aussig, Pastor Antonius in Wien, Molin in Gablonz u. s. w. ebenso viele energische Vertreter eines tapferen Protestantismus und warme Fürsprecher, ja oft begeisterte Vorkämpfer der evangelischen Bewegung. Soweit der Protestantismus in Oesterreich heute in der Oeffentlichkeit sich bemerkbar macht, hat man den erfreulichen Eindruck, als wäre aller Orten ein neuer mehr oder minder apostolischer Geist in die Reihen seiner Pastoren eingezogen, wie er sich zuerst in jenen vertraulichen Konferenzen, die eine Anzahl österreichischer Pfarrer zu Anfang December 1898 in Wien abhielten, sowie in dem aus ihnen hervorgegangenen öffentlichen Protest zuerst der 15 Theologen gegen Johanny, dann der Erklärung der über 100 evangelischen Pfarrer und Presbyterien für die Los von Rom-Bewegung und endlich in den Beschlüssen der Landessynode hinsichtlich der Los von Rom-Bewegung vom 5. November 1901 kund gab. Letztere lauteten bekanntlich folgendermassen: „1. Die evangelische Generalsynode A. B. als eine rein kirchliche Körperschaft findet es nicht in ihrem Wirkungskreis gelegen, über die in der römisch-katholischen Kirche entstandene „Los von Rom-Bewegung" zu urtheilen, soweit dieselbe politischen Beweggründen entspringt und von solchen genährt wird. 2. Die Generalsynode begrüsst aber freudig alle aus Ueberzeugung erfolgten Uebertritte und erhofft von den Uebergetretenen eine gewissenhafte Erfüllung der übernommenen sittlichen und religiösen Verpflichtungen. 3. Angesichts der Schwierigkeiten der kirchlichen Versorgung der neuentstandenen Gemeinden spricht die Generalsynode allen Freunden und Förderern dieser Bewegung den Dank aus. 4. Die Generalsynode erwartet, dass die Geistlichen und Amtsträger der evangelichen Kirche ebenso frei von

agitatorischem Auftreten, wie frei von Menschenfurcht in patriotischer und dynastischer Treue ihre Amtspflichten zum Heile der Kirche und des Staates auch fernerhin erfüllen. 5. Die Generalsynode beklagt es aufs tiefste, dass von Seiten der Staatsbehörden, zumal der unteren Instanzen, gegenüber der Bewegung ein Uebelwollen platzgegriffen hat, das bereits durch Strafversetzungen wegen Uebertrittes zum Ausdruck gekommen ist. 6. Die Generalsynode gibt ihre Entrüstung kund über die gegen Luther und die Reformation sogar von der Kanzel herab gerichteten Verleumdungen. 7. Sie legt entschiedenste Verwahrung ein gegen die von derselben Seite erhobenen Verdächtigungen des Patriotismus und der Treue gegen den Kaiser, in welchem die Evangelischen den Verleiher des Protestantenpatentes in aufrichtiger Dankbarkeit verehren."

Bräunlich beschwert sich über die Konfiskation protenstantischer Schand-Flugblätter und tröstet sich mit folgenden Worten: Uebrigens gibt es für jeden Hieb eine Parade. So schrieb mir zum Beispiel Eisenkolb (1901) über die Konfiskation von evangelischen Flugschriften, dass er nunmehr die Aufnahme fast aller unserer Flugblätter in das stenograpraphische Protokoll des Reichsraths als Interpellationen erzwungen habe, so dass sie nun als „Auszüge aus dem stenographischen Protokoll des Reichsrathes" beliebig öffentlich verbreitet werden könnten. Dann setzte er hinzu: „Ferner haben unsere Flugschriften auf Kosten, aber zum Segen Oesterreichs (durch das stenographische Protokoll) in allen Kronländern Verbreitung gefunden und drangen in solche Kreise, in welche wir sonst keinen Zutritt gehabt hätten. Alle 425 Abgeordneten und überdies die Herrenhausmitglieder bekommen das stenographische Protokoll unentgeltlich; dazu kommen noch die Abonnenten." Wass wollen wir eigentlich mehr? Fällt einem da nicht unwillkürlich das Wort ein: „Die Menschen gedachten es böse zu machen, aber Gott machte es gut?" Und ähnlich ist's schliesslich mit aller Verfolgung. Vor 1898 hatten die Protestanten in ganz Oesterreich kein einziges Tagesblatt, das direkt ihre

Interessen verfocht, heut' ist die ganze, überaus zahlreiche alldeutsche Presse stramm protestantisch, protestantischer als die protestantischeste Zeitung im protestantischen deutschen Reich. Und die übrigen nichtultramontanen Blätter geben ihr zum Theil kaum etwas nach, oder sind uns doch in ihren Sympathien ein gut Stück näher gerückt. Und wie sie nur die Volksstimmung wiederspiegeln, das haben die Wahlen zum Reichsrath Neujahr 1900 bewiesen mit ihren Siegen der alldeutschen Los von Rom-Partei, die von 7 Abgeordneten auf 21 heraufschnellte, und mit der Wahl von Männern anderer Parteien, die theils sich schon von Rom los gemacht haben, theils recht nahe daran sind. Im Sommer 1901 aber haben die böhmischen Landtagswahlen den gleichen Beweis erbracht, bei welchen der eine Abgeordnete Wolf allein mehr Stimmen in seinem Wahlkreis erhielt, als alle klerikalen Kandidaten zusammengenommen, wo von den beiden bisherigen christlich-socialen (kryptoklerikalen) Abgeordneten der Pater Opitz nicht wieder gewählt wurde, die Alldeutschen aber zu den bisherigen 10 noch 15 Mandate mehr hinzu eroberten, während sie auch dort, wo ihre Kandidaten nicht durchdrangen, beträchtliche Minderheiten erzielten. Zum Schlusse seiner Flugschrift sagt Bräunlich folgendes. Man darf als Resultat dieser dreijährigen ausserordentlichen Entwicklung wohl zusammenfassend erklären: „Die Befürchtungen, welche von evangelisch-kirchlicher Seite an die Los von Rom-Bewegung anfangs geknüpft wurden, sind in keiner Weise eingetroffen, vielmehr gab diese Bewegung für die evangelische Kirche Oesterreichs das Signal zu einem glänzenden Vormarsch in jeder Beziehung.“ Man sieht aus der Resolution der Landessynode, dass ihre Theilnehmer getrieben vom schlechten Gewissen die Los von Rom-Agitation als eine rein religiöse, den Bedürfnissen der evangelischen Bekenner entsprungene Bewegung darzustellen suchen. Aber Niemand wird dieser Proklamation der Synode Glauben schenken, wiederlegt sie doch Pastor Bräunlich mit seinen eigenen Worten später selbst. Wir können uns hier unmöglich mit der theologischen Seite des Protestan-

tismus befassen, um darzuthun, dass das officielle preussische Lutherthum weder früher noch heute noch in der Zukunft berechtigt ist die katholischen Länder Oesterreichs zu unterwühlen mit der angeblichen Absicht das reine Evangelium zu verbreiten. Ueber das Entstehen und das Wesen des Protestantismus haben wir ja eine ungeheuere Literatur. Wer sich nur die Mühe nehmen wollte und Janssen's „Geschichte des deutschen Volkes seit Ausgang des Mittelalters“, dann das grosse Werk Georg Evers: „Martin Luther“, der wird ein derartig massenhaftes wissenschaftlich geschichtliches und theologisches Material hier vorfinden, dass er zum Schlusse dazukommen muss, um dem Protestantismus als solchem jede Berechtigung abzusprechen eine Invasion in katholische Länder zu unternehmen, es sei denn, dass dieser Einbruch nicht das „Evangelium“, wohl aber das Schwert des Eroberers im Hintergrunde führt.

Die grösste Zahl der Pastoren beider protestantischen Konfessionen glaubt heute weder an Christus als Sohn Gottes und Welterlöser, noch an die Göttlichkeit des Evangeliums. Im Mai 1902 tagte eine Synode der Pastoren der westlichen Schweiz in Lausanne. Professor Emery aus Bern behauptete im längeren Vortrag, dass es überhaupt eine göttliche Offenbarung und ein göttliches Erlösungswerk nicht gebe. Weder Christus noch Paulus haben eine göttliche Lehre verkündigt. Die Mehrheit der anwesenden Pastoren akceptirte den Inhalt des Emeryschen Vortrages. Es gibt massenhafte Beweise, dass ein grosser Percentsatz der Pastoren beider Konfessionen überhaupt an eine göttliche Sendung der christlichen Kirche nicht glauben.

Im Jahre 1890 schrieb Paul de Lagarde, eine protestantische Autorität, eine Schrift (neugedruckt Tübingen 1897) mit dem Titel: Ueber einige Berliner Theologen und was von ihnen zu lernen ist. In dieser Schrift steht folgendes zu lesen: „Der erste Schritt zum Besseren muss die Einsicht sein, dass es mit dem Protestantismus vorbei ist.“ (S. 97.) — „Die Kirche der ‚Reformation‘ würde die sie jetzt Ver-

tretenden ausstossen.“ (S. 98.) Dass es mit dem Protestantismus in Deutschland endgiltig vorbei ist, erhellt aber auch noch aus viel wichtigeren anderen Thatsachen. Das Volk ist nicht mehr protestantisch, vorausgesetzt, dass man den Namen Protestantismus in seinem ursprünglichen Sinne nimmt. Die Bibel wird als Ganzes nicht mehr gelesen. Die Gemeinde begnügt sich mit einzelnen, oft in ungehörigster und lächerlichster Weise aus dem Zusammenhang gerissenen und missverstandenen Sprüchen. Weil sie dies thut, lehnt sie sich nicht gegen Luther's ihr als Ganzes unbekannt bleibende Uebersetzung auf, welche im 19. Jahrhundert ein Recht geduldet zu werden noch in erheblich geringerem Masse besitzt, als die in der Zeit des Humanismus angefertigten Uebersetzungen klassischer Werke der lateinischen Literatur. Die Grundlehre Luther's, dass der Mensch gerechtfertigt werde ohne Werke, allein durch den Glauben, ist so weit vergessen, dass die ernsthafteren protestantischen Geistlichen nur durch gute Werke sich in ihren Gemeinden Duldung verschaffen. Sie nehmen sich der Armenpflege an: um die für diese nöthigen Mittel zu erwerben, heissen sie Lampenteller oder Strohdecken flechten, sammeln sie Apfelkerne, Postmarken, Cigarrenabschnitte, verkaufen sie Arzeneien gegen die Fallsucht und Aehnliches. Auch die Krankenpflege des Katholicismus hat Aufnahme gefunden. Der ‚Glaube‘ verbleibt der Predigt: aus dem Leben ist er verschwunden. Diejenigen Geistlichen, welche nicht die guten Werke für sich in den Kampf führen, helfen sich mit der Pose und mit der Phrase pflegen allerdings so unverändert dieselben zu bleiben, wie Kollegienhefte eines pflichtvergessenen Professors, und helfen darum auf die Dauer soviel, wie diese. Sehr gering ist die Zahl der Geistlichen, welche auf protestantischen Kanzeln wirksam predigen: aber keiner von ihnen gedenkt auch nur mit einer Silbe des Protestantismus und der Reformation: die Liebe solcher Männer gehört Zeiten und Ideen, welche weit vor der „Reformation“ des 16. Jahrhunderts liegen. Der Protestantismus ist im Volke eine Macht nur, soferne er die dem Volke genehmen Stichwörter der Politik

und Gesellschaft wiederholt, also nicht, weil er über, sondern weil er unter dem Volke steht: soferne er sich dazu hergibt, Anschauungen und Menschen zu weihen, welche sich mit irgend welcher christlichen Frömmigkeit nicht vertragen und doch geweiht sein wollen. Er ist eine Macht nicht als Leiter des Volkes, sondern als Mundstück aller hinter den Anforderungen des Lebens zurückgebliebenen, werdefaulen und bedenklichen Reste früherer Tage. Der Kultus des Heros Luther ist die Maske für diese Bestrebungen. Der Protestantismus ist dem Volke so gleichgiltig, dass es die gleich zu schildernde Kirchenpolitik der Regierungen gar nicht als Tyrannei empfindet. Die Regierungen sehen in dem Protestantismus ein Material, das hier und da dienen kann, um irgend welche durch Wildwasser der politischen Entwickelung verursachte Deichbrüche zu stopfen. Sie haben daher dem Protestantismus so viele Päpste gesetzt, als es in Deutschland selbstständige Kirchenverwaltungen gibt, und diese Verwaltungen sind gewöhnt, für Protestantismus stets das auszugeben, was höheren Ortes gerade gewünscht wird. Die Könige Friedrich der Zweite, Friedrich Wilhelm der Erste, Zweite, Dritte, Vierte haben sehr von einander verschiedene Protestantismen vertreten, die Minister Wöllner, Altenstein, Eichhorn, Ladenberg, Raumer, Bethmann-Hollweg, Mühler, Falk haben dasselbe gethan. Jeder dieser, die anderen ausschliessenden Machthaber findet in dem reichen Vorrathe Protestanten, den Deutschland beherbergt, sofort Personen, die zu seiner Hilfe angetanzt kommen, wann Hilfe verlangt wird. Sowie der Maschinenmeister klingelt, verschiebt sich die Dekoration. Sydow und Websky verschwinden in der Versenkung, und Stöcker tritt aus den Kulissen. Oder aber umgekehrt. Einheit des Kostüms der Protestanten ist höheren Ortes unerwünscht, da man für die verschiedenen Scenen auch verschiedene Staffage braucht. Die Leute stehen bereit und kommen auf das Stichwort. Ein ‚an die Wand drücken‘, wie es politischen Parteien gegenüber ab und zu nöthig wird, ist den kirchlichen Parteien gegenüber nicht erforderlich. Der Protestantismus frisst aus jeder Hand. Die Wissen-

schaft ist mit dem Protestantismus fertig. Die Bibel ist ihr nicht das irrthumlose Wort Gottes. Nur doch die „Missourier“ glauben in diesem Artikel dem lutherischen Bekenntnisse gemäss: sogar in Mecklenburg muss der rechtgläubige Pfarrer Brauer das Feld räumen. Selbst die nur wenig heller als die Missourier gefärbten Theologen Leipzigs holen als Ausleger des alten Testaments den Dänen Buhl, da Deutschland sogar in seinen gläubigsten Kindern kritisch ‚durchseucht‘ ist . . . Die Geschichte ist mit dem Protestantismus fertig. Denn wo der Protestantismus in Deutschland den Fuss hingesetzt hat, verarmten die Herzen . . . Es ist durch den Protestantismus alles ordinär geworden . . . Weiter: der grösseste politische Fehler unseres Jahrhunderts, die Gründung Kleindeutschlands, ist ein Werk protenstantischer Furcht vor dem katholischen Oesterreich. Wenn es irgend möglich ist, darf die Kirchenpolitik Deutschlands den Fehler nicht wiederholen, welchen — vom eigentlich politischen schweige ich — die sogenannte Reformation begangen hat. Man muss die alten Formen nicht zerschlagen, sondern mit neuem Inhalte füllen . . .“

Die grösste Revolution im protestantischen Lager hat wohl der berliner Theologieprofessor Harnack hervorgerufen durch seine Vorlesungen „über das Wesen des Christenthums“ im Wintersemester 1899-1900 an der Universität in Berlin. In kurzer Zeit wurden 150.000 Exemplare dieser in Druck erschienenen Vorträge verbreitet. Sämmtliche jüngere Generation der Pastoren schwört auf Harnack. Harnack sagt folgendes: Wunder sind nicht möglich. Wir wissen von Jesu, dem Stifter der Kirche, bis zu seinem 30 Jahre nichts und wissen von ihm nach seinem Tode und seinem leergefundenen Grabe auch nichts. Jesus gehöre selbst nicht in's Evangelium, das nichts anderes als Gott und die Seele allein zum Inhalt habe; Jesus sei aber irgendwie, was eben sein Geheimniss bleiben müsse, zu dem Gedanken gekommen, Gottes Sohn zu sein, in doch anderem Sinn, wie wir Gottes Kinder sind; dieser Sinn erschöpfe sich jedoch in der tieferen Gotteserkenntniss; wir dürfen aus dem Christenthum ja keine Lehre machen; das Christenthum

sei eben nichts anderes als das Erlebniss, dass Gott unser Vater sei; wir mögen allenfalls das von Jesus gestiftete Abendmahl als Gemeinsamkeitszeichen beibehalten, und ebenso die Taufe als Gemeindesitte unbekannten Ursprungs (Taufe noch immer auf den dreieinigen Gott? oder auf wen?!?); nur als Sacramente oder Gnadenmittel soll man sie nicht ansehen; in's Evangelium gehöre nur dreierlei, nämlich: a) die Erkenntniss vom innerlichen Kommen des Reiches Gottes, b) dieses sei identisch mit dem Erleben und der Erkenntniss Gottes, als unseres Vaters, wodurch uns denn auch der unendliche Werth der Menschenseele aufgehe, c) diese Erkenntniss treibe uns, einander lieb zu haben, und diese Menschenliebe, mit der Demuth geeint, sei der einzige denkbare Gottesdienst. Ausser diesen einfachen Erkenntnissen gehört nichts, gar nichts in's Evangelium, namentlich keine Gnadenmittel und Sacramente, keine Riten, Lehren und Bekenntnisse (cf. 5). Der katholische Professor Reinhold in Wien sagt in seiner Gegenschrift, pag. 92: Das Gesammt-Resultat der Darlegungen Harnack's über das Wesen des Christenthums ist jedenfalls ein verblüffendes. Dieses Christenthum ist mosaikmässig zusammengesetzt aus Naturalismus, Humanitäts-Moral und Pietismus, die durch eigens dazu ausgewählte evangelische Texte eine christliche Färbung erhalten. In diesem Christenthum gibt es nichts Uebernatürliches. Jesus war ein Mensch, wie alle Andern, predigte eine edle Sittenlehre, aufgebaut auf das Gebot der allgemeinen Menschenliebe. Nur Bornirtheit der Zeitgenossen dichtete ihm Wunder an. — Dieses Wesen des Christenthums ist ein sehr einfaches und bequemes, es hat nur einen Fehler, — es ist nicht das Christenthum der Evangelien. Harnack sagt von der katholischen Kirche, „dass es das gewaltigste Gebilde sei, welches die Geschichte kennt, dass sie die romanisch-germanischen Völker zur Kultur erzogen, ihnen bis zum 14. Jahrhundert Führerin und Mutter gewesen, und noch jetzt sich der politischen Bewegung gewachsen gezeigt, die Selbständigkeit der Religion und Kirche aufrecht erhalten, zu allen Zeiten und noch jetzt Heilige erzeugt habe, während dem

gegenüber nach Harnack's Zeugniss die evangelische Kirche in Staatskirchen getheilt, innerlich zerspalten, nach noch mehr Freiheit und Individualität verlange, von Anfang an sittlich lax gewesen, nur ein Zerrbild der in den Evangelien gezeichneten Kirche Christi darstelle.

Man kann sich nun vorstellen, dass ältere Pastoren, die sich noch zur alten lutherischen Ueberlieferung bekennen, gegen Harnack sich wehrten, und Gegenschriften herausgaben, aber sie fanden nur bei den älteren Lutheranern Anklang. Die Masse der jüngeren protestantischen Generation denkt nach Harnacks Recept. Was der Protestantismus auf dem religiösen Gebiete leistet, davon gibt einen Beweis Max Bewers Buch „Gedanken". Im Kapitel „Christus" steht folgendes zu lesen: Es ist durch Forschung festgestellt, dass ungefähr 1500 Jahre vor Christus, aber vielleicht auch sehr viel früher schon, eine deutsche Einwanderung in Galiläa stattgefunden hat. Eine blonde, blauäugige Rasse mischte sich mit dem schwarzen Typus des Orients. Abel und Kain sind so verschieden wie Esau und Jakob; aus dem Wohllaut der Psalmisten, aus dem Muth der Makkabäer, aus der geistigen Energie der Propheten, aus dem seelischen Ernst des Täufers Johannes, aus den ehrlichen Aposteln spricht deutsches Blut. Von Christus selbst sagt bekanntlich eine jüdische Sage, dass Esaus Geist in ihn gefahren. Von seinen leiblichen Brüdern ist er nach seinen eigenen Worten jedenfalls nicht weniger verschieden, wie Esau von Jakob. Markus erzählt: „Und es kam seine Mutter und seine Brüder und standen draussen, schickten zu ihm und liessen ihn rufen. Und sie sprachen zu ihm: Siehe, Deine Mutter und Deine Brüder draussen fragen nach Dir. Und er antwortete ihnen und sprach: Wer ist meine Mutter und meine Brüder? Und er sah ringsum auf die Jünger, die um ihn im Kreise sassen und sprach: Siehe, das ist meine Mutter und meine Brüder. Denn wer Gottes Willen thut, der ist mein Bruder und meine Schwester und meine Mutter". Weiter berichtet Markus: „Und er ging aus von dannen und kam in sein Vaterland. Und da der Sabbath kam. hob er an zu lehren. Und Viele verwunderten sich

und sprachen: Woher kommt denn solches? Ist er nicht der Mariä Sohn und der Bruder Jakobi und Josas und Judä und Simonis? Sind nicht auch seine Schwestern bei uns? Und sie ärgerten sich an ihm.

Es ist bekannt, dass gerade um die Zeit vor Christi Geburt sehr viele Deutsche unter den Römern Kriegsdienste thaten. Hundert Jahre vor Christus waren ungezählte Heereszüge von Schleswig-Holstein in Oberitalien erschienen, deren Blut trotz, ihrer Niederlage nicht ganz im römischen umgekommen sein wird. Seit Caesars Zeiten war der Blutverkehr zwischen Rom und dem Niederrhein ein äusserst lebhafter geworden. Kurz vor der Zeit vor Christi Geburt, hat in Galiläa deutsches Blut gewirkt. Dem Gott, der zart in ihm Christ erwachte, trat der Teufel in vollgerüsteter Person entgegen. Nach dem höchsten jüdischen Glückbegriff will er ihm Macht geben, so weit sein Auge reicht. Alle Völker der Erde fressen, das ist ja eines Juden Gottessegen. Es ist das gesammte jüdische Gesetz, das ihm im Tempel mit geistvollem Rabbinerwitz beigebracht wurde, das er, hier mit einem Schlag und einem Wort überwindet. Apage! Gott hat in ihm gesiegt; deutsches über jüdisches Blut. Vater und Sohn sind ihm vereinigt, und es beginnt der göttliche Enthusiasmus seiner heimgekehrten Seele. Wenn Christus sagt, das Heil kommt von den Juden, so sagt und denkt er nichts andres, als der Tag kommt aus der Nacht. Er meint hier das Gleiche, was Goethe von den Farben sagt, dass sie durch eine Trübung gegangenes Licht sind. Alle Schöpfung beruht auf einer Mischung und einer Auseinandersetzung. Vater und Mutter mischen sich in einer wonnigen, Kind und Mutter scheiden sich in einer bitteren Stunde. . . . „Weib, was habe ich mit Dir zu schaffen?“ . . . Die Welt ist ein ewiger Tod, der stets mit einer Geburt endigt. Die Wiedergeburt Christi ist der Tod der Juden, so zäh ihr Leben ist. Denn Christus bedeutet die fortgesetze Auseinandersetzung des Guten mit dem Bösen.

Ein Jenseits von Gut und Böse gibt es nicht. Gut und Böse erfüllen die Welt bis auf den letzten Winkel, bis in das letzte Geschöpf. Gott und Teufel

horrent vacuum; wo der Eine nicht ist, ist der Andere. Also muss der eine dem andern bis in den letzten Winkel der Welt Platz machen oder Platz streitig machen. „Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich!"

So spricht nur ein Blut, das auf Tod und Leben vom Kampf wieder das Böse erfüllt ist. Und Gott und Teufel können zur einer entscheidenden Schlacht nicht anders zusammengeraten, als in Blut. In Christus gerieten sie aneinander; der Kampf der ganzen Schöpfung tobte in dieser einen Brust; aber noch am Kreuz bekannte er ungebeugt die Farbe Gottes und des Guten. Die Farbe, die am kräftigsten aus dem Prisma hervorbricht, ist Roth; die am längsten an ihm haften bleibt, ist Blau. Rothes und blaues Blut. Das eine ist die Farbe reiner Geschlechter, die in der Heimat edle, ritterliche Gesinnung pflanzen. Das andere ist die Farbe kämpfender Helden, die auf fremder Erde die Gesinnung der Väter mit ihrem Blut bezeugen. Christus gehört zu diesen. In der Fremde bezwingt er das schwarzseelige Judenthum mit seinem Blut. Und indem er im Gold der Zukunft als Richter und Sieger leuchtet, kündet er prophetisch die Farben seiner wahren Heimat an: Schwarzrothgold.

Er selbst sagt, dass er sich mit seinem Gottesthum von den Juden und zu den Deutschen wenden werde. „Ich sage euch: das Reich Gottes wird von euch genommen und einem Volke gegeben werden, dass die Früchte desselben hervorbringt." „Es wird den Heiden gegeben werden," übersetzt Luther ungenau. Im Gegensatz zu dem auserwählten jüdischen Volk kann nur dasjenige Volk unter den Heiden gemeint und auserwählt sein, welches die göttlichsten Früchte hervorbringt. Denn Christus richtet nach der Güte. Die Letzten macht er zu den Ersten. Die Ersten zu den Letzten. Er ist Aristokrat. Und die Besten und Ersten unter den Heiden sind die Deutschen. Das deutsche Gemüth ist der Boden, der tausendfältige Frucht getragen hat; das jüdische Herz war der steinige Grund, auf der Christi Milde unter die Dornen des Spottes und der Leiden fiel. Wie man den Baum an seinen Früchten erkennt, so erkennt man Christus an den Deutschen. An den Früchten, die der christ-

liche Geist unter den Deutschen getragen, erkennt man, dass Christus deutsch ist; Saft von ihrem Saft; Blut von ihrem Blut.

Die rührende Häuslichkeit seines Geistes, die ihn wie ein Kind mit den Dingen der Natur spielen lässt mit den Lilien auf dem Felde, den Trauben am Weinstock, den Vögeln in der Luft, mit Sonne, Mond und Sternen, ist von deutscher Tiefe und Einfalt. Er geht so zart, so sinnig und feinfühlend mit ihnen um, wie ein Kind, das krank war und dem zu Wiedergenesung der Vater die schönsten Dinge des Himmels und der Erde als Spielzeug für die verfeinerten Hände und Sinne gab. Wie nach einem schwerem Gewitter scheinen sich die Lilien auf dem Felde vor seinen Augen rein, frisch, doppelt klar und hell zu wiegen. Die kranke Schwüle des Orients ist von ihm geweht. Das deutsche Rembrandtbuch spricht von Christi trüber Freundlichkeit; aber diese Trübe ward brunnenklar im Todesernst aus Menschenliebe. Klar und hart wie ein Stahlbrunnen, der für den Sanftmütigen und Bescheidenen Kühlung, für schamlos und sündig erhitzte Geister den Tod in sich trägt. Die Zunge, die ihm nach messianischer Weissagung stockend am Gaumen klebte, löste sich gleich der seelischen Trübung und „seine Rede ward gewaltig." Ueber seine Gestalt schüttelten die Leute den Kopf; alle die ihn sahen, spotteten seiner und hielten ihn für einen Aussätzigen; „Gestalt und Schöne hatte er nicht." Und tief bescheiden, wie sein Aussehen war, fragte er den Petrus mit kindlicher Zartheit: „Hast du mich lieb, Petrus?" Und alle, die ihn kannten und früher vielleicht über ihn gespottet, liebten ihn nun. Denn von seiner Seele kann man schreiben, wie von seinen Kleidern geschrieben ist, „sie wurde glänzend und überaus weiss wie der Schnee." Aus dem, was hier Max Bewer geschrieben hat, sieht man, dass der deutschnationale Wahn nicht einmal die Person Christi verschont. Das sind aber die Früchte der freien protestantischen Bibelforschung. Dass die Invasion der protestantischen Pastoren nach Oesterreich mit der Religion nichts zu thun hat, erhellt auch daraus, dass die protestantischen Seel-

sorger, wenn es ihnen wirklich nur um das „Evangelium“ ginge, zu Hause in Preussen-Deutschland mehr als genug zu thun hätten, um die eigenen Glaubensgenossen zu ihren religiösen Pflichten anzuhalten. Sind doch allgemein bekannt die Klagen, dass protestantische Kirchen Sonntags sehr öde aussehen, die Zahl der Kirchenbesucher protestantischer Konfessionen ist eine sehr geringe, besonders in den grösseren Städten. Die Unfruchtbarkeit des Protestantismus auf dem moralischen Gebiete ist besonders erwiesen durch die stetig wachsende Kriminalität im heutigen Preussen-Deutschland. Machen wir nun einige Einblicke in die Kriminalstatistik Deutschlands

	Zahl der verurtheilten Personen in Deutschland wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze	Von den Verurtheilten waren noch nicht 18 Jahre alt
Jahr 1891	391664	42312
„ 1892	422327	46496
„ 1993	430403	43746
„ 1894	446110	45554
„ 1895	454211	44384
„ 1896	456999	44275
„ 1897	463385	45329
„ 1898	477807	47986
„ 1899	478139	47512
„ 1900	469819	486[illegible]7

Wir haben hier nur eine Generalübersicht der Kriminalstatistik gegeben, um nur darauf hinzuweisen, dass die Zahl der justificirten Personen in Deutschem Reiche stetig zunimmt, besonders ist die Zunahme der jugendlichen verurtheilten Personen im stetigen Steigen begriffen. Nach der Volkszählung vom J. 1890 hatte Deutschland 31,026.810 Protestanten und 17,674.921 Katholiken. Demnach können mir mit Fug und Recht behaupten, dass die protestantischen Pastoren, falls es ihnen um das Evangelium zu thun wäre, zu Hause mehr als genug zu thun hätten.

Sehr interessant ist die Rubrik der Verurtheilten Personen wegen Unzucht und Nothzucht. Demnach war die Zahl der Verurtheilten in Deutschland folgende:

	Zahl der Verurtheilten	davon noch nicht 18 Jahre alt
im J. 1891	3332	807
„ 1892	3440	870
„ 1893	3859	914
„ 1894	4144	1017
„ 1895	4221	948
„ 1896	4539	976
„ 1897	4222	826
„ 1898	4560	921
„ 1899	4650	907
„ 1900	4812	935

Wir haben diese Rubrik abgesondert angeführt, weil gerade die Unzucht-Kriminalstatistik ein Spiegelbild der Moralität der Bevölkerung in besonders qualificirter Bedeutung ist. Und auch in dieser Rubrik ist ein stetiges Steigen zu verzeichnen; also, meine Herren Pastoren, an Arbeit zu Hause fehlt es wahrlich nicht, bleibt also daheim und verkündigt die Lehren des Evangelium zu Hause, wo euch unter der Hand die Zahl der Justificirten stetig wächst, also die Zahl derjenigen, die vom Evangelium nichts wissen und nichts hören wollen.

Dass protestantische Pastoren genug zu Hause zu thun hätten, glauben wir durch einen anderen Hinweis auf pathologische Zustände im heutigen Preussen-Deutschland beweisen zu können, wir meinen die Selbstmorde. Die Zahl der Selbstmorde im Deutschen Reiche ist folgende:

	Zahl der Selbstmorde.
Jahr 1895	10510
„ 1896	10888
„ 1897	11013
„ 1898	10835
„ 1899	10761
„ 1900	11393

Schon diese kurze Reihe von Jahren gibt einen sehr traurigen Beweis, dass die pathologischen gesellschaftlichen Verhältnisse in Preussen-Deutschland durchaus nicht rosig sind, die Zahl der Selbstmorde im Deutschen Reiche ist im stetigen Steigen begriffen. Auf diesem Gebiete dürfte wohl Deutschland an erster

Stelle unter den sogenannten Kulturstaaten Europas stehen, was doch nicht für den Protestantismus sehr empfehlend wäre.

Die Selbstmorde in Deutschland rekrutiren sich vornehmlich aus protestantischen Provinzen. Hier sind die ziffernmässigen Belege dazu.

		Absolute Zahl der Selbstmorde.			Auf 100.000 Einwohner entfallen Selbstmorde.		
	Jahr	1895	1896	1897	1895	1896	1897
Ostpreussen	"	291	290	301	15	14	15
Westpreussen	"	195	208	189	13	14	12
Berlin	"	480	531	520	29	31	30
Brandenburg	"	791	873	853	28	31	29
Pommern	"	271	275	804	17	17	19
Schlesien	"	1067	1132	1078	24	25	24
Sachsen	"	806	861	881	32	32	31
Schlesswig-H.	"	396	378	431	31	29	33
Hannover	"	541	492	505	22	20	20
Hessen-Nassau	"	363	392	381	21	22	21
Königr. Sachsen	"	1036	1182	1213	38	31	31
Braunschweig	"	151	153	122	35	35	27
Sachsen-Koburg	"	107	87	98	50	40	44

Katholische Provinzen und Länder mit starker katholischer Bevölkerung.

		Absolute Zahl der Selbstmorde.			Auf 100.000 Einwohner kommen Selbstmorde.		
	Jahre	1895	1896	1897	1895	1896	1897
Posen	"	171	173	141	9	9	8
Westphalen	"	287	325	298	11	12	11
Rheinland	"	506	557	600	10	11	11
Bayern							
rechts d. R.	"	619	667	694	12	13	13
links d. R.	"	129	130	125	17	17	16
Elsass	"	208	243	257	13	15	15

An diesen Zahlen sieht man, dass die Zahl der Selbstmorde relativ zu der Bevölkerung in katholischen Landestheilen in Deutschland um das Doppelte, ja Dreifache geringer ist als in den protestantischen Landestheilen. Nehmen wir noch die Statistik der Selbstmorde in den darauf folgenden Jahren zum Belege.

	Absolute Zahl der Selbstmorde.			Auf 100.000 Einwohner kommen Selbstmorde.		
Jahre	1898	1899	1900	1898	1899	1900
Ostpreussen . . „	274	275	286	13	13	14
Westpreussen . „	219	217	193	14	14	12
Berlin . . . . „	491	478	484	28	26	26
Brandenburg . „	894	901	948	30	30	31
Pommern . . . „	206	260	260	18	16	16
Schlesien . . „	1070	1115	1111	24	24	24
Sachsen . . . „	795	807	859	29	29	30
Schleswig-H. . „	407	412	440	30	30	32
Hannover . . . „	540	505	551	21	20	21
Hessen-Nassau „	338	330	357	19	18	19
Königr. Sachsen „	1025	1221	1282	30	30	31
Sachsen-Weimar „	97	103	107	28	29	30
Sachsen-Coburg-G.	98	84	102	44	37	45
Reuss jüng. . . „	44	49	44	32	35	32
Lübeck . . . . „	18	27	25	20	30	26
Bremen . . . . „	77	60	79	37	28	36
Hamburg . . . „	241	225	207	33	30	27

Katholische Landestheile und Länder mit starker katholischer Minorität,

	Absolute Zahl der Selbstmorde.			Auf 100.000 Einwohner kommen Selbstmorde.		
Jahre	1898	1899	1900	1898	1899	1900
Posen . . . . . „	175	151	172	9	8	9
Westphalen . . „	294	286	355	10	10	10
Rheinland . . . „	564	600	637	11	11	11
Bayern						
rechts d. R. . . „	619	660	732	12	13	14
links d. R. . . „	125	125	153	16	15	19
Baden . . . . „	359	351	370	20	19	20
Hessen . . . . „	222	258	277	20	24	25
Elsass-Loth. . . „	242	222	232	14	13	14

Kommentare zu diesen Zahlen sind überflüssig. Wir möchten die Herren protestantischen Prediger damit auffordern, sie möchten fleissig die Ergebnisse der Statistik des Deutschen Reiches studiren, vielleicht werden sie dadurch zum Nachdenken über die moralischen Früchte des Protestantismus ein wenig mehr angeeifert. Dasselbe ist es mit den unehelichen Ge-

burten; auch diese sind in protestantischen Landestheilen in Deutschland 2- bis 3fach zahlreicher als in katholischen. Dass die Herren protestantischen Pastoren ihren Gottesacker in Preussen-Deutschland brach liegen lassen und in fremde Gebiete einbrechen, um da eine fragliche Ernte zu halten, davon geben deutlichen Beweis die moralischen Zustände in Preussen-Deutschland. Im Jahre 1900 wurden in Berlin 18 uneheliche Kinder geboren, deren Mütter erst 15 Jahre alt waren, daneben gab es noch 4 uneheliche Kinder, deren Mütter noch nicht 15 Jahre alt waren. Die Zahl der unehelichen Kinder im Deutschen Reiche war folgende:

Jahr 1894	178298	Jahr 1898	185220
„ 1895	176271	„ 1899	183504
„ 1896	185359	„ 1900	179644
„ 1897	184034		

Die Zahl der unehelichen Kinder wächst stetig. So war die Zahl der unehelichen Geburten in Deutschland im Jahre 1871: 144.394, im Jahre 1881: 158.454, im Jahre 1891: 172.456. In Berlin allein wurden im Jahre 1900 uneheliche Kinder geboren in der Zahl von 7722. „Deutsche Tageszeitung“ klagte in einem Aufsatze über moralische Volksvergiftung im Deutschen Reiche. Sie schrieb: „Welche sittlichen Verwüstungen durch schlechte, schlüpfrige Unterhaltungsliteratur unter der heranwachsenden Jugend insbesondere angerichtet werden, ist zu bekannt, als dass es nothwendig wäre, darüber sich eingehend zu verbreiten. Wohl aber erscheint es angezeigt, auf die äusseren Aenderungen und Wandlungen aufmerksam zu machen, denen diese Art Literatur von Zeit zu Zeit unterliegt, und die vorgenommen werden, um das Interesse derjenigen Kreise, auf welche dieser Schund berechnet ist, an demselben rege zu erhalten. In unserer raschlebigen Zeit nun nämlich, die möglichst viel Abwechslung verlangt, werden auch die Gourmands, die literarischen und die kulinarischen, ihrer Lieblingsgerichte doch nach und nach überdrüssig, wenn sie ihnen nicht ab und zu unter anderen Namen oder in wechselnder Garnitur und Ausstattung geboten werden.

Ein Berliner Blatt nun, das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 387) weist darauf hin, dass seit einiger Zeit eine neue Art Literatur entstanden ist, die in 10 Pf.-Heftchen verbreitet wird, und nach der Fülle, in der sie ausgeboten wird, zu urtheilen, nur zu gut zu prosperiren scheine. Bisher waren es billige Witzblätter, die für einige Pfennige ausgeboten wurden und ihre Käufer durch illustrirte Schnurren nach dem Recept: „Du sollst und muss lachen“ zu unterhalten suchten. Die Zeit dieser Witzblätter scheint vorüber zu sein, denn nur wenig mehr werden sie auf den Strassen ausgerufen. Dem durch diese Lücke entstandenen „Bedürfniss“ sucht nun die neue Spezies Literatur abzuhelfen, die natürlich auch zugkräftiger sein muss, als ihre Vorgängerin. Während letztere sich mit wenn auch oft recht derben, so doch verhältnissmäsig noch harmlosen Kalauern begnügte, ist die neue „Volks“-Literatur weit kräftiger gepfeffert: durch Schilderungen und Anspielungen, die man schon mehr als ein zweideutiges bezeichnen muss, spekulirt sie auf die Lüsternheit des derartige Lektüre bevorzugenden Publikums. Und wo etwa der Text über den wahren Charakter des Gebotenen noch etwa in Zweifel lassen könnte, da klären entsprechende Illustrationen auf. Treffend kennzeichnet das genannte Blatt diese neuen Sumpfpflanzen. „Man hütet sich wohl, die Grenze zu erreichen, jenseits deren der Staatsanwalt eingreifen müsste, aber man streift hart an sie heran. Man verzichtet auf die Darstellung der Nacktheit, weckt aber die Lüsternheit durch die mangelhafte oder berechnete Gewandung. Der Ekel vor derartigen Darbietungen ist bei normalen Menschen so gross, dass er alle anderen Empfindungen überwuchert.“ Wenn dann das Blatt weiter bemerkt: „Gerade das ist das Bedauerliche, dass dieser Schund von Backfischen und halbwüchsigen Jungen in der Hauptsache gekauft wird. In der Stadtbahn, in den Vorortbahnzügen kann man dann beobachten, wie die Jugend sich an dieser ekelhaften Kost den Magen verdirbt“ — so ist das leider nur zu richtig. Hauptsächlich auch der Jugend preisen die Strassenkolporteure diesen Schund an, dessen

Titel gewöhnlich schon auf die Reizung der Sinnlichkeit berechnet sind. Es steht fest, dass diese Sorte Lektüre seit dem bedauerlichen Ausgang der Berathungen der lex Heinze ganz besonders üppig ins Kraut geschossen und durch freisprechende Urtheile der in diesen Dingen ausserordentlich weitherzigen Berliner Gerichte auf Anklagen wegen Verbreitung unsittlicher Schriften bedeutsam gefördert worden ist. Deshalb kann man es verstehen, wenn die Polizei manches durchgehen lässt, was ihr unzulässig erscheint. Denn wiederholt schon ist es vorgekommen, dass sie zweifelhafte Presserzeugnisse beschlagnahmt hat, die später von dem zuständigen Gerichte als harmlos „freigegeben“ wurden. Und der Polizei wird gewiss niemand übertriebene Prüderie in diesen Dingen vorwerfen.

Wie in dieser auf die grosse Masse berechneten Unterhaltungsliteratur, macht sich auch in der für „fernere“ Kreise bestimmten, eine für die „sittliche Nation“ tief beschämende Erscheinung bemerkbar: Die Zunahme der sittenlosen, von weiblichen Autoren geschriebenen Romane. Es ist eines der traurigsten Zeichen unserer Zeit, dass eine ganze Reihe der schändlichsten Romane „Damen“ zu Verfassern hat, und dass es Dinge gibt, die niederzuschreiben ein Mann Anstand nimmt, wenn er auch noch so tief gesunken ist, vor deren Schilderung aber weibliche Personen sich nicht schämen. Von einer solchen Romanschreiberin, die dazu noch adelig ist, sagt eben in der „Kreuzzeitung“ (Nr. 387) der Herausgeber einer Monatsschrift, er könne Stilproben ihrer Sudeleien nicht geben, weil er mit Auszügen aus denselben sein Blatt nicht besudeln dürfe. Und diese Schweinereien, so klagt er, erleben Auflage über Auflage, sind in Leihbibliotheken und werden gelesen — meist von Backfischen. Und das sind dann die Kreise, die Sitte und Ordnung besonders pflegen und dem deutschen Volke mit gutem Beispiel voranleuchten sollen! In dem erwähnten Artikel der „Kreuzzeitung“ wird das deutsche Volk aufgefordert, sich aufzuraffen, um endlich dem Treiben ein Halt zuzurufen, das ganz geeignet ist, der deutschen Literatur den Todesstoss

zu versetzen und die Seele unseres Volkes zu vergiften. Wir fürchten, dass der unbequeme Mahner in den Kreisen, an die er sich wendet, ein Rufer in der Wüste sein wird. Die sittliche Fäulniss ist in weiten Schichten unseres Volkes schon zu weit vorgeschritten, als dass sie ganz ohne Katastrophe beseitigt werden könnte. Eine Berliner Korrespondenz im Wiener „Deutschen Volksblatte“ klagte im folgenden Ton:

Auf der Hauptstrasse der Reichshauptstadt haben sich zwei feindliche Brüder aus Israel niedergelassen, der Eine unten, der Andere oben: Tietz und Wertheim, beide von edlem Geschlechte der Waarenhäusler, das für sich das Recht in Anspruch nimmt, die Welt mit Waaren aller Art zu beglücken. Hinter riesigen, aus Glas gebildeten Häuserfronten verkaufen diese beiden Beherrscher der Leipzigerstrasse um die Wette Alles, was ein moderner Mensch nur brauchen kann, von Kunst bis zum Häring im Ramsch. Ein ebenso ergiebiges, als volkswirthschaftlich nachtheiliges Geschäft. Jetzt ist das edle Dioskurenpaar aus Eifersucht in Streit verfallen, und das kam so: Wertheim, der ältere, hatte sich seit Langem schon als Abzeichen für sein Geschäft die Erdkugel patentiren lassen, offenbar in der Absicht, damit kundzuthun, dass er die ganze Welt beglücken wolle. Diese Wertheim'sche Erdkugel soll nun Tietz wiederrechtlich sich angeeignet und auf dem Giebel seines Bazars angebracht haben. Thatsächlich krönt das neue, mit Reptilien und nackten Gestalten geschmückte Tietz'sche Waarenhaus ein grosser Globus aus Glas, der allabendlich elektrisch beleuchtet wird. Dies hat Wertheim so verdrossen, dass er jetzt seinen hebräischen Konkurrenten darauf verklagt hat, die Erdkugel vom Dache herabzunehmen, da diese ihm (Wertheim) gehöre. So streitet sich dieses feindliche jüdische Brüderpaar munter um den Besitz der Erdkugel, ein Symbol unserer Zeit. — Während die Riesenbazare immer mehr überhand nehmen, wächst das sociale Elend unaufhörlich weiter. Das schlimmste Kapitel desselben ist die Verrohung der Jugend. Vater und Mutter müssen von Morgens früh bis Abends spät dem Brote nachgehen, während die Kinder wild auf-

wachsen, frühzeitig auf die Strasse gestossen werden und dort dank der zahlreichen schlechten Beispiele verkommen. Kein Wunder, dass das jugendliche Verbrecherthum eine stehende Rubrik der Kriminalstatistik darstellt. Was nützt da alles Klagen? Wo kein Heim, da kann das Gemüth des Kindes nicht gedeihen, und ohne Gemüth, wie leicht ist dort der Weg zum Verbrechen? Mit kleinen Vergehen beginnt der Lauf des Verbrechers, um dereinst blutig zu enden. Die Verwilderung der Berliner Jugend hat solchen Umfang angenommen, dass es bereits ganze Banden jugendlicher Verbrecher gibt. Erst kürzlich hat man eine solche Sippschaft hinter Schloss und Riegel gebracht, welche 14 Mitglieder zählte, die bis auf zwei sämmtlich strafunmündig waren. Die Bengel hausten in einem grossen Kanalisationsrohre, in dem sie sich aus zusammengestohlenen Pferdedecken, Heu und Stroh eine richtige Räuberhöhle eingerichtet hatten, wo sie übernachteten. Eine Abtheilung des Rohres hatten sie zur Küche eingerichtet, in der geheizt und gekocht wurde. Ihren Lebensunterhalt gewannen die Burschen durch Einbrüche und Diebstähle in der Umgebung. Während diese wohlorganisirte Bande wochenlang ihr Unwesen trieb, hauste in einem anderen Stadttheile eine jugendliche Diebsgesellschaft von acht Köpfen. Diese kultivirte besonders Taschen- und Ladendiebstähle. Ihre Mitglieder waren alle strafunmündig. — Das sind in der That sehr bedenkliche Zustände. Das einzige Mittel, denselben abzuhelfen, liegt auf dem Gebiete der Erziehung zur Arbeit. Das jugendliche Verbrecherthum ist übrigens, wie die deutsche Kriminalstatistik beweist, keine Eigenart Berlins. Es hat sich bereits über das ganze Land verbreitet und wächst zusehends. Im Jahre 1882 gab es nur 30.719 jugendliche Personen, die wegen Verbrechen und Vergehen bestraft werden mussten, 1897 waren es schon 45.251. Gewiss sind nicht alle begangenen Delikte gemeingefährlicher Art, aber es bleibt doch eine unheimliche Masse wirklich verbrecherischer Handlungen übrig, selbst wenn man dem Leichtsinne und Uebermuthe der Jugend viel zugute hält. Besonders gefährlich erscheint

die hohe Zahl der Vorbestraften, also Rückfälligen, unter den verurtheilten Jugendlichen. Das deutet auf verbrecherische Anlagen hin. 1889 entfielen auf 36.790 verurtheilte Jugendliche 5590 Vorbestrafte, 1894 schon 8470 auf 45.554 Verurtheilte. Die menschliche Gesellschaft wird gut thun, solche Symptome nicht zu unterschätzen; sonst dürfte zuletzt der Franzose recht behalten, der einst schrieb: „Die Hunnen, welche in Zukunft unsere Kultur bedrohen, kommen nicht von Osten, sie wachsen in unserer Mitte auf.“ Das Hauptkontingent der von Jugendlichen begangenen Verbrechen entfällt auf Gewaltthätigkeiten und Sachbeschädigungen. So wurden zum Beispiel im Jahre 1889 nicht weniger als 7330 Jugendliche wegen gefährlicher Körperverletzung verurtheilt. Ein Sechstel aller Sachbeschädigungen, ein Drittel aller Brandstiftungen, die zur Aburtheilung kamen, entfiel auf Jugendliche. Man geht nicht fehl, wenn man die von Zeit zu Zeit unsere Reichshauptstadt heimsuchenden Massenbrände auf Brandstiftung junger Burschen zurückführt. Es ist erst ein paar Jahre her, dass ein Stadttheil von Berlin vor den unsichtbaren und bis heute unentdeckten Brandstiftern zitterte, die frech ihre Brandbriefe an die Ecken hefteten. Damals ging kein Abend vorüber ohne Dachstuhlbrand in jenem Stadtviertel. Die Hunnen sind nicht mehr sehr ferne.

Dass im preussischen „Musterstaate“ protestantische Pastoren viel zu thun hätten, wollten sie nur das Evangelium Christi dem Volke verkündigen, beweist die Skandalafaire von Trakhenen. Im vierten Verhandlungstag kam im Gerichtssaale folgende Scene vor. Die ersten Zeugenaussagen beziehen sich auf einzelne kleine Momente. Apotheker Schenker soll bekunden, dass der Gastwirth Grab gewöhnlich vier, manchmal auch sechs Pferde gehabt und sowohl für diese als auch für seine Kühe Futter nie gekauft habe. Der Zeuge kann nur sagen, dass er nie gesehen hat, dass Grab Heu oder dergleichen gekauft habe. In einem Falle hat der Zeuge geglaubt, annehmen zu müssen, dass Grab Häcksel vom Gestüt sich mitbringe. Der Zeuge bekundet auf Befragen der Vertheidigung: In einem Falle hat er auf Wunsch des

Bautechnikers Kübart diesem eine Quittung über gelieferten Firniss in Höhe von 300 Mark unterschrieben und diesen Betrag auch erhalten, obgleich er zu jener Zeit nur etwa 100 Mark zu fordern hatte. Er hat dann nach und nach soviel geliefert, bis die überschüssigen 200 Mark erschöpft waren. — Zeuge Kübart erklärt diesen Vorgang dahin, dass er die sämmtlichen Feuerlöschgeräthe habe neu firnissen lassen, den Firniss zunächst aus vorhandenen Vorräthen entnommen habe und zu Abrechnungszwecken zunächst einen Betrag in der Höhe von 300 Mark haben wollte. Irgend ein unlauterer Zweck sei damit nicht verfolgt worden. — Der Zeuge Apotheker Schenker bestätigt dem Rechtsanwalt Sonnefeld auf Befragen, dass er einmal dem Rossarzt Matthias angedroht habe, sich durch Vermittlung eines konservativen Abgeordneten an den Landwirthschaftsminister zu wenden, wenn er noch mehr bedrückt würde. Staatsanwalt Beeck: Der Lehrer Nickel soll ein vollständiges Verhör mit seinen Schulkindern darüber angestellt haben, was sie alles gestohlen haben, und durch wen sie zu Diebstählen angestiftet worden seien. Er habe dann darüber ein vollständiges Protokoll aufnehmen lassen. — Angekl. Nickel: Er habe in der Religionsstunde die Kinder pflichtgemäss immer wieder verwarnt, nicht das 7. Gebot zu übertreten, es seien aber immer wieder Diebstähle vorgekommen. Als er dann seine Schulkinder einmal wieder aufgefordert habe, dass Diejenigen, die gestohlen haben, sich erheben sollten, habe sich die ganze Klasse erhoben. Zeuge Gastwirth Grab gibt zu, dass ihm Stroh, Häcksel und Streu geliefert worden seien, bestreitet aber, dass dies zu Unrecht geschehen sei. Er behauptet, dass er nach seinem mit der Gestütsverwaltung abgeschlossenen Vertrage, nach welchem das Gestüt den Dung von ihm erhielt, auch Anspruch auf Häcksel hätte und auch seine Vorgänger den Häcksel erhalten hätten. — Rechtsanwalt Sonnenfeld bestreitet, dass er Häcksel zu beanspruchen habe.

In Trakhenen haben also Schulkinder den preussischen Aerar bestohlen. Der evangelische Bund hat in Halle ein eigenes Heim errichtet, in welchem

abgefallene katholische Priester aus Oesterreich selbst böhmischer Nationalität aufgenommen werden, um hier protestantische Theologie zu betreiben. Der verstorbene Theologieprofessor Beyschlag pflegte solche Kandidaten damit zu begrüssen, dass die Bildung eines katholischen Priesters höchstens zum Berufe eines Stiefelputzers geeignet mache. Nichts über protestantische Bescheidenheit. Zum Schlusse dieses Kapitels führen wir einige Worte des P. Alban Schachleithner an, die er in seiner Rede gegen die Invasion der Pastoren gehalten in Wien am 15. November 1902 vorbrachte. Er sagte unter anderem folgendes: „Vor Gott, vor der gesammten Christenheit klage ich sie an, sie, die die Fahne des religiösen Aufruhrs unter uns aufgerollt, dass sie die Leugnung der Gottheit Christi, die Leugnung der heiligsten Dreifaltigkeit, die Leugnung der göttlichem Inspiration der heil. Schrift in ihrem Bekenntnisse dulden. Ich fordere die Herren Pastoren und Superintendenten auf vor aller Welt, ihr Bekenntniss abzulegen. Sie sollen erklären: Wir glauben und bekennen, dass Christus die zweite Person der heiligsten Dreifaltigkeit ist. Und ich sage Ihnen: Die Herren werden dieses Bekenntniss nicht ablegen, sie werden Phrasen gebrauchen vom Anschluss an den rechten Mittler des Heiles, vom göttlichen Meister und dergleichen, aber seine Gottheit werden sie nicht bekennen! Ich weiss nicht, ob die Sonne, seit die Welt steht, je eine Heuchelei beschienen hat, so riesengross, so riesenfrech, wie die Heuchelei dieser Prediger des Abfalles.“ „Die wahre Kirche,“ so führte P. Alban weiter aus, „ist nur da, wo die Einrichtungen sich befinden, die Christus für eine Kirche vorgesehen hat. Eine Kirche, die das von Christus eingesetzte Lehramt zurückweist und Lehrfreiheit verkündet, eine Kirche, die die Binde- und Lösegewalt nicht kennt, nicht ausübt, die kein oberstes Hirtenamt über alle ihre Glieder anerkennt, die ist nicht die wahre Kirche, so wahr Christus Gott ist!“

„Die von Christus gegründete Kirche konnte und kann nie aufhören,“ so schloss P. Alban, „die wahre Kirche zu sein. Die wahre Kirche ist jene, die nach

dem unwidersprechlichen Zeugnisse der Geschichte hinaufreicht in die Zeiten der Apostel: die Kirche der Päpste, die römisch-katholische Kirche. Sie konnte nie sich ändern, nie verderben, nie durch schlechte Menschen, auch nicht durch schlechte Päpste, Bischöfe und Priester verdorben werden! Nie konnte es für irgend Jemandem in der Welt einen rechtmässigen Grund geben, von ihr, der allein wahren Kirche sich zu trennen. Wo Petrus, da die Kirche!"

XVII. Das Anwachsen des Protestantismus in Preussen-Deutschland.

Seit dem Preussen die übrigen kleineren Staaten unter seine Botmässigkeit gebracht hat, wächst auch stetig die Zahl der Angehörigen der officielen preussisch-landesherrlichen Konfession. Die konfesionelle Statistik von Preussen-Deutschland bietet folgendes Bild dar. Zahl der Angehörigen

	der evangelischen		der kathol. Konfession	
Jahr	1871	1900	1871	1900
Ostpreussen	1,569.365	1,698.465	233.007	268.412
Westpreussen	633.548	730.685	641.572	800.342
Berlin	735,783	1,590.115	51.729	187.846
Brandenburg	1,987.891	2,907.863	34.530	159.865
Pommern	1,397.467	1,579.080	16.858	38.121
Posen	511.292	569.564	1,009.491	1,280.077
Schlesien	1,760'441	2,042.583	1,896.136	2,569.336
Sachsen	1,966.696	2,610,080	126.735	205.861
Schleswig-Holstein	1,034.363	1,349.297	6.276	30.424
Hannover	1,711.728	2,227.816	233.631	338.767
Westphalen	806.464	1,537.948	949.118	1,616.377
Hessen-Nassau	988.041	1,308.016	371.736	530.317
Rheinland	906.867	1,663 218	2,628.137	4,021.177
Hohenzollern	1.766	2.847	63.051	63.363
Königreich Bayern	1,342.592	1,749.206	3.464.364	4,362.563
Königreich Sachsen	2,493.556	3,972.063	53.642	197.005
Württemberg	1,248.860	1,497.299	553.542	650.311
Baden	461.008	704.058	942.560	1,131.413
Hessen	584.391	.746.201	239.008	341.480
Mecklenburg-Schwerin	553.492	597.268	1.336	8.127
Sachsen-Weimar	275.492	347.144	9.404	14.095
Mecklenburg-Strelitz	96.329	100.568	167	1.522
Oldenburg	242.945	309.510	71.205	86.917
Braunschweig	302.989	436.976	7 030	24.120
Sachsen-Meiningen	181.964	244.810	1.564	4.160
Sachsen-Altenburg	141.901	189.885	193	4.718

Anzahl der Angehörigen

		der evangelischen		der kathol. Konfession	
	Jahr	1871	1900	1871	1900
Sachsen-Koburg . . .		172.786	225.074	1.263	3.314
Gotha-Anhalt		198.107	301.953	3.378	11.602
Schwarzb.-Rudolfstadt		75.294	92.298	104	637
Schwarzb.-Sondershaus.		66.824	79.593	176	1.092
Waldeck		54.055	55.285	1.305	1.830
Reuss ält. L.		44.898	66.860	150	1.041
Reuss j. L.		88.782	135.918	187	2.575
Schaumburg-Lippe . .		31.216	41.908	386	785
Lippe		107.462	132.798	2.638	5.157
Lübeck		51.085	93.671	400	2.176
Bremen		118.103	208.815	3.550	13.380
Hamburg		306.553	712.338	7.748	30.731
Elsass-Lothringen . .		270.251	372.078	1,235.706	1,310.391
Deutsches Reich .		25,581.685	35,231.104	14,869.292	20,321.441

Ein sehr genaues Bild des Anwachsens des evangelischen Elementes geben die relativen Zahlen. Unter 1000 Einwohner der Gesammtbevölkerung kamen.

Angehörige

		der evangelischen		der kathol. Konfession	
	Jahr	1871	1900	1871	1900
Ostpreussen		860	850	1278	134
Westpreussen . . .		481	467	488	511
Berlin		890	841	62	99
Brandenburg		976	935	17	51
Pommern		976	965	11	23
Posen		322	301	637	678
Schlesien		475	437	511	550
Sachsen		935	921	60	72
Schleswig-Holstein .		989	972	6	21
Hannover		872	869	119	130
Westphalen		454	482	534	507
Hessen-Nassau . . .		705	689	265	279
Rheinland		253	288	734	698
Hohenzollern		26	42	961	948
Königreich Bayern .		276	283	712	706
Königreich Sachsen .		975	945	20	46
Württemberg		686	690	304	299
Baden		336	376	645	605
Hessen		685	666	280	304
Mecklenburg-Schwerin		992	982	2	13

Angehörige	evangelischen		der kathol. Konfession	
Jahr	1871	1900	1871	1900
Sachsen-Weimar . .	962	956	33	38
Mecklenburg-Strelitz	993	980	1	14
Oldenburg	767	775	224	217
Braunschweig	971	941	22	52
Sachsen-Meiningen .	968	976	8	16
Sachsen-Altenburg .	998	974	1	24
Sachsen-Koburg-Gotha	991	980	7	14
Anhalt	983	955	16	36
Schwarzburg-Rudolst.	996	991	1	7
Schwarzburg-Sondershausen . .	994	983	2	13
Waldeck	961	954	23	31
Reuss ältere L. . . .	995	977	3	15
Reuss jüngere L. . .	997	976	2	18
Schaumburg-Lippe .	973	971	1	18
Lippe	967	955	23	37
Lübeck	979	967	7	22
Bremen	964	928	29	59
Hamburg	904	927	23	40
Elsass-Lothringen . .	174	216	797	762
Deutsches Reich .	623	625	362	360

Diese percentuelle Tabelle zeigt sehr genau die konfessionellen Verschiebungen in Preussen-Deutschland in den letzten 30 Jahren. Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars, sie sprechen zu deutlich für sich selbst. Wenn heute Windhorst leben und diese Tabellen studiren möchte, so würde er wohl die Wirkungen Preussens im heutigen Deutschland sehr klar erkennen. Er würde vielleicht sich zu einem heroischen Kampf aufraffen, wie ihn seinerzeit gegen Preussen der grosse Görres führte. Die grossen katholischen Führer der Katholiken Deutschlands ruhen im Grabe. P. Krose taxirt den Verlust der katholischen Kirche im Deutschen Reiche in den letzten 4 Decennien auf 2 Millionen Seelen. Wenn im Deutschen Reiche katholische Priester böhmischer Nationalität in der Seelsorge wirken möchten, würde der Weihbischof Frind von Prag und sein Gefolge P. Opitz, Theologie-Professor Dr. Hilgenreiner in Prag und die Presse

des P. Opitz diesen Verlust der katholischen Kirche auf die Schultern der böhmischen Priester laden, wie sie es mit der Los von Rom-Bewegung in Böhmen thun.

Wie das landesherrliche Lutherthum in Preussen-Deutschland arbeitet, das spüren die Katholiken sehr gut, alle hohen Staatsämter, die Universitäten und dergl. sind den Katholiken unzugänglich und will ein Katholik in Preussen-Deutschland etwa eine Professur bekommen, muss er die Preussen loben wie Prof. Dr. Spahn, welcher „Den grossen Churfirst" schrieb und dafür die Professur bekam. Ein junger Mann trat ins Kloster und frug einen bejahrten Ordensmann, was er thun solle, damit er in der Ordensgemeinde doch ein gutes Vorwärtskommen erziele, kurz dass er prosperire, darauf sagte ihm der bejahrte Ordensmann, man müsse immer den Quardian loben. Also ist es auch in Preussen-Deutschland. Man muss die Preussen loben. Wie das landesherrliche Lutherthum in Preussen-Deutschland arbeitet, davon gibt einen traurigen Beweis das furchtbare Vorkommniss am Hofe in Dresden.

Das in München erscheinende „Deutsches Volksblatt" schreibt in der Nummer von 11. Januar 1903 folgendes: Der Dresdener Hofskandal gibt der Presse nach wie vor reichen Stoff, ihre Spalten zu füllen, doch sind selbst die Judenblätter nach und nach gezwungen, die Frau und ihren Galan fallen zu lassen. Die tadellose Haltung des Kronprinzen von Sachsen in dieser Angelegenheit, dem selbst die entlaufene Gattin das Zeugniss eines treuen, biederen Charakters und vollendeten Ehrenmannes aufstellen muss, wird von keiner Seite mehr bestritten; die Märchen von der allzustrengen sächsischen Hofetikette und dem überfrommen religiösen Leben dortselbst, welches der tugendlichen Prinzessin das Leben so verbittert hat, dass sie zur Ehebrecherin worden und ihrem Manne und ihren Kindern davon laufen musste, haben sich gleichfalls als haltlos erwiesen. Dagegen versucht man jetzt, das in seiner grossen Mehrheit protestantische Volk in Sachsen gegen seine katholische Dynastie zu verhetzen, weil sich der Kronprinz

nach der Vorschriften seines Glaubens wohl von seiner ehebrecherischen Frau trennen, aber nicht scheiden lassen kann. Wir begreifen vollkommen, dass man im sächsischen Volke, in welchem andere konfessionelle Anschanungen über die Ehe vorhanden sind als am Hofe, eine Scheidung sehr gerne sehen würde, aber es wäre doch geradezu kindisch zu nennen, wenn die Sachsen ohne eine Königin absolut nicht auskommen könnten, noch dazu, nachdem die Thronfolge durch die schon vorhandene Nachkommenschaft des Kronprinzen gesichert ist. Dass die Prinzessin sich selbst für immer aus dem Lande, vom Hofe und ihrer Familie verbannt hat, kann den Sachsen nach unserem Ermessen genügen, alles übrige ist wesentlich Privat- und Familiensache des sächsischen Königshauses. Hocherfreulich wäre es, wenn man angesichts des jüngst erlebten traurigen Falles in Dresden mit dem guten Beispiele voranginge, mit den veralteren Hausgesetzen regierender Familien zu brechen, wonach nur „ebenbürtige“ Ehen geschlossen werden dürfen. Wenn die fortgesetzte Inzucht in den Herrscherfamilien nicht aufhören wird, werden die schon vielfach zu Tage getretenen Entartungserscheinungen (die auch bei den Hohenzollern schon mehrfach zu konstatiren gewesen sind) schliesslich den Bestand der Dynastien ernstlich gefährden. Aber das hat mit dem, was wir hier sagen wollen nur nebensächlich zu thun. Wenn man gegenwärtig das „protestantische Bewusstsein“ im Volke erwecken und gegen die Wettiner auszuspielen sucht, so ist die Ursache davon nicht in religiösen, ethischen oder sonst auf idealem Gebiete gelegenen Beweggründen zu suchen, sondern neben der in den Judenblättern zum Ausdruck gelangten Gier nach Auflösung aller Bande, welche die christlichen Staaten und Völker zusammenhalten, in der in Deutschland immer frecher und unverhüllter auftretenden Absicht, die mittel- und kleinstaatlichen Dynastien zu diskreditiren und dem Einheitsstaat dadurch Vorschub zu leisten. Alles übrige — eine frische fröhliche Hetze gegen die „römische Papstkirche“ wird natürlich gerne damit verbunden — ist Schwindel, nackter Betrug und bewusste Irre-

führung der öffentlichen Meinung. Wer das nicht erkennt, der kann uns aufrichtig leid thun. Damit bei dieser kurzen Betrachtung der Dresdener Affaire die Hauptmacher nicht um die ihnen gebührenden Ehren kommen, wollen wir doch auch feststellen, dass kein einziges Blatt, das uns zu Gesicht gekommen ist, mit einer derartigen Schamlosigkeit die ganze Angelegenheit in dem von uns gebrandmarkten Sinne ausgebeutet hat, als die „Münchener Neuesten Nachrichten." Es ist selbstverständlich, dass dieses Blatt, welches in seinem Feuilletonromanen den Pornographen Zola zu überbieten sucht, und darin, wie das z. B. in dem zu Neujahr beendeten Roman geschehen ist, Gespräche zwischen Verliebten bringt, wie sich der Kindersegen verhüten lasse (!), die Skandalaffaire der sächsischen Kronprinzessin auch nach erotischen Seite hin eifrigst auszuschlachten bemüht ist, seine jüdischen Mitarbeiter haben sich darin selbst übertroffen. Doch darüber wollen wir diesem Blatte gegenüber nicht viel Worte verlieren, dagegen sei konstatirt, dass die „Neuesten" das einzige Blatt gewesen sind, welches schamlos genug war, die bodenlos gemeinen Erfindungen schweinischer Wiener Juden über die angebliche Erkrankung der Kronprinzessin durch das Verschulden ihres Gemahls in Deutschland zu verbreiten, wie es ja auch dasjenige Blatt gewesen ist, das den Skandal im Sinne der angestrebten Verpreussung Gesammtdeutschlands in der gewissenlosesten und frechsten Weise ausgebeutet hat, wobei es ihm selbst auf die gröbsten Lügen nicht angekommen ist, die es in wenigen Tagen selbst zu widerrufen gezwungen war.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten", Publikationsorgan der Behörden, sind Hauptorgan des Münchener liberalen Bildungspöbels und liegen zudem in zahlreichen Ministerial-, Regierungs- und Magistratsbureaus auf. Man braucht angesichts dieser Thatsache über die Zustände in Bayern und München kein Wort weiter mehr zu verlieren. Auch das Manifest König Georgs gegen die Prinzessin Luise wird auf direkten Druck Berlins zurückgeführt. Berlin arbeitet mit Hochdruck auf die Beseitigung des Hauses Wettin.

XVIII. **Der Hauskrieg im Lager der Alldeutschen.**

Es war am 8. December 1898, an welchem Tage die Führer der alldeutschen Partei Schoenerer, Wolf und Eisenkolb die Verabredung getroffen haben, die Abfallshetze systematisch zu betreiben. Schoenerer behauptete, in der Frist eines einzigen Jahres werden sicher 10.000 Personen aus der katholischen Kirche in Oesterreich den Austritt vollzogen haben. Wolf selbst meldete seinen Austritt aus der katholischen Kirche am Grünen Donnerstag 1899 ,um gleichfalls den Judas zu imitiren. Schoenerer fiel später ab. Am 16. November 1902 feierte Schoenerer in Wien seinen 60jährigen Geburtstag, wo ihm Ovationen dargebracht wurden. Schoenerer brüstete sich, dass auf sein Zuthun 35.000 Personen in Oesterreich aus der katholischen Kirche ausgetreten sind und theils altkatholisch oder protestantisch geworden sind. In der Sitzung vom 7. Juni 1898 spielte sich im Abgeordneten Hause folgende Scene ab:

„Abg. Wolf verweist sodann auf das Edikt des Fürstbischofs von Trient gegen die „Bozener Zeitung“, in welcher er den Geistlichen und Diöcesanen verbietet, diese Zeitung zu lesen und zu verbreiten und bemerkt dazu: Leben wir denn in einem Rechtsstaate, dass ein übermüthiger oder verrückt gewordener Pfaffe sich herausnehmen darf, ein so freches Edikt zu erlassen? (Lebhafte stürmische Unterbrechungen und Entrüstungsrufe rechts.) Abg. Fischer stürzt mit geballten Fäusten erregt auf den Abg. Wolf zu. Abg. Dr. Žitnik: Das ist die deutsche Kultur! Abg. Hagenhofer (zu den Deutschen gewendet): Das ist Euer Führer! Schämt Euch! Pfui! Abg. Wolf: Leben wir denn in einem Rechtsstaate, dass ein übermüthiger oder verrückt gewordener Pfaffe . . . (Neuerliche stürmische Unterbrechung rechts.) Ich achte alle Priester, die ihres Rockes Würde achten, aber nicht einen Pfaffen, der sich herausnimmt, sich so frech über die Staatsgrundgesetze zu stellen. Vicepräsident Ferjančič: Das ist ein Ausfall gegen einen geachteten Stand, und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. Abg. Wolf: Sorgen Sie lieber dafür, dass diesen Pfaffen das Handwerk gelegt werde. Wohin kämen wir denn, wenn es

gestattet wäre, dass irgend so ein verrückter oder toll gewordener Pfaffe (Entrüstungsrufe rechts) das Recht hat, gegen irgend einen von uns das Interdikt zu schleudern oder uns in der Bethätigung unserer staatsbürgerlichen Rechte zu hemmen? Ich mache einen grossen Unterschied zwischen Priestern und Pfaffen. Ich habe Priester kennen gelernt, welche die grösste Hochachtung verdienen. Aber das geistliche Kleid darf nicht entwürdigt werden, der Geistliche darf nicht zum Büttel, zum Polizeiknecht und auch nicht zum politischen Agitator herabsinken. Er darf nicht herabsteigen in die politische Arena, wo man mit Liebe allein nicht auskommt, sondern wo man auch aus dem Grunde seines Herzens hassen können muss. Was soll man aber zu einem Geistlichen sagen, der beispielsweise in Brüx seinen ganzen rhetorischen Eifer aufbietet, um Schönerer und Wolf in Grund und Boden zu treten und sich in den Dienst jener Faktoren zu stellen, die gegen das Deutschthum arbeiten? Das ist der Kanzelredner P. Abel. Es ist dringend nothwendig, dass alle Diejenigen, denen an den Idealen des höheren Christenthums und der katholischen Kirche gelegen ist, Alles aufbieten, um solche Uebergriffe zu verhindern, denn sonst treiben sie uns geradezu dem Protestantismus in die Arme. Sie werden schon sehen, welchen Umfang diese Bewegung in dem Augenblicke annehmen wird, wenn wir die Zeit für gekommen erachten, uns an die Spitze derselben zu stellen. Heute stehen wir noch nicht auf diesem Standpunkte. Denn wir wollen nicht, dass die Kluft zwischen den Alpen- und Sudetenländern neuerlich erweitert wird. Aber wenn es so weiter geht, dann wird es dazu kommen. Wir werden dazu gezwungen sein durch solche Erlässe, wie sie der verrückt gewordene Bischof von Trient erlassen hat (Lebhafte Entrüstungsrufe rechts), und durch solche Kanzelreden, wie sie der P. Abel hält. Abg. Kittl: Hüten Sie sich, Sie werden in den Bann gethan werden. Abg. Wolf. Ich bin ohnedies mit dem Bann belegt, aber ich mache mir Nichts daraus (Heiterkeit), das heisst, ich bin nur ein sogenannter toleratus. Man hat mich nämlich als Taufpathe für

meinen Neffen nicht anerkennen wollen, und ich musste mir die Anerkennung erst dadurch erzwingen, dass ich und meine Familie von beiden Seiten gedroht haben, dass wir in dem Augenblicke, in dem ich nicht als Taufpathe zugelassen werde, zum Protestantismus übertreten. Da scheint man denn doch ein wenig Angst bekommen zu haben, und man hat mich dann zugelassen." Während Schoenerer längere Jahre die alldeutsche Propaganda in den Händen hatte und als Führer der Partei alleingebietend da stand, wurde er allmählig gewahr, dass Wolf ihm bedeutend an Popularität überlegen werde. Schoenerer begann um seine Führerrolle zu fürchten.

Um des gefürchteten Nebenbuhlers los zu werden, kamen auf die Initiative Schoenerers nun über Wolf Dinge an den Tag, welche über die Führer der alldeutschen Bewegung ein grelles Licht werfen.

Den Hauptschlag gegen Wolf führte der alldeutsche Abgeordnete Dr. Schalk aus anfangs Mai 1902, wo er den Führer Karl Herrmann Wolf öffentlich in einer Flugschrift für ehrlos erklärte.

Anfangs November 1902 wurde Wolf in Wien verklagt vom Verlagskonsortium der „Ostdeutschen Rundschau", er soll Rechnung legen und wurde ihm zur Last gelegt, dass er dieses Zeitungsunternehmen financiell zu Grunde gerichtet habe. Trotz diesen Skandalscenen fährt Karl Herrmann Wolf fort in Versammlungen zu reden, und weiter als Hauptagitator der alldeutschen Sache zu wirken. Diese Männer, welche im Abgeordnetenhause unerhörten Schimpf der katholischen Kirche anthaten, die Lehrbücher des Kirchenlehrers hl. Alfons von Liguori als unsichtlich bezeichneten, dabei die unfläthigsten Lästerworte auf Priester und die Kirche häuften, diese Männer stehen nun da in ihrer furchtbar sittlichen Verkommenheit und trotzdem treten sie wieder öffentlich auf. Es gibt eben bei den Deutschnationalen keine Moral mehr.

Von Schoenerer ist es bekannt, dass er in Wien seine Häuser an öffentliche Dirnen vermiethet hatte und auf diese Weise aus dem Sündenlohn reich geworden ist. Das sind Führer der Alldeutschen. Aber

auch andere kleinere Grössen und Zutreiber der Deutschnationalen, Völkischen und Alldeutschen sind nicht viel besser. In Mähren ereignete sich folgender Fall. Der Gemeinderath der Stadt Hranice ist künstlich in der Hand der Deutschnationalen. Bürgermeister Dr. Plachky, vom Beruf Advokat, verheiratet mit der Tochter des Juden Mandl, wurde bei einer Sitzung des Gemeinderathes von der Frau Brunka öffentlich aufgefordert, er solle ihr Geld und Ehre wiedergeben. Die Frau kam als junge Witwe vor 13 Jahren wegen der Verlassenschaft in die Kanzlei des Advokaten Dr. Plachky, der sie bei dieser Gelegenheit unsittlich ausnützte, dieses Verhältniss 13 Jahre fortpflegte und die Verlassenschaft der Frau so „verwaltete", dass der Armen nichts übrig blieb. Interessant ist auch das Geständniss der „Alldeutschen Correspodenz", dass Dr. Eisenkolb deshalb das Mandat eines Abgeordneten besitzen müsse, um den Schutz der Immunität zu geniessen! Das bedarf keines Kommentars. Armer Staat, dessen grösste Verräther und Schädiger — Abgeordnete sind. —

Nachdem durch die Veröffentlichung der unlauteren Thaten des Volkstribun Wolf dieser von seinem Siegeslauf in den Abgrund der Vernichtung zu gerathen drohte, griff Wolf zur Abwehr und klagte seine Gegner, damit er einer politischen und existenciellen Ermordung entgehe. Wie halten uns an den Bericht des „Prager Tagblattes". Das Judenblatt schreibt: Brüx, 28. November 1902.

Die mit so viel Spannung erwartete Verhandlung hat heute begonnen, ohne dass eine sonderliche Aufregung in der Bevölkerung wahrzunehmen gewesen wäre. Kaum 50 Personen standen vor dem Gerichtssaale und keine Hand regte sich, als Abg. Wolf auf dem Wege in das Gerichtsgebäude die Strassen passirte. Auch die Verhandlung gestaltete sich anfangs durch die massenhaften Verlesungen monoton. Aber als dann Abg. Schalk die erwartete erbarmungslose Rede hielt, begann es in dem Gesichte Wolfs nervös zu zucken und bald darauf geriethen auch schon die Gegner hart aneinander. Mit allem Aufgebot seiner bekannt mächtigen Stimmittel und mit den Worten,

er verwahre sich gegen eine solche verächtliche Kampfesweise, protestirte Wolf dagegen, dass seine Frau und sein Familienleben von den Gegnern in die Verhandlung hineingezerrt werden. Der Vorsitzende musste eingreifen und Wolf, der sich immer wieder von seinem Temperamente hinreissen liess, derartige Bemerkungen untersagen. Es steht zu erwarten, dass die Erregbarkeit Wolfs noch öfter solche Scenen hervorrufen wird, trotzdem sich sein Vertheidiger bemüht, ihn zurückzuhalten. Dagegen ist Schalk von einer geradezu berechneten Ruhe und vollkommenen Sicherheit. In den Verhandlungssaal selbst sind nur wenige Personen zugelassen. Der Andrang war kein sonderlicher. Unter den heute noch zu vernehmenden Zeugen befinden sich der Herausgeber des „Scherer", Habermann und Abg. Iro. Doch ist es wahrscheinlich, dass nur zwei oder drei Zeugen im Laufe der Nachmittagsverhandlung aussagen werden. Wie verlautet, haben die Schüler der hiesigen Mittelschulen heute seitens der Direktionen den strengsten Befehl erhalten, sich vom Kreisgerichtsgebäude überhaupt fernzuhalten und vor Allem nicht an den Demonstrationen für die eine oder andere Partei theilzunehmen.

Die Anklage besagt: Ich, Karl Hermann Wolf, Reichsraths- und Landtagsabgeordneter in Wien, VII. Kandlgasse 4, erhebe gegen 1. Anton Karl Wüst, am 11. Januar 1863 in Prag geboren, nach Weitentrebetisch zuständig, evangelisch, verheirathet, Schriftleiter und Herausgeber der „Nationalen Zeitung" in Saaz, bereits vorbestraft, 2. Fritz Kränzle, am 12. Februar 1844 in Dillingen (Bayern) geboren, dahin zuständig, katholisch, verehelicht, Buchdrucker in Saaz, 3. Dr. Wilhelm Feistner, am 16. November 1854 in Wartenberg geboren, dahin zuständig, katolisch, verheirathet, verantwortlicher Redakteur der „Reichenberger Zeitung" in Reichenberg, bereits vorbestraft, 4. Wilhelm Stiepel, am 24. März 1854 in Prag geboren, nach Reichenberg zuständig, evangelisch, Buchdruckereibesitzer in Reichenberg, wiederholt abgestraft, 5. Dr. Anton Schalk, am 23. Mai 1869 geboren, dahin zuständig, evangelisch, ledig, Reichsraths- und Landtagsabgeordneter, in Wien VII., Siebensterngasse 38, vorbestraft, die Anklage.

Der Gerichtshof bestand aus: Den Vorsitz führt als Vorsitzender OLGR. Dr. Balling, als Votanten fungiren LGR. Strauss und Dr. Pittner, als Ersatzrichter LGR. Müller, als Schriftführer Auskultant Dr. Feig. Dem Namen nach zu schliessen, mag wohl Auskultant Dr. Feig Hebräer sein. Landesgerichtsrath Strauss überhäufte den Wolf während des ganzen Processes mit seinem Wohlwollen. Es ist bekannt, dass ein beträchtlicher Procentsatz der deutschen Staatsbeamten in Oesterreich Schoenerianisch oder Wolfianisch gesinnt ist. Schalk sagte beim ersten Zeugenverhör über Wolf unter anderem folgendes aus. „Huber habe die Einwendung erhoben, dass die Affaire Wolf-Seidel eine gewöhnliche Liebesaffaire gewesen wäre und in dem unglücklichen Eheleben Wolfs begründet sei. Um dieser Behauptung entgegenzutreten, habe der Angeklagte erklärt, dass ein Verschulden an dieser unglücklichen Ehe die Frau Karl Hermann Wolfs nicht treffen könne. Die ehelichen Verhältnisse lägen bei Weitem nicht so, wie in der Oeffentlichkeit besprochen wurde, und wenn die Ehe wirklich eine unglückliche wäre, so sprechen Thatsachen dafür, dass dies auf Verschulden Wolfs zurückzuführen sei.“ Der Angeklagte fährt dann weiters fort: „Ich wies darauf hin, dass alle erotischen Abenteuer von Wolf mit dem Hinweise auf seine unglückliche Ehe eingeleitet wurden. Damals hiess es thatsächlich auch, dass Wolf das Geld mit vollen Händen ausgebe, während seine Frau Mangel leide, dass es sogar vorgekommen sei, dass er verlangtes Geld seiner Frau vor die Füsse geworfen hätte. Dass er seine Frau geschlagen habe, habe ich nie behauptet. Das bestreite ich. Ich habe aber erklärt, dass bei dem Charakter des Gegners es leicht möglich sei, dass er auch im Stande sei, seine Frau gegebenen Falles zu schlagen. Das Gespräch kam dann auf das Verhältniss Wolfs zu Fräulein Tschan, jetzt verehelichte Frau Professor Seidel. Da sagte ich: Wenn das Verhältniss wirklich aus der Leidenschaft entsprungen ist, so müsste man Nachsicht haben. Aber auch wenn es eine schöne ideale Liebe gewesen wäre, auch dann hätte die alldeutsche Vereinigung die Pflicht gehabt, Stellung dagegen zu

nehmen und Karl Hermann Wolf aus der Vereinigung auszuschliessen. Ich habe aber bestritten, dass von einer sittlich ethischen Leidenschaft die Rede sein kann. Sowie Wolf sich im Falle Seidel benommen hat, so hat er es auch in den anderen Fällen gemacht.

Der Angeklagte führt diesbezüglich, ohne einen Namen zu nennen, einen Fall an und bemerkt, dass er für seine Behauptung den Beweis in Gestalt eines Liebesbriefes in Händen habe. Der Privatankläger habe dem Angeklagten selbst erzählt, er habe anlässlich einer Versammlung in Bischofteinitz Beziehungen zu einem Mädchen angeknüpft. Dr. Schalk solle ihm das nicht weiter übel nehmen, nach den Aufregungen einer politischen Versammlung bedürften seine Sinne immer einer Auflösung. Dass der Angeklagte aber erklärt habe, der Privatankläger habe ein Mädchen im juristischen Sinne, im Sinne des Gesetzes vergewaltigt, sei unwahr. Ich habe — sagt Dr. Schalk — ausdrücklich erklärt, dass von einer Vergewaltigung im juristischen Sinne nicht gesprochen werden könne. Darum habe es sich auch gar nicht gehandelt.

Der Zeuge Dr. Huber sagte über Wolf folgendes. Dr. Adolf Huber gibt bei Abnahme der Generalien an, dass er 28 Jahre alt, altkatolisch und Schriftleiter in Linz ist. Ueber das Gespräch lässt er sich folgendermassen vernehmen: Es war am 25. Februar d. J., da kam Dr. Schalk zu einer Besprechung der alldeutschen Partei nach Linz, der nicht ich beigewohnt habe, sondern Schriftleiter Sträucher. Dieser erzählte mir nun nachher, es seien da schreckliche Dinge über Wolf ausgesagt worden. Es wäre die Rede gewesen von Vergewaltigung und Wechselfälschungen. Später leistete ich einer Einladung Dr. Schalks zu einer Konferenz über eine private Unternehmung Folge. Herr Schalk erörterte u. A. den Plan der Gründung eines alldeutschen Tagblattes. Er kam auch auf Wolf-Affairen zu sprechen, deren Details schon längst vorher in allen Blättern zu lesen waren. Dr. Schalk äusserte sich nun zu mir, dass es ausser diesen bereits bekannten Fällen noch einige ganze Menge schmutziger Weibergeschichten gebe. Bei einer Versammlung in Bischofteinitz sei Wolf mit einem Mäd-

chen verschwunden; dieses Mädchen habe sich dann an Dr. Schalk gewendet und diesem mitgetheilt, dass Wolf sie zu einem unsittlichen Akte gezwungen habe. Diesen Brief hätte er (Dr. Schalk) im Besitze. Weiter wurden die schlechte Geldwirthschaft und die Bilanzfälschungen in der „Ostdeutschen Rundschau" erörtert. Auch auf die Familienverhätnisse K. H. Wolfs kam die Rede. Es wurde erzählt, Wolf brauche eine ganze Menge Geld fürs Haus, 6000 fl. wurden genannt, Wolf werfe seiner Frau das Haushaltungsgeld in einzelnen Geldstücken vor die Füsse. Dann erzählte Dr. Schalk noch einige intime Vorgänge. Die Bilanzfälschungen könnten unmöglich ohne Wolfs Wissen vollzogen worden sein. Dann wurden auch die Wechselfäschungen zur Sprache gebracht. Dr. Schalk brachte Gerstgrasser damit in Verbindung; dessen zweifelhafte Persönlichkeit könne Wolf nicht unbekannt gewesen sein, denn Wolf soll sich geäussert haben: Diesen Kerl könnte ich ins Kriminal bringen. Warum thut das Wolf nicht? Die Frage Dr. Rosas, ob Schalk auch grundlos andere Personen verdächtigt habe, verneint der Zeuge.

Dann wurde Schriftleiter Quido List vorgenommen. Seine Aussage erregt Sensation theils durch ihren Inhalt, theils durch die Fragen, die Wolf daran knüpfte. Der Zeuge sagte aus: Die Sache ist ziemlich lange her. Ich habe ihr damals keine Bedeutung beigelegt. Einmal kam Schaufler zu mir und erzählte, er habe mit einem russischen Staatsrathe gesprochen, der ein Blatt suchte, das Propaganda für die Einführung russischen Getreides machen würde. Er stellte dafür eine Subvention von 30.000 fl. in Aussicht. Ich war damals ein intimer Freund von Wolf und kannte seine Geldangelegenheiten. Ich dachte, ich könnte ihm damit helfen, und schrieb ihm die Sache in einem Briefe, der die Aufschrift „Persönlich!" trug. Darauf kam zuerst Redakteur Sedlak zu mir, dem gegenüber ich mich sehr reservirt verhielt. Ich fragte ihn, wie er dazu komme den Brief zu öffnen, und er antwortete, dass er geglaubt habe, es handle sich um ein Feuilleton. Dann bin ich mit Wolf zusammengetroffen und er sagte mir nach einigem Nachdenken, das wäre

zwar kein Verbrechen, aber es müsste geheim bleiben. Dann hat Wolf mit Schaufler darüber gesprochen. Er sagte mir noch bei der Unterredung: Du, wenn die Sache zu Stande kommt, will ich Dir fürstliche Honorare zahlen. (Bewegung.) Dr. Rosa: Woher wissen Sie denn, dass Wolf mit Schaufler gesprochen hat. Zeuge: Wolf hat es mir selbst gesagt. Dr. v. Berger: Sagen Sie mir nochmals genau, was Ihnen Wolf gesagt hat. Zeuge: Er hat mir gesagt, er sieht nichts Unrechtes darin, aber nachdem er von allen Seiten beobachtet werde, müsse er sich sehr in Acht nehmen. Für sich brauche er das Geld nicht, aber es wäre ihm lieb, wenn er seine Familie besser ernähren könnte. (Neuerliche Bewegung.) Ueber die Geldwirthschaft in der „Ost. Rundschau“ gibt Zeuge Dr. Bareuther an, dass die „Ostdeutsche Rundschau“ öfters in Geldknappheit war. Es wurden auch wiederholt Sanirungsaktionen zur Verbesserung der Verhältnisse eingeleitet. Dabei wurde aber die Bedingung aufgestellt, dass die Geschäftsgebarung unter Kontrole gestellt werde. Darauf ging aber Wolf nicht ein, da er fürchtete, seine Selbstständigkeit verlieren zu können. Eine derartige Aktion ist auch im Frühjahre unternommten worden, aber sie führte zu keinem Resultate. Auf Anregung des Verwalters Gutmann wurde nämlich eine Versammlung einberufen, welche erklärte, dass eine künftige Sanirung nur durch Umwandlung der „Ostdeutschen Rundschau“ in eine Genossenschaft möglich sei. Es wurde ein Komité eingesetzt, welches Wolf, der an dieser Versammlung nicht theilnahm, von den gefassten Beschlüssen in Kenntniss setzte. Gerstgrasser, Administrator der „Ost. Rundschau“ gibt an, dass Wolf in diesem Blatte monatlich 125 fl, dann Quartiergeld und Agitationspesen, im Ganzen nicht über 200 fl. hatte.

Wenn man noch hinzurechnet die Gelder, welche Wolf als Reichsrath- und Landtagsabgeordneter bekommt, die sicherlich jährlich über 2000 Gulden ausmachen, ersehen wir, dass für Wolf die Politik kein schlechter Erwerb ist. Der Prokurist der Firma Schoeller Herr Gniess gab an, dass das Zuckerkartell für die „Ost. Rundschau“ ein jährliches Pauschale von 4000

Kronen festgesetzt habe. Wolf gab zu, dass sein Organ vom Zuckerkartell im Ganzen 1200 Kronen erhalten hat. Nun kam im Processe die heisse Stunde für Wolf. Es sollte der Ehebruch mit der Frau des Prof. Seidel gerichtsmässig zur Verhandlung kommen. Dr. Berger sagte: Abg. Wolf hat sich mit der Tochter eines Gesinnungsgenossen, mit der Frau eines Parteigenossen, in ein intimes Verhältniss eingelassen. Er ist als Brautzeuge gestanden, wo er sich des schweren Verbrechens gegen die Sittlichkeit bewusst war. Durch seine Handlungsweise ist seiner Partei ein grosser Schade zugefügt worden und alle Blätter des In- und Auslandes haben diese Affaire ausführlich besprochen. Es ist darüber in der breitesten Oeffentlichkeit gesprochen worden, es wurde die Sache an die grosse Glocke gehängt, es entfällt daher der Einwand des Gesetzes, dass der Wahrheitsbeweis für private und Familienangelegenheiten nicht zulässig sei. Er spricht sich für die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises auch noch insofern aus, als ja diese Angelegenheit der eigentliche Kern der Sache sei und alles Andere nur begleitende Umstände seien. Es sprechen alle Gründe dafür, dass diese Angelegenheit durchgeführt werde.

Dr. Rosa, der Vertheidiger Wolfs spricht sich gegen die Zulassung des Wahrheitsheweises aus, nicht etwa weil sich sein Klient fürchte, dass diese Angelegenheit hier erörtert werde. Er ist der sicheren Ueberzeugung, dass es seinen Gegnern nicht gelingen werde, den Beweis für die in der Broschüre ausgesprochenen Beschuldigungen zu erbringen. Mein Klient will lieber Unrecht leiden, ehe er als Mann einem Weibe gegenüber als Angreifer erscheint. Das ist der eine Grund, warum wir gegen diesen Punkt der Broschüre keine Anklage erhoben haben. Ein weiterer Grund hiefür ist, das es auf Grund der heutigen Ehrbegriffe üblich ist, eine Angelegenheit als abgethan zu betrachten, wenn man für ein Vergehen Genugthuung geboten und sein Leben aufs Spiel gesetzt hat. Wolfs Vergehen motivirt aber deshalb noch immer nicht den Begriff der Ehrlosigkeit, denn man kann dies nur von einem Weibe sagen, wenn sich dieses preisgibt, von einem Manne jedoch nicht, der sonst

seine Pflicht erfüllt. Es heisst nicht umsonst: Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang. Vom Standpunkte der Moral wird man sagen: Das gehört sich nicht, man kann aber deshalb einen Menschen nicht für ehrlos erklären. Nur dann könne der Wahrheitsbeweis zugelassen werden, wenn Wolf selbst diese Angelegenheit in die Oeffentlichkeit gezerrt hätte, aber nicht, wenn er einsieht, dass er gefehlt habe, und erst dann in dieser Angelegenheit in die Oeffentlichkeit getreten ist, als er gezwungen war, unwahren Gerüchten entgegenzutreten. Der Kern der ganzen Sache ist der Kampf zweier politischer Parteien, und das soll geeignet erscheinen, dass eine Mutter gegen ihr Kind im Gerichtssaale aussagen soll? Das kann und darf nicht geschehen. Es sei sehr bedauerlich, dass hier ein Kampf geführt werde, der eine politische Persönlichkeit wie Wolf vernichten soll. Man lasse es darauf ankommen, dass Personen in ihren heiligsten Gefühlen verletzt werden, (mit erhobener Stimme) dass eine Frau ihre Schande eingestehen soll, weil Herr Dr. Schalk freigesprochen werden will. Das kann nicht sein und wäre im Widerspruche mit dem Gesetze. Der einzige Richter in dieser Sache waren seine Wähler, und die haben mit Begeisterung durch die Wiederwahl Wolfs zu erkennen gegeben, dass sie ihn nicht verdammen. Dr. Rosa bittet daher die gestellten Beweisanträge abzulehnen.

Nun ergriff auch Wolf für seine Person das Wort. Hoher Gerichtshof! Meine Herren Geschworenen! Die Peinlichkeit, welche die Erörterung des in Frage stehenden Falles für mich hat, entspricht nicht der Befürchtung, dass durch die Darlegung derselben der mir gemachte Vorwurf begründet und erwiesen wird, sondern der Befürchtung, dass wir Zeugen von Scenen werden, wo die Mutter die Tochter beschuldigt, der Mann gegen die mitschuldige Dame auftritt. Und so müsste ich bei der Peinlichkeit, die es für mich hat, in diesem Punkte mich dadurch vertheidigen, dass ich nach einer Seite hin anklage, der gegenüber ich als Mann schonend vorgehen sollte. Diese Peinlichkeit wird jeder anständige Mann be-

greifen, vielleicht erleichtert es das ganze Verfahren, vielleicht den Beschluss des Gerichtshofes, als auch die Schöpfung eines Urtheiles, wenn, ich die Erklärung abgebe: Ich habe in dieser Sache gefehlt. Ich weiss, dass ich gegen die allgemein üblichen Grundsätze, gegen die Anschauungen der Moral gefehlt habe, gefehlt in der Aufwallung und Erregung sinnlicher Leidenschaft. Es war dies eine Verwirrung, die gewiss nicht zu entschuldigen ist, gegen die nur solche als Kläger auftreten können, die sich selbst makellos und rein fühlen. In der Bibel steht: Wer sich rein fühlt und ohne Schuld, der werfe den ersten Stein. Ich weiss nicht, wer von uns Anwesenden, ich weiss nicht, ob der Verfasser der Broschüre berufen ist, den ersten Stein gegen mich zu schleudern. Ich gestehe es, dass ich es tief bedauere, nicht deshalb, weil ich dadurch Nachtheile erlitten habe, sondern aus politischen Gründen bedauere ich es. Es geschah dies zu einer Zeit, in welcher wir, böhmische Abgeordnete, in stürmischen Zeiten uns befanden, wo wir den czechischen Pöbelmassen ausgesetzt waren. Da eilte ich von Versammlung zu Versammlung, meine Leidenschaften waren entflammt und die Versucher waren in mannigfacher Form an mich herangetreten. Ich habe gefehlt. Ich weiss nicht, ob nicht auch ein Stärkerer unterlegen wäre. Eine Verführung im strafgerichtlichen Sinne liegt nicht vor. Es war keine Verführung; auch das Alter der beiderseitigen Personen lässt das als ausgeschlossen erscheinen. Es war auch keine Verletzung des Gastrechtes, denn den Vater der Dame habe ich nur oberflächlich kennen gelernt: von intimen freundschaftlichen Beziehungen war damals noch gar nicht die Rede. Ich bin erst nach diesem traurigem Fall mit dem Vater der Dame bekannt geworden und wurde mit ihm später in einer Weise befreundet, dass ich es ohne Weiteres über mich bringen konnte, von dem betreffenden Herrn ein Darlehen für die „Ostdeutsche Rundschau“ anzunehmen.

Wolf beruft sich darauf, dass er sich sittlich in einer Zeit vergangen habe, wo die deutsch-böhmischen Abgeordneten in stürmischen Zeiten sich befanden,

wo sie den czechischen Pöbelmassen ausgesetzt waren. Hier hat Wolf auf die Geschworenen eingewirkt, dass sie ihm das Sittlichkeitsverbrechen als dem Vorkämpfer und Helden des deutschen Volkes nicht anrechnen dürfen. Das böhmische Volk als solches hat sich mit der Person des Wolf noch nirgends abgegeben und soll es nun als Sündenbock für alldeutsche Schweinereien dienen! Wolf hat vergessen dem Schwurgerichte mitzutheilen, dass ihm zum Schutze seiner Person während der Landtagsession in Prag 2 Geheimpolizisten zugegeben waren, die ihn überall folgten, und als sie sahen, dass Wolf mit Vorliebe solche Gassen der ehemaligen Judenstadt in Prag aufsuche, wo verrufene Lupanare dicht neben einander sind, haben sich die Geheimpolizisten um Wolf nicht mehr gekümmert, sie wussten, er sei gut aufgehoben. Dr. Schalk erwiderte, Wolf habe hier weitschweifig Dinge enthüllt, über welche er angeblich den Schleier ziehen wollte. Was er vorgebracht hat, sind Entschuldigungen führ ihn, und Beschuldigungen für Jene, die er vernichtet hat. Es geht hier nicht, dass man Grenzen zwischen privater und öffentlicher Ehre zieht. Wer als Privatmann keine Ehre hat, der ist auch nicht berufen im öffentlichen Leben eine Rolle zu spielen.

Der Gerichtshof entschied, dass der Fall Wolf-Seidel in die Verhandlung nicht hineingezogen wurde. Der Berichterstatter des „Pr. Tagblat“ schreibt von Brüx aus am 1. Dezember. Abg. Schönerer wird morgen nicht bei der Verhandlung erscheinen. Der Wiener Arzt Dr. Pilz hat dem Abg. Schönerer ein Zeugniss ausgestellt, nach welchem dieser an einem akuten Bronchialkatarrh erkrankt und in Folge dessen am Erscheinen im Gerichtssaale verhindert ist. Die Vertreter des Abg. Wolf und Dr. v. Berger als Vertreter der beiden Angeklagten Schalk und Wüst haben sich daraufhin in einer gemeinsamen Konferenz mit dem Vorsitzenden LGR. Balling dahin geeinigt, selbst von der Einvernahme des Abg. Schönerer im Requisitionswege abzusehen. Hiedurch ist dem Angeklagten Dr. Schalk ein Zeuge entgangen, von dessen Aussagen er sich einen schwerwiegenden Eindruck versprochen

hatte. Für den morgigen Tag ist überdies seitens der Angeklagten eine Reihe von Alldeutschen und seitens des Klägers eine Anzahl ostdeutscher Abgeordneter und Parteigänger zur Zeugenaussage vorgeladen. Von diesen sind auch die meisten in Brüx bereits eingetroffen. Auf die Einvernahme des Abg. Beurle, der krankheitshalber nicht erscheinen kann, haben beide Parteien verzichtet. Es verlautet, dass heute mit dem Druckereibesitzer der Saazer „Nationalen Zeitung“, der neben dem Landtagsabg. Wüst wegen des Abdruckes der Broschüre angeklagt ist, ein Ausgleich auf einer ähnlichen Grundlage zu Stande gekommen ist wie mit Dr. Feistner und Herrn Stiepel von der „Reichenberger Zeitung“. Von den ursprünglich fünf Angeklagten bleiben demnach bloss Dr. Schalk und Landtagsabg. Wüst übrig. Morgen wird die russische Bestechungsaffaire noch zur Verhandlung gelangen. Der Kronzeuge Schaufler verlangte einen Vorschuss von 100 K, der ihm auch bewilligt wurde. Ausserdem sind die bereits einvernommenen Zeugen Lisst, Flissinger und der Bruder des Angeklagten Schalk, der Wiener Buchhändler Friedrich Schalk, vorgeladen, um mit Schaufler konfrontirt zu werden. Dr. v. Berger hat wegen Ablehnung seines Beweisantrages in der Affaire Seidel die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht. Damit war auch Dr. Schalk verrathen und verloren. Schönerer hatte ihn zum Process aufgestachelt und ihn dann im Stiche gelassen. Die Krankheit hat Schönerer simulirt. Ueber Wolfs politische Haltung sagte Dr. Berger, dass sich darüber wenig vorbringen lasse. Trotz des weitgehendsten Entgegenkommens der alldeutschen Vereinigung und Schönerers, der sich stets ihm als uneigennütziger Freund gezeigt habe, habe Wolf stets aus eigennützigen und selbstsüchtigen Gründen etwas zu erzwingen gewusst, — trotz der Ueberzeugung, dass er dadurch der von ihm vertretenen Sache einen empfindlichen Schaden zufügen könnte. Der beste Beweis, dass er die nationale Begeisterung nur ausgenützt habe und dass er nicht nur nach seinen glänzenden Reden beurtheilt werden solle, sei, dass er nach einer Bismarckfeier, bei der eine Stunde vorher das hohe Lied der Begeisterung gesungen, in einem

öffentlichen Lokale unzüchtige Handlungen begehen konnte. Zu Wolf gewendet sagte Dr. Berger: Sie waren der Mephisto der Partei. Zeuge Abgeordneter Stein erläutert ausführlich, dass schon im Jahre 1895 zwischen ihm und Wolf ein Streit ausgebrochen ist, weil Wolf damals ein Wahlkompromiss mit den Christlich-Socialen eingehen wollte. Eine Folge dieser Verstimmung war auch der Rücktritt Schönerers. Gleich nach den Reichsrathswahlen im Jahre 1899 hat es geheissen, dass eine Spaltung im Alldeutschen Lager bevorstehe. Er (Zeuge) habe sich daraufhin in die „Ostdeutsche Rundschau“ begeben und dort mit Schalk, den er dort antraf, im Einverständnisse mit Wolf eine Briefkastennotiz veröffentlicht, in welcher Wolf unter seinem Namen dieses Gerücht energisch widerruft. Der Zeuge erzählt weiter, dass die politische Haltung Wolfs immer bedenklich war. Wolfs Haltung war immer bedenklich, weil es die alldeutsche Vereinigung für unmöglich hielt, gegen die Liguori-Moral aufzutreten, solange sie Wolf in ihrer Mitte hatte. Wolf: Auf wessen Vorschlag haben Sie das Mandat in den Landtag erhalten? Stein: Ich war dort bereits sehr beliebt und allseitig aufgefordert worden, zu kandidiren. Wolf: Sie sind auf meinen Vorschlag hin gewählt worden. Stein: Das ist nicht wahr. Uebrigens haben Sie damals zu Zwecken der Agitation 1000 Mark aus Hamburg bekommen und mir nur 50 fl. gegeben. Wolf springt erregt auf und ruft: Das ist nicht wahr. Ich habe diese Summe für die gesammte Wahlbewegung erhalten. Sie zeihen mich hier der Unterschlagung. Warum haben Sie denn das nicht für die Broschüre Schalks verwendet?

Das ist eine sehr wichtige Etappe im Brüxer Process. Hier liegt es offen, dass die Alldeutschen Oesterreichs mit reichsdeutschen Unterstützungen ihre Agitationen unternehmen. Die Hofräthe in Wien spielen hier die Politik des Vogel Strauss.

Am 6. Dezember wurde das Beweisverfahren geschlossen.

Der Vertheidiger Dr. Schalks, Advokat Dr. Berger sagte unter anderem Folgendes: Keine Partei kann und darf das Verschulden eines Mitstreiters, und

stünde er noch so hoch, übersehen, ohne sich selbst herabzuwürdigen. Der Kampf gegen den Klerikalismus und gegen die Liguori-Moral ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei. „Hütet Eure Frauen und Mädchen vor den Liguori-Pfaffen", rief Herr Wolf erst vor Kurzem im Parlamente aus. Die alldeutsche Partei wäre zum Gespötte aller Uebrigen geworden, wenn sie durch Herrn Wolf diesen Schlachtruf fortan ertönen liesse. „Hütet vor Allem Eure Frauen und Töchter vor Wolf", hätte geantwortet werden können. Dies konnte sich Herr Wolf selbst sagen und es wurde ihm von allen seinen Freunden in allen Tonarten vorgehalten. Wolf beharrte jedoch bei seinem Entschlusse trotz der höchst derben und eindringlichen Mahnung, die ihm durch den Beschluss der alldeutschen Vereinigung zutheil wurde Er wusste, dass bei jener Sitzung die näheren Umstände des Falles Seidel zur Kenntniss gebracht worden waren und bei allen seinen bisherigen Verbandsgenossen den tiefsten Eindruck hinterlassen hatten. Er selbst habe sich dadurch in die Zwangslage versetzt, seine politische und damit auch wirthschaftliche Existenz auf den Trümmern seiner bisherigen Partei aufzubauen. Damit war aber auch für seine bisherigen Kampfgenossen die Nothwendigkeit gegeben, gegen ihn Stellung zu nehmen. Wolf hielt eine lange Rede; unter Anderem sagte er: Ich habe nicht gerade ein ruhiges Leben geführt; die Umstände der Zeit, in der ich lebte, brachten es mit sich, dass mein Leben stürmisch war, dass darin die Leidenschaft eine grössere Rolle spielte, als es sonst vorkommt und ich strauchelte. Ich strauchelte auf einem Gebiete, auf welchem wir alle sterblich sind und es werden auf diesem Gebiete nur wenige ganz Gute und ganz Reine sein, die sich als Richter aufwerfen dürfen. Ich habe diesen Fehler offen eingestanden, nicht dass ich mich im Büsserhemde vor die Kirchenthüre gesetzt hätte. Ich habe das Ganze in mir niedergerungen und mit meinem Weibe ausgemacht und der Gesellschaft habe ich Sühne gegeben nach den in unseren Kreisen üblichen Begriffen, indem ich mich vor die Pistole meines Gegners stellte. Dann habe ich mein

Mandat niedergelegt. Ich hatte die Absicht, nie mehr zu kandidiren. Von den Vertrauensmännern meiner Wähler wurde mir aber mitgetheilt, dass sie diesen Fehler nicht für geeignet halten, mein völliges Ausscheiden aus dem politischen Leben zu begründen. Da erklärte ich mich bereit, das Mandat wieder anzunehmen. Nach dem Vorfalle hätte man noch ein Bischen geflüstert, aber in einigen Tagen wäre davon nicht mehr die Rede gewesen. Das aber passte gewissen Leuten nicht in den Kram, denen, von welchen die Worte Schillers im „Gang zum Eisenhammer gelten: „Es nährten früh und spat den Brand die Knechte mit geschäftiger Hand.“ Das war ihnen nicht recht, die mein Verschwinden aus dem öffentlichen Leben wollten, weil ich ihnen im Wege stand. In solchen Sachen sind nur wenige berufen, Richter zu spielen, denn auf sexuellem Gebiete sind nur wenige ohne Fehl und „Richtet nicht, auf das Ihr nicht gerichtet werdet!“ steht in der Bibel und es gibt nichts Scheusslicheres als das Bild des Pharisäers, der augenverdrehend sagt: „Herr, ich danke Dir, das ich nicht bin wie dieser Zöllner.“ Und der Heiland nennt die Pharisäer übertünchte Gräber. In wenigen Tagen wäre das Gerede verstummt, aber man wollte es nicht zur Ruhe kommen lassen. Es war darauf abgesehen, mich zum politischen und anderen Krepirten zu bringen, wie es in einer Schrift meiner Gegner heisst, mich zum Selbstmord zu treiben. Dann hätte es geheissen: „Tragt die Leiche weg. Das Spiel kann weiter gehen.“

Dr. Schalk sagte unter Anderem folgendes: Für mich ist die Politik kein Gewerbe, ich habe auch Ehre und Leben ohne Mandat. Nichts ist unwahrer, als dass vielleicht das Motiv unseres Kampfes politischer Neid gewesen. Sie haben hier zugehört, dass man gegen mich vielleicht in gutem Glauben gehässig aussagte, aber Keiner hat sagen können, dass ich gegen Wolf vielleicht in den Versammlungen gehässig gesprochen habe. Nicht nur ich, sondern auch alle meine Kollegen haben dasselbe gethan, weil wir den nothwendigen Rückzug unseres Kampfgenossen decken wollten. Dass dieser Rückzug nothwendig war, hat

Wolf selbst eingesehen, der seine Handlungen als Schlechtigkeit bezeichnete. Es handelt sich hier nicht um galante Abenteuer, obwohl bei einer Partei wie der unseren es nothwendig ist, auf sittlichem Gebiete vorwurfsfrei zu sein. Das Mandat soll ja nicht nur Rechte geben, sondern auch Pflichten. Die Pflicht vor Allem, dass unser Leben unseren Worten entspreche. Es wäre peinlich gewesen, dass einem der Unserigen eine Entgleisung passirt wäre, aber das wäre zu verwinden gewesen. Was aber hier geschah, war keine Entgleisung, sondern eine That, die zur Ausscheidung des Thäters aus unseren Reihen führen musste. Ich glaube, dass keiner von Ihnen Gemeinschaft mit einem Manne halten würde, der sein Haus geschändet, seine Tochter verführt hat. Auch in unserer Gemeinschaft konnte ein solcher Mann nicht verbleiben. Wer das Eigene nicht rein hält, der ist auch nicht berufen, für die Ehre seines Volkes einzutreten. Der Gerichtshof fällte folgendes Urtheil: Das k. k. Kreisgericht als Schwurgericht in Brüx hat nach durchgeführter und heute beendeter Verhandlung in Sachen K. H. Wolf gegen Karl Anton Wüst wegen des Vergehens der Ehrenbeleidigung und gegen Anton Schalk wegen Uebertretung der Ehrenbeleidigung nachfolgendes Urtheil gefällt: Karl Anton Wüst ist schuldig des Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre nach den §§ 5, 487, 488 und 491 des St.-G. und wird nach § 493 des St.-G. unter Anwendung des ausserordentlichen Milderungsrechtes nach den §§ 266, 261 und 267 der StPO. zu einer Geldstrafe von 1000 K, eventuell 20 Tagen Arrest verurtheilt. Nach dem § 39 des PG. ist der Schuldige verpflichtet das Straferkenntniss nach Rechtskraft binnen einer Woche an der Spitze nachstehender Blätter: „Nationale Zeitung“ und „Deutsche Bauernzeitung“ in Saaz, „Ostdeutsche Rundschau“, „Trautenauer Zeitung“ und „Die Deutsche Volkswacht“ in Teplitz auf seine Kosten zu veröffentlichen. Dr. Anton Schalk ist schuldig der Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach den §§ 5, 487, 488, 489 und 491 des StG. und wird nach §§ 493 unter Anwendung der §§ 66, 267 und 261 der StPO. zu einer Geldstrafe von 800 K, in Nichtein-

bringungsfalle zu 16 Tagen Arrest verurtheilt. Wüst ist schuldig, die Kosten der Geschworenenbank zu tragen. Die Kosten der Parteienvertreter zahlt zu zwei Drittel Wüst, ein Drittel Schalk. Der Privatkläger ist mit Rücksicht auf das erste freisprechende Erkenntniss verpflichtet, an Dr. Schalk ein Drittel der Vertretungskosten rückzuerstatten. Dr. v. Berger meldete sofort die Nichtigkeitsbeschwerde an und bat um Zustellung des Urtheils. Nach der Urtheilsverkündigung wurden im dichtgedrängten Zuschauerraum des Gerichtssaales lebhafte Heil-Rufe laut.

Der Berichterstatter schliesst. Schon zu Beginn der Berathung der Geschworenen sammelte sich die Menge an. Als die Geschworenen nach Schluss der Verhandlung den Saal verlassen hatten, wurden sie mit Heil-Rufen begrüsst. Diese Heil-Rufe wurden sehr stürmisch als Wolf mit seinem Vertreter Dr. Rosa und dem Führer der Ostdeutschen von Brüx Dr. Herold das Gerichtsgebäude verliess. Die grosse Menge begleitete Wolf unter Heil-Rufen und Hütenschwenken zum Hotel „Im Löwen“, wo Wolf mit seinem Vertreter Wohnung genommen hat. Vor dem Hotel wurden Wolf eine stürmische Ovation und Heil-Rufe dargebracht, sodann wurde die „Wacht am Rhein“ gesungen. Auch im Gastzimmer des Hotels wurde Wolf und seinem Vertreter eine begeisterte Ovation bereitet. Dann zerstreute sich die Menge, um sich in die Turnhalle dem abendlichen Versammlungsorte der Ostdeutschen, zu begeben.

Unter dem Eindrucke des Brüxer Processes meldeten die Blätter am 10. Dezember folgendes aus Wien. Die alldeutsche Vereinigung wurde zu einer besonderen Sitzung einberufen, um zu dem Ergebnisse des Brüxer Processes Wolf-Schalk Stellung zu nehmen. Es wurde darin folgende Erklärung beschlossen: „Die Brüxer Geschworenen haben gegen uns entschieden. Die Korruption erhebt nunmehr kühner denn je ihr Haupt. Der Verurtheilte, unser bekannter Mitkämpfer Abg. Dr. Schalk, dem in der wichtigsten Processangelegenheit der Wahrheitsbeweis verwehrt wurde, mag unseres steten, aufrichtigen Dankes versichert sein. Es musste sich uns die Frage aufdrän-

gen, ob wir den Kampf für den alldeutschen Einheits- und Reinheitsgedanken fortführen oder denselben als vergeblich einstellen sollen. Wir haben uns für das erstere entschieden und werden somit im Glauben an den endlichen Sieg unserer gerechten Sache auch künftighin trotz der vielfach vorherrschenden Verständnisslosigkeit im Kampfe für des Volkes höchste Güter ausharren und die falschen Freunde unseres Volkes unschädlich zu machen trachten. Wir sind daher vollauf berechtigt und verpflichtet, den Kampf gegen Wolf fortzusetzen, dessen Gesinnung und Charakter genügend dadurch gekennzeichnet erscheint, dass er den Erwecker und Festiger des alldeutschen Gedankens in der Ostmark, den Abg. Schönerer auch im Gerichtssaale einen „grauhaarigen Schurken“ genannt hat. Wir halten fest an unserer Ueberzeugung und sind entschlossen in Bethätigung unserer Grundsätze auch in Zukunft alles Undeutsche und Gemeine von unseren Reihen fern zu halten. Wir sagen mit Bismarck: „Wir Alldeutsche werden den Weg, den wir im Interesse unseres Volkes für den rechten erkennen, bis ans Ende gehen, unbeirrt, ob wir Hass oder Liebe dafür ernten. Wien, 9. Julmond 1902. Die alldeutsche Vereinigung.“ Der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ zufolge stellte in der letzten Sitzung der alldeutschen Vereinigung Abg. Schalk mit Rücksicht auf den Ausgang des Brüxer Processes sein Mandat zur Verfügung. Sämmtliche Abgeordnete der Vereinigung erklärten, die Verzichtleistung Schalks nicht annehmen zu können, zumal die Schrift Schalks vor deren Veröffentlichung von der alldeutschen Vereinigung gutgeheissen wurde. Die Vereinigung sprach Schalk den Dank aus und beschloss, den Kampf gegen die ostdeutsche Korruption auch in Zukunft mit allen Mitteln fortzusetzen. Die Wirkung des Brüxer Proceses war die, dass fast alle Blätter, die früher zu Schönerer hielten, nun zu Wolf übergingen. Ebenso dürften bei den künftigen Wahlen die Verbündeten Schönerers vom Schauplatz verschwinden.

Dieser Process in Brüx brachte den Führern der alldeutschen Bewegung keinen Gewinn. Die brüxer Moral lautet: jedes noch so demoralisirte Individuum

kann Führer des Volkes sein, wenn es dazu die nöthige freche Stirn und ein Rednergabe besitzt dem Nationalgötzen und den Leidenschaften des Volkes zu schmeicheln.

Die Gruppe der alldeutschen Abgeordneten hat in den Monaten Januar bis Mai 1901 im österreichischen Reichsrath jede Arbeit durch wüstes Treiben unmöglich gemacht. Fast in jeder Sitzung brachten Schönerer und Genossen Interpellationen und Anfragen vor, welche massenhafte Spalten des stenographischen Protokolles ausfüllen und die nur voll von den gemeinsten und niederträchtigsten Angriffen auf die katholische Kirche und Priester sind. Hat doch Wolf am 1. März 1901 eine Anfrage an den Präsidenten gerichet, die wir hier wiedergeben. „Wir haben gestern 2 Interpellationen eingebracht eine durch den Herrn Kollegen Schönerer, eine 2. durch den Herrn Kollegen Lindner. In diesen Interpellationen wurde der Justizminister gefragt, ob er einverstanden sei, dass ein Staatsanwalt dort und ein Staatsanwalt da 2 Artikel in den Zeitungen konfiscirt haben. In dieser Anfrage war nicht ein einziges Wort, welches unanständig oder unsittlich genannt werden könnte. Es waren lediglich Angriffe gegen die politische Macht der Klerikalen, nicht etwa die katholische Religion als solche, sondern gegen die Missbräuche, die in der katholischen Religion zu Tage treten, gegen die Art wie Frauen und Mädchen im Beichtstuhle von Geistlichen nach der Vorschrift der Liguorimoral ausgefragt werden.

Ich denke also, wenn solche Niederträchtigkeiten in der Welt vorkommen, dass einer, der die Religion, dieses heilige Gut, zu pflegen hat, den Beichtstuhl missbraucht um Gedanken der Unzucht und der Schamlosigkeit in der heranwachsenden Jugend zu wecken, wenn ein Diener der Religion den Beichtstuhl missbraucht, um an die Frauen schamlose Fragen zu stellen, so ist das zweifellos etwas Entsetzliches Trauriges, Fürchterliches. Aber wir als Männer haben da nicht die Pflicht mit gesenkten Augen an diesem Scheusslichen vorüberzugehen; sondern haben, wenn wir wirkliche Volksvertreter sind, im Interesse der

Sittlicheit dafür zu sorgen, dass dem mit Entschiedenheit entgegen getreten werde.“ So sprechen alldeutsche Mädchenschänder und Ehebrecher im österreichischen Parlament gegen katholische Priester. Die alldeutschen Abgeordneten haben durch derartige wüste Scenen das österreichische Parlament in aller Welt der Verachtung preisgegeben. So sagte am 1. Dezember 1902 Abgeordneter Richter im deutschen Reichstag folgendes: „Wir stehen vor der Thatsache, dass zwei Drittel des Reichstages sich über die materiellen Fragen geenigt haben, und dass für die Herren nur noch die Frage offen ist, wie sie in legitimer Weise zu einem Ausdruck ihres Willens gelangen. War der Antrag Kardorff nicht für legitim, nicht für zulässig erachtet, dann weiss ich nicht, wie es überhaupt weiter werden soll. Eins aber weiss ich, dass, wenn in dieser Weise fort verhandelt werden soll bis zum April, dann der Parlamentarismus an Autorität und Ansehen tief erschüttert wird. (Sehr richtig!) Kämpfen wir so immer weiter, immer heftiger, sind wir, ehe wir uns versehen, in österreichischen Zuständen, und, wenn dieser Reichstag, dem ich seit 31 Jahren angehöre, jemals ein Bild darbieten sollte wie der österreichische Reichsrath, dann würde ich es für keine Ehre mehr halten, überhaupt einer solchen Körperschaft anzugehören. (Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe links.) Der deutsche Reichstag soll nach unserer Meinung ein Muster sein in korrekten Formen des Parlamentarismus.“

Im deutschen Reichstage handelte es sich um den Zolltarif, welchen die Socialdemokraten auf jede Weise vereiteln wollten nach dem Muster der Schönerianer. Auf Antrag Kardorff wurde der Zolltarif ohne Debatte en bloc angenommen und hiemit der Obstruktion der Socialisten ein Ende gemacht. In Oesterreich aber geschah das Gegentheil. Die Regierung ergriff wilde Flucht vor Schönerer und Wolf, kapitulierte und anerkannte so die Herrschaft politischer Räuber, Ehebrecher und Mädchenschänder.

Zum Schlusse dieses Kapitels bringen wir noch Folgendes. Das „Trautenauer Wochenblatt“ brachte Anfangs März 1903 diese Nachricht: „Die Frau des

Abg. K. H. Wolf hat gegen ihren Gatten durch den Advokaten Dr. Friedrich Förster beim k. k. Landesgerichte in Wien die Ehescheidungsklage eingebracht. Die Ehescheidungsklage wurde von der unglücklichen Frau Wolf's wegen fortgesetzter roher Beschimpfung und thätlicher Misshandlung durch ihren Gatten gegen diesen eingebracht. Um weiteren Misshandlungen zu entgehen, hat sich die Arme mit ihren Kindern zu ihren Eltern nach Cilli geflüchtet, wo sie sich gegenwärtig aufhält. Die Ehescheidung wird von Frau Wolf auch wegen grober sittlicher Verfehlungen und „Verirrungen“ des Abg. Wolf begehrt. In dem Ehescheidungsprocesse wird auch die durch den Process Wolf-Schneider enthüllte Thatsache eine Rolle spielen, dass Abg. Wolf eine nahe minderjährige Verwandte seiner Frau, die in seinem Hause zu Gaste war, zu schwerer Unsittlichkeit verleiten wollte, ein Vergehen, das Abg. Wolf mit Volltrunkenheit zu entschuldigen und zu bemänteln suchte. Der Process, durch den die Frau des Abg. Wolf ihre Befreiung von einem langen Martyrium sucht, wird schon demnächst durchgeführt werden.“ — Im Brüxer Processe führte Wolf seine Frau als „braven deutschen Kameraden“ vor, der ihm verziehen habe. Herr Wolf scheint es auch in diesem Exempel mit der Wahrheit nicht genau genommen zu haben, was seine Getreuen nicht hindern wird, ihn auch fernerhin als „hehre Siegfriedsgestalt“, als „Perle des deutschen Volkes“ zu feiern.

Zum Schlusse wollen wir nur folgendes bemerken. Man beachte doch die „sittlichen“ Anschauungen des Vertheidigers Dr. Rosa und des Abg. Karl Wolfs selbst und vergleiche sie mit den Angriffen, welche Wolf und seine Genossen gegen katholische Priester und die gelehrten Werke des hl. Alfons von Liguori massenhaft gerichtet haben. Die Alldeutschen verdecken ihre eigene Unmoral durch Verleumdung und Schmähung Unschuldiger.

XIX. Der Kampf um die Nationalität dringt in die katholische Kirche ein.

Der Mensch im Getriebe der blinden Leidenschaften macht kein Halt nicht einmal vor den heiligen

Thoren der Kirche. Im Mittelalter haben Verbrecher das Recht genossen, wenn sie die heiligen Räume der Kirche betraten, dass sie hier vor der Justificierung geschützt waren. In unseren Tagen machtder Nationalitätenhass nicht einmal Halt vor dem Altare. Wir wollen hier nicht auf die erhabenen Lehren des Christenthums eingehen, wie sie über das Wesen des Menschen, die Gleichheit aller Menschen vor Gott, die Zuwendung der Erlösungsgnade allen Menschen auf Erden gelehrt werden, das sind Lehren, welche der katholische Katechismus klar und deutlich enthält Aber wie anders sieht es im Leben aus. Wer das öffentliche Leben heute beobachtet, muss unwillkürlich zur Erkenntniss gelangen, dass das Christenthum wohl gelehrt, aber nicht befolgt wird. Die Lehren Christi finden bei den Menschen keine Anwendung. Man predigt auf der Kanzel Liebe und wenn man von der Kanzel heruntersteigt, prakticiert man den Hass, man lehrt in der Schule, dass alle Menschen vor Gott einander gleich sind, aber in der Wählerversammlung, oder in der Sitzung des Gemeinderathes wird proklamiert, dass alle Nichtdeutschen minderwertig sind. Kurz überall finden wir das Gegentheil von dem, was gelehrt wird. Die Lehre Christi findet im wirklichen Leben nur selten Anwendung. Mit Moral baut man keine Eisenbahnen, mit der christlichen Nächstenliebe hätte Bismarck sicher nicht das heutige Preussen-Deutschland aufgebaut. Die Nationalitätenpolitik, wie sie heute von allen Grossmächten gehandhabt wird, kann die Lehren Christi für ihre Zwecke absolut nicht brauchen. Wenn man systematisch auf Raub ausgeht, wenn man den Nachbar plündern will, nimmt man doch nicht den Katechismus zur Hilfe, sondern man greift zum Pulver und Blei. Das Recht ist heute nur dort, wo es mit der Gewalt vertheidigt werden kann. So war es, und wird es auch bleiben.

Je mehr die Völker und Staaten vom Christenthum abfallen, desto furchtbarer und wilder wird der Hass und Kampf unter ihnen wüthen. Gemäss der Weisung des göttlichen Stifters: gehet und lehret alle Völker, hat die katholische Kirche überall die erhabene Lehre Christi den Völkern in ihrer Mutter-

sprache verkündigt und gelehrt. Das Organ des österreichischen Episcopats das Wiener „Vaterland“ brachte am 12. Februar 1898 einen Artikel über die Sprache des Religionsunterrichtes. Der Artikel sagt, es handelt sich hier nicht um eine innerpolitische Erörterung — schon deswegen nicht, weil der Gegenstand kein politischer ist, — noch auch um ein Zurückgreifen auf eine jüngsthin öffentlich behandelte Angelegenheit, sondern um Hinweis auf die einschlägigen Principien, und dieser Hinweis erscheint wahrlich nicht überflüssig, erwägt man die Anschauungen, die in der bewussten Interpellation der Urteutonen zutage traten. Die Interpellanten betrachten es offenbar als etwas ganz Selbstverständliches, gar keinem Zweifel Unterliegendes, dass es das ureigenste Recht der staatlichen Schulbehörde sei, ganz selbständig zu bestimmen, in welcher Sprache der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen zu ertheilen sei; ja sie möchten sogar vorschreiben, in welchem Idiom vor der Beicht zu beten sei; fehlt nur noch, dass der Staat auch dekretirt, in welcher Sprache die Kinder zu beichten haben. Da haben wir wieder ein Resultat moderner Begriffsverwirrung. Demgegenüber ist als Princip festzuhalten: So wie die Kirche und sie allein das angeborne Recht besitzt, alles auf den Religionsunterricht Bezügliche (Inhalt, Methode, Lehrbücher) zu bestimmen, so steht es an und für sich nur der kirchlichen Autorität zu, auch die Sprache zu bezeichnen, in welcher der Religionsunterricht zu ertheilen ist. Massgebend für die kirchliche Autorität ist hierin das Bedürfniss. Ob und wie die kirchliche Autorität sich mit der staatlichen Schulbehörde ins Einvernehmen setzt, welchen Einfluss sie bei der Ausübung dieses ihr ganz unabhängig und selbstständig zukommenden Rechtes der staatlichen Gewalt gestattet, ist wieder ihre Sache und ihrer Einsicht und Klugheit zu überlassen. Aus dem Gesagten ergibt sich schon, dass dem Staate an sich das Recht nicht zusteht, die Sprache des Religionsunterrichtes einseitig und ohne Rücksicht auf die kirchliche Autorität zu bestimmen. Er kann dies ebensowenig, wie anordnen, in welcher Sprache die Sakramente gespendet

oder gepredigt oder gebetet werden müsse. Es wäre ein rechtsverletzender Uebergriff, es wäre offene Gewaltthat, wollte der Staat den Religionslehrer zwingen den Kindern in einer für sie unverständlichen oder schlechtverständlichen Sprache den Religionsunterricht zu ertheilen,

Der zweite principielle Punkt betrifft die Frage: Wie hat es die Kirche in Bezug auf die Sprache der religiösen Unterweisung stets gehalten? Die Antwort auf diese Frage gibt schon das Pfingstwunder. Es wurde den Aposteln das Sprachen-Charisma, die Gabe verliehen, sich ihren Zuhörern in deren verschiedenen Sprachen verständlich zu machen — ein göttlicher Fingerzeig für das Verhalten der Kirche in aller Zukunft. Und in der That hat die Kirche stets den Grundsatz hochgehalten und bethätigt, dass jedem Volke, ja jedem Stamme das Evangelium in der ihm verständlichen und geläufigen Sprache verkündet werden müsse, und sie hat es ihren Dienern zur Pflicht gemacht, sich zu diesem Zwecke mühsamen Sprachstudien zu unterziehen, und gestattet ihnen nicht, irgend ein Volk zur Aneignung einer fremden Sprache zu nöthigen, um die christliche Lehre vernehmen zu können. Die Belege hiefür zählen nach Tausenden. Aus älterer Zeit sei nur hingewiesen auf das Verhalten der Heiligen Cyrillus und Methodius, des heiligen Bonifazius und anderer irischer und angelsächsischer Glaubensboten in Deutschland, auf die zahlreichen Synodaldekrete im Fränkischen, welche die Predigt je nach Bedürfniss in romanischer oder deutscher Sprache vorschrieben, auf die altromanischen und althochdeutschen Sprachdenkmäler, welche Gebete, Katechismusstücke usw. in der Volkssprache enthalten. Und so wurde es in der Kirche stets und wird es noch gehalten. Zeuge dessen die immense linguistische und populärreligiöse Literatur in Hunderten von amerikanischen, afrikanischen, asiatischen und australischen Idiomen, die Frucht namenloser, kaum vorstellbarer Mühen und Anstrengungen katholischer Missionäre, die mit Paulus sagen: „Griechen und Nichtgriechen, Weisen und Unweisen bin ich Schuldner.“ Nehmen wir in Frankreich die bekanntlich einen

keltischen Dialekt sprechenden Bretonen. Keinem bei ihnen wirkenden Priester wird es je einfallen, etwa um die Kinder im Französischen vorwärts zu bringen französischen Religionsunterricht zu ertheilen, und es wurde z. B. die bekannte in Einsiedeln erschienene biblische Geschichte von Businger für den bretonischen Religionsunterricht ins Bretonische übersetzt („Histor. an Testament Coz hag an Testament Newez“). Ebenso existiren für die Rhätoromanen im Canton Graubündten eigene Katechismen und Lehrbücher der biblischen Geschichte, und Niemanden fällt es ein, ihnen deutschen Religionsunterricht aufzwingen zu wollen. So lange die Sette Comuni in Benetin nicht italienisirt waren, wurden sie in ihrem Dialekt in der Religion unterrichtet, wie aus dem Büchlein hervorgeht: „Dar klodne Catechismo etc.“ (erschienen 1813, wieder abgedruckt zu „Padebe“ — Padua — 1842). Es kann aus Rücksicht auf den Zweck des Religionsunterrichtes gar nicht anders sein, und die Kirche Gottes kann nie zugeben, dass es anders gehalten werde. Der Katechet hat nie und nimmer die Aufgabe, den Kindern Sprachkenntnisse beizubringen, am allerwenigsten chauvinistischen Zwecken sich dienstbar zu machen. Der Religionsunterricht hat sich an Verstand und Willen der Kinder zu wenden, um sie zu einer solchen Erfassung und Uebung der geoffenbarten Wahrheit, zu einem solchen Denken und Leben in und nach dem Glauben zu führen, dass sie dadurch zum ewigen Heile gelangen. Es wäre eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, diese Aufgabe durch Anwendung einer unverständlichen Sprache zu erschweren oder unmöglich zu machen. Das ist die wieder in neuester Zeit unzweideutig ausgesprochene Auffasung und Willensmeinung der kirchlichen Autorität, wie sich aus der Instruktion der Kongregation der Bischöfe und Regularen an den ungarischen Episkopat vom 28. Mai 1896 ergibt, wozu wir bemerken, dass diese Instruktion auch in vielen diesseitigen Diöcesanblättern zur Beachtung mutatis mutandis publicirt und im „Archiv für katholisches Kirchenrecht“ mit Recht als „ein förmliches Programm für das Leben und die Thätigkeit des Klerus aller Länder, will er

unter den gegenwärtigen Verhältnissen seiner Aufgabe gerecht werden“, bezeichnet wurde. In Punkt 9 der Instruktion heisst es nun: „Die Bischöfe mögen die Pfarrer und Katecheten der sich nicht der ungarischen Sprache bedienenden Gläubigen nachdrücklich (vehementer) mahnen . . . ihnen die christliche Lehre nicht eher in ungarischer Sprache vorzutragen, als bis die Kinder diese Sprache vollständig erlernt haben. Das fordert ebensosehr das ewige Heil der Kinder wie das Wohl des Gemeinwesens.“ Die Natur der Sache verlangt schon, dass diese autoritative Anordnung überall Geltung habe und sinngemässe Anwendung finde, und keine Regierung, kein Wuotanismus, keine deutsche „Gemeinbürgschaft“ oder „Eidgenossenschaft“ vermag hierin etwas zu ändern. Es handelt sich hier um viel zu heilige Interessen, als dass man ephemeren Tagesmotionen auf sie Einfluss gestatten dürfte.

Das „Vaterland“ hat aber unterlassen den Lesern mitzutheilen, dass die meisten ungarischen Bischöfe diese Weisung des apostolischen Stuhles ganz einfach unter den Tisch warfen und ihre Publikation dem Klerus ganz einfach unterliessen. Das geschah im Namen des magyarischen Staatsgottes. Für die ungarischen Bischöfe gilt nicht das Wort Christi, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, denn wenn sie diese Worte Christi je befolgt hätten, so wären sie eben in Ungarn nie eines Bischofsitzes theilhaftig geworden. Welche Leiden ein gewissenhafter Bischof zu ertragen hat, in dessen Diöcese der Nationalitätenhass wüthet, das hat der von den Italianissimi so grimmig gehasste Bischof Sterk in Triest erfahren. Bischof Sterk wehrte sich in einem Hirtenbrief gegen die Italianissimi Anfangs April 1898. Unter anderem sagte er darin Folgendes: Treu der Aufgabe eines wahren Hirten wollte ich, da ich sah, wie mit freigebiger Hand Unkraut auf den Acker des Herrn gestreut wird, und dass die gewöhnlichen Predigten, wo der gute Same des Wortes Gottes gestreut wird, von wenigen Menschen gehört werden, nach dem Beispiele anderer, eifriger und frommer Bischöfe, zunächst hier in Triest den Leuten, na-

mentlich der arbeitenden Klasse, leichte Gelegenheit bieten, das Wort Gottes zu hören. Darum hatte ich angeordnet, einen Cyklus von Abendpredigten nach Art von Konferenzen in den drei Sprachen abzuhalten, in denen jeden Sonn- und Feiertag in unseren Kirchen gepredigt wird, nämlich in einer Kirche in italienischer und deutscher, in San Giacomo in slavischer Sprache, wie ja dort schon mehreremale derartige ausserordentliche Predigten stattgefunden haben. Nachdem ich später gehört, dass auch die Gläubigen von San Giacomo italienische Konferenzen zu haben wünschen, habe ich ihr heiliges Verlangen gesegnet und verordnet, dass dies sofort nach den Osterfeiertagen geschehen soll. — Sodann weist der hochw. Bischof den Vorwurf, er wolle durch die Predigten in San Giacomo die Italiener slavisiren, zurück und stellt Folgendes fest: „Seitdem ich mich als Bischof in Triest befinde, habe ich bezüglich der Slaven in Stadt und Territorium die Sachen gelassen, wie ich sie gefunden und keinerlei Neuerung getroffen. Wenn ich Neuerungen getroffen habe, so sind nur solche zugunsten der Italiener gewesen. Ich hatte noch voriges Jahr beobachtet, dass bei S. Antonio Nuovo am Charfreitag keine italienische Nationalpredigt stattfand, und sogleich gab ich den Auftrag, eine solche zu halten, was grossen Gefallen gefunden hat. Dasselbe that ich heuer bei S. Antonio Vecchio. Wenn sich gegenwärtig in Rojano ein Kooperator für die italienische Predigt befindet, wie von meinem Vorgänger versprochen worden, so kann ich sagen, das ist mein Werk, und es kostete mich in Anbetracht des Priestermangels ein grosses Opfer. Und ich bin auch bereit, wie schon beschlossen worden, einen nach Barcola und einen anderen nach Servola zu schicken, sobald ich einen verfügbaren Priester habe. Seit längerer Zeit hege ich den lebhaften Wunsch, für S. Antonio Nuovo einen täglichen Fastenprediger zu besorgen.“ — Hierauf legt der Oberhirt eine Tabelle vor über die Predigten in den drei Sprachen im Jahre 1857 und im Jahre 1897. Danach wurden gewöhnliche Predigten jeden Sonn und Feiertag gehalten: 1857: italienische 7, slavische 6, deutsche 2;

1897: italienische 14, slavische 6, deutsche 1. Ausserordentliche Predigten wurden gehalten im Laufe des Jahres 1857 italienische 70, slavische 8, deutsche 18; 1897 italienische 350, slavische 8, deutsche 18. Dabei sind nicht gerechnet die vom Pfarrer von S. Giusto gehaltenen 120 sogenannten fervorini, das heisst, ganz kurze eindringliche Ansprachen. Daraus ist zu ersehen, dass sich seit den letzten 40 Jahren sowohl die ordentlichen als die ausserordentl. italienischen Predigten stark vermehrt haben, die slavischen hingegen stationär geblieben sind. — Uebrigens haben nicht nur italienische, sondern auch slavische Blätter den Bischof verleumdet. „Und warum dies Alles? Weil ich, dem Himmel sei Dank, weder ein italienischer, noch ein slavischer, noch ein deutscher Bischof bin, sondern einzig und allein ein katholischer Bischof, ein Bischof der heiligen römisch-katholischen Kirche, wo Jesus Christus alle Scheidemauern zwischen den Nationen niedergerissen hat . . . Darum muss ich Alle lieben, seien es Italiener, Slaven oder Deutsche, muss das Wohl Aller fördern, allen Alles sein. Und mit Gottes Hilfe thue ich das auch, soweit meine Kräfte es erlauben." — Der hochw. Ordinarius kommt ferner auf das der städtischen Kapelle ertheilte Verbot zu sprechen, beim Gottesdienste in San Giusto mitzuwirken. Der Podesta wollte das Verbot nur unter der Bedingung zurücknehmen, wenn der Bischof die slavischen Konferenzen von San Giacomo nach Servola verlegte. Darauf erwidert das Hirtenwort: „Urtheilet selbst, ob ein Bischof, der sich seines heiligen Amtes bewusst ist, die gegebene Anordnung widerrufen könne, das Wort Gottes zu predigen, eine Anordnung, mit der, wie ich oben auseinandergesetzt, keinerlei Neuerung eingeführt, sondern ein mehr vierzigjähriger — nämlich seit dem Bestande der Pfarre San Giacomo — Gebrauch beibehalten wurde. Man legt mir nahe, die Konferenzen nach Servola zu verlegen. Die italienischen und slavischen Pfarrkinder von San Giacomo haben das Recht, ja die Christenpflicht, das Wort Gottes in ihrer Pfarrkirche zu hören, und darum wird es jeden Sonn- und Feiertag zweimal italienich und zweimal slavisch

gepredigt. Nicht minder haben die Einen wie die Anderen das Recht, die heiligen Missionen und andere ausserordentliche Predigten in ihrer eigenen Kirche zu haben.“ — Der wahre Grund der Opposition gegen die slavischen Predigten liegt ganz wo anders. Der Bischof gibt ihn ohne Umschweife an mit den Worten: „Mir scheint, ja ich bin überzeugt, dass dieser ganze in den letzten Tagen losgebrochene Sturm nicht gegen die Predigten gerichtet ist, denn diese fürchtet Niemand, wohl aber gegen Jesus Christus, gegen seinen Gesalbten, gegen den Bischof. Man sucht den Bischof mit Koth zu bewerfen, und wie an eine Säule gebunden, wird er mit Beschimpfungen und Verleumdungen aller Art gegeisselt. Diese Leute wissen wohl, dass wir in der Fastenzeit uns befinden und in der heiligsten Woche des Jahres, und rechnen darauf, dass die Schwachen, wie die Apostel in der Nacht, in welcher der Herr gefangen genommen wurde, Aergerniss nehmen und sich leicht abhalten lassen werden, in die Kirche und zu den heiligen Sakramenten zu gehen. „Ich will den Hirten schlagen, und die Schafe werden zerstreut werden.“ — Die Ausstreuung, er habe beim Charwochengottesdienste in einigen Kirchen Aenderungen zum Nachtheile der Italiener vorgenommen, bezeichnet der Oberhirt als eine „Unverschämtheit“ und kennzeichnet dann einen anderen Anwurf mit den Worten: „Man hat mich verleumdet, auf der Kanzel gelogen zu haben, indem man behauptete, aus sicherer Quelle zu wissen, dass die Stimmen der Kanonici des hiesigen hochw. Kapitels in der Angelegenheit der slavischen Konferenzen bei San Giacomo drei gegen drei waren, während wir, wie ich auf der Kanzel sagte, hierin Alle einig waren. Hier wird nicht nur der Bischof verleumdet, sondern auch das Kapitel, da wenigstens Einer aus demselben nicht nur eidbrüchig, sondern auch ein Lügner hätte sein müssen. Das ist ein blutiger Schimpf auf die hochw. Kanonici, indem man sie einer so gemeinen und sakrilegischen Handlung für fähig hält. Ich wehre das mit Entrüstung von den hochw. Herren ab. Wenn Ihr mich schlagen wollt, so schlagt zu, nur sage ich euch mit Jesus Christus: Lasst meine Kanonici in Ruhe.“

Schliesslich erklärt der Oberhirt, seinen Verleumdern zu verzeihen und wünscht allen den Frieden unseres Herrn Jesu Christi. Bischof Sterk starb vorzeitig an Nervenzerrüttung. Seinen Tod haben die wüsten Treibereien der Irredenta herbeigeführt. Sein Nachbar der berüchtigte Bischof Flapp von Parenzo-Pola macht es ganz anders. Er bedrückt die kroatischen Diöcesanen, wo er nur kann, und arbeitet vereint mit den Italianissimi an der Unterdrückung der kroatischen Bevölkerung.

XX. Irrige Ansichten zweier katholischer Priester über die Nationalitätenfrage.

Es gibt wohl keinen Wahn auf der Welt, der nicht seine Vertheidiger findet. Dass der Nationalitätenwahn, wie er von den Alldeutschen propagiert wird, oder wie er von Nietsche in der Lehre vom Herrenvolk vorgetragen wird, auch seine Fürsprecher in den Reihen katholischer Priester findet, das ist eine Errungenschaft, die hier näher gewürdigt werden soll. Es ist bekannt, dass einen richtigen Begriff „Nationalität“ sehr schwierig aufzustellen ist. Im Kirchenlexikon hat Moy folgendes fixirt: „Nationalität ist, in objektivem Sinne aufgefasst, der gesammte Bestand eines Volkes (man merke diesen Ausdruck wohl), in subjektivem Sinne ist es das Bewusstsein davon, das heisst das innige Durchdrungensein aller Einzelnen im Volke von dem Gedanken und Gefühle, dass sie einem so gearteten Ganzen mit Blut, Leben, Vortheil und Pflicht angehören. Die Nationalität setzt also in den Einzelnen, die sie umfasst, voraus: Gemeinschaft des Blutes und der Abstammung, Gemeinschaft der Sprache, der Sitten und des Rechtes, Gemeinschaft der durch den Wohnort und Nahrungserwerb begründeten und bedingten Interessen, Gemeinschaft des politischen und religiösen Verbandes . . . Zur Begründung einer Nationalität gehören also ursprünglich drei Dinge: 1. gemeinsame Religion, 2. Familienverband oder gemeinsame Abstammung und Sprache, 3. materielle Nothwendigkeit des Zusammenhaltens und Zusammenwirkens im Erwerb und Austausch der Lebensbedürfnisse und zur gemeinsamen Verthei-

digung. Dieses letztere Moment, der materiellen Nothwendigkeit, ist so wesentlich und unerlässlich, dass da, wo es wegfällt, selbst eine schon begründete Nationalität sich nicht ferner zu halten vermag, denn auf diesem Momente beruht der politische und staatliche Verband, und von diesem hängt die Gemeinschaft des Rechtes und zum Theil auch der Sitte ab, ohne welche die Nationalität nicht denkbar ist." Nun bemühen sich katholische Gelehrte, um dem Nationalgott auch ihren Obolus zu bringen, andere Begriffe aufzustellen und darauf die „nationalen Pflichten auf christlicher Grundlage" aufzubauen. Das Gebahren dieser Herren muss näher beleuchtet werden. Wir nennen hier zuerst das Werk von Dr. Wendelin Heidegger, Professor an der theologischen Lehranstalt zu Brixen, betitelt: „Der nationale Gedanke im Lichte des Christenthums". Das Buch ist versehen mit der Erlaubniss des Bischofs Simon Aichner zum Drucke. Man hat es offenbar beim Konsistorium in Trient mit der Lesung des Manuscriptes nicht besonderlich genau genommen. Gehen wir nun ein wenig näher auf den Inhalt dieses Buches ein, welches vom Anfang bis Ende von Irrthümern schwersten Kalibers förmlich wimmelt, so dass der Recensent des „Vaterfand" mit Recht behauptete, von dem Buche sei nur der Umschlag ohne Fehler. Was ist nach Dr. Heidegger Nationalität? „Nationalität bedeutet etymologisch Geburt, Abstammung". Genetisch wird „Nation" so erklärt:

„Aus der Familie entstehen weitere Familien und aus diesen wieder andere, welche alle miteinander blutsverwandt sind. Daher kann „Nation" also definirt werden: sie ist eine grosse Anzahl von Menschen, welche einen gemeinsamen Stammvater haben und daher durch Abstammung, angeborene Eigenthümlichkeiten, Sitten und Gewohnheiten und besonders durch eigene Sprache mitsammen verbunden sind." Nach Heidegger beruht also die Nationalität auf der gemeinsamen Abstammung und der daraus resultirenden Blutsverwandtschaft. Volksgenossen, Connationale sind zugleich Blutsverwandte. Wie diese Theorie Heideggers in der Wirklichkeit aussieht, davon bringen wir sogleich

einen schlagenden Beweis. Die Juni-Nummer der katholischen Missionen 1902 enthält einen Artikel über das heutige türkische Reich, einen Auszug aus dem Werke des Kanonikus Paul Pisani: „Les Missions Catholiques Françaises au XIX. siècle.“ Da lesen wir über das Türkenvolk folgendes: „Gewöhnlich bezeichnet man die mohamedanische Bevölkerung der europäischen Türkei und Kleinasien einfachhin als Türken. Es wäre aber ein arger Irrtum, sie ohne weiteres als die Abkömmlinge der alten turkomanischen Eroberer zu fassen. „Man kann sogar sagen,“ meint Pisani, „dass die türkische Rasse als solche heute in diesen Ländern überhaupt nicht mehr existiert. Jener feine Typus des schmucken tataro-finischen Reiters, behend und kraftvoll, von mittlerem Wuchs, mit lebhaftem Blick, hervorspringenden Oberwangen, gerader Nase, mit dem langen, wie ein Krummsäbel gebogenen Schnurrbart, tollkühn, keine Ermüdung kennend, mit dem lebhaften, unternehmenden Geiste — dieser Typus ist verschwunden, oder richtiger, er findet sich nur noch bei den Magyaren Ungarns, die ja mit den Türken die Abstammung teilen, aber auf den Bahnen einer ganz verschiedenen christlichen Civilisation umgewandelt und veredelt wurden.“ Die heutigen Türken haben mit ihren Ahnen, die einst, wie die Windsbraut über den christlichen Orient hereinbrechend, das morsche byzantinische Kaiserreich in Trümmer schlugen und das christliche Byzanz in das türkische Stambul verwandelten, fast nichts mehr gemein. Die seit der Eroberung beliebt gewordene Gewohnheit, die Harems mit Töchtern fremder Völker, besonders Tscherkessinnen, Griechinnen, Syrerinnen und selbst mit den Kindern der lateinischen, slavischen und germanischen Rasse zu bevölkern, hat durch jahrhundertelange Mischung des Blutes den ursprünglichen Typus völlig verändert. Dazu kam noch der Brauch, den unterworfenen christlichen Völkern eine jährliche Blutsteuer von Knaben — zeitweise waren es 25.000 — aufzulegen, welche, im Islam erzogen und zu Soldaten herangebildet, bald den Kern der berühmten Janitscharentruppen bildeten und dem absterbenden Herrschervolke stets frisches Blut

zuführten. Die eigentlichen Türken von heute, zumal die Klasse der Effendis (Effendi = Herr ist der Ehrentitel des türkischen Beamten und sogen. Gebildeten) ist eine Mischung der verschiedenartigsten Rassen, ein abgekommenes, sittlich erschlafftes Geschlecht, ohne geistige Regsamkeit, ohne Charakter. Die türkische Trägheit ist sprichwörtlich, die Verlogenheit und Käuflichkeit des Beamtenstandes weltberüchtigt (vgl. das scharfe Urtheil von Vambéry, Sittenbilder aus dem Morgenlande S. 256). Was an Fortschritt in der Türkei zu finden, ist fast alles den Fremden zu danken. Das war übrigens schon früher der Fall. „Das türkische Reich“, schreibt Gelzer (Geistliches und Weltliches aus dem türkisch-griechischen Orient [1900] S. 179), „ist so gross geworden durch die Christen. Seine genialen Grossverziere, Kapudanpaschas und Statthalter sind seit der Eroberung Konstantinopels nahezu ausnahmslos Griechen, Kroaten, Herzegowiner und Serben, Albanesen, Armenier, Georgier und Italiener gewesen. Der regelmässig geübte Knabenraub hat dem Reiche nicht nur seine tapfersten Generale, sondern auch seine bedeutendsten geistigen Kapacitäten geliefert.“ Beispielsweise waren während der Glanzepoche unter der Regierung Suleimans und Selims von 10 Grossverzieren 8 Renegaten. Die heutigen Osmanlis sind eine aussterbende Rasse; von ihnen selbst ist eine Besserung der Zustände in keiner Weise zu erwarten. Nicht der Türke, sondern der Araber ist heute der eigentliche Träger, die Kerntruppe des Islams und seiner religiösen Machtstellung.“ So schaut die Theorie über den Begriff der Nation nach Dr. Heidegger in Wirklichkeit aus. Wir geben noch ein anderes Beispiel.

Die Nordamerikanische Union zählte sammt Schutzgebieten Ende 1901 eine Bevölkerung von 85,551.963 Köpfen. Diese Bevölkerung ist entstanden aus folgenden Elementen: Vom Jahre 1821 bis 1900 sind in Nordamerika eingewandert aus

Grossbritanien und Irland . . .	7,063.140	Menschen
Deutschland	5,097,869	„
Schweden u. Norwegen	1,280.276	„
Italien	1,057.918	„

Oesterreich-Ungarn	1,050.732	Menschen
Russland	932.615	"
Frankreich	405.454	"
Kanada	1,049.711	"

Die ansässige Bevölkerung Nordamerikas im J. 1820 war: 9,633.822 Köpfe. Daraus das obige Resultat. Und doch verfolgt das heutige Nord-Amerika eine nationale, nordamerikanische Politik, bei welcher die Sprache eigentlich keine Rolle spielt. Noch weiter. Was sind die Engländer? Sind sie wahrhaft untereinander blutsverwandt? Keinesfalls. Auf den Zuwachs der Deutschen in Oesterreich aus slavischen Elementen haben wir ja schon hingewiesen. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass fast kein Volk blutrein ist. Nur die weiter von einander abstehenden Raçen vermischen sich nicht. Es ist geradezu auffallend, dass Volksgenossen, welche zu einer Nation ihre Zugehörigkeit reklamieren, ohne von ihr durch Geburt abzustammen, gerade die wüthendsten Nationalangehörige sind. So kann heute jeder Jude in Ungarn für 1 Krone Stempel Vollblutmagyar werden, und was für ein wüthender Magyar! Lajos Kossuth war ein Slowake von Geburt. Heute wird er als erster Sohn des Magyarenvolkes gefeiert, auf den eigentlichen Schöpfer der Grösse und Macht Ungarns, auf Fr. Deak denkt man nicht. Die wüthendsten Deutschnationalen in Oesterreich und die Alldeutschen wimmeln von Namen Jaksch, Polak, Bohaty, Krepka, Peschka, Wrabetz, Schmeykal, Kolisko, Chlumetzky, Dubsky, also durchwegs slavische Namen, daher auch slavische Abkunft. In Folge dessen sind auch die weiteren Conclusionen, welche im Werke Heideggers auf dieser Blutverwandtschaft beruhen, vollständig falsch.

Wir können uns nicht weitläufig mit der Arbeit Heideggers befassen. Welche gefährlichen Experimente im Namen des Christenthums in der Schrift Heideggers vorkommen, davon ein Beleg. Auf Seite 50 (1 Auflage) sagt Heidegger: Die nationale Thatkraft muss sich weiterhin darin zeigen, dass man der Nation und den Connationalen wirksam zu Hilfe kommt, dass man die eigene Nation vertheidigt und ihren gegenwärtigen nationalen Besitzstand gegen ungerechte

Angriffe schützt etc. Praktisch angewendet darf nach Heidegger der Papst von dem geeinigten Italien das Patrimonium Petri nicht zurückverlangen, denn die italienische Regierung sagt — Rom sei unantastbar auch für die Ansprüche des Papstes. Und ein Theologieprofessor unweit von Rom sagte es auch. Der nationale Besitzstand, und wäre sein Ursprung noch so verbrecherhaft, darf nicht angetastet werden! Doch genug. Die Herren spielen mit Feuer, es wird die Frucht nicht ausbleiben. Ein zweites Werk, welches von einem katholischen Theologieprofessor geschrieben wurde, ist „Das sprachliche und sprachlich-nationale Recht vom sittlichen Standpunkte aus“ von Dr. Wenzel Frind, Kanonikus des Metropolitakapitels in Prag, ehedem Professor der Moral an der deutschen theolog. Fakultät in Prag, nunmehr Weihbischof von Prag. (Erschien in Wien 1899 bei Manz.) Es ist noch ein Glück, dass Dr. Frind seinem Buche nicht den Titel gab „vom christlich-sittlichen Standpunkte aus“, denn dann hätte er der christlichen Moral als ehemaliger katholischer Moralprofessor einen sehr schlechten Dienst gethan. Das ganze Werk Frinds ist aufgebaut auf den Sophisma im § 13, Seite 97, wo verhandelt wird über die Gleichwerthigkeit der Sprachen. Dr. Frind sagt da Folgendes: „Die Frage, ob die Sprachen, beziehungsweise welche Sprachen gleichwerthig sind, setzt die Fixirung des Sinnes voraus, in welchem die Gleichwerthigkeit verstanden werden will. Im Affektwerthe sowie in der Benützung derselben Sprache seitens der Sprachgenossen sind selbstverständlich alle Sprachen gleichwerthig. Allein die Frage der Gleichwerthigkeit geht nicht auf den Vergleich des subjektiven Verhaltens der Sprachgenossen zu ihren Muttersprachen, sondern auf den Vergleich objektiver Momente. Hier tritt zunächst die Verschiedenheit der inneren Sprachqualität auf. Die Mischsprachen stehen an Formenkraft den Originalsprachen nach. Die klassischen Sprachen sind noch heute die Zierde unserer Gymnasien und Niemand wird ihnen die Mischsprachen und die modernen Sprachen als gleichwerthig an die Seite stellen. (Herr Kanonikus Frind ist sehr schlau, er lobt die Todten; er weiss genau,

sie werden nach der Einführung ihrer Sprache als Staatssprache in Oesterreich nicht schreien wie Wolf und Schönerer.)

Wichtiger jedoch und ausschlaggebend für das Leben und für die Gewinnung der Anhaltspunkte zur Beurtheilung der Rechtsseite der Sprachen ist ihr Gebrauchswerth. Der Gebrauchswerth einer Sprache hängt, allgemein genommen, von der Summe der sie Sprechenden, von der territorialen Vertheilung dieser Sprachgenossen, sowie auch davon ab, welche kulturelle und gesellschaftliche Interessen in dieser Sprache vermittelt werden.“ Nachdem Dr. Frind diesen überaus schlauen und wichtigen Fund vom Affektions- und Gebrauchswerth der Sprachen gemacht hat, folgert er auf Grund der officiellen Nationalitätenstatistik in Oesterreich (Seite 170), dass der Gebrauchswerth des Deutschen zum Čechischen ist wie 60 : 6 (Seite 195). Folgert weiter die Nothwendigkeit der deutschen Staatssprache für Oesterreich und das „auf sittlicher“ Grundlage. Das Buch Frinds trägt glücklicherweise kein imprimatur vom Erzbischof oder vom Konsistorium in Prag, übrigens ist dieser Umstand nicht ausschlaggebend. Uns fällt der eine Einwand ein, ob der Herr Kanonikus bei Verfassung seines Werkes selbst dem lieben Herrgott eins aufs Zeug flicken wollte? War denn schon bei der Sprachverwirrung in Babel der Unterschied der Sprachen nach Affektion und Gebrauchswerth etwa von Gott selbst eingesetzt? Uns würde es nicht wundern, wenn Herr Dr. Frind auch dieses in seinem Werke bewiesen hätte. Nichts ist unmöglich und das Papier ist geduldig. Man kann sich nun vorstellen, welche Purzelbäume die deutsche Presse, vorab die von Hebräern bediente, in Oesterreich geschlagen hat, als das genannte Werk des Prager Domherrn Dr. Frind auf dem Büchermarkt erschien. Jetzt haben wir es, die deutsche Staatssprache und zwar — auf sittlicher Grundlage, wer da opponieren wird, der ist ein Heide.

Die Judenpresse war ob dieser Leistung des Prager Kanonikus Dr. Frind ausser sich vor Freude, vielleicht hätte sie nicht einmal solche Freude em-

pfunden, wenn Dr. Frind für das Hebräische als Staatssprache für Oesterreich eingetreten wäre.

Die Partei-Organe des Pressfreundes Dr. Frinds, P. Opitz, erklärten das Werk Dr. Frinds als eine politische grundlegende Arbeit. Oesterreichische Volkszeitung vom 7. Jänner 1902 schreibt zum Beispiel Folgendes: „Zweimal lesen muss man, um seinen Augen zu trauen, folgenden Erguss des čechisch-nationalen Chauvinismus in der „Politik“ gegen einen katholischen deutschen Bischof, dessen einziges „Verbrechen“ es war, dass er in einem Werke klar und logisch die christlichen und moral-philosophischen Grundsätze darlegte, welche beim sprachlich-nationalen Streite namentlich in Böhmen einzuhalten sind. Da nun diese christlichen Grundsätze, die bisher von keiner Weise zu widerlegen auch nur versucht wurde, in vielen Punkten den Bestrebungen und Phantomen eines Grosstheils des čechischen Volkes zuwiderlaufen, so hat man nun den ganzen Hass, dessen ein leidenschaftlich nationales Herz fähig ist, gegen diesen von der Kirche inzwischen zum Bischof erhobenen Mann gekehrt, einen Hass, der aber eigentlich den christlichen Grundsätzen gilt, welche gewisse čechische Bestrebungen in die sittlichen Grenzen weisen.“ So weit wir wissen, hat die katholische Presse der Alpenländer das Werk Dr. Frinds mit Stillschweigen übergangen, was nur zu bedauern ist, dass sich leider Niemand fand, um den heidnischen Standpunkt des Werkes Dr. Frinds scharf nachzuweisen. Während Priester in Oesterreich soweit sie in der Seelsorge beschäftigt und unter der Last ihrer Pflichten oft zusammenbrechen, haben gewisse Theologieprofessoren oder Kanonici nichts besseres zu thun, als Theorien über Nationalitätspflichten in den Umlauf zu setzen, welche nur geeignet sind noch mehr Oel in den Brand zu giessen. Anstatt zu versöhnen und zu mildern, wird da von einem katholischen Bischof eine Theorie der Minderwerthigkeit der Sprachen nach Gebrauchswerth in Umlauf gesetzt, um vom „sittlichen“ Standpunkt aus die Unterjochung und Erdrückung nichtdeutscher Völker zu sanktioniren. Kann es etwas Frivoleres geben? Merkwürdig ist es, dass

beide Werke sowohl Dr. Heideggers wie Dr. Frinds von Rom aus vom Index keine Censur erhielten, obzwar beide Arbeiten die schwersten Irrthümer der gefährlichsten Art enthalten, und zwar deshalb, weil beide Arbeiten von katholischen Priestern sind und als solche im Umlauf sich befinden.

XXI. **Streiflichter über kirchliche Verhältnisse in Böhmen.**

Es ist bekannt, dass über innere Verhältnisse in Oesterreich sehr wenig Wahres in die Oeffentlichkeit kommt. Die Ursache liegt darin, dass die Presse in Oesterreich zu 90 Prozent in den Händen der Press-Hebräer ruht. Das grosse Publikum wird von dieser Presse wie ein blödes Kind am Gängelband herumgeführt. Daher kommt es, dass ausländische Blätter viel besser unterrichtet sind über innere Vorgänge in Peking, als zum Beispiel von Prag, der Hauptstadt Böhmens. Die kirchlichen Verhältnisse in Oesterreich sind im Allgemeinen sehr trauriger Natur. Es gibt zum Beispiel in Nordböhmen Gegenden, wo ein Priester überflüssig ist, kein Mensch geht das ganze Jahr hindurch in die Kirche, nicht als ob der Priester etwa ein Čechoslave wäre, nein, auch wenn er ein Deutscher ist. Hat ja Schönerer ausdrücklich öfters ausgesprochen, dass die Alldeutschen überhaupt mit den Pfaffen nichts zu thun haben wollen. Daran wird nichts geändert, und mögen Dr. Heidegger und Dr. Frind sich noch so sehr vor dem nationalen Götzen beugen und die katholische Religion und Kirche auf Gnade und Ungnade dem furor teutonicus preisgeben, es wird ihnen nichts nützen, Schönerer, Wolf et Consortes wollen überhaupt nichts von katholischer Religion wissen und hören, sie schwören auf Odin. Im Maiheft 1902 der „Wahrheit“ schreibt „Austriacus“ auf Seite 217 folgendes über die Stellung der katholischen Priester in Oesterreich.

Wie wird Rom, die Kirche, in Osterreich behandelt? Die Geistlichkeit befindet sich in der Gewalt des Staates, d. h. eines kirchenfeindlichen Beamtenthums, in dessen Händen sich auch das Kirchengut (Religions-

fond) befindet. Durch das Lutherthum, die daraus erfolgten Kriege und Verwüstungen, ist die Zahl der Pfarreien sehr vermindert worden. Und ein Bischof in Böhmen blieb sechs Jahre ohne Antwort, als er die Genehmigung zur Erhebung einer geldlich genügend ausgestatteten Filiale zur selbständigen Pfarrei verlangte. Dabei hatte er auf die Gefahr des Abfalls, angesichts der ungenügenden Seelsorge und der Schürungen der benachbarten (nichtösterreichischen) Protestanten, hingewiesen. Trotz schreienden Bedürfnisses bleibt die Zahl der Pfarreien klein, die meisten Priester haben nur eine unselbständige, ärmliche Stellung. Dagegen wird jeder Prediger, der einige Protestanten um sich sammelt, sofort als selbständiger Pfarrer anerkannt. Als die Prediger aus dem Deutschen Reich in Oesterreich einbrachen, um die Los von Rom-Bewegung hervorzurufen, gegen Kirche und Oesterreich zu hetzen, beeilten sich die Behörden, ihnen Pfarrechte und Naturalisation entgegen zu bringen. Die Behörden, obenan der Minister v. Koerber, verhalten sich sehr wohlwollend gegen die Bewegung, rühmen die protestantischen Blätter Deutschlands Wie der geistliche Stand durch die amtliche Bevormundung, die Ueberladung mit unnützem Schreibwerk, geringes Einkommen, oft geradezu verächtliche Behandlung seitens der Behörden herabgedrückt wird, ist bekannt. Trotzdem zeigt das Volk noch immer Achtung für seine Priester. Aber wie oft liest man in den Blättern, welche jedenfalls nur einige der grellsten Fälle aufweisen, wie Priester in den Städten auf öffentlicher Strasse, selbst in Ausübung ihres Amtes, angefallen, verhöhnt, beschimpft werden. Es sind immer sogenannte Gebildete, Leute aus den wohlhabenden Klassen, Künstler, Aerzte, besonders aber Studenten, welche in dieser Weise ihr Müthchen kühlen, die Priester anlümmeln. Wie die Studenten den Mitgliedern katholischer Studentenvereine mitspielen, zeigen gar zu viele Vorfälle, während die akademischen Behörden sich dadurch auszeichnen, dass sie die Lümmel eher in Schutz nahmen, als tadelten. Die Herabdrückung und Einengüng des Priesterstandes, die Entchristlichung der Schulen haben

dem Nationalitätenhader unendlichen Vorschub geleistet, steigern denselben noch jeden Tag. Der Nationalitätenkampf ist Gift für Oesterreich, hat dabei auch auf die Geistlichkeit selbst zurückgewirkt. Es giebt leider Geistliche, welche die ihnen fremde Nationalität ganz unchristlich hassen. Soweit „Austriacus“. Wenn wir auf die kirchlichen Verhältnisse in den böhmischen Ländern des Näheren eingehen, müssen wir konstatieren, dass die Seelsorge bis zu den 80ger-Jahren auch in deutschen Gemeinden in Böhmen, Mähren und Schlesien zum grossen Theil von Priestern böhmischer Nationalität versehen wurde. In der Zeit der Hochfluth des Judenliberalismus, in der Zeit des ungeahnten wirthschaftlichen Aufschwunges, wo der Staat, Eisenbahnen, Geld- und Kreditinstitute, Geschäfts- und Fabriksunternehmungen alle jungen Männer als Arbeitskräfte aufbrauchten und placierten, da fiel es in den böhmischen Ländern fast keinem deutschen Abiturienten ein sich dem Priesterstande zu widmen. Wozu denn? Alle Welt stand offen. Und so gingen Abiturienten aus den böhmischen Gymnasien in Priesterseminare, die bis zum Jahre etwa 1890 wohl über die Hälfte böhmische Priesterkandidaten hatten. Söhne armer böhmischer Eltern fanden dadurch ein Fortkommen, da sie ja gewöhnlich die Mittel zu Studien an der Universität nicht zur Verfügung hatten. Das deutsche Landvolk war mit seinen böhmischen Pfarrern und Kaplänen zufrieden, kein Mensch fragte darnach, ob der Pfarrer oder Kaplan ein verhasster Böhm hoder aber Vollblut-Teutone ist. Aber mit der Hocfluth der nationalen Hetze haben sich auch hier die Verhältnisse gründlich zum Schlechten gewendet. Die Deutschnationalen gaben das Losungswort — kein böhmischer Pfaff im deutschen Sprachgebiet, und wagt einer zu kommen — so Abfall zum Luther oder sonst Austritt aus der katholischen Kirche.

Damit wurde denn ein Druck auf die Konsistorien geübt, sobald sich um die Besetzung einer Pfründe mit vorwiegend deutscher Seelsorge handelte. Sämmtliche Konsistorien kapitulierten vor den Deutschnationalen. Wie die Sachen heute stehen, darf in Böh-

men, Mähren und Schlesien in deutschen Gemeinden kein Priester böhmischer Nationalität als Pfarrer angestellt werden, wenn nicht zuvor die Gemeinden dem Konsistorium ihre Zustimmung geben und wenn der böhmische Pfarrkandidat selbst 20 Jahre als Kaplan hier gedient und in Arbeit und Mühe grau geworden ist, — er ist kein Deutscher — er darf nicht Pfarrer werden — wenn die Gemeinden nicht einwilligen. Diese Dinge wären nicht so rasch zum Abschluss gekommen, wenn nicht mit den Deutschnationalen ähnlich gesinnte Priester deutscher Nationalität an diesem Boykott mit ihre Hand angelegt hätten. Das grösste Verdienst in dieser Angelegenheit gebührt unbestritten dem Priester Ambros Opitz. Dieser Priester fieng an, etwa vor 20 Jahren, also Anfangs 1880 in Warnsdorf ein katholisches Wochenblatt „Warnsdorfer Volkszeitung" herauszugeben, die jetzt unter dem Namen „Oesterreichische Volkszeitung" herauskommt. Das Blatt hatte sich anfangs zur Aufgabe gestellt, gegen den Liberalismus in Nord-Böhmen und die altkatholische Abfallsbewegung zu kämpfen. Zahlreiche böhmische Pfarrer haben bereitwillig dem Presspriester Opitz Geldmittel gegeben. Opitz wurde wohlhabend, erwarb eine Buchdruckerei in Warnsdorf und damit gieng mit ihm eine Wandlung vor; er wurde Führer der deutschgesinnten Priester, es wurde Herr der Leitmeritzer Diöcese, vor ihm zitterte der Bischof, ihm musste auch das Konsistorium gehorchen. Die Opitzianer verfügten über wichtige Stellen im Konsistorium, und fast alle Theologie-Professoren waren und sind Förderer und Gönner des P. Opitz. Etwa inmitten der 90ger-Jahre fieng das Organ P. Opitz' die deutschnationale Fahne zu entfalten.

Es vergieng fast keine Nummer des Warnsdorfer Organes P. Opitz', wo nicht an verschiedenen Stellen die Behauptung aufgestellt wurde, der böhmische Priester könne in deutschen Gemeinden als Seelsorger nicht wirksam auftreten, kurz er könne sich mit einem deutschen Priester nicht messen. Diese Brandfackel wirkte sehr bald. Sobald eine Stelle, sei es ein Kanonikat, oder ein Lehrstuhl oder ein grösseres Be-

neficium zu besetzen war, hatte das Organ des P.
Opitz sofort seinen Kandidaten und setzte seinen ganzen Terrorismus ein, dass kein böhmischer Kandidat es wagen darf um ähnliche Stellen zu petiren, nur arme Gebirgspfarren werden den böhmischen Priestern überlassen und letztere Zeit auch diese nicht mehr. Als vor Jahren der damalige Vicerektor P. Bernat um ein Kanonikat eingereicht hatte, flehte der Bischof ihn an, er solle sein Gesuch zurücknehmen und sagte ihm, wenn er es nicht thue, so wird ihm die Opitzpartei die Residenz erstürmen. Ein Bezirksdekan drückte sich in der Pastoralkonferenz offen aus, er werde nicht früher ruhen, bis der letzte böhmische Kaplan aus seinem Dekanat hinaus sei. Die böhmischen Priester müssen beim Konsistorium in Leitmeritz den Pfarrkonkurs in deutscher Sprache ablegen, dabei werden sie von den Domherren der Opitzpartei hämisch kritisirt, falls sie einen Sprachfehler machen. Ein deutscher Alumnus sagte dem Vicerektor Bernat: Ich als Deutscher gelte mehr als ein böhmischer Theologe. Ein Theologieprofessor sagte in seinen Vorlesungen über die Moral: Ein böhmischer Arbeiter im deutschen Sprachgebiet muss so viel deutsch können, dass er in der Beichte deutsch beichten kann — er habe gestohlen. Kurz der wildeste Hass gegen alles böhmische, hauptsächlich gegen böhmische Priester ist in ganz Deutschböhmen auch durch das zweite Ogan des Opitz der „Reichspost“ auch in Nieder-Oesterreich, Mähren, Schlesien eingerissen. In Folge dieser wüsten Treibereien gegen Priester böhmischer Nation hörte der Zudrang böhmischer Priesterkandidaten nach Leitmeritz nach dem Jahre 1890 allmählig auf. Seminardirektor Kordač, ein Czechoslave, berief nun reichsdeutsche Theologen, bereiste in Ferien reichsdeutsche Diöcesen und warb dort alle Jahre Kandidaten. Diese Kandidaten werden vom Konsistorium in Leitmeritz ausgehalten, da der Religionsfond für Ausländer nicht beansprucht werden kann. Die Geldmittel zur Erhaltung der reichsdeutschen Theologen im Seminar in Leitmeritz verschaffte sich das Konsistorium aus dem Nachlasse des verstorbenen Domkapitular Řehák, der ein ansehnliches Vermögen

hinterliess. Also Ersparnisse eines verhassten böhmischen Prälaten ermöglichen reichsdeutschen Theologen den Zutritt zum Priesterberuf in Böhmen, während die Söhne des eigenen Landes wie ein Wild proskribirt sind. Das sind die Früchte der Hetze der Opitz-Partei. Aber eine Genugthuung ist doch schon da. Selbst deutsche Pfarrer haben dem Konsistorium nach Leitmeritz Proteste eingeschickt, sie wollen reichsdeutsche Kapläne nicht haben. Der bejahrte Kanzler Seyfert wetterte im Konsistorium: das soll auch schon der Teufel holen, jetzt wollen deutsche Pfarrer deutsche Priester nicht haben. Diese Experimente werden dem Nationalgott zu Liebe gebracht, das Konsistorium glaubt die Wuotansanbeter milder zu stimmen. Und doch ist im Deutschen Reiche eine bittere Noth um katholische Priester. Nur die Diöcese von Breslau hat derzeit 70 bis 90 Pfarreien unbesetzt!

Hier in der Kirche wiederholt sich dasselbe Schauspiel wie im Staate. Die Deutschnationalen sagen: wir sind der Mörtel, wir die Mehrwerthigen, wir die allein Berufenen als Bureauchefs, die Söhne der böhmischen Nation als Minderwerthige dürfen Kanzleidiener sein. Wir deutschnational gesinnte Priester, wir als Mehrwerthige haben allein Anrecht auf Bischofstühle, Kanonikate, Lehrkanzel, bessere Praebenden, — böhmische Priester, als Minderwerthige, mögen Hungerpfarreien pastoriren, die wir selbst nicht pastoriren mögen. So ist der Nationalitätenkampf in seinem Wesen nicht der Kampf um die Sprache, nein und tausendmal nein, er ist ein Kampf um das Brod, wie er schmutziger nicht sein kann, umso niederträchtiger als er auch mit dem Deckmantel des Christenthums umhüllt wird. Der bejahrte ehrenwerthe Theologie-Professor Dr. Hackel, ein Deutscher, am Priesterseminar in Leitmeritz, pflegte unverhohlen den Opitzjüngern ins Gesicht zu sagen, er habe böhmische Theologen lieber, weil sie im Allgemeinen bescheiden und arbeitsam sind, während deutsche Theologen aus ihrer Nationalität für ihre Person Kapital schlagen und nichts studiren. Die Kirche müsse sich ja zur Ehre anrechnen, dass ein deutscher

Jüngling den Priesterstand wähle. Während Priesterkandidaten für die Diöcese Leitmeritz draussen im Reiche um schweres Geld angeworben werden, irren oft Priester dieser Diöcese böhmischer Nation in der Fremde herum als förmliche Bettelpriester und müssen froh sein, wenn sie irgend wo in Nieder- oder Ober-Oesterreich ein Messleserposten erhalten, der sie vor dem Hunger schützt. Nicht allein die böhmischen Priester leiden furchtbar unter dieser Nationalitätenhetze die von Jahr zu Jahr an Schärfe zunimmt, auch das Laienvolk, meistens Arbeiter, obweil sie im deutschen Sprachgebiet ihr Brod suchen, haben viele Leiden zu ertragen. Vor allem wird den böhmischen Arbeitern jeder geistliche Beistand gänzlich vorenthalten. Die Opitzianer sagen: im deutschen Sprachgebiete gibt es keine nationalböhmischen Minoritäten, daher muss die Seelsorge deutsch sein. Am 17. Jänner 1898 sprach auf dem böhmischen Landtag P. Opitz. der Führer des deutschnational gesinnten deutschen Klerus in Oesterreich folgendes: „Ich achte ihre Sprache (die böhmische), ich bedauere, dass ihre heutige Entwicklung nicht früher vorausgesehen wurde, dass wir nichtf rüheran geleitet wurden, die zweite Landessprache uns zu eigen zu machen. Wir Deutsche sind durch unsere Lebensverhältnisse nicht in der Lage, dass wir uns der czechischen Sprache bemächtigen müssen.“ Die deutschen Theologen in Leitmeritz haben denn auch diese Worte P. Opitz konsequent prakticirt und haben nie böhmisch gelernt, im Gegentheil, immer nach der Sentenz der Organe des P. Opitz offen und unverhohlen im Seminar ihre Verachtung zur böhmischen Sprache an den Tag gelegt. Weiter sagte P. Opitz in derselben Sitzung des Landtages über das deutsche Sprachgebiet folgendes: „Das Land Böhmen ist in jenen Theilen, wo der deutsche Volksstamm kompakt geschlossen zusammenwohnt durch die Geschichte, durch die ganze Entwicklung Eigenthum der Deutschen.“ Daraus folgt die praktische Anwendung, alle böhmischen Priester müssen hinausgejagt werden, und böhmischen armen Arbeitern braucht man in ihrer Muttersprache keinen geistigen Beistand leisten, denn

sie essen deutsches Brot, müssen also auch deutsch verstehen.

Böhmische Minoritäten, velche besonders in grösseren Industriestädten in Nordböhmen Tausende Angehörige zählen, haben nicht einmal, auch dreimal schriftlich um eine entsprechende böhmische Seelsorge beim Konsistorium in Leitmeritz angesucht, aber sie bekommen auf ihre Eingaben vom Konsistorium konsequent überhaupt keine Antwort und wenn überhaupt eine gegeben wird, dann ist sie ausweichend. Im Bischofsitze selbst in Leitmeritz ist eine nationale böhmische Minorität von gut 5000 Menschen. Ihnen wird in der Stadtkirche nur in der Fastenzeit Nachmittag böhmisch gepredigt, die Kirche kann die, welche zuhören kommen, nicht fassen. Andere Kirchen sind leer. In Lobositz sind 1800 Böhmen. Die Predigten, die Seelsorge sind nur deutsch. Aussig a. d. Elbe hat 8000 Böhmen, Schönpriesen, Türmitz, Proedlitz, Nestomitz, alle diese Ortschaften beherbergen Tausende von Böhmen; aber die Seelsorge überall nur deutsch. In Aussig a. d. Elbe ist in der Fastenzeit ein Cyklus böhmischer Predigten, die Theilnahme an denselben ist regelmässig eine so massenhafte, dass wahre Gotteshirten eine überaus reiche Ernte hätten, aber dem Wuotan müssen Tausende Christenseelen geopfert werden, das Konsistorium in Leitmeritz zittert vor diesem Götzen. In Karbitz sind 800 Böhmen, in den anliegenden Gemeinden sind auch zahlreiche Böhmen, die Seelsorge war deutsch. In Bodenbach, Tetschen und Umgebung sind Tausende von Böhmen, die Seelsorge nur deutsch. Die Bezirke, Teplitz, Dux, Brüx sind total vermischt mit nationalen böhmischen Minoritäten. Die böhmische Schule in Teplitz hat über 300 Kinder böhmischer Nationalität, die böhmische Schule in Thurn hat 700 Kinder, in Kosten bei Teplitz hat die böhmische Schule über 300 Kinder. In allen diesen grossen Gemeinden ist von einer böhmischen Seelsorge keine Spur, die Kinder böhmischer Schulen sehen dass ganze Jahr überhaupt keinen Priester, auch den Beicht- und Kommunionsunterricht geniessen sie nicht, sie wachsen heran in religiöser Hinsicht ganz ohne Pa-

storation von Seite katholischer Priester. Dux allein hat mindestens 5000 böhmischer Einwohner, Ladowitz hat ihrer über 2000, Bruch zählt 8000 Einwohner, zwei Drittel davon sind böhmischer Nationalität. Die böhmische Schule in Bruch hat über 600, in Ladowitz über 250, in Dux über 750 Kinder böhmischer Nationalität. In Schwatz hat die böhmische Schule 400 Kinder. Osseg zählt 10.000 Einwohner, ein gutes Drittel ist böhmischer Nationalität. Die böhmische Schule hat hier 400 Kinder. Neu-Warnsdorf bei Klostergrab ist mit seinen 400 Einwohner fast ganz böhmisch, selbst die Deutschen nennen diese Gemeinde das böhmische Dorf. In Ladowitz darf der Pfarrer in der Kirche keine böhmische Predigt abhalten, die 250 böhmische Schulkinder dürfen in der Kirche keine böhmischen Kirchenlieder singen. Brüx zählt mindestens 8000 Einwohner böhmischer Nationalität. Die böhmische Schule zählt hier über 700 Kinder. In Tschausch sind 3500 Einwohner, $^2/_3$ davon sind böhmischer Nationalität. Die böhmische Schule hat hier über 300 Kinder. Kopist hat 3000 Einwohner, die Mehrzahl davon böhmischer Nationalität. Die böhmische Schule zählt hier über 500 Kinder. Oberleutensdorf zählt 12.000 Einwohner, davon sind mindenstens 5000 böhmischer Nationalität. Als die erste Klasse der böhmischen Schule hier eröffnet wurde, waren in ihr 150 Kinder eingeschult. Niedergeorgenthal, Wiese und die umliegenden Gemeinden zählen Tausende böhmischer Einwohner. In Saaz sind 1500 Einwohner böhmischer Nationalität. Die Schule zählt hier 250 Kinder. In Reichenberg sind mindestens 9000 Czechoslaven. Gablonz, Grünwald, Tannwald haben starke böhmische Minoritäten. In Trautenau sind 4000 Böhmen.

Böhmischer Gottesdienst wird hier in einem Privathaus abgehalten, wie vor 1800 Jahren zu Zeit der Christenverfolgungen im römischen Reiche. In Hohenelbe, Braunau und Arnau sind ebenfalls starke Minoritäten. Ueberall wird für diese Angehörigen böhmischer Nationalität absolut keine Rücksicht geübt. Der rücksichtsloseste furor teutonicus verwehrt diesen Hunderttausenden von Arbeitern und ihren

Angehörigen jeglichen geistlichen Zuspruch, der nicht einmal den wilden Indianern in Amerika und den Negern und Hottentotten in Afrika vorenthalten wird. Hunderte von Kindern, welche die böhmischen Schulen in den hier nur beispielsweise angeführten Industriecentren besuchen, sehen das ganze Jahr hindurch keinen Priester, werden überhaupt nicht zu den hl. Sacramenten geführt, sie wachsen heran wie die heidnischen Kinder an den Ufern der Ubanghi in Centralafrika. Wir wollen hier besonders auf eine Gruppe der Verlassenen hinweisen. In den Braunkohlenbezirken von Teplitz, Dux, Brüx, Falkenau sind beschäftigt rund 32.000 Arbeiter, welche sicher zu 80 Prozent böhmischer Nationalität sind. Man kann hier also mit einer Bevölkerung von 150.000 Menschen rechnen. Diese bilden dort die Arbeiterkolonien wie in Ladowitz, Bruch, Kosten, Zuckmantel und andere. In Folge der vollständigen Vernachlässigung dieser Arbeitermassen von Seite der Seelsorge herrscht eine furchtbare Demoralisation in diesen Kolonien. Sämmtliche Kohlenarbeiter sind denn auch Angehörige der rothen sozialistischen Internationale. Das hat man deutlich gesehen beim grossen Kohlenstreik im Jänner 1900. Welche Zustände der wilde und gerade teuflische Hass gegen Angehörige der böhmischen Nation auch schon in den Reihen der Priester zeitigt, davon gibt folgender Vorfall einen traurigen Beleg. Die Gemeinde Schumburg, polit. Bezirk Gablonz, zählt rund 3500 Einwohner.

Sie war eingepfarrt zur Pfarre Přichovic. Die Bevölkerung ist hier stark durcheinander gemischt. Aus dem Religionsfond wurde hier eine Pfarrei und Pfarrkirche gebaut, der Monarch spendete zum Baue der Kirche aus den allerhöchsten Privatmitteln 10.000 Kronen. Das Patronatsrecht gehört dem Bischof. Als erster Pfarrer wurde hier ernannt vom Bischof der Priester Franz Symon, der 11 Jahre als Kaplan in Karbitz bei Teplitz wirkte. Als er seine Stelle als Pfarrer vom Schumburg antreten wollte und in die Gemeinde kam, verweigerte ihm der Gemeinderath die Herausgabe der Schlüssel sowohl von der Pfarre wie von der Kirche. Die „Ostdeutsche Rundschau“ schreibt

ganz vergnügt in der Nummer vom 7. Dezember 1902 über diesen Vorfall folgendes: Aus Schumburg a. d. Desse (Bezirk Gablonz) wird uns geschrieben: Wie wir bereits gemeldet, verweigerte die Gemeinde Schumburg die Ausfolgung der Kirchenschlüssel an den für hier ernannt gewesenen tschechischen Pfarrer P. Symon, welcher in Folge dessen wieder abreisen musste. Die hierüber mit dem Konsistorium in Leitmeritz gepflogenen Verhandlungen und Vorstellungen haben endlich zu dem Ergebnisse geführt, dass ein deutscher Pfarrer in der Person des P. Andreas Böhm, derzeit Kooperators in Sebastiansberg, in den nächsten Tagen in Schumburg seinen Einzug halten wird. Dieser berechtigte Wunsch der Bevölkerung von Schumburg, die Anstellung eines deutschen Pfarrers, ist somit in Erfüllung gegangen. Rom hat sich vor dem deutschen Volkswillen verbeugen müssen, damit die Deutschen von Schumburg sich wieder unter das Joch Roms beugen. Die Gemeinde Schumburg, das ist ihre Vertretung, hätte sicher dies nicht gethan, wäre sie nicht lange Zeit vorher vom Priester Kamshof einem Reichsdeutschen gehetzt worden, der selbst auf diese Pfarrstelle reflektirte. Kamshof wurde hier vom Konsistorium zum Katecheten eingesetzt. Die Zeit benützte er zu Agitationen für seine Ernennung zum Pfarrer, was ihm aber misslang. Der Priester Franz Symon wirkte 11 Jahre als Kaplan in Karbitz. Er sollte nach den üblichen Gewohnheiten die Patronatspfarre Kulm erhalten. Aber sein Gegner Herlt, Kaplan in Kulm verhetzte die Gemeinde derart, dass sie mit einem Massenabfall drohte, falls Symon, ein böhmischer Priester, zum Pfarrer von Kulm ernannt werden sollte, zudem drohte Herlt dem Konsistorium und dem Patronatsamt, er werde sich erschiessen, wenn er die Pfarre Kulm nicht erhalte. P. Herlt ist erst 4 Jahre in der Seelsorge, P. Simon schon 13 Jahre thätig. So erkämpfen sich die Opitzianer in der Leitmeritzer Diöcese Pfarrbeneficien. Die böhmischen Priester werden wie ein rechtloses Wild gehetzt und öffentlich in deutschnationalen Zeitungen oder auch in den Organen des P. Opitz an den Pranger gestellt. So brachte am 11. März 1902 das Organ der Prager

Judenschaft das „Prager Tagblatt“ folgende Nachricht. „Czechische Priester“ in deutschen Seelsorgestationen.

Besonders auffallend ist die Zahl der czechischen Priester in der Leitmeritzer Diöcese. Laut dem Catalogus cleri sind von den 470 Seelsorgestationen 324 deutsch und in 121 der letzteren wirken 438 czechische Priester, 82 Pfarrer und 56 Kapläne. Czechische Pfarrer sind: in Hrobisch, Medenost, Ruschowan, Struschnitz, Wegstädtl des Auschaer, in Biela, Böhm. Pockau, Neschwig, Seesitz, Staben des Aussiger, in Moldau, Radowessitz, Sellnitz des Billiner, in Kleinhahn des Brüxer, in Neuendorf des Friedländer, in Brims, Dobrn, Krombach, Kunnersdorf, Seifersdorf des Gabler, in Albrechtsdorf; Josephsthal, Irzikowitz, Schumburg des Gablonzer, in Borzim, Hühnerwasser, Klein-Bösig, Kroh, Töschen, Tuhan, Woken des Hirschberger, in Chmeleschen, Oberklee, Podersanka, Scheles, Strojeditz des Jechnitzer, in Lametitz des Kaadner, in Gersdorf, Herrnskretschen, Ober-Ebersdorf, Ober-Preschau des Böhm.-Kamnitzer, in Horatitz, Platz, Schössl, Strahn, Trauschkowitz des Komotauer, in Hraidisch, Netschenitz, Roscha, Postelberg, Wittosess, Zuscha des Launer, in Falkenau, Straussnitz, Wolfersdorf des Leipaer, in Libochovan, Pitschowitz, Praskowitz, Saubernitz, Schüttenitz, Taucherschin, Zahorzan des Leitmeritzer, in Suttom, Tschischkowitz, Wellemin, Meronitz des Libochowitzer, in Hermansthal, Langenbruck, Liebenau, Reichenau des Reichenberger, in Spollititz, Knöschitz, Liebotitz, Michelob, Mohr, Stankowitz des Saazer, in Böhm.-Kahn, Boreslau, Ebersdorf, Peterswald, Schima, Tschochau des Teplitzer-Vikariats. Czechische Kapläne wirken: in Leitmeritz, Wegstädtl des Auschaer, in Aussig a. E., Biela, Bodenbach, Gartitz, Königswald, Mosern, Reschwitz, Schwaden, Tetschen, Türmitz des Aussiger, in Billin, Dux, Nieder-Georgenthal, Ober-Georgenthal, Oberleutensdorf des Biliner, in Brüx, Tschausch des Brüxer, in Grottau, Heindorf, Wiese des Friedländer, in Gabel, Reichstadt des Gabler, in Morchenstern, Polaun, Schumburg, Tannwald des Gablonzer, in Dauba, Hirschberg, Hühnerwasser des Hirschberger, in Podersam des Jechnitzer, in Klö-

sterle des Kaadner, in Bensen, Steinschönau des Böhm.-Kamnitzer, in Pressnitz, Sonnenberg des Komotauer, in Postelberg, Wittosess des Launer, in Leipa, des Leipaer, in Lobositz des Leitmeritzer, in Tschiskowitz des Libochowitzer, in Liebenau, Maffersdorf, Oschitz, Reichenau des Reichenberger, in Boreslau, Schwaz, Weisskirchlitz des Teplitzer Vikariats. Diese Hetze ist systematisch, sie wird in allen deutschgeschriebenen Blättern ganz straflos ausgeübt. Als die ersten Missionäre nach Tibet kamen, wurden sie schonungslos niedergemacht. Heute noch darf kein Europäer Tibet straflos betreten. In Böhmen werden ehrliche Arbeiter, Beamte, Priester an den Pranger gestellt, ihr Verbrechen besteht darin, dass sie nicht deutscher Nationalität sind. Die Behörden reichen da nicht einen Finger zum Schutze der Verfolgten. Sollten es mal die Schumburger versuchen, einem Rabbiner die Schlüssel zur Synagoge zu verweigern, da käme sicher Militär hin, zum Schutze des bedrohten Staatsbürgers.

Wenn es sich um Juden handelt, da soll man sehen, wie energisch die Behörden in Böhmen auftreten. So schreibt das Organ der Prager Judenschaft am 27. August 1898 folgendes: Eger, 25. August. (O.-C.) (Behördliche Aufhebung eines antisemitischen Beschlusses der Gremialkrankenkassa.) In der Generalversammlung der hiesigen Gremialkrankenkassa vom 6. Juni l. J. wurde von radikal-nationaler Seite der Antrag eingebracht, dass die bei der Kassa bestehende freie Aerztewahl aufzuheben und als Kassaärzte in Hinkunft nur deutsche Aerzte arischer Abkunft zu bestimmen seien. Dieser Antrag, dessen Spitze sich gegen die hier domicilirenden, allgemein geachteten jüdischen Aerzte richtete, gelangte fast einstimmig zur Annahme und mit 1. Juli d. J. zur Durchführung. Eine Anzahl von Gehilfen rekurrirte jedoch sofort gegen die Durchführung eines solchen statuten- und gesetzwidrigen Beschlusses bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft und diese hat mit Entscheidung vom 17. August d. J. jenen Beschluss im Grunde des § 127 der Gewerbe-Ordnung behoben und die weitere Durchführung desselben untersagt,

mit der Begründung, dass nicht nur dieser Beschluss den Statuten zuwiderläuft, sondern auch mit den Staatsgrundgesetzen über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder im Widerspruche steht."

In den Staatsgrundgesetzen Oesterreichs ist nämlich ausdrücklich festgestellt, dass jede Stelle einem jeden Staatsbürger zugänglich ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Wir brechen hier ab. Es würde uns zu weit führen, wollten wir diesen Gegenstand noch weiter verfolgen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Es können Zeiten kommen, wo auch Priester deutscher Nationalität vor den Odinanbetern nicht geschützt sein werden.

Das mögen Opitz und Dr. Frind, sowie ihre Parteimänner in den Konsistorien, welche den böhmischen Priester der wilden Jagd der Deutschnationalen preisgeben, bei Zeiten bedenken. Die Zukunft ist trübe. An den Thoren der wetterschwangeren zukünftigen Zeit steht das Gespenst der rothen Internationale, die sociale Revolution, die Kommune ist auf dem Sprunge. Dann wird kein Unterschied gemacht zwischen Pfaff und Pfaff, ob deutsch oder böhmisch, ganz gleichgiltig, dann wird auch nichts helfen die nationale Scheidung der Diöcesen.

Wehe denen, welche aus Egoismus noch Oel in den nationalen Brand hineingiessen. Das Volk, soweit es noch christlich denkt, nimmt durchaus keinen Anstoss daran, ob der Seelsorger einer anderen Nationalität angehört, es beurtheilt den Priester nach seinem Wirken, seinem Eifer. Wenn die Opitzianer fortwährend behaupten, dass nur ein deutscher Priester bei deutschen Pfarrkindern Vertrauen haben kann, dann dürfte Rom überhaupt keine Missionäre zu den noch andersglaubigen und heidnischen Völkern aussenden. Konsequent müsste nach den Grundsätzen des P. Opitz, des Weihbischof Dr. Frind und Konsortes das Institut Propaganda de fide in Rom vom Erdboden rasirt werden. Dass das Volk, wenn es noch christlich denkt, den Priester nach seinen Leistungen beurtheilt, davon geben selbst deutschnational gesinnte deutsche Priester einen

Beweis. Der berüchtigte Pfarrer Kaspar Rank in Bliżejov, in der budweiser Diöcese, der von seinen böhmischen Pfarrkindern ob seines geradezu brutalen Benehmens zu ihnen beim Konsistorium in Budweis wiederholt angeklagt wurde, erfuhr an sich eine Lynchjustiz von Seite seiner deutschen Pfarrkindern. Er wurde von ihnen in der Nikolonacht 1902 gegen 3 Uhr Früh in einem deutschen Wirthshaus durchgeprügelt. In die Zeitungen aber gab Pfarrer Rank die Nachricht, die bösen czechischen Pfarrkindern hätten ihn überfallen. Die deutschen Pfarrkinder gaben ihrem Seelsorger ein Denkzettel, dass es für ihn nicht passe, die Nächte in Wirthshäusern durchzuschwärmen.

Uebrigens sind die Opitzianer nicht allein schlecht zu sprechen auf die böhmischen Priester. Wer hat denn in der „Reichspost“, dem Organe dieser Fraktion, so viel Giftiges und Gehässiges aufgehäuft gegen die katholischen Abgeordneten aus Ober-Oesterreich und den Alpenländern, weil sie nicht nach der Pfeife des Opitz tanzen wollen, welches Blatt brachte giftigere Angriffe gegen katholische Blätter, gegen das „Vaterland,“ das „Linzer Volksblatt“ und andere katholische Blätter, als die „Reichspost“ (ein angeblich katholisches Organ!), weil diese Organe nicht die Nationalitätenhetze mitmachen wollen? Wer hat den Bischof Dr. Schoebel von Leitmeritz so weit gebracht, dass dieser sich fürchtet einen abgehetzten böhmischen Priester anzuhören und seine Beschwerden vorzubringen? Wenn ein solcher in seine Residenz kommt, lässt ihm Se. Excellenz einfach sagen, man solle die Ruhe ihm nicht rauben. Doch genug, es würde uns zu weit führen. Die Herren vom Opitzlager mögen sicher sein, dass wir uns vor ihren Sophismen nicht fürchten.

XXII. Oesterreichs konfessionelle Statistik.

Nach dem Zahlenverhältniss ist Oesterreich katholisch. Damit ist natürlich nicht gesagt, als ob in Oesterreich die katholische Kirche einen grossen Einfluss hätte auf das öffentliche Leben und das Volk überhaupt. Darüber wollen wir an dieser Stelle keine

Kritik üben. Wir können nur das Eine feststellen, dass heute zwischen den sogenannten katholischen und nichtkatholischen Ländern wohl kein grosser Unterschied ist; die Religion ist den meisten Menschenkindern nicht das wichtigste Lebenskapitel. Das ist eben das Kennzeichen des jetzigen Zeitalters. Das Volk hat unter dem Drucke der Sorgen um das Brod einerseits und unter dem Drucke der Gier nach Genuss und Befriedigung der Leidenschaften andererseits kaum Zeit über die Fragen der Religion bei sich Einkehr zu halten. Die Zahl der katholischen Bevölkerung Oesterreichs ist folgende:

	Absolute Zahl		In Perzenten	
Jahr	1857	1900	1857	1900
Nieder-Oesterreich	1,350.684	2,867.533	98·5	92·49
Ober-Oesterreich .	673.404	790.270	97·9	97·53
Salzburg	140,132	191.230	99·9	99·20
Steiermark	1,004.919	1,339.358	99·5	93·74
Kärnten	307.642	346.660	94·8	94·83
Krain	466.768	507.274	99·8	99·83
Triest u. Küstenland	502.729	745.989	99	98·60
Tirol u. Vorarlberg .	864.889	975.818	99·9	99·37
Böhmen	4,601.335	6,067.012	96·3	96·20
Mähren	1,784·593	2,325.574	95·1	95·40
Schlesien	396.843	576.497	85·9	84·73
Galizien	2,072.633 lateinisch. R.	6,456.147	44·8	88·42
	2,077.112 griech. R.		44·8	
Bukowina	51.846	110.483	17·5	15·13
Dalmatien	337.800	496.966	81·3	83.69

Die Bewegung des katholischen Elementes in Oesterreich innerhalb 43 Jahre ist also eine abwärtsgehende, wie man sehr deutlich bei den Perzentzahlen ersehen kann. Den grössten Niedergang des katholischen Elementes weist Niederösterreich auf, woran allerdings Wien den grössten Antheil hat. Dass diese Zahlen nicht absonderlich erfreulich sind, liegt auf der Hand. Was die Zukunft noch bringen wird, weiss Gott.

Gesammtergebniss:

	Absolute Zahl der Katholiken		In Perzenten	
Jahr	1857	1900	1857	1900
	16,634.190	23,796.814	92·6	90·99

Die Zahl der Angehörigen evangelischen Konfessionen in Oesterreich ist folgende:

	Absolute Zahl		In Perzenten	
Jahr	1857	1900	1857	1900
Nieder-Oesterreich .	9.140	65.460	0·8	2·11
Ober-Oesterreich . .	14.882	18.373	2·1	2·27
Salzburg	65	1.284	0·1	0·67
Steiermark	5.112	13.159	0·5	0·97
Kärnten	16.679	20.383	5·2	5·55
Krain	100	413	0·0	0·03
Küstenland	458	2.623	0·1	0·35
Tirol und Vorarlberg	115	4.767	0·0	0·49
Böhmen	90.936	144.658	1·9	2·29
Mähren	51.765	66.365	2·7	5·27
Schlesien	61.917	91.741	13·4	13·48
Galizien	31·100	45.331	0·7	0·63
Bukowina	8.733	19.272	2	2·64
Dalmatien	25	182	0·0	0·03
Gesammtergebniss:	292.227	494.011	1·6	1·89

Wir haben hier die Ergebnisse der offiziellen Statistik zusammengestellt. Grosse Erklärungen dazu sind überflüssig. Innerhalb 43 Jahre hat die Zahl der Angehörigen beider protestantischen Konfessionen, absolut zugenommen, sich fast verdoppelt. Relative Zahlen sind folgende: Im Jahre 1857 waren unter 10.000 Personen 160 Individuen Angehörige der beiden evangelischen Konfesionen. Im Jahre 1900 stieg diese Zahl auf 189 Personen, damit ist auch das relative Anwachsen der Protestanten genau angegeben. Die Ergebnisse der Statistik des weiteren Decenniums 1910 werden jedenfalls noch trauriger sein.

Auf die näheren Details der letzten Jahre wollen wir verzichten. Dr. Zemmrich verbreitet sich in der „Wartburg“ vom 9. und 16. Januar 1903 folgendermassen:

Die vor Kurzem veröffentlichten summarischen Ergebnisse der Volkszählung von 1900 geben ein im Ganzen recht erfreuliches Bild des Wachsthums der evangelischen Bevölkerung. Während die Römisch-Katholischen, die vier Fünftel der Gesammtbevölkerung ausmachen, sich im letzten Jahrzehnt nur um 9·1 v. H. vermehrten, betrug die Vermehrung der Evangelischen Augsburger Konfession 15·7 v. H. gegen 9·3 im vorletzten Jahrzent. Abgesehen von einigen Sekten, deren Anhänger nur nach Hunderten zählen, übertreffen nur die Altkatholiken mit 57·0 v. H. die Zunahme der Evangelischen. Den absoluten Zahlen nach besteht naturgemäss das umgekehrte Verhältniss. Die Römisch-Katholischen wuchsen um 1,726.113, die Evangelischen A. B. um 49.626, die Altkatholiken um 4697. Die Evangelischen Helvetischer Konfession gewannen nur 8055 Seelen = 6·7 v. H., sie gehören meist dem tschechischen Sprachstamm an. In absoluten Zahlen sind die wichtigeren Bekenntnisse wie folgt vertreten:

Römisch-Katholische . . .	29,660.279	=	79·0	v. H.
Griechisch-Unirte	3,134.439	=	12·0	„
Juden	1,124.899	=	4·7	„
Griechisch-Orientalische . .	606.764	=	2·3	„
Evangelische A. B.	365.454	=	1·4	„
Evangelische H. B.	128.557	=	0·5	„
Altkatholiken	12.937	=	0·05	„

Am günstigsten stellt sich für die Evangelischen der Vergleich mit dem natürlichen Wachsthum der Bevölkerung. Oesterreich hat im vorigen Jahrzehnt 398.441 Menschen durch Ueberschuss der Auswanderung über die Einwanderung verloren. Von diesem Verlust gegenüber der natürlichen Vermehrung kommen 232.881 auf die Römisch-Katholischen, 104·758 auf die Juden, 60.023 auf die Griechisch-Katholischen. Die Evangelischen hatten dagegen eine Zunahme zu verzeichnen, die ihren Geburtenüberschuss um 5429 übertrifft. Hierin drückt sich theilweise der Gewinn durch Uebertritte aus, welche die gewiss auch bei den Evangelischen stärkere Aus- als Einwanderung mehr als ausglichen. Folgende Tabelle gibt die ab-

soluten Zahlen für die Kronländer, in denen mindestens 10.000 Evangelische A. B. wohnen, sowie das Wachsthum der Evangelischen in Vergleich mit dem der Bevölkerung seit 1890:

	Evangelische A. B.	Zunahme v. H. Evang.	Bevölkerung
Schlesien	91.264	8·2	12·4
Böhmen	72·922	20·1	8·1
Niederösterreich	57.052	37·0	16·5
Galizien	40.004	4·5	10·7
Mähren	26.605	12·9	7·1
Kärnten	20.100	8·1	1·8
Bukowina	18.383	15·9	12·9
Oberösterreich	18.143	5·9	3·1
Steiermark	12.675	25·9	5·8

Also nur in Schlesien und Galizien bleibt das Wachsthum der Evangelischen hinter dem der Gesammtbevölkerung zurück. Der Grund hiefür liegt in der zunehmenden Auswanderung aus den rein deutschen Bezirken Westschlesiens und den deutschen Kolonistendörfern Galiziens. In Schlesien drückt ausserdem die massenhafte Einwanderung galizischer Arbeiter in das Ostrauer Kohlenrevier den Antheil der Evangelischen wie der Deutschen herab. Die Ziffern für Niederösterreich, Steiermark, Böhmen und Mähren lassen den Einfluss der Los von Rom-Bewegung am deutlichsten erkennen.

Die übrigen Kronländer werden nur von wenigen Tausenden Evangelischen A. B. bewohnt, es zählen Tirol 2806, Triest 1346, Salzburg 1211, Vorarlberg 946, Istrien 290, Krain 285, Görz 269, Dalmatien 153. Die meist tschechischen Evangelischen H. B. kommen nur in Böhmen und Mähren in Betracht. Böhmen zählt 71.756, Mähren 37.760. Ihre Zunahme bleibt hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Ueber 1000 Evangelische H. B. haben nur noch Niederösterreich (7408) und Galizien (5327). Prozentual ist der Antheil der Evangelischen A. B. in den einzelnen Kronländern am grössten in Schlesien mit 134 v. T. Mehr als 10 vom Tausend bilden sie noch in Kärnten (55), Bukowina (25), Ober-Oesterreich (22), Nieder-Oesterreich (19), Böhmen (12) und Mähren (11). Dazu kommen

in den beiden letztgenannten Provinzen noch 11, bezw. 16 v. T. Evangelische H. B.

Die Vertheilung der Protestanten auf die einzelnen Gemeinden werden erst die später erscheinenden Gemeindelexika erkennen lassen. Jetzt liegen nur die Zahlen für die politischen und Gerichtsbezirke vor, in denen vereinzelte protestantische Gemeinden wenig zur Geltung kommen. Wir geben im Folgenden das Wichtigste aus diesen summarischen Ziffern. In Niederösterreich zählt Wien 54.264 Protestanten, das sind $3^1/_4$ v. H. der Einwohner. Die verhältnismässig meisten Evangelischen wohnen im Bezirk Lilienfeld (6·7 v. H.). Oberösterreich besitzt drei konfessionell gemischte Bezirke. Ischl mit 19·1, Linz-Umgebung mit 10·9 und Eferding mit 10·5 v. H. Evangelischen. Hier handelt es sich bereits um überwiegend evangelische Orte in katholischer Umgebung. In Salzburg wird der höchste Antheil in der Stadt Salzburg mit 901 = 2·7 v. H. erreicht. In Steiermark beherbergt die Hauptstadt Graz fast 4000 Protestanten, doch bilden sie hier nur 2·9 v. H. Hingegen bedeuten im Bezirk Schladming die dortigen 3318 Evangelischen fast die Hälfte der Bevölkerung (47·3 v. H.). Weitere protestantische Gemeinden bringen den evangelischen Antheil in den Bezirken Gröbming auf 11·9, Mautern 9·2, Rottenmann 6·1 v. H. Die absoluten Ziffern betragen 670, 554 und 592 Köpfe. Unter den Kärntner Bezirken steht Villach mit 4660 Evangelischen (13·5 v. H.) der Zahl nach obenan, im Verhältniss jedoch der Bezirk Paternion, dessen 3716 Protestanten 43·6 v. H. gleichkommen. Weitere ansehnliche evangelische Minderheiten haben die Bezirke Hermagor (21·3 v. H.), Gmünd (28·6), Millstadt (21·4), Feldkirchen (11·7), Kötsschach (9·0) und Spilta (6·6). Von den Protestanten in Tirol fällt fast die Hälfte auf den Bezirk Meran, zumeist sind es Kurgäste. Gegen 700 kommen auf Innsbruck mit Vororten, so dass nur 1100 verstreut über das übrige Land wohnen. Die wenigen Evangelischen Vorarlbergs wohnen meist im Bregenzer Bezirk.

Böhmen hat einen einzigen Bezirk, Asch, mit überwiegend protestantischer Bevölkerung (67·7 v. H.).

Auf diesen kommt über ein Drittel (26·547) der Evangelischen A. B. in ganz Böhmen. Von den übrigen politischen Bezirken haben noch folgende über 1000 Evangelische A. B.: Stadt Prag 1708, Stadt Reichenberg 1144, Aussig 3141, Brüx 1021, Eger 3326, Gablonz 1477, Hohenelbe 1233, Reichenberg 1521, Rumburg 1209, Tetschen 2397. Dies sind deutsche Protestanten, von den tschechischen Bezirken haben über 1000 Lutheraner nur Starkenbach (2405), Časlau (1057) und Chotěboř (1040). Die fast genau so zahlreichen Evangelischen H. B. gehören mit geringen Ausnahmen zum tschechischen Sprachgebiet, sie wohnen meist im mittleren Böhmen, von dem Zusammenfluss der Elbe und Moldau nach Osten bis zur mährischen Grenze. Ihr Maximum erreichen sie in der Bezirkshauptmannschaft Poděbrad mit 9201 Köpfen. Prozentual tritt in den deutschen Landestheilen die evangelische Bevölkerung noch sehr zurück. Die Lutheraner erreichen, abgesehen von Asch, ihren höchsten Antheil im Gerichtsbezirk Starkenbach (8·7 v. H.), also im tschechischen Gebiet. Von den deutschen Bezirken stehen Wildstein bei Eger (6·4 v. H.), Friedland (5·7), Katharinaberg im Erzgebirge (5·3), Eger (4·8) obenan, 3—4 v. H. Lutheraner finden sich in der Stadt Reichenberg und den Gerichtsbezirken Aussig, Arnau, Kratzau, Teplitz und Tetschen auf deutscher, in den Bezirken Chotěboř und Prelautsch auf tschechischer Seite. Prozentual fallen die Tschechen H. B. in ihren dünnen besiedelten landwirthschaftlichen Bezirken viel mehr ins Gewicht. Obenan steht in der Nähe der mährischen Grenze der Gerichtsbezirk Skutsch mit 21·9 v. H. Evangelischen H. K. Die im Osten und Westen angrenzenden Bezirke Politschka (9·7 v. H.) und Hlinsko (8·6 v. H.) haben gleichfalls ansehnliche evangelische Minderheiten; in einer Reihe weiterer Bezirke des mittleren Ostböhmen betragen diese noch 2—5 v. H. Weiter nördlich wird ein Maximum von 7·4 v. H. im Bezirk Opotschno östlich von Königgrätz (5·1 v. H.) erreicht. Das mittlere Elbgebiet bildet das Zentrum der tschechischen Protestanten, sie stellen im Bezirke Prelautsch westlich von Pardubitz 7·9 v. H. der Bevölkerung, hieran schliessen

sich nach Westen die Bezirke Kolin (9·4), Časlau (8·9), Poděbrad (17·3), Nimburg (11·5) und Königstadtl (5·0 v. H.). An der Mündung der Moldau erreichen die Evangelischen H. B. noch einmal das Maximum von 10·6 v. H. im Bezirk Melnik, dem sich westlich der Bezirk Raudnitz mit 9·0 v. H. anschliesst. Die Altkatholiken entfallen fast ganz auf den deutschen Landestheil an der Lausitzer Grenze; der Bezirk Warnsdorf mit 3265 = 8·8 v. H. bildet ihren Mittelpunkt. An der schlesischen Grenze erreichen sie im Bezirk Tannwald 8·5 v. H., kleinere altkatholische Minderheiten kommen noch in den Bezirken Haida (3·7), Rumburg, Gablonz (je 2·5) und Böhmisch-Kamnitz (1·4 v. H.) vor.

In Mähren kommt der Haupttheil der Protestanten auf das tschechische Gebiet. Obenan steht der Bezirk Wsetin an der ungarischen Grenze, ein Ausläufer des slowakisch-protestantischen Gebietes. Hier erreichen sowohl die Evangelischen A. B. mit 8358 Köpfen = 24·2 v. H wie die H. B. mit 8086 = 23·4 v. H. ihre Höchstziffer. Beide zusammen kommen fast den Katholiken (51·4 v. H.) gleich. Der Sprache nach ist der Bezirk Wsetin ganz tschechisch-slowakisch. nur 214 Deutsche wurden ermittelt. Die Evangelischen A. B. sind auch in den westlich anschliessenden Bezirken Wisowitz (12·9 v. H.) und Bistritz (5·4 v. H.) mit ansehnlichen Minderheiten vertreten Sonst kommen sie nur im Gesenke an der schlesischen Grenze in grösserer Zahl vor, hier sind sie Deutsche. In Betracht kommen die Bezirke Fulnek (8·2), Neutitschein (5·6) und Hof (3·6 v. H.). Die Evangelischen H. B. gehören auch in Mähren ganz zum tschechischen Gebiet, sie schliessen im Westen an ihre Glaubensgenossen in Böhmen an und ziehen sich nach Osten bis in die Karpaten hin. Im Ganzen haben 11 Bezirke über 4 v. H. Evangelische H. B., davon 7 im Karpatengebiet. Hier treten neben Wsetin. Neustadtl mit 27·5 und Bistritz mit 14·1 v. H. hervor. Westlich von der March stehen die Bezirke Klobuk (18·7) südlich und Kunstadt (12·0 v. H.) nördlich von Brünn obenan.

Die Protestanten Schlesiens gehören fast aus-

schliesslich den Evangelischen A. B. an und wohnen zumeist in dem kleineren östlichen Landestheil. In Westschlesien ist nur der Bezirk Olbersdorf mit 3906 = 32·5 v. H. Evangelischen A. K. und 303 = 2·5 v. H. H. K. zum grossen Theil protestantisch. Die Bezirke Würbenthal (9·5), Freudenthal (2·1) und Jägerndorf (3·4 v. H.) leiten zu den evangelischen Deutschen in den genannten nordmährischen Bezirken hinüber. In Ostschlesien wohnen in der Gegend von Teschen und Bielitz ebensoviel Evangelische A. B. wie in ganz Böhmen. Der Nationalität nach sind sie theils Deutsche, zumeist aber Polen, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht.

	Evangel.	Deutsche
Stadtbezirk Bielitz	28·1 v. H.	8·34 v. H.
Gerichtsbezirk Bielitz	34·8 „	37·7 „
„ Schwarzwasser	16·6 „	6·7 „
„ Skotschau . .	47·0 „	7·0 „
„ Freistadt . . .	12·6 „	5·4 „
„ Jablunkau . .	45·6 „	2·7 „
„ Teschen . . .	41·2 „	20·9 „

Wir werden zu diesen Ausführungen des Dr. Zemmrich in einem anderen Kapitel noch zurückkommen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, dass der Hauptstock der Bekenner Luthers und Kalvins in Oesterreich die böhmischen Länder abgeben, und zwar sind es nicht Deutsche, sondern Czechoslaven. Es sind dies die Nachkommen der böhmischen Brüder, welche bekanntlich nach dem Tode des Bischof Augustus zum Kalvinismus und Lutheranismus übergingen. Diese Bevölkerung evangelischer Konfession czechoslavischer Nationalität hat bekanntlich Friedrich dem Grossen in seinen Raubzügen gegen Maria Theresia die wichtigsten Dienste erwiesen. Wenn wir die Abfallstatistik bis in ihre jüngsten Zeitpunkte befolgen, haben wir folgende Zahlen vor uns.

In den letzten vier Jahren sind folgende Abfälle vom katholischen Glauben in Cisleithanien geschehen:

	1899	1900	1901	1902	Zusammen
Uebertritte zur evang. Kirche A B. und H. B.	6385	5058	6639	4624	22.706

	1899	1900	1901	1902	Zusammen
davon aus römisch-kath. Kirche	6047	4699	6299	4247	21.292
Austritte aus der evang. Kirche A. B. und H. B.	765	813	917	1078	3.573
davon in die römisch-katholische Kirche . .	675	705	830	928	31.38
Zuwachs für die evang. Kirche A. B. und H. B.	5620	4254	5722	3546	19.133

Unter allen Diöcesen ist am stärksten von der Abfallsbewegung die Diöcese Leitmeritz betroffen. Es beziffern sich die Uebertritte vom Jahre 1898 bis Ende 1902, und zwar zum Protestantismus auf 6366, zum Altkatholicismus auf 2894, zusammen auf 9260. In dieser Zeit sind zur katholischen Kirche zurückgekehrt: 611 Protestanten, 128 Altkatholiken, 12 Konfessionslose; ausserdem traten 11 Israeliten über, zusammen 812, so dass sich die Verlustziffer auf 8448 vermindert. Auf die einzelnen Vikariate entfallen:

	Protestanten	Altkatholiken
Teplitz	1725	14
Aussig	1416	43
Gablonz	1156	2077
Reichenberg	415	46
Bilin	320	1
Komotau	235	39
Brüx	211	—
Saaz	179	42
Libochowic	85	—
Friedland	83	18
Gabel	78	43
Kaaden	67	27
Böhm.-Leipa	58	127
Böhm.-Kamnitz	49	183
Jechnitz	48	—
Hainspach	44	227
Leitmeritz	43	—
Auscha	43	—

Nach den einzelnen Jahren stellen sich die Uebertritte wie folgt dar:

	Protestanten	Altkatholiken
1898	182	762
1899	1847	764
1900	1209	454
1901	2068	590
1902	1080	824

Den Gipfelpunkt hat die Bewegung im Jahre 1901 erreicht; im Jahre 1902 weist sie in der Leitmeritzer Diöcese bereits einen Rückgang auf. Was die Zahl der evangelischen Kirchen in der Leitmeritzer Diöcese betrifft, so bestanden daselbst 16 vor dem Jahre 1898, zugewachsen sind seitdem 18 neue; Predigtstationen gibt es 3, eine alte und 2 neue, evangelische Schulen 7. Altkatholische Kirchen zählt die behandelte Diöcese ebenfalls 7, und zwar 3 alte und 4 neue.

Wir haben darauf hingewiesen, dass von Seite der Opitzianer der Vorwurf erhoben wird, dass im sogenannten deutschen Sprachgebiet die Anwesenheit von Priestern böhmischer Nationalität der Abfallsbewegung einen ganz besonderen Vorwand darbiete. Wir erlauben uns nun auf der Hand der Abfallsstatistik die Seelsorger derjenigen Gemeinden anzuführen, wo die Abfallstatistik die meisten Resultate aufweist.

	Name des Pfarrers
Teplitz	Laurenz Rössel
Aussig	Anton Zimmler
Gablonz	Franz Günter
Reichenberg	Josef Bergmann
Bilin	Karl Trautzel
Komotau	Franz Sendner
Brüx	Josef Güntner
Saaz	Alois Hanl
Friedland	Stephan Neumann
Gabel	Josef Tschörsch

Wir könnten die ganze Reihe der vordem angeführten Brennpunkte der Abfallsbewegung anführen und würden hier finden, dass genannte Seelsorgstationen nicht einem einzigen Priester böhmischer Nationalität anvertraut sind. Die deutschnational gesinnten Priester deutscher Nationalität suchen einen

Sündenbock und haben ihn gefunden, aber damit haben sie sich selbst nur einen schlechten Dienst erwiesen. Die Wahrheit soll allen Priestern heilig sein. Die Abfallshetze geht vorwärts trotz des Importes reichsdeutscher Theologen nach Leitmeritz, sie geht ihre Wege ungefragt ob ein deutscher oder böhmischer Priester da ist, den Abfallsführern ist und bleibt der katholische Priester — ein Pfaff — seine Nationalität ist Nebensache.

XXIII. Die Sprachenfrage innerhalb der katholischen Kirche.

Die katholische Kirche lehrt mehrere grundlegende Wahrheiten, welche ihr Verhältniss zu den Völkern der Erde genau kennzeichnen. Das jetzige menschliche Geschlecht, das ja ungefähr 1560 Millionen lebende menschliche Wesen zählt, hat nach Schätzung der Sprachforscher mehr als 1000 verschiedene Sprachen, die sich von einander derartig unterscheiden, dass wer eine dieser Sprachen spricht, den andern, der eine andere von ihnen spricht, nicht versteht. Die katholische Kirche lehrt: 1. Alle Menschen stammen von einem Elternpaar, sie sind in ihrem Wesen einander vollständig gleich aus Seele und Leib bestehend. Die katholische Kirche hat von ihrem göttlichen Stifter Jesum Christum die Sendung erhalten, aller Welt, allen Völkern die Lehre Christi zu verkündigen. Stellen aus der hl. Schrift werden wir zum Belege dafür nicht anführen, sie sind ja zu bekannt. Da nun der christliche Glaube, welcher allen Völkern der Erde ohne Unterschied verkündigt werden soll, nur dann Annahme findet, wenn die Glaubensboten ihn dort verkünden, wo er noch nicht bekannt ist, folgt doch von selbst, dass die Glaubensboten vor allem sich des Mittels aneignen müssen, um sich denen, die sie belehren wollen, verständlich zu machen. Der Glaube kommt ja vom Hören. Deshalb studiren katholische Missionäre bevor sie ihr Missionsgebiet betreten, die Sprache oder auch mehrere Sprachen jener, in deren Mitte sie Christenthum predigen wollen. Darum haben die Apostel für ihr Wirken direkt von Gott die Gabe der Sprachen erhalten,

damit sie ohne Aufschub Christenthum verkündigen konnten. Alles dies ist klar und einfach, ohne dass es gelehrter Beweise bedarf. Das Bestreben der modernen Staaten, einen centralen einheitlichen Nationalstaat zu schaffen, hat auch in die Kirche und ihr heiliges Gebiet hineingegriffen; die kleineren Völker sollen auch hier in ihren Rechten verkürzt werden und man diktirt ihnen einfach: ihr müsst das Evangelium in der Sprache euerer Bedrücker, Beherrscher und Ausbeuter anhören, und traurig ist es, dass sich dazu selbst katholische Priester und auch höhere Würdenträger hergeben.

Es ist doch klar, dass mit einem derartigen Vorgehen ja direkt das Christenthum geleugnet wird. Wer da kommt, um die Lehre Christi zu verkünden, welcher in die Welt rief: kommet alle zu Mir, die ihr mühselig beladen sei, und sagt aber seinen Hörern, sie müssen diese Lehre Christi in der Sprache ihrer Bedrücker anhören, der gibt damit offen zu, dass Gewalt vor Recht geht. Damit ist aber die Lehre Christi selbst begraben und ihr Verkünden der Welt überflüssig, denn der Inhalt der Lehre wird durch ein entgegengesetztes Handeln in Wirklichkeit geleugnet. Das bestätigt auch die Geschichte. Karl der Grosse vergrösserte sein franko-germanisches Reich auf Kosten des Christenthums, das er auszubreiten vorgab, in Wahrheit aber Eroberungen im Sinne hatte, daher auch der verzweiflungsvolle Widerstand der Sachsen nicht gegen die Lehre Christi, aber der mit ihrer Annahme drohenden Knechtung. Die Elbeslaven widerstrebten nicht dem Kreuze, wohl aber der politischen Knechtung, der sie sogar ihre eigene völlige Ausrottung vorzogen. Der deutsche Ritterorden hat seine ursprüngliche Aufgabe das Christenthum zu verbreiten bei Seite geschoben und hat das Eroberungs- und Kriegshandwerk zu seiner Beschäftigung erwählt. Das böhmische Volk hat das Christenthum erst im Laufe des 9ten Jahrhundertes angenommen. Der christliche Glaube musste doch in Böhmen längst bekannt sein. Hat ja doch im 5ten Jahrhundert der hl. Severin im nachbarlichen Noricum Christenthum gepredigt, im 7ten Jahrhunderte evangelisirte in Bayern

der hl. Emeran. Im 8ten Jahrhunderte wirkte im mittleren Deutschland der hl. Bonifaz. Die Südslaven im heutigen Makedonien nahmen den christlichen Glauben schon im 7ten Jahrhunderte an. Also war der Same des christlichen Glaubens ringsum Böhmen schon längst ausgesäet.

Es kamen Glaubensboten nach Böhmen aus Bayern, aber sie waren der böhmischen Sprache unkundig, sie kamen an die Grenzen des Böhmerwaldes, aber tiefer in das Land drangen sie nicht vor. Wie konnten sie predigen, da das Volk ihre Worte nicht verstand? Zudem war im böhmischen Volke die Furcht vor Glaubensboten aus deutschen Landen sehr gross, denn das Beispiel an den Sachsen und Elbeslaven war ja hier, dass mit dem Kreuze gleichzeitig auch das Schwert des Eroberers sich einstellte. Das Misstrauen und die Furcht vor den Glaubensboten aus deutschen Landen war darum die Hauptursache, dass das Christenthum in Böhmen so spät anfing zu keimen. Im Jahre 845 liessen sich 14 böhmische Vladyken aus Opposition zum Herrscher des Landes, dem Fürsten Hostivit, am Hofe Ludwig des Deutschen taufen. Auf dieses hin vindicirten sich die Erzbischöfe von Regensburg die kirchliche Oberhoheit über die böhmischen Länder, welcher Umstand auf die spätere Entwicklung kirchlicher Zustände in Böhmen von grösster Bedeutung geworden ist. Die Bischöfe von Passau usurpirten für sich die kirchliche Jurisdiktion über Mähren und die Bischöfe von Salzburg über Nord-Ungarn. Damals spielten für die kirchliche Jurisdiktion eine Hauptrolle die Zehentabgaben und darum begreifen wir auch den geradezu verzweifelten Widerstand genannter Bischöfe, den sie jahrhundertelang der Errichtung selbständiger Bischofsitze in dem Bereite der böhmischen Länder entgegensetzten. Der Fürst Mährens Rostislav wollte darum von einer Apostolisirung von Seite genannter deutscher Bischöfe nichts wissen, wohl fürchtend, dass mit dem Kreuze nicht zugleich auch das Schwert des Eroberers ins Land käme, und darum bat er den Kaiser Michael III. von Byzanz um slavische Glaubensboten. Diesem Ansuchen wurde denn auch Folge

gegeben und nach Mähren kamen die beiden Brüder Cyrill und Method aus Salonichi. Sie predigten Christi Lehre in slavischer Sprache und wurden vom Volke auch vollständig verstanden. Während das Volk überall die Glaubensboten freudig empfing, wurden sie von Seite der deutschen Bischöfe, welche sich die Jurisdiktion über die böhmischen Länder vindicirten als „fremde“ Priester mit Protest empfangen. Beide Glaubensboten Cyrill und Method wurden von den deutschen Bischöfen beim Kaiser und Papst als verdächtige Menschen angeklagt, welche keine Gewähr für Rechtgläubigkeit bieten. Nachdem Cyrill und Method $5^1/_2$ Jahre in Mähren und Böhmen evangelisirt hatten, begaben sie sich im Jahre 867 nach Rom, unterwarfen sich hier dem Informationsprocesse und wurden dann zu Bischöfen geweiht; Cyrill starb im Jahre 869 in Rom, der hl. Method kehrte nach Mähren zurück. Papst Hadrian erneuerte das alte Bisthum Illirikum, als Bischofsitz erwählte sich Method die Stadt Srĕm. Kaum begann Method seine apostolische Arbeit in Nord-Pannonien, geriethen in Zorn Adalvin in Salzburg, Hermenerik in Passau und Hanna von Freising. Alle drei proklamirten den hl. Method als „Eindringling“ in ihr Jurisdiktionsgebiet, liessen ihn mit Gewalt und Trug gefangen nehmen und der Bischof von Passau hieb auf Method mit der Peitsche. Drei und ein halbes Jahr wurde der hl. Method von den deutschen Bischöfen widerrechtlich, trotz seiner Bischofsweihe, im Kerker gehalten und erst als Papst Johann VIII. die Peiniger mit Bann belegte, liessen sie ihn frei. (Vacek, Kirchengeschichte.)

Der hl. Method entwickelte nun eine rührige apostolische Thätigkeit im ganzen slavischen Reiche Svatopluks, taufte in Prag die hl. Ludmila und den Fürsten Bořivoj. Den deutschen Bischöfen war die apostolische Arbeit Methods ein Dorn im Auge und voll hämischen Neides klagten sie Method beim apostolischen Stuhl, er sei nicht rechtgläubig. Aber das Resultat war, dass Method zum Metropoliten des mährischen Reiches wurde mit dem Sitze in Velehrad. Sein erster Suffragan wurde der durchtriebene

Viching mit dem Sitze in Neutra. Böhmen war der Jurisdiktion des mährischen Metropoliten zugetheilt.

Deutsche Kirchenhistoriker behaupten, Böhmen sei der kirchlichen Jurisdiktion der Erzbischöfe von Regensburg unterstanden, was aber total falsch ist. Der hl. Method wirkte nach seiner Erhebung zum Metropoliten im Jahre 880 noch 5 Jahre. Er starb am 6. April 885. Nach seinem Tode begann Viching zu wirthschaften, die slavische Liturgie wurde unterdrückt, die böhmischen Priester wurden vertrieben. Viching ging vollends ins deutsche Lager über und wurde Bischof in Passau. Mojmír II. bat den Papst Johann IX. um die Wiederaufrichtung der mährischen Metropole. Das geschah auch, es wurde ein Metropolit und 2 Suffragane geweiht und eingesetzt, alle drei waren slavische Priester, ihre Namen sind unbekannt (Dudík, Geschichte Mährens I, 223). Die deutschen Bischöfe reichten nach Rom ihren Protest ein gegen diese Wiederbesetzung. In diesem Proteste wird die slavische Bevölkerung Mährens „als ein gewisses Volk, welches gutwillig oder nicht den Deutschen müsse unterwürfig werden, sie seien ein minderwerthiges Volk (pars pejor, inferior)". (Vacek, Kirchengeschichte.) Man sieht, dass Weihbischof Frind von Prag und seine Trabanten Theologieprofessor Dr. Hilgenreiner, P. Opitz und diese ganze Partei nichts Neues sagen, sie haben schon vor mehr denn 1000 Jahren ihre würdigen Vorgänger gehabt. Boleslav bemühte sich nun beim Papst Johann XIII., dass die Metropole von Mähren nach Prag verlegt werde, weil ja Boleslav fast über alle Gebiete Mojmírs herrschte. Der Papst wollte von einer slavischen Liturgie nichts wissen, es begann schon damals die östliche Kirche ihren Abfall von Rom vorzubereiten. Der Papst fürchtete durch die Errichtung einer slavischen Metropole in Prag den zum Schisma neigenden Osten zu stärken. Vor 100 Jahren wäre die Sache leichter gegangen.

Die Päpste des X. Jahrhunderts waren von den Ottonen derartig abhängig, dass sie die germanisirende Thätigkeit dieser Herrscher zu unterstützen gezwungen wurden. Otto I. setzte es durch, dass in

Prag ein Bischofsitz errichtet wurde mit lateinischem Ritus in Abhängigkeit vom Bischof von Mainz. Das Bisthum Prag wurde 973 gegründet auf Grund eines Abkommens Otto I. und Boleslav II. des Frommen. Papst Benedikt VI. sanktionirte dieses Abkommen. Otto I. setzte es durch, dass zum ersten Bischof Prags Ditmar, der deutscher Abkunft war, eingesetzt wurde. Ditmar erlernte die böhmische Sprache. Ditmar wurde von Otto I. in Quedlinburg 973 investirt und vom Mainzer Metropoliten konsekrirt. Leider müssen wir uns wegen Raummangel weitere geschichtliche Reminiscenzen versagen. Das böhmische Volk hat den Glauben Christi angenommen und ihn auch mit der ganzen Glut der Seele erfasst. Man kann fest behaupten, dass die Geschichte des böhmischen Volkes zugleich seine Religionsgeschichte ist. Sind doch die grössten Religions-Kriege, der Hussiten-Krieg und der 30jährige Krieg mitten aus dem böhmischen Volke hervorgegangen. Nach den Stürmen der napoleonischen Kriege und dem Revolutionsjahre 1848 wurde Oesterreich bis zum Jahre 1867, also über ein halbes Jahrhundert, im absolutistischen Sinne regiert. Das böhmische Volk war unter einem eisernen Regime an seinen nationalen Rechten gekürzt. Nur in der Kirche erklang in voller Freiheit die Sprache des Volkes. Darum liebte das Volk seine Priester und sah in ihnen seine geborenen Berather und Führer. Die Zeiten haben sich nun gründlich zum Schlechten gewendet. Der furchtbare Nationalitätenkampf, der auf politischem Gebiete gekämpft wird und Oesterreich mit aller Gewalt zu einem deutschen Staatengebilde machen will, greift nur zu tief auch in die kirchliche Interessensphäre hinein. Die Deutschnationalen verlangen vollständige administrative Theilung und Trennung einzelner Kronländer, in erster Reihe des Königreichs Böhmen, nach nationalen Kreisen. Bisher ist nun jeder Versuch der Zerreissung der historischen Kronländer erfolgreich zurückgewiesen worden, die massgebenden Kreise scheuen selbst davon zurück, eine Brücke zu schlagen zwischen Preussen und Böhmen durch Schaffung des berüchtigten geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Was so

auf politischem Gebiete sich noch Niemand traute durchzusetzen, das wagte man nun auf kirchlichem Gebiete. Es ist zwar unglaublich, aber wahr. Die Kirche sollte als Sturmbock der deutschnationalen Pläne dienen, von welchen das Endziel wäre: die Degradirung Oesterreichs zur preussischen Ostmark. Dieser Vorschlag ist gemacht worden in einer Schrift, welche in Prag erschien. Sie führt den Titel: „Zur Frage deutscher Bisthümer in Böhmen". Ein Wort zur Aufklärung und Beruhigung aus der Mitte des deutschen Clerus in Böhmen. Im Verlag der Calveschen Buchhandlung. Die Schrift ist also anonym. Dass die Verfasser dieser Schandschrift nicht den Muth besassen, das, was sie niederschrieben, auch mit ihren vollen Namen zu verbürgen, richtet die Schrift selbst Wir werden uns nur sehr gedrängt fassen. Die Verfasser dieser Schrift, falls sie katholische Priester sind, müssen wohl aus dem Kathechismus die Sünden wider den hl. Geist kennen, von denen Christus sagt, dass sie weder hier noch jenseits vergeben werden. Die genannte Schrift ist in ihrem vollen Inhalt eine solche Sünde. Ohne uns in das Meritorische dieser Schrift einzulassen, was ja ein Gegenstand ist, welcher in die Machtsphäre des päpstlichen Stuhles gehört, wollen wir uns nur einige Grundsätze näher anschauen, welche hier niedergelegt sind. Auf Seite 46 der zweiten Auflage steht geschrieben: „Ein einsprachiges Gebiet ceteris paribus ist in ruhigen Zeiten viel leichter zu pastoriren, als ein sprachlich gemischtes, dass ein mehrsprachiges Gebiet der Diöcesenleitung Arbeiten und Schwierigkeiten bereitet, welche ein einsprachiger Kirchensprengel gar nicht kennt". Mit diesem „Grundsatze" wird dann in der ganzen Schrift der Beweis geführt und die Forderung gestellt, mit welcher die Schrift endigt: neue Bisthümer, aber den Czechen czechische, den Deutschen deutsche Bisthümer. Die Forderung der anonymen Schreiber, auch die Diöcesen sollen einsprachig sein, ist natürlich eine Kopie des einheitlich centralistisch regierten Staates, in welchem die Minoritäten ganz einfach niedergemacht werden kraft des Rechtes des Stärkeren. Und das soll auch

in der katholischen Kirche Anwendung finden? Dass einsprachige Diöcesen leichter zu pastoriren sind, als mehrsprachige, begreift ein Jeder; besonders ist die Sache sehr bequem für alle privilegirten Faulenzer, welche da sagen: wir werden doch nicht die Sprache eines minderwerthigen Volksstammes erlernen. Wären die Schreiber genannter Schrift katholische Priester, müssten sie doch wissen, dass in allen Seminarien, in welchen Priesterkandidaten erzogen werden für Länder mit gemischter Bevölkerung, alle diese Sprachen erlernt werden müssen. So wird vom Priesterseminar in Jassy in Rumänien folgendes berichtet: „Die bunte Vielsprachigkeit Rumäniens, wo neben Rumänen zahlreiche Ungarn, Polen, Ruthenen, Böhmen, Deutsche und Franzosen wohnen, musste natürlich im Schulplan besonders berücksichtigt werden. Daher wurde die deutsche und französische Sprache als Pflichtfach für alle aufgenommen. Von den übrigen Sprachen wählt sich jeder Priesterkandidat die eine oder die andere nach Belieben. Von den 12 Erstlingen des Seminars spricht jeder ziemlich geläufig wenigstens je fünf lebende Sprachen. (Kathol. Missionen, Jahrg. 30, Seite 132.) Gehen wir nach Ostindien. In der Stadt Bombay, mit einer Einwohnerzahl von 776.006 Personen, werden diese Sprachen gesprochen: Gujarati, Kanary, Marathi, Sindbi, Hindustani, Marwari, Malayalam, Tamil, Telagu, Arabisch, Chinesisch, Englisch und Portugiesisch. Der Apostolische Delegat von Ostindien Monsign. Zaleski gibt den katholischen Missionären von Ostindien das Zeugniss, dass die Meisten von ihnen bis 10 lebender Sprachen geläufig mächtig sind. Katholische Priester in Nordamerika müssen, falls sie für die Seelsorge brauchbar sein wollen, neben des Englischen noch mehrere andere lebende Sprachen erlernen. Wo könnte in diesen riesigen Ländern, denen gegenüber Böhmen so klein ist wie eine Handmappe, der obige „Grundsatz“ der Einsprachigkeit Anwendung finden? Soll auch das Land Böhmen wegen einer handvoll geistfauler Theologen in einsprachige Diöcesen eingerichtet werden? Wir brechen ab. Wenn der Grundsatz der Einsprachig-

keit im kirchlichen Interesse zulässig wäre, wozu hätten die Apostel am Pfingstfeste die Sprachengabe erhalten?

Schon dieser eine Satz, den wir aus der genannten Schrift citirt haben, genügt zu beweisen, dass sie eine Sünde wider den hl. Geist ist. Doch genug, wir wollen uns mit dem Inhalte dieser Schandschrift nicht mehr befassen, sie ist nur ein Beleg, dass der nationale Wahn auch Priester hinreissen kann zu Werken, die wohl eines Priesters vollständig unwürdig sind. Die Hetze über die nationale Theilung der Diöcesen in Böhmen dauerte fast 3 Jahre. Der Impuls ging offenbar von den Treibern der Körberischen Regierung aus. In der päpstlichen Nuntiatur in Wien wurden schon Berathungen gepflogen und die Seele von Allem war Weihbischof Frind in Prag. Da erhob sich der böhmische Rudigier, der leider zu früh verstorbene Bischof Brynych von Königgrätz und legte sein Veto ein, überreichte dem Monarchen in dieser Angelegenheit ein grosses Memorandum. Darob waren denn Dr. Körber und Weihbischof Frind dem verstorbenen Oberhirten nicht absonderlich dankbar. Uebrigens hätten sich ja die anonymen Schreiber genannter Schandschrift ihre Arbeit ersparen können. Viel kürzer und preciser hat ihr Geschäft der Generalissismus der Abfallsarmee Schönerer besorgt. In der Sitzung vom 27. Februar 1901 stellte Abgeordneter Schönerer und Genossen folgende Anfrage:

In der Erwägung, dass im Laufe der letzten 20 Jahre immer häufiger die Wahrnehmung gemacht werden konnte, dass in Pfarrsprengeln von rein deutscher oder überwiegend deutscher Bevölkerung die Pfarrstellen mit solchen Geistlichen besetzt werden, velche nicht der deutschen Nationalität angehören; in der weiteren Erwägung, dass es eine Kränkung der heiligsten Gefühle der deutschen Bevölkerung genannt werden muss, wenn derselben die Tröstungen der Religion nicht von Männern ihres eigenen Stammes, sondern von fremdnationalen, nur zu oft dem Deutschthume feindlich gesinnten und diese feindselige Gesinnung sehr häufig zu überlautem Ausdrucke bringenden Geistlichen gespendet werden; endlich in

der Erwägung, dass nicht deutsche Priester durch ihre ausgesprochen deutschfeindliche Gesinnung nur zu oft den Keim der Zwietracht in die deutsche Bevölkerung tragen, stellen die Gefertigten die Anfrage:

„Ist die k. k. Regierung geneigt die unterstehenden Statthaltereien und Landesregierungen dahin zu beauftragen, bei Vorschlägen zur Besetzung von Pfarrstellen in rein deutschen oder überwiegend deutschen Pfarrgemeinden stets nur Priester deutscher Abstammung zu berücksichtigen?“

	Schönerer.
Hauck.	Dr. Bareuther.
Berger.	Herzog.
Schreiter.	Lindner.
Dr. Eisenkolb.	Johann Laurenz Hofer.
Stein.	Iro.
Alvin Hanich.	Kutscher.
Dötz.	Kittel.
Kliemann.	Dr. Tschan.

Am 28. Februar 1903 stellten die Alldeutschen im Wiener Reichsrath den Antrag auf nationale Trennung der Diöcesen in den böhmischen Ländern. Weihbischof Frind und seine Gefolgschaft und Schönerer mit seinen Manen liegen sich da einig in Armen. Wahrhaftig eine saubere Gesellschaft das! Welche Früchte diese Hetze brachte, dafür ein Beispiel. Ein reichsdeutsches Blatt brachte Anfangs Jänner 1902 folgenden Bericht. „Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Prag berichtet wird, wird die Agitation der Tschechen gegen die von deutscher Seite nachdrücklich befürwortete nationale Theilung einzelner bischöflicher Diöcessen in Böhmen mit aller Kraft fortgesetzt. Aus den Kreisen des böhmischen Klerus erhielt das in deutscher Sprache erscheinende Prager Tschechenblatt, die „Politik“, genaue Angaben über den Umfang dieser Agitation. „Die Parole, dass die Bisthümer in Böhmen nach der Nationalität getheilt werden sollen“, heisst es in dieser Mittheilung, „findet bei dem deutschen Klerus in Böhmen mehr und mehr Wohlgefallen. Es wurden mehrere Petitionen nach Wien ge-

sendet, in welchen die Theilung verlangt wird; es wurden auch viele Konferenzen darüber abgehalten. Der tschechische Klerus wurde durch diese Agitation tief beunruhigt. Er hat eine Petition an die Nuntiatur in Wien verfasst, in welcher die religiösen und nationalen Zustände in Böhmen erörtert werden. Diese Petition wurde vom tschechischen Klerus in allen Vikariaten reichlich unterschrieben, namentlich in der Königgrätzer Diöcese, wo der Bischof Dr. Eduard Brynych selbst mit dieser Aktion völlig einverstanden war und dann noch im privaten Wege als Oberhirt bei der Wiener Regierung und beim päpstlichen Stuhl in Rom intervenirte. Infolge dieser nicht zu unterschätzenden Bewegung setzte die Regierung die Angelegenheit von der Tagesordnung ab, wie es auch thatsächlich an die einzelnen bischöflichen Ordinariate mitgetheilt wurde". Der tschechische Klerus, versichert der Schreiber dieser Mittheilung an die „Politik", ist tief beunruhigt, denn es sei offenbar, dass es sich dem deutschen Klerus um die Vernichtung der tschechischen Minoritäten handle. Dies werde durch die deutschen Diöcesankataloge erwiesen, wo früher bei den sprachlich gemischten Städten und Gemeinden beide Sprachen, nämlich lingua germanica et bohemica, angeführt wurden. Aber in den letzten Diöcesankatalogen liest man bei vielen Städten, z. B. Reichenberg, Brüx, Teplitz, Dux, Aussig a. d. Elbe, Trautenau, Gablonz, Saaz lingua germanica. Die Worte et bohemica sind verschwunden. Und das soll als eine amtliche Nachweisung gelten. Die tschechischen Geistlichen, so klagt der Berichterstatter der „Politik", führen in dem „geschlossenen Sprachgebiete" kein angenehmes Leben. Aber ihre ärgsten Gegner seien nicht die deutschen Bewohner der einzelnen Pfarrsprengel, sondern die deutschen Priester selbst. Auf den Vikariats-Konferenzen dienen die tschechischen Priester den deutschen Priestern als Stichblat der grössten Invektiven. Das Konsistorium und die obersten Kirchenbehörden würden in diesen Konventikeln auf eine solche Art kritisirt, wie dies der tschechische Priester nie wagen dürfe. „Der tschechische Klerus", heisst es dann weiter,

„erwartet, dass die kompetenten Behörden ein entscheidendes Wort sprechen werden, denn unter diesen Umständen müssten die tschechischen Priester aus dem gemischten Sprachgebiete wirklich fortgehen, wie es der heisseste Wunsch des deutsch-national gesinnten Klerus verlangt. Diese Reinigung wäre ein Unglück für die Kirche und für das ganze Reich."

Dass man auf deutscher Seite die Schaffung der deutschen Diöcesen und die Berufung deutscher Priester mit Fug und Recht wünscht, beweisen die Klagen über das provokatorische Vorgehen der tschechischen Kapläne, die es als ihre Pflicht ansehen, in deutschen Gemeinden mit aller Macht zu tschechisiren. So meldet die mit ruhiger Entschiedenheit für die Interessen des Deutschthums eintretende „Bohemia" über Vorgänge in der deutschen Sprachinsel Bowitz und Unter-Groschum, welche der tschechischen Pfarre Netolitz zugetheilt sind: „Früher wurde die Acht-Uhr-Frühmesse deutsch gehalten, und es wurde hiebei deutsch gesungen. Das hat aufgehört. Nur das Evangelium wird in beiden Sprachen gelesen Sobald der Priester deutsch zu lesen beginnt, da geht ein Räuspern los, so dass man die deutschen Worte nicht vernehmen kann. In Netolitz ist ein Kaplan, der als glühendster Hasser alles Deutschen bekannt ist. Während der Weihnachtsfeiertage hielt er eine Predigt, die vollends jedem Deutschen das Kirchengehen verleidet. Die ganze Predigt handelte nur von der „Nemci". Nicht einmal andeutungsweise können die einzelnen Kraftstellen wiedergegeben werden. Als zahm können noch die Worte bezeichnet werden: „In Böhmen sieht es jetzt traurig aus. In den deutschen Schulen ist es verboten tschechisch zu beten, und doch leben diese „Nemci" in Böhmen, im Lande des heiligen Wenzel, der doch nur Eine Zunge hatte, die tschechische u. s. w." So gehen nach der leidenschaftslosen Schilderung der „Bohemia" die Tschechen vor. Dieselben Leute aber, die den Deutschen in Bowitz und Groschum den Gottesdienst in deutscher Sprache verwehren wollen, ereifern sich über den „barbarischen Hakatismus" der preussischen Regierung, die in einem seit mehr denn 100 Jahren mit

Preussen vereinigten ehemals polnischen Landestheil nicht etwa den polnischen Gottesdienst einzuschränken sucht — denn davon ist in Posen und Westpreussen nirgends die Rede — sondern nur so „rücksichtslos und gewaltthätig ist“. den des Deutschen vollkommen mächtigen Schulkindern in der Schule den Religionsunterricht in deutscher Sprache ertheilen zu lassen und ihnen, wenn sie die Renitenz gegen den Gebrauch der deutschen Sprache bis zum Aeussersten treiben, unter Anwendung der überall gebräuchlichen Mittel der Schuldisciplin eine durchaus berechtigte Lektion zu ertheilen. Die ungebärdigen Rangen werden dann nicht nur als die Blüthe des Polenthums gefeiert, sondern als Märtyrer ihres nationalen Empfindens und ihrer religiösen Ueberzeugung in allen Tonarten gepriesen! Es ist wirklich schwer, hier keine Satire zu schreiben!“

So weit das reichsdeutsche Blatt. Wir wollen noch einige Bilder aus anderen Ländern hinzufügen. Die Regierung des Sagasta hatte Mitte 1902 angeordnet, dass in Katalonien nur die spanische Sprache in den Schulen anzuwenden sei, und auch der Religionsunterricht dürfe im Katalonischen nicht ertheilt werden. Die Folge dieses Regierungsaktes war ein Aufstand in ganz Katalonien. Die Lehrer und Priester durften der Anordnung gar nicht Folge leisten, das Volk hätte sie gelyncht. Kardinal Casanas, Erzbischof von Barcelona, sagte bei der Ertheilung der Firmung in Kaldetas den versammelten Gläubigen folgendes: Die Lehre Christi soll jedem Volke in seiner Volkssprache verkündigt und gelehrt werden. Darum gab Gott den Aposteln die Sprachengabe.

Die Kirche darf sich um die Massnahmen der Politiker und Regierungsmänner, die etwa die Gewalt in Händen haben, nicht kümmern. Die Politiker kommen und gehen, die Kirche aber bleibt und sie darf nichts von ihren Traditionen preisgeben. Gebrauchet also die Sprache beim Unterricht der hl. Religion, welche ihr von euerer Mutter erlernt habt. Die ruchlosen Gauner, welche in Frankreich die Gewalt in Händen haben und dieselbe zur völligen Ausrottung der katholischen Kirche nun anwenden, gaben auch

für die Bretagne das Verbot, die Priester dürfen in der bretonischen Mundart weder predigen noch in der Schule Religionsunterricht ertheilen. Der Abgeordnete Lamy brachte am 16. Jänner 1903 eine Interpellation in der Kammer vor. Der Interpellant erklärte, da die bretonische Mundart vor den Friedensgerichten gestattet sei und überdies Predigten in baskischer, deutscher und italienischer Sprache geduldet würden, sei es ungerecht, Predigten in bretonischem Dialekt zu verbieten.

Minister-Präsident Combes erwiderte, er habe sich den von Fallières und Waldeck-Rousseau erlassenen Cirkulären, durch welche sämmtliche lokalen Dialekte bei religiösen Uebungen verboten worden seien, angepasst. In der Kirche wie in den staatlichen Schulen müsse einzig und allein die französische Sprache zur Anwendung gelangen. In der Bretagne werde sicherlich Friede einkehren, jedoch nur durch die Unterwerfung des Klerus unter die Befehle der Regierung. Bald darauf wurde über 40 Pfarrern in der Bretagne die Gehaltssperre von der Regierung verhängt. Ist das nicht eine Warnung für unsere Opitzianer, sie sollen nicht ins Feuer Oel giessen und die germanisirende Regierung auch in die Kirche hineinrufen, wie sie es in der verruchten Schrift über die Errichtung einsprachiger Diöcesen in Böhmen gethan haben? Es ist bekannt, dass die Bretagne ein treues katholisches Volk hat, über welches die Juden, Freimaurer bis jetzt absolut keine Gewalt haben erlangen können. Wir können uns über diesen wichtigen Gegenstand nur sehr gedrängt fassen. So könnten wir die furchtbaren Verheerungen in der katholischen nichtmagyarischen Bevölkerung in Ungarn durch Aufzwingung der magyarischen Sprache beschreiben. Wir geben hier nur folgendes an. Am 9. Jänner 1903 brachte das grosse Judenblatt, der „Pester Lloyd" diese Nachricht:

(Labor omnia vincit!) Mit diesem alten Wahrspruche ermuthigt Kardinal-Fürstprimas Klaudius Vaszary die Schulinspektoren seiner Erzdiözese in einem Rundschreiben, das der Verbreitung der ungarischen Sprache gewidmet ist. Se. Eminenz fordert

die erwähnten Organe auf, dahin zu wirken, dass der Religionsunterricht in den gemischtsprachigen Schulen ungarisch erfolge, damit derart der Boden für rein ungarische Predigten vorbereitet werde. Er ersucht sie, vor etwaigen Schwierigkeiten und Mühseligkeiten nicht zurückzuschrecken und ertheilt praktische, beherzigenswerthe Weisungen, wie diese Verfügung am zweckmässigsten auch dort durchzuführen wäre, wo die Kinder jetzt der ungarischen Sprache noch gar nicht mächtig sind. Wenn diese von wahrem patriotischen Geiste diktirte Verordnung des Fürstprimas streng eingehalten wird, dann wird sie die von unserer Unterrichtsverwaltung mit dem Volksschulwesen verknüpften edlen Ziele jedenfalls wesentlich fördern. Also Fürstprimas Kardinal Vaszary ordnet an, dass auch in den Schulen, wo die Kinder das Ungarische gar nicht verstehen, die Religion doch in dieser Sprache unterrichtet werden sollte. Wir wollen uns weiterer Kritik enthalten, fügen jedoch bei, dass alle ehrlichen Priester die Pflicht hätten, den Kardinal in Rom anzuzeigen, denn seine Weisung bedeute wohl einen massenhaften Seelenmord und keine Seelsorge. Am 12. Februar 1903 brachte der „Pester Lloyd" diese Nachricht:

(Bestrafung eines ungarnfeindlichen Katecheten.) Wie dem „Pol. Ert." aus Déva gemeldet wird, hat Kultus- und Unterrichtsminister Julius Wlassics den griechisch-katholischen Katecheten Johann Stupinianu, welcher an der staatlichen Elementarschule den Religionsunterricht besorgt, dieser Funktion enthoben und gegen ihn vor dem kompetenten Strafgerichte die Anzeige erstatten lassen. Der Seelsorger rief den Knaben, welche ihn in ungarischer Sprache begrüssten, wiederholt zu: „Ihr seid keine Ungarn; grüsset mich nur in rumänischer Sprache!" Das Lugoser Konsistorium hat wohl die gegen den Katecheten erhobene Beschwerde des Schulinspektors als unbegründet zurückgewiesen, der Minister enthob Stupinian jedoch, wie erwähnt, seiner Funktion. Welches werden denn die Folgen sein? Was die Jahrhunderte dauernde Türkenherrschaft nicht zu Wege brachte, die Entchristlichung Ungarns, das werden wohl in kurzer

Zeit ungarische Bischöfe zu Wege bringen, sie sollen nur sofort dem Staate dienen, und die Kirche missachten, es wird die Zeit kommen, wo die Bischöfe selbst dann überflüssig sein werden. Das Gericht Gottes stellt sich über kurz oder lang mit eiserner Konsequenz ein. Wen würde denn das Drama in Wreschen das Herz nicht erschüttern, wo kleine polnische Kinder vor den Richtern aussagten, sie könnten das „Vater unser" in deutscher Sprache nicht über die Lippen bringen! Und da wagt ein Kardinal Vaszary selbst die Herzen der Kleinen zu vergiften? Kennt er den Ausspruch des Heilandes vom Mühlstein? Fürchtet er sich nicht vor der Strafe Gottes? Man könnte ganze Bände darüber schreiben, wie das ganze Volk der Slovaken, welches doch über 3 Millionen Seelen zählt, selbst vom ungarischen Episkopat preisgegeben wird, es soll ganz ausgerottet werden und die ungarischen Bischöfe helfen mit, trotz des Veto, das der apostolische Stuhl ihnen gegeben hat. Ebenso traurige Zustände herrschen im Süden Oesterreichs, also sehr nahe an Rom.

Ende Januar 1903 schrieb der „Edinost" folgendes. In der Diözese Parenzo-Pola sind zur Zeit 10 Kanonikate, 34 Pfarr- und 12 Kaplanstellen, zumeist im kroatischen Gebiete, nicht besetzt. Es werden die betreffenden Titulare nicht ernannt und die Stellen bleiben entweder ganz unbesetzt oder werden von minder besoldeten Hilfsgeistlichen versehen. Die Geistlichkeit der Diöcese wird dabei um eine Einnahme von rund 600.000 Kronen gebracht, welche für die Titulare sonst aus dem Religionsfonde gezahlt würden. Der Diöcesanbischof verfolgt dabei den Zweck, dass die slavischen Priester in keine ständige Stellung kanonisch investirt werden, so dass sie jederzeit amovirbar sind. Dieses System besteht in beiden Diöcesen der Halbinsel Istrien zur Förderung der Italienisirung der slavischen Diöcesanen. Diesem Zwecke werden die kirchlichen Interessen der katholischen Kirche rücksichtslos preisgegeben und geopfert. Die Folgen davon beginnen sich schon zu zeigen! Zur Versiegelung von Kirchen wird sich wohl immer genug Siegelwachs finden, aber die Entsiegelung dürfte schon

mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein. Die Gemeinde Ricmanje wollte die altslavische Liturgie vom Konsistorium bestätigt haben. Da dies verweigert wurde, meldete sich die Gemeinde zur unirten griechisch-orientalischen Kirche. Die Protestanten machten der Gemeinde ein Angebot von 280.000 Gulden, falls alle Einwohner zum Protestantismus übertreten wollten. Das Angebot wurde zurückgewiesen. Der „Edinost“ berichtet weiter:

Angesichts der Strenge, welche das bischöfliche Ordinariat von Triest gegen Ricmanje entwickelt hat, traten die Triester Slovenen mit der Forderung hervor, das Ordinariat möge mit entsprechender Energie auch dafür sorgen, dass die willkürliche, Nichtchristen zuliebe verfügte Ausschliessung der slovenischen Sprache aus den Kirchen zurückgenommen und dem slovenischen Volk sein ungesetzlich entzogenes Recht wieder zurückerstattet werde. So wird denn vom Ordinariat die Wiedereinführung der slovenischen Predigten in den Triester Kirchen zu Sct. Justus und Antonius Major gefordert, wo sie seit Menschengedenken stattgefunden haben, bis sie auf Betreiben des Triester Magistrats beseitigt worden sind. Sie fordern, dass der Religionsunterricht den slovenischen Kindern in ihrer Muttersprache ertheilt werde, wie dies seit jeher geschah, bis italienische Priester kamen, welche dem slovenischen Volke die italienische Sprache aufzwingen wollen. „Es ist bekannt,“ heisst es im Aufrufe weiter, „dass in Oesterreich preussische Agitatoren für das Lutherthum arbeiten und thatsächlich Tausende der katholischen Kirche abwendig gemacht und sie zum Lutherthum hinübergezogen haben. Wie gehen kirchliche Behörden in diesen Fällen vor und welche politische Behörde unterstützt sie dabei? Ein uniatischer Geistlicher durfte in Ricmanje keinen Gottesdienst halten, weil er kein österreichischer Unterthan war. Wann aber sind jene Pastoren, welche aus Deutschland nach Oesterreich kommen, um hier den Lutherglauben zu verbreiten, österreichische Unterthanen geworden?“ Während man aber die germanische Irredenta im Norden, wenn auch nicht bekämpft, so doch wenigstens nicht direkt unterstützt,

erfreut sich die italienische Irredenta im Süden der Unterstützung der kirchlichen, wie der staatlichen Behörden, welche ihr zuliebe die Sprache der einheimischen Bevölkerung aus der Kirche und der Seelsorge, aus Amt und Schule ausschliessen, damit die Irredenta, welche offen die Losreissung dieser Länder und deren Vereinigung mit Italien betreibt, behaupten könne, dass sie italienisch seien! Im Norden wird „pour le roi de Prusse“, im Süden „pour le roi d'Italie“ gearbeitet; dass man gar nicht dazu kommt, sich auch einmal des Kaisers von Oesterreich, des legitimen Landesherrn zu erinnern, ist bei einem solchen System nur zu begreiflich!

Ein weiterer Bericht desselben Blattes sagt. In Ricmanje gab es Donnerstag (den 5. Februar 1903) um 9 Uhr Früh wieder eine Kommission. Es fanden sich eine grössere Anzahl von Beamten mit dem Bezirkshauptmann an der Spitze ein, in deren Mitte drei Priester, unter denen sich auch der neue Kaplan von Ricmanje befand. Die ganze Kommission begab sich in die Kaplanei, blieb dort etwa fünf Minuten, schloss sie wieder ab. Der Bezirkshauptmann und die Gensdarmen grüssten nach allen Seiten freundlich, aber Niemand nahm von ihnen Notiz. Erst später erfuhren die Leute, dass die Kommission der Installirung des neuen lateinischen, recte italienischen Ortskaplan galt. Die Kirche blieb jedoch vorläufig versiegelt. Der Name „Ricmanje“ bürgert sich allmälig als Fachbezeichnung für den Widerstand gegen die Italienisirung der katholischen Kirchen im Küstenlande ein. Dieser Tage erschien eine Slovenin in der Pfarre zu Sct. Jakob in Triest, um dort einen Sterbeschein für ihren Gatten zu erheben. Die Geistlichen verweigerten ihr die Ausfertigung eines slovenischen Sterbescheins, weil sie gar nicht slovenisch verstehen. Auch der Kirchendiener und sein Gehilfe wollten nicht slovenisch verstehen. Der Katechet Bullo, an den sich die Frau dann wendete, bemerkte zu ihr, ob sie denn aus Ricmanje sei? Der Pfarrer, an den sich die Frau zuletzt wenden wollte, schlug ihr die Thür vor der Nase zu! So werden gläubige Katholiken auf katholischen Pfarren behandelt — wenn sie — Slo-

venen sind! Wir schliessen dieses Kapitel und überlassen den Lesern ihre Betrachtungen über die hier angeführte Thatsachen anzustellen. Ferne sei von uns jedes herbe Wort, das wir mit Recht hier anbringen könnten. Wir sind der Ueberzeugung, dass auch die Vorsehung Gottes, wann die Zeit reif sein wird, hier Wandel schaffen wird. Das Eine ist sicher, dass dort, wo Menschen unterdrückt werden, von einem Christenthum nicht die Rede sein könne und wäre der Ort selbst eine Kirche.*)

XXIV. Zukunftspläne des Protestantismus. Die Weltpolitik Preussen-Deutschlands.

Die katholische Kirche hat im Laufe der Jahrhunderte schwere Verluste erlitten. Der erste grosse Verlust war das Schisma im Osten, welches vollendet wurde im Jahre 1050 durch den Patriarchen Michael Caerularius. Durch dieses Schisma gieng fast der ganze asiatische Orient der katholischen Kirche verloren und wurde Beute des Islam. Der europäische Osten gieng an den russischen Car, welcher das Oberhaupt der russischen orthodoxen Kirche ist, verloren. Den zweiten grossen Verlust erlitt die katholische Kirche im Westen Europas durch die deutsche und englische Glaubensspaltung. Das Schicksal der katholischen Kirche wurde in den Gebieten des jetzigen Deutschen Reiches, dann in Dänemark, Schweden und Norwegen durch den 30jährigen Krieg entschieden. Diese Länder vordem einig und zugehörig zu Rom, giengen der katholischen Kirche zum grossen Theil verloren. Luthers Saat trug tausendfache Früchte Eine grosse Anzahl Landesfürsten wurde protestantisch und mit ihnen ein Theil des Adels, die sich alle einig um die grossen Kirchengüter theilten. Der Protestantismus ist in seiner Wiege und seinem Wesen nach ein Raubzug an den Gütern der katholischen Kirche. Historische Belege dazu liefert ja massenhaft Janssens „Geschichte des deutschen Volkes“ und Döllingers „Die Reformation“. Was nach

*) *Anmerkung.* Als Urheber der Schrift „Zur Frage der Errichtung deutscher Bisthümer in Böhmen“ werden hier in Prag allgemein bezeichnet Weihbischof Frind und Theologie-Professor Dr. Hilgenreiner in Prag.

dem Westphälischen Friedensschluss in den Ländern des jetzigen Deutschen Reiches der katholischen Kirche verblieb, das wurde nach den napoleonischen Kriegswirren und während derselben der katholischen Kirche vollends weggenommen. So schrieb Anfangs März 1903 das „Bayerische Vaterland“ folgendes nieder. „1803 bis 1903. Vor 100 Jahren hat der sog. Reichsdeputationhauptschluss im deutschen Lande sog. Ordnung geschaffen. 420 Millionen rheinische Gulden Kirchengut wurden säkularisirt.

Kostbare Paramente und Kirchengefässe, Reliquiarien sammt ihrem heil. Inhalt wurden an Juden verkauft, werthvolle Bibliotheken beraubt und verschleudert“ (Kirchenlexikon). Ja die Juden haben allen Grund, den 25. Feber als die Centenarfeier des Beginnes ihrer finanziellen Grossmachtstellung in Deutschland zu begehen, denn der grösste Theil des geraubten Kirchenvermögens fiel den Juden in die Hände. Auffallend, dass gerade nach 1803 das Vermögen der Rothschild so rapid in's Wachsen kam, nachdem doch der alte Rothschild im Jahre 1800 noch so viel wie gar nichts hatte. Bezeichnend ist auch die Vorliebe der Rothschilds für alte Altäre und sonstige kirchliche Einrichtungsgegenstände; ihre Sammlungen geniessen Fachruf.

Freilich wird die säkularisirte Masse auch vielen christlichen und besonders katholischen Kapitalisten der damaligen Zeit in die Augen gestochen haben, aber ihr Gewissen hielt sie davon ab, sich mit geraubtem Kirchengut zu bereichern und so hatten die Juden dank dieser frommen Scheu christlicher Kapitalisten vor dem Fluche, der auf dem Verbrechen des Sakrilegiums und der Beihilfe dazu lag, freies Spiel und konnten mit dem um wahre Schleuderpreise erkauften Kirchengute schachern und wuchern ganz nach Herzenslust. Unsere Herren Altphilologen können nicht genug jammern über den Vandalismus der Türken, die die Bibliothek von Alexandrien verbrannten und dadurch der Literatur einen unersetzbaren Schaden zufügten. Ueber die Juden vom Jahre 1803 aber jammern die Herren nicht, gerade als ob sie nicht wüssten, dass diese ganze Stösse von Urkunden und kostbaren

Büchern und Handschriften den ehrsamen Metzgern, Käsern und Bäckern am Anfange des vorigen Jahrhunderts pfundweise als Makulatur verkauften. Den Juden gegenüber ist Alles feige, was liberal ist oder aus dem Liberalismus hervorgegangen ist.“ Wie wir gesehen haben, ist der Protestantismus seit 30 Jahren im geeinigten Deutschen Reiche im stetigen Wachsen begriffen und das auf Kosten der katholischen Kirche. Preussen führt im geeinten Deutschen Reiche die politische Hegemonie und diese führt nothwendig nach sich auch die Oberherrschaft des Protestantismus auf allen anderen Gebieten im Deutschen Reiche. Die Bestrebungen der Alldeutschen sind denn auch darauf hingerichtet, die deutsche Nation in der Glaubenseinheit zu organisiren durch die Schaffung einer deutschen Nationalkirche unter der Oberhoheit der hohenzollerischen Dynastie, also ein deutscher Cäsaropapismus nach Art des russischen. Der Traum der Hohenstaufen soll nun nach 1000 Jahren in Erfüllung gehen. Was die Hohenstaufen gegen Innocenz III. nicht erkämpfen konnten, das soll nun Wilhelm II. und seinen Nachkommen gelingen. Der letzte mächtige Hohenstaufe Friedrich II. starb 1250 und bald nach ihm seine Nachkommen. Die Hohenstaufen unterlagen völlig im Kampfe mit dem Papst. Die Hohenzollern haben grössere Pläne als die Hohenstaufen.

Das Organ der deutsch-socialen Partei „Der Hammer“ schreibt in Nr. 14, Jahrgang 1903, folgendes: „Als in der Mitte der 70er Jahre die deutsche Socialdemokratie am heftigsten tobte, die blutrothen Most und Hasselmann, glaubten viele junge Handwerker und Arbeiter, dass die sociale Revolution sehr bald schon dem ganzen „Kaiser-Rummel“ ein Ende bereiten würde. Der kluge Herr August Bebel verkündete späterhin noch im offenen Reichstag, dass der „grosse Kladderadatsch“ höchstens noch fünf Jahre auf sich warten lasse. Wilhelm I. ist schon 14 Jahre todt; wir hatten inzwischen einen Kaiser Friedrich III. und haben gegenwärtig einen prononcirt monarchischen Wilhelm II.; die Deutschen werden wohl auch noch einen Wilhelm III. und IV. und einen V. und VI. haben. Sollten die Hohenzollern einmal abblühen, so

wird ein Wettiner oder ein anderer königlicher Bundes-Fürst das deutsche Kaiser-Scepter ergreifen; durch die Bundes-Verfassung erscheint das Kaiserthum in Deutschland stark und fest vernietet. Es wankt nicht so leicht, wie die Throne in Frankreich. Diese weite historische Perspektive thut dem deutschen Auge wohl, wo die Socialdemokratie immer noch ihren kurzgesehenen Kladderadatsch verkündet. Der sichere Ausblick in eine weite Ferne gibt Ruhe für die Gegenwart und Geduld und Sinn und behagliche Bedachtsamkeit, die Fundamente des deutschen Glücks tiefer zu legen, als es die jüdische Nervös-Macherei dulden möchte. Herrn Paul Singer, der kürzlich erst im Reichstag die Republik für das Ziel der Socialdemokratie erklärte, wird diese weite und sichere Kaiser-Perspektive in die deutsche Reichs-Zukunft nicht passen, um so mehr sollten die Deutschen sich durch sie politisch beruhigt und aufgerichtet und zu weittragenden Volks-Ideen angeregt fühlen. Deutschland steht erst im Jünglings-Alter seines historischen, und erst im Kindesalter seines inneren Staatslebens. Die männlichsten Aufgaben harren seiner noch, nach aussen wie nach innen. Die Aufgaben nach aussen kann man leicht an den Gefahren ermessen, die dem central gelegenen Deutschland von allen Seiten drohen können.

Die Aufgaben nach innen sind nicht kleiner. Man denke nur, welch ein Riesengeist dazu gehören wird, den Deutschen nach der jetzt errungenen Reichs-, Rechts-, Münz- und Heeres-Einheit die — Glaubens-Einheit wiederzugeben, ein Problem, das noch kaum in Angriff genommen wurde. Schwer lasten ferner die socialen Räthsel aut dem deutschen Gemüth, das bis jetzt auf seinem eigenen Grund und Boden noch kein rechtes Behagen gefunden hat. Hier gilt es Riesen-Arbeiten zu verrichten: aber alle diese Aufgaben kann das deutsche Volk lösen, wenn es nur eben soviel guten Willen, wie es kraft seiner Jugendlichkeit gute Zeit dazu hat. Wie ein Gebet klingen die herrlichen Verse Freiligrath's, die er in der 48er Zeit dichtete, die aber weit besser für das heute in der Kaiserknospe ruhende Deutschland passen:

„Der Du die Blumen auseinanderfaltest,
O Hauch des Lenzes, weh auch uns heran!
Der Du der Völker heil'ge Knospen spaltest,
O Hauch der Freiheit, weh auch diese an!
In ihrem tiefsten, stillsten Heiligthume
O, küss' sie auf zu Duft und Glanz und Schein —
Herr Gott im Himmel, welche Wunderblume
Wird einst vor allen dieses Deutschland sein!"

Heinrich Heine verspottete die Deutschen, die den Kölner Dom nie fertig bringen würden; sie haben es nach vielen harten Jahrhunderten endlich doch gethan, trotz Kriegsnoth, Philisterthum und Judenspott. So werden sie auch den Idealbau ihres Volksthums vollenden, der politisch welt- und wetterfest, religiös erhaben und social gemüthvoll und behaglich weit in die Ferne der Zeiten ragen wird. Dann wird man erkennen, dass die Zeit des alten Wilhelm, Bismarck's und Moltke's, die man in leichten Festreden so gern als die eigentliche Zeit des deutschen Reichs-Frühlings anpreisen hört, in Wahrheit nur eine schwere Zeit der Wintersaat war. Bismarck ist im April und der alte Wilhelm im März geboren und um beide hat es gewiss genug geschneit, gehagelt und gestürmt. Die lieblichsten Tage des Vaterlandes kommen erst und sie kommen so sicher, wie aus den frischen Zügen des im Mai geborenen Kronprinzen uns das Bild des ersten deutschen Frühlings-Kaisers entgegen blickt!"

Hier haben wir deutlich die Forderung nach der Einheit des Glaubens für die ganze deutsche Nation ausgesprochen. Der Führer diese Partei ist der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg. Ganz präcise verlangt „Die Wartburg" vom 2. Jänner 1903 die Glaubenseinheit für die deutsche Nation und fordert natürlich, dass dazu nur der Protestantismus als solcher berechtigt sein könne. Die „Wartburg" schreibt: „Das innerliche Recht zu dem Kampf, der gegen den Papismus im Interesse unseres Volkes und im Namen der christlichen Religion zu führen ist, wird durch das Wort des grossen Theologen Schleiermacher bezeichnet: „Die evangelische Kirche kann mit gutem Gewissen dahin streben, die Reformation über alle germanischen Völker als die ihnen eigentlich ange-

messene Form des Christenthums zu verbreiten." Das ist eben deutsch-evangelisch. Wir sind nicht der Meinung, als würde der Protestantismus nur als Ausfluss und Besitzthum unserer Volksart erklärt. Warum sollten nicht Romanen und Slaven für das hohe Gut des romfreien Evangeliums empfänglich sein? Die Geschichte bezeugt, dass die Franzosen einst in kräftigster Weise das biblische Christenthum vertraten; Flammenzeichen am Horizont unserer Tage wecken die Hoffnung, der Tag sei nahe, wo sie gesta dei, die Thaten Gottes, wieder allein unter der Führung des Herrn Jesu Christi vollbringen und nicht mehr unter dem Banner des Pontifex sich sammeln. Ja, wir hegen auch die Zuversicht, dass sich die Tschechen auf ihre im Widerspruch gegen Rom rege Vergangenheit besinnen und durch Hinkehr zum Evangelium ihrem Volke eine bessere Zukunft sichern werden. Die Menschheit wird nicht eher frei aufathmen, als bis sie, vom Druck des Ultramontanismus erlöst, auf die Strasse der Reformation einbiegt.

Wenn wir deutsch-evangelisch sagen, so sprechen wir damit die Thatsache aus, dass unser Volk durch das Werk Luthers die ihm zusagende und entsprechende Form des Christenthums gefunden hat, eine Form, in der es mit heisser Liebe an dem Heiland hangen, mit festem Muth auf den himmlischen Vater vertrauen, sein gesammtes Leben in sittlicher Kraft zum Gottesdienste weihen und durch dies alles zugleich seine geistigen Kräfte auf allen Gebieten des Daseins frei und glücklich entfalten konnte. Deutsch und evangelisch gehören zusammen. Gott hat die beiden in einander gefügt, und niemand soll sie scheiden. Niemand vermag es. Luther bleibt der Heros und der Liebling unseres Volkes, Luther in seiner Frömmigkeit. Es ist ein Schandfleck der Ultramontanen, dass sie diesen Helden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ins Gemeine herabzuziehen beflissen waren; selbst auf sein Sterbebett schleuderten sie giftige Verleumdung. Es ist die Grösse Luthers, dass er trotz allem den obersten Platz im Herzen der deutschen Protestanten behauptete, durch römische Hand nicht zu beflecken, dass er selbst einen Döllinger, der

einst in römischer Art wider ihn geschrieben hatte, dazu zwang, ihn später als den gewaltigsten Volksmann anzuerkennen. Dass aber Luther aus seiner geistigen Führerstellung, aus der Liebe und Verehrung seines Volkes, aus der deutschen Geschichte nicht verdrängt worden konnte, dass er heute wieder in der vollen Macht seiner Persönlichkeit unter uns lebt und auf dem Plane der Gegenwart arbeitet, das war nur möglich, weil in ihm und seinem Glauben unser deutsches Volk den klarsten Ausdruck seiner Geistesart und seines religiösen Sehnens und Bedürfens erkannt hat. Deutsch und evangelisch gehören zusammen. Gewiss sieht es jetzt in Deutschland traurig aus; aus dem schlechten Metall des Ultramontanismus ist manche Münze geprägt, die in der Politik ihren Kurs hat. Das Centrum sitzt oben auf; romanisches Wesen und italienische Anschauungen schwirren durch die Berliner Luft. Aber sie leisten schliesslich doch nur den Dienst, den der feindliche Gegensatz in der Geschichte zu vollbringen hat. Der Uebermuth des Romanismus, der nach der vollen Herrschaft über das Deutsche Reich seine begehrlichen Finger ausstreckt, der unsere Gauen mit Kutten und Jesuiten besiedeln will, der unsere Universitäten zu seiner Domäne, unsere Volksschule zu seiner Dienerin machen möchte, der auf heimlichen Pfaden und laut polternd jede energische Regung des evangelischen Christenthums lahm zu legen sich bestrebt, wird gerade das Gegentheil von dem, was er erträumt, erreichen. Er hilft dazu, den Protestantismus zu neuem, kräftigem Bewusstsein seines Werthes und seiner Wahrheit, zu der Einigung seiner mannigfaltigen Richtungen und kirchlichen Gestaltungen, zu entschiedenem, thatkräftigem Widerspruch gegen den archaistischen (alterthümelnden) Versuch zu bringen, das deutsche Volk auf die romanische Frömmigkeit zurückzuschrauben und zu einer Figur auf dem Schachbrett der Pontifexpolitik zu benutzen.

Schliesslich werden die Ultramontanen auch in ihrer noch geduldigen Gefolgschaft den Boden verlieren; bei dieser muss und wird das Gefühl des deutschen Volksthums lebendiger werden und die

Ueberzeugung vorbereiten, dass die romanische Form des Christenthums, welche ihre Priester zu Gunsten des Bischofs in Rom vertreten, nicht auf das deutsche Volksthum zugeschnitten ist; sie werden das Wort Schleiermachers verstehen lernen, dass die evangelische Kirche mit gutem Gewissen dahin streben dürfe, die Reformation über alle germanischen Völker als die ihnen eigentlich angemessene Form des Christenthums zu verbreiten."

Soweit die „Wartburg". Man muss diese Ausführungen sehr genau erwägen. Die „Wartburg" erklärt hier, dass der Protestantismus nicht allein die ganze deutsche Nation, sondern auch andere Nationen erobern solle, also Welteroberung.

Wie reimt sich das aber mit der Erklärung, dass der Protestantismus die Nationalkirche der deutschen Nation sein wolle? Wie sollen da noch andere Völker aufgenommen werden? Das kann nur offenbar geschehen auf Kosten ihrer Nationalität. Als Welteroberung durch den Protestantismus auch in politischer Beziehung, ein grossartiger Caesaropapismus der Dynastie Hohenzollern. Wie der Protestantismus im Osten des Deutschen Reiches arbeitet, davon geben folgende Zahlen ein Beleg. Der Bericht der Kolonisationskommission für Posen sagt: Der Gesammtankauf im Jahre 1902 beträgt 22.007 Hektar zum Kaufpreise von 19,094.531 M. Unter Hinzurechnung der Erwerbungen aus den Vorjahren umfasst der Gesammtgrunderwerb der Ansiedlungskommission am Schlusse des Jahres 1902 an Gutsareal 180.761 Hektar zum Kaufpreise von 127,378.773 M., an bäuerlichem Areal 5740 Hektar zum Kaufpreise von 5,630.743 M., zusammen 186.501 Hektar zum Kaufpreise von 133,009.516 M. Seit dem Jahre 1886 bis Ende 1902 betrug die Zahl der Anfragen seitens evangelischer 17.637, seitens katholischer Anwärter 1327, die Zahl der Zuschläge bei Evangelischen 5627 = 34 v. H., bei Katholiken 279 = 21 v. H. Hierbei ist zu bemerken, dass von den katholischen Bewerbern einmal zahlreiche unerfüllbare Anträge auf Ueberlassung grösserer Güter gestellt wurden, andererseits auch verhältnismässig viel Eingesessene

der Ansiedlungsprovinzen sich meldeten, bei denen die Erfüllung der nationalen Bedingungen für die Zulassung als Ansiedler nicht zweifelfrei war."

Also der officiell preussische Bericht spricht hier offen seinen Argwohn zu Ansiedlern katholischer Konfession aus. Zu dem muss erwähnt werden, dass katholische Ansiedler absolut keine Priester erhalten zur Errichtung einer Kirchengemeinde. Der Protestantismus arbeitet nicht nur innerhalb des Deutschen Reiches, sondern auch ausserhalb desselben, wo immer die preussisch-deutsche Politik eine feste Unterlage für ihre Zukunftspläne haben will. Einen sehr interessanten Einblick gewährt uns der Bericht aus Eski-Schehir in Klein-Asien (Kathol. Missionen Nov. 1902, Seite 37). Die Oberin der dortigen Ordensschwestern schreibt: „Unsere Schule hat sich gut entwickelt, fühlt aber immer mehr die starke Konkurrenz der Schismatiker und Protestanten. Aus politischen Rücksichten suchen namentlich die Deutschen unsere Missionsunternehmungen zu kopieren, um so die französische Sprache durch die deutsche zu verdrängen und eifersichtig die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen, die sich bislang uns zugewandt hat. Bis vor Kurzem hielt sich dieser Wettbetrieb innerhalb der Grenzen der Loyalität und Gerechtigkeit und brachte uns wenig Schaden. Letztes Jahr jedoch haben unsere Gegner, angesichts der Fruchtlosigkeit ihrer bisherigen Versuche sich entschlossen, einen grossen Schlag gegen uns zu führen.

Um nur von der deutschen protestantischen Schule zu reden, die hier kurzweg die „Schule der Gesellschaft" genannt wird, weil sie auf Kosten der Anatolischen Bahngesellschaft unterhalten wird, so sehen wir mit Schmerz, wie man auf die Leute den gehässigsten Druck ausübt. Von vielen nur ein Beispiel aus jüngster Zeit. Einer der Oberingenieure in den Werken der Gesellschaft liess die Eltern eines der Kinder, das unsere Schule besucht, vor sich kommen und stellte folgendes Verhör mit ihnen an. „In welche Schule gehen eure Kinder?" — Zu den Schwestern, Herr Ingenieur." — „Wie, zu den Schwestern? Kennt ihr denn nicht das Rundschreiben der

Bahndirektion, das allen Angestellten zur Pflicht macht, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken? Wenn innerhalb 3 Tage euer Mädchen nicht in der Schule der Gesellschaft ist, werdet ihr aus dem Dienste entlassen." — Was sollten diese braven Katholiken thun? Wollten sie nicht ihren Verdienst verlieren, so durften sie ihr Kind nicht länger in unsere Schulen schicken. Es schien ihnen aber besser, dasselbe zu Hause zu behalten, als es einem Lehrer anzuvertrauen, der keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lässt, unsere heilige Religion und ihre Uebungen zu verunglimpfen. Leider haben nicht alle Katholiken gleichen Muth, und so sehen wir mit Schmerz, wie manche unserer Kinder ihren religiösen Grundsätzen entfremdet werden. Um diesem Uebelstande nach Kräften entgegenzuwirken, halten wir in der Bahnkapelle, die unweit von der protestantischen Schule liegt, wöchentlich zweimal Christenlehre. Freilich, was vermögen diese wenigen Unterrichte gegenüber dem schädlichen Beispiele der Gottlosigkeit und Sittenlosigkeit, welche die Kinder täglich vor Augen haben! Wir haben auch bei den betreffenden Behörden Schritte gethan, um auf Abstellung sowohl der erwähnten Zwangsmassregeln wie des antireligiösen Unterrichtes zu dringen. Von 110—130 Zöglingen wird die Mehrzahl gratis unterrichtet, die übrigen zahlen monatlich 1—2 Fr. Schulgeld. Die 15 Internen werden meist umsonst gehalten. Ihre Eltern wohnen weithin zerstreut längs der Bahnlinien Eski-Schehir—Angora und Eski-Schehir—Ruiah." Dies alles bedeutet für die Schwestern eine schwere finanzielle Last, die sie nur mit Hilfe grossmüthiger Seelen in Europa tragen können. Dieser Brief der französischen Schwester ist, mögen auch einige Stellen durch nationales Vorurtheil etwas gefärbt sein, recht beachtenswerth, weil er auf die Thatsache hinweist, dass das Deutschthum in der Türkei, speciell in Kleinasien, immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dass das Deutsche Reich dort umfassende koloniale Pläne verfolgt und ihnen durch die deutsche Bahnlinie, die bis Bagdad reichen soll, einen mächtigen Stützpunkt schafft, ist kein Geheimnis, und jeder

Deutsche wird diese Bestrebungen freudig begrüssen. Dass dieselben naturgemäss zu einer Verdrängung des französischen Einflusses führen, ist klar und vom Standpunkt der Mission aus nur insofern zu bedauern, als die Begriffe französisch und katholisch im Orient vielfach zusammenfallen. Wir glauben nicht, dass die deutsche Bahngesellschaft religiöse Propaganda treibt. Sie befürwortet aber die deutschen Schulen aus nationalen Gründen. Wir glauben sicher, dass deutsche katholische Schulen auch auf die Unterstützung der Regierung rechnen könnten. Es ist daher lebhaft zu bedauern, dass das katholisch-deutsche Missionselement in diesen Ländern so schwach vertreten ist und speciell dass unsere blühenden katholischen Schwesterschaften nicht in grösserem Masstabe sich dort ein Wirkungsfeld schaffen. Bislang sind sie unseres Wissens blos durch einige deutsche Borromäerinnen von Neisse in Alexandrien, Haiffa und Jerusalem vertreten. Deutsch darf im Orient nicht länger gleichbeteutend mit protestantisch gelten."

Die Kritik, welche die Redaktion der katholischen Missionen an den Bericht der französischen Ordensschwester knüpft, ist nach Art des Weihbischofs Frind gehalten. Der Bau der Bagdadbahn ist der erste grössere Versuch der preussischen Eroberungspolitik, aber es scheint mit dem Baue nicht recht vorwärts gehen zu wollen, das Geld geht aus. Der englische Ministerpräsident Balfour sprach über den Bau der Bagdadbahn in der Sitzung des engl. Abgeordnetenhauses am 8. April 1903 Folgendes: Die deutschen und die französischen Finanzgruppen sind darüber einig, dass früher oder später das Unternehmen ausgeführt werden wird. Eine Schwierigkeit der Geldbeschaffung ist nicht vorhanden. Freilich steht es in der Macht der englischen Regierung, jedem Projekt Unbequemlichkeiten zu bereiten, aber dass das Projekt schliesslich mit oder ohne unsere Zustimmung oder Theilnahme durchgeführt werden wird, ist ausser Frage. Der Punkt, über den die Regierung sich schliesslich zu entscheiden haben wird, ist der, ob es nicht wünschenswerth ist, dass, wenn diese Bahn, die die Operationsbasen des

Mittelmeers mit dem Persischen Golf verbindet, gebaut werden soll, britisches Kapital und britische Interessen dabei in ebenso hohem Masse vertreten sein sollen, als Kapital und Interessen irgend einer anderen Macht. Es sind noch wichtige Nebenfragen zu berücksichtigen, aber die eben erwähnte ist die Hauptfrage. Die geplante Erhöhung der türkischen Eingangszölle verdient unsere sorgfältige Aufmerksamkeit. Wir würden, ehe wir unsere Zustimmung zu der Zollerhöhung geben, ganz abgesehen v n der Frage der Bagdad-Eisenbahn ein quid pro quo verlangen in Bezug auf Abänderung der für das Sanitätswesen geltenden Bestimmungen und andere für den britischen Handel sehr wichtige Dinge; diese Forderungen würden wir an die türkische Regierung gegen die Bedingung stellen, dass wir mit den anderen Mächten dahin übereinkommen, der Türkei in der Frage der türkischen Eingangszölle grössere Erleichterungen zuzugestehen. Sie würde zu erwägen haben, ob es erwünscht ist, dass das, was unzweifelhaft der kürzeste Weg nach Indien sein würde, gänzlich in Händen französischer oder deutscher Kapitalisten sein soll, ferner ob es wünschenswerth ist, dass die Erschliessung des Handels im Persischen Golf in den Gebieten eines Scheiks erfolgt, der unter unserem besonderen Schutz steht und mit dem wir besondere Verträge haben, oder in einem Theil des Persischen Golfes, in dem wir keine solche Vorzugsrechte besitzen. Wir haben vor allem zu erwägen, ob es rathsam ist, den Reiseverkehr gänzlich unter der Kontrole anderer Nationen zu lassen, die nicht mit uns die gleichen Interessen haben. Unsere Politik bezüglich jener weniger civilisierten Welttheile geht dahin, eine oder mehrere andere Nationen dort thätig zu sehen, als allein zu handeln. Ob in diesem Falle ein Schritt in der Richtung dieser allgemeinen Politik geschieht, darüber können Zweifel bestehen, aber im grossen und ganzen liegt es in unserem Interesse, dass Länder die wir nicht aufsaugen können, auch nicht gänzlich von irgend einer anderen Macht aufgesaugt werden. Es ist besser, dass solche in Händen von drei grossen Mächten sind, als in denen von zweien oder einer,

und wenn sie in europäischen Händen sein sollen, so lässt sich viel dafür sagen, dass sie theilweise in Händen von England, Deutschland und Frankreich sind. Ueber eine etwaige baldige Entscheidung der Regierung kann ich noch nichts sagen."

In den Preussischen Jahrbüchern (Feberheft 1903) verlangt Arnold Diezmann eine gänzliche Umänderung des Unterrichtes der Geschichte und der Erdkunde im Sinne des Alldeutschthums. Hier werden die Umrisse der grossen Weltpolitik der Dynastie Hohenzollern deutlich angegeben.

Diezmann sagt, „dass das deutsche Staatsgefühl in deutsches Nationalgefühl umgeprägt werden müsse, dass darum politische Grenzen nicht zu gelten haben und dass in diesem Geiste die gesammte deutsche Jugend zu erziehen sei." „Das etwas unklare Nationalgefühl, das sich zur Zeit der Sänger- und Schützenfeste regte," so führt der Autor aus, „ist nicht zur Reife gelangt, sondern von dem neu aufgekommenen Staatsgefühle verdrängt worden .... Das Staatsgefühl, das so gerne, aber mit Unrecht Nationalgefühl genannt wird, hat Alles überwuchert, hat auch den Geschichts- und Geographieunterricht in den Mittelschulen in seine Bande geschlagen und lässt schon bei der heranwachsenden Jugend das Moment der politischen Erziehung völlig in den Hintergrund treten. Interesse soll geweckt werden für das neue Reich, mit Recht — aber weiter auch keins, und das ist der Mangel. Der Unterricht in der Geschichte berücksichtigt vor Allem Deutschland, aber nicht etwa das gesammte von Deutschen in Europa besetzte Gebiet, sondern nur das neue Reich und soll Liebe wecken nur für diejenigen Volkstheile, die im Reiche zusammengeschlossen sind, als ob die jetzigen Reichsgrenzen schon vom Vertrage von Verdun an zu Recht bestanden hätten oder wenigstens hätten zu Recht bestehen sollen. Was ausserhalb liegt, ist nicht „Deutsch" im modernen staatlichen Sinne und geht uns daher nichts an. Wenn ein Buch für die reifere Jugend erscheint, in dem etwa Deutschland oder gar „Alldeutschlands" Heerführer zu Lande und zur See geschildert werden, so hält man sich streng an die

schwarz-weiss-rothen Grenzpfähle. Die eigenartige Stammesentwickelung der Niederländer, Schweizer und Balten seit ihrer Loslösung vom alten Reiche wird kaum mit einem Worte gestreift, ebenso wenig der Ausbau des österreichischen Staates seit der Wiedererwerbung Ungarns von den Türken. Da müssen die Slaven erst recht zu kurz kommen, nicht nur die Polen und Russen, sondern sogar die Čechen, die bei den Husitenkriegen plötzlich auftauchen, dann in der Versenkung verschwinden, zu Beginn des 30jährigen Krieges nochmals auftreten und dann völliger Vergessenheit anheimfallen. Ebenso steht es mit der Urkunde. Wenn in dem bekannten Daniel'schen Leitfaden noch heute daran festgehalten wird, dass das geographische Deutschland von der Rheinmündung bis Pressburg und vom Memel bis zum Waadtlande reicht, wenn unter der allgemeinen Ueberschrift „Deutschland“ die einzelnen deutschen Staaten, und zwar 1. Deutsches Reich, 2. Oesterreich, 3. Schweiz, 4. Niederlande, 5. Belgien abgehandelt werden, so ist das von Seiten des Herausgebers eine politische That, für die ihm jeder politisch-denkende Deutsche seine Anerkennung aussprechen muss. Leider steht sie ganz vereinzelt da . . . Das sind vielleicht alles Kleinigkeiten, aber in ihnen spricht sich der Mangel an politischem Denken aus, der jetzt geflissentlich grossgezogen wird. Wir sollen aus einem Geschlechte, das an so bescheidene Selbstgenügsamkeit gewöhnt wird, Männer in grösserer Zahl hervorgehen, die über das enge Staatsgefühl hinaus die Augen offen zu halten verstehen, die begreifen, dass das Deutsche Reich, wenn es sich nun einmal mit Alldeutschland und dem deutschen Volksthum gerne identificirt, Aufgaben nicht nur innerhalb seines jetzigen Bereiches zu lösen hat, sondern Lebensinteressen in Nord, Süd, Ost und West wahrzunehmen hat? Wo sollen die Männer herkommen, die bei Verhandlungen mit Russen und Engländern ihren Parten die Stange zu halten vermögen und ihnen an Weite des Blickes und der aus dieser Weite entspringenden Entschlossenheit des Handelns gleichzusetzen wären? Wir müssen und werden den Kürzeren ziehen, so lange wir auf dem

Standpunkte des reichsdeutschen Partikularismus verharren und in unserem Denken und Wollen nicht mehr sein wollen, als ein etwas stattlicherer Territorialstaat. Wenn wir mit den Allüren einer solchen Weltpolitik treiben wollen, werden wir immer unterliegen, nicht nur den Engländern und Nordamerikanern, sondern auch den Russen gegenüber."

Diesem Ziele der alldeutschen Politik kann nur eine dauernde Unterlage gegeben werden, wenn zuvor der Protestantismus in besagten Ländern festen Fuss fasst. Die Ansätze der preussisch-deutschen Weltpolitik sind nach dem Beispiele aus den preussischen Jahrbüchern grossartig angelegt, ob sie nun einmal verwirklicht werden, das können sterbliche Menschen nicht voraus sicherstellen. Schoenerer hat sich zwar gebrüstet in einer alldeutschen Volksversammlung in Troppau Ende März 1903, dass ihm, dem Schoenerer, Ministerpräsident Koerber mitgetheilt habe, er betrachte die Pläne der Alldeutschen nicht für undurchführbar. Bis heute hat Preussen-Deutschland mit seiner Weltpolitik kein absonderliches Glück gehabt. Seine afrikanischen Besitzungen Deutsch-Ost und Deutsch-Südwestafrika sind zur Kolonisation für Europäer wegen des mörderischen Klima und der Unfruchtbarkeit des Bodens absolut unbrauchbar. Die Bahnen, welche Deutschland in diesen Kolonien gebaut hat, haben solche Güterzüge, dass oft im ganzen solchen Güterzug blos 10 Metercentner Kaffee aufgeladen sind, welche kostbare Ladung von einer Plantage zur Küste gefahren wird. Wäre es Gold, dann wäre die Regie gedeckt. Wenn deutsche Landwirthe eine Anfrage richten an die Gouverneure dieser afrikanischen Kolonien, so bekommen sie im vertraulichen Brief die Antwort, sie sollen ruhig zu Hause im Deutschen Reiche bleiben. Die Weltpolitik Preussens besorgt vorderhand die Geschäfte einiger gieriger Spekulanten von der bekannten Raçe, die auch dem Deutschen Reiche mit Fug und Recht den Namen „deutsch-jüdisches" Reich geben. Das hat mehr als genug die Campagne nach China bewiesen, aber noch mehr die Afaire mit Venezuela.

Der belgische Generalkonsul berichtete Anfangs

Februar 1903 über Venezuela folgendes: „Am 1. Jäner 1901 betrugen die inneren Schulden der Republik Venezuela insgesammt 73,391.058 Bolivar (à 81 Pf.). Die äussere Schuld belief sich am gleichen Tage auf 120,041.476 Bol., darunter die sog. britische 3proc. Anleihe mit 66,614.550 Bol., die 5proc. Anleihe bei der Diskontogesellschaft mit 46,880.000 Bol. An fälligen Zinsen sind 36,297.872 Bol. rückständig. Als Schuldenposten müssen ferner in Betracht gezogen werden die seitens der Regierung bei der „Banco Venezuela" gegen Verpfändung von Antheilen der staatlichen Salzbergwerke aufgenommene Anleihe von 5,500.000 Bol. und ferner 10,000.000 Bol., welche das Debetsaldo in laufender Rechnung der Staatskassa bei der obengenannten Bank darstellen. Als Gesammtbetrag der venezolanischen Staatsschulden ergibt sich demnach die Summe von 245,230.406 Bol. — Der letzte Etat der Republik (für die Zeit vom 1. Juni 1901 bis dahin 1902) schloss in Ausgabe mit 37,000.000 Bol. ab, wobei die zur Tilgung von Schuldenzinsen vorgesehene Summe derartig bemessen war, dass sie zur Bezahlung von 50 pCt. der fälligen Kupons ausreichte. Für das Jahr 1901 belief sich das Deficit der Staatseinnahmen (41,763.919 Bol.) auf 2,607.956 Bol.; die Einnahmen aus den Eingangszöllen betrugen 24,267.678 Bolivar. Im Verlaufe der Streitigkeiten mit Kolumbien wurde die Zinszahlung völlig eingestellt, und die gegenwärtigen kriegerischen Wirren lassen den Zeitpunkt nicht voraussehen, mit welchem dieselbe wieder beginnen wird. Fast alle in Venezuela vorhandenen Handelshäuser von Bedeutung betreiben Bankgeschäfte. Die Zahl der ausgesprochen reinen Bankgeschäfte beläuft sich auf drei: Die Banco Venezuela, die Banco Caracas und die Banco de Maracaibo. Die Banco Venezuela wurde 1882 mit einem Kapital von 12 Mill. Bolivar gegründet. Seit 1883 ist sie zugleich Staatsbank und verwaltete die Finanzen der venezolanischen Regierung. An Dividende wurden in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 12 pCt. pro Jahr vertheilt. Die Banco Caracas ist eine Handelsbank mit einem Kapital von 6,000.000 Bolivar, wovon drei Viertel zur Einzahlug gelangt sind. An Dividenden

hat die Bank seit 1890 durchschnittlich 8 pCt. pro Jahr vertheilt. Was schliesslich die Banco de Maracaibo anbelangt, so beschränkt sich deren Geschäftsbetrieb auf den Geldverkehr in Venezuela; das Gründungskapital betrug 1,250.000 Bolivar. Der Haupterwerbszweig auf landwirtschaftlichem Gebiete bildet die Produktion von Kaffee, zu dessen Kultur sich der Boden Venezuelas sehr gut eignet. Ausser Kaffee producirt Venezuela Cacao, Tabak, Kautschuk, Baumwolle, Indigo, Bananen und in beträchtlichem Masse Zuckerrohr. Die ausgedehnten Waldungen Venezuelas bergen reiche Vorräthe an tropischen Produkten und Hölzern aller Art. Die mit der Ausfuhr solcher Hölzer gemachten Versuche sind indess bisher an der Unzulänglichkeit der Transportmittel und den bedeutenden Frachtunkosten gescheitert. Die Viehzucht, die vor dem Unabhängigkeitskriege in hoher Blüthe gestanden hatte, ist sehr zurückgegangen; Massregeln zur Wiederbelebung derselben werden getroffen. Die industriellen Anlagen Venezuelas sind durchweg von nur geringem Umfange. Beträchtlich ist der Reichthum Venezuelas an Mineralien. Kupfererze sind in Venezuela im Ueberfluss vorhanden. Die Kupfererzminen bei Aroa nehmen eine Fläche von 111.336 ha. ein; in dem Zeitraum vom Jahre 1878—1891 sind dort insgesammt 72,267.060 Tons Kupfer gewonnen worden, die in Grossbritannien abgesetzt wurden und 3,902.421 Lstrl. eingebracht haben. Im Jahre 1896 sind die Bergwerke in Aroa dem Kupfertrust einverleibt und seitdem nicht weiter ausgebeutet worden. Mit der Asphaltgewinnung befassen sich drei Gesellschaften, von denen die bedeutendste die „Newyork and Bermudez“-Gesellschaft ist. Das Eisenbahnnetz Venezuelas hat eine Länge von 827 Km. Gebaut sind die Bahnen von verschiedenen Gesellschaften, die zusammen über ein Kapital im Nennwerthe von 192,300.000 Fr. verfügen.“

Einer der grössten financiellen Ausbeuter Venezuelas ist also die Berliner Diskontogesellschaft. Diese saubere Gesellschaft hielt Ende März 1903 ihre Generalversammlung ab, also nachdem die deutschen Kriegsschiffe wieder von der Blokade heimgekehrt waren. Die Finanzjuden hatten also ruhiges Blut. Der Berliner

Börsencourier berichtet Folgendes: „In der Generalversammlung war ein Commanditkapital von 2,219.400 M. mit 3699 Stimmen vertreten. Von einem Commanditisten (M. Stern, Hannover) wurde etwa Folgendes ausgeführt: Wie bekannt, habe sich die Norddeutsche Bank in Hamburg, deren Kapital bekanntlich im Besitz der Diskontogesellschaft ist, mit 4 Millionen Mark bei dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn betheiligt. Dieses habe grosse Verluste bei dem Konkurse Terlinden, Gewerkschaft Dahlhausen etc. erlitten. Es frage sich nun, ob diese Verluste auch die Norddeutsche Bank und damit indirekt die Diskontogesellschaft berühren könnten. Das genannte Bankhaus in Hannover habe ferner eine Gesellschaft für industrielle Unternehmungen ins Leben gerufen und durch diese Werthe unter das Publikum gebracht, wegen deren Processe schweben. So seien die Aktien der hannover-braunschweigischen Kohlenwerke, die jetzt nichts werth seien, zu 60 pCt. erworben und bald darauf zu 135 pCt. in grossen Beträgen in hannoverschen Adelskreisen untergebracht worden. Wegen dieser Angelegenheit schwebe ein Process in zweiter Instanz, bei dem die Norddeutsche Bank in Mitleidenschaft gezogen werden könne, wenn die Processe zu Ungunsten von Ephraim Meyer & Sohn entschieden würden. Geh. Kommerzienrath v. Hansemann bemerkte hierzu, dass die ganze Angelegenheit nicht die Generalversammlung der Diskontogesellschaft beschäftigen könne. Was die Aktien der Norddeutschen Bank betreffe, so seien diese ein werthvoller Besitz für die Diskontogesellschaft und viel mehr werth, als sie zu Buch stünden. Er, Redner, zweifele nicht daran, dass bei der Bilanzaufstellung dieser Bank derartige Angelegenheiten, wie sie zur Sprache gebracht worden sind, genügende Berücksichtigung gefunden hätten. Im übrigen seien in den Darstellungen des Commanditisten sicherlich Uebertreibungen vorhanden. Der Geschäftsinhaber Schinkel erklärte, dass auch nach seiner Ansicht die ganze Angelegenheiten nicht vor die Generalversammlung der Diskontogesellschaft gehöre. Die Behauptung, dass Aktien zu 60 pCt. erworben und zu 135 pCt. verkauft worden seien, entspreche nicht den

Thatsachen. Im übrigen sei der Process in dieser Sache in zweiter Instanz zu Gunsten des Bankhauses Ephraim Meyer & Sohn entschieden worden. Die Norddeutsche Bank bedauere jedenfalls nicht, sich an diesem Bankhause betheiligt zu haben. Dass in den hinter uns liegenden Jahren auch von dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn Geschäfte gemacht worden seien, die Verluste gebracht hätten, sei nicht zu bestreiten. Diese seien dann aber auch in den Bilanzen berücksichtigt worden. Der Commanditist Stern hielt seine Behauptungen vollkommen aufrecht und verwahrte sich dagegen, dass er sich Uebertreibungen schuldig gemacht hätte. Er könne, um nur einen Namen zu nennen, mittheilen, dass einem Herrn Baron v. Gotzenbach zu 135 pCt. ein grösserer Posten der bezeichneten Aktien verkauft worden sei. Wenn auch der Process in zweiter Instanz zu Gunsten von Ephraim Meyer & Sohn entschieden sei, so sei er damit noch nicht aus der Welt geschafft, denn er werde sicher bis zum Reichsgericht verfolgt werden. Der Jahresabschluss für 1902 wurde hierauf genehmigt und die sofort zahlbare Dividende auf 8 pCt. für das Commanditkapital von 130,000.000 M. und auf $2^1/_8$ pCt. für die neu ausgegebenen Commanditantheile von 20,000.000 M festgesetzt.“

Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Sitz in Berlin W. unter den Linden 35, ist A. v. Hansemann, geheimer Commerzienrath, E. Russel, Generalkonsul, A. Lent, Baurath, A. Schoeller, geheimer Seehandlungsrath, Moses Schinckel, Hamburg, Dr. Arthur Salamonsohn, sämmtlich in Berlin. Der Aufsichtsrath wimmelt von Excellenzen ausser Dienst. Es sind:

JUDr. Karl Herzog, Staatssekretär a. D., Excellenz, F. Bail, Moritz Böninger, Alex. Borgnis, Hermann Brauns, Commerzienrath, Dr. Fischer, Unterstaatssekretär a. D., Excellenz, Albert Ballin, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Max v. Duttenhofer, Commerzienrath, Dr. Wiegand, Generaldirektor des Nordd. Lloyd, etc.

Das fetteste Jahr der Diskontogesellschaft war das Jahr 1872, Dividende 24%, Jahr 1873 Dividende 27%. Wahrscheinlich hat damals die Diskontogesell-

schaft Frankreichs Kriegstribut einkassirt. Es fand sich im deutschen Reichstage nur ein Mann, der auf diese Art von Preussens Vorkämpfer für die Weltpolitik hinzuweisen den Muth und den richtigen Blick hatte. Abg. Ahlwardt war seinerzeit Rektor einer Gemeindeschule in Berlin. Seine Stellung entsprach beiläufig der eines Oberlehrers in München. An die breitere Oeffentlichkeit trat Ahlwardt zuerst mit einer Broschür: „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker gegen das Judenthum". Ahlwardt hatte in den achtziger Jahren eine Bürgschaft für einen Lehrerkollegen übernommen, wurde für eine hohe Summe zur Zahlung herangezogen und kam dadurch in die Hände jüdischer Wucherer. Es nahm sich dann seiner anscheinend in menschenfreundlichster Absicht der damalige Chef des kaiserlichen Civilkabinets, Geheimrath Manchee, ein getaufter Jude, an, um ihn noch tiefer in das Judennetz zu verstricken und selbst finanzielle Vortheile daraus zu ergattern. In dieser Broschür, die ungeheueres Aufsehen erregte und alsbald beschlagnahmt wurde, schilderte Ahlwardt den schändlichen Judenwucher, die schamlosen Machinationen des kaiserlichen Geheimrathes und gewisse Manipulationen jüdischer Spekulanten in der Berliner Gemeindeverwaltung. Das Judenthum schrie Zeter und Mordio, Behörden erwiesen sich als die dienstbereiten Helfer der Juden, und der Staatsanwalt erhob sofort gegen Ahlwardt Anklage wegen Beleidigung des Geheimrathes Manchee und des Berliner Stadtmagistrates. In der Untersuchungssache Manchee hatte Ahlwardt allein 40 Vernehmungen, man schleppte ihn von einer Gerichtsstube in die andere, — um schliesslich das Verfahren gegen Ahlwardt in dieser Sache einzustellen, ja man war genöthigt gegen Manchee selbst vorzugehen. Es stellte sich heraus, dass der saubere Chef des kaiserlichen Civilkabinets ein ganz gemeiner Schacherer gewesen war, Handel mit Titeln und Orden und sonstigen kaiserlichen Gnadenerweisungen trieb und erhebliche Geldbeträge und andere Vortheile daraus gewann. Obwohl man die Untersuchung auf möglichst wenige Fälle beschränkte, wurde Manchee, der bei seinen unsauberen Geschäften mit einem ganzen

Heere von Juden, jüdischen Commerzienräthen und Wucherern verbunden war, schliesslich doch zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Klage des Berliner Magistrates gegen Ahlwardt dagegen zog sich jahrelang hin, seiner Beweisführung stellten sich die grössten Schwierigkeiten entgegen und Ahlwardt wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, was seine Dienstentlassung zur Folge hatte. Gleiches Aufsehen erregte Ahlwardt durch seine Angriffe auf den jüdischen „Meineidbaron“ Gerson von Bleichröder. Bleichröder hat die Beschuldigung, einen Meineid geleistet zu haben, auf sich sitzen lassen, freilich gelang es auch dem gewaltigen Einflusse Bleichröders, zu verhindern, dass gegen ihn ein Verfahren wegen dieses Meineides zur Durchführung gelangte. Die grösste Sensation erregte Ahlwardt durch seine Broschür über die Löwy'schen „Judenflinten“. Obwohl Ahlwardt in dem dieser Veröffentlichung folgenden Processe den grössten Theil seiner Behauptungen erweisen konnte — bei einem einzigen Bataillon fielen während eines kurzen Manövers von den neuen aus der Löwy'schen Fabrik bezogenen Armeegewehren hunderte von Visieren herunter — wurde Ahlwardt doch auch hier zu schwerer Gefängnisstrafe verurtheilt. Es war damals ja eine „herrliche Zeit“. Der Jude Lasker herrschte im Reichsparlament, der Jude Friedberg war Justizminister, der Jude Friedländer sass im Polizeipräsidium, an dessen Spitze ein Madai stand, im kaiserlichen Civilkabinet war ein Manchee möglich gewesen. Wie konnte es an den schärfsten Bestrafungen für alle Verbrechen gegen die Majestät des Judentums und seiner niedrig oder hochgestellten Zuhälter, Schmuser und Gewinnbetheiligten fehlen? 1893 wurde Ahlwardt in Arnswalde und Neustettin gleichzeitig und mit grossen Majoritäten in den Reichstag gewählt, die Versammlungen, in denen der „Rektor aller Deutschen“ sprach, waren von riesigen Menschenmassen besucht, im „Münchner Kindl“ in München drängten sich zu seinem ersten Vortrage im Jahre 1895 an zehntausend Personen. Ahlwardt zeigte sich als ein glänzender Redner; er dürfte als Agitator unerreicht dastehen. Als Politiker bewährte sich Ahlwardt indessen ebensowenig

wie als Parteiführer. Er hat sich vielfach irreführen lassen und sah sein Vertrauen häufig getäuscht. So gab er sich manche Blössen, die von seinen hasserfüllten Gegnern in unglaublich skrupelloser und gemeiner Weise gegen ihn ausgebeutet wurden.

Die Judenpresse bezeichnete den Ahlwardt immer als einen Narr, wie sie es ja auch dem Abgeordneten Schneider in Wien konsequent anthut, und die „blöden" Gojims müssen es glauben. Das ist bekannte Judenmanier. Gefährliche Gegner schickt man in das Irrenhaus. Der Begründer des Deutschen Reiches Bismarck und sein kaiserlicher Herr Wilhelm I. hatten ja über 30 Jahre ihr Geldvermögen beim Kohn in Dessau in Verwaltung, der sich auch überall als des preussischen Königs treuester Diener unterschrieb.

Am 18. Februar 1903 sagte auf dem deutschen Reichstag Ahlwardt zu der Partei Bebel's gewendet: „Im Zukunftsstaat gibt es also nur eine grosse, vielleicht gut gefütterte Herde ohne Willen und Freiheit. Dem Handwerk fehlt eine Entfesselung seiner Kräfte. Das kann erzielt werden durch einen ausreichend hohen, langfristigen Credit, der den Organisationen von der Reichsbank gewährt werden könnte. Dadurch werden die Leute von der Börse abgehalten, wo im Schaukelspiel ihnen das Geld doch abgenommen wird, um in die Hände einiger weniger abzufliessen, von denen ich hier nicht sprechen will, damit mein Vortrag nicht unterbrochen wird. (Heiterkeit.) In der Brotfrage haben Sie (nach links zeigend) recht (Heiterkeit), und Sie (nach rechts zeigend) auch (Heiterkeit). Da sitzt aber jemand dazwischen (Heiterkeit). Der Producent bekommt zu wenig, der Konsument zu viel, ein Dritter heimst die Millionen ein. Das ist das Wesen der socialen Frage überhaupt. Ueberlegen Sie einmal und bedenken Sie das ernsthaft! Was kann helfen? Nur Verstaatlichung der Reichsbank und des Getreidehandels. Damit können wir Russland sofort zahlungsunfähig machen. Dies mein Programm hat seinerzeit sogar bei meinen Freunden Kopfschütteln erregt. Den Aufkauf von Gütern im Osten billige ich nicht; viel werthvoller ist es, die Kanalvorlage auszuführen. Die Grossmächte haben sich in Geldmächte

verwandelt, das hat auch Frankreich mit dem Erwerb seiner afrikanischen Kolonie gethan. Fragen Sie die Wähler, ob sie das wollen! Wenn die Kandidaten das nicht wollen, sollen die Wähler einen Antisemiten wählen, der wird dafür eintreten.“ Ahlwardt behandelt sehr richtig sowohl die Juden, wie ihre Agenten die Socialisten, deren sich Preussen-Deutschland heute in Frankreich bedient, um in der französischer Nation den Revanchegedanken zu unterdrücken und das Elsass-Lothringen auf immer sich zu sichern. Am 25. Januar 1903 sprach der Führer der französischen Socialisten Jaures vom Weltfrieden und sagte zum Schluss folgendes:

„Aber hier steht Frankreich vor der schmerzlichsten Alternative, dem tragischesten Problem. Ja, wir gehen dem Frieden, gehen einer Neuordnung der Nationen entgegen, aber unsere Nation hat vor 32 Jahren eine schwere Antastung erlitten, die nicht nur eine Antastung seiner Grösse, sondern auch eine Rechtsverletzung war. Menschliche Wesen sind gewaltsam dem von ihnen gewünschten und erwählten Vaterlande entrissen worden. Wenn es also wahr ist, dass das Recht verletzt worden, und wenn es richtig ist, dass man die Wiederherstellung des Rechtes nur von einer Rückkehr zur Gewalt erwarten kann, welch tragische Alternative für unser Land . . . Meine Herren, bei den gegenwärtigen Verhältnissen Europas kann nicht der Krieg diese Frage lösen. Er könnte nur endlose Gewalthaten auf diejenigen herabbeschwören, die wir der Gewalt entreissen wollen. Nein, die einzige Lösung besteht in der Befestigung des allgemeinen Friedens, in der Befreiung der Demokratien . . . Frankreich bedarf keiner brutalen und wilden Revanche. Ah, wenn es vor 32 Jahren in diesen tragischen Tagen sich einer Schwäche überlassen, wenn es nicht der Welt und sich selber seinen Muth bewiesen, könnte es, um sich in seinen eigenen Augen wieder zu erheben, den Kampf neu beginnen wollen. Aber Frankreich bedarf keines neuen Zeugnisses, es ist besiegt, nicht gedemüthigt worden. Es hat bis zum letzten Athemzuge gekämpft, hat seinen Heroismus und sein Blut verausgabt, hat alle seine Söhne

zum verzweifelten Widerstande vereinigt, von den Royalisten des Westens bis zu den Revolutionären Blanquis, die in Paris die Sturmglocke für das „Vaterland und Gefahr“ läuteten . . . Es hat, unter dem glühenden und organisatorischen Ansporn Gambettas, seine unablässige Zähigkeit gegenüber all’ den nie endenden Schicksalsschlägen, seine feste Hoffnungsfreudigkeit, die seinen Stolz überdauerte, seine immer erneute Willenskraft, die dem Unglück standhielt, bewiesen. Es hat bei dem plötzlichen Erstehen der Republik eine wunderbare Wiedergeburt der nationalen Energie gehabt, den Stolz eines verwundeten Volkes, das von seinem wiedergefundenen Ideal die Kraft zu leben und zu siegen erhofft, den Stolz des verwundeten Adlers, der die Sonne anfleht, ihm die Kraft zum weiteren Fluge zu geben. Nein, Frankreich bedarf keiner neuen Zeugnisse der Geschichte für seinen Heroismus und seinen Muth, und wenn es ihm morgen, in einem weitsichtigen Verstehen der Zukunft, gefällt den grossen Menschheitsfrieden anzubahnen, schleppt es keine erniedrigenden Erinnerungen hinter sich her. Selbst wenn die Kriege von 1870, wie wir es hoffen und wie wir es wollen, die letzten Kriege zwischen Frankreich und Deutschland bleiben, strahlen sie einen solchen Heroismus aus, dass wir ohne Zaudern das abscheuliche Buch des Krieges bei dieser schmerzlichen aber grossen Seite schliessen dürfen.“ Die Herrschaft der Socialisten und der von Elsass eingewanderten Juden mit Reinach an der Spitze, die jetzt über Frankreich besteht, wird von Berlin aus kräftig unterstützt. Mit solchen Waffen arbeitet das oficielle evangelische Preussen. Genau so benimmt sich Preussen in der Orientfrage. Ende April 1903 berichtete der „Ikdan“ in Konstantinopel, Kaiser Wilhelm hat den Waffenfabriken Krupps und Mausers den Befehl ertheilt alle anderen Bestellungen bei Seite zu schieben und nur die Bestellungen für die türkische Armee schleunigst zu effektuiren.

Also dem grössten Mörder der Christen Abdul Hamid liefert Wilhelm II. die Waffenvorräthe. Die Absichten sind ja klar; genau so ging Friedrich der Grosse gegen die Kaiserin Maria Theresia vor. Die

Alleinherrschaft des Protestantismus und des Preussenthums innerhalb des Deutschen Reichs haben die Bundesstaaten in Hülle und Fülle zu verkosten. Am meisten seufzt darunter Bayern. Ein Bajuvare Ingenieur Kuhn gab Anfangs März 1902 in München bei Seyfried die Schrift heraus: Die Mobilisierung der Reichsidee in Bayern. Wir führen aus dieser Schrift folgendes an. „Wer die wirthschaftliche Entwicklung Bayerns seit 1871 objektiv verfolgt, der wird obigem Satze zustimmen müssen. An dieser Thathsache ändert auch der Umstand nichts, dass heute in ganz Deutschland gedrückte Verhältnisse an der Tagesordnung sind. Bayern trat als der reichste und wohlhabendste Bundesstaat in das Deutsche Reich, und ist der erste geworden, der seine wirthschaftliche Erschöpfung zugestehen muss. Es gab im Jahre 1871 in Preussen eine Sekte, welche, als sich die Thüre nach längerem freundlichen Zureden geöffnet hatte, die den Eintritt in das gesegnete Bayerland gestattete, sich zur Aufgabe machte, die Schätze zu heben, die in dem Märchenlande voll blauer Seen, blühender Felder und wilder Gebirge vergraben waren. In dichten Schaaren wallfahrteten die Schatzgräber durch das offene Thor und erregten vor allem bei dem Bayernvolk durch ihren Dialekt und durch die Hurtigkeit, sich auf die Hochschullehrstuhle zu schwingen, stumme Verwunderung. — Diesen ersten Pionieren folgte auf dem Fusse ein Heer kleiner Commis-Voyageure, meist orientalischen Exterieurs, jeder mit einem Musterkoffer voll der entzückendsten Sächelchen beladen, diesen folgte gemessenen Schrittes die Horde mit dem Gründerblick, unter ihnen manch zweifelhafte Erscheinung mit geflickten Sandalen, dann kam ein schier endloser Zug von Maschinen, von denen jede mit mindestens drei goldenen Medaillen auf den Ausstellungen in San Francisco, Baltimore und Berlin prämiirt war. — Der ganze wilde Zug schritt unter dem Banner des neuen Reichsadlers und unter dem Liede: „Deutschland, Deutschland über alles!“

Und siehe da, das Eselein streckte sich; wie flogen die alten guten Thaler aus den altdeutschen Truhen der Städter und Bauern. (Hier folgt nun eine humorvolle Schilderung der lächerlichen Manie, alles Preussi-

sche besser zu finden als das Einheimische, wie sie durch die [aus dem Reptilienfond genährte] Presse grossgezogen und von dem Minister Lutz auf allen Gebieten begünstigt wurde.) Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Bayern konnte man bald den eingebornen Liberalen und den Eingewanderten, welchem Vorspanndienste geleistet wurden, in festen, gut dotierten Stellungen schalten und walten sehen, und die neuen Fabriken und Geschäfte blühten, aber das bayerische Geld wurde immer weniger. In den zehn Jahren von 1889—1899 wurde an bayerischen Postschaltern durch Postanweisungen die Summe von 5½ Milliarden einbezahlt. Die Summe der eingegangenen Postanweisungen betrug während dieser Zeit um 300 Millionen Mark weniger. — Diese 300 Millionen sind zum grössten Theil in barem Geld aus dem Besitz der bayerischen Bevölkerung nach Preussen gewandert — Leider fehlt uns eine amtliche Aufstellung darüber, welche Einbusse das Vermögen des bayerischen Volkes in denjenigen Fällen erlitten, in welchen die Zahlungen nicht durch die Postbehörden, sondern durch die Banken etc. etc. vermittelt wurden. Da es sich in letzterem Falle um höhere Beträge handelt, so dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man einen Baarverlust von circa einer Milliarde in zehn Jahren, also drei Milliarden innerhalb der Zeit von 1871—1901 verzeichnet. Kann man sich da wundern, dass Bayern heute seine Erschöpfung zugestehen muss?“ Berlin hatte, um gegen die Eigenart der Bayern erfolgreich zu arbeiten, seine Männer in München an die preussischen Vorposten gestellt, so das Ministerium Lutz und Crailsheim. Welche Zustände in Bayern herrschten, darüber veröffentlichte das Münchener Volksblatt ein Schreiben eines ansehnlichen bajuvarischen Patrioten am 29. März 1903. Es heisst da:

„Die Vorgänge der jüngsten Zeit, welche mit zum Rücktritt des Grafen von Crailsheim geführt haben dürften, haben unser officiöses Presswesen wieder einmal in einem ausserordentlich widerlichen Lichte erscheinen lassen. Dinge, die der leitende Minister zur Kenntnis seiner Landesangehörigen bringen wollte, kamen diesem auf Um- und Schleichwegen und mei-

stens durch Vermittlung von Pressjuden via Karlsruhe zu. Diese und unzählige andere Vorgänge im Laufe der Zeit haben bewiesen, dass für eine Regierung, die sich ihrer Rechte und Pflichten eingedenk ist, namentlich seit dem Regierungsantritt Wilhelms II., ein eigenes Pressorgan als Sprachrohr unentbehrlich ist. Die bayerische Regierung braucht wieder eine Zeitung, durch welche sie ihre Stellungnahme zu wichtigen Fragen und ihre Willensmeinung nach allen Seiten offen kundgibt. Diese Zeitung darf vor allem im Volke niemals Zweifel über die strikte Wahrung unserer verfassungsmässigen Rechte durch die Regierung aufkommen lassen, wie dies bisher häufig in so hohem Masse der Fall gewesen ist. Die Art, wie die Regierung bisher die Presse für ihre Zwecke benützte, ist auf die Dauer nicht mehr angängig. Verfügte man in Bayern schon vor einem halben Jahrhundert über ein officiöses Pressorgan — die „Neue Münchener Zeitung“, — so kann der Nutzen eines officiösen Blattes für die Regierung in der Gegenwart erst recht nicht verkannt werden. Auf die Gründe, welche anno 1867 zur Einstellung des officiellen bayerischen Pressorgans führten, soll hier nicht näher eingegangen, sondern nur der Thatsache gedacht werden, dass die amtlichen Bekanntmachungen und die verschiedenen Inserate etc. der Staats- und Gemeindebehörden u. s. w. damals zum grössten Theile auf die „Münchner Neuesten Nachrichten“ übergegangen sind und wesentlich zum Aufschwung dieses Blattes mit beigetragen haben. Das Konsortium, in dessen Besitze sich die „Neuesten“ befinden und an welchem die Juden einen erheblichen Antheil besitzen, streicht alljährlich für die amtlichen Inserate horrende Summen ein und erfreut sich der Thatsache, dass Tausende ein Zwangsabonnement auf die „Neuesten“ nehmen müssen, für welche das Lesen dieser Bekanntmachungen unentbehrlich ist. Und in welcher Weise übt dieses Blatt — im Volksmund Preussen- und Judenblatt genannt — seine Erkenntlichkeit gegen den bayerischen Staat und seine Bevölkerung aus? Herrschte bis vor dreissig Jahren tiefster Frieden und Eintracht unter den verschiedenen christlichen Konfessionen in unserer Münch-

ner Stadt, so begann mit der Aera Knorr und Hirt eine unerhörte Minier- und Wühlarbeit zugunsten des preussischen Einheitsstaates und des Hauses Hohenzollern und zugleich der Krieg gegen den Katholicismus in der hässlichsten Form, als erste Etappe auf dem Wege der erstrebten Zerstörung des Christenthums überhaupt. Seit jener Zeit leuchtet aus jeder Zeile der „M. N. N." ein infernalischer Hass gegen die katholische Kirche, ihre Diener und Einrichtungen, während der Protestantismus zunächst noch möglichst geschont, ja als Sturmbock gegen den Katholicismus missbraucht und als solcher begünstigt wird. Der Rabbiner ist a priori sakrosankt. Bayern, seine Geschichte, seine Bevölkerung und ihre Eigenart wird in der gemeinsten Weise verhöhnt, beschimpft und herabgewürdigt; sein Herrscherhaus unter dem Deckmantel der Loyalität und Verehrung für den greisen Regenten herabgesetzt und degradiert. Vielfach hört man im Publikum die Meinung äussern, dass mit dem Geiste, der dieses Blatt durchzieht, die Leser tropfenweise vergiftet werden. Jeder erfahrene Mann, jeder denkende und vorurtheilsfreie Zeitungsleser, der ausser der „Kuhhaut" noch Blätter anderer Richtung liest, wird zugeben, dass die „Münchner Neuesten Nachrichten" das grösste und raffinierteste Hetzblatt in Bayern, wenn nicht im Reiche sind. Die Verleger dieses Blattes scheinen keine Ahnung zu haben, mit welcher Missachtung das Gros der Bevölkerung und selbst die politischen Gesinnungsgenossen der „Neuesten" von dieser Zeitung, ihrer Verleumdungssucht, ihrer Arroganz und unausgesetztem Hetzen spricht. Die „Münchner Neuesten" können es anscheinend nicht erwarten und die Verstellung fällt ihnen offenbar recht schwer, bis die letzte Perle aus der Krone Bayerns verschwunden ist. Sie haben die Katze schon zu oft aus dem Sacke gelassen, um dies noch leugnen zu können. Wenn ein in Berlin erscheinendes notorisches Bayernblatt gegen den preussischen Staat, seine Dynastie, das Volk und den Protestantismus eine solche Sprache führen würde, wie die „Neuesten" umgekehrt in München, man würde seine Redakteure längst wegen Hochverrath, Beschimpfung der Religion und

Störung des konfessionellen Friedens verurtheilt, seine Herausgeber mit dem Besen aus dem Lande gejagt haben.

Eine würdige Genossin hat das Färbergrabenblatt an der „Münchener Allgemeinen Zeitung", welche von dem ehedem so hochangesehenen und vornehm gehaltenen Blatte, als welches es in Augsburg erschienen war, nur mehr den Namen besitzt, sonst aber zur reinen Stadtfraubas herabgesunken ist, die mit fast völligem Ausschluss der Oeffentlichkeit erscheint. Dieses Blatt, dessen Redakteure von bayerischen Verhältnissen nicht die geringste Kenntnis besitzen, zieht mit seiner Gesinnungsschwester, den „Neuesten", an einem Strange. Das merkwürdigste ist, dass dieses Blatt, welches unter den Zeitungslesern nur „das preussische Reptil" genannt wird, vom Ministerium den bayerischen Behörden zum Abonnement empfohlen wird."

Der Abgeordnete Dr. Schädler sagte Ende Januar 1903 am Delegirtentag der Centrumspartei in München unter anderem Folgendes: „Meine Herren! Wir haben dem Ministerium unser Misstrauen erklärt, das Misstrauen unserer Wähler, des katholischen Volkes im Lande. Und in diesen Tagen, mit Stolz kann ich es konstatiren, haben wir den Beweis dafür erhalten, dass unsere Wähler im ganzen Lande mit Begeisterung zu uns stehen, dass sie mit uns eins sind in diesem Misstrauen, in der Vergangenheit und für die Zukunft. Würden die hohen Herren einmal herumhören im Volke, so könnten sie erfahren, dass nicht bloss die Herren Daller, Hebel, Schädler, Pichler, lauter geistliche Herren, wie es in einem liberalen Blatte hiess, sich zum Mundwalt der kochenden Volksseele gemacht haben, sie würden sich überzeugen, dass die Volksseele nicht bloss kocht, sondern dass sie am Ueberschäumen ist Und all die Bitterkeit und all der Schmerz, der sich seit weit über ein Decennium hinaus aufgehäuft darüber, dass in einem zu zwei Dritteln katholischen Lande der katholische Theil systematisch auf allen Gebieten zurückgesetzt, als quantité négligeable behandelt wird, diese Bitterkeit und dieser Groll ist aufgekocht und das Volk ruft energisch: Bis hieher und nicht weiter!

Und es fordert seine Vertreter auf, dem durch die That Ausdruck zu geben. Und das, meine Herren, das soll der sanfte Wind sein, der vom blauen Himmel weht? Was hat sich denn geändert eigentlich seit Schluss des Landtags? Im wesentlichen gar nichts! Ist denn die Entscheidung, die bezüglich der Schule in Weissenburg getroffen wurde, eine Koncession an uns? Betrachtet man es vielleicht schon als eine solche, dass ein bestehendes Gesetz nicht gedreht und gewendet wird gegen uns? Oder ist vielleicht die Ernennung eines neuen Justizministers eine Koncession an uns? Dann scheint es fast, als ob schon der Besitz eines katholischen Taufscheins bei der Beförderung gefährlich werden kann. Hat etwa die Hetze gegen uns abgenommen im Lande von gewisser Seite? Ich glaube, wir werden es auch in sehr naher Zeit erleben, dass die Klage, dass katholische Gelehrte mit Absicht hintangesetzt werden, eine neue Bestätigung finden wird. Und, meine Herren, was soll man denn dazu sagen, wenn man in Bayern von München aus einen katholischen Bischof herunterreissen darf, wie es in der „Freistatt“ geschehen ist, in deren Nr. 4 geredet wird von einem Pöbel in der Soutane! (Der Redner verliest eine längere Stelle aus diesem Artikel.) Das Blatt hat sich damit als eine Freistatt der Gemeinheit erwiesen. Da möchte man doch fragen, ob man nicht von München aus einmal den Hebel ansetzen sollte; das wäre doch angezeigter, als dass man es gegen unseren Kollegen Hebel gethan hat. Nicht zu vergessen, wie in der dem Ministerium oder besser einzelnen Ministern nahestehenden Presse gegen einzelne Abgeordnete scharf gemacht wird und sie zu diskreditiren gesucht werden, die auf sich wohl mit mehr Recht als die Schreiber in der Preussenfiliale an der Bayerstrasse das Wort des Königs Jakob anwenden dürfen an Archibald Douglas: Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat so liebt wie du. Meine Herren! Wohin kommen wir, wenn wir die Kaiseridee fassen nach der Anschauung des Volkes? Welches Volk ist denn da gemeint? Gehören wir nicht auch noch dazu? (Zuruf: „I' moa' do' scho'!“ Grosse Heiterkeit.) Wie nun, wenn vielleicht die Kaiser-

idee im Sinne des Volkes sich dahin entwickeln würde im Laufe der Jahre, dass auch die Abrundung dazu gehörte, dass es vielleicht besser wäre, wenn etwa auch Bayern das Schicksal von Hannover theilte. Meine Herren! Man hat uns heute ein Bouquett dargebracht in der Mittheilung der „Münchener Neuesten Nachrichten“, wonach sie erfahren haben, dass der Prinz-Regent sich mit besonderer Freude und Anerkennung über die Rede des Reichskanzlers geäussert und dass er den Ministerpräsidenten beauftragt habe, den hiesigen preussischen Gesandten davon in Kenntnis zu setzen. Meine Herren! Wir anerkennen aus vollem Herzen die edle Ritterlichkeit des Regenten, der dem Mitverbündeten Verlegenheiten erspart. Wir haben diese nicht zu üben; wohl aber stehen wir da als Vertreter der bayerischen Rechte gegen Ansprüche, von woher sie auch kommen mögen. Und in diesem Sinne sage ich: Wir schützen das Haus Wittelsbach und seinen Regenten gegen diese Kaiseridee! Einzig und allein gibt es für uns die Kaiseridee, nicht wie sie in Bülow's Kopf sich ausmalt, sondern wie sie Artikel 11 der Reichsverfassung klipp und klar ausspricht: als Präsidium unter den Gleichen.“

Der bekannte Wiener Schriftsteller Houston Stewart Chambarlain, der Konfession nach offenbar ein Protestant, sagt in der Vorrede seines Werkes „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“: „Ein ganz anderes Gebilde ist „Rom“. Es ist das imperium romanum in seiner letzten und verhängnissvollsten Gestalt; der Geist des grossen Reiches ohne dessen Leib; eine ausschliesslich politische und — wohl betrachtet — durchaus unreligiöse Gewalt, die den religiösen Wahn nur grosszieht, um ihn seinen Zwecken dienstbar zu machen. Es ist nicht nur erlaubt, eine solche Macht als eine politische zu kennzeichnen, vielmehr müssen wir einsehen lernen, dass hier gleichsam die Quintessenz aller Politik in die Erscheinung tritt. Das ja gerade ist es, was sie so gefährlich macht; denn überall anderswo ist alle Politik nichts weiter als ein System von ewig erneuten Kompromissen zwischen den Bedürfnissen gewisser Gruppen lebender, arbeitender Menschen und den Bedürfnissen anderer Grup-

pen eben solcher Menschen; überall und immer ist Politik ein Mittel, nicht ein Ziel, ein ewiges Ungefähr nie eine Doktrin; sie ist gleichsam ein unvermeidliches Uebel und findet ihre Rechtfertigung nur in ihren nichtpolitischen Erfolgen. Rom dagegen — das heutige Rom — ist abstrakte, absolute Politik, Politik als Selbstzweck. Die Civitas Dei, mit dem Papst an der Spitze als unumschränktem Gebieter, ist ein Ideal; es wächst nicht aus thatsächlichen, praktisch gegebenen Verhältnissen heraus, sondern soll von oben her diesen Verhältnissen aufgezwungen werden; kurz, es ist nicht Leben, sondern Lehre. Und Das heisst nichts Anderes als absolute Politik. Von Bedürfnissen, denen diese Politik dienen sollte, kann keine Rede sein; die Männer, die sie betreiben, entsagen — mehr oder weniger — aller völkischen Gemeinschaft und treten sogar aus der Familie aus; mit anderen Worten: sie scheiden aus der menschlichen Gesellschaft; folglich existirt für sie die unerlässliche Politik der praktischen Bedürfnisse nicht mehr, sondern sie sind frei, das eine grosse, doch sonst allseitig bedingte Werkzeug aller Politik — die Gewalt — als deren Zweck zu erfassen und sich diesem einen Zweck — der Allgewalt — ungetheilt zu widmen. Und je reiner und uneigennütziger — uneigennützig, meine ich, im Sinn weltlicher Genüsse — eine solche Politik, um so gefährlicher ist sie für die Staaten. Die Berechtigung aller praktischen Politik und die Entschuldigung für die Gewaltsamkeiten zu denen sie häufig greifen muss, ist gerade, dass materielle Vortheile auf dem Spiel stehen und dass die Völker, wie die Einzelnen, eine materielle Grundlage nicht entbehren können; das ideale Element des Lebens muss das Volk aus anderen Quellen speisen, die Politik dagegen kann gar nicht zu ausschliesslich „real“ sein. Hingegen greift eine Politik wie die Roms um so tiefer in das Leben der Völker ein, je abstrakter und reiner sie ist; hier ist Logik, was bei den Staaten Kanonen sind; und je selbstloser und sittenreiner die führenden Männer, um so fanatischer werden sie auf das Ziel losgehen. Ein Papst, der Maitressen hält und Künstler beschäftigt, ist harmlos

gegenüber dem milden Greis, der jetzt auf dem Thron sitzt. Es liegt auf der Hand, dass eine politische Macht dieser Art die Schwächung und endliche Vernichtung jedes Staatwesens unausgesetzt betreiben muss; hier nützen selbst die besten Absichten — wo solche vorhanden sind — nichts, denn die Logik der Situation ist stärker als der stärkste Einzelwille. Es ist nur konsequent, wenn das katholische Staatslexikon die Bildung der europäischen Nationalstaaten als einen „Zerfall der Christenheit" beklagt. Treitschke bemerkt: „Die katholische Kirche nimmt immer Partei für die Sprache der geringeren Kultur"; wir sehen es in diesem Augenblick in Posen, wo Rom das ganze Gewicht seines Einflusses in die Wagschale des Polenthumes wirft, — hier, wo es die schönste Gelegenheit hätte, sich als staaterhaltend zu erweisen, wenn es das wäre; wir sehen es in Böhmen, wo Rom rein deutsche Gegenden mit tschechischen Pfarrern überfluthet und so die mächtigste Förderin der Entdeutschung wird; wir sehen es in Irland, wo Rom allein das für heutige Verhältnisse völlig nutzlose keltische Idiom am Leben erhält und von der Kanzel herab die „Teufelsprache" der Engländer verflucht; wir sehen es in der Bretagne, wo die Ordensschulen so viel wie irgend möglich die französische Sprache unterdrücken und wo selbst in Städten, deren Einwohner zum grossen Theil nur französisch verstehen, dennoch vielfach ausschliesslich bretonisch gepredigt wird. Das kann aber gar nicht anders sein und man darf mit apodiktischer Gewissheit behaupten, dass, was wir bei den Sprachen deutlich erblicken, auf jedem einzelnen Gebiet des Lebens in genau derselben Weise geschieht und dass Rom ausnahmslos Das thut, Das züchtet, Das fördert, was den Staat — als solchen — schwächt. Dazu ist ja Rom da. Das ist seine raison d'être; und wenn es heute sein politisches Ideal aufgäbe, so wäre es morgen verschwunden; denn Religion an und für sich bedarf solcher gewaltigen Zurüstungen nicht; im Gegentheil."

Man beachte doch diese Schreibweise. Jeder Satz ist ein protestantischer frecher Schwindl, nichts wird bewiesen, alles frech nur behauptet, ganz nach

Judenart. Wo steht geschrieben, dass das päpstliche Rom eine auschliesslich politische Gewalt sei? Das schreiben die Protestanteu, den Beweis bleiben sie schuldig. Dass die katholische Kirche die kleineren Nationen und ihre Sprache achtet, ist nur ein Beleg ihrer göttlichen Sendung, wie ja der göttliche Heiland mit Vorliebe die Schwachen und Unterdrückten zu sich rief und aufsuchte. Dann sagt Herr Chamberlain in der Vorrede noch folgende Liebenswürdigkeit.

Der gewaltigen Erscheinung der römischen Hierarchie gegenüber achtlos, skeptisch, gleichgiltig, in blasser Sympathie oder blasser Antipathie — wie Millionen von Protestanten und Katholiken — zù verharren: Das kann nur Blindheit oder geistige Schwäche erklären. Wer dagegen erkennt, was hier vorgeht und wie hier die Zukunft der ganzen Menschheit, insbedere aber die Zukunft alles Germanenthumes auf dem Spiele steht, hat nur die eine Wahl: entweder Rom zu dienen oder Rom zu bekämpfen; abseits zu bleiben, ist ehrlos. Grundlegend ist aber hierbei die Erkenntnis, dass man Rom, diese rein politische Macht, der auch einzig politisch beizukommen ist, bekämpfen kann, ohne darum die katholische Religion zu bekämpfen; im Gegentheil: indem man ihr selbst angehört oder ihr herzliche Sympathie entgegenbringt und fühlt, die Welt wäre ärmer — auch ärmer an Hoffnungen für die Zukunft, — wenn sie nicht wäre. Nicht auf Worte kommt es uns an, sondern auf Dinge, auch nicht auf Theorien über Das, was sein müsste, sondern auf die Thatsachen, wie sie sind. „Römisch“ und „Katholisch“ sollten — nach den Lehren der Hierarchie — das Selbe sein; sie sind es aber nicht; darum unterscheiden wir sie. Ich schliesse mit einem oft gehörten, doch nie zu oft wiederholten Worte Kant's: „Das Reich Gottes auf Erden: Das ist die letzte Bestimmung, des Menschen Wunsch. Dein Reich komme! Christus hat es herbeigerückt; aber man hat ihn nicht verstanden und das Reich der Priester errichtet, nicht das Gottes in uns. Im ganzen Weltall sind tausend Jahre ein Tag. Wir müssen geduldig an diesem Unternehmen arbeiten und warten.“ Auf uns machen diese anscheinend

frommen protestantischen Phrasen keinen Eindruck und können wir uns mit ihnen nicht eingehend befassen. Die Geschichte der Völker lenkt die göttliche Vorsehung, daran glauben wir fest. Hat auch die katholische Kirche grosse Verluste erlitten, kann sie wieder bei anderen Völkern willige Aufnahme finden. Ob jemals die Zukunftspläne des deutschen Protestantismus in Erfüllung gehn werden, ob das Alldeutschthum von der Ost-See und Nord-See über ganz Oesterreich bis hinab in die sonnigen Gestade des Bosporus und Salonichi hinreichen wird, darüber werden wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Die angegriffenen Völker werden sich wehren und der Sieg wird doch der gerechten Sache zufallen. Hoffen wir, dass Preussen-Deutschland seinen friedlichen Nachbar Oesterreich-Ungarn nicht verschlingen wird, wie sehr es auch die Pastoren wünschen.

XXV. **Die Früchte des Nationalitätenhaders. Vorgänge bei der Volkszählung.**

Das Leben ist für die meisten Menschen eine ununterbrochene Kette von Sorgen um das tägliche Brot. Millionen Menschen gehn an diesen Sorgen vorzeitig zu Grunde, ihre Lebensdauer wird durch ungenügende Nahrung und Entkräftung abgekürzt. Je grösser die Lebenssorgen, je furchtbarer die Kämpfe um das Brot, je schrecklicher der Konkurrenzkampf der Hungernden und Nahrungsuchenden, desto mehr wächst die Bürde, und die Verachtung des Lebens, es mehren sich die Selbstmorde. Je rücksichtsloser die Menschen gegeneinander werden, desto mehr wächst die Verbitterung der Gemüther, der Krieg aller gegen alle verbreitet sich, der Bruder verräth den Bruder, das eigene Blut wird nicht geschont, alles wird käuflich. Man findet wohl nirgends auf der Welt die Lebensverachtung so allgemein verbreitet wie in Japan, China und Ostindien, besonders wenn die Reisernte missrathet und Hungersnoth einbricht. Diese heidnischen Völker mit der grausamen Mandarinen- und Brahmanenherrschaft kennen weder Gerechtigkeit noch Nächstenliebe, hier herrscht überall das kalte Recht des Stärkeren, das Recht der oberen Kasten.

Darum finden wir massenhaft den Selbstmord vor, die Lebensverachtung, das Harakiri. Unter den christlichen Völkern hat die christliche Religion die Menschen gelehrt das Leben zu lieben und dem nothleidenden Mitmenschen nach Kräften in seiner Noth beizustehen. Aber je mehr die sociale Noth wächst, die Menschen sich mehren, die Erwerbsverhältnisse immer schwieriger werden, der Reichthum einiger Weniger meist Juden zum wahnsinnigen Luxus und bestialische Hartherzigkeit zur Noth Anderer sich breit machen, schwinden mehr und mehr die Grundsätze der christlichen Nächstenliebe, es verbreitet sich der Krieg der Individuen gegeneinander, von denen viele glauben, wenn sie den Nachbar zu Grunde richten, sich selbst einen guten Dienst zu erweisen. Unter diesen Umständen gewinnt auch der Nationalitätenhader einen fast revolutionären und bestialischen Charakter.

Wenn in Oesterreich für den Loskauf der Negersklaven in Afrika milde Gaben gesammelt werden, so möge doch nicht vergessen werden, dass zum Beispiel in Ried und anderen Ortschaften Nieder-Oesterreichs auch Märkte gehalten werden, arme böhmische Kinder verdingen sich da als landwirthschaftliches Gesinde. Was kostet der Böhm? So fragen die Bauern die Vermittler. Was könnte ein böhmischer Lehrling erzählen, der in einer Werkstätte in Wien seine Leidensjahre durchmacht, der nicht anders benannt wird als der böhmische Sau- und Dickschädel und der mit ungezählten Schlägen und Misshandlungen Vorlieb nehmen muss. Man braucht nicht nach Afrika zu gehen, wir haben zu Hause Sklaverei mehr als genug. Am 6. Juli 1902 war im Gasthaus des Eduard Hörnig in Blažim bei Postelberg eine Tanzunterhaltung. Es kamen auch hin 4 Dragonersoldaten Jelinek, Mikuláš, Šafařík und Derfl. Gegen 7 Uhr Abends bei einer Pause fiengen die Dragoner ein böhmisches Soldatenlied an zu singen. Das brachte die anwesenden Deutschen so in Wuth, dass sie die Dragoner, welche ihre Seitenwaffe abgelegt hatten, umzingelten und den Dragoner Jelinek in den Hofraum schleppten. Dort versetzte ihm Anton Schweiger einen Schlag

mit einer 3 *m* langen Wagendeichsel und erschlug ihn. Jelinek starb am 7. Juli zu Mittag, nachdem er infolge des Schlages das Bewusstsein verlor und bewusstlos auch blieb. Am 19. September wurde Ant. Schweiger von den Geschworenen in Brüx für unschuldig erklärt und freigelassen. Sein Vertheidiger der Advokat Jude Kornfeld bezeichnete ganz ungestraft die Aussagen böhmischer Zeugen als unglaubwürdig, wegen der Nationalitätsangehörigkeit zum Ermordeten. Ende September 1902 veröffentlichte die berüchtigte „Brüxer Zeitung" (Nr. 79) folgende Aufforderung an die Deutschen in Brüx: Dem Einwandern von Angehörigen böhmischer Nationalität muss Einhalt gethan werden.

Angehörigen böhmischer Nationalität soll nicht gestattet werden, dass sie sich in Brüx dauernd niederlassen, dass sie Häuser erwerben. Gewerbetreibende und Handwerksgesellen sollen aus dem deutschen Reiche berufen werden, um die böhmischen Arbeitskräfte zu verdrängen. Ueber diese Arbeitskräfte soll ein Evidenzkataster geführt werden. Eine Dienstvermittlung für Deutsche soll gegründet werden, damit böhmische Dienstboten, Arbeiter, Gesellen, Gewerbetreibende, Eisenbahnbedienstete und Staatsbeamte verdrängt werden." Derartige Aufforderungen bringen deutschnationalle Blätter in Böhmen fortwährend. „Gablonzer Tagblatt" veröffentlichte Anfangs Oktober 1902 (in Nr. 250) die Namen böhmischer Eisenbahnangestellten auf der Gablonzer Linie, darauf meldeten sich bei der Centralleitung in Prag diese Angestellten zur deutschen Nationalität aus Angst, dass sie nicht brodlos werden. In Dux liess der Bürgermeister Franzel alle Grabsteine mit böhmischen Inschriften demolieren. Das Grab der Tochter des Lehrers der Duxer böhmischen Schule wurde verwüstet nebst anderen Gräben, wo böhmische Grabsteine waren. In Ervěnic bei Brüx erschoss der Wachmann Rieger am Gemeindeplatz einen Bergmann. Rieger ging straflos aus, der Bergmann war ein Böhme. Der Gemeinderath in Ladowitz bei Brüx, dann der Gemeinderath in Karbitz affichierte die Bekanntmachung, dass auf dem Friedhofe nur deutsche Inschriften geduldet werden. Aus den Textilfabriken Liebigs werden von schöneriani-

schen Beamten böhmische Arbeiter entlassen, wenn sie nicht ihre Kinder in deutsche Schulen senden wollen. Johann Hilger war in der Fabrik in Eisenbrod seit dem Jahr 1867 beschäftigt, nach 35 Jahren ist er entlassen worden. In Hainspach war im Thunschen Brauhause der Obermälzer Prochazka angestellt. Er diente hier zur vollen Zufriedenheit 10 Jahre. Im J. 1897 kam Wolf nach Hainspach und wurde beim Braumeister bewirtet. Bei dieser Gelegenheit forderte Wolf den Braumeister auf, keine böhmischen Mälzer und Arbeiter zu beschäftigen.

Daraufhin bekam der Obermälzer Prochazka die Kündigung; trotzdem dass er Vater einer zahlreichen Familie war, ist er ins Elend hinaus gestossen worden. Es wird auf allen Linien ein Vernichtungs-Kampf geführt, der an Grausamkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Das alldeutsche „Gablonzer Tagblatt“, alldeutsche Zeitung für die Provinz Böhmen, wie es im Kopf des Blattes gedruckt steht, schreibt am 23. Lenzmond 1902: Deutscher Hausfrauen-Verein. Derselbe hielt am Freitag Nachmittags unter Leitung der Obmännin Frau Adelheid Rössler seine Jahreshauptversammlung ab. Dem Berichte der Schriftführerin Frau Lilie sei Folgendes entnommen: Der Verein kann mit den im letzten Geschäftsjahre erzielten Erfolgen zufrieden sein. Es wurden von der deutschen Dienstboten-Herberge 120 deutsche Mädchen herangezogen, 265 Vermittelungen abgeschlossen und 455 Posten in Vormerk genommen. Seit dem Jahre 1898 sind durch Vermittelung des Vereines 620 deutsche Mädchen von auswärts nach Gablonz in Dienst gebracht worden. Mit jeder derselben sei ein Stück nationaler Arbeit thatsächlich geleistet und eine tschechische überflüssig gemacht worden. Kein anderer der örtlichen nationalen Schutzvereine leiste das Gleiche, und doch werde keiner mehr benörgelt und missachtet, als der Hausfrauen-Verein. Es könne nicht genug betont werden, dass der Verein besonders die Deutscherhaltung des heimischen Gewerbes fördere. Hunderte von deutschen Dienstboten, die der Verein mit Aufwand vieler Mittel und Arbeit heranziehe, wendeten sich der Hausindustrie zu, gründeten einen Hausstand und ver-

mehrten den Grundstock deutscher Familien der Heimat. Von dieser Seite aus werde die Wirksamkeit des Vereines gar nicht betrachtet.“ In der Nummer vom 3. Ostermond 1902 schreibt dasselbe Blatt Folgendes: „Vom Bunde der Deutschen in Böhmen. Aus Grünwald wird uns geschrieben: In letzter Zeit macht der Name „Cilli“ viel Staub, so auch Troppau, Brünn, Budweis. Das Slaventhum sucht mit Gewalt überall die deutsche Linie zu durchbrechen. Schritt für Schritt, ohne dass es beachtet wird, geschieht dieses Vordringen fast naturgemäss. Dieses Vordringen aber lässt sich durch den Willen, durch den festen Willen des Angegriffenen zurückhalten oder wenigstens doch vermindern. Durch die Gründung völkischer Schutzvereine ist an manchen Orten das Vordringen zum Stillstande gebracht worden, manche gefährdeten Orte sind gerettet worden. Der mächtigste Schutzverein ist für Böhmen der Bund der Deutschen. Auch Grünwald besitzt eine Ortsgruppe des Bundes. Aber leider steht dieselbe nicht auf jener Stufe, auf welcher sie sollte und könnte. Darüber werden und können sich unsere Gegner, leider auch Deutsche, nur freuen. Die Ursachen, warum viele fernbleiben und sogar austreten, sind mitunter sonderbarer Art. Wenn vielleicht eine missliebige Person im Vereine ist, wenn vielleicht jemand von einem Mitgliede beleidigt wird, so kann das doch keine rechte Ursache sein, den Verein oder die gute deutsche Sache dafür büssen zu lassen. Viele andere ähnliche Ursachen halten manchen zurück; vielleicht auch nur angeblich. Möchte sich jeder vor Augen halten, dass der Bund nicht politisch ist, dass er nur dem Volke, dem bedrohten und armen Deutschen dienen soll; möchte jeder bedenken, welche Erfolge der Bund erreicht hat, Erfolge, welche wir hier nicht wahrnehmen, welche aber an der Sprachengrenze (Adlergebirge, Trebnitz) erzielt worden sind; möchte jeder bedenken, dass die Abwehr der slavischen Gefahr ein Nutzen für jeden Einzelnen und für seine Nachkommen ist! Möchte jeder bedenken, dass der Mitgliedsbeitrag (1 K 20 h) ein sehr geringer ist, dass mit Geld viel erreicht wird, und daher jeder Deutsche dieses kleine Opfer leiste, damit die gefährdetsten Orte, denen keine Geldmittel

zur Verfügung stehen, gerettet werden. Soll auch unsere Heimat, unser Ort nicht in Gefahr gerathen, so heisst es, jetzt schon auf der Hut zu sein. Da gibt es nur ein Mittel: Deutsche, unterstützet den deutschen Arbeiter, den deutschen Handwerker und nehmt in Eure Familie und Euer Haus nur Deutsche! Dann ist kein Feind hier, dann bleibt uns und unseren Nachkommen ein Kampf erspart, ein recht lästiger und schädlicher Kampf. Also Deutschgesinnte von Grünwald! tretet dem Bunde bei und wirkt im Sinne des Bundes." Das sind nur kleine Beispiele von der Art, wie die deutschnationale und alldeutsche Presse gegen Angehörige des böhmischen Volkes hetzen.

Die „Politik" schreibt darüber am 24. September 1902 folgendes: Die Spukgeister des Aufruhrs wirken eben fort in den deutschen Landen und allüberall herrscht hier der Obstruktionstrieb, der schon einmal in solcher Ueberfülle sieghaft war. Am meisten aber ist diese Willkür im Norden Böhmens zu spüren, der ohnehin seit jeher ein Gau der Lieblosigkeit und Unduldsamkeit war. Was hier seit Jahr und Tag das zur Furiosität aufgestachelte Nationalgefühl gesündigt hat, das hat in erschreckender Weise den von Grillparzer vorhergesagten Entwickelungsgang wahr gemacht: „Vom Humanismus durch den Nationalismus zum Bestialismus." Es ist ein wahrer Vertilgungskrieg, der hier wider Alles geführt wird, was böhmisch ist.

Die meisten der Städte im „geschlossenen Sprachgebiete" sind böhmischen Ursprunges. Breite Landstriche weisen noch heute die alten böhmischen Flurnamen auf. Der grösste Theil des Ackerbodens daselbst ist von den böhmischen Ansiedlern urbar gemacht worden, die meisten Deutschen, sofern sie nicht selber böhmischer Abkunft sind, haben es der Berufung böhmischer Könige zu danken, dass sie überhaupt ins Land kamen. Und auch heute noch ist das, was man mit Stolz als deutsche Industrie bezeichnet, zu nicht geringem Theile ein Ergebniss böhmischen Fleisses und böhmischer Arbeit. Trotz Alledem aber werden unsere Minoritäten, die doch eine wirtschaftliche Nothwendigkeit und die unerlässliche Ergänzung der deutschen Unternehmerlust dar-

stellen, wie entrechtete Eindringlinge, wie enterbte Parias behandelt. Man verkümmert ihnen mit den brutalsten Mitteln des Boycotts die Geltendmachung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, man verweigert ihnen das Wort Gottes in der Muttersprache, man will ihnen sogar das freie Verfügungsrecht über die eigenen Kinder entreissen, um diese schon im zartesten Alter dem angestammten Volksthum abtrünnig zu machen. In jüngster Zeit hat sich zu diesem alten Brauche noch eine ganze Reihe neuer Trics hinzugesellt. In einer Dorfschule ist der Lehrer verdächtig, ein „Čechenfreund“ zu sein, flugs wird ein Schülerstrike veranstaltet, und kurze Zeit darauf ist der missliebige Lehrer beseitigt. Ein Kaplan oder Pfarrer gilt als Böhme; die Gemeinde droht mit dem Abfalle, und die Verfügung der kompetenten Instanzen wird skrupellos umgestossen. In einem besonders strammen Wetterwinkel beschliessen die deutschen Kleinstädter, einem zutransferirten böhmischen Beamten Wohnung und Speisung zu verweigern und seine Vorgesetzten revociren pünktlich die Ernennung. Die Väter einer Gemeinde, die eine Bahn erhalten soll, dekretiren, dass blos Beamte deutscher Nationalität angestellt werden dürfen, und die Bahnverwaltung sucht dieselben gehorsamst in allen Ecken und Winkeln Oesterreichs zusammen. Ein besonders kühner Bürgermeister verbietet die Anbrigungen zweisprachiger Bahninschriften und es bleibt bei dem angemassten Diktate. Ja, in einem Orte ging man sogar so weit, dass man vom Staate das urkundliche Gelübde abverlangte, er werde nie und nimmer, was auch kommen möge, in den Gau einen böhmischen Beamten entsenden. Böhmische Vereine wollen ihr statutarisches Befugniss geselliger Zusammenkünfte ausüben; irgend ein nationaler Schriftleiter oder sonst ein müssiger Leuteverhetzer wiegelt die deutschen Ortsbewohner auf, die Lokalblätter bringen Aufrufe, in welchen sie zu Massendemonstrationen und förmlicher Anwendung von Brachialgewalt animiren, und die Behörde schreitet gegen die böhmischen Festveranstalter ein und verbietet ihnen die Ausübung ihres statutarischen Befugnisses, ihres staatsbürgerlichen Rechtes. Auf der

anderen Seite aber wird den Deutschen, wie es das Littauer Exempel zeigt, der Einbruch in böhmische Städte zu dem eingestandenen Zwecke der Aufwühlung des Bürgerfriedens anstandslos gestattet. Wo immer man hinblicken mag, überall drängt sich der Geist der Auflehnung hervor und überall im deutschen Lager bleibt er sieghaft. Die Obstruktion und der Triumph, der ihr zutheil wurde, wirken allüberall in ungeschwächter Kraft nach; sie dringen in die Städte und Dörfer ein, lösen überall die Bande des Rechtes und erfüllen die Bewohner mit Unbotmässigkeit und Unverträglichkeit und lassen die Geister der Revolte nicht zur Ruhe kommen. Die gouvernementalen Kreise aber nähren und fördern diese Stimmung noch durch die Benevolenz, mit der sie allen diesen Aeusserungen des überströmenden deutschen Kraftgefühles gewähren lassen, und werden dabei gar nicht inne, dass sie damit sich selber weit mehr schaden, als uns Böhmen. Die Kapitulation vor der deutschen Obstruktion hat unserem Volke zwar eine herbe Enttäuschung gebracht, aber unser Recht wird und muss über kurz und lang doch wieder zur Geltung kommen; weit ärger aber wurde der Staat in die Mitleidenschaft gezogen, denn er wird noch lange nicht die Erschütterungen zu überwinden vermögen, welche diese Beugung seiner Autorität rief. Auch unsere Minoritäten werden die Drangsale überdauern, welchen sie jetzt ausgesetzt sind; ja, sie werden dadurch nur vor Verweichlichung und Entnationalisirung bewahrt. Aber wohin ein Staatswesen steuert, das nicht den Willen hat, den sich immer tiefer einnistenden Geist der Unbotmässigkeit in einem grossen Theile seiner Unterthanen zu bannen, das zu errathen, setzt wohl keinen allzugrossen Scharfsinn voraus. Eine Regierung, deren Chef sich den Deutschen in einem harten Veto verschrieb, deren Unterrichtsminister sich in alldeutschen Redewendungen gefällt, deren Justizminister durch Geheimweisungen die Beamtenschaft irritirt und deren Eisenbahnminister vor jeder Aeusserung — deutschen Trotzes zurückweicht: eine solche Regierung besitzt wohl nicht die Eignung, der verkümmerten Staatsautorität wieder zu uneingeengtem

Respekte zu verhelfen. Wohin aber steuern wir dann in Oesterreich?“

Das stenographische Protokoll wimmelt von Anträgen alldeutscher und völkischer Abgeordneten, welche hinzielen auf Vertreibung der Angehörigen böhmischer Nation. So enthält das stenographische Protokoll der Sitzung vom 26. Februar 1901 auf Seite 630 Folgendes: „Anfrage der Abgeordneten Dr. Tschan, Kittel, Iro, Berger, Johann Laurenz Hofer, Dr. Eisenkolb, Kliemann und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Eisenbahnminister. Die k. k. Staatsbahn, Direction Pilsen, Strecke Dux-Pilsen, durchfährt von Dux bis Scheles in einer Ausdehnung von 100 Km. lediglich rein deutsches Gebiet. Nichtsdestoweniger sind alle Stationen mit doppelsprachigen Aufschriften deutsch und čechisch versehen und ebenso sind auch die von diesen Stationen ausgegebenen Fahrkarten deutsch und čechisch. In einem geradezu entwürdigenden Verhältnisse stehen aber die deutschen Beamten und Diener zu den Čechen, wie nachstehende Aufzählung darthut:

Orte	Beamte		Diener	
	deutsche	čechische	deutsche	čechische
Ladowitz	2	4	10	90
Bilin	3	4	60	40
Potscherad . . .	—	4	14	86
Postelberg . . .	1	3	15	85
Lischan	—	3	—	100
Saaz	3	5	15	88
Saaz Heizhaus . .	—	—	11	89
Schaboglück . . .	1	2	20	80
Kaschitz	—	5	—	100
Podersam	1	4	15	85
Rudig	—	3	15	85
Kriegern	—	3	—	100
Petersburg	—	3	33	67
Pladen	—	4	—	100
Scheles	—	3	17	83

Im Procenten ausgedrückt sind in diesen rein deutschen Stationen 18 Procent deutsche und 82 Procent čechische Beamte und 15 Procent deutsche

und 85 Procent čechische Diener angestellt. Warum in rein deutschen Stationen auch die Diener Čechen sein müssen, lässt sich nur dadurch erklären, dass die k. k. Staatsbahn die Čechisirung in diesen rein deutschen Gebieten systematisch betreibt. Infolge dieses ganz unqualificirbaren Vorgehens der k. k. Staatsbahn ist auch das deutsche Volk auf das ärgste verbittert und aufgeregt. Es erfolgt deshalb die Anfrage: „„Was gedenkt Seine Excellenz der Herr Eisenbahnminister zu veranlassen: 1. Um diesen mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stehenden Zustand der doppelsprachigen Stationsaufschriften und Fahrkarten zu beseitigen? 2. Um in diesen rein deutschen Stationen dem deutschen Volke sein Recht auf deutsche Beamte und deutsche Diener zu wahren?““ Wien, 23. Februar 1901.

Dagegen brachte der Abgeordnete Schneider in der Sitzung vom 20. März 1901 ein anderes Bild zur Ansicht. Es heisst im stenographischen Protokoll Seite 1533:

„Interpellation des Abgeordneten Schneider und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Eisenbahnminister. Seit der mit 1. Mai 1897 erfolgten Uebernahme der Amtsleitung der Staatsbahndirektion in Lemberg durch den Direktor Wierzbicki, welcher als Personalreferenten seine Vertrauten, den bisherigen Vorstand des Personalbureau Georg Guttmann mit einigen anderen Beamten mitgebracht hat (der erste Fall in Oesterreich, wo ein versetzter Chef seine ganze Clique mitnimmt), wird das jüdische Element im Personalstande des Staatsbahndirektions-Bezirkes Lemberg in erschreckender Weise successive derart vermehrt, dass es nur noch einer kurzen Zeit bedarf, dass dieses Element alles beherrscht, was aus nachfolgender Darstellung entnommen werden möge: Es wurden als Beamtenkandidaten aufgenommen:

im Jahre 1897 1 Jude,
„ „ 1898 10 Juden,
„ „ 1899 11 „
„ „ 1900 12 „

Die Kandidaten für niedere Posten werden nicht in Berücksichtigung gezogen. Die Bevorzugung des

jüdischen Elementes tritt bei der Besetzung der Posten bei der Staatsbahndirektion selbst sehr drastisch hervor, und zwar waren bei dieser Direktion beschäftigt:

im Jahre 1896 31 Juden,
" " 1897 35 "
" " 1898 40 "
" " 1899 42 "
" " 1900 52 "

und ist dieser Stand in den letzten Monaten auf 64 gestiegen. Die meisten Juden sind in den kommerziellen und Kontrolbureaux und als Erhebungskommissäre beschäftigt (auf fünf Erhebungskommissäre in Verkehrsangelegenheiten sind vier Juden und nur ein Christ). Bei der Exekutive sind die Verhältnisse nicht günstiger; in der Station Lemberg zum Beispiel sind unter 58 Beamten 18 Juden beschäftigt (und zwar gegen jede Vorschrift zwei Brüder Dubsky). Die sich um Versetzung von einer Station, Dienststelle oder von einem Status in den anderen zum Zwecke eines rascheren Fortkommens bewerbenden Juden werden sofort berücksichtigt. So sind viele Juden von der Krakauer und Stanislauer Direktion zur Lemberger Direktion versetzt worden (in letzterer Zeit sind zwei solcher Fälle, und zwar die Versetzung des Bier von Krakau und die des Dubsky von Stanislau zu verzeichnen). Es bedarf wohl keiner weiteren Erörterung, dass das fernere Bestehen der bisherigen Verhältnisse bei der Staatsbahndirektion Lemberg, namentlich das Belassen des Personalreferates in den Händen des Guttmann, welcher das unbeschränkte Vertrauen seines Chefs in einer für die Verwaltung äusserst schädlichen Weise missbraucht, unberechenbare Folgen nach sich ziehen würde."

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. März 1901 war die Debatte über die Bewilligung des erhöhten Rekrutenkontingents. Der verstorbene Abgeordnete Hořica sagte Folgendes: (Stenogr. Protokoll 12. März 1901, Seite 1245.)

„Seine Excellenz der Herr Landesvertheidigungsminister hat die Güte gehabt, uns mitzutheilen, dass er den sinnwidrigen Erlass, durch den die Gendarmen in böhmischen Bezirken und Städten gezwungen

waren, bei Gericht in rein böhmischen Streitsachen deutsch auszusagen, schon aufgehoben hat. Seine Excellenz hat also festgestellt, dass ich ihm Unrecht gethan habe, wenn ich diesen Erlass angegriffen habe. Es ist nun wieder geheim geblieben, dass dieser Erlass nun hoffentlich wirklich bereits aufgehoben wurde. Dagegen ist die Oeffentlichkeit gedrungen, wie noch vor kurzem kannibalisch die Gendarmen bestraft wurden, die sich erlaubten, bei Gericht böhmisch zu sprechen. Wenn also Seine Excellenz diesen Erlass aufgehoben hat, so hat er gewiss energisch und human gehandelt, und ich hoffe, geradeso energisch, wie er versichert hat, dass er die Dienstsprache zu wahren verstehe. Aber ich will nun dazu schreiten, thatsächlich zu berichtigen, was uns Seine Excellenz verschwiegen hat. Seine Excellenz hat nämlich mit keinem Worte davon Erwähnung gethan, in welcher Weise die Militärverwaltung bei der Volkszählung eine ganz sonderbare Politik getrieben hat. Bei uns werden nämlich die statistischen Ausweise nicht nach der Umgangssprache, sondern nach der Nationalität gegeben, und daraus ergibt sich das etwas seltsame Schauspiel, dass es in der österreichischen Armee ungarische und polnische Offiziere, aber keine böhmischen, keine slovenischen oder kroatischen Offiziere gibt. Die werden geschmuggelt. Wie das geschieht, das wissen wir alle. Wir haben doch selbst gedient. Man nimmt den Mann, wenn man sein Grundbuchsblatt macht, her und fragt ihn, ob er deutsch kann. Wenn er sagt: Ja, ein wenig deutsch, dann heisst es, seine Umgangssprache ist deutsch, und in der Volkszählung werden auf diese Weise bei rein böhmischen Regimentern alle Unteroffiziere und Offiziere, ob sie nun Pospischil oder Kratochwill, ob sie nun Nowak oder Nowotny heissen, ob sie nun ein gut böhmisches Herz und eine feste böhmische Zunge haben — das nützt ihnen nichts, als deutsch eingetragen. Es ist das wichtig zu sagen, weil immer Herren kommen, welche sagen, wir Deutsche zahlen zwei Drittel aller Steuern in Oesterreich. Mit diesen zwei Dritteln ist es gerade so wie mit der Umgangssprache, die dann in Nationalität umgewandelt wird.

Die ganzen Nationalitäten verschwinden durch einen Zählungsschwindel, der leider auch so energisch beim Militär betrieben wird, und durch den die čechische Nation um Tausende und Abertausende braver čechischer Söhne ganz einfach betrogen wird. Ich weiss, wie zum Beispiel im letzten Jahre bei der letzten Volkszählung in der Kadettenschule in Prag gezählt wurde. Da hat man natürlich niemand gefragt. Die Umgangssprache aller war die deutsche und sind alle 400 Frequentanten als Deutsche eingeschrieben worden. Meine Herren! Man wundert sich, dass die Leute jetzt so wenig in die Kadettenschule gehen, denn, wie Sie wissen, ist jetzt ein grosser Mangel an Frequentanten. Ja, warum denn? Wenn der böhmische Beamte seinen Sohn in eine Kadettenschule gibt, dann ist der arme Teufel moralischen Misshandlungen preisgegeben, und es ist in der Armee gang und gäbe, dass die Kameraden einen solchen Frequentanten als „Saubôhm" ansprechen. Ja, meine Herren, das ist aber etwas Erlaubtes, das ist nämlich keine Beleidigung, und der Beschimpfte kann nicht zum Rapport gehen und gehorsamst melden, er sei von dem und dem „Saubôhm" geschimpft worden. Da sagt ihm sogleich der Oberlieutenant: „Sind Sie denn kein Saubôhm? Ist denn das eine Beleidigung?" Das mochte im Mittelalter geschehen oder vielleicht noch in vormärzlicher Zeit, wo der adelige Offizier da war, der schnell vorwärts gekommen ist, und der dienstleistende Offizier, der arme Teufel, der als Koch angefangen hat und endlich mit 60 Jahren Hauptmann geworden ist."

Am schrecklichsten entbrennen die nationalen Leidenschaften in Oesterreich und zwar auf allen Seiten im Norden und Süden der Monarchie während der Volkszählung. Ueber diese Vorgänge entspann sich im Abgeordnetenhause am 20. März 1901 eine eingehende Debatte, die wir wiederzugehen uns leider versagen müssen aus Raummangel. Wir führen hier nur an einige Interpellationen und zwar nach dem stenographischen Protokoll der 12. Sitzung der XVII. Session vom 27. Februar 1901, Seite 681: „Interpellation der Abgeordneten Šilený, Dr. Kurz, Wenzel

Hrubý und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Minister des Innern in Angelegenheit der Volkszählung in Znaim und in Selletitz bei Znaim. Auch in Znaim wurde die letzte Volkszählung am 31. Dezember 1900 derart durchgeführt, dass das Resultat derselben nicht richtig sein kann und dass diese Volkszählung ungiltig ist. Dieselbe wurde etwa unter solchen Umständen durchgeführt, wie in den übrigen Orten mit (böhmischen) Minoritäten unter dem gegen das böhmische Volk ausgeübten deutschen Terrorismus. Diese Volkszählung hat die Stadtgemeinde Znaim nicht durch ihre „amtlichen“ Zählungskommissäre vorgenommen, sondern die Zählungsbogen wurden in den Häusern vertheilt und zwar aus dem Grunde, weil diese Zählungskommissäre denn doch für die „deutsche Umgangssprache“ nicht so frei wirken konnten, als wenn die Bogen an die einzelnen Parteien zur Vertheilung gelangen. Durch die Zeitungen wurde allerdings bekanntgegeben und dann durch besondere gedruckte Cirkulare den Hausherren strenge aufgetragen, dafür zu sorgen, dass den in ihren Häusern wohnenden Parteien niemand die Zählungsbogen ausfülle, als entweder der Hausherr selbst oder die anlässlich der Volkszählung von der Gemeinde beorderten Vertrauensmänner, welche jedermann mit Rath behilflich sein werden. Und diese Vertrauensmänner haben in böhmischen Familien gehörig gewüthet. Vor der Volkszählung schrieben die hiesigen Zeitungsblätter, insbesondere das „Znaimer Tagblatt“ (welches dem preussischen Staatsangehörigen Karl Bornemann gehört, der, obwohl er das Druckergewerbe nicht erlernt hat, trotzdem eine Druckereikoncession besitzt), dass alle in Znaim lebenden Böhmen als Deutsche angemeldet werden müssen und dass jedermann, der Einfluss und Macht besitzt, einen jeden Böhmen als Deutschen anmelden müsse. Desgleichen hat der Verein „Eiche“ Plakate affichirt, womit alle Deutschen aufgefordert wurden, ihre Pflicht zu thun und alles als deutsch anzumelden. Obwohl dieses Beginnen eine Aufforderung zu gesetzwidrigen Handlungen involvirte, hat der Staatsanwalt dennoch die Konfiskation nicht verfügt. Der Hergang bei der

Volkszählung war nun folgender: 1. Zahlreiche Hausherren deutscher Nationalität haben die Zählungsbogen ihren böhmischen Miethsparteien gar nicht zur Ausfüllung übergeben, sondern von denselben bloss die erforderlichen Dokumente (Tauf- und Heimatscheine, Matrikenauszüge etc.) eingeholt, selbst aber die Bogen ausgefüllt, ohne in die letzteren ihren Miethsparteien Einsicht zu gewähren, indem sie vorher die nicht ausgefüllten Bogen von ihnen fertigen liessen oder aber nicht einmal dieses thaten. Der Feldwebel Slavík des 99. Regimentes in Znaim hat in seinem Hause in Znaim elf Miethsparteien. Die Zählungsbogen hat derselbe diesen Miethsparteien gar nicht ausgefolgt, sondern erst als sie der Wachmann sammeln kam, hat dieselben entweder er selbst ausgefüllt oder der Wachmann und zwar mit der deutschen Umgangssprache, obwohl dies grösstentheils böhmische Parteien sind; erst nachher liess er die Bogen durch die Parteien fertigen. Ein Hausherr, namens Candl, hat, als ihm ein Miether den Bogen böhmisch ausgefüllt hat, in seiner Wuth den Bogen in den Ofen geworfen und angeordnet, dass, wenn der betreffende Miether den zweiten Bogen nicht deutsch ausfüllt, derselbe sofort die Wohnung verlassen müsse. Ein anderer, Herr Habrdle, Hausbesitzer auf dem Ringplatze, hat den Miethsparteien gleichfalls alle böhmisch ausgefüllten Bogen zurückgestellt. Herr Hosinský, Sattler, hat seinen Leuten die Bogen gleichfalls gar nicht vorgelegt und liess sie bloss unterfertigen. Als die letzteren dagegen protestirten, sagte er: „Gut, wenn Ihr die Bogen böhmisch ausgefüllt haben wollt, so packet Euch gleich aus dem Hause!“ Auf diese und ähnliche Art wurden sehr viele böhmische Bewohner durch die Wuth der deutschen Hetzer dazu gebracht, dass sie nachgegeben haben, indem sie sich zur deutschen Umgangssprache anmeldeten. Welchen Werth hat dann eine solche „Volkszählung“? 2. Andere Hausherren stellten ihren Miethsparteien die böhmisch ausgefüllten Zählungsbogen zurück, indem sie erklärten, es sei nicht gestattet, die Bogen böhmisch auszufüllen, noch auch die böhmische Umgangssprache anzugeben, da — wie sie hinzufügten — jedermann,

der sich zur böhmischen und nicht zur deutschen Umgangssprache bekennen würde, aus Znaim abgeschoben werden wird. Böhmisch ausgefüllte Zählungsbogen wurden von den Hausherren zerrissen und verbrannt, den Miethsparteien aber neue, deutsch ausgefüllte Bogen (mit der deutschen Umgangssprache) neuerdings zur Unterschrift vorgelegt. Diesem Terrorismus unterlagen zahlreiche böhmische Arbeiter- und Handwerkerfamilien, wenn sie auch kein Wort deutsch gekannt haben. 3. Als die böhmischen Parteien (böhmische und deutsche Hausherren) die Zählungsbogen am Rathhause abgegeben haben, wurden die betreffenden Familien von den Vertrauensmännern der Gemeinde (insbesondere Fleischhacker, Sackel und andere) überlaufen, welche deutsche Abschriften der ursprünglich böhmisch und mit der böhmischen Umgangssprache ausgefüllten Zählungsbogen mitbrachten, in denen jedoch die deutsche Umgangssprache eingetragen war, und verlangten von den böhmischen Parteien, ja zwangen dieselben, diese Bogen zu unterfertigen, weil ihre bei der Gemeinde abgegebenen Zählungsbogen unrichtig und ungiltig seien, sie aber von der Gemeinde entsendet worden seien, diese neuen korrekten Bogen unterfertigen zu lassen. Unter diesen Leuten, die so manipulirt haben, befanden sich auch städtische Wachleute (wie Smejkal und der Gemeindebeamte Haase). Die Gemeindebeamten hatten zu diesem Zwecke Amtsferien. Diese Aktion hatte auf das Zählungsresultat einen bedeutenden Einfluss, obwohl hiezu kein Grund vorhanden war, denn die böhmisch ausgefüllten Bogen waren richtig, da dieselben von drei böhmischen Kommissionen ausgefüllt worden sind, welche in verschiedenen Stadttheilen errichtet und mit genauen Instruktionen versehen waren. Die böhmisch und mit der böhmischen Umgangssprache ausgefüllten Zählungsbogen, welche bei der Gemeinde abgegeben worden sind, wurden beim Polizeiamte von Polizisten in deutsche umgeschrieben, wobei auch die böhmische Umgangssprache in die deutsche umgewandelt wurde. Diese Bogen wurden sodann von den Polizisten und sonstigen Agenten zur Unterschrift mit dem Bemerken ausge-

tragen, dass die ursprünglichen Bogen unkorrekt gewesen seien. Belege dieser Unkorrektheiten befinden sich in den Händen der Vertreter der böhmischen Bevölkerung. Die weitaus meisten Arbeitgeber haben ihre Angestellten als Deutsche angemeldet, wenn sie auch kein Wort deutsch gekannt haben. Solcher Angestellten gibt es in Znaim etwa 90 Percent Böhmen — ganz abgesehen von den Dienstmädchen. Als ein markanter Fall wird bloss angeführt, dass der Baumeister Schweighofer die Familien der bei ihm in der Ziegelei beschäftigten Leute, 135 Personen an der Zahl, als Deutsche angemeldet hat, obwohl von ihnen niemand deutsch kann und er selbst mit ihnen böhmisch sprechen muss. 4. In denjenigen Stadttheilen, wo namentlich die ärmere Arbeiterklasse wohnt, wurde durch Gemeindewachleute und andere Personen verkündigt, dass jedermann, der sich nicht zu den Deutschen melden wird, ausgewiesen werden wird.“

Auf Seite 683 desselben Protokolles steht folgende Interpellation:

„Interpellation der Abgeordneten Dr. Kurz, Dr. Šilený und Wenzel Hrubý und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern.

Bei der diesjährigen Volkszählung in Budweis wurden seitens der hiesigen Deutschen solche Unkorrektheiten verübt und eine derartige Pression auf nur halbwegs abhängige Čechen ausgeübt, dass die bei der Volkszählung erhobenen Daten gänzlich unrichtig sind, und wenigstens, was die Umgangssprache betrifft, der Wahrheit und den thatsächlichen Verhältnissen der Bevölkerung in Budweis ganz und gar nicht entsprechen. Da die Deutschen in Budweis sahen, dass ihre Zahl sich fortwährend vermindert und daher mit Recht besorgten, dass die eben durchzuführende Volkszählung ihre Schwäche im richtigen Lichte zeigen wird, so wendeten sie alle Mittel an, um die grösstmögliche Zahl von Čechen auf Deutsche umzuschreiben. Zu diesem Behufe scheuten sie weder Gewalt noch Betrug, ja ihre Zutreiber fürchteten und schämten sich nicht, selbst als gemeine Diebe in die

Wohnungen der Čechen einzubrechen, daselbst den Zählungsbogen ohne Wissen des Wohnungsinhabers zu stehlen und, unrichtig ausgefüllt, dann abzugeben. Es klingt dies zwar unglaublich, nichtsdestoweniger ereignete es sich so im Hause Nr.-C. 31./III. in der Klaudiusgasse, woselbst in die Wohnung einer gewissen Katharina J. der städtische „Fleischrevisor“ Winkler mit dem Hausherrn Ed. Bayer eindrang, in ihrer Abwesenheit aus dem Koffer ihren Zählungsbogen zugleich mit dem Zählungsbogen des Jak. Mayer, Gemeindestrassenkehrers, nahm und ohne Wissen und gegen den Willen dieser Personen die Bogen deutsch ausfüllte und abgab. Der eben erwähnte Mayer wurde später, als er verlangte, mit böhmischer Umgangssprache eingeschrieben zu werden, aus den Gemeindediensten entlassen. Der Gemeinde Budweis gebührt allerdings an allen verübten Unkorrektheiten der Löwenantheil, denn sie übte an ihren Angestellten und an nur halbwegs von der Gemeinde abhängigen Leuten die unmoralischeste Gewalt. Nicht nur die Gemeindewachmänner in Civilkleidung, sondern auch eine ganze Meute sogenannter „Meerschweinchen“ — von der Gemeinde gezahlten Agitatoren niedrigster Kategorie — zerstreute sich in der ganzen Stadt, drang in alle, nur halbwegs von der Gemeinde abhängige Familien ein, bot sich unter dem Vorwande an, dass sie aus dem Rathhause behufs Ausfüllung der Fragebogen geschickt sei, und machte aus den Čechen durch einen Federstrich Deutsche, ohne das mindeste nach ihrer Umgangssprache zu fragen. Wie sie sich dabei benahmen, davon zeugen folgende Fälle:

In das Haus Nr.-C. 277./III. kam der bereits erwähnte „Fleischrevisor“ Winkler, bot sich an, dass er die Zählungsbogen den Miethparteien selbst schreiben wird, frug sie (allerdings böhmisch) über ihr Nationale aus, liess dann die Bogen in bianco unterschreiben und trug sie mit dem Bemerken davon, dass er dieselben zuhause selbst ausfüllen werde. So geschah es bei Jakob Weiss (5 Familienmitglieder), bei Katharina Dvořák (2 Familienmitglieder), bei Franz Fiedler (7 Familienmitglieder), bei Martin Formánek (6 Familienmitglieder), bei J. Hartl (6 Familienmit-

glieder) und noch bei zwei weiteren Miethparteien (6 Familienmitglieder), sämmtlich im Hause Nr.-C. 277./III. Diese sämmtlichen Personen, obwohl sie Čechen sind und obwohl ihre Umgangssprache einzig und allein die böhmische Sprache ist, wurden gegen ihren Willen und ohne ihr Wissen seitens des Winkler mit deutscher Umgangssprache eingeschrieben. Erst infolge der persönlichen Intervention des Herrn Jakob Weiss, welcher durch Zeitungen auf die betrügerischen Praktiken Winklers aufmerksam gemacht worden war, geschah es, dass bei ihm und bei Katharina Dvořák die Bogen nachträglich und zwar bereits im Rathhause, richtig gestellt wurden. Die Zählungsbogen der übrigen eben genannten Familien blieben jedoch auch weiterhin ohne Korrektur, obschon die in denselben von Winkler gemachten Angaben wissentlich falsch und nach § 40 der Volkszählungsvorschrift strafbar sind. Marie Záběhlická, in der Bischofgasse Nro. 7, hat den richtig ausgefüllten Zählungsbogen für sich und ihre Familie abgegeben. Nach einigen Tagen kam zu ihr ein gewisser Dočekal, „städtischer Angestellter“, brachte ihr einen neuen Bogen unter dem Vorwande, dass der alte Bogen schlecht ausgefüllt sei, und erlangte, dass ihm dieser neue Bogen von der Frau Záběhlická in bianco unterfertigt wurde. Wie sich herausgestellt hat, bestand die von Dočekal durchgeführte Korrektur darin, dass er die ganze Familie gegen deren Willen, ohne deren Wissen mit der deutschen Umgangssprache einschrieb, obzwar es eine böhmische Familie ist. Derselbe Dočekal hat auch der Frau Kalát in demselben Hause die Fertigung eines leeren Zählungsbogens unter dem Vorwande herausgelockt, dass der bereits abgegebene Zählungsbogen richtiggestellt werden müsse. Auch in diesem Falle wurde die Fertigung des neuen Bogens nur zu dem Zwecke erschwindelt, damit diese Familie sammt dem Aftermiether Dr. Sachs unkorrekt und gegen ihren Willen mit der deutschen Umgangssprache eingeschrieben werde. Bei Herrn Ernst Laager in der Wienergasse Nr. 10 wohnten Frl. Johanna Laager und M. Záběhlická jun., die beide sich in den Zählungsbogen mit böhmischer Umgangssprache eingeschrieben

haben. Ihre Angabe wurde jedoch am Rathhause (unbekannt durch wen) ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen korrigirt und sie beide wurden mit deutscher Umgangssprache eingeschrieben. Benedikt Mathias, Fabriksarbeiter, und Kozák Johann, Schuhmacher, beide wohnhaft auf der Linzerstrasse Nr. 76, haben leere Bogen unterschrieben, die ihnen Johann Šleha, Gemeindeschreiber, abnahm und sodann ausfüllte; dieselben, sowie ihre Familien sprechen nur böhmisch, sind aber seitens des erwähnten Šleha mit deutscher Umgangssprache angemeldet. Kohout Peter, Kutscher, Stadtpark Nr. 38, wurde gegen seinen Willen von Kajetan Princ, Gemeindeschreiber, sammt der ganzen Familie mit deutscher Umgangssprache eingeschrieben. Eben dasselbe geschah bei Marie Tichá, Landstrasse Nr. 121, der ein gewisser Neubauer, Gemeindeschreiber, den Bogen abgenommen hat. Der deutsche Lehrer Gans kam in die Wohnung der Frau Ber und Herrn Kočí in der Böhmgasse Nr. 20 neu, bot sich zur Ausfüllung der Zählungsbogen an und schrieb die eben genannten Familien mit deutscher Umgangssprache ein, obwohl diese Familien deutsch überhaupt nicht sprechen.

Aber die Gemeinde Budweis hat noch in einer anderen Weise dafür Sorge getragen, dass die Zahl der Deutschen bei der Volkszählung vermehrt werde. Die böhmischen Gemeindeangestellten wurden aufgefordert, sich im Rathhause einzufinden, wo ihnen die Zählungsbogen ausgefüllt und sogleich auch abgenommen wurden. Die Gemeindestrassenkehrer Mayer, Lexa und Bukač wurden aus der Arbeit entlassen, weil sie sich zur böhmischen Umgangssprache bekannt haben. Die Folge davon war, dass sich alle übrigen durchwegs als Deutsche meldeten, mancher von ihnen vielleicht nach hartem Kampfe in seinem Innern. Es sind dies insbesonders folgende Gemeindearbeiter und Angestellte, welche gezwungen waren, sich und ihre Familien mit deutscher Umgangssprache anzumelden, obschon sie nach ihrer Abstammung und Sprache Čechen sind:

Piskáček Josef, Kneisselgasse Nr. 150,
Blažek Laurenz, Wienergasse Nr. 8,

Štěpán Felix, Plachýgasse Nr. 184,
Rataj Johann, Plachýgasse Nr. 21,
Liška Josef, Schanzgasse Nr. 16,
Heller Franz, Altstädtergasse Nr. 29a),
Síma Thomas, Backhausgasse Nr. 288,
Zahrádka Johann, Backhausgasse Nr. 75 neu,
Moudrý Anton, Backhausgasse Nr. 89 neu,
Holý Kaspar, Backhausgasse Nr. 89 neu,
Prokeš Peter, Todtengräber am jüdischen Friedhof Nr. 646/II.,
Novák Franz, Haasgasse Nr. 32,
Vlček Augustin, Pflasterer (hat Gemeindearbeit), Gymnasiumgasse Nr. 521,
Šubrt A., Chorsänger, Gymnasiumgasse Nr. 404,
Pechotsch Wenzel, Girowetzgasse Nr. 513,
Toman Kamillo, Fischgasse Nr. 64,
Urban Matthäus, Musiker bei den „Schützen“, Linzerstrasse Nr. 29a),
Pučelík August, Arbeiter im Wasserthurm,
Komárek Adalbert, Wunderlichgasse Nr. 35,
Nuska Josef, Pragerstrasse Nr. 724,
Libl M., städtische Hebamme, Wienergasse Nr. 8,
Höffer M., Wienergasse Nr. 8 (bezieht von der Gemeinde eine Unterstützung).

Dass auf die bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter thatsächlich eine Pression ausgeübt wurde, dies beweist besonders klar der folgende Fall: Thomas Krčka, Gemeindearbeiter, kam zum Redakteur der „Jihočeské Listy“, Herrn Kubíček, und liess sich bei ihm aus eigener Motion den Zählungsbogen ausfüllen. Dieser füllte den Bogen natürlich böhmisch aus, weil die sämmtlichen Mitglieder der Familie böhmischer Nationalität sind, und zwar: Thomas Krčka, seine Frau Marie, die Nichte Emilie Einöder, Fabriksarbeiterin, und die vierjährige Rosa Bernardická, welche bei der Familie Krčka erzogen wird. Als Krčka jedoch den Bogen abgeben sollte, kam er mit seiner Frau wieder zum Redakteur Kubíček und ersuchte sichtlich bewegt, ihm einen anderen Bogen zu verschaffen und deutsch auszufüllen, weil die Gemeinde jene Arbeiter, welche sich zur böhmischen Umgangssprache bekennen, aus der Arbeit entlasse, und machte gleich

einige Arbeiter namhaft, welche entlassen wurden. Als Redakteur Kubíček dieses sein Ersuchen abwies, verschaffte er sich selbst einen anderen Bogen und liess ihn auf dem Rathhause so ausfüllen, wie es die Herren bei der Gemeinde wünschten, das heisst mit der deutschen Umgangssprache. Aus Furcht vor dem Verluste seiner Existenz gab also Krčka wissentlich eine Unwahrheit an, und zwar nicht nur rücksichtlich seiner selbst, sondern auch rücksichtlich seiner Frau und der beiden übrigen Mitbewohner, von denen überhaupt niemand deutsch kann, was übrigens bezüglich der Familien aller eben genannten Gemeindeangestellten gilt.

Charakterisch ist auch der folgende Fall: Georg Frey, städtischer Wachmann, Mühlfeldgasse Nr. 195, liess seine Frau und seine zwei Kinder mit deutscher Umgangssprache einschreiben, obwohl weder sie noch die Kinder deutsch können und auch nicht sprechen. In seinem Familienbogen sind noch zwei andere Personen eingetragen, welche bei ihm überhaupt nie wohnen und auch am Tage der Volkszählung nicht wohnten. Dieser Fall deutet darauf hin, dass die Zahl der deutschen Bewohner in Budweis künstlich erzeugt wurde, und gibt es viele solche Fälle, was wir beweisen werden, wenn unserem Vertrauensmanne gestattet werden wird, in die amtlichen Zählungsbogen Einsicht zu nehmen. Hinter der Gemeinde Budweis blieb das hiesige deutsche Bräuhaus keineswegs zurück. Die Bräuhausangestellten wurden kontroliert, was sie in den Zählungsbogen und insbesondere in die Rubrik 13 eintragen, die Zählungsbogen mussten sie in der Kanzlei vorlegen und dort wurde ihnen die deutsche Umgangssprache hineingeschrieben, wenn auch die Mehrzahl der Arbeiter gar nicht deutsch kann. Und wehe dem Arbeiter, der es wagen würde, gegen den Willen der Brauereiverwaltung den Bogen auszufüllen. So geschah es, dass die folgenden Angestellten des bürgerlichen Bräuhauses sich und ihre Familie mit deutscher Umgangssprache anmeldeten, obzwar ihre Frauen und Kinder deutsch überhaupt nicht kennen und im Familienverkehr nur böhmisch gesprochen wird:

Bauer Wenzel, Girowetzgasse Nr. 453,
Ploner Wenzel, Moosgasse Nr. 44,
Neužil Martin, Linzerstrasse Nr. 49.
Bína J., Kutscher, Linzerstrasse Nr. 11,
Spěvák Franz, Böttcher, Moosgasse,
Zerl Anton, Arbeiter, Mühlfeldgasse Nr. 17
u. s. w.

Die sämmtlichen Fälle, wo die Brauereiangestellten infolge Pression von Seite der Verwaltung der deutschen Brauerei unkorrekt gemeldet sind, werden wir nach Einsichtnahme in die Zählungsbogen anführen; die eben genannten Fälle sind nur eine kleine Probe davon."

Damit haben wir nur einige Beispiele angeführt wie die Nationalitätenzählung in Oesterreich betrieben wird. Auf dieser Art Zählung wird dann das berüchtigte geschlossene deutsche Sprachgebiet konstruirt, auf welchem auch das berüchtigte Buch über die nationale Theilung der Diöcesen im Königreich Böhmen beruht. Wenn wir die Interpellationen eines Schoenerer lesen oder die furchtbaren Hetzerein der alldeutschen und völkischen Presse, so finden wir eine Erklärung, diese Leute suchen und finden darin ihr Brod. Aber was sollen wir sagen, wenn die anonymen Schreiber der schon citierten Schandschrift „Zur Frage deutscher Bisthümer in Böhmen" auf Seite 76 (2. Auflage) folgendes leisten: „Man fürchtet also angeblich für die Seelsorge der čechischen Minoritäten in dem Falle, dass die Diöcesen sprachlich getrennt wären. Es läge die Antwort nahe, dass unser Augenmerk wohl vor allem auf die Seelsorge der erdrückenden Majoritäten der deutschen Bevölkerung gerichtet sein müsse, welche durch die Theilung befördert werden soll (werden die Opitzianer nach der Durchführung der nationalen Theilung der Diöcesen etwa eifriger in der Seelsorge arbeiten als sie es jetzt thun, wer hindert sie am Eifer? Schamlose Pharisäer!), damit sie nicht als „Indianer", als „Schwarze irgendwo in Mittelafrika" behandelt werden (diesen Vorwurf müsste man nur auf Rechnung der Opitzianer setzen), indem das zusammenhängende deutsche Sprachgebiet Böhmens (welches in Wirklichkeit eben

nicht besteht) in dem oben berührten Sinne zum „Missionsland“ herabgedrückt wird. Erst wenn diese besorgt sein, so könnten wir auch an die Minoritäten denken. (Welche Logik!) Doch nein, wir wollen geradeaus unsere Meinung sagen, indem wir uns auf die Worte eines ruhig prüfenden Autors beziehen (Weihbischof Frind: Das sprachliche und sprachlich nationale Recht, Seite 109): Wer ob seines Broterwerbes unter einer fremden Nation sich ansiedelt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er auf manches Liebe und Schöne verzichten muss, das ihm die eigentliche Heimat geboten. Dahin gehört auch der Verzicht auf seine Sprache als Verkehrsmittel. Das eigene Gesammtinteresse nöthigt den Einwanderer in den Verkehr mit der Bevölkerung zu treten. Aus seinem Interesse folgt die natürliche und sittliche Nothwendigkeit (wie kommt hierher das Wort sittlich? Ist der böhmische Arbeiter, der sein Brod im Schweisse seines Angesichtes verdient und sein Leben daran setzt, ein Sünder, wenn er die Sprache seines Ausbeuters nicht erlernt?), dass er die Sprache des neuen Domicils erlerne. Nur selten wird das Interesse ein umgekehrtes sein oder er selbst uninteressiert bleiben oder beruflich ausser Zusammenhang mit der Bevölkerung stehen, das mag eine Last für ihn sein, die der bereits Ansässige nicht hat, aber diese Ungleichmässigkeit der Vertheilung der Last gründet sich auf die Natur des Gesellschaftskörpers, demzufolge nicht der winzige Theil dasselbe bedeutet, wie die moralische Gesammtheit.“ Man muss wirklich alle Kraft zusammennehmen, um diese Ergüsse einer solchen edlen Seele zu lesen. Es wurde noch nie in einer ekelhafteren Form das Recht des Stärkeren gelehrt, als es hier geschieht. Wir wollen uns mit diesen Ergüssen „der Nächstenliche“ des Dr. Frind nicht weiter abgeben.

Damit wir doch das ganze Trauerspiel der Unterdrückung der slavischen Nationen in Oesterreich erkennen, wollen wir die Staatsgrundgesetze anführen, welche von den Deutschen am 21. Dezember 1867 ausgegeben und vom Monarchen sanktioniert worden sind. Artikel II. Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich. Artikel III. Die öffentlichen Aemter

sind für alle Staatsbürger gleich zugänglich. Artikel IV. Die Freizügigkeit der Person und des Vermögens innerhalb des Staatsgebietes unterliegt keiner Beschränkung. Artikel VI. Jeder Staatsbürger kann an jedem Orte des Staatsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen, Liegenschaften jeder Art erwerben und über dieselben frei verfügen, sowie unter den gesetzlichen Bedingungen jeden Erwerbzweig ausüben. Artikel VIII. Die Freiheit der Person ist gewährleistet. Artikel XIX. Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichen Leben wird vom Staate anerkannt. An der Kreiirung dieser Staatsgrundgesetze waren damals die böhmischen Abgeordneten nicht betheiligt, sie sind nur von Deutschen abgestimmt worden. Man vergleiche doch mit diesen Staatsgrundgesetzen die nackte Wirklichkeit. Schon der IV. Artikel von der Freizügigkeit macht doch alle sogenannten geschlossenen Sprachgebiete unmöglich. Man versuche nur einem Juden auf die Zehe zu treten, so schreit er gleich nach Wahrung der Rechte des Staatsbürgers und zu seinem Schutz rückt gleich Militär aus. Der böhmische Arbeiter aber ist ein Parias in Oesterreich.

XXVI. Die Ausbeutung der Völker durch das internationale Kapital.

Während die Regierungen der Weltmächte darnach streben, ihre Herrschaft möglichst zu verbreiten, haben sie im Laufe der letzten 50 Jahre eine andere Macht über sich heranwachsen lassen, welcher sämmtliche sogenannte Kulturstaaten ohne Ausnahme jetzt unterworfen sind, es ist das internationale Kapital, welches weder Geschichte noch Abstammung, noch Vaterland kennt und lediglich auf Gewinn ausgeht und in der Gewalt einiger weniger Besitzer sich befindet. Niemand lässt seine Tasche freiwillig von Jemandem anderen visitieren und so können auch die Angaben über das Kapitalsvermögen nur den Werth der Wahrscheinlichkeit beanspruchen. Der Werth des Eigenthums der

Welt in Geld ausgedrückt soll etwa 450.000 Millionen Dollars betragen. Das geprägte Silber und Goldgeld soll etwa 7500 Millionen Dollars, davon das Goldgeld allein etwa 3750 Millionen Dollars betragen.

Nach Mulhall betrug der Reichthum Europas am Ende des 19. Jahrhundertes 1,175.000 Millionen Mark, davon das bewegliche Kapital allein 500.000 Millionen Mark. Hinsichtlich des Gesammtreichthums ordnen sich die Hauptstaaten Europas in folgender Reihenfolge: England 295 Milliarden, Frankreich 247, Deutschland 201, Russland 160, Oesterreich 103, Italien 79, Belgien 25, Holland 22 Milliarden. — Die Entwicklung des Reichsthums im 19. Jahrhundert ist besonders in England eine ungewöhnliche gewesen, während sie für Frankreich weit geringere Verschiebungen aufweist. Das bewegliche Kapital wird für die wichtigeren Staaten wie folgt angegeben: England 106 Milliarden, Frankreich 65, Deutschland 37, Russland 14, Oesterreich 10, Italien und Belgien je 7, Holland 6 Milliarden. Die Reihenfolge ist also dieselbe wie bei dem Gesammtreichthum, aber das Verhältniss ist schwankend, am grössten ist es bei den Industrieländern, am schwächsten bei denen, deren Industrie und Handel erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen. Während es in England 35 v. H. beträgt, in Belgien 28, in Holland 27, in Frankreich 26, in Deutschland 18, fällt es in Russland, Oesterreich und Italien auf 9 v. H. Wenn das Gesammtvermögen der einzelnen Länder auf die Kopfzahl der Bevölkerung berechnet wird, so gelangt man zu einer anderen Reihenfolge. Jeder Engländer besitzt durchschnittlich etwa 5920 Mark, der Franzose 5290, der Holländer 3680, der Belgier und Deutsche je 3120, der Oesterreicher und Italiener je 2000 und der Russe 1200 Mark. Wenn nur das bewegliche Kapital in Betracht gezogen wird, so besitzt der Engländer im Durchschnitt 2120 Mark, der Franzose 1360 Mark, der Holländer 1000, der Belgier 855, der Deutsche und Italiener je 560, der Russe 115 Mark. Die Belastung des Budgets für die verschiedenen Staaten Europas wird in runden Ziffern folgendermassen angegeben: Deutschland 4 Milliarden, also 2 Proc. seines Gesammtreichthums, England 3

Milliarden oder 1 Proc., Frankreich 3½ Milliarden oder 1·4 Proc., Russland 2 Milliarden 700 Millionen oder 1·7 Proc., Oesterreich 2 Milliarden oder 1·8 Proc., Italien 1 Milliarde 800 Millionen oder 2·3 Proc., Belgien 375 Millionen oder 1·5 Proc., Holland 300 Millionen oder 1·4 Proc. Danach würde die Belastung des Nationalvermögens durch die Staatsausgabe in Italien am grössten sein und es folgen weiter: Deutschland, Oesterreich, Russland, Belgien, Frankreich, Holland und England.

Nach den Schätzungen des internationalen statistischen Institutes war das bewegliche Vermögen Europas Ende 1897 folgendermassen konskribiert:

			im Milliarden Francs
England	7.246,902.736	Pfund Sterl.	182·6
Niederlande	6.486,480.000	Gulden	13·6
Belgien	6.193,419.000	Francs	6·2
Deutschland	73.641,000.000	Mark	92·0
Oesterreich	11.680,800.000	Gulden ö. W.	24·5
Italien	17.500,000.000	Lire	17·5
Rumänien	1.214,048.000	Lei	1·2
Norwegen	500—600	Mill. Kronen	0·7
Dänemark	2.045,679.000	Kronen	2·7
Frankreich	80.000,000.000	Francs	80·0
Russland	25.439,000 000	Francs	25·4
		Zusamen rund	446·4

Dieses riesige Vermögen erfordert eine jährliche Verzinsung, welche in die Kassen der Kapitalisten strömt. Die christlichen Völker Europas dürften jährlich an das Kapital 4000 Millionen Mark reichsdeutscher Währung Zinstribut entrichten, dabei sind nicht gerechnet die Steuern und die Hypothekarschulden in ihrem ganzen Umfang. In der angeführten Summe des beweglichen Besitzes sind die Staatsschuldscheine und auch Hypothekarbelastungen, nämlich die Pfandbriefe einbegriffen. Aber die übrigen Grundbuchschulden sind hier nicht angegeben. Sie werden für Europa auf 60.000 Millionen Mark geschätzt. Das ist eine Zinsenlast jährlich von mindestens 240 Millionen Mark. Nehmen wir noch dazu die Staatsausgaben von ganz Europa, die sich jährlich auf ungefähr 25.000 Millionen Mark belaufen, so haben wir folgende Lasten: Zinsen des Kapitalsvermögens 4000 Mill. Mark, Zinsen

für die Hypothekarschulden 240 Mill. M., öffentliche Lasten u. Steuern 25.000 Mill. M. Diese furchtbare Last, welche auf den Völkern Europas ruht, ist nicht einmal 50 Jahre alt. Wie lange können die Völker diese Last ertragen? Wir sind der Ueberzeugung, dass der Zeitpunkt kommen wird, wo die Völker den Nationalitätenstreit werden fallen lassen, und werden genöthigt sein, ihre Existenz zu wahren vor dem Erdrücktwerden durch das internationale Kapital. Während die Deutschen in Oesterreich nach der deutschen Staatssprache rufen, zahlen die Steuerträger Oesterreichs, worunter also auch die Deutschen sind, ruhig jährlich 400 Mill. Kronen Zinsen in das Ausland für österreichische Werthpapiere, die sich in den Händen ausländischer Kapitalisten befinden. Dabei wissen auch die Deutschen nicht, ob dieser riesige Tribut dem Kalman Levy in Paris oder dem Bleichröder in Berlin in die Taschen fliesst. Wir geben nun eine gedrängte Darstellung der Kapitalskräfte einzelner Staaten, soweit wir eben das Material bei der Hand haben.

a) Der Kapitalismus in Oesterreich.

Nach dem Raubzuge Preussens gegen Oesterreich im J. 1866 begann in diesem Reiche die Herrschaft der Judenliberalen, die nur durch eine kurze Pause des Ministeriums Hohenwart unterbrochen war. Der Kapitalismus feierte in Oesterreich seine Orgien, an welchen sich auch die Minister wie Giskra, Banhans, Finanzminister Bruck in hervorragender Weise betheiligten. Für die Geschäfte, welche zum Beispiel Finanzminister Bruck besorgte, wäre die richtige Dividende der Galgen oder mehrjähriger Aufenthalt im Zuchthaus.

Die Zeiten sind nun vorüber, das Gründerthum ist im Misskredit, das Publikum ist arm geworden und lässt sich jemand fangen, so geschieht es nur durch einen Betrug beim Advokaten oder Wechselstubeninhaber, die dann im gegebenen Momente entweder Cyankali oder Revolver nehmen oder rasch über das grosse Wasser nach New-York zu kommen trachten. Nichtsdestoweniger ist das mobile Kapital in

Oesterreich zu einer ansehnlichen Höhe herangewachsen. Der Hauptgrund der Entwicklung des Kapitalismus ist das Schuldenmachen im populären Sinne. Heute ist Jedermann voll von Schulden, vom Staate angefangen bis zum letzten Häusler; die Inhaber der Schuldscheine sind die glücklichen Kapitalisten.

Ende des Jahres 1902 hatten an der Börse in Wien die Staatsschuldscheine folgenden Kurswerth: Allgemeine Staatsschuld 5437·6 Mill. K; die Staatsschuld österreichischer Länder 2065·7, der ungarischen Länder 4436·5 Mill. K. Zusammen machte Ende 1902 die Staatsschuld eine Netto-Summe von 11.939·8 Mill. K. Die Steuerzahler müssen für die jährlichen Zinsen aufkommen, die jetzt die Summe von 700 Mill. K überschreiten. Ein guter Theil davon fällt ja auf die landwirthschaftliche Bevölkerung. Wie sich doch die Zeiten ändern. Im Jahre 1850 haben die Steuerzahler in der ganzen Monarchie, Oesterreich und Ungarn zusammen, 53,718.361 fl. Zinsen für die Staatsschuld gezahlt, im Jahre 1900 haben die Steuerzahler in Oesterreich 172,015.002 und in Ungarn 174,226.866 fl. Zinsen für die Staatsschuld gezahlt. Gehen wir weiter.

Die vom österreichischen Staate übernommenen Eisenbahnschuldverschreibungen hatten Ende 1902 einen Kurswerth von 1425·1 Mill. K. Weiter kursierten an der Börse in Wien öffentliche Anleihen der Länder, Städte etc. für 1262.7 Mill. K, Pfandbriefe und Obligationen für 3750 Mill. K, Eisenbahnprioritäten für 3643·7 Mill. K, Eisenbahnaktien für 1682·3 Mill. K, Bankaktien für 1474·6 Mill. K, Industrieaktien für 1101·7 Mill. K. Der gesammte Kapitalsbesitz, welcher Ende 1902 an der Börse in Wien kursierte, hatte einen Börsenwerth von 27.094·7 Mill. K. Während des Jahres 1902 ist das Kapitalsvermögen des an der Börse in Wien notierten mobilen Besitzes um 1375 Mill. K gewachsen, bei einer Vermehrung dieses Vermögens von 580 Mill. K durch Zulassung neuer Werthpapiere. Ende des Jahres 1894 betrug der Kurswerth sämmtlicher Titres an der Börse in Wien 24.234·4 Millionen Kronen.

Das mobile Kapitalsvermögen in Oesterreich ist in 9 Jahren um 2740 Millionen Kronen angewachsen. Das Jahr 1901 war für die Börse in Wien ein Hexenjahr, ungefähr wie im Jahre 1873. Zahlreiche Schäflein wurden von der Börse rasiert ohne Blut, ohne Messer. Das dumme Publikum in Oesterreich wurde im Jahre 1901 von der Börse um eine Kleinigkeit von 483 Millionen Kronen geprellt. So viel betrug der Kursverlust von Industrie- und Bankaktien während dieses Jahres. Der Geschäftsumfang der Börse in Wien ist nicht immer gleich. Es wurden Effekten verkauft und gekauft:

	Millionen Kronen
im Jahre 1874	1286
„ „ 1881	9252
„ „ 1895	10328
„ „ 1898	4504
„ „ 1899	5889
„ „ 1900	3685

Man sieht an diesen Zahlen, dass die Glanzperiode der Börsengeschäfte in Oesterreich vorüber ist. Die dummen christlichen Gojims haben nichts mehr. Im Jahre 1901 waren an der Börse in Wien folgende Schrankenfirmen aufgestellt: Moritz Alter, Angloösterr. Bank, Samuel Auspitz, Sigmund Bauer, Simon u. Bauer, Moses Biedermann, Breisach u. Comp., Brühl u. Kallmus, Jak. Bunzel, Jaques Ehrenzweig, Elissen u. Schloss, Ephrussi u. Comp., Felix Epstein, Brüder Feldmann, Ferd. Figdor, Jos. Figdor u. Söhne, Moritz Frankl, Friedenstein u. Comp., Garai u. Kohn, Siegmund Geiringer, Moritz Gerstbauer, Goldberger u. Pollak, Philipp Gomperz, Gebrüder Gutmann, Moser Hassberg, Herz und Strauss, Theod. Kantor, Gebrüder Kohn, Joseph Kohnet u. Comp., Kolisch, Stiassny u. Comp., Landesberger u. Schmeichler, Leop. Langer, Lieben u. Comp., Louis Löb, Nagel, Stern u. Comp.. Nagel u. Wortmann, Nathanson u. Kallier, Alfred Neu u. Comp., Oplatek u. Hock, Pichler u. Schick, Julius Pollak, Samuel Reitzes u. Gebrüder, Rosenberg u. Rosin, Rosenfeld u. Comp., S. Moses Rothschild, Mathias Rusov, Schlesinger u. Reihmann, J. Singer, Singer. Walter und Comp., J. Stametz, Nachfolger,

J. Stern, Leopold Stern, Strisomer u. Schwarz, Urbach u. Comp., J. Weinsberger u. Comp., Adolf Weiss, Jaques Weiss, Moses Weiss, Weissenberger, Frid u. Comp., David Weiswetter, J. Zett, Bab und Comp. Sollte sich in dieses Verzeichniss ein Christ verirrt haben, können wir natürlich nicht wissen. Wir haben vor uns also die Crême der privilegierten Staatsbürger Oesterreichs, die in Wirklichkeit seine Regierung bilden. Sollte mal Schönerer oder Funke es wagen diese Finanzgrössen anzugreifen, dann würde ein Tanz losgehn, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. Die „dummen“ Christen werden gegen einander gehetzt, armen Arbeitern werden Wohnungen gekündigt, die Gelegenheit zum Brodverdienst verweigert, weil sie zur deutschen Nation nicht gehören, aber den Volksausbeutern, die keine Nationalität überhaupt kennen, an diese Finanzgrössen hat sich noch kein Deutschnationaler herangewagt.

Die Judenzeitungen sind natürlich nicht wenig stolz darauf, dass in Oesterreich die Finanzbarone diejenigen sind, um die sich der ganze Staat drehen muss. So schreibt das „Berliner Tageblatt“ Ende April 1903 folgendes: „Zwei Wiener Financiers. Fast in keinem Staate ist der persönliche Einfluss einzelner Financiers ein so weitgehender wie in Oesterreich. Zum Theile ist dies wohl dem Umstande zuzuschreiben, dass es in Oesterreich überhaupt weniger hervorragende Persönlichkeiten auf finanziellem Gebiete giebt als in anderen Ländern. Von den Persönlichkeiten, die zur Zeit die hervorragendste Rolle spielen, steht jede einzelne an der Spitze einer ganzen Reihe von Aktiengesellschaften und in einer dominirenden Position in einer der Wiener Banken. Das Princip der Solidität wird in erster Reihe von dem Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt Gustav Ritter von Mauthner repräsentirt. Ritter von Mauthner hat alle Stadien eines geschulten und geübten Finanzmannes durchgemacht. Er kam in ganz bescheidener Stellung zu dem Institute, in dem jetzt sein Wille ausschlaggebend ist. Nur für ganz kurze Zeit hatte er den Dienst der Oesterreichischen Kreditanstalt verlassen und zwar im Jahre 1872, wo er als Disponent der

damaligen Allgemeinen Oesterreichischen Bank thätig war. Durch seine Verheirathung mit der Tochter des Präsidenten der Oesterreichischen Kreditanstalt, Ritter v. Weiss, trat er schon in verhältnissmässig jungen Jahren in intime Beziehungen zu den Leitern des Instituts. Bei allen umfangreichen Finanzoperationen, welche die Oesterreichische Kreditanstalt in den letzten zwei Decennien durchführte, war Ritter von Mauthner hervorragend thätig. Seine Domäne bilden die staatsfinanziellen Geschäfte, die bis zu einem gewissen Grade auch das Privilegium der Oesterreichischen Kreditanstalt geworden sind. Ungeachtet der grossen Erfolge ist Ritter v. Mauthner stets eine bescheidene Natur geblieben. Grossen Aufwand zu treiben, verschmäht er. Seine Zerstreuung bildet die Jagd, die ihn auch häufig mit dem Chef des hiesigen Welthauses Baron Albert v. Rothschild zusammenführt. Mauthner gehört dem Herrenhause an und ist damit der höchsten Auszeichnung theilhaftig geworden, die für einen jüdischen Staatsbürger in Oesterreich erreichbar ist. Die Nobilitirung Mauthners datirt noch von der Zeit, wo die eiserne Krone dritter Klasse die Erhebung in der Adelstand mit sich brachte. Obgleich noch in voller Schaffenskraft stehend, beschäftigt sich Mauthner ernstlich mit dem Gedanken, seine Direktorstelle aufzugeben, um sich mehr seiner Familie widmen zu können. Wahrscheinlich wird er alsdann Präsident des Verwaltungsrathes werden. Der Augenblick hiefür wird wohl dann gekommen sein, wenn der gegenwärtige Präsident der Oesterreichischen Kreditanstalt, Ritter v. Gomperz, der in diesem Jahre seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag gefeiert hat, zurücktritt. Wahrscheinlich wird das schon im nächsten Jahre geschehen, da Ritter von Gomperz nur dem Drängen der Verwaltung nachgebend in diesem Jahre noch seine Stelle als Präsident behalten hat. Eine so hervorragende Rolle auch Ritter v. Mauthner im gesellschaftlichen Leben spielt, ist er vor Allem doch Geschäftsmann geblieben, und wer immer in Angelegenheiten der Oesterreichischen Kreditanstalt geschäftlich bei ihm vorsprechen will, findet Gelegenheit, sein Anliegen vorzubringen. Einen Ersatz für

diesen fleissigen und umsichtigen Direktionsleiter wird die Oesterreichische Kreditanstalt nicht leicht finden. Ungleich impulsiver und energischer als der leitende Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt ist der Generaldirektor der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt Ritter von Taussig. Er ist in einem Augenblicke in die Leitung der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt berufen worden, in dem dieses Institut am Rande des Konkurses stand. Nur der Intervention der österreichischen Regierung war es damals zu danken, dass die grosse Hypothekenbank ihren Verpflichtungen nachkommen konnte. Die gesammte Kundschaft des Instituts musste gesichtet werden. Es galt, die unsoliden Elemente, welche auf Kosten der Bank waghalsige Spekulationen eingegangen waren, zu beseitigen. Leicht war diese Aufgabe nicht, weil sich unter diesen Kunden auch Persönlichkeiten befanden, die den vornehmsten Kreisen Oesterreichs nahestanden. Entschlossen und zielbewusst hat Ritter von Taussig Ordnung geschaffen. Auch die Verwaltung der Bank musste davon überzeugt werden, dass nur solides und ehrliches Geschäftsgebaren auf finanziellem Gebiete zu Erfolgen führe. Mit einer bewunderungswürdigen Klugheit hat Ritter von Taussig später die Persönlichkeiten ausfindig gemacht, welche berufen waren, der Verwaltung seines Instituts grosse Dienste zu leisten. Die ersten Sektionschefs aus den Ministerien, die Berather des Hofes wurden in die Verwaltung der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt berufen. Trotz eines verhältnissmässig bescheidenen Kapitals hat die Bodenkreditanstalt ihre Einflussphäre zusehends erweitert. Die grössten Erfolge hat Ritter von Taussig dadurch erzielt, dass er stets einen grossen Theil des Reingewinns für spätere Zeiten reservirte, um auf diesem Wege die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Instituts, dem er angehört, zu erhöhen. Heute sind die Reserven der Bodenkreditanstalt bis zu einem Betrage angewachsen, mittels dessen die Vollzahlung der nur mit 100 fl. eingezahlten Aktien bewerkstelligt werden könnte.

Die eigentliche Domäne Taussig's bildet das Eisenbahnwesen. Hier hat er seine grössten Erfolge

erzielt. Seiner Initiative war es hauptsächlich zu danken, dass die Oesterreichisch-ungarische Staatseisenbahngesellschaft immer mehr dem französischen Einflusse entrückt worden ist; er hat den Verkauf des ungarischen Netzes der Staatseisenbahngesellschaft durchgeführt und die Industrieunternehmen der Staatseisenbahngesellschaft zu einer befriedigenden Entwickelung gebracht. Seit Jahren steht er an der Spitze des Verwaltungsrathes der Staatseisenbahngesellschaft.

Sein Votum ist zugleich entscheidend für die Entschliessungen der Verwaltungen der Oesterreichischen Nordwestbahn, der Elbethalbahn und der Pardubitzer Bahn, dem Verwaltungsrathe der Nordwestbahn gehört er als Vicepräsident an. Gestählt und gekräftigt durch den fortwährenden Kampf mit den Regierungen, fühlt sich Ritter v. Taussig förmlich wohl, so oft es neue Differenzpunkte zwischen dem Eisenbahnminister und den Transportunternehmungen auszutragen gilt. Trotz der fortgesetzten Kämpfe besteht jedoch keine Animosität zwischen ihm und dem Eisenbahnminister, und dieser ist von Taussig's Tüchtigkeit derart überzeugt, dass er in allen wichtigen Eisenbahn- und Verkehrsfragen Ritter v. Taussig gern als Ratgeber hört. Mit der Nordwestbahn und der Staatseisenbahngesellschaft ist das Herrschergebiet Taussig's noch keineswegs erschöpft. Ritter v. Taussig verfügt auch über die Majorität der Aktien der Donau-Dampfschiffahrt, und zum Theil werden wichtige Fragen in Südbahnangelegenheiten gleichfalls im Bureau der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt gelöst, weil der Chef der Firma Rothschild, Baron Albert v. Rothschild, auf das Urtheil des Direktors der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt grosses Gewicht legt. Ritter v. Taussig steht in den besten Jahren und zeigt zur Stunde noch nicht die geringste Spur von Ermüdung. Vom frühen Morgen bis in den späten Abend ist er mit Konferenzen vollauf beschäftigt. Seine Persönlichkeit gilt als ausnehmend liebenswürdig, und diesem seinem Wesen dankt er es auch, dass seine Häuslichkeit zum Mittelpunkte des gesellschaftlichen Verkehrs in Wien geworden ist.“

Die gute Hälfte von dem mobilen Kapital Oesterreichs dürfte wohl Albert Nathaniel Rothschild haben. Mitte Dezember 1901 schrieb das in Wien erscheinende „Deutsche Volksblatt“ folgendes: „Die diesjähr. Juni-Bilanz des Wiener Hauses schloss mit einem Aktiv-Saldo von 11.116,594.672 K 12 h ab! Also mehr als 11 Milliarden Kronen besitzt das Wiener Haus allein!! Nimmt man nur einen 4procentigen Zinsfuss an — obwohl Rothschild, Dank seiner Betheiligung an allerlei industriellen Unternehmungen und seiner im grössten Stile betriebenen Börsenoperationen mehr als 10 Procent erzielt — so hat der Chef des Wiener Hauses über ein Jahreseinkommen von rund 440 Mill. Kronen zu verfügen. Repartirt gibt dies einen Tagesrevenu von mehr als 1,200.000 K. Auf die Stunde entfallen noch immer 50.000 K, auf die Minute 833 K und in der Sekunde kann sich der arme Albert auch noch 13 K leisten.“ Zur näheren Illustrirung der kolossalen Summen, die in der Rothschild'schen Bilanz figuriren, bringt das Blatt dann noch folgende interessante Proben bei: „In Mairente besitzt der Wiener Chef nur 63,400.000 fl., die mit 124,264.000 K eingestellt sind, dafür verfügt er über mehr als 132 Mill. Kronen in 4procentiger österreichischer Goldrente, ferner über 128 Mill. in österreichischer Kronenrente, 122 Mill. in 4procentiger ungarischer Goldrente, 22 Millionen in Schuldverschreibungen der Elisabethbahn, über 121 Mill. in 4procentiger ungarischer Kronenrente, 70 Mill. in Februarrente, in Silberrente die riesige Summe von mehr als 290 Mill. Kronen. Im Albert Rothschild'schen Besitze befinden sich ferner 28.500 Stück Nordbahnaktien, welche mit 179,550.000 K Werth eingestellt sind! 120.000 Stück Kreditaktien repräsentiren einen Werth von ca. 80 Mill.! Französische Wertheffekten besitzt Rothschild für 1231 Mill., englische gar für 2374 Mill.! Realitäten und Güter sind mit 165 Mill. eingestellt, während der Rest von Rothschild's Vermögen in Industriewerthen investirt ist: Petroleumquellen, Edelsteingruben, Bergwerken etc. . . . Der Antheil des Barons Albert Rothschild an den Petroleumquellen zu Baku warf allein pro

1899 einen Ertrag von 98,208.865 K ab! Diese Angaben sind so detaillirt, dass der Aufsehen erregende Artikel mit dem „besten Willen“ nicht ignorirt werden konnte. Finanzminister v. Böhm warf sich denn auch alsbald für den armen Albert Rothschild ins Geschirr und „stellte fest“, dass die Behauptungen des „D. V.“ haltlos seien. Räthselhaft bleibt es indess, woher Herr v. Böhm diese Kenntniss hat, da gleichzeitig der Vorstand der Steueradministration I. für Wien, Hofrath v. Lesigang, der doch genau wissen muss, wie viel Rothschild versteuert, behufs näherer Information den Herausgeber des „D. Volksbl.“, Hrn. Vergani, zu sich bat. Dieser hat nun mit massgebenden Persönlichkeiten der christlich-socialen Partei Fühlung genommen, um es dem Gewährsmann des Blattes zu ermöglichen, ohne Nachtheile für seine Existenz, sich der Behörde zur Verfügung zu stellen und ihr genauere Informationen nebst Belegen zu geben Hat ja doch schon der Goi, der nur einen galizischen Pinkeljuden „beleidigte“, seiner Lebtage vor der internationalen Mischpoche keine Ruhe, wie viel weniger der, der einem Rothschild etwas zu nahe tritt?!“

Nach den Schätzungen der Steuerbehörden betrug im Jahre 1900 der Reinertrag des ganzen besteuerten Grund und Bodens Oesterreichs die Summe von 306,429.178 Kronen. Multiplicirt man diese Zahl mit 25, so bekommt man den Kapitalswerth der besteuern Bodenfläche, das wäre 7650·7 Mill. Kronen. Der ganze Grund und Boden Oesterreichs gehörte Ende 1900 4,932.651 Menschen, welche Grundsteuer zahlten. Nehmen wir noch die Angehörigen dazu, ernährt die Land- und Forstwirthschaft in Oesterreich über 13 Millionen Menschen. Nun könnte Rothschild allein mit seinem Kapital zweimal den ganzen Bodenbesitz Oesterreichs käuflich erwerben. Der ganze fruchtbare Boden des Königreiches Böhmen beträgt 5,027.306 Hektar, davon gehören 1,699.241 Hektar dem Grossgrundbesitz, d. i. 34 Procent, der andere Theil 3,228.065 Hektar sind bäuerlicher Besitz, d. i. 66 Procent. Vom Grossgrundbesitze gehören 55.136 Hektar dem kaiserlichen Hause, 634.735 Hektar 39

Eigenthümern fürstlichen Ranges, 532.787 Hektar 107 Eigenthümern gräflichen Ranges, 100.143 Hektar 66 Freiherren, 56.268 Hektar 79 Eigenthümern von einfachem adeligen Stande. Der geistliche Besitz beträgt 99.082 Hektar. Nebstdem hat das Aerar, der Landesausschuss, dann einige Städte Bodenbesitz. Der bäuerliche Grund ist vertheilt an 816.979 Eigenthümer mit 9,262.754 Parcellen. Pächter gab es nach der Zählung vom Jahre 1890 in Böhmen 15.773. Der Werth des Bodens des Grossgrundbesitzes im Königreich Böhmen wird geschätzt auf 1.968,334.000 Kronen, der Bodenwerth des Bauernlandes auf 2.384,698.400 Kronen. Albert Nathaniel Rothschild kann also den Grund und Boden des ganzen Adels in Böhmen 6mal käuflich erwerben. Ein einziger Jude wiegt also 6mal mehr als der ganze Adel eines alten glorreichen Königreichs. Zu den Finanziers, die in Wien eine hervorragende und entscheidende Rolle spielen, zählt auch der Generaldirektor des Wiener Bankvereins, Herr Moric Bauer. Reichsdeutscher Abstammung, ist Bauer auch jederzeit Deutscher geblieben, obgleich er bereits vor längerer Zeit die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hat und in Oesterreich zu einer sehr einflussreichen Stellung gelangt ist. In innigster Fühlung mit den hervorragendsten deutschen Instituten hat er es als seine hauptsächliche Aufgabe betrachtet, dem deutschen Kapital in Oesterreich die Wege zu ebnen. Es gibt wenige Persönlichkeiten, welche in verhältnissmässig so kurzer Zeit sich zu solcher Geltung gebracht haben wie Bauer. Zu einem nicht geringen Theile verdankt er diese Erfolge seinem verbindlichen Wesen und seinem oratorischen Talente. In welcher Versammlung oder Körperschaft er immer sich zum Wort meldet, reisst er die Anwesenden förmlich mit sich fort. Er versteht es wie selten Einer, seine Zuhörerschaft zu überzeugen.

Oesterreich-Ungarn dankt ihm eine grosse Zahl von hervorragenden und leistungsfähigen Aktienunternehmen. Der Wiener Bankverein, Bauer's eigentliche Domäne, war zu der Zeit, wo er in die Direktion berufen wurde, ein kleines Institut, und waren ihm nur zwei oder drei Industriegesellschaften attachirt. Heute

verfügt die Bank über ein Aktienkapital von 80 Millionen Kronen und über bedeutende Reserven. Ein starker Rückhalt des Instituts liegt in dem engen Anschlusse an die Deutsche Bank. Auch die Dresdner Bank, die Würtembergische Vereinsbank und andere grössere deutsche Banken pflegen sich an den Syndikatsgeschäften des Wiener Bankvereins mit ansehnlichen Quoten zu betheiligen. Wo immer in Oesterreich sich die Gelegenheit bietet, gewinnbringende Operationen durchzuführen, ist der Wiener Bankverein an hervorragender Stelle zu finden. Er hat sich zuletzt bei der Eisenbahnverstaatlichung in Oesterreich wirksam bethätigt und nimmt auch eine führende Stellung bei den Eisenkartellverhandlungen ein. Mit geschickter Hand wusste Herr Bauer der Rima-Muranyer Gesellschaft eine Position zu verschaffen, die ihm die Gelegenheit bietet, ein Machtwort hinsichtlich des Eisenkartells zu sprechen. Auch in Ungarn ist der Bankverein zu grosser Beliebtheit gelangt, wenngleich dort einzelne seiner Gesellschaften vom Schicksale wenig begünstigt waren, wie die Ungarische Industriebank, die innerhalb einer verhältnissmässig kurzen Zeit einen grossen Theil ihres Aktienkapitals verloren hat.

Erleichtert wurde Herrn Bauer der Verkehr mit den österreichischen und ungarischen Finanzkreisen durch den Umstand, dass sich sein Bruder an der Spitze eines der hervorragendsten französischen Bankinstitute befindet und in verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Häusern Rothschild steht. Bauer's Votum ist nicht blos bei zahlreichen Aktiengesellschaften, sondern auch oft in der Wiener Börsenkammer entscheidend, an deren Berathungen er den lebhaftesten Antheil nimmt. Bauer schreckt auch nicht vor grossen Schwierigkeiten, wenn sie sich seinen Geschäften entgegenstellen, zurück. Mit den starken Ressourcen rechnend, die seinem Institute zur Verfügung stehen, nimmt er jederzeit, wenn es nothwendig ist, den Kampf mit anderen Banken auf. Für seine Verdienste um den österreichischen und ungarischen Finanzverkehr wurde Direktor Bauer durch Verleihung der Eisernen Krone ausgezeichnet. Auch

im gesellschaftlichen Leben nimmt Bauer eine ausgezeichnete Stellung ein.

Unter den österreichischen Finanzmännern, die in erster Reihe das industrielle Gebiet kultiviren, steht obenan Karl Wittgenstein. Als geborener Oesterreicher hat er sich amerikanisches Temperament und amerikanische Unternehmungslust angeeignet. Schon in jungen Jahren fand er nämlich Gelegenheit, die Verhältnisse jenseits des Oceans an Ort und Stelle kennen zu lernen. Vor etwa drei Decennien kehrte er in seine Heimath zurück und wendete sich hier der Eisenindustrie zu, die damals eben in der ersten Entwickelung begriffen war. Ein ganz kleines Werk, das Walzwerk in Teplitz, das sich im Besitze von Angehörigen seiner Familie befand, bot ihm Beschäftigung. Nachdem er sich in diesem Werke bis zum Geschäftsleiter emporgearbeitet, erwarb er es schliesslich gemeinsam mit einigen Freunden. Aus den Teplitzer Walzwerken ist im Laufe weniger Jahre die Prager Eisenindustriegesellschaft geworden. Von Erfolg zu Erfolg schreitend, gelangte er zu einer dominirenden Rolle in der Eisenbranche. Seinem Urtheile ordnete sich alles unter. Der ursprünglich gänzlich mittellose Mann hatte in etwa zwanzig Jahren ein Vermögen von 10 Millionen Gulden erworben, das seither noch eine wesentliche Erhöhung erfahren hat. So reich aber auch Wittgenstein geworden ist, er ist immer ein Arbeiter geblieben. Sein Bureau bildete den Centralpunkt aller Eisenindustriellen. Vor etwa drei Jahren fasste er den Entschluss, sich ein wenig Ruhe zu gönnen. Obgleich immer wieder versichert wird, dass der Wille Wittgenstein's allein im österreichischen Eisenkartell ausschlaggebend ist, darf es als feststehend gelten, dass er selbst sich von dem geschäftlichen Treiben fernhält. Er hat vielmehr einige seiner Angestellten mit wichtigen Stellen und Missionen betraut, und er will sehen, ob es ihnen gelingen wird, die Gesellschaften, die ihm nahestehen, auf der Höhe zu erhalten, auf die er sie gebracht hat. Freilich kann eine Persönlichkeit, die eine so hervorragende und ausschlaggebende Rolle gespielt hat, sich nicht gleichsam über Nacht von den Geschäften vollständig zu-

rückziehen. So oft irgend eine wichtige Frage zu entscheiden ist, holen seine Vertrauensmänner immer wieder bei ihm Rath ein, und er kann sich diesen Wünschen schon deshalb nicht entziehen, weil er noch mit ansehnlichen Kapitalien an den verschiedenen Unternehmungen betheiligt ist. Seitdem er in Deutschland an grossen Spekulationen in Kohlenwerthen empfindliche Verluste erlitten hat, ist er übrigens in den Operationen an der Börse ein wenig vorsichtiger und zurückhaltender geworden.

Eine impulsive Natur wie Wittgenstein muss für die Thätigkeit, die er bisher auf geschäftlichem Gebiete entwickelt hatte, einen Ersatz finden. Er sucht ihn vor allem in der Bethätigung auf landwirthschaftlichem und künstlerischem Gebiete. Charakteristisch ist, dass ihm neuestens die Absicht zugeschrieben wurde, das Beethoven-Monument von Klinger zu erwerben, um es der Stadt Wien zu schenken. Die Gerüchte sind offenbar dadurch entstanden, dass Klinger und Wittgenstein in freundschaftlichen Beziehungen stehen und Klinger bei seiner Anwesenheit in Wien Gast des Herrn Wittgenstein war Wittgenstein hatte übrigens jederzeit eine offene Hand. Wo immer wohlthätige Institutionen gefördert werden sollten, stand er mit nahmhaften Beträgen zur Verfügung. Die erbeingesessenen Millionäre wollen indess Wittgenstein nicht als ebenbürtig ansehen. Für sie bleibt er ein Parvenu, und manche Anfeindungen, denen er ausgesetzt ist, sind aus diesem Gesichtspunkte zu erklären.

Anfangs November 1901 beförderte sich selbst in den Schoss Abrahams der Börsenspekulant Heller. Die Börsenblätter schrieben folgendes:

Das Ende eines Grosspekulanten. Unser Wiener Korrespondent schreibt uns: Wien ist seit zwei Wochen um einen Grosspekulanten ärmer. Zwar hat Herr Heller, dessen Schicksal den allgemeinen Gesprächsstoff bildet, den Schauplatz seiner Thätigkeit nicht verlassen, doch ist es ein öffentliches Geheimniss, dass er sein Vermögen verloren hat. Er, der noch im vorigen Jahre Tausende von Effekten gekauft hat, ohne auch nur die geringste Aufregung zu verrathen,

muss jetzt mit den kleinsten Ziffern rechnen, um nicht in Gefahr zu gerathen. Die Transaktion Hellers machten wiederholt, und zwar nicht nur in Wien, sondern auch in Berlin, Paris und London von sich reden. Seines ehrlichen, aufrichtigen Charakters wegen genoss Heller volles Vertrauen. Mit einer seltenen Kaltblütigkeit hat er wiederholt Riesenengagements gelöst, wenn er zu der Erkenntniss kam, dass er sich nicht auf der richtigen Fährte befinde. Seine kostspielige Einrichtung, seine Wagenparks, alles, was er zu Geld machen konnte, hat Heller jetzt verkauft, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Erst als diese Thatsache bekannt geworden ist, haben sich gute Freunde entschlossen, ihm unter die Arme zu greifen. Es gab Perioden, in denen Heller mit 100.000 oder 150.000 Stück Effekten engagirt war. In den meisten Fällen operirte er in Kreditaktien, Staatsbahnaktien und Lombarden. Die tristen Wiener Verhältnisse erkennend, ist er vor zwei Jahren nach Paris übersiedelt, doch ist er von dort bald wieder nach Wien zurückgekehrt, angeblich weil er in der französischen Hauptstadt nicht das erforderliche Entgegenkommen gefunden hat. Mit Heller stirbt das Wiener Grosspekulantenthum aus, denn die übrigen Spekulanten, die zeitweilig hier umfangreiche Geschäfte abgeschlossen haben, haben sich bereits in das Privatleben zurückgezogen. Heller hatte vor seinen Kollegen noch eine ausserordentliche Temperamentfülle voraus, die ihre Wirkung auf die Massen nie verfehlt hat. War er im Treffen und hatte er den Erfolg für sich, so gab es für ihn kein Nachlassen. In seiner Glanzzeit besass er ein Vermögen von 5 bis 6 Millionen Gulden. Bevor er sich der Börse gewidmet hatte, war er Bankbeamter.

Hier haben wir einige Beispiele gegeben, wer eigentlich in Oesterreich regiert.

Der Kapitalismus in Oesterreich ist natürlich in erster Reihe gebunden an die Staatsgeschäfte, sie geben ihm die Unterlage. Wenn die künftigen Geschichtsschreiber über die habsburgische Monarchie ein richtiges Bild werden entwerfen wollen, werden sie sicher eines der traurigsten Kapitel nicht

unerwähnt lassen das furchtbare Anwachsen der Geldbedürfnisse des modernen Staates. Als Lavoisier Ludwig dem XVI. berichtete, dass das Volk im Lande Gras und Rinde vor Hunger verzehre, rief Ludwig aus: „Wahrhaft, das Volk ist zu gut, wenn ich Unterthan wäre, ich würde revolutioniren!“ Nun zur Sache. Die Staatsausgaben Oesterreichs innerhalb 50 Jahren haben sich folgendermassen gestaltet:

Ausgaben für das Jahr 1850:

Der Allerhöchste Hof	5,875.032	fl.
Kabinetskanzlei	44.910	„
Reichsrath	27.361	„
Ministerrath	136.900	„
Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	1,690.164	„
Das Ministerium des Innern	13,509.055	„
Das Finanzministerium	24,727.086	„
Das Justizministerium	11,180.632	„
Das Ministerium für Kultus und Unterricht	2,216.610	„
Das Handelsministerium	23,382.159	„
Das Heer	125,085.731	„
Die Oberste Polizei	4,663.141	„
Kontrolämter	2,375.601	„
Staatsschuld	53,718.361	„
Summe der Staatsausgaben	269,033.653	fl.

Wie bekannt, war im Jahre 1850 die österreichische Monarchie noch ungetheilt. In diesem Jahre ruhte auf ungefähr 35 Millionen Einwohner der Gesammtmonarchie eine Steuerlast von 269 Mill. Gulden Conventionsmünze. (1 fl. ö. W. = 1 fl. 5 kr. Convm.) Seit dem Jahre 1867 haben wir in beiden Reichshälften eine selbstständige Staatswirthschaft. (Die Details der beiden Staatsvoranschläge von 1867 sind in meiner Schrift: Der Nationalitäten- und Verfassungskonflikt in Oesterreich. Prag, Cyrillo-Method'sche Buchhandlung.)

Gehen wir nun zum Voranschlage beider Reichshälften für das Jahr 1903.

Ausgaben:

Oesterreich:	Kronen
I. Allerhöchster Hofstaat	11,300.000

		Kronen
II.	Kabinetskanzlei Sr. Majestät . .	180.835
III.	Reichsrath	2,802.800
IV.	Reichsgericht	50.724
V.	Ministerialrath und Verwaltungsgerichtshof	3,214.358
VI.	Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten	270,758.600
VII.	Ministerium des Innern	70,309.061
VIII.	Ministerium für Landesvertheidigung	62,165.906
IX.	Ministerium für Kultus und Unterricht	81,326.562
X.	Ministerium der Finanzen . . .	280,777.759
XI.	Handelsministerium	134,310.860
XII.	Eisenbahnministerium	243,388.810
XIII.	Ackerbauministerium	46,362.547
XIV.	Ministerium der Justiz	72,326.691
XV.	Oberster Rechnungshof	474.760
XVI.	Pensions-Etat	66,538.403
XVII.	Subventionen und Dotationen .	19,052.110
XVIII.	Staatsschuld	359,207.624
XIX.	Verwaltung der Staatsschuld . .	1,677.026
	Gesammtsumme des Erfordernisses . .	1.726,225.364

A) Ordentliche Ausgaben:

Ungarn:

		Kronen
I.	Königlicher Hofhalt	11,300.000
II.	Kabinetskanzlei	180.835
III.	Reichstag	3,572.658
IV.	Gemeinsame Auslagen	75,360.115
V.	Central-Pensionen	40.044
VI.	Pensionen	21,047.462
VII.	Staatsschulden	254,381.402
VIII.	In Folge der Uebernahme garantirter Eisenbahnen übernommene Schulden	24,815.924
IX.	Einzelne Portefeuille belastende Anlehen	8,738.412
X.	Eisenbahn-Garantie-Vorschüsse .	170.024
XI.	Innere Verwaltung Kroatien-Slavoniens	16,138.941

		Kronen
XII.	Staatsrechnungshof	335.640
XIII.	Verwaltungs-Gerichtshof	562.064
XIV.	Minister-Präsidium	1,073.498
XV.	Ministerium am allerhöchsten Hoflager	139.452
XVI.	Ministerium für Kroatinen-Slavonien	94.660
XVII.	Ministerium des Innern	41,992.262
XVIII.	Finanzministerium	179,041.043
XIX.	Handelsministerium	202,392.772
XX.	Ackerbauministerium	46,969.634
XXI.	Kultus- u. Unterrichtsministerium	37,342.802
XXII.	Justizministerium	36,295.417
XXIII.	Honvédministerium	38,679.437
	Zusammen . .	1.000,664.498

Dazu kommen nach ausserordentliche Ausgaben und Investitionen im Betrage von 109·7 Millionen Kronen.

Staatsausgaben für 1903:

Oesterreich	Ungarn
1.726,225.436	1.090,462.670

Summa: 2.816,688.106 Kronen
im J. 1850: 538,067.286 „

Einnahmen für das Jahr 1903:

	Oesterreich:	Kronen
I.	Allerhöchster Hofstaat	—
II.	Kabinentskanzlei Sr. Majestät . .	—
III.	Reichsrath	—
IV.	Reichsgericht	—
V.	Ministerialrath und Verwaltungsgerichtshof	1,826.470
VI.	Gemeinsame Angelegenheiten .	—
VII.	Ministerium des Innern	2,955.175
VIII.	Ministerium für Landesvertheidigung	947.646
IX.	Ministerium für Kultus und Unterricht	14,527.665
X.	Ministerium der Finanzen . . .	1.227,735.248
XI.	Handelsministerium	133,868.640
XII.	Eisenbahnministerium	283,740.380

		Kronen
XIII.	Ackerbauministerium	35,084.930
XIV.	Ministerium der Justiz	2,624.288
XV.	Oberster Rechnungshof	—
XVI.	Pensions-Etat	3,274.746
XVII.	Subventionen und Dotationen .	1,179.300
XVIII.	Staatsschuld	27,966.975
XIX.	Verwaltung der Staatsschuld . .	21.500
XX.	Einnahmen aus der Veräusserung von unbeweglichem Staatseigenthum	880.000
	Gesammtsumme der Bedeckung . .	1,726,643.263

A) Ordentliche Einnahmen:

	Ungarn:	Kronen
I.	Pensionen	248.000
II.	Staatsschulden	2,498.663
III.	Beiträge zur Tilgung der die einzelnen Portefeuilles belastenden Anlehen	201.466
IV.	Rückerstattung der Zinsengarantie-Vorschüsse der Eisenbahnen	—
V.	Ministerium am allerhöchsten Hoflager	2.000
VI.	Ministerium des Innern	7,996.607
VII.	Finanzministerium	703,721.321
VIII.	Handelsministerium	290,105.762
IX.	Ackerbauministerium	38,793.072
X.	Kultus- und Unterrichts-Ministerium	5,521.137
XI.	Justizministerium	1,833.922
XII.	Honvédministerium	633.254
	Zusammen . .	1.051,555.204

Machen wir eine kleine Reminiscenz.

	Ausgaben für das Jahr 1850	1900
Das Heer	125,085.731 fl.	153,734.062 fl.
	Landwehr	44,347.062 „
Die Staatsschuld .	53,718.361 fl.	347,021.388 „
Kultusministerium .	2,616.610 „	52,342.617 „
Finanzministerium .	24,727.986 „	220,726.593 „
Handelsministerium	23,382.159 „	260,400.523 „
Justizministerium .	11,180.632 „	51,003.809 „

Kommentare zu diesen Ziffern sind überflüssig. Im Ausgabeposten des Handelsministeriums ist zusammengezogen auch der Ausgabeposten des österreichischen Eisenbahnministeriums. Gehen wir nun zu einem noch interessanteren Theil, zu den Staatseinnahmen oder den Steuern über.

Die direkten Steuern:

	Jahr 1850 für ganz Oesterreich	1900 nur für die österr. Reichshälfte
Bodensteuer	48,072.314 fl.	28,400.000 fl.
Haussteuer	6,478.525 „	33,065.000 „
Zinssteuer		2,828.000 „
Gewerbesteuer	3,117.813 „	18,100.000 „
Einkommensteuer	1,337.960 „	23,100.000 „
Steuer der Geld- und Aktiengesellschaften		22,660.000 „
Rentensteuer		3,455.000 „
Besoldungssteuer		820.000 „
Exekutionssteuer		906.000 „
Verzugszinsen		380.600 „
Verschiedene direkte Steuern	3,572.569 „	
Summe der direkten Steuern	62,579.208 fl.	133,714.600 fl.
Dazu direkte Steuern Ungarns rund		110,000.000 „

Indirekte Steuern:

	1850 ganz Oesterreich	1900 österr. Reichshälfte
Verzehrungssteuer	22,554.942 fl.	149,433.000 fl.
Zoll	20,639.888 „	57,321.500 „
Salzverkauf	22,252.711 „	27,564.000 „
Tabak	15,275.129 „	104,913.100 „
Stempel	5,922.028 „	25,000.000 „
Gebühren		47,215.000 „
Taxen	2,340.354 „	3,000.000 „
Lotterie	2,713.199 „	15,769.000 „
Mauth	2,556.711 „	1,063.000 „
Sämmtl. indir. Steuern	94,543.607 „	370,465.600 „
Dazu indirekte Steuern Ungarns		128,277.023 „

Innerhalb der 50 Jahre stellt sich die Steuerlast folgendermassen dar:

Sämmtliche Steuereinnahmen in ganz Oesterreich:

1850		1900
157,122.905 fl.	Oesterreich	570,390.469 fl.
	Ungarn	338,277.023 fl.
		908,667.492 fl.

Ertrag der direkten und indirekten Steuern in

	Oesterreich	Ungarn
im Jahre 1903	1.217,735.248 K	703,721.321 K
Summe	1.921,456.569 K	
im Jahre 1850	314,245.810 K.	

Im Laufe von 50 Jahren hat sich also die Steuerschraube fasst versiebenfacht. Sehn wir uns nun die Steuerleistung der einzelnen Kronländer näher an.

Es entrichteten an	direkten Steuern im Jahre 1900	Verzehrungsteuer
Nieder-Oesterreich . .	98,589.686 K	44,441.988 K
Ober-Oesterreich . . .	9,721.698 „	5,694.962 „
Salzburg	2,244.428 „	2,067.680 „
Steiermark	14,712.255 „	7,564.444 „
Kärnten	3,485.344 „	1,674.097 „
Krain	3,418.162 „	1,216.384 „
Küstenland	8,325.343 „	6,497.883 „
Tirol und Vorarlberg .	7,292.701 „	3,239.720 „
Böhmen	67,982.432 „	118,256.368 „
Mähren	24,671.121 „	61,597.784 „
Schlesien	6,191.687 „	20,211.679 „
Galizien	26,095.411 „	40,647.507 „
Bukovina	2,945.161 „	3,505.674 „
Dalmatien	1,622.311 „	543.143 „
Summe	278,189.989 K	317,421.526 K

Zu den direkten und den Verzehrungssteuern kommen noch folgende indirekte Steuern in Betracht:

	Tabakmonopol	Zolleinnahmen
Nieder-Oesterreich . .	56,959.374 K	28,859.029 K
Ober-Oesterreich . . .	7,222.431 „	3,350.243 „
Salzburg	2,070.813 „	1,646.235 „
Steiermark	11,234.312 „	970.590 „
Kärnten	2,846.610 „	467.315 „
Krain	2,925.083 „	150.003 „
Küstenland	7,435.314 „	39,389.208 „
Tirol und Vorarlberg .	7,552.403 „	5,482.194 „
Böhmen	58,717.906 „	27,832.164 „

Mähren	17,252.661 K	2,118.075 K
Schlesien	7,591.145 „	3,461.870 „
Galizien	28,386.661 „	4.281.695 „
Bukovina	3,039.713 „	1,015.917 „
Dalmatien	1,550.044 „	646.094 „
Summe	216,865.389 K	119,070.632 K

Zuletzt kommen in Betracht die Staats- Einnahmen aus Stempel, Militärtaxe, Gebühren für Rechtsgeschäfte, Urkunden und Amtshandlungen, Mauthgebühren und das Lotto. Alle diese hier 6 genannten indirekten Abgaben ergaben dem Staate folgende Einnahmen im Jahre 1900 in Kronenwährung.

	Staatseinnahmen aus Stempel, Militärtaxe, Gebühren für Rechtsgeschäfte, Mauth und Lotto	Staatseinnahmen aus Post und Telegraph
	für das Jahr 1900	
Nieder-Oesterreich . .	83,196.812 K	34,145.664 K
Ober-Oesterreich . . .	5,484.027 „	2,920.324 „
Salzburg	1,646.383 „	1,159.999 „
Steiermark	8,558.342 „	4,977.098 „
Kärnten	2,245.000 „	1,286.830 „
Krain	2,062.066 „	1,117.925 „
Küstenland	6,101.130 „	4,068.088 „
Tirol und Vorarlberg .	5,736.620 „	4,773.669 „
Böhmen	40,136.366 „	25,958.990 „
Mähren	13,075.901 „	7,839.235 „
Schlesien	3,027.614 „	2,360.292 „
Galizien	22,225.608 „	9,756.045 „
Bukovina	2,704.832 „	1,129.479 „
Dalmatien	1,301·644 „	1,076.796 „
Gesammteinnahmen .	209,312.295 K	107,718.310 K

Hiemit haben wir die sämmtlichen Staatseinnahmen hier angeführt. Man mag welche Gruppe auch immer in Augenschein nehmen, immer ist es das Königreich Böhmen und die 2 böhmischen Kronländer Mähren und Schlesien, denen der Löwenantheil bei allen Staatseinnahmen zufällt. Diese Zahlen führen den mathematischen Beweis, dass das Königreich Böhmen und seine 2 Nebenkronländer die wahren Perlen des habsburgischen Reiches sind und dass ohne diese böhmischen Kronländer Oesterreich auf

ein Niveau herabsinken würde, auf welchem dieses Reich überhaupt keine absonderliche Rücksicht und Beachtung unter den europäischen Staaten geniessen würde. Oesterreich ohne die böhmischen Kronländer würde zu einem Staate von geringer Bedeutung herabsinken. Wir begreifen darum den preussischen Hunger nach diesen Perlen und begreifen aber nicht die Art und Weise, wie man von Wien aus das böhmische Volk für seine riesigen Staatsabgaben behandelt.

Es ist genau so, wenn ein Grossgrundbesitzer niemals auf seinem ergiebigsten Gut Nachschau hält und dann in Folge dessen wirthschaftlich zu Grunde geht. Die Wahrheit dieser Worte wird noch mehr in die Augen schlagen, wenn wir die Staatseinnahmen nach den Gruppen zusammenfassen.

Es entrichteten an direkten und undirekten Steuern unter den vorher angeführten Gruppen im Jahre 1900: *a)* Alpenländer, Nieder-Oesterreich, Ober-Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol u. Vorarlberg 476,399.264 Kronen; *b)* Südslavische Kronländer: Krain, Küstenland und Dalmatien 91,456.521 K; *c)* Galizien und Bukovina 162,529.893 K; *d)* die böhmischen Kronländer Böhmen, Mähren u. Schlesien 508,183.290 K. Dabei muss noch eine Korrektur vorgenommen werden. Von den Alpenländern hat natürlich Nieder-Oesterreich mit der Reichshauptstadt Wien die stärksten Einnahmeposten für den Staatssäckel.

So figurieren die direkten Steuern mit 98½ Millionen Kronen, davon sind zu fixieren die Hauszinssteuer 28·7, Erwerbsteuer 11, Steuer der Geldinstitute 22·6, Personaleinkommensteuer 20 Millionen Kronen. Diese Einnahmen fallen wohl auf das Weichbild von Wien, wo alles centralisiert ist, so die Banken und die staatlichen Centralämter.

Dann figuriert für Wien 50½ Millionen Kronen Einnahmen für Rechtsgebühren, welche doch aus allen Kronländern zusammenfliessen und hier als Staatseinnahme für Nieder-Oesterreich eingereiht sind. Noch mehr erkennen wir die Steuerkraft der einzelnen Kronländern aus folgenden Zahlen. Es entfielen von den Steuern auf einen Einwohner im Jahre 1900:

	Direkte Steuern	Verzehrungs-steuer
	Kronen	
Nieder-Oesterreich	31·94	14·40
Ober-Osterreich	12	7·03
Salzburg	11·61	10·70
Steiermark	10·85	5·58
Kärnten	9·49	4·56
Krain	6·72	2·39
Küstenland	11·02	8·60
Tirol u. Vorarlberg	7·44	3·31
Böhmen	**10·76**	**18·72**
Mähren	**10·13**	**25·30**
Schlesien	**9·10**	**29·70**
Galizien	3·58	5·57
Bukovina	4·03	4·80
Dalmatien	2·74	0·92

Wahrlich diese Zahlen bedürfen keines Kommentars. Ohne die böhmischen Kronländer müsste der österreichische Finanzminister sein Amt auf ein sehr geringes Maass reduciren. Es wird an dieser Stelle nicht schaden, wenn wir einige Belege aus der Steuerleistung der Kronländer in früheren Jahren anbringen.

Moderne Juristen haben die Allmacht des Staates als die oberste Staatsweisheit proklamirt. Die Machthaber Europas haben sich nach Vernichtung Napoleons diese Lehre zu Herzen genommen.

Friedrich Wilhelm III. von Preussen besuchte einige Jahre nach den Befreiungskriegen Moskau. Als er von den Sperlingsbergen vor der alten Carenstadt stand, sank er mit seinen Söhnen auf die Knie und rief aus: „Danken wir Gott, dieser Stadt, die ist es, die meinen Staat vor dem Untergange gerettet hat." Seitdem Russland seine Politik nach dem Krim-Kriege endgiltig nach Asien gerichtet hatte, waren die westlichen Staaten Europas vom russischen Drucke frei. Preussen arbeitete mit Dampf an dem Aufbau des grossen Deutschland und nachdem die Hofräthe in Wien durchaus nicht begreifen wollten, dass sie in Frankfurt nichts zu suchen haben, hatte Preussen den begriffstützigen Herren Diplomaten in Wien eine blutige Lehre gegeben. Freilich sind die grossen Herren weder bei Náchod noch bei Königgrätz gefallen, son-

dern es wurden dort vom preussischen Zündnadelgewehr Tausende Söhne österreichischer Völker niedergeschossen. Zum Danke dafür ist nun aus Oesterreich eine Grossmacht geworden, welcher die Aufgabe zugewiesen ist die preussische Kriegsbeute vom J. 1870 zu hüten. Als das allein staatserhaltende Element des österreichischen Staates ist nun Dank dem ungestörten Treiben der preussischen Agenten Wolf und Schönerer die deutsche Staatssprache und der politische Centralismus proklamirt. Durch die Schaffung grosser politischen und administrativen Centren werden grosse byrokratische Apparate nothwendig. Alles Blut vom Lande strömt zum Mittelpunkt. Das alte Rom ist an dem politischen Centralismus, dem nothwendig der wirthschaftliche folgt, zu Grunde gegangen. Sehen wir nun die Wirkungen des Centralismus in Oesterreich. Welche Steuern haben die Völker Oesterreichs entrichtet im Jahre 1862 und welche müssen jetzt abgeführt werden.

Es entrichteten an direkten Steuern die Länder des böhmischen Krone:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Böhmen	17,551.560 fl.	29,185.225 fl.
Mähren	6,832.556 „	11,715.602 „
Schlesien	1,287.474 „	2,416.903 „

Zu den direkten Steuern im Jahre 1862 wurde gezählt: Grundsteuer, Hauszinssteuer, Hausklassensteuer, Erwerbsteuer und Einkommensteuer. Zu diesen direkten Steuern ist seit 1898 noch die Personaleinkommensteuer hinzugetreten. Vor 40 Jahren haben demnach die Länder der böhmischen Krone an direkten Steuern rund 25½ Millionen fl. gezahlt, jetzt müssen sammt der Personal-Einkommensteuer rund 49½ Millionen fl. aufgebracht werden. Die Alpenländer haben an direkten Steuern gezahlt:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Nieder-Oesterreich . .	14,351.111 fl.	40,625.856 fl.
Ober-Oesterreich . . .	2,900.088 „	4,823.509 „
Salzburg	515.018 „	1,066.040 „
Tirol u. Voralberg . .	1,224.540 „	3,450.252 „
Steiermark	2,996.678 „	6,600.930 „

Kärnten	932.043 fl.	1,556.770 fl.
Krain	1,217.027 „	3,677.295 „

Im Jahre 1862 hat die Gruppe der Alpenländer an direkten Steuern rund 24 Millionen fl. abgeführt, heute nach 40 Jahren müssen diese Länder sammt der Personaleinkommensteuer rund 74½ Millionen bezahlen. Die übrigen Länder haben folgende Summen an direkten Steuern aufgebracht:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Küstenland	1,811.457 fl.	3,677.295 fl.
Dalmatien	541.800 „	744.888 „
Galizien	6,838.694 „	13,362.625 „
Bukovina	593.147 „	3,357.230 „

Die direkten Steuern der jetzigen österreichischen Länder, die im Wiener Reichstage vertreten sind, haben eingetragen eine Summe von rund 59 Millionen Gulden Conventionsmünze, im J. 1897 mussten dieselben Länder die Summe von 122,259.372 fl. aufbringen. Gehen wir nun zu den indirekten Abgaben über. Hier gibt es mehrere Gruppen.

Die erste Gruppe sind die Verzehrungsteuern, die Branntwein-, Wein-, Most-, Bier-, Fleisch- und Schlachtvieh-, Zucker- und sonstige Verzehrungsteuern. Diese Verzehrungsteuern haben den Staatskassen folgende Beträge eingebracht und zwar in den Ländern der böhmischen Krone:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Böhmen	10,453.000 fl.	49,470.012 fl.
Mähren	4,130.000 „	23,532.013 „
Schlesien	1,267.300 „	7,775.276 „

Im Jahre 1862 haben die böhmischen Kronländer an Verzehrungsteuern 15·8 Millionen fl., im Jahre 1897 aber 80·7 Millionen fl. entrichtet.

Die Alpenländer:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Nieder-Oesterreich . .	10,904.400 fl.	25,499.746 fl.
Ober-Oesterreich . . .	1,690.680 „	3,009.602 „
Salzburg	387.190 „	888.892 „
Tirol u. Vorarlberg . .	751.700 „	1,395.357 „
Steiermark	1,937.850 „	3,525.548 „
Kärnten	436.200 „	872.779 „
Krain	605.170 „	649.406 „

Die übrigen Länder:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Küstenland	925.710 fl.	2,580.396 fl.
Dalmatien	— „	200.433 „
Galizien	5,284.100 „	18,861.052 „
Bukovina	586.300 „	1,553.279 „

Man, sieht dass der österreichische Staat die grössten Summen der Verzehrungssteuer gerade aus den Ländern der Böhmischen Krone bezieht, zum Danke dafür wird das arme czechoslavische Volk mit Mannlichergewehr und Festungsstrafen belohnt und mit Ausnahmszustand bedroht. Binnen 40 Jahren sind die Verzehrungsteuern im Königreich Böhmen *verfünffacht* worden! Die Verzehrungsteuern haben in den sämmtlichen im Reichrathe vertretenen Königreichen und Ländern folgende Summen eingebracht:

im Jahre 1862	im Jahre 1897
39,356.800 fl.	139,922.240 fl.

Gehen wir nun zu den weiteren Gruppen. Mit dem Salzmonopol brauchen wir uns nicht zu befassen. Hier kommen drei Länder in Betracht: Galizien, Ober-Oesterreich und das Küstenland. Das Salzmonopol hat eingetragen:

im Jahre 1862	im Jahre 1897
22,821.024 fl.	22,545.596 fl.

Eines der interessantesten Kapiteln ist das Tabakmonopol. Dasselbe trug ein:

	im Jahre 1862	im Jahre 1897
Böhmen	8,850.100 fl.	26,311.233 fl.
Mähren	3,551.500 „	7,932.918 „
Schlesien	567.500 „	3,242.255 „
Nieder-Oesterreich . .	8,841.950 „	26,293.084 „
Ober-Oesterreich . . .	1,768.400 „	3,438.879 „
Salzburg	466.703 „	1,003.389 „
Tirol u. Vorarlberg .	1,596 500 „	3,368.500 „
Steiermark	2,180.600 „	5,139.931 „
Kärnten	689.840 „	1,327.736 „
Krain	758.750 „	1,369.538 „
Küstenland	1,780.400 „	3,378.807 „
Dalmatien	451.500 „	640.400 „
Galizien	4,663.320 „	12,652.661 „
Bukovina	264.100 „	1,356.358 „
insgesammt	36,330.563 fl.	98,170.634 fl.

Der Tabakkonsum in Böhmen hat sich im Zeitraume von 1862—1897 mehr als verdreifacht, im armen Schlesien versechsfacht! Der „arme" Staat bereichert sich aus den Taschen der Schusterjungen und Piccolos, er verschmäht nichts, er ist ja ein „wahrer Kulturstaat". Die Zolleinnahmen haben in der österreichischen Reichshälfte eingetragen:

im Jahre 1862	im Jahre 1897
11,991.530 fl.	61,077.899 fl.

An Stempeln wurden abgeführt:

im Jahre 1862	im Jahre 1897
8,562.000 fl.	22,412.457 fl.

Dazu kommt noch der Betrag aus der Militärtaxe, welcher im Jahre 1897 ergab 927.472 fl. Taxen für Gnaden-Verleihungen und ähnl. 2,065.875 fl.

Taxen für Rechtsgebühren haben geliefert:

im Jahre 1862	im Jahre 1897
14,208.300 fl.	45,355.413 fl.

Ertrag sämmtlicher indirekten Abgaben:

im Jahre 1862	im Jahre 1897
156,546.120 fl.	282,548.000 fl.

Wie die Steuerschraube arbeitet, ersehen wir aus folgendem Vergleich. Auf einen Einwohner in Oesterreich kam eine Steuerleistung von:

im Jahre	direkter Abgaben	indirekter Abgaben
1888	4 fl. 45 kr.	7 fl. 69 kr.
1898	4 „ 84 „	11 „ 19 „

Der politische Centralismus, der grosse Verwaltungscentren schafft, hat nothwendig zur Folge die Schaffung grosser bürokratischer Apparate, welche immer grösseren Aufwand jährlich verschlingen. Nicht allein das. In den grossen Centralämtern in Wien sitzen Hunderte Grohmanns, welche mit einem geradezu infernalen Hass alle auch noch so gerechten Kultur- und wirthschaftlichen Ansprüche des böhmischen Volkes niederhalten und bekämpfen, damit ja dieses arme Volk nicht emporkommen könne. In diesem Hasse wetteifern förmlich gewisse Minister wie Eisenbahnminister Wittek, Justizminister Spens-Booden, Unterrichtsminister Hartel mit dem ganzen mächtigen Centralapparate. Ein verbissener Gegner böhmischer Priester, falls sich einer von ihnen zu einer Prälatur meldet, ist Minister Hartel, der für

seine „wissenschaftliche“ Leistung in Karlsbad den preussischen Adlerorden erhielt.

In diesen mächtigen Centralämtern in Wien wird über das Geld verfügt, welches von allen Kronländern nach Wien zusammenströmt. Da wird Licht und Schatten nicht nach gleichem und gerechtem Maasse vertheilt. Man sehe die prächtigen Paläste der Schulen, welche in deutschen Städten sind, und die ärmlichen Schulbauten, die in böhmischen Gemeinden sind. Handelt es sich um eine deutsche Anstalt, flugs ist ein Prachtbau fertig, handelt es sich um eine böhmische Anstalt, muss in Wien jahrelang gebettelt werden, bis man endlich gnädig einwilligt und den Bau finanziert. Doch genug an dem. Man behauptet in Wien, dass die Selbständigmachung der Kronländer noch mehr Kosten verursachen würde oder gar die Einführung der nationalen Autonomie. Als im Jahre 1902 die Frage der Autonomie von Wälschtirol entbrannt war, schrieb Ende Juli 1902 ein reichsdeutsches Blatt in einer Korrespondenz aus Wien folgendes: „Es wäre ein Irrthum, wollte man annehmen, der nicht perfekt gewordene Tiroler Ausgleich sei ausschliesslich an der nationalen Frage gescheitert. In Bezug darauf, also insbesondere in Sachen der Ausscheidung des deutsche Sprachinseln in sich schliessenden Fassathales aus Wälschtirol hätte sich wohl noch irgend ein Ausweg finden lassen. Die eigentliche Schwierigkeit zeigte sich bei der Lösung der finanziellen Frage. Verwickelt wurde sie dadurch, dass das wohlhabendere, von einer tüchtigen Bauernschaft bewohnte Deutschtirol zum Theil die Kosten für die Verwaltung Wälschtirols aufbringt, die bisher von Innsbruck aus besorgt werden. Solange ein Land einheitlich verwaltet wird, bezahlt naturgemäss der wirthschaftlich Stärkere einen Theil der für den wirthschaftlich Schwächeren nothwendigen Auslagen Wenn nun dieser letztere Selbstverwaltung anstrebt, so muss er es sich gefallen lassen, auf bisherige Zuschüsse zu verzichten. Darüber mussten sich die Wälschtiroler von vornherein klar sein. Da sie aber bei der Gewinnung der Selbstverwaltung noch ein gutes Geschäft machen wollten, so führten sie eine

nicht zu lösende Verwicklung herbei. Sie verlangten nicht bloss, dass der bisher für Wälschtirol verwendete Theil aus den Einnahmen des Kronlandes dem künftigen italienischen Landesausschuss in Trient zugewiesen werde; sie erwarteten auch, dass künftige Ausgaben, so die Erhöhung der Lehrergehalte, ihnen aus den Mitteln der Allgemeinheit, des Staates oder des Landes ersetzt würden. Es scheint, dass der Statthalter von Tirol, Freih. v. Schwarzenau, auch hierin Zugeständnisse machen und den Staatsschatz zur Bedeckung auch dieser Lasten heranziehen wollte. Der Finanzminister Böhm-Bawerk erklärte es aber für unmöglich, dass der Staat die Kosten des nationalen Ausgleichs tragen solle. Und daran scheiterte die Sache.

Ganz dieselbe Frage war bei jedem der vielen nationalen Friedensschlüsse in Oesterreich zu lösen. Auch als die Polen 1872 eine grössere Autonomie anstrebten, wünschten sie, dass ihnen die bisherigen Zuschüsse des Staates ausbezahlt würden. Damit aber war die damalige deutsche Verfassungspartei in Oesterreich unter Führung Eduard Herbst's, welche die Mehrheit im Reichsrathe besass, nicht einverstanden. Man weiss ferner, dass das Wesen des ungarischen Ausgleichs von 1867 darin besteht, dass die Magyaren eine ihnen höchst günstige, den deutsch-slavischen Erblanden aber sehr ungünstige Lösung ertrotzten. Ungarn stellt zur gemeinsamen Armee seiner Bevölkerungsziffer nach 44 Procent der Soldaten, Oesterreich 56 Procent. Der selbständige ungarische Staat, der nichts von seinem Rechtstitel hergeben will, hätte die natürliche Pflicht, die Kosten für diese 44 Proc. aufzubringen. Das aber geschieht bekanntlich nicht, sondern Ungarn zahlt nicht ganz 34 Proc. zu den gemeinsamen Ausgaben, mit der Begründung, dass sein Wohlstand gegenüber dem der anderen Reichshälfte eine grössere Belastung nicht vertrage. Die Folge davon ist, dass Oesterreich dem ungarischen Staate mehr als den vierten Theil seiner Militärlasten abnimmt. Allerdings werden die Leistungen Ungarns dadurch etwas erhöht, dass es zur Civilliste des Monarchen 50 Procent beiträgt. Wenn

aber alle nationalen Friedenschlüsse in Oesterreich zur Folge haben sollten, dass die Deutschen als der wohlhabendste Theil den übrigen Völkern ihre Autonomie zum Theil zu bezahlen hätten, so würde ihr Abschluss immer schwieriger werden."

Den grössten Theil der Staatseinnahmen verschlingen die Zinsen für die Staatsschuld und die Ausgaben für das Heer und die Flotte. Nach den Ausgaben des kaiserl. statist. Amtes des deutschen Reiches betrugen die Kosten für:

	Heer und Flotte	Heer, Flotte, Zinsen und Pensionen
	für das Jahr 1903 Millionen Reichsmark:	
England	2124·7	2671·7
Nordamerika	1482·6	1596·0
Russland	1080·2	1546·2
Deutschland	985·1	1068·4
Frankreich	927·2	1667·3
Oesterreich-Ungarn	408·2	837·9
Italien	252·8	865·4
Japan	218·5	299·1

Die Staatsschuld Oesterreichs nimmt ihren hauptsächlichsten Anfang in den Napoleonischen Kriegen. Wir geben hier die Zahlenreihe an, in der Währung wie sie in österreichischen Gulden notirt ist.

Jahr	Hauptsumme der Staatsschuld	Der im betreffenden Jahre gezahlte Zins in Gulden
1781	283,300.000	
1821	1.010,517.860	24,079.627
1848	1.238,062.395	38,966.845
1858	2.439,616.605	100,715.689

Im Jahre 1867 wurde Oesterreich in zwei Hälften zertheilt und die Staatsschuld blieb beiden gemeinsam. Sie betrug Ende 1868 2.676,940.599 fl. Im ersten Jahre der Herrlichkeit des Dualismus machte Oesterreich schon eine nette Schuld von 307,924.761 Gulden für eigene Rechnung. Seit dem sind wir gewaltig fortgeschritten. Wie schon angeführt, hatten wir Ende 1902:

	Millionen Kronen
allgemeine Staatsschuld	5·437·6
österreichische Schuld	2.065·7
ungarische Schuld	4.436·5
Summe	11.939·8

Zinserforderniss rund 700 Mill. K. Neben den riesigen Lasten des Staates müssen die Steuerzahler Oesterreichs noch für die Bedürfnisse der Kronländer, Bezirke und Gemeinden aufkommen. Es betrugen im J. 1900 die Zuschläge zu den direkten Steuern für die Rechnung der Landes-, Bezirks-, Schul- und Gemeindebedürfnisse

	Betrag der Umlagen	Prozentverhältniss zu den vorgeschriebenen direkten Staatssteuern
Niederösterreich	49,229.879	58·2
Oberösterreich	7,935.507	88·4
Salzburg	2,528.874	136·7
Steiermark	13,455.667	110·1
Kärnten	3,000.845	111·7
Krain	2,225.785	81·6
Küstenland	4,788.738	
Tirol und Vorarlberg .	7,829.757	
Böhmen	76,068.713	117·2
Mähren	27,602.668	121·1
Schlesien	6,630.396	144·1
Galizien	28,987.501	125·8
Bukovina	2,944.354	113·4
Dalmatien	2,518.597	167·1
Summe . . .	235,747.278 Kronen.	

Also neben den Staatssteuern müssen die Kronländer zur Bestreitung der Schulausgaben und anderer Landesbedürfnisse jährlich rund 250 Mill. Kronen aufbringen. Dazu kommen noch die 50 autonomen Städteverwaltungen mit Wien an der Spitze, welche in dieser Ziffer nicht inbegriffen sind. Im Jahre 1899 hatten autonome Städte folgende Ausgaben:

Wien	139,578.842	K,
Linz	3,490.630	„
Salzburg	2,610.408	„
Graz	7,991.582	„
Klagenfurt	1,096.661	„
Laibach	3,080.321	„
Triest	24,371.568	„
Innsbruck . . .	3,934.838	„
Prag, Jahr 1898 .	5,316.704	„
Reichenberg . .	1,655.171	„

Brünn	14,941.450	K
Kremsier . . .	1,738.942	„
Olmütz	3,356.204	„
Troppau	2,219.874	„
Lemberg	3,132.147	„
Kolomea	1,616.652	„
Czernowitz . . .	1,210.222	„

Damit hätten wir ein Bild der öffentlichen Lasten in Oesterreich entworfen. Wie lange sich dieses System erhalten wird, kann wohl Niemand bestimmen, dass es aber keine weiteren 100 Jahre bestehen kann, wird wohl jedermann zugeben müssen. Die Schuldenwirthschaft, die Grundlage des Kapitalismus ist weiter ersichtlich in der Verschuldung des unbeweglichen Besitzes in Oesterreich.

Stand der Hypothekarschulden in Oesterreich war folgender:

	Jahr 1858 Kronen		Jahr 1898 Kronen
Niederösterreich	462,911.172	Wien .	1.348,414.480
		Land .	636,215.820
Oberösterreich	387,846.628		379,146.478
Salzburg	40,946.180		104,721.160
Steiermark	226,009.550		393,380.720
Kärnten	69,245.000		161,455.024
Krain	62,815.054		154,869.836
Küstenland	54,264.916		194,568.960
Tirol u. Vorarlberg	37,698.334		696,450.296
Böhmen	588,382.726	Prag .	419,439.384
		Land .	2.640,166.350
Mähren	228,274.812		863,096.260
Schlesien	47,731.452		266,306.380
Galizien }	144,438.058		1.013,353.254
Bukovina }			83,972.176

Die Hypothekarschulden des heutigen Oesterreich betrugen:

Ende 1858	1898
2.287,738.828 K,	9.543,575.434 K.

Kommentare zu diesen Ziffern sind überflüssig. Neue Belastung in den Grundbüchern Oesterreichs betrug:

im Jahre 1899 . . .	388,491.585	K,
„ „ 1900 . . .	328,255.762	„

Die Hypothekarschulden Oesterreichs betrugen also

im Jahre 1858	. . . .	2.287,738.828 K
„ „ 1900	. . . .	10.260,322.781 K

Im Verlauf von 42 Jahren ist der unbewegliche Besitz in Oesterreich mit einer fünffachen Schuldenlast beladen worden. Die Hypothekarschuldner müssen den Gläubigern mindestens 470 Millionen Kronen jährlich Schuldzinsen zahlen, wobei wir sicherlich nicht zu hoch greifen. Dass es mit dem Wohlstand in Oesterreich nicht absonderlich aussieht, ersehen wir aus folgenden Zahlen. Das ganze Volksvermögen in Oesterreich dürfte 60.000 Millionen Kronen betragen, das von Ungarn 31.100 Millionen Kronen. Das Bruttoeinkommen der Bevölkerung Oesterreichs dürfte jährlich 6000 Millionen Kronen nicht übersteigen. Von der Bevölkerung Oesterreichs, die im J. 1901 auf 26,150.708 Menschen angewachsen war, entrichteten nur 837.414 Personen die Personaleinkommensteuer. Zu diesen waren noch weitere 1,633.725 Personen zugehörig. Unter das Bereich der Personaleinkommensteuer gehörten in Oesterreich im J. 1901 nur 2,471.139 Personen.

Nur der zehnte Theil der Bevölkerung in Oesterreich verfügt über ein Existenzminimum von 1200 Kronen jährlich aufwärts, die anderen neun Zehntel der Bevölkerung gehören zur Klasse des Proletariats. Das Bruttoeinkommen der Personalsteuercensiten wurde abgeschätzt für das Jahr 1901:

Grundbesitz	253,003.638	K
Gebäude	320,794.556	„
Selbständige Unternehmungen . . .	877,676.979	„
Dienstbezüge	1.128,248.132	„
Kapitalsvermögen	482,624.389	„
Sonstiges Einkommen	40,642.188	„

Es ist auffallend, dass die einbekannten Dienstbezüge grösser sind, als die einbekannten Einnahmen aus den selbständigen Unternehmungen. Dürften doch die Fabrikanten ihre jährlichen 600 bis 800 Millionen Kronen Einkommen haben, manche Aktiengesellschaften ersticken ja im Geld, während der kleine Mann zu Grunde geht, da ihm der billige Kredit unzugänglich ist. Hat doch die österreichisch-ungarische Bank

vom Jahre 1888 bis 1899 Wechsel escomptiert im Betrage von

in Wien	11.148·5	Millionen Kronen
in Budapest	6.329·6	„ „
in Prag	2.495·5	„ „
in Brünn	997	„ „
in Lemberg	809	„ „
in Graz	625	„ „

Dieser billige Kredit ist nur den Grossbetrieben verfügbar. Dass die Lasten des Kapitalismus auf die Dauer vom Volk nicht ertragen werden können, ist doch ausser allem Zweifel. Das ganze Gebäude wird einmal einstürzen. Dann wird der Nationalitätenkampf verstummen. Während Schönerer, Wolf und Consortes ein indianisches Wuthgeheul erheben, wenn im sogenannten deutschen Sprachgebiet ein Hungerposten einem Sohne der böhmischen Nation zugewiesen wird, schweigen diese alldeutschen Wütheriche ganz gründlich, wenn aus Oesterreich jährlich 400 Millionen Kronen Zinsen ins Ausland gezahlt werden den Kapitalisten, die österreichische Werthpapiere besitzen, ob es nun Kalman Lewy in Paris oder Salamon Lippmann in Amsterdam sind, das weiss eben das Publikum nicht. Das Kapital ist international und die Christen würgen sich, um einige magere Abfallsbrocken gegenseitig vom Munde sich abzujagen.

Die Finanzjuden geniessen in Ruhe unnahbar ihre Millionen. Ja sie haben ihre Vertheidiger gefunden, die allmächtige Judenpresse, welche sie bezahlen und unter ihren Fittigen mögen die Finanzbarone ruhiger schlafen als die Erben hundertjähriger Throne.

b) Deutschlands Finanzkräfte.

Das geeinte neue Deutsche Reich hat sich rasch zu einem Industriestaate ersten Ranges entwickelt. Die 5000 Millionen Francs Kriegsbeute sind zwar nicht Volkseigenthum geworden, aber immerhin fielen einige gute Brocken ab für einzelne Glückliche. Die Grundlage zur Spekulation und zum Industrialismus war damit geschaffen.

Deutschland muss für die Ernährung seiner Bevölkerung jährlich um 700 Millionen Mark fremdes

Getreide kaufen. Die veröffentlichten Ziffern des statistischen Amtes über den Getreideverkehr Deutschlands mit dem Auslande im Jahre 1901 liefern einen Beweis dafür, wie sehr Deutschlands Getreideversorgung, namentlich in Zeiten nicht befriedigender Ernten, auf das Ausland angewiesen ist. Im Jahre 1901 wurden nämlich eingeführt: 23,063.861 D.-Ctr. Weizen (gegen 12,995.343 in 1900), 8,871.903 D.-Ctr. Roggen (9,678.390), 4,760.121 D.-Ctr. Hafer (5,595.433), 9,176.417 D.-Ctr. Gerste (7,725.109), 12,106.839 D.-Ctr. Mais (13,936.601), 408.845 D.-Ctr. Weizenmehl (370.360) und 26.426 D.-Ctr. Roggenmehl (18.386). Ausgeführt wurden dagegen: 238.664 D.-Ctr. Weizen (3,920.105 in 1900), 1,051.476 D.-Ctr. Roggen (1,198.973), 2,236.262 D.-Ctr. Hafer (2.011.978), 442.956 D.-Ctr. Gerste (407.194), 131.279 D.-Ctr. Mais (107.517), 306.621 D.-Ctr. Weizenmehl (347.530) und 564.607 D-Ctr. Roggenmehl (937.379). Danach überstieg also die Einfuhr von Weizen die Ausfuhr um weit über das Doppelte des Bedarfs des Jahres 1900.

Es ergibt sich für die einzelnen Getreidesorten folgender Einfuhrüberschuss (in D.-Ctr.):

	1901	1900	1899
Weizen	20,682.197	9,075.238	12,660,757
Roggen	7,820.427	8,484.417	4,378.699
Hafer	2,523.859	3,583.465	2,024.311
Gerste	8,733.461	7,317.915	10.823.833
Weizenmehl . .	102.224	2,222.830	92,179
Mais	11,975.560	13,829.084	1,626.595

Des Ausfuhrüberschuss betrug im Jahre 1901 in D.-Ctr. 543.749 Roggenmehl gegen 918.998 in 1900 und 1,233.451 in 1899. Der Rückgang, den das Exportgeschäft in Roggenmehl unter der Herrschaft des neuen Mühlenregulativs genommen hat, ist besonders bemerkenswerth. Während im Jahre 1898 1,122.119 D.-Ctr. Roggenmehl mehr zur Ausfuhr als zur Einfuhr gelangten und im Jahre 1899, wie oben angegeben, 1,233.451 D.-Ctr. mehr exportirt wurden, betrug der letztjährige Ueberschuss des Exports nur noch 543.749 D.-Ctr.

Es ist begreiflich, dass die Thätigkeit der jüdischen Finanzmächte hier vornehmlich im Bankwesen

und im Handel auftritt. Nach Schmoller zählt Deutschland 12 Millionen Familien, davon sind 250.000 Familien, deren Vermögen über eine Million beträgt, 2,750.000 Familien haben ein Vermögen, das wir zum Mittelstande rechnen, 3,750.000 Familien, deren Vermögen zur Zwergwirthschaft angerechnet wird, der Rest 5,250.000 Familien bilden das städtische und ländliche Proletariat. Dass die Juden in Deutschland, gerade so wie bei uns, das grösste Kontingent zu den Millionären stellen, ist leicht zu beweisen. Im Mai 1897 veröffentlichte die badische Landeszeitung die Censiten der Haupstadt Karlsruhe. Darnach zahlten 632 jüdische Steuerträger Steuern von einem Vermögen von 36 Millionen Mark, währed die übrigen protestantischen und katholischen Censiten, 16.330 an der Zahl, eine Steuer zahlen von 213 Millionen Mark Vermögen. In Karlsruhe hat demnach jeder jüdische Steuerträger ein Vermögen von 56.900 Mark, jeder christliche Steuerträger nur 18.000 Mark. Also sind die Juden in Badens Hauptstadt dreimal so reich als die Christen. Es ist bekannt, dass gerade in Baden und Elsass der jüdische Wucher am meisten verbreitet ist. Es ist begreiflich, dass in einem Staate, wie Deutschland, wo die Industrie und der Handel jährlich eine riesige Summe von 200 Milliarden Mark Geldumsatz vonnöthen haben, dass da der Einfluss der jüdischen goldenen Internationale ein ungeheurer ist. Sehen wir uns nun die Berliner Börse an, von welcher behauptet wird, dass sie jetzt nach der Londoner die erste Rolle spielt. Die 70 Tausend Juden Berlins haben folgende jüdische Inhaber von Bank- und Wechselhäusern, welche den Stock der Berliner Effektenbörse bilden, aufzuweisen: Max Abel, Brüder Abrahamsohn, Abramczyk, Anger u. Friedländer, Hellmuth Arnheim, Max Aron, Aron und Haberstolz, Gebrüder Arons, Arons u. Walter, Aron Ascher, Sigmund Achrott, Moritz Bob, Salo Baginski, Brüder Bamberger, Hermann Baschwitz, Isidor Berliner, Josef Goldschmidt, Bernstein, Julius Bleichröder, Hossias Bloch, Otto Blumberg, Jak. Blumenthal, Blumenthal u. Brandes, Bruno Boer, Gustav Boer, Boerstein u. Berwald, Moritz Bonte. Robert Barchard, Barn und Busse, Siegfried

Braun, Konrad Braun, Bankhaus Gelpke, Eigenthümer sind Juden Goldberger, Rosenberg und Winterfeld, Isidor Brzoza, Abraham Busse, Cahn, Hellmann und Comp., Gallam und Voss, Ernst Karo, Richard Cerf, Benno Cohn, Brunno Cohn, Georg Cohn, Ludwig Cohn, Meyer Cohn, Sali Cohn, Cohn-Löwy, Alex. Daniel, Martin Daniel, Leo-Delbrück, Dienstbach und Moebius, Dresl und Friedländer, Dreyfuss-Isidels, Ehrenberger und Comp., Hermann Eizenberg, Julius Eisenhardt, Salo Elias, Eugen Ellon, Siegfried Ellon, Herrman Ellwanger, Max Engel, Ludwig Engelmann, Abr. Ephraim, Max Epstein, Falkenburger, Feigelsohn, L. Feig, Filip Feig, Feig u. Pinkus, Siegfried Fischer, Fischer u. Jakobsohn. Em. Fraenkl, Heinrich Fränkl, Jean Fränkl, Samuel Fränkel, Friedmann, Albert Friedländer, Ed. Friedländer, Arnold Friedländer u. Jakobsohn, Friedländer und Freimark, Friedländer und Pollak, Bernhard Friedmann, Herrmann Friedmann, Leopold Friedmann, Fromberg, Glasserfeld u. Wolfsohn, Fr. Goldschmidt, Moritz Gotstelf, Jul. Magnus, Em. Gütermann, Gumpert und Filip, Louis Gumpert, Gumperz und Samuel, Brüder Guttenberg u. Goldschmidt, Max Gutmann, Siegfrid Hahlo, Brüder Heimann, Helfft, Natan Helfft, Helfft und Friedländer, Samuel Herz, Herz u. Loewenberg, Herfeld und Sohn, Gebrüder Heymann, Heymann u. Loewy, Louis Hirsch, Nathaniel Hirsch, Jul. Hirschberg, Gebrüder Hirschler, Louis Hoffstädt, Hugo Harwitz, Herrmann Jacoby, Jacquier und Securius, Jaffa und Levin, Siegfrid Jaffé, Jarizlovsky u. Hamburger, Julis Kaimus, David Kapel, Katz und Wohlauer, Max Katzellenbogen, Eugen Blumenfeld, Samuel Kaufmann, Emil Klein, Paul Knoblauch, Samuel Köhler, Köhler und Rosental, Koppel und Braun, Krakauer und Manasse, Kroner, Louis Kuczynski, Jacob Kussel, Jacob Landau, Wilhelm Landau. Karl Landsberg, Siegfrid Landsberg, Richard Landsberger, Siegfrid Landsberger, Samuel Landsberger, Langer und Loewy, Lewin und Sohn, Moritz Loewy, Lemenz und Landauer, Lewin, Georg Loewy, Lilienthal, Hugo Lion, Moritz Loewe, Peter Loewe, Gustav Loewenberg, Theodor Loewenberg, Löwenstein und Bauer, Alex. Loewenherz, Hermann Loewenherz,

Selma Loewenstein, Leopold Loewy, Em. Lenstein, Jakob Magnus, Mahler und Pietsch, Eduard Mamroth, Mamroth und Sohn, Manasse und Comp., Hugo Mankiewicz, Bruno Mark, Felix Mark, Markus u. Voekmer, Markuse und Fraenkel, Karl Markuson, Emil Mendelssohn, Ernst Mendelssohn, Brüder Merzbach, August Meyer, Meyer und Rosenthal, Meyer und Sachs, Aron Meyer, Nathan Meyersohn, Moebius und Abraham, Malling und Aschenheim, Müller u. Heilmann, Adolf Munk, Victor Muschak Markus Nelken, Karl Neuburger, Dawid Neufeld, Josef Naymann, Alfred Neumann, Otto Neumann, Wilhelm Neumann, Markus Oberländer, Oehlschläger, Georg Oppenheim, Heinr. Oppenheim, Oppenheimer und Mamroth, Oppenheimer und Rosenbaum, Herm. Parsch, Louis Paderstein, Georg Paderstein, Philipsborn, Max Pick, Pinkus, Abraham und Pinner, Plaut, Prerauer, Rathenau, Reinwald und Hirsch, Louis Riess, Ritter und Braun, Roessler und Lunk, Filip Rosenbaum, Julius Rosenberg, Resendorf und Wechselmann, Rosenfeld u. Goldschmidt, Wilhelm Rosenheim, Rosenstein, Rosenstock, Paul und Arthur Rothschild, Louis Rothschild, Rothstein und Pasch, Russ, Saalfeld, Isidor Sachs, Siegfried Sachs, Sachs und Pinkus, Samelsohn, Samson, Samuel, Sass und Martini, Saulmann, Bernhard Schiff, Julius Schiff, Siegfrid Schiff, Isidor Schindler, Abraham Schlesinger, Schlesinger u. Trier, Max Schlesinger, Schwen, Schück, Schwass und Lewin, Seemann und Rothschild, Max Sello, Simonsohn u. Goldschmidt, Sonntag u. Martini, Steinfeld, Bruno Steinitz, Max Steinitz, Louis Steinthal, Steinthal u. Blumenthal, Sternberg, Sternheim, Veit, Robert Warschauer, Wassermann, Cohn u. Keil, Weisbach, Berlin u. Müller, Max Wiener, Mich. Wiener, Wiener Lewy, Wohlstein, Zilenziger, Aschenheim, Conov u. Grünwald, Gans u. Mamroth, Hirschfeld u. Goldschmidt. Darnach sind in Berlin rund 280 jüdische Bankhäuser, aus denen die bekannten vielfachen Millionäre sind die Rothschild, Warschauer, Oppenheim, Mendelssohn, Bleichröder, Goldschmidt, Heinemann. Da Berlin rund an 80 Tausend Juden zählt, sind unter diesen Bankfirmen selbstverständlich nicht die jüdischen Börsenmakler gezählt, deren es Hunderte gibt.

Gehen wir noch einige Schritte weiter und zwar an die zweite Börse Deutschlands, nach Frankfurt a. M., der Wiege der Rothschilde. Der Stock der Frankfurter Börse ist von folgenden Bankhäusern gebildet: Julius Boer, Max Grünwald, Bass und Herz, Abraham Bauer, Brüder Bauer, Markus Bender, Berlé, A. Bonn, Baruch Bonn, Bottenwieser, Heinr. Cohn, Jonas Cohn, Coppel, Dreyfuss, Ederheimer, Elissen, Emanuel, H. Emden, Emden u. Lehrmann, Erlanger, A. Fürth, Gans, E. Goldschmidt, Goldschmidt und Rissdorf, Manfred Goldschmidt, Markus Goldschmidt, Simon Goldschmidt, Goldschmidt und Schlesinger, Goldstein, Gross, Gomperz, Hass u. Weiss, Abr. Halle, J. Heimann, Julius Heymann Ipersheimer, Isaac u. Fromberg, Jaffé u. Prier, Abr. Josef, Jakob Kohn, Kohn u. Comp, Katzenstein u. Benjamin, Nathan Katzenstein, Brüder Klan, Koch, Marx, Ladenburg, Lewy, Lichtenberg, Lichtenstein und Vöhl, Heinr. Lust, Lust u. Kohn, Leop. Mainz, Mainz u. Seeligmann, Mandelbaum, Jakob Meyer, Louis Meyer, Meyerfeld und Comp, Merzbach, Aron Meyer, Meyer u. Comp.. Mosbacher, Müller-Stern, Neumann-Munz, Neustadtl, Nordschild, Linaven, Oppenheimer, Mich. Oppenheimer, Rosenstein, Rosenthal, Moses Rothschild und Söhne, Sachs, Salmony, Salamon-Levins, Samuel, Schild, Schloss, E. Schwarzschild, Schwarzschild u. Söhne, Meier Schwarzschild, Saligmann, Seemann, Seligmann u. Stetheimer, Sichel, Simon, Sonnenberg, Leyer-Elisser, Stern, Straus u. Mandelbaum, Caesar Straus, Sulzbach, Tehleé, Weiller, Weiss u. Boer, Louis Wertheimer, Zöb Herz, Zunz, David Zunz, Saimi Saphet. Die Börse in Frankfurt ist also gebildet von rund 100 Bankhäusern. Ob darunter Christen sind, können wir nicht angeben. Die schwerwiegendsten Millionäre sind hier Dreyfuss, Erlanger, Oppenheimer und Wertheimer. Wir könnten noch sämmtliche jüdische Bankhäuser in anderen Handelscentren aufzählen, wie die von Hamburg, Breslau, Hannover, München, doch glauben wir den Lesern den Beweis sattsam erbracht zu haben durch die Bankhäuser von Berlin und Frankfurt. Nun sehen wir uns noch die grossen Reservoirs von fliessendem

Kapital, nähmlich die Banken. Abgesehen von der Reichsbank. sind in Gewalt jüdischer Finanziers in Deutschland folgende Kreditbanken: Barmener Bankverein, Caminsche Wechselbank. In Berlin: Allgemeine Handels- und Gewerbebank, Komanditbankhaus von Simon Katz und Comp., Handelsbank, deren Eigenthümer sind Hirsch, Magdeburg, Riesser, Marx, Spiritus- und Getreidehandelsbank; Berliner Bank. Direktor Godschmidt. Berliner Commerzielle Bank, Direktor Maerker, Berliner Handelsgesellschaft, Berliner Maklergesellschaft, die Börsenhandelsgesellschaft; Berliner Bank Nord, Deutsche Vereinsbank, Deutsche Hypothekenbank, Meiniger Hypothekenbank, Deutschrussische Handelsgesellschaft, Handels- und Gewerbebank Alt-Berlin, Maklerbank mit dem Direktor Peiser u. Ring, Mitteldeutsche Creditbank, Norddeutsche Bodencreditbank, Rheinisch-Westphälische Bank, Direktoren: Friedmann, Pilartz u. Bauer, Schaffhausener Bankverein. Also über 20 Bankgesellschaften in Berlin befinden sich in der Gewalt Judas. Weitere Creditbanken in jüdischer Gewalt sind die Bremerbank in Bremen, Breslauer Wechselbank in Breslau, Breslauer Diskontogesellschaft, der schlesische Bankverein; Dresdener Bank in Dresden ist voll von Juden, Sächsische Bankgesellschaft in Dresden. In Frankfurt a. M.: Die deutsche Effektenwechselbank, Deutsche Unionbank, Deutsche Vereinsbank, Frankfurter Bank. In Hamburg: Hamburger Maklerbank, Hamburger Wechslerbank. In diesen Banken sind die Direktoren, Prokuristen, Hauptkassierer meistens Juden. Hamburg hat rund 40 jüdische Bankhäuser, Hannover 30, Leipzig 12, München 20, Nürnberg 25. Ausserdem gibt es in kleineren Handels- und Industriestädten Deutschlands noch über 400 Bank- und Wechselhäuser in Händen von Juden. Damit ist zur Genüge bewiesen, dass die goldene jüdische Internationale den sämmtlichen Credit in allen Haupt-, Industrie- und Handelsstätten in Deutschland in ihrer Macht hat. Selbst das erste Reichsinstitut ist nicht frei vom jüdischen Einfluss. Der Verwaltungsrath der Deutschen Reichsbank hat jüdische Mitglieder den Warschauer, Zwicker, Plaut, Bleichröder, Hansemann, Rothschild. Meier,

Behrend, Mendelssohn, Oppenheim, Stern. Also die grössten jüdischen Finanzbarone Deutschlands sitzen in der Reichsbank. Der sämmtliche besteuerte Besitz Deutschlands ist abgeschätzt auf 64.024 Millionen Mark. Der besteuerte Bodenbesitz Preussens ist abgeschätzt auf 22.376 Millionen Mark. Dagegen haben die Kapitalisten Preussens ein bewegliches Vermögen von 31.000 Mill. Mark aufzuweisen. Nach Schmoller beträgt das bewegliche Vermögen in Deutschland die Summe von 52.000 Millionen Mark. An der Berliner Börse sind folgende Werthe in Cirkulation:

	Nominalwerth:		
Staatsschulden	11.798	Mill.	Mark,
Landesschulden	260	"	"
Städtische Schulden	963	"	"
Pfandbriefe des Grossgrundbesitzes	1.906	"	"
Hypotheksschulden	4.921	"	"
Eisenbahnobligationen	374	"	"
Industriepapiere	329	"	"
Summe . . .	20.892	Mill.	Mark.
Lose	189	Mill.	Mark,
Bahnaktien	427	"	"
Aktien von Versicherungsbanken .	258	"	"
Bankaktien	2.650	"	"
Bergwerksaktien	1.017	"	"
Aktien von Maschinenfabriken . .	220	"	"
Baugesellschaften	66	"	"
Aktien anderer Industrieunternehmungen	1.472	"	"
Summe . . .	6.112	Mill.	Mark.

Es kursieren an der Berliner Börse 655 Werthpapiere, die ein bewegliches Vermögen von 27.203 Kurswerth darstellen. Die Thätigkeit der Berliner Börsenjuden ist genau dieselbe wie die an der Börse in Wien. Die wohlthätige Thätigkeit der Berliner Börse ist am besten zu erkennen an der Kurstreiberei der Aktien. Es beträgt der Nominalwerth der Aktieneffekten folgende Summen:

	Nominalwerth			Börsenwerth Ende 1896		
Eisenbahnaktien . . .	327	Mill.	M.	427	Mill.	M.,
Versicherungsbanken	57	"	"	427	"	"
Bankaktien	1723	"	"	2650	"	"

Der Nominalwerth sämmtlicher Aktien deutscher Provenienz, die an der Berliner Börse kursieren, beträgt die Summe von 3.854 Mill. Mark, welchen Betrag die Börse Ende 1896 auf 6.112 Millionen in die Höhe getrieben hat. Am Tage, wo diese Effekten emissioniert wurden, sagen wir die Aktien der Versicherungsbanken, hatten diese Effekten den Werth zusammen von 57 Millionen Mark. Im Laufe der Jahre ist aber der Werth derselben Aktien auf 427 Millionen gestiegen. Mann sieht, dass der Zauberstab der alten Hexenmeister ein reines Kinderspiel ist gegenüber der Kunst der Börsenjuden, welche ernten, wo sie nicht säen. Aus diesen angeführten Zahlen ersehen wir, dass der Bodenbesitz Deutschlands mit einer Schuldenlast von 17.200 Mill. Mark beschwert ist. Es müssen die Landwirthe Deutschlands den Kapitalisten mindestens jährlich 600 Mill. Mark an Zinsen entrichten. Nebst dem Besitz der Werthpapiere deutscher Provenienz haben die Berliner Börsenjuden eine Unmasse österreichischer Werthe in ihren Kassen. Im Jahre 1893 hatten die Berliner Börsenjuden 509 Mill. fl. österreichischer und ungarischer Staatschuld in ihrer Hand. Das ganze bewegliche Vermögen Deutschlands beträgt die Summe von 73.640 Millionen Mark, wovon sicherlich wenigstens 60% in Händen der Juden sein wird. Darnach würde auf einen jeden Juden in Deutsch-Deutschland ein Papierbesitz von 73.000 Mark entfallen. Berlin zählt über 68.000 Juden, denen mehr als die Hälfte aller Berliner Häuser gehören, die einen Werth von 1.830 Millionen Mark repräsentieren. Es gibt hier 2.092 Millionäre, deren geringstes Einkommen 36.000 Mark jährlich beträgt, von denen die reichsten 8 Millionäre 3 bis über eine Million Mark jährlich Einkommen haben, das kann Niemand anderer sein als Rothschild, Bleichröder und Mendelssohn. Die Steuerträger Deutschlands müssen jährlich für die Zinsen der Staatsschuld mindestens 730 Mill. Mark aufbringen.

Der grösste Theil dieser Zinsen verschwindet in den festen Geldschranken der jüdischen Börsenbarone. Die jährlichen Einkünfte der goldenen Internationale

aus den Aktien betragen mindenstens 400 Millionen Mark. Der gesammte bewegliche Besitz Deutschlands bringt den Kapitalisten ein jährliches Einkommen, wenn wir nur eine dreipercentige Verzinsung annehmen, von rund 2500 Millionen Mark ein. Davon werden sicherlich mindestens 70 Percent die Juden vertragen. Obzwar also Deutschland nur halb so viel Juden besitzt als wir in Oesterreich, ist doch auch hier das Kapital in den Händen der jüdischen Finanziers. Um diese Milliarden des erschwindelten Vermögens sicherzustellen für die Zukunft, damit es nicht die Beute verarmter und zur Verzweiflung gebrachter Massen werde, dafür hat der Jude weislich vorgesorgt nach den Worten der hl. Schrift, machet euch Freunde von dem ungerechten Mammon. Die rothe Internationale in Deutschland, deren Hauptführer Singer und Arons jüdische Millionäre sind, ist zu einer mächtigen Vertheidigungsarmee der goldenen jüdischen Internationale geworden. Die Rothen, welche fort und fort den Pfaffen die Verdummung des Volkes vorhalten, greifen die jüdischen Millionen weder in ihren Zeitungen, noch in ihren Versammlungen niemals an, weil sie ihren Mund selbst von jüdischen Schweiggeldern verschlossen haben. Die Börse in Berlin hatte folgende Umsätze: Es wurden an derselben Werthpapiere verkauft im Betrage von

im Jahre 1899 . . .	10.392	Millionen	Mark
„ „ 1900 . . .	8.994	„	„
„ „ 1901 . . .	5.797	„	„
„ „ 1902 . . .	6.102	„	„

Demnach scheinen auch für die Börse in Berlin einige magere Jahre angebrochen zu sein. Den Stock der Berliner Börse geben die von uns citierten jüdischen Bankfirmen ab. Es sind dies die Millionäre Berlins. Die Zahl der Millionäre in Berlin berechnet das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ vom Jahre 1898 auf 2092. Als Millionär wird hiebei gezählt, wer über ein jährliches Einkommen von mehr als 36.000 Mark verfügt. Der reichste Berliner hatte ein Einkommen von beinahe 3 Millionen Mark, was etwa einem Vermögen von 75 Millionen entsprechen würde. Der zweitreichste Berliner war auf ein Ein-

kommen von etwa 1,720.000 Mark eingeschätzt. Ueber eine Million Mark Einkommen haben sieben Berliner. Ein Einkommen von mehr als 40.000 Mark haben 1852 Berliner, von 20.500 bis 40.000 Mark 2623, über 9000 Mark 8035, das heisst ohne die höheren Stufen. Die oberen Zehntausend beginnen also für Berlin etwa mit einem Einkommen von 9000 Mark. Ueber 5200 Mark Einkommen verfügen 12.559, über 3000 Mark 17.680. Im Ganzen haben also mehr als 42.000 Berliner ein Einkommen von über 3000 Mark. Die Zahl ist seit den letzten drei Jahren stetig zurückgegangen; sie betrug 1894 noch 43.819. Die Zahl der ein Einkommen von 900 bis 1800 Mark geniessenden Berliner ist dagegen um 21.107 gestiegen, offenbar auf Kosten der früher steuerfreien, unter 900 Mark Eingeschätzten. Das jährliche Gesammteinkommen der Berliner Bevölkerung berechnet das Jahrbuch auf 1 Milliarde 206 $^1/_3$ Millionen bei den physischen und 51 $^1/_4$ Millionen bei den nichtphysischen Personen. Das Durchschnittseinkommen beträgt 731 Mark 64 Pfennige. Im Ganzen betrug das Veranlagungs-Soll der Einkommensteuer über 20 Millionen Mark, in der ganzen Monarchie 123 $^1/_2$ Millionen.

Das grösste Bankhaus im Deutschen Reiche, das Rothschildsche in Frankfurt an Main, ist durch den Tod Wilhelm Rothschilds aufgelöst worden. Im August 1901 berichteten die Börsenblätter folgendes: Die Liquidation schreitet so rüstig verwärts, dass sie bereits innerhalb weniger Wochen durchgeführt sein dürfte. Der ausserordentliche bedeutende Effektenbesitz der liquidirenden Firma ist schon zum grossen Theil realisirt und der Erlös für Rechnung der Betheiligten an das Bankhaus Rothschild nach London gesandt worden, durch welches die Abwickelung und Abrechnung erfolgen wird. Diejenigen Effekten, zu deren Realisation noch nicht geschritten worden ist, weil ihre jetzigen Kurse dafür nicht als ausreichend erachtet werden, sollen ebenfalls nach London gesandt werden, wo sie in Verwahrung bleiben, bis die Kurse erreicht sein werden, die man für eine Verwahrung ins Auge gefasst hat. Die Erben des Privatvermögens des verstorbenen Freiherrn Wilhelm v. Rothschild

sind die beiden Töchter, von denen die eine an den Baron Edmond v. Rothschild in Paris, die andere an Herrn Max B. H. Goldschmidt in Frankfurt a. M. verheiratet ist. Auch der Grundbesitz, soweit er dem verstorbenen Freiherrn gehörte, fällt diesen Erben zu. Der grösste Theil des riesigen Rothschildschen Grundbesitzes in Frankfurt gehört übrigens der Freifrau v. Rothschild, die ihr eigenes Vermögen hat. Ueber die Ziffer der Hinterlassenschaft gehen die Angaben auseinander, man bezeichnet den Betrag, der in mobilen Werthen hinterlassen ist, auf etwa 300 Millionen M., während über die Höhe des Geschäftskapitals, mit dem die Firma arbeitete, keine näheren Angaben im Umlauf sind. Aus dem Umstande, dass die aus der Liquidation verfügbar werdenden Gelder zum grössten Theile nach London überwiesen werden, erklärt es sich auch, dass in der letzten Zeit sehr häufig starke Nachfrage für Wechsel auf London hervortrat. Man wird sich nach alledem wohl mit der bedauerlichen Thatsache abfinden müssen, dass das grosse Vermögen des letzten der Frankfurter Rothschilds Deutschland entzogen wird und weder werbend noch an den Steuerlasten theilnehmend mehr bei uns mitwirkt.

Ueber die jüdische Bankfirma Robert Warschauer berichteten die Börsenblätter im September 1901 folgendes: Robert Warschauer u. Co. Die Firma begeht jetzt ihr 50jähriges Jubiläum und da sie eine der feinsten und reichsten in der Reichshauptstadt ist, so verlohnt es sich wohl, kurz die Geschichte des Hauses zu rekapitulieren. Aus Königsberg kommend und von vorneherein das grosse russiche Kontokorrent-Geschäft festhaltend, hat es sehr lange gedauert, bis sich Robert Warschauer von diesen reinen Kommissions-Geschäften zu Gunsten von Finanzierungen trennen mochte. Wenig grosse Häuser hatten in der That so lange den jetzt angeblich veralteten Grundsatz festgehalten, dass die Jahresgewinne eines Bankiers sich aus den Provisionen ($^1/_8$ oder $^1/_4$ %) zusammenzusetzen hätten, nicht aber aus glänzenden Konsortial- oder Anleihen-Gewinnen, die bei ihrem unsicheren Charakter auch einmal in Verluste umschlagen könnten. In diesem Sinne hat sich die Firma Warschauer erst

von ihr befreundeten Frankfurter Häusern bei den italienischen Tabakgeschäften „mitnehmen“ lassen. Dennoch ist das Haus reich genung gewesen, um in den Jahren des siebziger Krachs eine mit verwandte allererste Berliner Firma, die heute noch weit reicher ist, nachdrücklich und in aller Stille sanieren zu helfen. Die Kommanditierung vor 2 Jahren dann durch die Darmstädter Bank hatte insofern einige Verwunderung erregt, als man bei einem solchen festbegründeten Renommée höchstens an Umwandlung in eine selbständige Bank denken konnte. Indessen ist damals Bleichröder trotz allen Erwartens nach dem Tode des alten Chefs nicht „gegründet“ worden, während bei Warschauer das Unerwartete gerade eintraf. Es wäre übrigens ein Irrthum, anzunehmen, als ob die Darmstädter Bank sich über die Geschäfte des Warschauer'schen Hauses nunmehr irgendwelche Disposition aneignen würde. Das Gegentheil ist vielmehr der Fall. Die Warschauers leiten ihr Geschäft auch noch heute nach eigenem Ermessen, was bei ihren russischen und seit einigen Jahren sehr grossen italienischen Interessen von Wichtigkeit ist.“

Am 27. Januar 1903 brachten Berliner Börsenblätter folgende Nachricht: „Das Bankhaus S. Bleichröder begeht eben sein hundertjähriges Jubiläum. An welchem Tage das Geschäft gegründet worden ist, darüber bestehen in der Firma selbst Zweifel. Solche Gründungsakte vollzogen sich ja früher nicht in der formellen, durch Urkunden gestützten Weise, wie es heute der Fall ist; gab es doch damals noch kein Handels- und Firmenregister. Es wird vielmehr angenommen, dass der Grundstein zu dem Hause Bleichröder in ganz formloser Weise gelegt wurde. Der Grossvater der Herren Hans und James v. Bleichröder, die neben Herrn Dr. Schwabach Inhaber der Firma sind, miethete sich ein paar Stuben im Centrum des damals noch recht kleinstädtischen Berlin und eröffnete darin ein kleines Lotterie- und Wechselgeschäft, wie eine ganze Anzahl unserer ersten Bankfirmen, besonders in Süddeutschland, aus kleinen Los- und Wechselgeschäften hervorgegangen ist. Länger als ein Menschenalter hatte das Geschäft Bleichröders

einen bescheidenen Umfang. Im Jahre 1838 trat der damals sechzehnjährige Gerson Bleichröder in das Geschäft ein; Altersgenossen von ihm erzählen. dass den angehenden Finanzfürsten die Zukunft des Eisenbahnwesens mehr interessierte, als die griechische Syntax. Es beweist dies, dass der junge Bleichröder den wirtschaftlich-finanziellen Zug seiner Zeit richtig erfasst hatte. Denn damals war die Sturm- und Drangperiode unseres Eisenbahnwesens. Der Raum für Finanzkapicitäten war gegeben; sie brauchten sich ihr Ziel nur selber zu setzen. Und so sehen wir um die Mitte des Jahrhunderts Männer wie Hansemann, Oppenheim, Bleichröder in den Vordergrund rücken; 1855 wurde Gerson Bleichröder alleiniger Inhaber des Geschäftes. Denselben Scharfblick und dieselbe Gewandtheit wie in der Erfassung wirthschaftlicher Situationen bewährte Bleichröder auch den Menschen gegenüber. So erkannte er früh die Bedeutung Bismarcks. Ferner verstand er es, enge Beziehungen zu dem Hause Rothschild anzubahnen und zu erhalten. Bleichröder wie Erlanger sind sozusagen aus den Hüften Rothschilds entsprungen. Als Beweis der Menschenkenntnis Bleichröders ist ferner die Thatsache anzuführen, dass er sich seinen Vetter, den inzwischen ebenfalls verstorbenen Julius Schwabach, zum Socius nahm, der ihn sehr glücklich ergänzte. Der Bismarckischen Politik leistete Bleichröder grössere Dienste in dem schweren Augenblicke des Kriegsausbruches 1866. Er war ferner der Berather bei der Ueberführung der fünf Milliarden nach Deutschland. Mit Preussen-Deutschland stieg somit auch der Stern Bleichröders. Das Vertrauen, das er in unseren massgebenden Kreisen genoss, führte ihn auch auswärts ein, so dass das Haus Bleichröder bei grossen internationalen Finanzgeschäften an erster Stelle mitwirkte. Gerson v. Bleichröder starb im Jahre 1893. Auch nach dessen Tode hat das Haus Bleichröder eine rege Thätigkeit entfaltet. An der Börse zählt es zu den potentesten Geldgebern. Auf dem Gebiete des Emissionswesens spielt es für den Staatskredit verschiedener grosser auswärtiger Staaten eine bedeutende Rolle, theils an führender Stelle, theils innerhalb des Rothsildkonsortiums. Auf

dem Gebiete der industriellen Emissionen ist sein Antheil verhältnismässig nicht so gross wie die der jüngeren Konkurrenten. Das Haus Bleichröder hat in der Gegenwart dadurch eine besondere Bedeutung, dass es einer der letzten grossen Repräsentanten der Privatbankfirmen ist, die sonst von den wachsenden Aktienbanken theils aufgesogen, theils in den Hintergrund gedrängt werden.“

Die Verherrlicher des neuen Deutschen Reiches wie Treitschke und andere werden sicherlich dieses schmutzige Blatt aus der Reichsgeschichte hinweg gelassen haben. Also Moltke und Bismarck wären ohne Bleichröder wie Fische ohne Wasser gewesen, und dann sollen die Juden nicht stolz sein.

Dass auch Baron Kohn von Dessau, der persönliche Banquier Bismarcks, und Wilhelm I. nicht arm gestorben ist, davon lesen wir am 6. Februar 1902 in Berliner Judenzeitungen folgende Nachricht: Der Vergleich mit den Erben des Baron Kohn. Aus Berlin wird uns geschrieben: 7½ Millionen M. zahlt die Tochter des Baron Kohn-Dessau an die Neue Bodengesellschaft und die Preussische Hypothekenbank zum Ausgleich der Regressansprüche, die diese Institute an die Erben des früheren Aufsichtsrathsmitgliedes der Spielhagenbanken gestellt hatten. Der Betrag, den die Banken eingeklagt hatten, belief sich auf 30 Millionen Mark. Indess wurde er auf diese Höhe wohl nur normirt, damit bei dem Vergleich, mit dem die Kläger von vornherein gerechnet hatten, eine möglichst hohe Summe erzielt würde. In der That steht der Fall wohl einzig da, dass Regressansprüche an einen Aufsichtsrath und zumal ein einziges Aufsichtsrathsmitglied in dieser Höhe erhoben und befriedigt worden sind. In der Regel ist selbst in Fällen, in denen der Aufsichtsrath seine Pflichten verletzt hatte, von der Erhebung von Regressansprüchen überhaupt abgesehen worden, theils aus unberechtigter Schonung, theils weil für die civilrechtliche Haftbarmachung nicht genügende Anhaltspunkte gegeben waren. In anderen Fällen haben sich die Geschädigten mit unbedeutenden Beträgen zufrieden geben müssen. Unter diesen Umständen kann es als eine nicht bloss für

die Aktionäre der Spielhagen-Gesellschaften, sondern für das Aktienwesen überhaupt befriedigende Thatsache angesehen werden, dass in diesem Falle eine Haftbarmachung in solchem Masstabe durchgesetzt wurde, die denn doch zeigt, dass mit der Stellung der Aufsichtsräthe nicht bloss Rechte, sondern auch Pflichten verbunden sind, deren Verletzung unter Umständen schwer gebüsst wird."

Die Reichsherrlichkeit des geeinten deutschen Reiches kommt den Unterthanen nicht sehr billig. Der Staatsvoranschlag des Deutschen Reiches für das Jahr 1902 war folgender:

Von den Ausgaben sind

fortdauernde	1.960,455.968	M.
einmalige im ordentlichen Etat . .	191,073.113	„
einmalige im ausserordentlichen Etat	198,213.375	„

So die Ziffern des Bruttoetats; führt man die Einnahmen und Ausgaben auf die Nettoergebnisse zurück, dann ergeben sich für die Hauptausgabeposten des Etats folgende Ziffern:

	Mill. M.
Reichsheer	619·2
Verwaltung der kaiserlichen Marine	168·9
Reichsschuld	93·9
Allgemeiner Pensionsfonds	74·5
Zur Verminderung der Reichsschuld	—

Die Haupteinnahmeposten sind, auf Zehntel Millionen abgerundet, in ihren Netto-Erträgen wie folgt beziffert:

	Etat für 1902 Mill. M.
Zölle	471·6
Tabaksteuer	12·1
Branntwein-Verbrauchsabgabe	110·5
Reichsstempelabgaben	79·8
Summa . . .	674·2
Ueberweisungen	544·2
Bleiben . . .	130·0
Zuckersteuer	114·9
Salzsteuer	49·3
Maischbottichsteuer	16·9
Brausteuer	31·7

	Etat für 1902 Mill. M.
Spielkartenstempel	1·5
Wechselstempel	12·2
Statistische Gebühr	1·0
Postüberschuss	40·3
Reichsdruckerei	1 6
Eisenbahnüberschuss	20·2
Bankwesen	18·4
Zuschuss des ausserordentlichen Etats . . .	35·0
Ausgleichungsbeträge	16·8
Matrikularbeiträge	568·1

Die Ausgaben des Deutschen Reiches waren folgende:

Jahr	Mill. M.	Jahr	Mill. M.
1874	672·8	1893	1223·7
1881	550	1894	1259·1
1885	614·5	1895	1336·9
1886	637·6	1896	1307·1
1887	693·5	1897	1365·7
1888	876·9	1898	1855·7
1889	1020·2	1899	1960·5
1890	1110·6	1900	2197·3
1891	1353·6	1901	2344·9
1892	1245	1902	2302·6

Wir sehen, die Reichsherrlichkeit wird immer kostspieliger. In 30 Jahren sind die Reichsausgaben ins 4fache gestiegen. Da muss natürlich der Borgapparat in Bewegung gesetzt werden. Die Finanzjuden zittern ja darauf vor Begierde.

Am 8. April 1903 schrieben Berliner Börsenblätter folgendes: „Die Einladung zur Zeichnung auf 290 Mill. M. dreiproc. Reichsanleihe wird morgen publiziert werden. Die Subskription findet, wie bereits mitgetheilt, am 17. d. M. zum Kurse von 92 pCt. statt. Die Schuldverschreibungen sind eingetheilt in Stücke zu 200 M., 500 M., 1000 M., 5000 und 10.000 M. mit Zinsscheinen über vom 1. Januar oder 1. April d. J. laufende Zinsen. Bei der Zeichnung ist eine Kaution von 5 pCt. in bar oder in Effekten zu hinterlegen. Die zugetheilten Beträge können vom 27. April ab voll abgenommen werden, spätestens muss aber die Hälfte des zugetheilten Betrages am 27. April

und je ein weiteres Viertel am 11. und 25. Mai abgenommen werden. Zugetheilte Beträge bis incl. 5000 M. sind am 27. April ungetheilt zu ordnen. Als Zeichnungsstellen fungieren in Berlin die Reichsbank, Seehandlung, Preussische Centralgenossenschaftskasse, Bank für Handel und Industrie, Berliner Bank, Berliner Handelsgesellschaft, S. Bleichröder, Born und Busse, A. Busse und Comp., A.-G., Kommerz- und Diskontobank, Delbrück Leo u. Co., Deutsche Bank, Deutsche Genossenschaftsbank, Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Hardy u. Co., G. m. b. H., F. W. Krause u. Co., Kur- und Neumärkische Ritterschaftl. Darlehnskasse, Mendelssohn u. Co., Mitteldeutsche Kreditbank, Nationalbank für Deutschland, A. Schaaffhausenscher Bankverein, Gebr. Schickler, Robert Warschauer u. Co.“

Hier sind die Finanziers des Deutschen Reiches. In Deutschland lacht die deutsch-nationale Presse darüber, dass Oesterreich-Ungarn und andere Staaten von Finanz-Juden abhängig sind — und das Deutsche Reich ist es genau so. Alles Kreditwesen im Deutschen Reiche hat die Reichsbank an sich gerissen und damit der wirthschaftlichen und auch politischen Selbstständigkeit der Bundesstaaten auf ein Mindestmass herabgedrückt. Der Jahresbericht der Reichsbank vom 1901 sagt: Die Gesammtumsätze haben bei der Reichshauptbank 63.781,489.400 M., bei den Reichsbankanstalten 129.366,129.900 M., zusammen 193.147,619.300 M. oder 4.056,120.300 M. mehr als im Jahre vorher. Der Bankzinsfuss war im Durchschnitt des ganzen Jahres 4·099 pCt. für Wechsel und 50·99 pCt. für Lombarddarlehen gegen 5·333 bezw. 6·333 pCt. i. V. Der höchste Bestand der Giroguthaben mit Ausschluss derjenigen der Reichs- u. Staatskassen war 348,062.000 M. am 23. Juli, der niedrigste 196,999.000 M. am 15. April. Der höchste Bestand der Giroübertragungen betrug 154,612.000 M. am 15. April, der niedrigste 65,098.000 M. am 7. Dezember. Die Zahl der Kontoinhaber betrug am Jahresschluss bei der Reichshauptbank 1512 (1900 : 1494), bei den Reichsbankanstalten 15.622 (1900 : 14.353), zusammen 17.134 (1900 : 15.847). Der höchste Bestand der Guthaben der Reichs- und der

Staatskassen war 354,774.000 M. am 23. Juni, der niedrigste 107,591.000 M. am 7. Januar, durchschnittlich 236,138.000 M. gegen 178,533.000 M. im Vorjahre. Der Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen betrug: als höchste Summe am 23. Juni 1.004,277.000 M., als niedrigste Summe am 7. Januar 761,002.000 M., durchschnittlich 911,411.000 M., gegen das Vorjahr (817,137.000 M.), also 94,274.000 M. mehr. Am 31. Dezember setzte sich der Metallbestand zusammen aus: Gold in Barren und fremden Münzen 195,534.000 M., Gold in deutschen Münzen 436,651.000 M. zusam. 632,185.000 M., dazu an Thalern 138,232.000 M., Scheidemünzen 98,116.000 M., insges. 868,533.000 M. Im Durchschnitt des ganzen Jahres waren von den umlaufenden Noten 76·57 (1900: 71·77) pCt. durch Metall gedeckt. Die Metalldeckung der umlaufenden Banknoten und der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 51·01 (1900 49·48) pCt. In Goldbarren und ausländischen Goldmünzen waren am 1. Januar 1901 vorhanden 171,615.642 M., angekauft wurden für 139,028.552 M., zusammen 310,644.194 M. (i. V. 124,505.098 M.). Davon sind ausgeprägt oder verkauft 115,120.742 M. u. 195,523.452 M. im Bestande verblieben. Das Gold hatte einen Werth von 195,533.964 M., und es hat sich also ein Gewinn ergeben von 10.511 M. An Platzwechseln waren am 1. Januar 1901 im Bestande: 187.561 Stück im Betrage von 538,319.010 M. Diskontirt wurden 1,320.550 Stück im Betrage von 3.276,642.982 M. (3.220,920.144). Der Gesammtbetrag beläuft sich also auf 1,508.111 Stück mit 3.814,961.993 M. Davon wurden wieder eingezogen 1,307.787 Stück mit 3.260,455.321 Mark (3.248,529.589). Es blieben also 200.324 Stück mit 554,506.671 M. Bestand Ende 1901, u. zwar 30,946.740 M. bei der Reichshauptbank, 52 ,559.931 M. bei den Reichsbankanstalten. Der Gewinn aus diesen Wechseln beträgt bei der Reichshauptbank 720.952 M. (795.382), bei den Reichsbankanstalten 18,773.230 M. (22,729.838), zusammen 19,494.183 M. (i. V. 23,525.220), im Ganzen also 4,031.037 M. weniger als im Vorjahre. Die höchste Anlage in Platzwechseln hat

602,792.000 M. am 30. September, die niedrigste Anlage 381,647.000 M. am 23. Februar, die durchschnittliche Anlage 476,162.000 M. (435,035.000) betragen. Die durchschnittliche Grösse aller Platzwechsel ist 2481 M. gewesen. Die durchschnittliche Verfallzeit hat 52 (1900 49) Tage betragen. Unter den angekauften Platzwechseln befanden sich 63.373 Stück im Betrage von 100 M. und weniger (1900 58.260 Stück). Versandt- bezw. Einzugswechsel auf das Inland waren am 1. Januar 1901 im Bestande: 361.337 Stück im Betrage von 475,406.271 Mark. Angekauft wurden 3,194.790 Stück im Betrage von 5.303,411.620 M. (5.330,904.047), zusammen 3,556.127 Stück über 5.778,817.891 M. Eingezogen wurden 3,250.836 Stück mit 5.378,009.072 M. (5.341,127.999), es blieben also 305.291 Stück mit 400,808.818 M. als Bestand Ende 1901. Der Gewinn an diesen Wechseln hat betragen: bei der Reichshauptbank 1,658.038 M. (2,004.181), bei den Reichsbankanstalten 12,331.536 M. (15,935.021), zusam. 13,989.575 M. (17,939.202), mithin 3,949.627 M. weniger als im Vorjahre. Die höchste Anlage in diesen Wechseln betrug 490,205.000 M. am 30. Juni, die niedrigste Anlage 265,489.000 M. am 15. Februar, die durchschnittl. Anlage 342,242.000 M. (338,392.000). Die durschnittliche Grösse dieser Wechsel ist 1.659 M. gewesen. Die durchschnittliche Verfallszeit hat 23 (1900 : 23) Tage betragen. Unter den angekauften Versandtwechseln befanden sich 423.235 Stück im Betrage von 100 M. und weniger (1900 : 394.331 Stück). An Wechseln auf das Ausland waren am 1. Januar 1901 3511 Stück im Kurswerthe von 75,465.573 M., Ende 1901 sind 2905 Stück mit 42,438.607 M. im Bestande geblieben. Dieselben hatten am 31. Dezember 1901 einen Kurswerth von 43,961.510 M., es sind also 1,522.902 M. (1,133.244) als Gewinn zu verrechnen, mithin gegen das Vorjahr 389.658 Mark mehr.

Der Reservefonds belief sich am 1. Januar 1901 auf 30,000.000 M. Hierzu treten das Aufgeld auf die neu begebenen 30.000 Stück Reichsbankantheile mit 10,500.000 M., 20 Proc. des Reingewinnes für das Jahr 1901 mit 4,139.256 M., so dass der Reservefonds

nunmehr beträgt 44,639.256 M. Das Grundeigenthumskonto der Reichsbank war am 1. Januar 1901 belastet mit 36,026.000 M. Im Laufe des Jahres sind für Neu- und Umbauten bezw. gekaufte Grundstücke hinzugetreten 1,376.500 M. An offenen Depots im Nennwerthe von 2,888,780.101 M., Ende 1901 288.481 Depots über 2,975,918.356 M. An Gebühren für die Depots und für die An- und Verkäufe von Werthpapieren sind für das Jahr 1901 2,215.957 M. (im Jahre 1900 2,062.287 M.) eigegangen. Die Verwaltungkosten haben betragen: bei der Reichshauptbank 4,523.070 Mark, bei den Reichsbankanstalten 9,224.962 Mark, zusammen 13,748.033 M. (1900: 12,768.162 M.). Die Eigenthümer der Reichsbankantheile waren Ende 1900: 6214 Inländer mit 29.804 Antheilen, 1857 Ausländer mit 10.100 Antheilen, Ende 1901: 10.363 Inländer mit 29.517 Antheilen zu 3000 und 28.901 Antheilen zu 1000 M., 1961 Ausländer mit 10.483 Antheilen zu 3000 und 1099 Antheilen zu 1000 M. An Zweiganstalten waren Ende 1901 insgesammt 358 vorhanden (1900: 330). Der Gesammtgewinn der Bank betrug in 1901 44,752.345 M. In Abzug kommen davon: die Verwaltungskosten 13,748.033 M., die Banknotenanfertigung 471.761 M., Antheil des preussischen Staates 1,865.730 M., Notensteuer 352,684 M., für zweifelhafte Forderungen 2,363.897 M., Verlust beim Verkauf des früheren Bankgrundstückes in Hildesheim 4000 M. Das Reich erhält ausser der Notensteuer von 352.684 M. 12,417.770 M., zusammen 12,770.455 M. Die Aktionäre erhalten im Ganzen 6·25 proc. oder 9,375.000 M.

Also Ende 1901 waren 1961 Ausländer Eigenthümer

von 10483 Antheilen zu . . . . . 3000 M
und 1099 „ „ . . . . . 1000 „

Das macht 32,548.000 Mark Nominale. Wer sind denn diese Ausländer? Wiederum ein Beleg, dass das Kapital international ist. Der Bericht der Reichsbank pro 1902 besagt folgendes: Die Gesammtsätze betrugen bei der Reichshauptbank 67.087,563.200 M., bei den Reichsbankanstalten 124.838,678.800 M., zusammen 191.926,215.000 M. oder 1.221,404.300 M. weniger als im Jahre 1901. Der Bankzinsfuss be-

trug im Durchschnitt des Jahre 3·321 Proc. für Wechsel und 4·321 Proc. für Lombarddarlehen gegen 4·099 beziehungsweise 5·099 Proc. i. V. Der höchste Bestand der Giroguthaben mit Ausschluss derjenigen der Reichs- und Staatskassen war 374,837.000 M. am 23. Januar, der niedrigste 231,489.000 M. am 15. November, durchschnittlich 284,131.000 M. (1901 : 272,464.000). Der Gesammtumsatz im Giroverkehr einschliesslich der Ein- und Auszahlungen für Rechnung des Reiches und von Bundesstaaten hat im Jahre 1902 169.227,395.537 Mark betragen gegen 167.727,164.694 M. im Vorjahre. Der Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen betrug als höchste Summe am 23. Juni 1.107,338.000 Mark, als niedrigste Summe am 31. Dezember 786,123.000 M., durchschnittlich 982,202.000 M., gegen das Vorjahr 70,791,000 M. mehr. Am 31. Dezember setzte sich der Metallbestand zusammen aus Gold in Barren und fremden Münzen 143,057.000 M., Gold in deutschen Münzen 403,623.000 M., Thalern 112,027.000 Mark, Scheidemünzen 127,416.000 M. An Platzwechseln waren nach Ultimo 1902 im Bestande 218.647 Stück mit 574,141.624 M. Der Gewinn aus diesen Wechseln beträgt 15,304.798 M., also 4,159,394 M., weniger als im Vorjahre. Die durchschnittliche Grösse aller Platzwechsel ist 2361 M. gewesen. Unter den angekauften Platzwechseln befanden sich 72.348 Stück im Betrage von 100 M. und weniger (1901 : 63.373 Stück). Es bedürfen demnach die Industrie, der Handel etc. im Deutschen Reich an Geldbedarf von der Reichsbank in einem einzigen Jahre die Riesensumme von 169.227 Millionen Mark. Die Reichsbank will nun das Kreditgeschäft vollständig monopolisieren, um die Südstaaten vollends von Preussen wirthschaftlich abhängig zu machen.

Am 26. Januar 1903 schrieben Berliner Börsenblätter folgendes: Es wurden öfters Klagen erwähnt, die die Reichsbank über die Konkurrenz der Privatbanken zu führen hat. Diese Konkurrenz hat die Reichsbank von jeher als einen Uebelstand empfunden. Insbesondere war es die Diskontpolitik der Privatnotenbanken, die dem Centralnoteninstitut seine wirth-

schaftlichen Aufgaben wiederholt erschwert hat. Die Reichsbank wie die Privatnotenbanken können nach dem Bankgesetz Wechsel, die sie angekauft haben, weiterdiskontieren. Von dieser Erlaubnis machte die Reichsbank niemals Gebrauch, wohl aber die Privatnotenbanken, die in Zeiten schwieriger Geldverhältnisse einen Rückhalt an der Reichsbank suchten und fanden. In Zeiten niedrigen Geldstandes war das Nebenherbestehen der Privatnotenbanken für die Reichsbank womöglich noch störender, indem erstere unter den Sätzen der Reichsbank diskontierten und auf diese Weise sowohl das beste Wechselmaterial an sich zogen, als auch dem Centralinstitut die Kontrole über den Geldmarkt erschwerten. Allen diesen Uebelständen sollte die Bankgesetznovelle vom 7. Juni 1899, die am 1. Januar 1901 in Kraft trat, abhelfen. Nach § 7. der Bankgesetzenovelle dürfen die Privatnotenbanken nicht unter dem öffentlich bekannt gemachten Procentsatze der Reichsbank diskontieren, sobald dieser Satz 4 Proc. erreicht oder überschreitet. Ist der Reichsbankdiskont unter 4 Proc. festgesetzt, so dürfen die Privatnotenbanken um nicht mehr als $^1/_4$ Proc. billiger diskontieren als die Reichsbank. Sollte die Reichsbank selbst unter ihrem offiziellen Satze, das heisst am offenen Markte, Wechsel ankaufem, so dürfen die Privatnotenbanken den Ankaufssatz der Reichsbank nur um $^1/_8$ Proc. unterbieten. Durch dieselbe Gesetznovelle wurde bekanntlich der der Reichsbank zustehende Antheil an dem Gesammtbetrage des der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlaufs von 293·4 Mill. Mark auf 450 Mill. M. erhöht. Mit dem Inkrafttreten der Banknovelle sahen sich die Privatnotenbanken vor eine neue Situation gestellt. Das einzige bis dahin in Preussen neben der Reichsbank bestehende Notentinstitut, die Frankfurter Bank, strich sofort die Segel, indem es auf das Notenprivileg verzichtete. Auch die Badische Bank zog sofort die Aufgabe des Notenprivilegs in Erwägung; indess wurde schliesslich diese Absicht fallen gelassen. Im übrigen kamen die Wirkungen der Bankgesetznovelle bei den Privatnotenbanken im Jahre 1901, dem ersten Jahre, in dem das Gesetz in Kraft getreten war, darin zum

Ausdruck, dass die Wechselbestände der Institute ganz wesentlich zurückgingen. Besonders im ersten Theile des Jahres 1901 liess sich bei den Privatnotenbanken eine erhebliche Geschäftsverringerung bemerken. Im zweiten Halbjahr war dagegen bereits wieder eine vermehrte Thätigkeit zu konstatieren, und, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, haben die Umsätze des Jahres 1902 die des Jahres 1901 bei den Privatnotenbanken nennenswerth überstiegen. Der Grund dafür, dass die Bestimmungen der Banknovelle sich nur verhältnismässig kurze Zeit bei den Privatnotenbanken in starkem Masstabe fühlbar machten, ist zum Theil darin zu suchen, dass die Notenbanken inzwischen es sich angelegen sein liessen, den Ausfall im Diskontgeschäft zu verringern. Die Privatnotenbanken sind nämlich nach dem Gesetz nur in Bezug auf das Diskontieren von Wechseln an den Satz der Reichsbank gebunden, während ihnen hinsichtlich des Lombardgeschäftes freie Hand gelassen worden ist. Sie legten nun bald nach Inkrafttreten der Novelle den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit auf das Lombardgeschäft. Hierbei wurden nicht nur wie früher Werthpapiere und event. Waren lombardiert, sondern die Privatnotenbanken gingen zum Theil auch dazu über, Wechsel zu beleihen und zwar zu einem Satze, der sich nennenswerth unter dem des Reichsbankdiskonts hielt.

Dem Lombardgeschäft der Notenbanken ist freilich insofern eine Grenze gesteckt, als sie nach dem Gesetz zur Deckung für die im Umlauf befindlichen Noten nur Wechsel, nicht aber auch lombardierte Unterpfänder verwenden dürfen. Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass das Lombardgeschäft, zumal bei niedrigem Reichsbankdiskont, kein sehr lukratives ist. Wenn also auch die Umsätzte der Privatnotenbanken im Jahre 1902 die des Jahres 1901 überstiegen haben, so ist damit noch nicht gesagt, dass die Erträgnisse der Privatnotenbanken im Jahre 1902 sonderlich günstig waren. Im vorigen Jahre hat denn auch noch ein weiteres Noteninstitut, die Bank für Süddeutschland, auf ihr Notenprivilegium verzichtet und durch die Vereinigung mit der Darmstädter Bank ihre

Selbständigkeit aufgegeben. Gegenwärtig bestehen in Deutschland folgende Noteninstitute:

	Steuerfreier Notenumlauf	
Reichsbank	470,000.000	M.
Bayerische Notenbank . . .	32,000.000	„
Sächsische Bank	16,771.000	„
Württembergische Notenbank	10,000.000	„
Badische Bank	10,000.000	„
Braunschweigische Bank . .	2,829.000	„

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, dass die Bedeutung der Privatnotenbanken im Vergleich mit der Reichsbank verhältnismässig gering ist. Immerhin ist sie nach der Auffassung der Reichsbank gross genug, um unter Umständen Störungen der volkswirthschaftlichen Funktionen der Reichsbank herbeizuführen. Die öffentliche Feststellung dieser Wirkung wird indess gewiss genügen, um die Privatnotenbanken von einer weiteren Gefährdung der von der Reichsbank im öffentlichen Interesse beobachteten Diskontpolitik abzuhalten. Ja nun, der preussische Magen ist nun einmal sehr gesund und verträgt viel Speise. Gehen wir nun zu den Staatsausgaben der deutschen Bundesstaaten über. Im preussischen Etat für 1903 sind die ordentlichen Einnahmem auf 2.602,205.930 Mark, die Ausgaben im Ordinarium auf 2.516,369.633 M, im Extraordinarium auf 158,536.297 Mark, zusammen 2.674,905.930 M. veranschlagt, mithin die Ausgaben um 72,700.000 M. höher als die Einnahmen. Der Fehlbetrag wird durch Aufnahme einer Anleihe zu decken sein. Ende 1902 betrug die Staatsschuld Preussens 6.720,791.445 M. Die Zahl der eingetragenen Konten betrug Ende März 1900: 26.102 über 1.385,316.900 Mark Kapital, 1901: 28.909 über 1.466,168.250 M. Kapital, sie ist bis Ende März 1902 auf 30.337 über 1,577.323.650 M. gestiegen. Von diesen Konten entfallen 86·2 Proc. auf Kapitalien bis zu 50.000 M. und 13·8 Proc. auf grössere Kapitalsanlagen. Für physische Personen waren Ende März 1902 18.372 Konten über 717,527.000 M., für juristische Personen 5615 Konten über 584,669.850 M. eingetragen. Die Zahl der Konten für Bevormundete oder in Pflegschaft Stehende beträgt 1901. Von den Konteninhabern wohnen 26.175

in Preussen, 3838 in anderen Staaten Deutschlands, 251 in den übrigen Staaten Europas, 14 in Asien, 16 in Afrika und 43 in Amerika. Also wieder ein Beleg, wie das Kapital international ist.

Im Jahre 1862 hatte Preussen 139,966.258 Thaler Staatsausgaben. Das Heer beanspruchte 41,188.961 Thaler. Die direkten und indirekten Steuern trugen ein 87,749.892; sämmtliche Einnahmen des preussischen Staates waren im Jahre 1862 134,783.544 Thaler. Die preussische Staatsschuld betrug im Jahre 1862 288,709.874 Thaler, die Zinsen dafür 15,547.700 Thaler. Die Staatsvoranschläge Preussens älteren Datums waren:

	Einnahmen (Thaler)	Ausgaben (Thaler)
Jahr 1850 . . .	91,338.448	95,997.606
„ 1860 . .	132,948.354	132,948.354

Königreich Bayern:

Staatsausgabe 1902: . .	444,904.691	Mark
Staatsschuld: . .	1.600,237.525	„

Im Jahre 1862:

Staatsausgaben	55,734.212	Thaler
davon Schuldzinsen . . .	10,931.870	„
Heerausgabe	8,963.092	„

Die übrigen Bundesstaaten im Jahre 1902:

	Staatsausgabe (Mark)	Staatsschuld (Mark)
Anhalt	28,022.500	
Baden	93,173.277	357,700.000
Braunschweig	16,629.625	57,537.011
Bremen	37,110.646	180,474.467
Elsass-Lothringen . .	60,657.192	
Hamburg	131,051.995	435,101.110
Hessen	89,088.798	305,156.647
Lübeck	6,884.510	31,696.021
Mecklenburg-Schwerin .	4,153.800	116,853.350
Oldenburg	9,413.515	57,201.805
Sachsen	324,922.859	980,136.200
Württemberg	92,197.254	523,116.900

Das geeinte Deutsche Reich nahm einen Riesenanlauf in seiner Entwicklung als Industrie- und Kapitalismusstaat. Es wurden im Deutschen Reiche gegründet:

Jahr	Aktiengesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark
1871	207	758·76
1872	479	1477·73
1873	242	544·18
1874	90	105·92
1875	55	45·56
1876	42	18·18
1877	44	43·42
1878	42	13·25
1879	45	57·14
1880	97	91·59
1881	111	199·24
1882	94	56·10
1883	192	176·03
1884	153	111·24
1885	70	53·47
1886	113	103·94
1887	168	128·41
1888	184	193·68
1889	360	402·54
1890	236	270·99
1891	160	90·24
1892	127	79·82
1893	95	77·26
1894	92	88·26
1895	161	250·68
1896	182	268·58
1897	254	380·47
1898	329	563·62
1899	364	544·39
1900	261	340·46
1901	158	158·26

Die Emissionen an der Börse in Berlin betrugen:

Jahr	Inländische Effecten	Ausländische Effecten
	in Millionen Mark	
1888	1985	590
1889	1745	525
1890	1520	359
1891	1217	230
1892	1016	169
1893	1266	342

Jahr	Inländische Effecten	Ausländische Effecten
	in Millionen Mark	
1894	1420	338
1895	1375	300
1896	1896	489
1897	1944	608
1898	2407	691
1899	2414	263
1900	2297	

Das Jahr 1901 wird in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands mit schwarzen Lettern eingeschrieben bleiben. So viel Zusammenbrüche von stolzen Bank- und Industrieunternehmungen, wie sie im Laufe des Jahres 1901 Deutschland erlebt hat, hat die Geschichte seit dem Börsenkrach in Wien im Jahre 1873 und dem Panamaschwindel im Jahre 1890 in Frankreich nicht erlebt. Man konnte während des ganzen Jahres in der Rubrik „Telegramme" in den grossen Judenzeitungen alle die Phasen studieren, welche der Kapitalschwindel in Deutschlad durchgemacht hat. Von dem Kapitalismus und seinen Gründungen gilt da recht das Wort der heil. Schrift: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen." Nun zur Sache. Deutschland ist im Verlaufe der letzten 20 Jahre zu einem gewaltigen Industriestaate herangewachsen. Während Deutschland im Jahre 1882 im Ganzen 9974 Grossbetriebe hatte, wuchs ihre Zahl im Jahre 1895 auf 18.953. Wir könnten an der Hand der Statistik diesen Entwickelungsgang genau darstellen. Doch müssen wir uns kurz fassen. Die fetten Jahre der Industrie, der Gründer, der Verwaltungsräthe und aller kapitalistischen Barone schienen kein Ende nehmen zu wollen, es waren ihrer mehr denn sieben. Geben wir nur einige Beispiele. Die chemische Fabrik vormals Milep & Co., Aktiengesellschaft in Posen mit einem Aktienkapital von nur 2·85 Millionen Mark zahlte im Jahre 1899 nebst 14 Procent Dividende den Aktionären, den Direktoren 24.141 Mark Tantième, dem Aufsichtsrath 37.821 Mark, den Beamten 20.000 Mark Neujahrstantième. Den wildesten Hexentanz veranstalteten wohl die Kohlenbarone. Sie haben fast die Besinnung verloren und wussten nicht, auf welche

Weise das Publikum am schnellsten und ausgiebigsten ausgeraubt werden solle. So vertheilte die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft eine Dividende von 9 Procent im Jahre 1897, dann eine zehnprocentige in den folgenden zwei Jahren und im Jahre 1900 sogar eine vierzehnprocentige. Dazu bekam der Verwaltungsrath Tantièmen von 73.469 Mark, 89.795 Mark, 175.894 Mark und im Jahre 1900 sogar 255.789 Mark. Geradezu fabelhaft klingt es, da wir lesen, dass die Arenberg'sche Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb im Jahre 1899 eine Dividende von 75 Procent und im Jahre 1900 eine solche von 50 Procent pro Hundert des Aktienkapitales vertheilte. Vorsitzender des Verwaltungsrathes der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft ist der reiche, gewaltige jüdische Finanzbaron A. von Hanseman. Die Schuckert-Affaire liefert einen Beweis dafür, dass die Tantième-Wirthschaft, wie sie sich in Deutschland ausgebildet hat, förmlich am Marke der Aktiengesellschaften zehrt. Figurirten doch in dem Abschluss der Schuckertschen Gesellschaft in Nürnberg für das Geschäftsjahr 1899—1900, für das 15 Proc. Dividende vertheilt wurden, nicht weniger als 1,207.452 M. an Tantièmen und 360.000 M. an Gratifikationen, und für ihre Thätigkeit in dem so unglücklich abgelaufenen Geschäftsjahre 1900—1901 hält sich die Verwaltung für berechtigt, an Tantièmen die enorme Summe von 749.000 M. — ursprünglich beanspruchte sie sogar 906.432 M. — und an Gratifikationen 300.000 Mark auszuweisen. Wohlweislich specialisirt sie nicht, in welchem Verhältniss die Tantièmen des Aufsichtsrathes und der Direktion zu denjenigen der übrigen Beamten stehen; denn zweifellos würde sich dabei, wie das „Berl. Tagebl." bemerkt, das schreiendste Missverhältniss zu Ungunsten der Letzteren ergeben.

Noch schöner sind die Ergebnisse der Grund- und Bodenspekulanten. Die Berliner Bodengesellschaft hat im Jahre 1900 ein gutes Geschäft gemacht. Es wurden bei einem Aktienkapital von einer Million Mark aus Terrainverkäufen 527.950 Mark Gewinn erzielt und davon 57.550 Mark Tantième und 30 von Hundert Dividende gezahlt. Die Leipziger Terrain-

gesellschaft vertheilte für das Jahr 1900 eine zwölfprocentige Dividende. Nun aber kamen die mageren Zeiten. Den Anfang machten die Spielhagenbanken, dann die preussische Hypothehenbank, die pommerische und die Mecklenburg-Strelitzsche Bank. Die Hypothekenbank von Mecklenburg-Strelitz ist ein sehr junges Kind und war ihm ein kurzes Leben beschieden. Die Koncession datiert erst vom Jahre 1896. Im Aufsichtsrath dieser Bank waren die Herren Hofrath Linde, Banquier Schappach, Kammerherr Dechess, Hofrath Meyer, Bankdirektor Schmidt. Gleich Ende des Jahres 1896 verwaltete diese Bank 14,186.395 M. fremdes Vermögen. Die preussische Hypotheken-Aktienbank, koncessioniert im Jahre 1864, hatte als Direktoren Eduard Sander, Heinrich Schmidt, Puchmüller und Buchholz. Vorsitzender: Kommerzienrath Eduard Schmidt. Diese Bank verwaltete Ende 1896 fremdes Vermögen von 309,159.892 Mark. Pommerische Hypotheken-Aktienbank, gegründet im Jahre 1866, in jüngster Zeit zur Hofbank der deutschen Kaiserin erhoben, hatte zu Direktoren die Herren Schulz, Romeich, Kellner und Alb. Schappach. Zum neuen Direktor derselben wurde Banquier Salamon ernannt. Der Kammerherr der Kaiserin Baron Marbach ist diesem Institut nicht fremd gewesen. Ende 1896 verwaltete diese Bank an fremdem Vermögen 159,978.704 Mark. Diese Banken haben den wüstesten Spekulationsschwindel mit Bauparzellen in Berlin betrieben, belehnten auch mit ihrem Kredite den Bau jüdischer Bazare, so das Waarenhaus Tietz und nebstdem führten die Direktoren ein derartig fürstliches Leben, dass nun die Katastrophe eintrat. Im Monat Juni kam ein arger Stoss von Dresden aus. Die „Dresdener Kreditanstalt“ und die Elektricitätswerke Kummer geriethen in Schwierigkeiten. Die Kreditanstalt für Industrie und Handel in Dresden ist koncediert im Jahre 1856. Die Direktion bestand aus Konsul Horn, gewesenem Bürgermeister Klötzer, Kammerherrn Stieglitz. Die Bank verwaltete Ende 1896 an fremdem Vermögen 20,596.704 Mark. Aktiengesellschaft der Elektricitätswerke in Dresden hatte in der Direktion den Konsul Deuso, Generaldirektor Kummer,

Kammerherrn Stieglitz. Die Passiva, also von Fremden aufgenommenes Geld, betrugen Ende 1896 im Ganzen 6,024.732 Mark. Der grösste Schlag aber kam am 25. Juni 1901. An diesem Tage verkündete ihre Insolvenz die Leipziger Bank, deren Koncession vom Jahre 1836 stammt. Die Direktion bestand aus A. Exner, Advokat Gentzsch, Eugen Sachsenröder, Max Scholinus, Oskar Hilbert, Julius Schuhmacher, Ed. Ramoth und Karl Behrens. Die Bank verwaltete Ende 1896 an Passiven 81,547.399 M. Mit dem Zusammenbruch der Leipziger Bank war auch der Sturz der Kasseler Trebertrocknungs-Aktiengesellschaft eng verbunden. Richtig gesagt ist die Leipziger Bank durch die Kasseler Gesellschaft um 80 Millionen Mark geprellt worden und damit war ihr Schicksal besiegelt worden. Diese saubere Gesellschaft ist im J. 1889 gegründet worden. Verwaltungsrath: Adolf Schmidt in Kassel, Herrmann Sumpf, R. Schlegel, Fabrikant in Kuxhag, Theodor Schulze, Rittergutsbesitzer, Arnold Sumpf, Brauer in Greifswald, Ernst Otto, Kaufmann in Dortmund. Die Kasseler Gesellschaft vertheilte in den Jahren 1890 bis 1899 folgende Dividenden: 7, 10, 12, 10, 10, 10, 38, 50, 40 Procent! Ende 1898 verwaltete sie an Passiven 33,039.303 M. Diese saubere Gesellschaft trocknete Treber sogar bis in Bosnien, allerdings in Form von Ausbeutung der Staatswälder, welche ihr von dem vortrefflichen Reichsfinanzminister von Kallay bereitwillig zur Verfügung gestellt worden sind. Natürlich, man muss doch das Bündniss mit Deutschland auch praktisch bethätigen, denkt sich Herr von Kallay. In der Kasseler Trebertrocknungsgesellschaft spielte auch eine grosse Rolle der Getreidejude Sandel Katz, der die hessischen Bauern sehr gut zu behandeln weiss. Sandel Katz roch bei Zeiten den Braten und sanierte sich durch rechtzeitige Flucht, damit er nicht in faulen Trebern ersticke. Darin besteht die Schlauheit der Hebräer, während die dummen christlichen Direktoren hinter Schloss und Riegel in unfreillige Pension versetzt worden sind. Nach dem Falle dieser zwei grossen Firmen kam so der Stein ins Rollen. Es meldete nach dem Krach in Leipzig und Kassel eine ganze

Menge von Firmen und Industrieunternehmungen ihren Konkurs an und stellten die Produktion ein. Mit dem Falle von Leipzig und Kassel kam auch die Rheinische Bank an den Rand des Abgrundes. Diese Bank ist eine Gründung des Juden Gustav Hanau. Sie ist ein ganz junges Kind, Geburtsjahr erst 1897. Vorstand: Rudolf Trostorff, zu Mühlheim a. d. Ruhr, Advokat Mannheimer. Vorsitzender: Leo Hanau, August Thyssen, Paul Barnewitz, Karl Kahn in Bonn, Ernst Friedländer, Konsul Eugen Landau, Dr. Michels, Oskar Rothschild, Dr. Weihtmann. Die Bank verwaltete Ende 1898 Passiven im Betrage von 25,570.801 Mark. Wie man sieht, ist die rheinische Bank eine durchaus koschere Gesellschaft. Gleich darauf krachte es weiter in den Fugen des wirthschaftlichen Fahrzeuges. Ende Juli verschwand spurlos der Spekulant Terlinden. Dieser Fabrikant hat seine Unternehmungen in Oberhausen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und dabei dieselben in die Bilanz zu einem überschwenglichen Preis schlau eingestellt. Durch diesen Schwindel wurden hart getroffen das Bankhaus Beckerath und Heilsmann in Krefeld, die Hannoversche Bank, Robert Warschauer und seine Diskontogesellschaft, die Darmstädter Bank und viele andere. Von den grossen Industrieunternehmungen, welche durch die Leipziger und Kasseler Katastrophe in arge Mitleidenschaft gezogen worden, sind zu erwähnen die Schuckertwerke in Nürnberg und die „Elektra" in Dresden. Anfangs September 1901 kam aus Breslau die Nachricht, dass der Direktor Schostag von der Rhederei vereinigter Schiffer in Breslau sich vergiftet habe und der zweite Direktor Breslauer verhaftet worden sei. Beide Juden haben der genannten Gesellschaft einen Schaden von 5 Millionen Mark verursacht. Sie hatten einen fixen Gehalt von jährlich 7.500 Mark. Der Jude Schostag war ein leidenschaftlicher Börsianer. Nebstdem betrieb er auch Maitressenwirthschaft.

Das Organ des Juden Mosse, das „Berliner Tagebl." schrieb am 9. Oktober 1901: Was für ein Patron Herr Schostag von der Rhederei vereinigter Schiffer in Breslau war, hat die gestrige Gläubigerversamm-

lung in dem Konkurs Schostag gezeigt, über die gestern ein Breslauer Privat-Telegramm bereits in Kürze berichtet hat. Es waren in der Versammlung 12 Gläubiger vertreten. Zu den Gläubigern gehört die „Rhederei Vereinigter Schiffer", deren Forderungen mit fünf Millionen Mark angegeben wurden, ferner die Kommanditgesellschaft Hamburger u. Co. in Kattowitz mit 1,831.000 M., die Filiale der Dresdener Bank in Hamburg mit 885.000 M., die Norddeutsche Bank in Hamburg mit 105.000 M., der Hallesche Bankverein Kulisch, Kämpf u. Co. mit 301.000 M., F. A. Neubauer in Hamburg mit 256.000 M. und Ernst Kuznitzky mit 2,355.000 M. Eine Summirung der einzelnen Posten würde ein falsches Bild von der Schuldenlast geben, da in der Forderung der Rhederei die Forderungen der Banken deshalb mitangegeben sind, weil gegen die Rhederei Regress erhoben wird. Der Konkursverwalter machte weiter folgende Mittheilungen Bevor Schostag im Jahre 1888 den Direktorposten bei der Rhederei Vereinigter Schiffer übernahm, war er Leiter der Oderdampfschiffahrtsaktiengesellschaft, die 1888 in Konkurs gerieth. Dieser Konkurs führte auch zu einer Strafverfolgung gegen ihn, und nach einer Untersuchung von fünfjähriger Dauer wurde er 1893 wegen Konkursvergehens zu drei Monaten Gefängniss verurtheilt, welche Strafe dann im Gnadenwege in eine Geldstrafe von 1000 M. umgewandelt wurde. Im Jahre 1896 verheiratete er sich, und seine Frau brachte ihm ein Vermögen von etwa 75.000 M. in die Ehe. Schostag bezog in seiner Direktorstelle ein Jahresgehalt von 7500 M. und sehr reichliche Tantièmen. Trotz seines arbeitsreichen und verantwortungsvollen Amtes wusste er aber noch Zeit für Nebenbeschäftigungen auf zahlreichen anderen Erwerbsgebieten zu finden, besonders für Spekulationsgeschäfte. Er spekulirte in höchst waghalsiger Weise nicht blos in Werthpapieren aller Art, besonders bei einem auswärtigen Bankhause, sondern auch in überseeischen Produkten, und auf die Misserfolge dieser Spekulationen ist der Verlust der Millionen zurückzuführen, welche er der Aktiengesellschaft Rhederei Vereinigter Schiffer veruntreut hat. Nähere Auskunft über den

Verbleib des unterschlagenen Geldes kann zur Zeit nicht gegeben werden, da ordnungsgemäss geführte Privatbücher nicht vorhanden und alle Aufzeichnungen und Briefschaften des Verstorbenen von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt und noch nicht freigegeben sind. Die Konkursverwaltung wird ihre Ermittelungen nach dieser Richtung energisch fortsetzen und prüfen, ob gegen diejenigen Personen, mit denen Schostag Spekutionsgeschäfte gemacht hat, Ansprüche zu verfolgen sind. Der Differenzeinwand soll in dem nach dem Börsengesetz und der Judikatur des Reichsgerichts zulässigen Umfange und ferner sollen Rückforderungen erhoben werden, soweit das Börsengesetz Grundlagen hiefür bietet. Die sonstigen Spekulationen bewegen sich auf dem Gebiete der Grundstückskäufe. In Krietern erwarb Schostag Anfang 1897 ein Terrain mit einer Grundfläche von 117.237 Quadratmeter, welches mit Hypotheken in Höhe von 123.000 M. belastet ist; eine auf den Namen seiner Frau lautende Hypothek von 20.000 M. wird mit Aussicht auf Erfolg angefochten werden. Diesem Grundstück wird ein sehr erheblicher Werth beigemessen, so dass ein beträchtlicher Ueberschuss zu erwarten ist. — Im Weiteren handelt es sich um eine Gruppe von Spekulationen, die mit der Vertrauensstellung Schostags als Direktor der Rhederei nicht vereinbar waren, da sie von ihm nur zu dem Zwecke entrirt wurden, um sich auf Kosten und zum Nachtheil der Aktionäre zu bereichern. Er brachte nämlich Terrains an sich, von denen er wusste, dass sie von der Rhederei gebraucht werden würden, um sie mit reichem Gewinn an diese wieder loszuschlagen, so in Kosel-Oderhafen ein Grundstück von 97.951 Quadratmeter, welches mit 87.000 M. belastet ist. Ferner gehört hierher eine Spekulation mit zwei Grundstücken von 38.837 Quadratmeter Grösse. Dieselben gehörten früher dem Rittergutsbesitzer Drabizius und wurden von dem Spediteur Giesel aus dessen Konkursmasse erworben; schon damals waren dieselben mit 410.000 M. Hypotheken belastet. Mit Giesel trat Schostag in Verbindung und veranlasste ihn, die behördliche Genehmigung zur Anlage einer Schiffswerft auf den beiden Grundstücken

nachzusuchen. Nach Erlangung derselben sollte die rohe Anlage auf Kosten Beider für 30.000 M. fertiggestellt werden, und wenn dies geschehen sei, sollten die übrigen Anlagen, Schuppen etc. von Schostag bestellt und von der Rhederei vereinigter Schiffer gebaut werden. Nach Fertigstellung der Anlagen sollte die Rhederei ein Pachtverhältniss eingehen, dessen Bedingungen durch Schostag als den Direktor der Gesellschaft festgesetzt wurden. Die Werft ist seit dem Frühjahre d. J. fertig und seit dem 1. Juli dieses Jahres von der Rhederei in Betrieb genommen. Bei den sonstigen Organen der Rhederei ist bis zum Tode Schostag's über die eigenartigen Rechtsverhältnisse dieser Werft nichts bekannt gewesen, und es stehen deshalb noch schwierige Auseinandersetzungen zwischen Giesel und der Schostagschen Konkursmasse einerseits sowie zwischen den beiden Miteigenthümern und der Rhederei andererseits bevor. Die hypothekarische Belastung dieser Terrains beträgt 410.000 M. Schostag war bei mehreren Gesellschaften auf den Todesfall versichert; doch sind die meisten Versicherungen wegen Nichtzahlung von Prämien oder wegen des Selbtsmordes verfallen. Einen Ueberblick über die Aktivmasse zu geben, ist vorläufig noch nicht möglich, da erst eine sachgemässe Schätzung der Grundstücke erfolgen muss. Der Bericht des Konkursverwalters bestätigt, dass Schostag die veruntreuten Summen in der Hauptsache durch Börsenspekulationen verloren hat. Ist es schon erstaunlich, dass dem Aufsichtsrath von den riesigen Spekulationen nichts zu Ohren gekommen ist, so muss man sich noch mehr darüber wundern, dass die Gesellschaft Terrains etc. erwarb, ohne dass der Aufsichtsrath sich dafür interessirte, dass Schostag als Zwischenkäufer zum Nachtheile des von ihm geleiteten Unternehmens auftrat. Auch dass der Aufsichtsrath an dem Vorleben Schostags keinen Anstoss nahm, muss nach dem Bericht des Konkursverwalters von Neuem auffallen. Dass aus dem Nachlass Schostag's für die Gläubiger ein nennenswerther Betrag entfallen sollte, erscheint ausgeschlossen.

Gleichzeitig meldete man den Zusammenbruch der Gewerbebank in Heilbronn. Ende September gerieth

in Konkurs die Grunderwerbsbank für Berlin und Vororte. Diese war ein Unternehmen des Direktor Sanden. Nebst diesen Aktienunternehmungen sind zahlreiche private Bankhäuser entweder ganz verschwunden oder in finanzielle Schwierigkeiten gerathen. Das grösste Aufsehen machte die finanzielle Klemme der Firma Hugo Landau in Breslau. Doch sind dem Juden Landau seine intimsten Freunde, wie Cäsar Wollheim, Rosenfeld und Goldschmidt, Schottländer, Behrens in Hamburg, Mendelssohn in Berlin zu Hilfe geeilt. Landau war ein kühner Spekulant und sass in nicht weniger als in 26 Aktiengesellschaften entweder als Direktor oder als Mitglied des Verwaltungsrathes. Selbstverständlich können wir nicht alle Namen der Industrieaktienunternehmungen anführen, die in Deutschland während des Jahres 1901 entweder ganz eingingen oder ihre Produktion zeitweilig einstellen oder reduciren mussten. Wie viel durch den Zusammenbruch der verschiedenen Geld- und Kreditinstitute das Publikum an Baargeld verloren, wie viel tausende Familien zugrunde gerichtet, wie viel Selbstmorde verübt wurden, das weiss Gott allein. Die direkten Verluste an Geld, welche durch den Zusammenbruch der genannten Unternehmungen dem Publikum zugefügt worden, sind aber nur ein Theil des Unglückes. Den grösseren Theil des wirthschaftlichen Unglückes vollendete die Börse. Denn nach jeder Nachricht von einem Krach folgte in Berlin auf der Börse der entsprechende Preisdruck der Werthpapiere. So verloren nach dem Cours vom 7. Juli 1901 die Aktien der Harpener Eisenindustrie-Aktiengesellschaft an einem Stück 3510 Mark, Kölnischer Bergwerksverein 2057 Mark u. s. f. Ende September 1901 hielt die „Nationalzeitung" eine Schau auf dem Schlachtfelde und konstatirte, dass die Industriepapiere Ende September einen Verlust von mindestens 1500 Millionen Mark erlitten haben. Die deutschen Bankaktien erlitten einen Verlust von mindestens 700 Millionen Mark, die Kredit- und Hypothekenbanken haben einen Verlust von über 200 Millionen Mark zu verzeichnen. Das ist nur eine oberflächliche Schätzung. Wie gross die Verluste an Bahnaktien und Staatspapieren sein

werden, das wird die Schlussrechnung an der Berliner Börse pro 1901 ergeben. Diese verheerenden Wirkungen des Kapitalismus werden auf lange Jahre zu spüren sein. Der Augenblick, wo die Industrie- und anderen Werthpapiere ihren Cours verlieren und dem Druck der Börse nachgeben, das ist der Augenblick, wo die grossen Börsenhyänen ihre reiche Ernte halten, sie kaufen mit vergnügtem Gesicht die niedergedrückten Papiere, die sie vorher durch eine gaunerhafte Preistreiberei dem Publikum theuer aufgepelzt haben. Nun strömen die Milliarden wieder zurück, die Papiere fluthen an die Börse wieder und es kann in einiger absehbarer Zeit der Raub von neuem vollzogen werden. Machen wir eine kleine Berechnung. Die Aktien des Kölner Bergwerksvereines haben einen Nominalpreis pro Stück 600 Mark, es sind ihrer 9000 Stück in Umlauf. Im Jahre 1900 war der höchste Cours dieser Aktie an der Börse in Berlin 499, d. h. 100 Mark Nominale, 499 Mark Courswerth, das macht den Werth eines Stückes der Aktie eine Summe von 2895 Mark. Gesetzt den Fall, dass ein Privatier 30 Stück dieser Aktien zum Course 499 angekauft habe, so hat er müssen dafür 86.859 Mark erlegen. Nun sind diese Aktien am 7. Juli 1901 auf den Cours von 293 gefallen, d. i. ein Verlust von 1137 Mark an einer jeden Aktie, macht also bei 30 Stück eine Summe von 34.110 Mark aus, beim ganzen Aktienbesitz von 9000 Stück macht dies einen Verlust von 10,233.000 M. aus. Und so könnte man diese Berechnung mit allen Werthpapieren anstellen. Wir müssen konstatiren, dass diese grossen Raubzüge der Börse in Berlin ihren Wiederhall auch in Wien gefunden haben, doch müssten wir den Raubzug der Börse in Wien einer eigenen Betrachtung unterziehen. Diesen grossartig angelegten Diebstählen am Vermögen des Volkes gegenüber wird in den Parlamenten von Seite der Liberalen und Juden ein tiefes beharrliches Schweigen beobachtet, dafür bringen die Juden Breiter, Malik und Genossen, die Socialdemokraten und die ganze Judenschutztruppe die Kirche, die Orden und die Priester ins Treffen. Die Kirche muss herhalten, um die grossen Raubzüge der Börse zu verdecken — und es gelingt. Von der christ-

lichen Seite wird viel zu wenig gethan, um das Volk aufzuklären und von der Wahrheit zu überzeugen. Da zeigt sich eben die furchtbare Macht der Judenpresse, welche von der Börse und den Kapitalisten seit Jahren in Dienst genommen wird. Nur mit ihrer Hilfe können diese Raubzüge veranstaltet werden. Wann das christliche Volk zur Erkenntniss dieser Dinge kommen wird, kann man nicht voraussehen. Die Reaktion wird nur dann kommen, wenn das christliche Volk gänzlich verarmt sein wird und die jüdischen Finanzbarone in ihren aufgehäuften Millionen selbst ersticken werden. Dann werden vielleicht die Regierungen einsehen, dass man die Börsen nach einer anderen Manier als bisher wird behandeln müssen.

In Breslau fallierte der Jude Landau. Die Judenblätter schrieben Folgendes: „Jakob Landau Nachfolger. Die Angelegenheit der Breslauer Firma Jakob Landau Nachfolger kann als erledigt bezeichnet werden. Nicht richtig dürfte die Höhe der gestern angegebenen Sanirungssumme mit 1¼ Mill. M. sein, da es sich jedenfalls um einen weit höheren Betrag handelte. Generalkonsul Eugen Landau, der eine Inhaber der Firma, hat eine sehr umfangreiche Emissionsthätigkeit mit Hülfe der ihm nahestehenden Bankgruppe entfaltet, wofür die Häufung von Aufsichtsrathstellen, welche er in seiner Person vereinigt, einen für sich selbst sprechenden Beweis gibt. Ausser in der Nationalbank, aus deren Aufsichtsrath er jetzt ausgetreten ist, bekleidet er noch den Posten eines Vorsitzenden des Aufsichtsraths bei der Aktienbrauerei Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer, der Akt.-Ges. für Montanindustrie, der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft, der Berlin-Lichtenberger Terrainaktiengesellschaft, der Metallwaarenfabrik Akt.-Ges. Baer u. Stein, sämmtlich in Berlin, der Bayerischen Bank in München, der Breslau-Kleinburger Terraingesellschaft, der Chemischen Fabrik Hönningen, den Milowicer Eisenwerken, der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-A.-G., der Rositzer Zuckerraffinerie, der Spinnerei A.-G. vorm. Klauser, München-Gladbach, und den Kohlenwerken Glückauf in Zechau Weiter

war er Mitglied des Aufsichtsraths der Aluminiumindustrie-A.-G. in Neuhausen, der Bielsfelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Hengstenberg u. Co., der Bierbrauerei-A.-G. vorm. Gebr. Hugger in Posen, der Brauerei W. Isenbeck u. Co. A.-G. in Hamm, der Kommerz- und Discontobank in Hamburg, der Leipziger Bierbrauerei Riebeck u. Co., der Mannheimer Versicherungsgesellschaft, der Oberschlesischen Bierbrauerei A.-G. vorm. L. Haendler in Zabrze, der Oberschlesischen Portland-Cementfabrik in Oppeln, der Rheinisch-Westfälischen Metallwerke in Dornap, der Waggonfabrik A.-G. vorm. P. Herbrandt u. Co. in Köln und der Schlesischen Kleinbahn-A.-G. in Berlin — das sind also 26 Aktiengesellschaften, unter denen sich 3 Banken, 1 Versicherungsgesellschaft, 2 Trustgesellschaften, 2 Terraingesellschaften, 1 Bahnunternehmen, 3 montanistische Unternehmungen, 5 Betriebe der Metallwaaren-, Maschinen- und Waggonindustrie, 5 Brauereien, je 1 chemische, 1 Cement-, 1 Zucker- und 1 Textilfabrik befinden. Ausserdem ist Herr Kommerzienrath Hugo Landau in 12 Aktiengesellschaften theils als Vorsitzender, theils als Mitglied des Aufsichtsraths thätig."

Die Hilfsaktion für das Bankhaus Adolf Landau Nachfolger, für welche sich die hiesigen Häuser Max Cäsar Wollheim und Rosenfeld und Goldschmied, sowie Kommerzienrath Wilhelm Lehrmann und Rittergutsbesitzer Schottländer aus Breslau und schliesslich das Bankhaus L. Behrens und Sohn in Hamburg bereit erklärt haben, hat die Forderungen der kleineren Gläubiger gesichert. Mit den Hauptgläubigern wurde ein Arrangement dahin getroffen, dass diese einstweilen mit 50 Procent befriedigt werden, die restlichen 50 Procent werden ihnen nach Ablauf eines Jahres, binnen welcher Zeit die Liquidation des Hauses Landau durchgeführt werden soll, zugesichert. Das Hilfskonsortium soll der Angabe eines Breslauer Blattes zufolge 1¼ Millionen Mark für die Hilfsaktion aufgewendet haben. Diese Summe wurde an der Börse für zu niedrig gehalten. Eine endgiltige Feststellung der Modalitäten wird in der morgen stattfindenden Gläubigerversammlung vor sich gehen. Wie verlautet,

will das Konsortium auch den Generalkonsul Eugen Landau in Berlin bei Ordnung seiner Angelegenheiten unterstützten. Im Juni 1901 schrieb das „Berliner Tageblatt“ folgendes: Der Bankier Th. Löwenberg, dessen Bank- und Wechselgeschäft in der Leipziger-Strasse 113 zusammengebrochen ist, hat seine Flucht in raffinirtester Weise vorbereitet. Ende vorigen Monats kündigte er seinen Angestellten an, dass er eine Erholungsreise machen werde. Löwenberg lag vor allem daran, einen Vorsprung zu erreichen, ehe die Katastrophe im Geschäft eintrat. Dies ist ihm in der That gelungen. Am Sonntag, den 30. Juni, begab er sich Abends „auf Reisen“, nachdem er vorher alle Dokumente, in erster Linie seine Photographien vernichtet hatte, die der Polizei hätten eine Handgabe zur Ermittelung seines Aufenthaltes bieten können. Erst am Montag Nachmittag wurde das Geschäft durch die Kriminalpolizei geschlossen und die Geschäftsbücher beschlagnahmt. Diese befinden sich in voller Unordnung. Die Bücher sind offenbar absichtlich regellos geführt worden. Die Passiva des verhältnissmässig kleinen Geschäfts betragen 300.000 Mark; die Aktiven sind kaum nennenswerth. Es steht bereits fest, dass L ihm anvertraute Depots in beträchtlicher Höhe unterschlagen hat. Die Ursachen für den Zusammenbruch sind, wie so oft, in dem „cherchez la femme“ — der 44 Jahre alte L. selbst war unverheiratet — zu suchen. Ein Steckbrief ist erlassen worden L. ist 1·80 Meter gross, schlank, geht vorn übergebeugt, hat geröthete gebogene Nase, dunkelröthlichen Schnurbart mit schwachem Ansatz von Kotelett-Bart, röthliches Haar. Er ist in Tilsit geboren.“ Aus Stargard meldete die „Germania“ Anfangs März 1901 folgendes: „Der Inhaber eines hiesigen grossen Tuchgeschäfts, Wolffheim, hatte ausser seinem kaufmännischen Geschäfte noch eine Sparkasse errichtet. Wolffheim besass unbedingtes Vertrauen bei allen Konfessionen und Nationalitäten, die ihre Ersparnisse, in Einzelfällen bis 20.000 Mark, bei ihm hinterlegten gegen sechs Procent Zinsen. Vor Kurzem ist Wolffheim bankerott geworden. Deutsche Bürger hatten etwa 400.000 M., polnische etwa 120.000 Mark bei

Wolffheim deponirt. Alle Einlagen sind nach polnischen Blättern bis auf den letzten Pfennig verloren. Verschiedene Familien haben ihr ganzes Vermögen eingebüsst." Solcher ausgezeichneter Juden-Bürger hat das neue deutsche Reich in Fülle, sie arbeiten wie die Miniermäuse und unterwühlen so den stolzen Bau.

Wenn das so fortgeht, dürfte die Expansionspolitik der Alldeutschen in Sand verlaufen. Das deutsche Reich wird zu Hause genug zu thun haben. So schreibt das Münchener Deutsches Volksblatt am 31. Mai 1903. Es ist rührend, mit welcher Einmüthigkeit die liberale Presse die tiefgehenden Verstimmungen wegzuleugnen sucht, die mit Recht am bayerischen Hofe und in noch viel höherem und bedeutungsvollerem Grade in der bayerischen Bevölkerung gegen die fortgesetzten preussischen Angriffe auf bayerische Reservatrechte und die hochmütige Behandlung deutscher Bundesfürsten und deutscher Regierungen längst bestehen. Man weiss eben, was man weiss; und weiss, dass man in der Residenz von München ebenso wie in jenen von Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Meiningen, Dessau, Schwerin und Detmold, ebenso wie die Volksseele „kocht", man weiss aber leider auch, dass die hohen Herren, die die Sache ja schliesslich doch in erster Linie angeht, nicht die Energie besitzen, offen ihre Rechte zu wahren und an das Volk zu appellieren, und nimmt darum das unabänderlich Scheinende mit einem gewissen Gleichmuth auf. Die auf das Offiziosenthum Anspruch machenden Blätter sollten aber in diesen Dingen das Volk doch nicht gar so dumm anlügen, wie es die Berliner „Nationalzeitung" thut, deren Quark natürlich die „Münchner Neuesten" wie jede Dummheit sofort mit Wonnegefühl an der Spitze ihrer Kuhhaut abdrucken. Dort heisst es: „Der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Podewils nahm in der längeren Unterredung, die er gestern mit dem Reichskanzler hatte, wie wir erfahren, Veranlassung, mit aller Entschiedenheit die Ausstreuungen bayerischer und anderer Blätter zurückzuweisen, wonach zwischen der beyerischen Regierung und der Reichsregierung eine Spannung bestehen soll. Der Eindruck

war auf beiden Seiten ein überaus sympathischer. Auch im Verkehr mit anderen hohen Reichs- und preussischen Staatsbeamten äusserte sich in freimüthiger Weise der bayerische Ministerpräsident in überaus gewinnender Form. Die Anwesenheit der sämmtlichen Minister bei dem Diner zu Ehren des Staatsministers Freiherrn v. Podewils bei Bülow und überhaupt die überaus ehrenvolle Aufnahme des bayerischen Ministerpräsidenten gelten als Zeichen dafür, wie unendlich grossen Werth man auf die innigsten Beziehungen zwischen Preussen und Bayern legt.“ Man sieht, wie gedankenlos in gewissen Redaktionen gearbeitet wird, beziehungsweise für wie gedankenlos diese die Leser ihres Blattes halten müssen. Als ob, wenn zwischen den beiderseitigen Regierungen Spannungen bestanden oder auch keine bestanden hätten, deren Vertreter unter vier Augen „mit aller Entschiedenheit die Ausstreuungen anderer zurückweisen“ würden. O, sancta simplicitas! Die ganze lächerche Art und Weise, mit der der Besuch des bayerischen Ministers des Aeussern am Berliner Hofe von der grossen Tagespresse glossiert wird, wird in der „Münchener Post“ in folgender geistreich-boshaften, aber nicht unzutreffenden Weise bespöttelt: Berlin, 28. Mai, 9 Uhr 2 Minuten Vormittags: Die ersten Worte, die Herr v. Bülow an den bayerischen Ministerpräsidenten richtete, waren: „Herzlich willkommen, lieber Baron!“ Herr v. Podewils war von diesem unerwartet liebenswürdigen Empfang so überrascht, dass er nur sagen konnte: „Vielen Dank, Excellenz, nicht war, Sie tragen uns wegen Swinemünde nichts nach?“ Diese bescheidene aber doch feste Betonung der bayerischen Interessen machte einen ungemein günstigen Eindruck.

Berlin, 28. Mai, 9 Uhr 3 Minuten. Beim Diner wurde mit allgemeiner Befriedigung konstatiert, dass Herr v. Podewils den Fisch ohne Benützung des Messers zu essen verstand und die Gabel kein einziges Mal als Zahnstocher verwendete. Auch im Gebrauch des Spülglases zeigte der erfahrene Diplomat sich völlig bewandert. Der Gesandte eines anderen grösseren Bundesstaates drückte sich hierüber sehr

anerkennend aus und sagte zu seinem Nachbar gewandt: „Friedrich der Grosse hatte doch Unrecht.“ Wir vermuten, dass der Herr Gesandte hierbei an das harte Wort des grossen Preussenkönigs Friedrichs des Einzigen dachte: „Bayern ist ein Paradies, bewohnt von Tieren.“ Berlin, 28. Mai, 9 Uhr 4 Minuten. Der Kaiser hatte, um seinen hohen Gast zu ehren, Gebirgswichs mit dem breiten Band des Hubertusordens angelegt und redete Herrn v. Podewils zweimal direkt an. Die Antworten des Ministerpräsidenten fielen den Umständen entsprechend befriedigend aus. Nach Aufhebung der Tafel wurde bayerisches Bier serviert. In zwangloser Unterhaltung kam das Gespräch auch auf die Musik. „Sie singen ja auch, Podewils,“ ermunterte Herr v. Bülow den bayerischen Kollegen, worauf dieser bereitwillig einige seiner pikantesten Schnaderhüpfel zum besten gab. Eine hochstehende Persönlichkeit äusserte dann: „Das ist wahre Kunst, er ist noch besser wie Dreher.“ Als Dank für dies hohe Wohlwollen gab Herr v. Podewils noch die bayerische Bauernbundshymne zum besten und erregte damit stürmischen, nachhaltigen Jubel.“ — Berlin, 28. Mai, 9 Uhr 5 Minuten. Der Erfolg der Reise des Herrn v. Podewils steht nunmehr fest. Ein hervorragender Staatsmann versicherte mir: „Er ist charmant; Crailsheim ist Mode vom vorigen Jahr!“

Dass die socialen Zustände im deutschen Reiche nicht die besten sind, davon gibt einen Beleg die Verschuldung des unbeweglichen Besitzes. Seit dem Jahre 1886 ist die buchmässige Bewegung der Realschulden in Preussen Gegenstand alljährlicher Ermittlung. Vom 1. April 1886 bis zum 31. März 1900 sind in den Städten, sowie in den Landgemeinden und Gutsbezirken mit städtischem Wesen, insbesondere Fabrikorten und Vorortsgemeinden der Grosstädte insgesammt 23.286·49 Millionen Mark an Hypotheken und Grundschulden eingetragen, dagegen 11.422·37 Millionen Mark oder 49·1 v. H. der Eintragungen gelöscht worden, so dass sich eine Zunahme der Buchverschuldung um 11.844·12 Millionen Mark ergibt. In den Gemeinden mit ländischem Charakter beliefen sich die Eintragungen auf zusammen 10.652·73 Mil-

lionen Mark und die Löschungen auf 7122·82 Millionen Mark, d. i. 66·7 v. H. der Eintragungen, mithin die Mehrverschuldung auf 3549·71 Millionen Mark.

Im Einzelnen betrugen

im Jahre	die Eintragungen Mill. M.	die Löschungen überhaupt Mill. M.	die Löschungen v. H. der Eintragungen	der Ueberschuss der Eintragungen Mill. M.
	a) in den städtischen Bezirken:			
1895	1676·64	991·32	95·1	685·32
1896	1643·53	892·26	54·3	751·27
1897	1799·17	877·93	48·8	921·24
1898	1869·28	835 30	44·7	1033·98
1899	2039·11	877·25	43·0	1161·86
1900	1914·12	809·77	42·3	1104·35
	b) in den ländischen Bezirken:			
1895	752·02	496·41	66·0	255·61
1896	783·31	505·81	64·6	277·50
1897	812·72	491·66	60·5	321·06
1898	847·93	490·38	57·8	357·55
1899	859·85	471 96	54·9	387·89
1900	877·32	481·62	54·9	395·70

Beta taxiert die Verschuldung des unbeweglichen Besitzes im deutschen Reiche auf 42.000 Millionen Mark. Das Vermögen der physischen Personen in Preussen wird auf 147.500 Millionen Kronen geschätzt, das von Würtemberg auf 10.600 Millionen Kronen öst. Währung.

c) Frankreichs Finanzkräfte.

Frankreich ist das Land der öffentlichen Korruption. Die französische Republik, wie sie heute ist, könnte man mit Fug und Recht eine privilegierte Gesellschaft auf Ausbeutung des Volkes nennen. Die Volksmassen ehrlicher Bevölkerung sind eine Beute durchtriebener meist jüdischer Gauner geworden. Der Reichthum Frankreichs stammt von der emsigen Arbeit und Sparsamkeit des französischen Bauers und Handwerkers. Das Land ist fruchtbar, das Volk rührig und genügsam und darum ist das Kapital Frankreichs das mächtigste nach dem

englischen. Das bewegliche Vermögen Frankreichs ist abgeschätzt auf 80.000 Millionen Francs. Die Staatschuld Frankreichs betrug Ende 1896 die Summe von 14.378 Millionen fl. Die französischen Steuerzahler müssen alle Jahre wenigstens 430 Millionen Gulden für die Zinsen der Staatsschuld aufbringen, zahlen also bedeutend mehr als unsere Steuerträger. Das alles verschlingen die Inhaber französischer Staatsschuldscheine. Weiter sind hier für 19.000 Millionen Francs Eisenbahnobligationen und Prioritäten, 2500 Mill. städtische Anlehen, 10.000 Mill. Industriepapiere. Daneben besitzen die Franzosen an 20.000 Millionen Francs fremde Papiere. Nehmen wir nur eine $3^1/_2$ percentige Verzinsung dieses beweglichen Vermögens an, so beziehen die französischen Kapitalisten ein jährliches Einkommen von 2800 Millionen Francs. Frankreich hat nach einigen Angaben nur 72.000 Juden, davon 42.000 in Paris, 3000 in Bordeaux, 19.000 an der Ostgrenze, 8000 im übrigen Lande. Andere behaupten, Frankreich zähle mindestens 200.000 Juden. Drumond will wissen, dass diesen wenigen Juden 60% aller französischen Werthpapiere gehört. Sicher ist es, dass die französichen Juden mindestens über 20.000 Millionen Francs an beweglichem Kapital besitzen, wovon die Hälfte nur dem Pariser Rothschild allein gehört. Der Chef des Pariser Hauses James Rothschild ist im Besitze von 2300 Aktien der Bank von Frankreich, über welche er als oberster Herr förmlich gebietet. In dem Schreckensjahre der Kommune 1871 brachten ihm diese Aktien 300 Francs Dividende. Während in den Gassen Paris über 30.000 Menschen niedergemetzelt und über 700 Häuser eingeäschert wurden, war die Ernte des Juden Rothschild in diesen Schreckenstagen eine überaus reiche. Während der Kommune wurden öffentliche Häuser, Kirchen, Paläste, private Häuser geplündert, eingeäschert, ausgeraubt, den jüdischen Häusern wurde nicht ein Fenster eingeschlagen.

Die Pariser Börse ist beherrscht von jüdischen Milliardären, Rothschild an der Spitze, Ehprussi, Dreyfus, Negroponte, Leduc, Walter, Brüder Bamberger, Herkembaut, Le Grand, Moulins de Corbeil, Erlanger.

Das gesammte Nationalvermögen Frankreichs ist abgeschätzt auf 160.000 Millionen Francs, wovon 80.000 den Juden gehören. Der pariser Rothschild allein hat mehr Vermögen als sämmtliche Gemeinden Frankreichs. Und doch ist noch kein Jahrhundert dahin, als der Urgrossvater Anselm Meyer Rothschild mit dem blossen Ranzen am Rücken in Paris ankam. Der französische Staat hat das Kirchenvermögen konfisciert, welches nur 400 Millionen Francs beträgt, wovon 40.000 Priester ernährt werden, so dass auf einen ein jährliches Einkommen von nur 500 Francs entfällt. James Rothschild hinterliess im J. 1868 seinen 5 Söhnen Alfons, Nataniel, Salamon, Gustav und Edmond über drei Milliarden, so dass ein jeder über 500 Millionen Francs erbte, von welchem Gelde sich ein jeder 500 Schlösser mit entsprechendem Grossgrundbesitz erwerben könnte. Anfangs Juni 1897 starb der Panamist Dreyfus, ein geborener Jude aus Mühlhausen. Er kam nach Paris, spekulierte an der Börse, kaufte in Peru Salpeter und Guanolager an, besorgte die peruanischen Staatsfinanzen, sowie die Finanzen von Argentinien und Brasilien. Zu diesem Zwecke gründete er in Paris ein eigenes Bankhaus. Der Advokat Präsident Grévy war sein Rechtsfreund. Grévy als Präsident mit seinem Schwiegersohn, dem Finanzminister Wilson, liessen diesem Juden 78.000 Frcs. Stempeltaxen nach, die er an die Staatskasse zahlen sollte. Dreyfus heiratete die Tochter des germanischen Generals Pinilloso, mit welcher er viele Millionen profitierte. Die Panamisten waren hauptsächlich Juden und zwar Herz, Reinach, Oberndorffer, Hellmann, Seligmann, Arton. Die Panamisten beraubten das französische Volk um weit über 1000 Mill. Francs. Die Eisenbahnkonventionen der französischen Bahnen sind abgeschlossen durch den Juden Raynart, sie beschädigen den Staatssäckel um 1000 Mill. Francs. Seit der Herrschaft der Republik ist das französische Volk durch die Panamisten, Juden und durch die öffentliche staatliche Korruption um 10.000 Millionen Francs beraubt worden. Diesen Finanzjuden dient die jüdische Presse Gaulois, Echo de Paris, Petit Journal, Temps, La Republique française, La Nation, La Lanterne.

Das Gold der Juden erkauft alles, Staatsanwälte, Abgeordnete, kurz alles ist verkäuflich. Die sämmtlichen Anklageakte gegen die Panamisten wurden unterschlagen und niemand bestraft. Wie weit die öffentliche Korruption in Frankreich schon gekommen und die Macht der Juden gewachsen, davon ist der deutlichste Beweis die Affaire Dreyfus. Weil dieser Jud wegen Verrath militärischer Geheimnisse an Deutschland verurtheilt, rührt sich die Allianz Israelit mit dem Grossrabbiner von Paris Zadoc-Kahn, damit um jeden Preis Dreyfus befreit werde Um jüdisches Geld liess sich auch Zola ankaufen, um für Dreyfus zu schreiben. Im Parlamente schlagen sich Abgeordnete ins Gesicht wegen dieses einzigen Juden. So weit ist das französische Volk herabgesunken. Ein 30 Millionen starkes Volk ist zum Sklaven weniger Finanzjuden geworden. Wie ist das möglich? Das ist sehr einfach. Sobald ein Volk demoralisiert ist, so wird alles für Geld wohlfeil. Da nun die wenigen Juden Frankreichs kollossale Reichthümer besitzen, so finden sie ums Geld soviel Judase, dass ihnen das ganze Volk ausgeliefert ist. Geradeso wie in Deutschland die socialdemokratische Partei das Söldnerheer der jüdischen Kapitalisten bildet, ebenso ist es in Frankreich der Fall. Die französischen Juden haben eine grosse und kräftige Vertheidigungsarmee an den Socialisten und Anarchisten mit dem General Jaurès an der Spitze und den anderen rothen Befehlshabern der rothen Internationale, es sind die Juden Lafargue, Quesde, Vaillant. Die rothe Internationale glaubt nun, dass der Sturz der Republik nahe sei und dass das Erbe der Republikaner nun die Rothen und Kommunisten antreten werden. Natürlich werden sämmtliche Juden Frankreichs als geborene Finanzgenies die öffentlichen Finanzen des jetzt kommenden socialistischen Frankreichs erhalten. Es schrieb das Judenblatt „Aurore“ anlässlich der Dreyfusaffaire: „Die dritte Republik bricht mit überraschender Schnelligkeit zusammen. Ihre Grundlagen gelten nur noch dem Namen nach, ihre Männer haben abgehaust. Der grosse Riss, von oben bis unten, enthüllt die schlimmste Unordnung, die Zersetzung aller Sittlichkeit. Das Parlament ist

ein verfehmter Ort geworden, welchen wirklich fähige Männer nicht mehr betreten können.“ Die „Petite Republique“ sagt: „Bei im Todeskampfe liegenden Regierungen entsteht irgend ein jener grossen Rechtshändel, welche nicht enden wollen, aber das ganze Räderwerk einer zerrütteten Maschine blosslegen. Im vorigen Jahrhundert waren es der Process Beaumarchais und die Halsbandgeschichte, welche das Vorspiel der Revolution bildeten. Werden Panama, die Dreyfus-Sache die Todtenglocke der Bourgeoisieherrschaft unserer falschen, opportunistischen und klerikalen Republik sein?“

Trotz der alles zersetzenden Korruption ist doch noch ein Zug nach Gerechtigkeit im Volke unverkennbar. Der Hass gegen die Juden und Panamisten glimmert wie unter einer Decke und bricht zuweilen hervor. Darob ein grosser Jammer in den sämmtlichen Judenzeitungen. Weil einige Studentenversammlungen in Paris und auf dem Lande gegen die Juden sich richteten, schreibt die schmutzige prager Judenzeitung „Prager Tagblatt“ am 19. Januar 1898 folgendes: „Es ist, als ob das Jahrhundert nicht zu Ende gehen wollte, ohne nicht noch zum Abschiede eine besonders hässliche Grimasse zu schneiden. In dem Geburtslande der Menschenrechte, wo unter 37 Millionen christlichen Einwohnern nur 50.000 Juden leben — Antisemitismus! Frankreichs hervorragendster Schriftsteller spricht Feuerworte zu seiner Nation, er appellirt an ihr Gewissen, an ihr Rechtsgefühl — vergebens! Die Jugend, an die er sich als den berufenen Träger der Ideale gewandt, kehrt ihm den Rücken, ihre Vaterlandsliebe verwildert zu einem gefährlichen Chauvinismus, der Arm in Arm mit der Leidenschaft des Racenhasses, einer Nachgeburt des Mittelalters, durch die Strassen zieht. „Es lebe die Armee! Nieder mit den Juden!“ ist die Parole, mit der das Volk in seine Sprache übersetzt, was in Parlaments- und Gerichtssälen in parlamentarischer Form verhandelt worden; die Strasse steht auf als Verfechter einer Welt- und Staatsanschauung, welche die Revolution vor einem Jahrhundert überwunden, und schneidet den Vorkämpfern der Menschenrechte und der indivi-

duellen Freiheit das Wort ab. Und die Regierung? Sie macht sich aus den entgegengesetzten Gesichtspunkten zum Genossen des Aufruhrs; um die Staatsautorität zu wahren, erstickt sie die Wahrheit." Wir geben diese Worte des Judenblattes unverändert den Lesern zum Nachdenken. Wenn aber die Studierenden etwa gegen Ordensleute und Priester demonstriert und auch welche todtgeschlagen hätten, dann hätte das Judenblatt nicht ein Wort geschrieben.

Das „Deutsche Volksblatt" schrieb am 29. Juli 1901 Folgendes: Es ist eine bekannte Thatsache, dass im Panamaprocesse die Hauptmacher, Bauunternehmer, die bestochenen Abgeordneten und Journalisten unbestraft geblieben sind. Der Jude Josef Reinach konnte die Millionenerbschaft seines Onkels und Schwiegervaters ruhig antreten. Eiffel gab keinen Heller von den drei in Panama erbeuteten Millionen zurück, auch der Direktor des „Temps" behielt seine 1,300.000 Francs. Den grossen Fressern des Parlaments, zum Beispiel dem Juden Naquet, der über 200.000 Francs bekam, wie den jüngeren und bescheideneren Panamisten wurde der ungestörte Besitz der Trinkgelder gesichert. Mit einem Worte, das Unmöglichste und Undenkbarste, was es geben kann, wurde zur Thatsache, nämlich die Justiz liess nicht nur die grossen Diebe laufen, sondern auch die kleinen.... Eine anonyme, verborgene Vorsehung sorgte dafür, dass Keinem etwas zu Leide geschah. Es ist aber möglich, den Vorhang, hinter dem diese Vorsehung versteckt war, beiseite zu schieben und dieselbe beim rechten Namen zu nennen. Man braucht nur in die vorliegenden Akten Einsicht zu nehmen. Im Juli 1879 hielt die Freimaurerloge „Elémente Amitié" zu Paris eine Festsitzung zu Ehren des vierten Jahrestages der Aufnahme des seither verstorbenen Mitgliedes der Akademie, Littré, in die genannte Loge. Hier der officielle Bericht über die Sitzung. Neben dem „Vénérable" (Meister vom Stuhl) der Loge „Br." Cousin, sassen die Herren Ferdinand de Lesseps, General Türr und zahlreiche freimaurerische Notabilitäten. Der zu feiernde Akademiker Br.

Littré, durch Erkrankung verhindert, hatte sein Fernbleiben mit folgendem Schreiben entschuldigt: „Sie wissen, liebe Brüder, wie im Jahre 1876, bei der Feier meines ersten Jahrestages, der „Elémente Amitié“ ein auf die Schaffung eines Kanals durch den Panama-Isthmus bezüglicher Plan unterbreitet wurde. „Was damals erst nur ein kühner Gedanke mit einer rein provisorischen Skizzirung des Unternehmens war; was später zum Gegenstande positiver Hoffnungen wurde, als tüchtige Forscher mit dem Auftrage hingeschickt wurden, die Bedingungen und Verhältnisse des denkwürdigen projektirten Werkes zu studieren, das erscheint nun als greifbare Wirklichkeit. Die Pläne sind gebilligt. Die finanziellen Kombinationen sollen demnächst in Angriff genommen werden. Bald wird der erste Spatenstich des Werkes, welches beide Okeane vereinigen soll, geschehen. Die „Elémente Amitié“, liebe Brüder, darf und soll die Ehre beanspruchen, dass sie diesem Unternehmen, welches eines der ruhmvollsten des ausgehenden Jahrhunderts bleiben wird, vom Anfange an weder fremd, noch gleichgiltig gegenübergestanden ist, und es gereicht mir zur besonderen Freude, dass der heutige mir gewidmete Tag im Zeichen eines ideell so einfachen, in seinen Wirkungen aber so segensreichen Werkes gefeiert wird.“

Nachdem die Versammlung dieses Schreiben Littré's zur Kenntnis genommen hatte, las Br. Cousin ein im Namen der „Elémente Amitié“ an alle Logen Frankreichs und des Auslandes adressirtes Cirkular vor, dessen Wortlaut folgender war: „Allen Freimaurern der drei Riten dreimal Heil!!! Liebe Brüder! Zur Durchbrechung des amerikanischen Isthmus hat unsere Familie nicht nur dadurch beigetragen, dass sie einen beträchtlichen Theil der für die Studien- und Forschungsreise erforderlichen Summe vorgeschossen hat, sondern auch dadurch, dass die Brüder Wyse und Reclus jene Forscher sind, die die Trace vorgezeichnet haben, welche von dem internationalen Kanalkongresse gebilligt wurde. Sie wurden nun auch mit der Leitung der Arbeiten beauftragt, sowie mit der Oberaufsicht und der Anwerbung des Personales,

und überdies stehen ihnen die Brüder Verbrugghe und Wiener zur Seite, die ebenfalls Mitglieder der Elémente Amitié sind. Ihre Brüder Türr und Cousin, welche der „Grosse Franzose“, der Schöpfer des Suezkanals, als Mitarbeiter bei der Anlage des Suezkanals erwählt hat, bleiben, und zwar Letzterer als Vicepräsident der Betriebsabtheilung, bei dem Unternehmen thätig, welches sie vorbereitet hatten, und welches nun Ferdinand de Lesseps zu einem glücklichen Ende führen wird. Vorwärts Brüder, vorwärts! Im Auftrage der Loge: der „Vénérable“, erster Vicepräsident des Rathes des Ordens des Grand-Orient Frankreichs: gez. Cousin. Darauf ergriff Bruder de Saint-Jean, Präsident des Rathes des Ordens, das Wort. Er feierte das grosse Werk mit Worten der tiefen Ueberzeugung und ertheilte dem Herrn von Lesseps die brüderliche Umarmung. „Recht habt Ihr, Freimaurer“, erwiderte Herr von Lesseps, „indem Ihr für dieses Werk auftretet, denn dasselbe ist im höchsten Grade freimaurerisch.“ Soweit der Bericht, dessen französischer Text im „XIX. Siècle“ des 10. Juli 1879 zu lesen war. Gleich darauf begann die riesige Reklame. Das „ideell einfache, aber in seinen Wirkungen segensreiche Werk“ kostete den „Profanen“ vierzehnhundert Millionen, welche unter den Eingeweihten „brüderlich“ getheilt wurden. Diese Sitzung fällt in die Vorbereitungsperiode, die gewissermassen der erste Akt der grossartigen Tragödie war und mehr als drei Jahre (1876 bis 1879) dauerte. Der zweite Akt „Schwindel und Plünderung“ dauerte beinahe zehn Jahre. Das Treiben der Loge, welches während der zwei ersten Akte vollständig unbemerkt geblieben war, offenbarte sich wieder im dritten („Rettungsaktion“), als der Präsident der parlamentarischen Untersuchungskommission die Thätigkeit derselben plötzlich und mit den Worten unterbrach: „Alles in Ordnung, Schluss!“

Was Lesseps betrifft, wird es bei Manchen Befremden erwecken, dass der alte Herr mit den Brüdern so intim befreundet war. Lesseps war nämlich so alt, dass nur die wenigsten sich an sein Vorleben erinnerten. Zur Zeit der römischen Revolution

wurde er von der französischen Regierung nach Rom geschickt, wo er direkt gegen seine Instruktionen und im Einverständnisse mit Mazzini handelte, ein Beweis, dass seine Beziehungen zu der internationalen Freimaurerei schon im Jahre 1848 die intimsten waren. Sein unkorrektes und vom staatsrechtlichen Standpunkte verbrecherisches Benehmen in Rom hatte zur Folge, dass er vor dem Staatsrathe als Angeklagter erscheinen musste. Geheime Interventionen retteten ihn vor der Hochverrathsanklage. Er kam mit einem scharfen Tadel davon, der seiner diplomatischen Carrière ein rasches und ruhmloses Ende machte. Dass seine Beziehungen zu den Logen nicht aufhörten, dass er auf anderen Gebieten mit den Brüdern gemeinsam fortarbeitete, ist nun unwiderleglich nachgewiesen. Er selbst hat diesem schrecklichen Schwindel, durch den dem Volke 1400 Mill. entwendet wurden, die Benennung beigelegt: „Une entreprise éminemment maçonnique“, das heisst: „Ein im höchsten Grade freimaurerisches Unternehmen“: Laut Bericht der Liquidatoren vom 15. Jäner 1903 hat die Panamagesellschaft 174,600.000 Fr. Aktiva und 1,077.847.000 Fr. Passiva. Also wurde das französische Volk um 903,247.000 Fr. betrogen.

Nach Salefranque beträgt das Vermögen Frankreichs 107.147 Millionen Francs unbewegliche und 127.606 Millionen Francs bewegliche Werthe. Ende 1899 waren an der Börse in Paris 1100 Arten Wertheffekten notirt, die einen Kurswerth von 125.000 Millionen Francs hatten, davon waren $60^2/_3$ Milliards fremde Werthe! Wieder ein glänzender Beleg zur Internationalität des Kapitals. Im Jahre 1901 waren an der Börse in Paris für 2692, im Jahre 1902 für 1717 Millionen Francs neue Effekten emitirt. Die jährlichen Umsätze der Pariser Börse sind uns leider nicht bekannt.

Die Börse von Paris ist wohl die älteste der Welt.

Die Institution der Pariser Agents de Change besteht seit über 600 Jahren. Das älteste Dekret dieser Korporation zeigt das Datum des Februar 1304. Es ist vom Könige Philipp dem Schönen unterzeichnet

und besagt, dass die Pariser Wechselmakler ihren Markt ausschliesslich auf der „Grossen Brücke“, heute Pont au Change genannt, abzuhalten haben. Jeder anderweitige Verkehr ist unter Androhung der Konfiskation der umgesetzten Effekten untersagt. Eine Belohnung in der Höhe des fünften Theiles der konfiscirten Beträge ist denjenigen „Mitgliedern der Korporation“ zugesagt, die durch Anzeige an die Behörde zur Konfiscirung beitrugen. Aus dem letzten Passus geht hervor, dass eine Maklerkorporation zu dieser Zeit schon bestand, und es werden in späteren Dekreten deren Mitglieder mit dem Worte „Courratiers“ oder „Courretiers“ (wohl von Courir) bezeichnet. Die Entlohnung für die mit dem Geschäfte verbundenen „Laufereien“ erhielt die Bezeichnung „Courretage“. Ein anderes Dekret vom Januar 1312 verbietet den Maklern alle Geschäfte für eigene Rechnung und legt ihnen Eidespflicht auf. Später, das ist auf Beschluss vom Dezember 1628 unter Ludwig XIII. wurden zehn neue erbliche Changen gegründet, wodurch die damals bestehenden zwanzig auf dreissig Changen erhöht wurden. Gleichzig wurden ein Syndikat und eine Börse geschaffen. Aber schon einige Monate später, das ist am 2. April 1629, wurde diese Börse auf Verlangen der Makler selbst wieder aufgehoben. Dagegen erhielten Letztere den Titel „Agents de Banque et de Change“ und es wurden Strafen für diejenigen Personen festgesetzt, welche die Funktionen der dreissig autorisirten Agenten unbefugt auszuüben sich erlaubten. Das Monopol war somit begründet. Im Februar 1645 wurden neuerdings sechs Agenten ernannt, womit ihre Anzahl auf 36 erhöht wurde. Von da ab finden wir unaufhörliche Abänderungen in der Organisation dieser Korporation. So oft der Staat Geld brauchte, gründete man neue Changen und liess sich von deren Inhabern mehr oder minder bedeutende Summen auszahlen, indem ihnen die Zinsen als eine angebliche fixe Besoldung vergütet wurden.

Mittels Dekrets vom Dezember 1705, welches die Unterschrift des Königs Ludwigs des XIV. trägt, wurden sämmtliche 36 Changen aufgehoben und

durch 116 neue ersetzt, von denen 20 in Paris, 20 in Lyon und der Rest in La Rochette, Montpellier, Aix, Strassburg, Metz, Rouen, Nantes, Tours, Saint-Malo, Dijon, Bayonne, Toulouse, Dieppe, Havre, Calais, Dünkirchen, Rochefort, Rennes, Brest und Port Louis. Die Agenten erhielten den Titel königliche Räthe und eine thatsächliche fixe Besoldung. Aber unter dem Vorwande, dass es in der Provinz nur wenig Elemente für den Effekten- und Wechselverkehr gäbe, wurden bereits 1½ Jahre später, das ist im Mai 1707, alle Changen mit Ausnahme der 20 Pariser aufgehoben.

Auch diese Letzteren wurden im August 1708 aufgelöst und durch vierzig neue ersetzt, welche erblich wurden und zusammen eine jährliche Besoldung von 40.000 Livres, das ist 1000 Pfund pro Change, erhielten. Die ersten Statuten der Korporationen datiren vom Juli 1684. Es heisst im Artikel 1 derselben, dass alle Mitglieder bei einer Geldstrafe von 3 Pfund verpflichtet sind, alljährlich bei Jahresbeginn der Messe des heiligen Geistes beizuwohnen. Der Art. 2 enthält dieselbe Bestimmung für die Messen, welche gelegentlich des Ablebens der Mitglieder abgehalten wurden. Dann folgen Bestimmungen über die Wahl des Obmannes (Syndic), der Adjunkten und über die regelmässigen Sitzungen des Syndikates. Im Art. 7 heisst es, dass nur Anhänger der katholisch-apostolisch-römischen Kirche befugt sind, in die Gesellschaft Zutritt zu erlangen. Die Maklergebühren werden auf ein Maximum von ⅛ pCt., welche von beiden Kontrahenten zu begeben sind, festgesetzt. Für Darlehen hatten der Nehmer sowohl als auch der Verleiher 25 Sols für je 1000 Pfund und bei Waarenverkehr ½ pCt. Käufer sowie Verkäufer an den Makler zu vergüten. Mittels Dekrets vom November 1714 wurden abermals zwanzig neue Changen kreirt, womit deren Zahl auf sechzig stieg.

Die ersten Aktien datiren vom Jahre 1720, welche von der berüchtigsten Bank Law für die Compagnie des Indes herausgegeben wurden. Damals wurde die Börse in dem Parterre des Hotels Soisson errichtet, nachdem dieselbe vorerst auf der Grossen Brücke

(Pont au Change), nachher im Hofe des Justizpalastes in der Rue Quincampois und endlich auf dem Platz Ludwig des Grossen, heute Place Vendôme, abgehalten worden war.

Infolge des Unfugs, der unter dem Handel in den Aktien der Compagnie des Indes betrieben worden war, wurde auch diese Börse am 25. Oktober 1720 in der Rue Vivienne auf dem heute von der Nationalbibliothek eingenommenen Platze eröffnet. Am 17. Juni 1793 wurde auch diese Börse geschlossen, vom 20. Mai bis 14. Dez. 1794 wurde sie im Erdgeschoss des Louvre in den ehemaligen Gemächern Annas von Oesterreich abgehalten. Nach vielen neuerlichen Wanderungen wurde endlich das gegenwärtige Börsengebäude mittels Polizeibeschlusses vom 2. November 1826 eröffnet. Unter Ludwig dem XVI. wurde am 17. März 1791 ein Gesetz veröffentlicht, durch das alle Changen vom 1. April ab abgeschafft wurden. Die Agenten vereinigten sich dann in einer freien Gesellschaft von 80 Mitgliedern. Erst mit dem Finanzgesetz vom 28. April 1816 wurde das Monopol der Agents de change wieder eingeführt, die zu stellende Kaution wurde auf 125.000 Frcs. kreirt, mittels Dekrets vom 9. Oktober 1862 auf 250.000 Frcs. erhöht. Noch heute besteht die Vereinigung unter den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1816; die Zahl der befugten Agenten ist im Jahre 1898 um 10 Mitglieder, das ist auf 70 erhöht worden. Ihr Monopol ist durch verschärfte Bestimmungen des Gesetzes noch mächtiger geworden.

Dem Beispiele Deutschlands folgend hat der französische Minister des Aeusseren von seinen konsularischen und diplomatischen Vertretern Ermittelungen über die in den einzelnen Ländern angelegten französischen Kapitalien anstellen lassen. Es wurde hierbei festgestellt, wie viele französische Handelshäuser und industrielle Betriebe in den verschiedenen Ländern bestehen, wie viel Grundbesitz die Franzosen in ihnen aufzuweisen und welchen Antheil sie an den finanziellen Unternehmungen, den Bergwerken, Hafenanlagen, Eisenbahnen u. s. w. haben, und — last not least — wie viele französische Kapitalien in Staats-,

Provinz- und Gemeindeanleihen angelegt sind. Die betreffenden Ziffern sind im „Journal officiel" veröffentlicht worden und bieten, obgleich sie auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch erheben können, ein grosses Interesse dar. Nachstehend die Tabelle des gesammten im Auslande festgestellten französischen Vermögens:

	(In Millionen Frcs.)
I. Europa.	
Spanien	2.974
Portugal	900
England	1.000
Belgien	600
Luxemburg	62
Holland	200
Dänemark	131
Norwegen	290
Schweden	123
Deutschland	85
Russland	6.966
Schweiz	455
Monaco	158
Italien	1.430
Oesterreich-Ungarn	2.850
Rumänien	438
Bulgarien	48
Serbien	201
Griechenland	283
Europäische Türkei	1.818
Zusammen für Europa	21.012
II. Asien.	
Asiatische Türkei	354
Asiatisches Russland	60
Persien	2
Englische Besitzungen in Asien	22
Siam	10
China	651
Japan	22
Zusammen für Asien	1.121
III. Afrika.	
Abessinien	32
Egypten	1.436

	(In Millionen Frcs.)
Tripolis	1
Tunesien	512
Marokko	6
Kanarische Inseln	2
Kongostaat	72
Englisch-Afrika	1.592
Portugiesisch-Afrika	40
Zusammen für Afrika	3.693

IV. Amerika.

Vereinigte Staaten	600
Kanada	138
New-Fundland	20
Mexiko	300
Centralamerika	42
Kuba	126
Haiti	78
Puerto Rico	34
Antillen	10
Englisch-Guyana	1
Venezuela	130
Kolumbia	246
Ecuador	5
Peru	107
Bolivia	70
Chile	226
Argentinien	923
Uruguay	219
Paraguay	1
Brasilien	696
Zusammen für Amerika	3.972
In Polynesien, Philippinen u. s. w.	51
Insgesammt	29.855

Nahezu also 30 Milliarden! Das macht auf den Kopf der französischen Bevölkerung beinahe 800 Francs. Wie sich aus der Tabelle ergibt, ist Deutschland das relativ am allerwenigsten mit französischen Kapitalien bedachte Land der ganzen Welt! Nur 85 Millionen gegen 6966 für Russland, das allerdings in dieser Hinsicht die erste Stelle einnimmt. Und dabei sind in die 85 Millionen für Deutschland die französischen

Kapitalanlagen in Elsass-Lothringen nicht einbegriffen. Deutschlands Kapitalien sind folgendermassen vertheilt. Der französische Konsul in Stuttgart, Herr Jules Lefaivre, veröffentlicht eine interessante Studie über das in verschiedenen überseeischen Ländern in Handel und Industrie verwendete deutsche Kapital. Er schätzt dasselbe auf insgesammt 7—7 1/2 Milliarden Mark, also ca. 5000 Millionen Gulden, von denen etwa 400 Millionen in der Türkei, 10 bis 12 Mill. in Tunis und Marokko, 5 Mill. in Westafrika, 30 bis 40 Mill. im Kapland, 900 Mill. in Transvaal, 20 Mill. in Portug.-Afrika, 5 Mill. in Zanzibar, 1000 Mill. in Deutsch-Ostafrika, 1 bis 2 Mill. in Vorder-Indien, 250 Mill in Indo-China, in Niederländisch-Indien und auf den Philippinen, 300 Mill. in China, 70 Mill. in Japan, 550 bis 600 Mill. in Australien, 60 bis 70 Mill. auf den Inseln im Gross. Ocean, 200 Mill. in Mexiko, 240 Mill. in Central-Amerika, 300 Mill. in Kolumbien und Venezuela, 100 bis 120 Mill. in Peru und der Aequatorialprovinz, 270 bis 300 Mill. in Chili, 600 Millionen in Argentinien, 10 Mill. in Paraquay und Uruguay, 330 Mill. in Brasilien, 25 Mill. in Kanada und über 2000 Mill. in den Vereinigten Staaten investirt sind. Herr Lefaivre bewerthet den Ertrag mit 6 bis 10 Percent, wovon allerdings nur ein Theil nach Deutschland gelangt.

Bei dieser Gelegenheit können wir die Thätigkeit der Börsen überhaupt in Augenschein nehmen. Der bekannte belgische Volkswirth De Laveley veröffentlicht soeben, wie schon seit einer Reihe von Jahren, eine Uebersicht der im Jahre 1901 in den wichtigsten Ländern erfolgten Emissionen von Staatswerthen, Actien und Obligationen. Diese alljährlichen Aufstellungen geben nicht das Land, wo die betreffenden Beträge aufgelegt worden waren, sondern den emittirenden Staat als Ursprungsland an. In dieser Fassung gestalteten sich im Berichtsjahre die Emissionen der Hauptländer in Franks wie folgt rund in Millionen:

	1901	1900
Belgien	650	303
Kongo	53	2

	1901	1900
Dänemark	55	707
Deutschland	2278	1980
Frankreich	1300	1521
Grossbritannien	3732	3934
Italien	64	84
Oesterreich-Ungarn	251	305
Schweiz	46	138
Spanien	53	1041
Transvaal	24	11
Türkei	31	47
Vereinigte Staaten von Amerika	148	44
Südamerika	70	344

Das Jahr 1901 zeichnete sich besonders durch die Höhe der von Staaten, Provinzen und Städten vorgenommenenen Emissionen aus. Diese Anleihen erreichten über 5 Milliarden oder 50 Percent der Gesammtemissionen. Wir verzeichnen da zunächst England mit 2·5 Milliarden, Deutschland mit 1 Milliarde, Belgien mit einer halben Milliarde, Russland mit seiner Anleihe von 425 Millionen, Frankreich mit seiner Chinesen-Anleihe von 265 Millionen. Seit zehn Jahren erreichten die Staatsanleihen nicht mehr so bedeutende Summen. Konversionen verzeichnen wir zwar noch keine, sie sind eben das Monopol der Perioden wirklichen Geldüberflusses, aber trotzdem gewahren wir, dass die Industrie nur sehr wenig Anforderungen an das Kapital stellt, was als Rückschlag der Sturmperiode 1897 bis 1900 übrigens auch nicht zu verwundern ist.

Der Jahresbericht der „Banque de France“ für 1900 sagt: Die gesammten produktiven Operationen der Bank beliefen sich im Jahre 1900 auf 18.663,048.500 Franks und haben gegen das Vorjahr um 830,017.100 Franks zugenommen. Aus dem Nachweis über die Zusammensetzung des Metallschatzes heben wir hervor, dass derselbe mit Jahresschluss 3.433,800.000 Franks betragen hat, wovon 2.334,300.000 Franks auf das Gold und 1.099,500.000 Franks auf das Silber entfielen. An Handelseffekten (inklusive Warrants) wurden in Paris und in den Filialen zusammen 16,784.993 Stück per 12.247,555.500 Franks, das ist

um 501,571.400 Franks mehr diskontirt, als im Jahre 1899. Der Durchschnittsbetrag der eskomptirten Papiere ist mit 729 Franks (gegen 726 im Vorjahre) und ihre durchschnittliche Laufzeit mit 26 Tagen ausgewiesen. Von den zum Eskompte angebotenen Papieren wurden 62.432 Stück im Betrage von 47,180.900 Franks zurückgewiesen, zum grössten Theile wegen Formfehler, da, wie der Bericht ausdrücklich hervorhebt, die französische Kaufmannschaft es für eine Ehrensache hält, an den Schaltern der Bank nur solche Papiere einzureichen, die volle statutenmässige Sicherheit bieten. — Unter den in Paris eskomptirten Handelseffekten befanden sich 69.400 Stück von 5 bis 10 Franks, 1,153.500 Stück von 11 bis 50 Franks, 1,105.400 Stück von 51 bis 100 Franks und 3,701.200 Stück über 100 Franks. Auf diesen angeblich coulanteren Vorgang bei der Eskomptirung kleinerer Appoints durch die Banque de France wird oft genug auch bei uns hingewiesen, dabei aber vergessen, dass sie Eskompteeinreichungen ausschliesslich nur von jenen Personen und Firmen annimmt, denen ein besonderes „compte courant avec faculté d'escompté“ eröffnet wurde. Um aber in die Liste dieser Kontoinhaber eingereiht zu werden, ist ein an den Gouverneur zu richtendes schriftliches Ansuchen erforderlich, das zwei der Bank bekannte Persönlichkeiten empfehlen. Ueber alle derartigen Ansuchen entscheidet das betreffende „Comité des escomptes“ vorbehaltlich der vom „Conseil d'Administration“ in seiner nächsten Sitzung zu ertheilenden Genehmigung. Da es solche Bankkontoinhaber mit Eskomptbefugniss in ganz Frankreich nur 7746 gab, ist es klar, dass diese oberwähnten „kleinen Wechsel“ nur diese beati possidentes (in Paris waren es etwa 800) in das Bankportefeuille bringen konnten. Ausserdem müssen die bei der Banque de France eingereichten Wechsel in der Regel die Unterschrift von drei als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen, und zweifirmige Papiere können nur dann genommen werden, wenn die dritte Unterschrift durch eine Effektenkaution ersetzt wird. Die Umsätze im Giroverkerhr bezifferten sich auf 149.247,102.800 Franks und sind um 2.316,365.400 gestiegen. Für Rechnung des Staatsschatzes hat die

Bank im vergangenen Jahre insgesammt 3.300,181.700 Franks vereinnahmt und 3.390,205.900 Franks verausgabt und überdies Effekten für 22,672.800 Franks unentgeltlich einkassiert. Die aus den produktiven Geschäften der Bank dem Staatsärar zu entrichtende Quote hat im Vorjahre 5,655.334 Franks, mehr als das Doppelte der Leistung vom Jahre 1897, betragen. An Werthpapieren verwahrte die Bank 548.551 Depots (gegen 510.608 im Jahre 1899) im Kurswerthe von 6.566,570.000 Frks. Der Banknotenumlauf, der am 2. Jänner 1900 sein Jahresmaximum mit 4.210,102.600 Fr. erreichte, umfasste durchschnittlich 4.034,145.100 Franks, wovon 3.237,300.000 Franks, also mehr als $^4/_5$, durch den Metallschatz bedeckt waren. Von den Filialen der Bank nehmen Lyon, Marseille, Bordeaux, Lille, Le Havre und Roubaix die obersten Plätze ein. Die ansehnliche Geschäftssteigerung auf dem letztgenannten Orte (um 25,554.420 Franks) ist zumeist der ausgiebigen Hilfeleistung der Bank anlässlich der dortigen Wollkrise zuzuschreiben. Zwölf Filialen, die, eine einzige ausgenommen, durchwegs neue Bankanstalten sind, weisen einen Verlust von zusammen 156.638 Franks aus. Ende 1900 erstreckte sich die Geschäftsthätigkeit der Bank auf 392 Plätze. Auf 170 derselben sind von Bankbeamten verwaltete Anstalten etablirt, während 217 Plätze als sogenannte „Villes rattachées“, wo sich kein eigenes Bankbureau befindet, von den Bezirks-Bankanstalten ressortiren, deren Delegirte täglich in diesen „angeschlossenen Städten“ den Inkasso- und Zahlungsdienst besorgen. Der Reinertrag bezifferte sich auf 37,433.058 Franks, woraus als Jahresdividende 145 Franks per Aktie = $14^1/_2$ Percent des Aktienkapitals, gegen 130 Franks pro 1899 bezahlt wurden.“

Die Metallvorräthe der Banque de France waren folgende:

Jahr	Goldbestand Maximum	Goldbestand Minimum	Silberbestand Maximum	Silberbestand Minimum
	in Millionen Franks			
1811	21.7	18.3	105.2	91.2
1815	5.4	0.1	87.9	19.1
1820	51.8	22.5	167.4	136.9
1830	1.7	—	171.8	102.5
1840	267.0	10.0	235.0	185.6

1848	9.9	0.4	140.2	46.9
1852	86.8	63.9	447.0	349.7
1857	95.9	36.5	35.4	25.3
1864	273.3	89.6	94.2	60.2
1869	730.7	588.1	593.3	473.0
1872	657.9	551.6	145.4	78.8
1879	1087.8	752.2	1224.6	1055.9
1885	1175.8	995.3	1106.1	1024.4
1890	1320.9	1114.2	1276.9	1239.1
1895	2152.1	1946.2	1262.0	1230.0
1896	2072.8	1926.5	1259.8	1228.2
1897	2037.1	1905.0	1232.9	1205.5
1898	1959.5	1819.5	1247.0	1205.4
1899	1931.6	1809.6	1222.3	1157.0

Das Geldbedürfniss des französischen Handels und der Industrie war im Jahre 1900 bei der Banque de France 1,119.247 Millionen Franks, eine bedeutend geringere Summe, als das Geldbedürfniss der Industrie und des Handels Deutschlands bei der Reichsbank. Der Gewinnantheil Rothschilds bei der Banque de France betrug 2,990.000 Franks.

Von den französischen Bahnen gehört die Nordbahn dem Pariser Rothschild. Sie trug ihm einen Reingewinn für das Jahr 1900 im Ganzen 100,400.000 Franks. Ueber die Staatsfinanzen Frankreichs schrieben Pariser Blätter Ende 1901 folgendes. Der Staatshaushalt beziffert sich auf mehr als drei Milliarden für die Einnahmen und für die Ausgaben. Gegenwärtig sind die Einnahmen in grösserer Abnahme. Letztere dürfte mit Ende des Jahres leicht 200 Millionen Franks erreichen. Besonders bedauerlich ist es aber, dass in einem Augenblicke, wo eine Handels-, Industrie- und landwirthschaftliche Krise den Weltmarkt ungünstig beeinflusst, die Regierung die Idee hatte, fiskalische Neuerungen vorzunehmen, die mit einem Verluste mit 100 Millionen Fr. abschliessen. Es ist noch mehr zu beklagen, dass die socialistische Partei die Regierung in eine Politik stürzt, welche das Kapital und die grosse Industrien beunruhigt und so die Entwicklung unserer Produktion hemmt. Solche Fehler berühren zwar die Grundlagen der financiellen Prosperität Frankreichs nicht, der Kredit

des Landes und seine Staatswerthe bleiben intakt. Gleichwohl muss man eingestehen, dass die gegenwärtige Situation ungünstig ist und sich voraussichtlich bis zu Schluss des Jahres noch ungünstiger gestalten dürfte. Die seitens der Kammer bewilligten Kredite für das Jahr 1901 betrugen 3.554,354.212 Fr. Dieser Voranschlag war in vielen Punkten niedriger als die wirklichen Ausgaben. Man war daher gezwungen, dieselben auf Grund von Zusatzkrediten zu decken, welche 115,394.914 Fr. ausmachten und aus der schwebenden Schuld bezahlt wurden. Diese Summe bildet den ersten Theil des Fehlbetrags. Der zweite Theil des Fehlbetrags ist auf die Mindererträgnisse der Abgaben zurückzuführen; sie wurden in den Staatshaushalt mit einem Gesammtbetrag von 3.554,002.862 Fr. eingestellt, also einige hunderttausend Franks mehr als die vorgesehenen Ausgaben. Aber dieses fiktive Gleichgewicht war nur von kurzer Dauer. Aus verschiedenen Gründen und infolge der ungünstigen Resultate der fiskalischen Neuerungen waren die Steuerergebnisse in fortgesetzer Abnahme Für die neun ersten Monate des Haushaltjahres betrugen die Verluste 91,344.000 Francs. Dies ist die zweite Ursache des Deficits. Wenn man die 115 Millionen Fr. Zusatzkredite, welche ohne eine korrespondirende Einnahme genehmigt wurden, hinzufügt, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 206 Millionen Fr. Diese 206 Millionen Fr. repräsentiren indess nur einen Theil des Deficits. Zwei weitere Momente kommen noch in Betracht. Das erste besteht in einer Reihe von Ausgaben, welche nicht in das gewöhnliche Budget eingestellt sind, nämlich der Saldo der früheren ausserordentlichen Budgets. Diese Ausgaben erreichen für das Jahr 1901 90 Millionen Fr. Sie setzen sich hauptsächlich aus 69 Millionen Fr. Vorschüssen an die Eisenbahn-Gessellschaften für Neuanlagen zu Lasten des Staates und 14 Millionen Fr. für Armeezwecke zusammen. Das zweite Moment betrifft die Zinsengarantie der Eisenbahn-Gesellschaften. Wenn man alle diese Ausgaben zusammen addirt, so berechnet sich das Gesammtdeficit für 1901 auf die Summe von rund 339 Millionen Fr. Zu berücksichtigen bleibt,

dass für das letzte Vierteljahr weitere Mindererträgnisse wahrscheinlich sind. Man darf daher das Deficit für das Haushaltjahr 1901 sicher mit 369 Millionen angeben.

Bei der Berathung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1902 in der Sitzung vom 2. Dezember 1901 ging der konservative Abgeordnete Legrand mit der Regierung, die keine Sparsamkeit zu üben verstehe, und dem Budgetausschuss, der zur Besserung der unguten Finanzlage nur einen Gewaltstreich, die Abschaffung des Kultusbudgets, in Vorschlag zu bringen wisse, scharf ins Gericht. Legrand musste allerdings auch seinerseits keine positiven Vorschläge zu machen, die auf allgemeine Zustimmung rechnen können. Er tadelte mit Recht das kolossale Anwachsen des kostspieligen Beamtenapparats, aber in dieser Hinsicht würde sich doch nur allgemach durch eine fundamentale Umgestaltung des Verwaltungssystems Abhilfe schaffen lassen. Der Redner führte aus, dass vor 50 Jahren die Zahl der Staatsbeamten rund 188.000 betrug und seitdem auf 416.000 angewachsen ist. Rechne man noch die Beamten der Departements und Gemeinden hinzu, so habe man einen Beamten auf 20 Wähler. Vor 50 Jahren kosteten die Beamten 255 Millionen jährlich, jetzt kosten sie 620 Millionen. Da wundere man sich noch, wenn der französische Steuerpflichtige 95·95 Fr. per Kopf bezahlt, der Engländer 88·75 Fr. und der Deutsche gar nur 59·82 Fr. Mit den Ausgaben des Staates halten die der Departements und der Gemeinden leider Schritt. Die Gemeindeschuld hat schon vier Milliarden erreicht, die des Staates 33 Milliarden, woraus sich ergibt, dass auf jeden Franzosen seit seiner Geburt eine Schuld von etwa tausend Francs lastet.

Im Jahre 1862 hatte Frankreich 1.723,247.336 Francs Einnahmen. Ausgegeben wurde: 578,865.462 Francs. Zinsen für die Staatsschuld, 372,972.421 für das Heer, gesammte Ausgaben waren 1.929,579.324 Francs.

Für das Jahr 1902 war für die gesammten Staatsausgaben bewilligt . . . . 3.602,333.244 Francs

davon das Heer	705,492.368	Francs
Marine	306,788.738	"
Zinsen der Staatsschuld	1.245,251.202	"

Ende 1902 hatte Frankreich eine Staatsschuld von 30.096,632.622 Francs.

Die dritte Republik ist, seitdem ein abgefallener Priester Combes an der Spitze der Regierung steht, vollends Beute der Börsenjuden geworden. Von den Machthabern der Republik wird die schamloseste Corruption ausgeübt, welcher vor allem die katholische Kirche zum Opfer gefallen ist. Während die öffentlichen Staatsdiebe ihre Gehälter beziehen und die Börsenjuden ihre Milliarden nicht anzutasten wagen, greifen sie frech die Güter der Kirche an. Die grosse Revolution vor 100 Jahren wird fortgesetzt. Beim Tode des Pariser Rothschild brachten Pariser Blätter Ende August 1901 folgende Notiz. Adolph Frh. v. Rothschild hat seine über 2000 Nummern umfassende Sammlung meist kirchlicher Kunstwerke und Edelschmiede-Arbeiten dem Louvre überwiesen, nebst 250.000 Francs, um den Saal zu derer Aufstellung herzurichten. Die Kunstwerke stammen aus d. zwölften bis sechzehnten Jahrhundert und wurden meistens von dem in Frankreich verstorbenen William Freiherrn von Rothschild gesammelt. Deutschland ist durch mehrere gute Stücke vertreten. Reliquienscheine, Kelche und andere kirchliche Gefässe sind besonders zahlreich. Das Musée Cluny erhält 14 Stücke, meist aus Elfenbein. Wie der Adel Frankreichs aussieht, davon brachten deutsche Blätter Ende August 1901 folgende bissige Bemerkungen: Anlässlich der Heirath des Grafen Stanislav de Castellane mit Miss Ferry gibt der „Gaulois“ eine vorläufige Liste der durch Heirath naturalisirten „Französinen“. Wir finden da 8 Engländerinnen, Wikomtesse Aguado geb. Mac Donell, Gräfin d'Aramon geb. Fischer, Marquise d'Aulan geb. Christmas, Baronin Bastard geb. Greenough, Baronin de Baye geb. Wilkinson etc. Sämmtliche sind bürgerlichen Ursprungs und dürften ihre Standeserhöhung ihrem Golde verdanken. Die Amerikanerinnen treten in der stattlichen Zahl von 20 auf und haben sich die ältesten Namen erbeutet: Herzogin von La-Roche-

faucauld, Herzogin von Choiseul-Praslin, Princessin von Polignac. Marquise de Breteuil, Gräfin Galiffet etc. Die neu Geadelten sind sämmtlich geborene Singer, Forbes, Mitchell, Gould, Stevens, Ritter, etc. Die Deutschen sind weniger zahlreich vertreten, von den 4 im „Gaulois“ erwähnten sind 3 mit Sicherheit israelitischer Abkunft. Baronin Plancy geb. Oppenheim, Gräfin Gramont, Princessin Wagram geb. Rothschild. Unter den 6 Italienerinnen finden sich drei von hohem Adel, eine geb. Princessin Bonaparte, eine geb. Princessin Ruspoli, eine geb. Princessin Manganelli. Die Oesterreicherinnen sind wiederum vorwiegend israelitischer Abkunft (geb. Guttmann, Löwenthal, Heine). Doch findet sich auch eine geb. Esterhazy, Kalnoky und Kinsky. Die Russinen und Belgierinnen sind fast durchweg adeligen Ursprungs und verdanken Frankreich keine Standeserhöhung. Der „Gaulois“ stellt den Damen zuletzt das Zeugniss aus, dass sie sich während der Affaire meist als „gute Französinnen“, d. h. Nationalistinnen und Antisemitinnen benommen. Daran war wohl kaum zu zweifeln. Eine geb. Singer, Fischer oder Stevens kann sich nicht genug à la Rochefoucauld oder Gramont geben.

Zu Ende der Dreyfus-Kampagne schilderte Ende April 1901 die „Schlesische Zeitung“ Frankreichs Zustände folgendermassen: Im Spiegel der Dreyfus-Affaire kann jede Nation erkennen, wie sie sich zu halten hat, um Herrin im eigenen Hause zu bleiben und nicht den internationalen Börsenmächten zum Raube zu fallen. Lehrreich sind in dieser Hinsicht sowohl die verhängnisvollen Schwächen, mit denen Frankreich den Ausbruch der Dreyfus-Wirren erst möglich gemacht hat, als auch der zähe Nationalsinn, mit dem die Franzosen schliesslich das Uebel überwanden. Als allgemeine Lektion mag vollends die Beschämung dienen, welche sich ein grosser Theil der Presse und des Publikums aller Länder zugezogen hat, indem er sich von einer internationalen Unternehmerschaft zu blindem Eifer hinreissen liess. Wir wissen wohl, dass dies unter Anrufung der „Humanität“ geschah. Das gute Herz aber ist im Staats-

wie im Privatleben keinen Schuss Pulver werth, wenn es sich nicht mit Verstand und Charakter paart. Die Geschichte der letztverflossenen Jahre lehrt, wie viel Eigennutz gerade hinter den zudringlichsten Menschlichkeitspredigten zu stecken pflegt, wie das schöne Wort „Humanität" leider zu einer Vokabel des internationalen Rothwälsch geworden ist, und welche Verantwortung jeder Staatsbürger übernimmt, wenn er gutmüthig diesen Ausdruck im ursprünglichen Sinne auffasst, ohne zu prüfen, was damit bezweckt wird. Wie die Franzosen zur Dreyfus-Affaire reif wurden, ist der erste Theil der Lektion, die uns hier entgegentritt. Den Israeliten war Frankreich zum Schlaraffenland geworden, seitdem der grosse Umsturz von 1789 es ihnen geöffnet hatte. Sie fanden da Alles, was ihnen behagt: flüssiges Geld, das vom sparsamen Volke unermüdlich zur Börse getragen wurde, ein unbeschränktes Gleichheitsprincip, das ihnen alle Laufbahnen, selbst die militärische, öffnete, und ein in Auflösung begriffenes sociales Zellgewebe, das sich leicht durchreissen liess. Die Republik von 1870 beseitigte vollends die Hindernisse, die der Herrschaft jener noch entgegenstanden: den Thron und zum Theile selbst den Altar. So wurde Rothschild Fürst der Republik und seine Stammesgenossen ein Feudaladel, der das Land mit Monopolen und Staatslieferungen zu Lehen erhielt — der „älteste Adel der Welt", wie der zum Direktor der Landespolizei avancirte Jesaias Levaillant erklärte. Den Franzosen fiel das nicht auf Trotz ihrer Freiheitslosung sind ihnen ja die wirklich freiheitlichen Triebe, die sie im Mittelalter noch bethätigten, abhanden gekommen. Ihre Umstürze seit 1789 haben der Freiheit im Grunde nicht gedient, sondern nur die angestammte Herrschaft durch die Geldherrschaft ersetzt. Unter der dritten Republik kam das vollends zum Ausdrucke. Die Börsenfeudalen bemächtigten sich des nationalen Verkehrsnetzes durch die Eisenbahnkonventionen von 1883; sie beherrschten mit der Bank von Frankreich die Finanzen, sie besetzten die Hälfte der Präfekturen mit Stammesgenossen, nahmen fast die ganze Presse in Beschlag und erwarben auf bekannte Weise die

Dienste des Parlaments. Jüdische Officiere übersprangen ihre christlichen Kameraden im Avancement und nisteten sich namentlich in der Verwaltung, im Generalstabe, überall da ein, wo nicht mit der Waffe gedient wird. Minister und Staatsoberhäupter mussten sich den Börsenbaronen beugen. Die Buchstaben R F, die an öffentlichen Gebäuden prangen, liessen sich nach Belieben République Française oder auch Rothschild Frères lesen. Israel wollte nicht nur im Stillen herrschen, sondern die Ehre der Macht geniessen, sein Zion in Paris aufrichten. Bis 1892 war der Vorstoss gelungen. Da erfolgte ein Rückschlag in Form der sogenannten Panama-Affaire. Der zersetzende Einfluss der Börsenherrschaft, der zuvor nur in engeren, zumeist finanziell interessirten Kreisen bekannt war, kam an die Oeffentlichkeit. Die Opfer eines Milliarden-Raubzuges verlangten Licht; man erfuhr, dass der Baron Jakob v. Reinach die Bestechung des Parlamentes in Generalentreprise genommen und dass ein Aaron, wie weiland am Fusse des Sinai, den Tanz um's goldene Kalb angeführt hatte. Die Volksvertretung wurde der Bestechlichkeit überwiesen und hatte nicht einmal die sittliche Kraft, die Bestochenen auszustossen. Die Gerichtsbarkeit hielt es mit den Dieben, Betrügern und Bestochenen. Kein Ministerium, kein Staatschef, keine bürgerliche Behörde erwies sich intakt. „Panama" war der Bankerott der Civilgewalten in Frankreich, und dieser Bankerott war die Folge der vom Börsenadel ausgegangenen Korruption. Der Rückschlag gegen die Feudalherren der Finanz erfolgte jedoch nicht unmittelbar mit voller Wucht. Er kam erst nach dem Dreyfus-Processe 1894....

Die „Affaire" lehrt, dass eine Nation sich an sich selbst versündigt, wenn sie sich die Börsenmächte über den Kopf wachsen lässt, wenn sie sich gegen Thron und Altar, gegen die Hüter der öffentlichen Sitte vergeht, und somit die Bahn für die Mammonsherrschaft freimacht; wenn sie Zwischenhändler zu Monopolherren auswachsen lässt und durch das Uebergewicht des Geldsacks die Korruption in ihren mannigfaltigen, strafrechtlich oft nicht einmal fass-

baren Formen ermöglicht. Frankreich hat diese Versündigung schwer gebüsst und wird an ihr noch ferner schwer zu leiden haben. Denn selbst eine zeitweilige Zurückdrängung der finanzfeudalen Macht bringt ihm keinen Ersatz für den Schaden, den die Zersetzung der Staatsordnung und der politischen Sittlichkeit angerichtet hat. Die Demokraten mögen sich freilich die Hände reiben und mit den bekannten Worten eines Ausverkaufsmachers sprechern: „Enfin nous avons fait faillite.“ Alle Autoritäten, bürgerliche wie militärische, liegen am Boden; das Volk braucht nichts mehr zu achten, keine Ueberlegenheit mehr anzuerkennen.“ Französische Blätter gestehen zu, dass Frankreich seit der Herrschaft Combes' sich im Bürgerkriege befinde. „Die Moralität der Minister ist uns sehr gleichgültig“, schreiben übereinstimmend die Organe der extremen Linken, die Lanterne, Radikal, Petite République u. a. m. Was wir wollen, ist den Klerikalismus jetzt, wo wir die Macht dazu haben und einmal im Zuge sind, gründlich zu vernichten. Dazu hat sich das jetzige Kabinet von neuem bereit erklärt und deshalb werden wir es weiter wie bisher unterstützen, envers et contre tous.

So schrieben genannte Blätter anfangs Juni 1903. Das Ende Frankreichs kann nicht lange auf sich warten lassen, wenn nicht der christliche Sinn im Volke Sieger wird. Wer in Frankreich die Macht in den Händen hält, hat ja Drumont in seinem Werke „Das verjudete Frankreich“ klar bewiesen, in welchem Werke er besonders dem Juden Gambetta die Hülle schonungslos heruntergerissen hat. Die Judenblätter geben ja fast alle Tage Belege dazu, dass Frankreich in Händen von etwa 25 bis 30 Tausend Jakobiner sich befinde, die in der Synagoge beschnitten worden oder Freimaurer sind. Das in Wien erscheinende „Jüdische Volksblatt“ hatte am 1. Mai 1903 folgende Nachricht: „Paris. (Senator Raynal.) Der Senator und ehemalige Minister Raynal ist hier gestorben. David Raynal wurde 63 Jahre alt. In Paris geboren, entstammte er einer jüdischen, in Bordeaux ansässigen Weinhändlerfamilie und auch er ergriff den Beruf seines Vaters und etablierte sich in Bordeaux als

Weinhändler. Im Jahre 1877 entsagte er dem kaufmännischen Berufe und wandte sich der Politik zu. Er wurde in die Kammer gewählt, wo er seinen Sitz auf der republikanischen Linken einnahm und sich eng an Gambetta anschloss. 1880 wurde er als Unterstaatssekretär in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten im Kabinet Freycinet berufen. Im folgenden Jahre übertrug ihm Gambetta das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten, das er bis gegen Ende des Jahres 1882 verwaltete. Ferry berief ihn 1885 in gleicher Eigenschaft in sein Kabinet, dem er bis 1885 angehörte. Zu wiederholtenmalen war Raynal dann Mitglied der Budgetkommission. In der Kammer wurde er Führer der gemässigten Linken und als solcher 1893 unter Kasimir Perier Minister des Innern. Im Jänner 1897 wurde Raynal zum erstenmale von der Gironde in den Senat gewählt.“ Der Berichterstatter der liberalen „Münchener Allgemeinen“ schildert den Kampf dieser Jakobiner und Socialisten gegen die katholische Kirche in Frankreich in einigen Berichten. Er sagt.

Die Durchführung des Kongregationsgesetzes erregt und verbittert in Frankreich die Gemüther offenbar weit mehr als es seinerzeit die Beschlussfassung über die Neuordnung der Verhältnisse der geistlichen Genossenschaften gethan hatte. Die ausgesprochenen Kirchenfeinde waren damals allerdings schon der Ansicht, dass die Regierung von der ihr gewährten Befugnis, den durch das Konkordat nicht ausdrücklich geschützten Kongregationen das Lebenslicht auszublasen, sofort in umfassendster und rücksichtslosester Weise Gebrauch machen werde und Gebrauch machen müsse; die Klerikalen — und bis zu einem gewissen Grade auch die Anhänger der gemässigteren Linken — setzten dagegen voraus, dass das Gesetz mehr als Damoklesschwert denn als ein Richtbeil dienen sollte, dass man es eigentlich nur gefordert habe, um den Uebermuth und die antirepublikanischen Tendenzen gewisser Kongregationen durch die Androhung eines scharfen Vorgehens im Zaume halten und hie und da auch ein warnendes Exempel statuieren zu können, nicht aber in der Absicht, den Orden ohne Unter-

schied ihrer Tendenz und ihres bisherigen Verhaltens, den kämpfenden wie den beschaulichen, den predigenden wie den pflegenden, einfach den Garaus zu machen. Herr Waldeck-Rousseau, der Vater des Kongregationsgesetzes, war offenbar der milderen Praxis geneigt, und auch Herr Loubet, der soeben in Algerien so eindringlich gemahnt hat: Ne proscrivons jamais! Ne proscrivons personne! würde ihr sicherlich den Vorzug geben, allein der jetzige Konseilpräsident, der bekanntlich ein dèfroquè und daher, wie alle Konvertiten oder Renegaten, doppelt und dreifach streng ist, will teils als prinzipienfester Antiklerikaler, teils als kluger Politiker von einem Transigieren mit der Kirche und ihren Autoritäten nichts wissen. Der radikal-socialistische Block, auf den er in der Kammer sich stützt, wird sich nämlich als unzerbrechlich so lange nur erweisen, als der Kitt der allen Parteien der entschiedenen Linken gemeinsamen Feindschaft gegen den Klerikalismus ihn zusammenhält; sobald dieses Bindemittel nicht mehr vorhanden wäre, würde er sehr bald bedenkliche Risse, ja vielleicht klaffende Sprünge aufweisen. Das Bestreben des Ministeriums geht somit dahin, sich als Sturmbock gegen den Klerikalismus, als Vorkämpfer für die Laïcisirung des gesammten öffentlichen Lebens ganz in den Dienst der parlamentarischen Mehrheit zu stellen, sie zusammen zu halten und in geschlossener Phalanx um sich zu scharen und sich durch seinen Eifer auf kirchenpolitischem Gebiet für manche Vergehungs- und Unterlassungssünden auf anderen Gebieten volle Absolution zu sichern. Die socialistischen, bezw. socialistisch-radikalen Blätter verstehen es übrigens trefflich, Herrn Combes und seine Kollegen durch halb lobende, halb drohende Auslassungen zu immer erneuter Bethätigung der antiklerikalen Tendenzen anzuspornen. So schreibt z. B. die Pariser „Lanterne“: „Wie man versichert, hat der Ministerpräsident den Präfekten gemessene Befehle ertheilt, damit die Auflösungsdekrete binnen kürzester Frist ausgeführt werden. Andrerseits soll der Justizminister die Staatsanwälte aufgefordert haben, alle Ruhestörungen auf öffentlicher Strasse und alle Rebellion

gerichtlich zu verfolgen. Wir hoffen, die Ereignisse werden diese Nachricht nicht Lügen strafen. Die Sakristeipresse ist so frech, zu verstehen zu geben, die Drohungen der Klerikalen haben die Regierung eingeschüchtert und sie zum Rückzug bewogen. Sie versichern, um das Gesetz zur Ohnmacht zu verdammen, genüge es, recht frech zu sein. Die Pfaffenfreunde werden aber zu ihrem Schaden erfahren, dass sie in einer Täuschung befangen sind. Die Regierung muss die im Solde der Kongregationen stehenden Aufrührer schonungslos verfolgen. Sobald diese fühlen, dass das Ministerium zum Handeln enschlossen ist, werden sie sich schon zurückziehen."

Ob dieser, der derzeitigen Kammermehrheit so genehme, gar leicht das Kind mit dem Bade ausschüttende Uebereifer, durch den die vom Ministerium Waldeck eingeleitete antiklerikale Aktion den Charakter eines lediglich gegen den politischen Katholicismus, gegen unzulässige hierarchische Machtgelüste und gegen Eingriffe in die staatliche Aktionssphäre gerichteten Kampfes mehr und mehr verliert und zu einem Kampfe gegen die Kirche im allgemeinen und alles was kirchlich gesinnt ist, sich gestaltet, den Wünschen und Anschauungen der Mehrheit des französischen Volkes entspricht, muss zum mindesten als zweifelhaft gelten. Blätter, wie der Temps, die République Française, die Débats, die zwar nicht radikal und ministeriell, aber ohne Zweifel gut republikanisch sind, üben an dem Terrorismus der Mehrheitsparteien, die am Konvent-Spielen Geschmack gefunden zu haben scheinen, eine immer schärfer werdende Kritik; in den Kreisen der Armee und der Magistratur ist das Missvergnügen über die sichtliche Beeinflussung der Beschlüsse und Massnahmen der Regierung durch die Wortführer der extremsten Demokratie unverkennbar im Wachsen und aus allen Teilen Frankreichs trifft die Meldung ein, dass die Bevölkerung des flachen Landes und der kleinen Städte nur durch die bewaffnete Macht an Gewaltakten gegenüber den Vollstreckern des Kongregationsgesetzes verhindert werden kann. Jedenfalls stehen sich die Parteien, in zwei grosse Lager gespalten, zur Zeit feindseliger ge-

genüber als seit langen Jahren, und wenn das Volk heute wieder zur Wahlurne zu schreiten hätte, dürfte es den Mitgliedern des radikalen und socialistischen Blocks kaum vergönnt sein, in unverminderter Zahl in das Palais Bourbon zurückzukehren. Der unbetheiligte, objektiv urtheilende Beobachter der französischen Vorgänge wird sich des Eindrucks kaum erwehren können, als lasse das Ministerium Combes bei seinem Anti-Kongregationsfeldzuge das alte Wort ausseracht, dass allzu scharf schartig macht. Es geht über das religiöse Gefühl der Landbevölkerung, die namentlich im Nordwesten und Süden des Landes in ihrer weit überwiegenden Mehrheit streng kirchlich gesinnt ist, mit einer Rücksichtslosigkeit hinweg, die weder von wahrhaft freiheitlicher Gesinnung noch von wahrer politischer Klugheit zeugt. Unlängst hatte allerdings Herr Combes selbst einmal das Empfinden, dass der Staat, so energisch er sich auch gegen unberechtigte Machtansprüche der Kirche und des Klerus zur Wehre setzen solle und müsse, doch allen Grund habe, den kirchlichen, religiösen Sinn der breiten Massen, denen mit philosophischen Systemen nicht geholfen ist, zu schonen, ja zu pflegen. Das laute, drohende Murren, welches diese „spiritualistische Ketzerei“ in den Reihen der extremen Linken hervorrief, bestimmte ihn freilich zu schnellem Widerruf und zu umso schärferem Handeln. Er dürfte aber mit dieser Unterordnung unter die Anforderungen einseitigster Parteipolitik dem Frieden im Lande kaum gedient haben, denn an Unduldsamkeit wetteifern die „mangeurs de prêtres“ mit den schwärzesten unter ihren schwarzen Widersachern. Die einen wie die anderen verstehen unter Freiheit immer nur die Freiheit, die sie meinen, das Recht, alle zu vergewaltigen, die ihrer Fahne nicht folgen mögen.“

Die Phrase, als ob die Republik um ihre Existenz gegenüber den Ultramontanen kämpfe, ist eben eine freche Lüge, um das Verbrechen der oficiellen Schurken zu decken. Abbé Geyrand sagte in der Kammer, dass sich die Mitglieder der französichen Kongregationen, über 38.000 Männer und 123.000 Frauen der Armen- und Krankenpflege widmen, die 83.000 Kinder, 17.000

Greise und Unheilbare und 7000 Irrsinnige, also 107.000 Unglückliche pflegen. Als Missionäre wirken 8500 Mönche und die Kongregationen unterhalten 4758 Schulen mit 172.000 Schülern und 103 Hospitälern oder Kliniken. Die Unterdrückung der Kongregationen würde das Konkordat und das Grundprincip des öffentlichen Rechtes verletzen. Alle Angriffe, die in Wirklichkeit gegen die katholische Kirche gerichtet sind, werden sich als nutzlos erweisen, wie man dies bereits während der grossen Revolution gesehen habe. Statt sie zu verfolgen, sollte die Republik mit den Kongregationen im Wohlthun wetteifern. Während die Milliarden der Juden und die Millionen der Socialistenführer Jaurès und Millerand unverletzlich sind, wird die Kirche schonungslos vor aller Welt ausgeraubt. Wären alle Priester und Bischöfe Frankreichs treu der kathol. Kirche ergeben, wären sie untereinander einig, übten sie die wahre Liebe gegen sich, die Dinge hätten unmöglich so weit reifen können.

Was unter der Judenherrschaft in Frankreich vorgeht, das schilderte das Luzerner Volksblatt Anfangs Mai 1903. Die Beraubung der französischen Karthäuser hat sich im Morgengrauen des 29. April vollzogen. Seit Mittwoch Früh 7 Uhr ist das grosse, altehrwürdige Kloster der „Grossen Karthause“ leer, ohne alle Bewohner. Ein Bataillon des 140. Linienregiments und 6 Sappeurs waren Dienstag gegen Abend von Grenoble zu einem „Uebungsmarsch“ beordert worden. Von Dhambéry war eine Eskadron der vierten Dragoner, mit einem ähnlichen Befehle, ebenfalls gegen Abend abmarschirt. Dem Oberst der vierten Dragoner, Herrn Oberst Fredy de Coubertin, wurde die Ordre mitgetheilt, dass es gelte, gegen die Chartreusemönche auszuziehen. Aber Oberst de Coubertin, dessen Dragoner einst unter den Mauern von Metz gekämpft, schämte sich gegen wehrlose Mönche seine Truppen anzuführen; er ertheilte einem Hauptmann den Befehl, mit der Eskadron wegzureiten, schickte aber gleichzeitig dem Kriegsminister seine Entlassung und zerbrach seinen Degen! So geheim die militärischen Befehle ertheilt worden waren und

so still die Truppen im Dunkel der Nacht über St. Laurent du Pont hinaus vorrückten, so blieb doch dieses Manöver nicht unbeachtet. Eine einzige Landstrasse steigt längs dem wild hinabstürzenden Guiecs-Mort zwischen dräuenden Felsen empor. Die Bergbewohner waren in Felsenlöcher versteckt oder in den hohen Tannenbäumen, die an den Felsen kleben. Rasch wurde von einer Wache der anderen das Anrücken der Truppen signalisirt, und so kam es, dass auf das Läuten der Klosterglocke bald eine enorme Menschenmasse vor dem Kloster sich ansammelte. Um elf Uhr Nachts marschirte das Bataillon von Saint-Laurent ab, um 12 Uhr die Kavallerie. Die Schergen der öffentlichen Gewalt, der Staatsanwalt und Konsorten, fuhren hinter dem Bataillon in einem Landauer. Sie wurden in den Strassen der Stadt ausgepfiffen und mit Schmähhrufen überhäuft. Von Saint-Laurent bis zum Kloster beträgt die Entfernung neun Kilometer. Nach Ueberwindung mehrerer Hindernisse, bestehend in Barrikaden, langten die Truppen 3 Uhr Morgens vor dem Kloster an. Dieses war von einer Unmasse von Menschen umgeben, von Männern und Frauen, Bauern und Bewohnern der Stadt Saint-Laurent. Man schickte zuerst die berittenen Gendarmen gegen das Volk aus, mit der Aufforderung, den Platz zu räumen. Darauf antwortete die Menge mit lauten Protesten. Jetzt drängten die Gendarmen gegen das Volk. Plötzlich erhoben sich zahlreiche Stöcke, meistens Alpenstöcke, und sausten auf die Köpfe der Pferde nieder, welche sich erschreckt umwandten gegen das hinten aufgestellte Militär. Dieses suchte zu Hilfe zu kommen. Dabei wurde ein Hauptmann am Kopfe verletzt, ein Soldat erhielt mit einem Todtschläger eine Wunde; die Frauen munterten durch Zurufe die Männer auf, und es mussten die Landjäger sich schliesslich ganz zurückziehen.

Man muss dem Militär zugestehen, dass es sehr taktvoll vorging. Die Offiziere bemühten sich, jede Ausschreitung hinzuhalten. Es rückten die Truppen langsam Schritt für Schritt vor. Sie drängten so die Manifestanten für und für vom Eingange weg. Langsam säumt das Tageslicht an den hohen Bergen und

wir sehen endlich in voller Klarheit die ehrwürdige Karthause, sonst ein Bild tiefsten Friedens, heute umwogt von Tausenden, vor uns aufsteigen mit ihren vielen Giebeln und Thürmen. Es ist 5 Uhr Morgens. Aus ihrem Verstecke, wo sie sich nun sicher fühlen, treten der Staatsanwalt, der Vicestaatsanwalt und der Untersuchungsrichter vor und nähern sich dem Portale. Wie ein Ruf erschallt der Schrei: „Nieder mit Combes! es lebe die Freiheit! hoch die Chartreuse!“ Der Staatsanwalt läutet, das Guckloch öffnet sich und P. Clovis fragt: „Wer ist da?“ Der Staatsanwalt: „Oeffnet im Namen des Gesetzes!“ P. Clovis erwidert: „Es gibt hier keine Gesetze mehr“, und die Oeffnung wird wieder geschlossen. Nun werden die Sappeure herbeigerufen, damit sie eine Holzthür neben dem Hauptportal einschlagen. Sie machen sich mit dem Beil in der Hand an die wenig noble Arbeit und zerschlagen wirklich nach etwa zehn Minuten die Thür. Die obrigkeitlichen Schergen dringen ein, gefolgt von sämmtlichen Gendarmen. Alles ist still in den weiten Räumen, alle Thüren sind geschlossen. Nicht weniger denn sechs Thüren müssen eingeschlagen werden, bis die Vertreter der glorreichen „Republik“ vor der innern Kapelle anlangen, in welcher sämmtliche Mönche, jeder in seinem Betstuhle, versammelt sind. Zuvor muss noch ein Korporal das Gitter überklettern und von innen die Thür öffnen, die das Schiff der Kirche vom Hochaltar abschliesst. Er wird dafür wohl den Orden der „Ehrenlegion“ erhalten .... Welch' ein Anblick in dem mystischen Halbdunkel der Kapelle! Das ewige Licht flackert heute wohl zum letztenmal für vielleicht lange Zeit in geheimnisvollem Leuchten über das mächtige Altarbild, das die Muttergottes darstellt, auf Wolken thronend. Vor dem Altare knien unbeweglich die weissen Gestalten und beten ..... beten, wie sie es seit Jahrhunderten an dieser heiligen Stätte gethan, indem sie daneben durch Wohlthuen ihre Menschenliebe bekundeten und niemanden etwas zuleide thaten im ganzen Lande ... Und doch tritt jetzt der Vertreter der schamlosen Judenbande, die Frankreich regiert, an diese friedlichen, Gott sich weihenden Männer heran, und fordert sie auf, das

Kloster zu verlassen! Und da sie unbeweglich an ihrer Stelle verharren, treten zwei Polizisten an jeden Mönch heran und führen ihn weg aus der Kirche, hinaus aus dem Hause, hinaus aus dem Vaterland ...

Während die Schergen in das Kloster eindrangen, hat das vergewaltigte Volk in ängstlicher Ruhe und Stille verharrt. Als die erste weisse Kleidung zwischen zwei Polizisten unter dem Portale sichtbar wurde, entblösste die Menge das Haupt. Ein andächtiges, schmerzliches Schweigen lastete auf der Masse, als die 19 Patres in weisser Kleidung und die vier Brüder in schwarzer, begleitet von je zwei Polizisten aus ihrer stillen Klause hinausgeführt wurden in das sogenannte Frauenhaus zum Verhör. In zwei Reihen stand das Militär, um das Volk vor Thätlichkeit abzuhalten. Man sah Soldaten, die weinten; andere, welche die Köpfe umwendeten, um das schmähliche Schauspiel nicht ansehen zu müssen. Die Patres wurden dann sofort aus der Haft entlassen, gegen das Versprechen mit Umgehung von Grenoble über Chambery nach Italien reisen zu wollen. Sie gingen zu Fuss bis nach Saint-Laurent; nur der Prior Dom Michel fuhr mit dem Advokaten des Klosters und dem Deputirten von Grenoble, der aber in Saint-Laurent wohnt, in einer Chaise. So endete die Ausraubung des alten Klosters und die Vertreibung seiner letzten Bewohner auf der Höhe der Grand Chartreuse. Aber die Manifestation setzte sich noch im Thale fort. Ueber 2000 Bergbewohner begleiteten die Verbannten bis Saint-Laurent. Als sie um 11 Uhr die Stadt erreicht hatten, stürzte sich die Menge auf die Chaise des Priors, spannte die Pferde aus und zog ihn bis vor das Haus des Deputirten Pichal, wo sämmtliche Patres ein kleines Frühstück einnahmen. Der Bischof von Grenoble war ihnen entgegengegangen und hatte jeden auf der Strasse umarmt. Beim Gang auf den Bahnhof umwogte sie das Volk wieder zu Tausenden. Unterdessen hatte der Staatsanwalt und sein Begleiter sich auf Umwegen nach Grenoble begeben, wo sie sich versteckten, einer aber wurde erwischt und weidlich durchgeprügelt: Herr Mouthon, der Korrespondent des „Matin“. Er war in Begleitung

der Herren der Magistratur und wurde, da er schon zweimal in der Gegend weilte, sofort erkannt. Früher war er katholischer Publicist, jetzt besorgt er für den „Matin“ die kirchlichen Artikel und hat in einem derselben ganz gemeinen Spott an den Mönchen verübt, nachdem er dort — Gastfreundschaft genossen! Als ihn nun das Volk erblickte, ergoss sich eine Unmasse von Schmährufen über ihn. Nur der Schutz, den ihm die Mameluken des Combes gewährten, rettete ihn vor Misshandlungen. Als der Raubakt vollzogen war, sprang Mouthon in sein Gefährte, um rasch zu entwischen und nach Paris zu telegraphieren. Aber eine Anzahl Bauern setzten ihm nach, erreichten seinen Wagen, rissen ihn heraus und prügelten ihn derart durch, dass — der „Matin“ heute ohne eigenen Bericht über die Schliessung der Karthause ist und einen solchen einem anderen Blatte entlehnen musste .... Auf der Weiterreise wurden die Verbannten überall mit Ehrfurcht und Begeisterung begrüsst, besonders in Chambery, wo Tausende den Bahnhof umlagerten und kniend den Segen des Priors empfingen. Ueberall ertönte der Ruf: „Auf baldiges Wiedersehen!“ — So schildert die Vertreibung der Karthäuser aus Frankreich J. Steiner-Buloz im „Luz. Volksblatt.“

d) Italiens Finanzlage.

Italien hatte im Finanzjahre 1897

Einnahmen	Ausgaben
1.696,791.355 Lire	1.686,793.409 Lire

Der Schuldendienst erforderte einen Aufwand von 589,519.958 Lire. Das Hauptbuch der italienischen Staatsschuld wurde im Jahre 1862 mit einem Betrage von 3084½ Millionen Lire, die ihren Ursprung in den von den früheren Kleinstaaten übernommenen Verpflichtungen hatte, eröffnet. Diese Schuld war zu Ende 1876 auf 11.289½ und am 30. Juni 1897 auf 14.865 Millionen Lire angewachsen. Italien ist eine Beute von privilegirten Gaunern geworden, wie die Maffiaprocesse bewiesen haben. Für Italien gilt der Grundsatz — je mehr Gold an der Uniform, desto grösserer Gauner steckt darin. Man sieht, dass Man-

darinen nicht allein in China, sondern auch in Europa zu Hause sind. Den Hauptstock italienischer Staatsschulden vom J. 1862 bildeten die Schulden beider Sicilien. Hier hatte „segensreich" gewirkt der Anfangs Februar 1900 verstorbene Pariser Adolphe de Rothschild, dessen Familie auch ein Kondolenztelegramm aus der Wiener Hofburg zugegangen ist. Es ist interessant die aufgeblasenen Berichte jüdischer Zeitungen über den verstorbenen Pariser Rothschild zu lesen. So schrieb „Hamburger Corresp." über den verstorbenen Adolphe de Rothschild wie folgt: Der Verstorbene war der Chef des Neapeler Hauses Rothschild und der intime Freund und Diener der Könige Ferdinand II. und Franz II. von Bourbon und Anjou. Als die beiden Sicilien vom Königreich Italien annektirt wurden, liess er sich in Paris nieder. In der Rue Monceau liess er im Jahre 1868 ein prachtvolles Hotel erbauen, dessen grossartige Salons mit den aufgestapelten Kunstsammlungen der Rendezvousplatz der grossen Pariser und auswärtigen Welt waren. Hier traf man die Prinzen des königlichen Hauses Frankreichs, ebenso wie die der regierenden Fürstenhäuser Europas, oft auch den König und die Königin von Neapel. Dabei machte er keinen Unterschied zwischen den Religionen. Eine grosse Anzahl von kleinen Gemeinden Frankreichs verdankt ihm den Ausbau oder die Restaurirung ihrer Kirchen, die Erbauung ihrer Schulen, Asyle und Spitäler. Die Pariser Armen werden den Baron Adolphe nicht minder vermissen. In seinem Hause in der Rue Monceau wurden täglich über 1500 Francs kleiner Almosen vertheilt, und im Bois de Boulogne musste noch in letzter Zeit ein besonderer Ordnungsdienst von der Polizei eingerichtet werden, um den Baron bei seinen Spazierfahrten vor der allzu grossen Zudringlichkeit der Bettler zu schützen, die in Haufen herbeiströmten, sobald sie durch ihre „Eclaireure" in Erfahrung gebracht hatten, dass der Baron ausgefahren war. Rothschild's Wohlthätigkeit beschränkt sich übrigens nicht auf Paris und Frankreich. Sie wirkte überall, besonders auch im alten Königreich Neapel und in der Schweiz, wo der Verstorbene das

grossartige Anwesen von Pregny bei Genf besass. In Genf gründete und subventionirte Baron Rothschild das ophthalmologische Institut der Universität. Das Vermögen des Verstorbenen wird auf 200 Millionen Francs gechätzt.

Die Ausgaben Italiens für das Jahr 1902 waren 1.812,363.541 Lire, davon 587,501.284 Lire Zinsen für die Staatsschuld. Italien, dieser wirthschaftlich vollständig zerrüttete Staat wühlt mit seiner Irredenta systematisch von Süden her gegen Oesterreich. Das Organ des Juden Mosse, das „Berliner Tagebl." schreibt anlässlich des Besuches Wilhelms II. in Rom in der Nr. vom 15. Mai 1903 von Wien aus folgendes: „Die römischen Toaste des Königs Viktor Emanuel und des Kaisers Wilhelm werden nicht bloss von der italienischen, sondern auch von der österreichisch-ungarischen Presse und natürlich auch in unseren politischen Kreisen im Hinblick darauf, dass in den Trinksprüchen jedes Gedenken des dritten Verbündeten sorgsam vermieden wurde, lebhaft diskutirt. In der Presse zeigt sich einiges Unbehagen darüber, von manchen Leuten wird der Dreibund wieder einmal todtgesagt, in der Bevölkerung herrscht die Empfindung vor, dass in unserem Verhältnisse zu Italien etwas nicht ganz richtig sei. In den Regierungskreisen bezeugt man allerdings eine sehr nüchterne Auffassung der Dinge.

Vor allem, meint man in diesen Kreisen, sei es ganz ausgeschlossen, für das Unterbleiben jeder Anspielung darauf, dass zum deutsch-italienischen Bündnis noch ein Dritter gehöre, den Kaiser Wilhelm verantwortlich zu machen. Man hebt ganz im Gegentheil anerkennend hervor, dass Kaiser Wilhelm gelegentlich der Anwesenheit des Königs von Italien in Berlin förmlich ein Präcedenz geschaffen habe, indem er in seinem Trinkspruche auch des dritten Verbündeten, des Kaisers und Königs Franz Joseph gedacht. In Italien sei er nur Gast gewesen, da habe der König von Italien den ersten Trinkspruch ausgebracht, und da in diesem Oesterreich-Ungarns nicht gedacht wurde, habe auch der Kaiser in seiner Erwiderung den dritten Alliierten nicht erwähnt.

Was nun Italien anbelangt, so könne man bei der unterlassenen Anspielung höchstens von einer Verletzung der Courtoisie sprechen. Man glaube hier nicht, dass am italienischen Hofe irgend eine Rankün gegen unsere Monarchie wegen des unterlassenen Kaiserbesuches in Rom herrsche, da man sehr wohl wisse, dass die eigenthümlichen Verhältnisse, die den Kaiser Franz Joseph seinerzeit abgehalten haben, den Wiener Besuch des Königs Humbert in Rom zu ererwiedern, sehr wohl gewürdigt werden. Freilich werde die Sache unserem Monarchen im italienischen Volke verübelt. Oesterreich-Ungarn sei in Italien nicht populär, und man nehme in Rom sehr Rücksicht auf populäre Strömungen. Das Bündnis unserer Monarchie mit Italien werde durch diese Angelegenheit natürlich in keiner Weise berührt. Die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien die freundschaftlichsten und herzlichsten. Auch Italien lege gerade jetzt sehr grossen Werth darauf, ihnen diesen Charakter zu erhalten, da Italien unserer Monarchie in zwei wichtigen politischen Angelegenheiten, in der Frage des Handelsvertrages und bei der Lösung der albanesischen Verwickelungen, sicher geneigt gestimmt erhalten möchte.

Zur Verbesserung unseres Verhältnisses zu Italien kann es allerdings nicht beitragen, dass unsere Katholikentage — wie neuestens auch wieder der niederösterreichische Katholikentag — regelmässig ihren „Protest“ gegen die „fortdauernde Beschränkung der Freiheit des Heiligen Vaters“ und gegen die „Entziehung der dem Papste zur Ausübung seines Amtes nothwendigen territorialen Souveränität“ erneuern. Es ist begreiflich, dass immer sich wiederholende Resolutionen dieser Art in Italien böses Blut machen. Es muss indessen hervorgehoben werden, dass unsere politischen Kreise Kundgebungen dieser Art durchaus nicht billigen, ja höchst unpassend finden. Es hat auch den Versammlungen des Katholikentages kein Minister, kein Vertreter einer Behörde, überhaupt keine officielle Persönlichkeit beigewohnt. Herr Dr. Lueger mag über deren Abwesenheit so viele ironische Glossen machen, wie er will,

so lange sich die Katholikentage unziemlicher Kundgebungen politischen Charakters nicht enthalten, wird auch fernerhin keine officielle Persönlichkeit ihren Verhandlungen beiwohnen."

Aus diesem Berichte können doch die Regierungsmänner in Wien erkennen, dass Oesterreich von seinen 2 Bundesgenossen buchstäblich verkauft und verrathen ist. Wann wird in Wien die Erkenntniss kommen, dass Oesterreich nur an Russland eine feste Stütze finden kann? Möge man in Wien mit Russland definitiv die Balkanfrage ordnen und die Interessensphäre abgrenzen, dann würde für Oesterreich eine glänzende Zeit anbrechen. Das „Berl. Tageblatt" bringt noch folgende Berichte aus Rom am 4. und 5. Juni 1903. Wir reproducieren dieselben ohne Kommentar. Es fanden bekanntlich in ganz Italien Demonstrationen statt wegen der italienischen Universität in Innsbruck, in welchen Demonstrationen öffentlich auf den Strassen überall „Abasso Austria" gerufen wurde. Die Berichte sagen Folgendes: Die fortgesetzten Demonstrationen in Italien haben hier, wie ich Ihnen bereits telegraphisch berichtete, eine tiefgehende Verstimmung hervorgerufen. Man scheint hier geneigt, diese Demonstrationen mit dem Wiederaufleben des italienischen Irredentismus in Verbindung zu bringen. Dies beweist auch der gestrige Artikel des officiösen „Fremdenblattes", der darauf hinweist, dass die fortgesetzten italienischen Demonstrationen und irredentistischen Kundgebungen bei der Gegenströmung, die sie in Oesterreich schlechterdings hervorrufen müssen, zu einer Erschütterung unseres Bündnisses mit dem Königreich führen könnten.

Was den Anlass dieseri talienischen Kundgebungen anbelangt, die Vorgänge in Innsbruck, so habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die bedauerlichen Begebenheiten von alldeutscher Seite ausgingen, also sicherlich nicht in das Schuldbuch der Regierung gehören. Eine Wiederholung der Vorgänge wird energisch verhindert werden. Ebenso habe ich Ihnen mitgetheilt, dass sich die massgebenden Kreise um die Errichtung einer italienischen Universität in Triest bemühen, und dort werden, wie neuere Erklä-

rungen darthun, jedenfalls Anstalten gegründet werden, die Hochschulcharakter besitzen. Es ist also eigentlich kein Grund vorhanden zu so weitgehenden Demonstrationen, wie sie in Italien stattfinden. Man muss dort auch mit der Eigenthümlichkeit unseres Staates rechnen, dass in Oesterreich alles langsam geht. Was zur Herbeiführung so heftiger Demonstrationen in Italien, zu einer so ausgesprochen feindseligen Bewegung gegen unsere Monarchie in dem ganzen Königreich geführt hat, ist, dass sich auch sonst in einer ganzen Reihe wichtiger politischer und wirthschaftlicher Fragen tiefgehende Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien zeigen. In manchen dieser Fragen erscheint auch die italienische Empfindlichkeit ernstlich verletzt.

Die aktuellste Frage, die in Italien ernstliche Verstimmungen hervorgerufen hat, ist die albanesische. Unsere Monarchie möchte Albanien der Türkei erhalten und wird, wenn sich dies als unmöglich erweisen sollte, eine albanesische Autonomie in allem Ernste unterstützen, nur bestrebt, ihre kommerziellen Interessen in diesem Ländergebiete zu schützen. Irgend eine Okkupation ist nicht geplant, abgesehen von dem Landstreifen über Mitrowitza hinaus, der den Schlüssel zur strategischen Position gegen die unruhigen Balkanvölker bildet. Diese Okkupation, die uns Kraft des Berliner Vertrages und unserer Separatabmachung mit der Pforte zusteht, wird aber nur bei anhaltenden Wirren in der europäischen Türkei und in dem Falle eintreten, dass von Seiten eines der kleinen Balkanstaaten oder von anderer Seite eine Aktion gegen die Pforte unternommen würde. Diese strategische Position im Falle ernster Verwickelungen einzunehmen, zwingt uns unsere Stellung in Bosnien und der Herzegowina. In Italien wäre man indessen mit dieser Entwickelung der Dinge nicht einverstanden. Man möchte dort gern eine aktive Politik befolgen, eventuell eine Auftheilung Albaniens vornehmen, und die konservative Politik unserer Monarchie, die von der Festsetzung einer Grossmacht auf der Balkanhalbinsel nichts wissen will, steht diesen Tendenzen sehr im Wege.

Die albanesische Frage könnte noch zu ernsten Misshelligkeiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien Anlass geben. Unser Abkommen mit Italien, das auf die Erhaltung des Status quo in dieser Provinz abzielt, scheint da nicht mehr ganz auszureichen. Es wird durch ein anderes Abkommen ergänzt werden müssen, sobald die Entwickelung der Dinge seine Unzulänglichkeit erweist. Es wäre zu wünschen, dass man sich für alle Eventualitäten einigte, um kein ernstes Zerwürfnis aufkommen zu lassen. Durch die Kündigung des italienischen Handelsvertrags und die Gewissheit, dass die Weinzollklausel nicht mehr erneuert werden wird, erscheinen die wirthschaftlichen Interessen Italiens ernstlich angegriffen. Wir hätten uns die Kündigung des Vertrages ersparen können, denn wie die Dinge stehen, werden wir mit der Ordnung unserer wirthschaftlichen Fragen bis Ende des Jahres nicht fertig werden können und werden froh sein müssen, wenn der Vertrag, wie er ist, um ein Jahr verlängert wird. Es ist hier überdies bekannt geworden, dass der neue italienische Zolltarif, der der Vollendung entgegengeht, von einer weitgehenden Revanchepolitik gegen Oesterreich-Ungarn für den Wegfall der Weinzollklausel Zeugnis ablegen wird. Man wird es wohl auf beiden Seiten an Bemühungen nicht fehlen lassen, den Frieden und das Einvernehmen wiederherzustellen. Aber die Vorbereitungen dazu sind sehr krieghafter Art und das Zustandekommen des neuen Vertrages wird eine sehr schwierige Sache bilden. Eine andere Frage, durch die namentlich die nationale Empfindlichkeit in Italien gereizt wurde, ist die eines Besuches unseres Kaisers in Rom. Der Gegenbesuch unseres Monarchen nach dem seinerzeitigen Besuche des Königs Humbert in Wien ist bekanntlich unterblieben. Wohl war der Kaiser seither in Venedig, doch wurde dies nicht als Erwiederung des italienischen Höflichkeit angesehen. Dem Kaiser Franz Joseph wäre es äusserst peinlich, durch einen Besuch des italienischen Königshauses in Rom den Papst irgendwie verletzen zu können. Bisher hat sich Leo XIII. auch entschieden geweigert, irgend ein katholisches Staatsoberhaupt zu

empfangen, das vorher im Quirinal vorgesprochen. In Italien sieht man diese römischen Besuche als eine solenne Anerkennung der Neuordnung der Dinge und Roms als Hauptstadt des italienischen Königreichs an, und man wünscht namentlich Besuche der katholischen Staatsoberhäupter, die naturgemäss in innigeren Beziehungen zum Papste stehen. Sicher ist, dass König Viktor Emanuel III. seinen Antrittsbesuch in Wien nicht machen wird, bevor er sich nicht vergewissert hat, dass der Besuch in Rom erwiedert wird.

In Italien schreibt man es ferner auch in das politische Schuldbuch Oesterreichs, wenn hier katholische Vereinigungen und Versammlungen für die Wiederherstellung der weltpolitischen Macht des Papstes Resolutionen fassen, obgleich solches auch in allen anderen Staaten geschieht. Freilich wendet man ein, der Thronfolger Franz Ferdinand, der bei seinen italienischen Reisen Rom stets aus dem Wege gehe, sei Protektor mancher katholischen Vereinigungen dieser Art, und seine Gemahlin, Fürstin Hohenberg, beehre die Versammlungen, die die bewussten Resolutionen fassen, mit ihrer Gegenwart. Diese Dinge finden auch in den politischen Kreisen unserer Monarchie nicht durchaus Billigung und man bedauert jedenfalls, dass ihnen in Italien eine übermässige Wichtigkeit beigemessen werde. Die Dynastie in Oesterreich ist eben streng katholisch, sie macht aus ihren Gesinnungen kein Hehl und ist auch bemüht, ihrer Verehrung des Papstes durch eine lebhafte Kundgebung ihrer Sympathien Ausdruck zu geben. Aber diese Freundlichkeiten für den Papst habe unsere Monarchie nicht gehindert, eine Allianz mit Italien abzuschliessen, den Italienern ein treuer Bundesgenosse zu sein und die Allianz zu erneuern. Daran könnten die Italiener sich genügen lassen. Das Entscheidende sind doch nur die politischen Akte. Und die Forderung nach Bezwingung von Gefühlen, die mit der Politik nichts gemein haben, wird hier als unangebracht empfunden. Die Resolutionen der Katholikentage haben übrigens dem Königreich Italien bisher nicht geschadet und dem Papste nicht genützt.

Wie sich aus alledem ergibt, herrschen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien viele wichtige und verstimmende Differenzen. Und man wird sich ernstlich mit der Frage befassen müssen, ob bei solchen Differenzen die Erhaltung eines politischen Bündnisses noch möglich ist. Diese Frage wird ja sogar durch den hochofficiösen Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ auf die Tagesordnung der politischen Diskussion gestellt. Der italienische Botschafter Graf Nigra hat angesichts der Unmöglichkeit, die zahlreichen Misshelligkeiten zu meistern, seine Demission gegeben. Einige Minister der auswärtigen Angelegenheiten sollten sich ein bisschen die Köpfe zerbrechen, wie der Stand der Dinge zu bessern wäre.“

e) Englands Finanzmächte.

England ist die Heimat des Kapitalismus. Während er in Europa erst im Kindesalter lebte, hatte er in England schon das Mannesalter erreicht. Englands Nationalvermögen wird nach Giffen auf 250.000 Millionen Mark geschätzt. Nach Direktor Cooks über die Statistik der Stock-Exchange betrug das eingezahlte Kapital der kotierten Werthe an der Börse in London Ende des Jahres 1897 die Summe von 7998·6 Millionen Pfund Sterling (ungefähr 201.966 Millionen Kronen öst. Kronenwährung). An der Börse in London sind fremde Werthe Staatspapiere 3123·2 Millionen Lst., amerikanische Eisenbahnen 972·2 Millionen Lst. und andere 621·7 Millionen Lst. Hier haben wir wiederum die Internationalität des Kapitals illustriert. Der Geldbedarf des englischen Handels und der Industrie im Jahre 1901 war 9.561,169.000 Pfund Sterling (ungefähr 230.009 Millionen Kronen). England hatte im Jahre 1902:

Staatsausgaben	251,980.546	Lst.
Zinsen für die Staatsschuld	21,685.532	„
Ausgabe für Heer und Flotte . . .	123,572.000	„

Ende März 1861 hatte England eine Staatsschuld von 809,430.003 Lst., welche eine Verzinsung von 26,015.894 Lst. erforderte. Die Staatsausgaben Englands im Jahre 1862 waren 69,186.603 Lst. Am 24. April 1903 theilte Finanzminister Ritchie mit,

dass die Staatsschuld Englands 770,778.000 Pfund Sterling betrage. Der Krieg in Südafrika und China erforderte 217,000.000 Lst. Die englischen Kolonien haben folgende Ausgaben:

Indien Civilverwaltung	233,870.000 Rup.
Zinsen der Staatsschuld	31,940.500 „

Man sieht, wie England dieses Land ausraubt. Die Kosten der Civilverwaltung gehen in englische Taschen. Nur an Grundsteuer entrichten die armen Hindus 272,559.000 Rupien. Die Gesammteinnahmen Indiens pro 1902 waren 1082,878.000 Rupien. Die Staatsschuld Indiens war 223,843.244 Rupien. Die Kapkolonie hatte im Jahre 1902 eine Ausgabe von 10,161.043 Lst. Die öffentliche Schuld betrug 1,429.231 Lst. Kanada hatte eine Ausgabe von 53,361.639 Doll. Die Staatsschuld betrug 268,480.004 Dollars, der Zins 14,149.056 Dollars. Australien hatte im Jahre 1902 eine Ausgabe von 28,595.573 Lst. Die Staatsschuld beträgt 194,378.427 Lst.

Da die Londoner Börse den Mittelpunkt aller Geldgeschäfte in der ganzen Welt bildet, kann man sich über den Umfang der Börsengeschäfte in London eine ungefähre Vorstellung machen. Von hier aus regiert geheimnissvoll die Dynastie Rothschilds die Finanzoperationen der ganzen Welt. Hier sind alle Gelder der Finanzjuden und der von ihnen abhängigen reicheren Christen deponiert. Lord Rothschild ist mit seinen Trabanten Erlanger, Bernher, Veit und anderen Finanzjuden der thatsächliche Beherrscher der Welt. Von London aus werden die Finanzen der Türkei, Aegypten, Südamerikas und anderer Staaten geregelt und beherrscht. Der Jude Hirsch, der hier an der Börse etabliert war, starb hier. Sein Testamentsvollstreker zahlte 1,200.000 Pfund Sterling Erblassteuer, davon kamen 700.000 Lst. auf Grundstücke und 500.000 Lst. auf Legate. Das Vermögen des Lord Rothschild ist unkontrolirbar. Bekannt ist es ja, dass König Eduard v. England an ihn verschuldet ist.

An der Börse Londons wurden emittiert:

Jahr	Millionen Lst.
1894	91,835.000
1895	104,690.000

Jahr	Millionen Lst.
1896	152,807.000
1897	157,289.000
1898	149,228.000

Vielleicht an keiner Börse der Welt werden so viel Schwindelpapiere in Umlauf gesetzt als es in London geschieht. Den grössten Record in dieser Art Geldprellen erreichte der Börsenspekulant Whitaker Wrigh (ein polnischer Jude) mit der Gründung der Gesellschaft „London and Globe Corporation“, worin an 1000 Personen um rund 500 Millionen Kronen öst. Währung betrogen wurden.

London mit seinem Lombard Street ist der Mittelpunkt des Kapitalismus, hier laufen alle seine Fäden aus der ganzen Welt zusammen, hier deponieren ängstliche Kapitalisten ihr Vermögen in die Kellereien englischer Bankinstitute. England ist die grösste Handelsmacht. Der Gesammthandel Grossbritanniens betrug im Jahre 1902: 16.247 Millionen Mark, Deutschlands 10.247 Millionen Mark, Nordamerikas 9326 Millionen Mark. Die Depositen der englischen Banken Ende 1902 betrugen 823 Mill. Lst., also 19.752 Millionen Kronen öst. Währung. London ist der wichtigste Sitz der Dynastie Rothschilds. Ehrenberg jammert über die Zukunft der Dynastie Rothschilds folgendermassen:

Das Frankfurter Stammhaus, welches schon seit dem Tode des Barons Maier Karl (1887) jede Bedeutung verloren hatte, wurde seitdem von dessen Bruder, Baron Willy, geleitet. Da dieser in den letzten Jahren seines Lebens nicht mehr mit den Unterschriften fertig werden konnte, bestellte er Kollektiv-Prokuristen. Das war aber den andern Häusern ein Dorn im Auge. Als Baron Willy starb, trat die Witwe, wie glaubwürdig berichtet wird, für Erhaltung des Stammhauses ein und machte dafür auch den Einfluss ihres Bruders, des Barons Albert, Chef des Wiener Hauses, mobil. Doch es fand sich unter den jüngeren Rothschilds niemand, der bereit wäre, in das veraltete Frankfurter Haus überzusiedeln, und da man Fremde dort nicht schalten und walten lassen wollte, beschloss der Familienrath, das altehr-

würdige Haus zu schliessen. Aehnliches mag in Wien bevorstehen, wo ebenfalls mit dem Vater des jetzigen Inhabers die geschäftliche Initiative des Rothschildhauses und damit auch dessen Bedeutung für die Bankwelt aufgehört hat, so dass es jetzt nur noch mit seinem Namen im Gefolge der Oesterreichischen Kreditanstalt glänzt. Anders steht es in London und Paris. An diesen Plätzen stehen noch starke Persönlichkeiten an der Spitze der Rothschild-Häuser. In Paris hat zwar ihr Einfluss durch die Konkurrenz des mächtigen „Crédit Lyonnais“ abgenommen; aber trotz des Verdrusses über den französischen Antisemitismus denken sie offenbar nicht daran, ihr Geschäft aufzugeben. In London vollends ist die Stellung des Lord Nathanael Rothschild noch immer eine ausserordentlich starke. Aussereuropäische Staaten, wie Brasilien und Chile, hängen finanziell von ihm ab, und ihre Regierungen hören auf ihn auch in anderen Fragen. Im Londoner Kapitalmarkt spielt „Swithins Lane“ (wo die Geschäftsräumlichkeiten der Firma sich befinden) noch eine grosse Rolle, und die City beachtet jeden der Winke, welche der Lord den vielen Besuchern, Maklern, Agenten u. s. w. ertheilt, wenn sie alle Morgen in unaufhörlichem Zuge an seinem Schreibtische vorbeidefiliren, nur stehenbleibend, falls er eine Frage oder einen kurz bemessenen Auftrag für sie hat. Niemandem pflegt er sich länger als zwei Minuten hintereinander zu widmen. Aber auch in London und Paris fehlt es, soweit man hört, an einem Nachwuchse, der im Stande wäre, die Geschäfte im grossen Stile der Väter fortzusetzen, und da Fremde grundsätzlich nicht zugelassen werden, müsse das konsequent festgehaltene Familienprincip über kurz oder lang zum Aufhören der Rothschild-Häuser führen. Die Londoner Börse war es, welche den bestialischen Ausrottungs-Krieg gegen die Boeren in die Scene setzte. Die Minenbesitzer haben nun ihren Raub im Sicheren.

Die Minenmagnaten in Transvaal haben Herrn Chamberlain bei seiner Ankunft in Johannesburg einen Bericht überreicht, der sich mit 10 Minengruppen und 120 Minengesellschaften beschäftigt.

Das Nominalkapital beträgt 57,363.442 Lst., davon sind 53,750.230 Lst. ausgegeben; der Marktwert stellte sich am 31. Dezember 1902 auf 174,326.342 Lst. 80% des Kapitals ist von England investiert, die restlichen 20% vertheilen sich auf Deutschland und Frankreich. Bezüglich der Witwatersrand-Goldfelder bemerkt der Bericht, dass die Centralsektion des „Randes“ in einer Länge von $12^1/_4$ Meilen 76% der gesammten Goldproduktion liefert, goldhaltige Formationen aber auf 308 Meilen nachgewiesen sind. Das Reef sei an einzelnen Stellen nur wenige Zoll breit und an anderen bis zu 15 und 20 Fuss, die Tiefe desselben variire zwischen 100 und 2500 Fuss. In den Anfängen der Minenindustrie geschah die Extraktion mittels Amalgamationsprocesses; dadurch wurden aber nur 50—60% gewonnen, während heute eine gut eingerichtete Mine 85—90% des Goldes aus den Erzen extrahiert. Jede aufgestellte Stampe verursacht durchschnittlich 5000 Lst. Unkosten, theils für Entwickelung der Mine, theils für Aufstellung der nöthigen Maschinen; da die den Minengruppen angehörenden Gesellschaften etwa 6000 Pochstampfen errichtet haben, so hatten diese bereits 30,000.000 Lst. Auslagen, darin ist die grosse Zahl der nicht producierenden Minen nicht berücksichtigt worden. Die Totalgoldausbeute von 1884 bis Ende 1889 hatte einen Werth von 94,855.086 Lst., hiervon entfallen 83,185.894 Lst. oder $87^3/_4$% auf die Main Reef Minen. Bezüglich der Arbeiterfrage bemerkt der Bericht, dass das Zusammenarbeiten von weissen und schwarzen Arbeitern bisher ein unbefriedigendes Resultat gezeitigt hat. Was mechanische Kraftleistungen anbelange, so sei der Schwarze dem Europäer gleichwerthig; wo besonderes Geschick in Frage komme, der Europäer überlegen. Vom ökonomischen Standpunkt sei es aber ausgeschlossen, für ganz mechanische Arbeiten die Heranziehung eines Europäers in Erwägung zu ziehen, der 10 bis 20 sh. pro Tag koste gegen 2—3 sh., die der Eingeborene erhalte. Angenommen, weisse Arbeiter erhielten nur 12 sh. pro Tag (dagegen die Eingeborenen $2^1/_4$ sh. und Beköstigung) und leisteten das Doppelte der Einge-

borenen (was aber, wie erwähnt, nicht der Fall ist), so würde das die Kosten pro verpochte Tonne Erz um ca. 10 sh. 1 d. erhöhen; das hätte zur Folge, dass 50% der Minen nichts verdienen würden, und der Rest die Dividenden um 44% einschränken müsste. Im Jahre 1899 waren auf den Transvaaler Gold- und Kohlenminen etwa 100.000 Eingeborene beschäftigt, Ende November letzten Jahres aber nur 48.000, so dass, um dieselben Verhältnisse wie vor dem Kriege herbeizuführen, weitere 52.000 Eingeborene eingestellt werden müssten.

Das Haupt dieser Minenraubritter ist der Jude Beit. Am 10. Januar 1903 brachte die „N. Fr. Presse" diese Notiz: (Ein bewegter Tag in London.) Der Londoner Minenmarkt war heute heftig bewegt und wurde durch starke Verkäufe gedrückt, welche aus Johannesburg ihren Ursprung nahmen. Als Grund der Verkäufe wurden Gerüchte über die Ermordung Chamberlain's angeführt, welche jedoch sofort als vollständig unbegründet erklärt wurden. Dagegen haben sich die Meldungen über eine schwere Erkrankung Alfred Beit's als richtig erwiesen. Es wurde anfangs gemeldet, dass Alfred Beit in Süd-Afrika einen Schlaganfall erlitten habe und im Sterben liege. In einer Erklärung der Firma Wernher Beit & Comp., deren Chef Alfred Beit ist, wurde zwar diese Meldung nicht bestätigt, jedoch zugegeben, dass Beit in Afrika schwerkrank daniederliege. Diese Erkrankung hat den Ausgangspunkt für die grossen Verkäufe aus Johannesburg gebildet. Alfred Beit, der aus Hamburg stammt, ist im Vereine mit dem verstorbenen Cecil Rhodes einer der Begründer der grossen Diamanten-Industrie in Kimberley. Er war auch einer der Ersten, welche den grossen Goldreichthum des Rand erkannt und zur Gründung von Minengesellschaften exploitirt haben. Sein Haus ist die erste Minenfirma in Johannesburg und London. Er gehört auch zu den Gründern der grossen Randmines-Gruppe. Eine wichtige und nicht einwandfreie Rolle hat Alfred Beit bei dem Einfalle Jamenson's ins Transvaal im Jahre 1895 gespielt. Dieser Einfall hat den ersten Anstoss zu dem weit später erfolgten grossen Kriege zwischen

England und der Transvaal-Republik gegeben, und der Einfluss Beit's war damals sehr mächtig. Alfred Beit wurde auch in der Kommission, welche vom englischen Parlament zur Untersuchung dieses Einfalles eingesetzt worden war, einvernommen. In der jüngsten Zeit hatte Beit einen sensationellen Ehrenbeleidigungs-Process mit einem Mitgliede des englischen Parlaments. Der Process wurde aber durch eine Ehrenerklärung des erwähnten Abgeordneten gütlich beigelegt. Alfred Beit ist auch einer der reichsten Menschen Englands, und sein Vermögen wird nach vielen Millionen Pfund geschätzt. Seine Erkrankung ist jedenfalls ein wichtiges Ereigniss für den Londoner Markt und hat auch heute den Ausgangspunkt einer grösseren Bewegung gebildet. — Aus London wird uns telegraphirt: Dies war ein Tag sensationeller Börsengerüchte, die sich nach fester Eröffnung an die umfangreichen Verkaufsordres aus Johannesburg knüpften. Es hiess eine Zeitlang, Chamberlain sei ermordet, und Zeitungsplakate verbreiteten das Gerücht als solches in der Stadt, bevor es dementirt werden konnte. Ganz ernst genommen wurde es nicht, aber es verfehlte nicht, im Minenmarkte besonders zu deprimiren. Dann hiess es, Alfred Beit habe in Süd-Afrika einen Schlaganfall erlitten und liege im Sterben. Spätere authentische Erklärungen seiner Firma brachten einige Beruhigung, aber es wurde bestätigt, dass er schwerkrank daniederliege, und auf seine Erkrankung erfolgten jene Johannesburger Verkäufe. Sein Tod oder selbst seine Arbeitsunfähigkeit wäre ein wuchtiger Schlag für die Minen-Industrie, wenn auch wie im Falle von Rhodes solche Eventualitäten vorgesehen sind.

f) Russlands Finanzlage.

Ende September brachten Börsenblätter folgende Darstellung der Finanzlage Russlands. Am 1. Januar 1887 übernahm die Staatsfinanzen Minister Wischnegradsky, ihm folgte Witte. Mit den Ministern änderten sich auch die Verhältnisse. Die Pariser Börse öffnete sich dem Caren, in dem die Franzosen den Besieger der Türkei und den Beherrscher des Balkans,

vor allem aber wohl den Förderer ihrer Revanchegedanken sahen, und 1888 wurde in Frankreich die erste grosse russische Konversionsanleihe im Betrage von 500 Millionen Francs aufgenommen. Seitdem entwickelte sich die russische Anleihewirthschaft folgendermassen:

	Neu aufgelegt wurden russische Staatsanleihen im ganzen
im Jahre 1888	545·7 Mill. Fr.
„ „ 1889	2.159·3 „ „
„ „ 1890	947·9 „ „
„ „ 1891	871·2 „ „
„ „ 1892	202·8 „ „
„ „ 1893	508·2 „ „
„ „ 1894 bis Ende 1898	7.528·2 „ „
d. h. in 10 Jahren	12.763·4 Mill. Fr.

während 1899 die gesammte russische Staatsschuld 16.494·3 Millionen Francs betrug. Durchschnittlich wurden jedes Jahr 1·27 Milliarden Francs neue Schulden aufgenommen. Gegenwärtig zahlt die russische Regierung an Zinsen für all ihre Anleihen 742½ Mill. Francs jährlich, d. h. fast ein Drittel des gesammten Staatsbudgets. Die immensen Anleihen hatten zuerst die Wirkung, dass der russische Rubel im Kurse zu steigen begann und seit 1896 sich auf dem Niveau von 2·16 Mark hielt. Das wirkte wiederum günstig auf die Hebung des Kredits der Regierung in Russland selbst, derart, dass sie 1894 zur Konversion ihrer inneren Anleihen schreiten konnte. Bis dahin cirkulirten ausschliesslich Schuldscheine und nur wenig Silber, jetzt wurde die sogenannte Goldwährung eingeführt und trotz aller Skepsis eine völlige Golddeckung erreicht. Wie war dies möglich? Vor allem dadurch, dass das angekaufte und geliehene ausländische Gold in die landläufige Münze umgeprägt, der gesammte Vorrath im nominellen Werthe erhöht wurde, und zwar so, dass man zwei Halbimperiale als drei, d. h. 66⅔ Kopeken als einen Rubel cirkuliren liess. Die Erhöhung des nominellen Werthes der Goldmünze ermöglichte, die Kreditbillete, die auch ohnedem im Ueberfluss vorhanden waren, auszutilgen. Gegen Ende 1897 waren im Schatzamte und

in der Reichsbank 3550$^1/_2$ Millionen in Gold vorhanden, während Kreditbillete nur im Betrage von 5211 Millionen Francs cirkulirten. Die Lage schien äusserst solid zu sein. In Deutschland, Frankreich, sogar in England, ist das Verhältniss zwischen dem Goldvorrath und den cirkulirenden Kreditbilleten weniger günstig. Allein mit der Einführung der Goldvaluta begann sofort das Gold aus der Reichsbank zu verschwinden. Seit 1897 wurden für 906·3 Mill. Francs Kreditbillete vernichtet, während das Gold im Betrage von 1620 Millionen aus der Reichsbank abfloss. Der Goldvorrath betrug insgesammt gegen den 16. Januar 1901 um 459 Millionen Francs weniger als im Herbst 1892, während der fürchterlichsten Hungersnoth. Inzwischen fliesst das Gold in Massen nach dem Auslande, so dass sogar Finanzminister Witte in seinem letzten Immediatberichte, in dem für 1901, es „als eine ungünstige Thatsache erklärt, die die ernsteste Aufmerksamkeit verdient". Zwar erklärt der Finanzminister diese unliebsame Erscheinung durch die allgemeinen Bedingungen des gegenwärtigen Goldmarktes, allein er übersieht geflissentlich und verschweigt dabei eine für die Finanzlage Russlands äusserst charakteristische Thatsache. Während nämlich in anderen Staaten der Zunahme des cirkulirenden Goldes eine verhältnissmässige Zunahme der cirkulirenden Banknoten entspricht, was selbstverständlich sein sollte, wenn der allgemeine Geldbedarf zunimmt, findet in Russland das Gegentheil statt — das Gold verschwindet, während die Kreditpapiere in die Reichsbank zurückkehren. Obwohl die Zahl der Kreditpapiere gegen früher vermindert wurde, häufen sie sich in der Reichsbank mehr als je an.

Das Ziel der Geldreform war — die Cirkulation der Kreditbillete nach dem festgestellten Kurse zu sichern; es ergibt sich indess, dass die Auswechslung in Gold überhaupt die Kreditpapiere aus der Cirkulation verdrängt. Die Bank freilich sucht die Papiere wieder in Umlauf zu bringen, sie kehren aber in Gold ausgewechselt zurück — im Verkehr nimmt die Quantität des Goldes zu, in der Bank aber

ab. Die Regierung rechnete darauf, dass in Russland wie auch in anderen Ländern ein bestimmtes Verhältniss zwischen der Goldquantität und der der Kreditpapiere in der Cirkulation sich einstellen würde und dass ein Goldvorrath nur dazu dienen würde, um die zeitweisen Abweichungen von der Norm zu begleichen. In Russland aber findet thatsächlich der entgegengesetzte Effekt statt. Wird dieser Process nicht aufgehalten, muss das Gold aus der Bank vollständig verschwinden. Die Aufnahme von neuen Schulden, die Russland in ungeheure Verpflichtungen stürzte, wurde vorläufig in keiner Weise durch die Erzeugung oder Entdeckung neuer Einnahmequellen kompensirt. Die russische Industrie kann nur durch Staatsunterstützung über Wasser gehalten werden. Der unübertreffliche Spürsinn des russischen Fiskus, der jede Produktivthätigkeit, die sich im Lande kaum regt, auszunutzen sucht und so die Tabak-, Zucker- und Petroleumindustrie in steigendem Tempo mit Steuern belegt, ist bei weitem nicht imstande, die versiegenden Steuerquellen durch andere zu ersetzen, ganz abgesehen davon, dass mit der fortschreitenden Verelendung des Bauernthums gerade die am meisten ausgenutzten Einnahmequellen versagen, wie das Branntweinmonopol u. s. w. Obwohl z. B. die Produktion an Branntwein gegen den 1. Dezember 1900 nur um 1 Million Eimer höher war als im vorangehenden Jahre, betrugen die Spiritusvorräthe doch um 7 Millionen Eimer mehr, da der Branntweinverkauf wegen der chronischen Hungersnöthe immer mehr in Stockung geräth. Dabei ist aber das Branntweinmonopol auch jetzt noch die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Die Eisenbahnwirthschaft, auf die man in Russland so viel Hoffnungen setzte, bildet vorläufig nicht nur keinen Ersatz, benöthigt vielmehr selbst noch bedeutende Zuschüsse. Demgemäss erscheint die Frage nach neuen Anleihen immer brennender und brennender. Ohne solche ist das Schatzamt gezwungen, das wenig vorräthige Gold aus der Hand zu geben, statt immer mehr auf die Füllung der Reichskassen bedacht sein zu können. Ferner erheischen die zunehmenden Verpflichtungen

den anderen Staaten gegenüber neue Aufnahmen. Jahrein, jahraus bleiben ferner die aufgestellten Bestimmungen des regelmässigen Budgets unerfüllt, die umsomehr gedeckt werden müssen, da sie sich von vornherein auf die primitivsten Bedürfnisse des Staates beschränken.

Von dem Erfolge der Anleiheversuche hängt auch die Zukunft des sibirischen Eisenbahnbaues ab. Zur Zeit gibt es für die Weiterführung dieser Bahn überhaupt kein Geld mehr. Statt der 189 Millionen, die zu diesem Zwecke im vorigen Jahre bestimmt waren, konnten trotz der steigenden Anforderungen nur 27 Millionen ausgeworfen werden. Im letzten Immediatberichte berechnete ferner Finanzminister Witte die Kriegskosten, die durch die Ereignisse in China bereits hervorgerufen waren, mit 167·4 Millionen, für die sonst auch keine Deckung absehbar ist. Endlich fordern ausserordentliche, mit den vorhandenen Staatsmitteln nicht zu bestreitende Ausgaben die schrecklichen Hungersnöthe, die in 17 Gouvernements ausgebrochen sind und die nach der officiellen Erklärung der Regierung das schreckliche Jahr 1891—92 noch zu übertreffen drohen. Diese officiellen Erklärungen fallen zusammen mit dem Carenbesuche in Frankreich! Das Reichsbudget für 1902 weist folgende Zahlen auf: An Einnahmen sind bei den ordentlichen 1.800,784.482 Rbl, bei den ausserordentlichen 1,800.000 Rbl. angesetzt. Aus den freien Baarmitteln der Reichsrente betragen die Einnahmen 143,587.494 Rbl. Die Gesammtsumme der Einnahmen ist auf 1.946,571.976 Rbl. veranschlagt. Bei den Staatsausgaben betragen die ordentlichen 1.775,913.481 Rbl. und die ausserordentlichen 170,658.495 Rbl., zusammen 1.946,571.976 Rbl. Bei den ordentlichen Ausgaben entfallen auf Zahlung für Anleihen 286,459.713 Rbl., auf den Etat der obersten Reichsbehörden 3,080.667 Rbl., den heiligen Synod 27,954.151 Rubel, das Hofministerium 16,715.243 Rbl., das Auswärtige Amt 5,867.350 Rbl., das Kriegsministerium 322,638.537 Rbl., das Marineministerium 98,318.984 Rbl., das Finanzministerium 335,198.430 Rbl., auf Landwirthschaft und Domänen 43,242.831 Rbl., Inneres 93,387.205 Rbl., Unterricht

36,624.312 Rbl., Verkehr 435,547.758 Rbl., Justiz 47,392.498 Rbl., Reichskontrole 7,638.860 Rbl. An Einnahmen erwartet man: Direkte Steuern 130,493.826 Rbl., indirekte Steuern 387,127.600 Rbl., Gebühren 91,999.061 Rbl., Staatsregalien 521,724.000 Rbl., Staatsbesitzthum an Kapitalien 508,414.998 Rbl., Ablösungszahlungen 86,431.000 Rbl., Ersatz von Ausgaben der Reichsrentei 67,529.847 Rbl. und Diverses 6,296.158 Rbl. Der Ueberschuss der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben beträgt 24,871.001 Rbl.

Der russische Staatshaushalt für 1903 lautet:

Staatseinnahmen:

ordentliche	1.897,032.678 Rbl.
ausserordentliche	2,500.000 „
	1.899,532.678 Rbl.
Aus dem Barbestande der Reichsrentei	172,134.794 „
	2.071,667.472 Rbl.

Staatsausgaben:

ordentliche	1.880,405.229 Rbl.
ausserordentliche	191,262.243 „
	2.071,667.472 Rbl.

Die Einnahmen werden in folgender Weise veranschlagt: Direkte Steuern 132,051.949, indirekte Steuern 405,994.300, Gebühren 98,169.223, Staatsregalien 562,284.800, Staatsbesitzthum und Kapitalien 523,406.347, Veräusserung von Staatsbesitzthum 531.953, Ablösungszahlungen 89,162.600, Ersatz von Ausgaben der Reichsrentei 79,085.049, Diverse 6,346.457 Rubel. Von den ordentlichen Ausgaben entfallen auf Zahlungen für die Staatsschuld 290,966.336, auf die obersten Behörden 3,210.449, auf das Budget des heiligen Synods 28,388.049, des Hofministeriums 15,808.652, des Ministeriums des Auswärtigen 5,742.048, des Krieges 329,923.806, der Marine 115,631.241, der Finanzen 369,410 068, der Landwirthschaft und Domänen 49,085.335, des Innern 99,717.098, des Unterrichts 39,214.985, des Verkehrs 458,469.935, der Justiz 49,384 341, auf die Reichskontrole 8,382.592, das Gestütwesen 2,070.294 und im Falle von Preissteigerungen von Proviant und Fourage 3,000.000 Rubel.

Die in den Voranschlägen nicht vorhergesehenen Ausgaben für besondere, im Laufe des Jahres auftretende Bedürfnisse belaufen sich auf 12,000.000 Rubel. Die ausserordentlichen Einnahmen weisen folgende Ziffern auf: Ewige Einlage bei der Reichsbank 2,500.000, aus freiem Barbestande der Reichsrentei 172,134.794, ausserordentliche Ausgaben zur Einlösung der $4^1/_2$% Obligationen der Moskau-Jaroslawbahn 2,458.300, Bau der Sibirischen Bahn 20,921.023, für Hilfsunternehmungen der Sibirischen Bahn 3,418.340, für den Bau anderer Bahnen 145,194.580, für Darlehen an Privatgesellschaften zum Eisenbahnbau 9,270.000, zur Entschädigung von Privatpersonen und Institutionen für die Aufhebung der Branntweinbrenn-Gerechtigkeit 10,000.000 Rubel. Die Totalsummen der Einnahmen und der Ausgaben balanciren mit 2.071,667.472 Rubeln.

Nach Raffallowich beträgt das Nominalkapital der russischen Werthpapiere 32.046 Millionen Francs. Fremdes Kapital ist ohne die Bahnen zu rechnen in Russland für 2075 Millionen Rubel investirt, davon sind 834 Millionen Rubel aus Belgien, 692 Frankreich, 261 England, 235 Deutschland, 18 Holland und je 11 Millionen Rubel aus Oesterreich und Nordamerika.

Alfred Neymarck konstatirt, dass die blos in Paris von 1884—1898 zur Abstempelung gebrachten russischen Papiere einen Kapitalswerth von Nominale Frcs. 5.821,981.009 ergaben und berechnet weiters, dass von jenen 20 bis 25 Milliarden Francs ausländischer Effekten, welche in Frankreich sichere Unterkunft gefunden haben, mindestens 30% russische Titres sind, der Antheil derselben an dem Gesammtbestand des Effektenbesitzes Frankreichs per 80 bis 85 Milliarden Franks aber 10% ausmacht.

Die Staatsschuld Russlands bezifferte sich Ende 1902 auf 6.473,754.151 Rubel. Die Zinsen pro 1902 betrugen 258,816.418 Rubel. Finanzminister Witte besorgt die russischen Staatsanleihen ausschliesslich bei Finanzjuden. „Berliner Tageblatt“ brachte Ende November 1901 folgende Notiz: (Ein Geschenk des Caren für Herrn Arthur Fischel), den in Finanzkreisen bekannten Prokuristen des Bankhauses Mendels-

sohn u. Co. in Berlin, wird, wie man dem „Berl. Loc.-Anz.“ aus Petersburg telegraphirt, abgesandt. Dasselbe besteht aus einem Kunstwerke aus Edelgestein vom Ural, welches als Zeichen kaiserlichen Wohlwollens für Herrn Fischel auf einen Bericht des Finanzministers v. Witte überreicht werden wird. Bekanntlich ist das Bankhaus Mendelssohn u. Co. der Berliner Banquier der russischen Regierung. Herr Fischel war, bevor er nach Berlin übersiedelte, Direktorstellvertreter der Oesterreichischen Kreditanstalt.

Im Jahrgang 1902 der Preussischen Jahrbücher wird das „Finanzsystem Witte“ in einem Artikel von Paul Rohrbach einer sehr scharfen Kritik unterzogen, die sich zum Theil auf Arbeiten des erst jüngst wieder von uns genannten russischen Nationalökonomen Scharapar und auf solche des ebenfalls in der russischen Nationalökonomie bekannten Butau stützt. Die Ausführungen in den Preussischen Jahrbüchern gipfeln in dem Satze, dass es „diesem Finanzminister gegenüber unter dem Gesichtspunkte der deutschen Interessen keine andere Parole mehr geben darf als keinen Pfennig weiter“. Zur Begründung dieses Standpunktes wird unter anderem Folgendes ausgeführt: Wenn Herr Witte in seinen Berichten an den Caren das Gedeihen des Landes aus dem grossen Anwachsen der Staatseinkünfte beweisen will, so sei darauf zu erwidern, dass sich ein wesentlich anderes Bild ergiebt, wenn der Ertrag des immer weiter ausgedehnten Staatsbahnnetzes, die Einnahmen aus dem Alkohol und die Forst-, Zoll- und Münzeinkünfte, die für die Leistungsfähigkeit des Landes keinen Maßstab bilden, in die Staatseinnahmen nicht mit eingerechnet werden. Schaltet man diese Summen aus dem Betrage der Staatseinnahmen aus, so ergeben sich die Ziffern, auf Grund deren man in der Lage ist, annähernd über Zu- und Abnahme der wirthschaftlichen Kräfte des Volkes zu urtheilen: 416½ Millionen Rubel für 1899 und 635⅓ Millionen Rubel für 1902. Bringt man hierzu die Vermehrung der Bevölkerung von 1889—1902 in Anschlag (in Russland erfahrungsgemäss 1¼ pCt. jährlich), so ergibt sich, dass auf den Kopf der Bevölkerung Gesammtrusslands an Leistung

entfielen im Jahre 1889 3 Rubel 61 Kop., 1902: 4 Rubel 60 Kop., was einen Unterschied von 99 Kop. oder 22·8 pCt. zu Gunsten des Jahres 1902 macht. Wollte man aber aus diesem Mehr auf ein Wachsthum des Volkswohlstandes um 22·8 pCt. schliessen, so würde sich dieser Schluss als fehlerhaft erweisen, sobald wir berücksichtigen, dass es nicht durch eine entsprechende Vermehrung des Konsums der besteuerten Gegenstände entstanden ist, wie der Bericht des Finanzministers behauptet, sondern dass eine Erhöhung der Besteuerung in sehr viel höherem Masse als um jene 22·8 pCt. stattgefunden hat. Die Akcise auf Zucker ist um 106 pCt., die auf Streichhölzchen um 100 pCt., die auf Erzeugnisse der Naphthaproduktion um 50 pCt. gestiegen; ebenso sind auch die Tabaksteuer, die Stempelsteuer, die Gewerbesteuer, die Steuer auf Handelspatente gestiegen. Herr Witte habe als Beweis für die Hebung des Konsums unter anderem den Verbrauch an Baumwolle angeführt. In den von Herrn Witte angegebenen Ziffern sei der Fehler begangen, dass erstens der Werth der Rohbaumwolle, zweitens der der daraus hergestellten Gespinnste und drittens der der fertigen Stoffe — anstatt zu berücksichtigen, dass jede vorhergehende Ziffer ihrem vollen Betrage nach in der nächstfolgenden steckt — einfach addirt und das Resultat dann als den Gesammtwerth der russischen Baumwolltextilindustrie dargestellt worden ist.

Am dunkelsten werde die Sache vollends da, wo im Vorwort zu einer späteren Publikation des Finanzministers: „Zusammenstellung von Daten über die russische Fabrikindustrie für das Jahr 1897“ der im Jahr vorher gemachte Fehler zwar eingestanden, darauf aber „das Streben der Fabrikanten, den wahren Umfang ihrer Produkte zu verheimlichen“, als ausreichende Kompensation des untergelaufenen Versehens in der Berechnung hingestellt wird. In der an den Kaiser adressirten Denkschrift zum Budget für 1900 erscheint denn auch wieder die auf Grund jener originellen Berechnungsmethode gefundene kolossale Summe für den Werth aller Produkte der russischen Textilindustrie. Auch die von Herrn Witte gemachten

Angaben über die Staatsbahnen werden bemängelt. Während Herr Witte in dem Bericht über 1900 einen „geringen Reingewinn“ herausrechne, ergebe sich ein Deficit von 31·6 Millionen Rubel. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die „Reichskontrole“ die Ausgaben für „Verbesserung und Verstärkung“ der Eisenbahnen zu den Betriebsausgaben rechnet, während der Finanzminister sie als Kapitalsanlage aufführt. Die Verzinsung des in den Eisenbahnen angelegten Kapitals betrage 2·4 pCt.; obgleich es Russland bekanntlich noch nicht gelungen ist, zu einem solchen Zinsfuss Eisenbahnanleihen abzuschliessen, behaupte der Minister, dass sich die Zinszahlung und Kapitalstilgung der Eisenbahnschuld aus den Betriebsüberschüssen bezahlt machen. Unzutreffend seien auch die Angaben Witte's über die Verschuldung Russlands. Der Bericht des Finanzministers für 1902 beziffere den Zuwachs der Verschuldung Russlands während des letzten Jahrzehnts auf rund 1750 Millionen Rubel und stelle ihr den Zuwachs des Werthes der Staatsbahnen mit 2600 Millionen gegenüber. Um „die reine Verschuldung“ am Anfang und am Ende des abgelaufenen Jahrzehnts vergleichsweise zu bestimmen, summirt der Finanzminister den Betrag der Staatsanleihen und der übrigen Verpflichtungen der Staatskasse; auf der anderen Seite fügt er dem angenommenen Werthe der Staatsbahnen als Aktiva die sicheren Schulden der Eisenbahngesellschaften an den Staat und andere Forderungen der Staatskasse hinzu; die Subtraktion der letzteren Summe von der ersteren ergiebt dann die „reine Verschuldung“. Auf diese Weise rechnet Herr Witte am letzten Ende eine sehr erhebliche Verringerung dieser „reinen Verschuldung“ Russlands vom 1. Januar 1892 bis dahin 1902 heraus, unter ganz besonderer Betonung der angeblichen Thatsache, dass der Haupteffekt dieser „reinen“ Verschuldungsabnahme die Verringerung der von der Bevölkerung aufzubringenden Zinsenlast sei. Die Hauptgrundlage für diesen ganzen Berechnungsmodus, nämlich die angebliche Deckung der von der Eisenbahnschuld herrührenden Zinsenlast durch sich selbst, existirt aber in Wirklichkeit gar nicht, vielmehr werden durch den

faktischen Reinüberschuss des Staatsbahnbetriebes von der Last der Eisenbahnanleihen höchstens 60 pCt. verzinst und amortisirt. Der Minister habe in seiner Aufstellung auch übersehen, dass zu den Schulden des Staates die circa 700 Millionen Rubel betragenden Einlagen Privater in die vom Staate eingerichteten Sparkassen gehören. Faktisch aber seien diese Sparkasseneinlagen nichts anderes als eine von der Regierung kontrahirte und regelrecht zu verzinsende innere Anleihe. Ebenso versäume es Herr Witte, ausser den formellen Staatsanleihen auch die Summe derjenigen Schulden, die der Staat garantirt, oder für die er sonst die Verantwortung übernommen hat,, aufzuführen. Die Arbeit in den Preussischen Jahrbüchern fasst ihr Urtheil dahin zusammen, dass steigende Zinsenlast, steigender Steuerdruck und sinkende Tragkraft der Schultern des Volkes nach seiner grossen Masse das Resultat des Systems Witte für Russland bilden. Auf der anderen Seite stehen die Vergrösserung des Eisenbahnnetzes, namentlich die Erbauung der asiatischen grossen Schienenwege, die Vergrösserung der Seemacht und noch anderes dieser Art. Es frage sich aber, ob der unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systems reissend fortschreitende ökonomische Verfall es dazu kommen lassen wird, dass Russland die Früchte dieser Leistungen des Witte'schen Regimes je erntet. In einem Schlussartikel will der Verfasser in den Preussischen Jahrbüchern versuchen, den Ursachen der Misserfolge des Systems Witte in Russland auf den Grund zu gehen und zu zeigen, dass es sich dabei nicht um irgend welche Zufälligkeiten, sondern um ganz principielle und fundamentale Fragen sowohl volkswirthschaftlicher als auch namentlich moralischer Natur handelt. Diese weiteren Ausführungen werden abzuwarten sein, ehe sich ein abschliessendes Urtheil über Berechtigung der Verurtheilung des Witte'schen Systems abgeben lassen wird. So viel lässt sich aber schon heute sagen, dass Herr Witte diese Ausführungen kaum wird ignoriren dürfen.

Rohrbach, der sich vielfach auf das Werk von Lochtin über den Zustand der russischen Landwirth-

schaft im Vergleich mit anderen Ländern beruft, will nachweisen, dass in den äussern Existenzbedingungen für die Landwirthschaft merkliche Unterschiede zu Ungunsten Russlands gegenüber anderen Ländern nicht existiren. Trotzdem macht der Ertrag der Ernte im europäischen Russland pro Desjatine im Mittel 38·8 Pud aus, während das Mittel der übrigen Länder 83·7 Pud beträgt. Hierzu bemerkt Lochtin: „Es gibt also kein Land auf der Welt, in welchem der Ernteertrag von der Flächeneinheit geringer wäre als in Russland, oder mit anderen Worten, in dem der Ackerbau schlechter betrieben würde als in Russland." In Russland macht ferner bei dem dort herrschenden Wirthschaftssystem die jeweilige Brache 30% des Ackerlandes aus, während in der grossen Mehrzahl der anderen Länder das primitive Landwirthschaftssystem mit Brache, zumal einer so umfangreichen Brache, längst verlassen ist und einer rationellen, möglichst weitgehenden gleichzeitigen Ausnutzung der gesammten anbaufähigen Bodenfläche Platz gemacht hat. Dadurch sinkt der faktische Mittelertrag von der Desjatine in Russland sogar auf nur 29·8 Pud. Welches sind nun im Einzelnen die Faktoren der Minderwerthigkeit russischer landwirthschaftlicher Kultur? Darauf wird im Wesentlichen die folgende Antwort ertheilt: Zunächst die Erschöpfung des Bodens durch den fortgesetzten Getreidebau bei mangelhafter oder überhaupt nicht geübter Dingung. Dieser Mangel hängt seinerseits wiederum zusammen mit dem minimalen Viehbestande Russlands. Der zweite und in Verbindung mit der Erschöpfung des Bodens doppelt vernichtend wirkende Faktor ist die Minderwerthigkeit aller technischen Hilfsmittel des russischen Bauers, namentlich der Mangel an Eisen. Bei dieser schlechthin trostlosen Lage der russischen Landwirthschaft beruhe nun das ganze gegenwärtige russische Finanz- und Wirthschaftssystem auf der Aufrechterhaltung der Zahlungsbilanz vermittelst der Getreideausfuhr. Russland producirt auf den Kopf weniger Getreide als beispielsweise Deutschland; Deutschland aber bedarf bei seinem Ertrag von 24·2 Pud auf den Kopf noch einer erheblichen Einfuhr (unsere Getreideernte repräsentirt im

Durchschnitt nicht mehr als fünf Sechstel des Konsums), während Russland von seinen 22·4 Pud noch eine sehr grosse Ausfuhr bestreitet. Wollte also der Russe ebenso viel Brod essen wie der Deutsche, so dürfte aus Russland nicht nur kein Korn Getreide ausgeführt werden, sondern man müsste im Durchschnitt noch ein Quantum, das etwa einem Zehntel der russischen Ernte gleich käme, jährlich dorthin importiren. Man kann also die Thatsache als feststehend betrachten, dass Russland von Rechts wegen zum mindesten keinen Getreideexport haben dürfte, selbst wenn es mit der Ernährung seiner Bevölkerung noch unterhalb der Norm der mindest konsumirenden Länder Europas bleiben wollte. Soll diese Norm erreicht werden, so bedürfte es von Rechts wegen des Getreideimports. Dem gegenüber wurden thatsächlich aus Russland von 1885—1900 rund 7 Milliarden Pud im Werthe von 6 Milliarden Rubel exportirt. Diese ungeheuere Getreidemenge hat ein Volk hergeben müssen, das, wenn es sie selber zu seiner Nahrung behalten hätte, damit noch nicht einmal so viel Brod hätte essen dürfen wie der Deutsche oder Franzose. Ein Blick auf die Sterblichkeitsziffern Russlands zeigt denn auch unwiderleglich die Folgen der bestehenden Zustände. Die Sterblichkeit Russlands wird unter allen Ländern, über die eine Statistik existirt, nur von der centralamerikanischen Republik Honduras, von den Fidschi-Inseln und von der weissen Bevölkerung im niederländischen Indien übertroffen. Die jährliche Sterblichkeitsziffer auf das Tausend der Bevölkerung ist z. B. in Preussen (1873—1886) 25·7, in Holland 22·6, in Frankreich 22·4, in Oesterreich 30·9, während sie im europäischen Russland beträgt: in 7 Gouvernements unter 25, in 10 25—30, in 12 30—35, in 11 30—40, in 10 40—47. Die mittlere russische Sterbeziffer ist 34·8. Angesichts des ganzen bisher beigebrachten Ziffernmaterials könnte es nur noch die absichtliche Verblendung wahr haben wollen, dass der russische Getreideexport sich noch längere Zeit auf ähnlicher Höhe wird halten können wie heute. Mit seinem Sturz werde aber auch die russische Zahlungsbilanz, die schon jetzt erschüttert ist, un-

rettbar vernichtet. Damit wäre das von Herrn v. Witte aufgebaute Währungssystem zerstört. Denn wenn Russland kein Getreide mehr exportirt, so hat es nichts weiter, um seinen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande gerecht zu werden, und muss sein Gold in Zahlung geben. Damit aber werde aus der Wirthschaftskrisis die wirthschaftliche Katastrophe.

Von einem Export an Industrieprodukten kann — nach der Darlegung in den Pr. Jahrb. — auf absehbare Zukunft hinaus in gar keiner Weise die Rede sein. Die russische Industrie ist also, um zur Blüthe zu gelangen, so gut wie ausschliesslich auf den inneren Markt angewiesen. Dieser innere Markt wird im Wesentlichen durch die breite Masse der bäuerlichen Bevölkerung gebildet. Es gibt zwar gewisse Absatzmärkte in Russisch-Turkestan und im Kaukasus, wo ganz oder theilweise bessere (wenn auch gleichfalls noch sehr unetwickelte) Zustände herrschen als im eigentlichen russischen Centrum, aber von dem Zuschuss, den jene Grenzgebiete leisten, kann die russische Industrie nicht leben. Auf die Desjatine resp. den annähernd gleich grossen Hektar berechnet, betragen die Staatssteuern in Russland 237, in Bayern 282 Pf. In Bayern werden aber pro Hektar im Durchschnitt 1290 Kg. Roggen geerntet, in Russland höchstens 500. Von 100 *kg* Ernteertrag hat also der bayerische Bauer 22 Pf. Steuern zu bezahlen, der russische aber 47, also mehr als das Doppelte, wobei man noch berücksichtigen muss, dass der Russe für sein Getreide einen sehr viel geringeren Preis bekommt als der Bayer. Es liegt also in dem faktischen Druck der Steuern ein Unterschied vor, der gut auf das Dreifache zu Ungunsten des russischen Bauers mit seinen ohnehin fast bis zur Tragunfähigkeit belasteten Schultern zu veranschlagen ist. Von der ganzen Bauernbesteuerung im Betrage von 125 bis 130 Millionen Rubel jährlich hat die russische Industrie wenigstens direkt gar nichts; dieses Geld muss der Bauer vorweg aufbringen und der Staatskasse überliefern, bevor er daran denken kann, irgend welche industriellen Erzeugnisse für sich selbst zu kaufen. Der russische Konsument hat für Baumwoll-

waaren und Zucker das Zweieinhalbfache, für Eisen das Viereinhalbfache, für Steinkohle das Sechsfache zu zahlen wie der deutsche. Die Gesammtsumme der bäuerlichen Steuerrückstände hat sich unter diesen Umständen von 1892 bis 1901 um 78·5% vergrössert. Ebenso ist die Summe der ländlichen Verschuldung von 1892 bis 1901 um 66·1% gestiegen. Die wirthschaftliche Gesammtlage Russlands stellte sich also folgendermaassen dar: 1. Die Zahlungsbilanz des Landes befindet sich in absoluter Abhängigkeit von der Getreideausfuhr. Eine solche Ausfuhr dürfte aber in Russland von Rechts wegen überhaupt nicht existiren, weil der Gesammtertrag der Ernte kaum zur Deckung des normalerweise zu veranschlagenden inneren Bedarfes hinreicht. Trotzdem werden Jahr für Jahr, wenn auch unter steigenden Schwierigkeiten und unter Anwendung der äussersten Mittel, grosse Getreidemassen exportirt. Auf die Dauer dieses System, das einen sehr grossen Theil der Bevölkerung zu fortgesetzter Unterernährung, ja zum Hunger zwingt, aufrecht zu erhalten, ist unmöglich. Die Anzeichen, dass die Grenze des Erträglichen bereits überschritten wird, beginnen sich zu häufen: verwüstende Krankheiten, abnorme Sterblichkeit, Bauernrevolten. 2. Der Gedanke, eine russische Industrie zur Blüthe zu entwickeln, ist in dem Umfange, wie das vom System Witte angestrebt worden ist, verfehlt. Die Produktionsbedingungen sind wesentlich wegen der minderen Qualität des Menschenmaterials, zum geringeren Theil auch aus äusseren Gründen, in Russland derart ungünstige, dass nur durch einen sehr hohen und dauernd aufrecht zu erhaltenden Schutzzoll die Konkurrenz der ausländischen Industrie von dem innerrussischen Markte ferngehalten werden kann. Dieser innerrussische Markt repräsentirt bereits an sich durch den chronischen Nothstand bei dem grossen und wichtigsten Theil der konsumirenden Bevölkerung, einen Nothstand, der aus dem ungenügenden Quantum geernteten Getreides, aus dem Ausfuhrzwang und dem Steuerdruck hervorgeht, eine sehr wenig aufnahmefähige Grösse. Im Verein mit der unverhältnissmässigen, durch die schlechten Produktionsbedingungen

und den abnormen Zollschutz hervorgerufenen Theuerung der Industrieprodukte, ferner auch mit der ausserordentlich schwachen, absoluten Kaufkraft des russischen Getreides steigert sich diese Ungunst für die Entwickelungsbedingungen der russischen Industrie noch um ein Bedeutendes. Die Krisis, die über das russische Wirthschaftsleben hereingebrochen ist und nun schon seit mehreren Jahren auf ihm lastet, ist der thatsächliche Ausdruck dieser Verhältnisse. 3. Die Einführung der Goldwährung war unter diesen Umständen von vornherein ein im höchsten Grade gewagtes Experiment, und es scheint, dass sie sich bereits jetzt als für Russland verhängnissvoll erweist. Soll die Goldwährung aufrecht erhalten bleiben, so darf unter keinen Umständen die russische Zahlungsbilanz sich dauernd zu einer passiven gestalten, weil sonst die Nothwendigkeit eintritt, den Metallvorrath zur Deckung der Verpflichtungen an das Ausland heranzuziehen. Die ganze russische Anleihewirthschaft, inclusive der immensen Eisenbahnanleihen, hätte nichts Bedenkliches, wenn eine sichere Aussicht auf Hebung des russischen Experts im grossen Masstabe bestände. Wenn Russland darauf rechnen dürfte, im Laufe absehbarer Zeit seinen Export so weit zu entwickeln, dass es durch seinen Werth die jährlichen laufenden Verbindlichkeiten dem Auslande gegenüber zu decken in der Lage ist, dann hätte die russische Regierung ohne Zweifel das Recht, für die Gegenwart Verpflichtungen zu häufen und von der Bevölkerung, wenn es nicht anders geht, eine ausserordentliche, ja rücksichtslose Anspannung der Kräfte zu verlangen. Diese Aussicht auf Steigerung des Exports besteht aber nicht, Russland kann nach Lage der Dinge in nennenswerthem Maasse nichts anderes exportiren als in erster Linie Getreide und andere Produkte der Landwirthschaft. Für seinen Getreideexport ist es auf ein im Verhältniss zu der Grösse des gesammten Reiches nicht sehr grosses Gebiet, den sogenannten Schwarzerderayon oder das grossrussische Centrum, beschränkt, da die übrigen Theile des Reiches, der Norden, Westen und Nordwesten, dazu demnächst auch noch Turkestan, ein Getreide-

defizit haben und der Einfuhr bedürfen resp. noch weniger als das Centrum fähig sind, zur Ausfuhr etwas herzugeben. Die russische Getreideproduktion zeigt aber im Verhältniss zu der der Volksvermehrung während des letzten Menschenalters einen merklichen Rückgang. Dieser Rückgang ist verschuldet durch die Ausraubung des Bodens infolge irrationeller Wirthschaftsführung; er ist bisher in seiner Erscheinung grossentheils dadurch kompensirt worden, dass infolge der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes immer neue Gebiete des Ostens und Südostens sich dem Körnerbau und dem Getreideverkauf erschlossen. Damit ist es jetzt aber auch so ziemlich am Ende. Freies Land existirt im europäischen Russland theils gar nicht mehr, theils nur in Gegenden, die aus klimatischen und anderen Gründen gar nicht oder doch nur sehr wenig in Betracht kommen. Möglicherweise wird die fortschreitende Erschliessung Sibiriens noch einen geringen hemmenden Einfluss auf die weitere Entwickelung zum Schlimmen resp. auf die Beschleunigung derselben in hemmendem Sinne ausüben, aber darüber, dass dieser Einfluss kein erheblicher sein wird, gibt sich schon jetzt in unterrichteten Kreisen Niemand einem Zweifel hin. Die Menge des kulturfähigen Landes in Sibirien ist relativ gering und gleichfalls zum grössten Theil schon vergeben; die Fruchtbarkeit des Bodens steht selbst in unerschöpftem Zustande derjenigen, die ursprünglich in den Korngebieten des europäischen Russland vorhanden war, erheblich nach. Dazu kommt die grosse Entfernung Sibiriens von den Absatzmärkten des Welthandels. Das einzige, was mit Fug und Recht von dem sibirischen Getreide erwartet werden kann, ist etwa die Deckung des Kornbedarfes, der im russischen Turkestan bei der fortschreitenden Verwandelung des Getreideackers in Baumwollenland entstehen wird. Vergrösserung der russischen Getreideproduktion ist also in keiner Weise für die Zukunft anzunehmen, falls nicht, wie schon öfters gesagt, ein radikaler Umschwung des Wirthschaftssystems eintritt. Fällt nun auf diese Weise die Möglichkeit fort, die jetzt gemachten Schulden in Zukunft durch gestei-

gerte Ausfuhr zu verzinsen und zu amortisiren, so bildet die fortgesetzte Kapitaleinfuhr aus dem Auslande in Gestalt von Anleihen ein höchst bedenkliches Moment in der ökonomischen Gesammtgebarung Russlands. Wenn die Waarenausfuhr, die zur Verzinsung der auswärtigen Schuld und zur Deckung der übrigen laufenden Verpflichtungen nicht ausreicht, innerhalb der Grenzen bleiben soll, so bleibt, um das zur Durchführung der Goldwährung ins Land gezogene Edelmetall zu halten, gar nichts anderes übrig, als fortgesetzt neue Anleihen zu machen und damit die Zinsen der alten Schuld und das Defizit der Zahlungsbilanz zu begleichen. Es wird klar sein, dass man ein solches Wirthschaftssystem auf die Dauer nicht durchführen kann.

Das „Berliner Tageblatt" brachte Ende November 1902 folgende Betrachtung über die Finanzen Russlands. In diesen Tagen enthielten die Zeitungen die Mittheilung, dass die Deutsche Reichsbank die in diesem Jahre aufgelegte russische Anleihe für lombardfähig erklärt hat. Herrn Witte, der eben von seiner asiatischen Reise nach Petersburg zurückgekehrt ist, wird diese Nachricht eigenthümlich angemuthet haben. Denn diese Anleihe bedeutet den Höhepunkt der Witte'schen Erfolge; von ihr wird aber auch das Ende der Witte'schen Aera, das nunmehr gekommen zu sein scheint, zu datiren sein. Die 300 Millionen Mark 4% Anleihe, die Herr Witte am 3. April d. J. auflegen liess, wurde nicht weniger als 100mal gezeichnet. Die Officiösen des russischen Finanzministers wussten damals diesen Erfolg nicht genug zu rühmen, und wiesen mit Ueberhebung darauf hin, dass die kurz vorher an den Markt gebrachten Anleihen des Deutschen Reichs und Preussens nur 50mal gezeichnet worden waren. Dass die soviel stärkere Ueberzeichnung der russischen Anleihe aus dem höheren Kursgewinn herrührte, der den Subskribenten gewährt wurde, wollten die Freunde des russischen Finanzministers nicht wahr wissen. Kaum hatte Herr Witte indess diesen Erfolg erzielt, als ein grelles Schlaglicht auf die Verhältnisse in Russland fiel. Der Minister des Innern wurde ermordet. Das Ereigniss

rief eine um so grössere Bestürzung hervor, als ihm eine Reihe anderer beängstigender Thatsachen vorangegangen war, Unruhen unter der studirenden Jugend und Revolten unter den Bauern. Für Herrn v. Witte aber nahmen die Dinge dadurch eine kritische Wendung, dass an Stelle des ermordeten Ssipjagin Herr v. Plehwe Minister des Innern wurde. Zu Herrn Ssipjagin hatte Witte in persönlichen Beziehungen gestanden, die es möglich machten, dass, als der Car eine Kommission zur Prüfung der landwirthschaftlichen Verhältnisse zusammenberief, Herr Witte die Leitung dieser Untersuchung übernahm. Herrn Plehwes Verhältniss zu Witte war ein wesentlich anderes. Bestimmt wurde es durch die neueste Wendung, die sich in der politischen Haltung des Finanzministers vollzogen hatte. Herr Witte rühmt sich, keine politischen Grundsätze zu haben. Das mag Manchem sehr klug erscheinen. Aber Herr Witte wäre nicht der Erste, der gerade über dem Mangel an Grundsätzen strauchelt. Und wie seine Klugheit nicht ausreichte, ihn zu einer Beschränkung in seinen Aufgaben und vor allem zur Selbstbeschränkung anzuhalten, so half sie ihm auch nicht die Gefahren überwinden, die dem politischen Chamäleon drohen. Von Grund aus ein Mann mit modernen Anschauungen, hatte Witte in einer Zeit, in der er unter den entscheidenden Persönlichkeiten in der russischen Politik in allererster Reihe stand, in seinem Lande gegen einen Theil der Bevölkerung die grausamsten Verfolgungen verüben, Hunderttausende zur Auswanderung aus Russland zwingen lassen. Im Jahre 1899 erklärte er sich in einer geheimen Denkschrift über „Absolutismus und Selbstverwaltung" für den Absolutismus. In neuester Zeit aber neigte er wieder dazu hin, politische Reformen für wünschenswerth anzusehen. Das war der Grund, der das Misstrauen des reaktionären Plehwe gegen Witte erweckte.

Der neue Minister des Inneren machte auch seinerseits die erschreckenden Ereignisse der letzten Monate zum Gegenstand einer Untersuchung, und die von ihm an den Caren gerichtete Denkschrift darüber gelangt zu einem so vernichtenden Urtheil über die

Wirkungen der Witte'schen Finanzpolitik, dass danach mit dem Rücktritt des Finanzministers in absehbarer Zeit gerechnet werden muss. Es ist allerdings nicht das erstemal, dass Herrn Witte's Stellung bedroht erscheint. Vielmehr hatte er vom Beginn seiner nunmehr zehnjährigen Thätigkeit mit allerhand Gegnern zu thun, Manche bekämpften ihn als einen Emporkömmling. Auch die Frau des Finanzministers bot mancherlei Angriffspunkte dar. Eine Zeit lang wimmelte es nur so an Pamphleten gegen ihn. Neben unberechtigten Anfeindungen waren es indess auch gerechtfertigte Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden. Die ernstesten Gegner, die ihm erstanden, waren der Geheime Rath Schwanenbach, früher im russischen Finanzministerium unter Herrn Witte selber thätig, jetzt Mitglied des Kuratoriums der Russischen Reichsbank, ferner der Nationalökonom Scharapow, Butmi, und in der Behandlung der nachtheiligen Bedeutung Witte's für die russische Landwirthschaft Pet. Lochtin. Ziemlich alles, was Witte für sich als Verdienst in Anspruch nimmt, stellten diese Männer vielmehr als verdebliche Wirkungen dar. Die Ziffern, mit denen Herr Witte seine Leistungen zu illustriren sucht, bezeichnen sie vielfach als fingirt. Witte rühmt sich dessen, dass bei seinem Amtsantritt im Jahre 1892 die allgemeine Staatsschuld 5389 Millionen Rubel, der ihr gegenüberstehende Staatsbesitz an Bahnen 2361 Millionen, die reine Staatsschuld also 3027 Millionen betrug, im Jahre 1902 aber von den insgesammt 6457 Millionen Staatsschulden 4614 Millionen auf die Bahnen entfielen, die reine Staatsschuld sich hiernach nur auf 1883 Millionen stellte. Die Gegner Witte's aber fechten einerseits diese Ziffern selber an, andererseits erklären sie, dass die Rente, die Herr Witte für die den Bahnen angelegten Kapitalien herausrechnet, unzutreffend sind und nicht einmal mit den von anderen Regierungsstellen dafür angegebenen Ziffern übereinstimme. Damit erscheine zugleich die, allein seit 1896 von 30.377 auf 60.000 Werst gestiegene Ausdehnung der Bahnen als eine Leistung von problematischem Werth. Aber auch die von Herrn Witte angeführten Ziffern der Staatsschulden selbst

und die dafür im Budget aufzubringende Summe nehmen bei den Kritiken des Finanzministers ein anderes Ansehen an. Sie legen Gewicht darauf, dass sich unter den Schulden 2 bis 3 Milliarden inamortisabler 4% Rente befinde, von der Herr Witte in Russland selber 1 bis 2 Milliarden nur dadurch untergebracht hat, dass er allerhand öffentliche Institutionen, unter anderem Sparkassen, zu Anlagen in diesem Papiere zwang, dessen Zinsfuss hinter dem landesüblichen Niveau so sehr zurückbleibt. Und wenn Herr Witte die Herstellung der Goldwährung, die Ansammlung grosser Goldbestände, der Steigerung der Steuern anführt, wird dem gegenüber auf die grossen Steuerrückstände verwiesen, auf die Forcirung des Getreideexportes zum Nachtheil der Ernährung der russischen Bevölkerung, auf die Opfer, die die von Herrn Witte eingeführte Gründungsära das Land gekostet hat. Der heftige Unwille, bis zu dem sich die Opposition gegen Herrn Witte gesteigert hat, wird aber erst verständlich aus den Mitteln, die er bei der Erreichung seiner Ziele anwendet. Das hat Deutschland auch aus nächster Nähe beobachten können. Mit welcher Rücksichtslosigkeit veranstaltete er eine „Einschwänzung“ der Rubelspekulation an der Berliner Börse, als er darin eine Vorbereitung zur Stabilisirung der russischen Valuta erblickte! Nicht anders verfuhr er auch, als er den Rubel auf zwei Drittel seines nominalen Werthes „devalvirte“. Und während bei der Verstaatlichung der Russischen Südwestbahn den Aktionären ein Antheil an dem Liquidationsüberschuss zugesichert worden war, wurde er von Herrn Witte den Certifikatbesitzern jahrelang vorenthalten, das hiergegen eingeleitete Gerichtsverfahren verschleppt, und bequemte sich der Finanzminister erst, als daraufhin die Einführung weiterer russischer Anleihen in Deutschland auf Widerspruch stiess, dazu, den Aktionären das Almosen weniger Rubel hinzuwerfen. Auch der Intriguen gegen die deutsche Bagdadbahn ist in diesem Zusammenhang zu gedenken, wenn ein Bild von Herrn Witte entworfen wird. Verfuhr er derartig gegen das Ausland, so gestattet das einen Schluss, wie rücksichtslos er

im eigenen Lande vorgegangen ist. Allerdings für das russische Zuckersyndikat legte er sich neuerdings dermassen ins Zeug, dass er darüber in einen gewissen Gegensatz zu allen Ländern gerathen ist, die durch die Annahme der Brüsseler Konvention mit der Prämienwirthschaft der Zuckersyndikate aufräumen wollen. Oder er gibt sich auch wieder den Anschein, als ob er, der mit zu dem Schutzzollsystem Russlands und den darauf basirenden Kartellbildungen beigetragen hat, berufen wäre, eine internationale Reform des gesammten Kartellwesens anzubahnen.

In Deutschland wird Herrn Witte immerhin Eines als Verdienst angerechnet werden. Wenngleich erst über den Weg eines Zollkrieges, hat er den deutsch-russischen Handelsvertrag zu Stande bringen helfen. Auch das hat er zwar nicht aus Liebe zu Deutschland gethan. Ist doch unter Witte Russland in die Entente mit Frankreich eingetreten, die sich eine Zeit lang bis zu einer bedrohlichen Intensität zu steigern schien. Freilich hatte gerade Herr Witte guten Grund, die Freundschaft mit Frankreich nicht zu überschätzen. Denn als Russland die Quittung in der Unterbringung von Anleihen auf dem französischen Geldmarkte präsentirte, erwies sich dieser durchhaus nicht zuverlässig. Herr Witte sah sich vielmehr wieder auf Deutschland angewiesen. Auch in England hatte er nur wenige Millionen unterbringen können, und ebenso ist er in Amerika nicht über einen winzigen Versuch hinausgelangt. Mit dem deutschen Geldmarkt, der bisher nur in den Tagen der antirussischen Campagne des Fürsten Bismarck versagte, rechnet Herr Witte, rechnet Russland auch für die Zukunft. Im Zusammenhang damit steht die vielfach verbreitete Annahme, dass, wenn Russland sich auf der Basis des neuen deutschen Zolltarifs zum Abschluss eines Handelsvertrages mit Deutschland bereit finden sollte, dies nur unter der Voraussetzung geschähe, dass Deutschland in die Uebernahme weiterer russischer Anleihen willigte. Im Hinblick darauf ist die Kritik, der Herr Witte und sein System begegnen, für Deutschland von sehr ernster Bedeutung. Die Gefahren, die Herr Plehwe, der Minister des Inneren,

der Witte'schen Finanzpolitik zuschreibt, bestehen namentlich darin, dass Russland sein Hauptaugenmerk auf weitausschauende Pläne von vorwiegend politischer Bedeutung konzentrirt habe, während die zu bewältigenden wirthschaftlichen Aufgaben vernachlässigt werden. Mit enormen Kosten und unter erheblicher Steigerung der Staatsschuld würden grosse Bahnbauten in den fernsten Gegenden ausgeführt, wie in der Mandschurei, oder geplant wie in Persien, Bahnen, deren wirthschaftliche Bedeutung zunächst problematisch erscheine, ja die, wie das für die Bauten in Ostasien zutrifft, die eigentlichen russischen Gebiete schädigen. In Russland selber nehme der Volkswohlstand ab und gehen die Ernten zurück. Trotz der günstigen Darstellungen Herrn Witte's über die Finanzlage sei für die Hebung der Landwirthschaft kein Geld zu haben, und sei jahrelang für diesen Zweck beinahe nichts geschehen. Allerdings, fügt Herr Plehwe hinzu, ist gerade auch ein Wechsel im Finanzministerium geeignet, empfindliche Erschütterungen und insbesondere in der Industrie und an der Börse einen schweren Rückschlag zu verursachen. Danach haben sich die Verhältnisse in Russland derartig gestaltet, dass sie der russische Minister des Inneren selber mit und ohne Herrn Witte für kritisch ansieht. Das wird Deutschland nicht aus den Augen lassen dürfen. Deutschlands Besitz an russischen Werthen beläuft sich auf Milliarden. Dies ist ein ausreichender Grund, in der Darstellung der russischen Verhältnisse nicht Schreckbilder vorzuführen, die den deutschen Kapitalisten ohne Noth Verluste verursachen. Eine Vertrauensseligkeit gegenüber Russland, die Deutschlands Besitz an russischen Papieren noch ins Grenzenlose vergrösserte, wäre aber nicht weniger bedenklich. Auch an dieser Sachlage ändert sich nichts, ob Herr Witte einstweilen noch in seinem Amte bleibt oder der Rücktritt schon in nächster Zeit erfolgen wird.

Da Russland so bedeutende Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande hat, und keine Industrie besitzt, muss es Getreide ins Ausland liefern, das hat nun zur Folge, dass die heimische Bevölkerung hun-

gern muss. Hier geben wir die Belege dazu. Der Gesammtumsatz des russischen Aussenhandels ist in 1901 im Vergleich zu 1900 um 8 Mill. Rubel zurückgegangen und hat einen Werth von 1252 Mill. Rubel erreicht. Hiervon entfielen 729 Mill. Rubel an die Ausfuhr und 523 Mill. auf die Einfuhr, so dass die Bilanz des russischen Aussenhandels mit 206 Mill. Rubel aktiv erscheint, während in 1900 die Ausfuhr die Einfuhr nur um 116 Mill. und in 1899 sogar nur um 7 Mill. Rubel überstieg. Uebrigens ist das bedeutende Ansteigen der Werthziffer des Exports weniger auf eine quantitative Steigerung der Ausfuhr als auf eine bedeutende Preissteigerung der ausgeführten Lebensmittel zurückzuführen. Besonders hervorzuheben wäre der Umstand, dass der Werth der ausländischen Einfuhr nach Russland, infolge des der chinesischen Unruhen wegen erhöhten Zolltarifs im Vergleich zum Vorjahr um 50 Mill. Rubel abgenommen hat. Von der russischen Ausfuhr entfallen 59% auf Lebensmittel, 35% auf Rohmaterialien und Halbfabrikate, gegen 3% auf animalische Produkte und 3% auf Fabrikate. Von der Waarenausfuhr Russlands geht der递theil mit 179 Millionen Rubel gegen 187 Millionen Rubel im Vorjahr nach Deutschland, welches seinerseits im Berichtsjahre für 200 Millionen Rubel Waaren nach Russland ausführte. Nach England führte Russland für 156 Millionen Rubel Waaren aus und bezog für 103 Millionen Rubel Waaren von dort. Der Getreideexport Russlands betrug 47% der Gesammtausfuhr und vertheilte sich fast gleichmässig auf Deutschland, England und Holland; namentlich letzteres, sodann aber auch Frankreich zeigten eine verstärkte Aufnahmefähigkeit für russisches Getreide. Von anderen Waarengruppen verdient der russische Butterexport eine besondere Beachtung, da er sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht hat und einen Werth von 13½ Mill. Rubel erreichte. Die Gesammtlänge der russischen Eisenbahnen (ohne Finnland) ist im Laufe der letzten 20 Jahre um 20.204 Werst (1 Werst = 1·067 *km*) oder um 95% gewachsen; sie betrug 1881 nur 21.262 Werst und im Jahre 1900 bereits volle 41.466 Werst.

Eine noch viel stärkere Steigerung zeigt der Verkehr. So stieg der Personenverkehr von 2·9 Milliarden Personenwerst auf 8·8 Milliarden im Jahre 1900, er hat sich also verdreifacht; der Güterverkehr vervierfachte sich dagegen in dem bezeichneten Zeitabschnitt. Die Gesammteinnahmen wuchsen von 200,000.000 Rubel im Jahre 1881 auf 537,600.000 Rubel im Jahre 1900, also um 168%; dagegen betrugen die Ausgaben 145,100.000 Rubel im Jahre 1881 und 319,800.000 Rubel im Jahre 1900. Die Reineinnahme stieg somit von 51,700.000 Rubel im Jahre 1881 auf 217,800.000 Rubel im Jahre 1900. Von dieser Reineinnahme sind noch die für die Tilgung und Verzinsung der Obligationsanleihen erforderlichen Beträge abzuziehen, so dass ein thatsächlicher Gewinn erst seit dem Jahre 1894 zutage tritt, der im Jahre 1898 30 Mill. Rubel betrug Das ist allerdings blutwenig. Russlands Daemon ist der Finanzminister Witte, der das Carenreich systematisch in die Hände der Börsenjuden ausliefert. Dann wird die Gleichberechtigung der Juden proklamirt und dann ist Russland verloren.

Was die Juden in Russland leisten, davon nur ein kleines Beispiel. Am 19. Mai 1903 brachten Tagesblätter folgende Notitz. Neuntausend Fragen an die Geschworenen werden vom Moskauer Bezirksgericht gelegentlich eines Monstreprocesses zu richten sein. Ein grosser Fälschungsprocess nimmt morgen vor den Schranken des Moskauschen Bezirksgerichts seinen Anfang. Es handelt sich um eine Klage gegen die Kaufleute Bromberg, Gurewitsch und Aronowitsch, die 2177 Wechsel im Betrage von 2,500.000 Rubel gefälscht haben. Bis jetzt wehrt sich das russische Volk gegen den Judenwucher durch Volksaufstände, wie in Kišiněv, wenn aber Russland unter der Wucht der Staatsschulden wird zusammenbrechen, dann wehe dem Carenreiche und seinem armen Volke.

g) Finanzen Nordamerikas.

Die neue Welt wird die alte wirthschaftlich erdrücken. Nach dem Jahresbericht des amerikanischen Schatzamtssekretärs für das am 30. Juni v. J. zu Ende gegangene Rechnungsjahr 1900 stellten sich

die Einnahmen der Bundesregierung für das letzte Rechnungsjahr insgesammt auf 699,316.530 Doll., die Ausgaben auf 621,508.546 Dollars, so dass sich ein Ueberschuss von 77,717.984 Doll. ergibt. Gegenüber dem vorgehenden Rechnungsjahre (1899/1900) haben sich die Einnahmen um 29,721.099 Dollars erhöht; dessgleichen hat eine Zunahme der Ausgaben um 22,253.561 Doll. stattgefunden. Für das laufende Rechnungsjahr werden die Einnahmen auf 688,633.042 Doll. und die Ausgaben auf 588,633.042 Dollars veranschlagt, was einen Ueberschuss von 100 Mill. Doll. ergeben würde. Für das Rechnungsjahr 1902/1903 werden die Einnahmen auf 712,020.630 Doll. und die Ausgaben mit Ausnahme der Tilgungsfonde auf 688,848.318 Doll. veranschlagt, was einen Ueberschuss von 23,172.311 Doll. ergeben würde. Die Goldreserve von 150 Mill. Doll. ist unverändert in gemünztem Golde und in Goldbarren aufrecht erhalten worden. Unter dem Gesetz vom 14. März 1900 wurden bis zum 1. November vorigen Jahres Silbercertifikate im Betrage von insgesammt 45,336.000 Doll. ausgegeben. Die Goldcertifikate wurden während des abgelaufenen Rechnungsjahres um weitere 45,160.270 Doll. und im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres um weitere 31,801,430 Doll. vermehrt. Der Gesammtvorrath an Gold im Schatzamte betrug am 1. November v. J., einschliesslich der Goldreserve, 543,831.849 Doll., eine Summe in Gold, wie sie in der Geschichte der Vereinigten Staaten noch nie zu verzeichnen war und vor einigen Jahren von einer anderen Regierung nur auf wenige Monate besessen wurde. Die Goldcirkulation pro Kopf der Bevölkerung stellte sich am 1. Oktober v. J. auf 28·52 Doll. gegenüber 26 50 Doll. am 1. Juli 1900; Goldcertifikate sind mehr und mehr in das Gebiet der grösseren Nennwerthe getreten und fast ausschliesslich zur Zahlung von Zöllen und zur Abrechnung im New-Yorker Clearing-House verwendet worden. Zwei Punkte sind im Gebrauch der Zahlungsmittel besonders hervorgetreten, nämlich die zunehmende Verwendung von Gold und die fortwährende Zunahme von Papiergeld in kleinen Beträgen. Die Goldproduktion der Vereinigten Staaten im Kalender-

jahr 1900 stellt sich schätzungsweise auf 3,829.897 Unzen im Werthe von 70,171.000 Doll., die Silberproduktion auf 57,647.000 Unzen im Werthe von ungefähr 35,741.140 Dollars. Für die gesammte Welt wird die Goldproduktion im Kalenderjahr 1900 auf 12,457.287 Unzen im Werthe von 257,514.700 Doll. geschätzt, die Silberproduktion wird auf 178,796.796 Unzen im Werthe von 110,845.000 Doll. veranschlagt. Obwohl die Vereinigten Staaten die grösste Goldproduktion aller Länder hatten, übertraf die Goldeinfuhr dennoch die Goldausfuhr um 12,866.010 Doll. Am Schluss des Rechnungsjahres (30. Juni 1901) wurde der Gesammtvorrath an gemünztem Golde in den Vereinigten Staaten auf 1.124,652.818 Doll. geschätzt, der an Silber auf 610,447.025 Doll. Am 1. Juli vorigen Jahres waren 4178 Nationalbanken in Thätigkeit; 411 neue Banken wurden während des letzten Rechnungsjahres organisirt. Die Einnahmen aus den Inlandsteuern (internal revenue) betrugen im letzten Rechnungsjahre 306,871.669 Doll. gegenüber 295,316.107 Dollars im Vorjahre, was einen Zuwachs von 11,555.562 Dollars bedeutet.

Consularberichte meldeten Anfangs 1901 aus Amerika folgendes: Heute, wo das öffentliche Interesse aus besonderem Grunde in verstärktem Maasse auf die Vereinigten Staaten hingelenkt wird, ist es von Interesse, nach der eben unter dem Titel „Der Fortschritt der Vereinigten Staaten in deren hauptsächlichsten Industriezweigen“ vom Bundesschatzamt in Washington herausgegebenen Schrift zu zeigen, in welcher rapiden Weise sich das Land entwickelt hat: Bezüglich der Produktion von Stapelnartikeln ergibt sich, dass die Erzeugung von Baumwolle per Jahr von 155.556 Ballen in 1800 auf 9,436.416 Ballen in 1900 gestiegen ist, die Produktion von Wolle von 35,802.114 Pfd. in 1840 auf 302,502.328 Pfd. in 1901, die von Weizen von 151,999.906 Bushels in 1866 auf 522,229.505 Bushels in 1900, Mais von 867,946.295 Bushels in 1866 auf 2.105,102.516 Bushels in 1900, Kupfer von 650 To. in 1850 auf 270.588 To. in 1900, Roheisen von 165.000 To. in 1830 auf 15,800.000 To. in 1901, Petroleum von 21,000.000 Gallonen in 1860

auf 2.661,233.568 Gallonen in 1901. Kohle von 3,358.899 To. in 1850 auf 267,850.000 To. in 1901. Während die Vereinigten Staaten im Jahre 1850 für 50,000.000 Dol. Gold producirten, waren es im J. 1900 79,171.000 Doll. Was die Entwickelung des Handelsverkehrs des Landes anlangt, so hat sich der Werth der Waarenausfuhr von 70,971.790 Doll. im Jahre 1800 auf 1.487,764.991 Doll. im Jahre 1901 gesteigert, was einer Zunahme per Kopf der Bevölkerung von 13·37 Dollars auf 18·81 Doll. entspricht. Demgegenüber hat die Absatzgelegenheit für ausländische Produkte in den Vereinigten Staaten sich ansehnlich vermindert. Denn wenn auch im Jahre 1901 ausländische Waare im Werthe von 823,172.165 Doll. zur Einfuhr gelangt ist, während die geringe im Jahre 1880 vorhandene Bevölkerung für ausländische Waaren nur einen Bedarf im Werthe von 91,252.668 Doll. hatte, so entsprach diese Ziffer doch per Kopf der Bevölkerung einer Waareneinfuhr im Werthe von 17·19 Dollars, während die Ziffer per Kopf für das Jahr 1901 nur 10·58 Doll. beträgt. Der Nationalreichthum ist von 7.135,780.000 Doll. im Jahre 1850 auf 94.300,000.000 Dollars in 1900 gestiegen, per Kopf der Bevölkerung von 307 Doll. auf 1.235 Dollars. Die Nationalschuld belief sich, abzüglich der im Bundestresor vorhandenen Baargelder, per Kopf der Bevölkerung im Jahre 1865 auf 76·98 Dollars, wogegen sie in 1901 nur noch 13·44 Doll. betrug. Dem entsprechend hat sich der für die Nationalschuld zu erlegende Jahreszins von 143,781.592 Doll. im Jahre 1867 auf 32,342.797 Doll. vermindert. Während das in Cirkulation befindliche Geld im Jahre 1860 ein Total von 435,407.252 Doll. repräsentirte, waren es in 1901 2.175,387.277 Doll., entsprechend eine Zunahme per Kopf von 13·85 Doll. auf 28·02 Doll. Die Sparbankdepositen sind in folgender Weise gestiegen: in 1830 betrugen sie 6,973.304 Dollars, im Jahre 1883, 53 Jahre später, waren es 1.024,856.787 Doll. und im Jahre 1901, nach Verlauf einer weiteren Periode von nur 18 Jahren, hatten die Depositen eine Höhe von 2.597,094.580 Dollars erreicht. Inzwischen war das Nationalbanksystem in Kraft getreten, und auch die in den Nationalbanken

hinterlegten Depositen weisen die rapide Steigerung von 500,910.873 Doll. in 1865 auf 1.006,452.583 Doll. in 1880 und 3.044,600.000 Doll. in 1901 auf. Die Anzahl der Sparbankdepositoren stieg von 38.085 in 1830 auf 1,067.661 in 1866 und 6,358.723 in 1901. Das Eisenbahnnetz in den Vereinigten Staaten hat von 9021 Meilen im Jahre 1850 eine Ausdehnung auf 190.378 Meilen in 1901 gewonnen.

Die New-Yorker Börse hatte im Jahre 1902 einen Umsatz von 1081 Millionen Dollars, gegen 1236 Millionen Dollars im Jahre 1901. Der Giroverkehr der Nordamerikanischen Banken betrug:

im Jahre 1901 . . . . 118.533,294.485 Dollars.
„ „ 1902 . . . . 118.107,300.861 „

Das kostbare Material der Menschen-Einwanderung von Europa nach Amerika weist folgende Zahlen auf.

Es betrug die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten aus

	Deutschland	Oesterr.-Ungarn	Russland	Italien
1887 . . .	106.865	40.265	30.766	47.622
1888 . . .	109.717	45.811	38.487	51.558
1889 . . .	99.538	34.174	33.916	25.307
1890 . . .	92.427	56.199	35.598	52.003
1891 . . .	113.554	71.042	47.426	76.655
1892 . . .	130.758	80.136	84.393	62.127
1893 . . .	96.361	59.633	43.828	72.916
1894 . . .	59.386	37.505	38.094	43.967
1895 . . .	36.351	33.462	34.490	36.961
1896 . . .	31.885	65.103	51.445	68.060
1897 . . .	22.533	33.031	25.836	59.431
1898 . . .	17.111	39.797	29.828	58.613
1899 . . .	17.476	62.491	60.982	77.419
1900 . . .	18.507	114.847	90.787	100.185
1901 . . .	21.651	113.390	85.257	135.998
1902 . . .	28.304	171.989	107.347	178.375

Oesterreich-Ungarn und Italien wetteifern anscheinend in dem Bestreben, die grösste Auswanderermasse hieher zu senden. Russland steht hinter den beiden etwas zurück, ist aber allen übrigen Ländern weit voraus. Zusammen geben diese drei Länder

volle 70% der letztjährigen Einwanderung. Noch vor 15 Jahren stellten sie bloss 24%.

Die wirthschaftliche Kraft Nordamerikas äussert sich in folgenden Zahlen des Aussenhandels.

	Ausfuhr	Einfuhr Dollars	Ueberschuss der Ausfuhr
1895 .	807,538.165	731,969.965	75,568.200
1896 .	882,606.938	779,724.674	102,882.264
1897 .	1.050,993.556	764,730.412	286,263.144
1898 .	1.231,482.330	616,049.654	615,432.676
1899 .	1.227,023.302	697,148.489	529,874.813
1900 .	1.394,483.082	849,941.184	544,541.898
1901 .	1.487,764.991	823,172.165	664,592.826
1902 .	1.382,033.407	902,911.308	479,122.099

Der Bericht des Schatzsekretärs für 1900 lautet: Die gesammten Staatseinnahmen sind in dem mit dem 30. Juni zu Ende gegangenen Rechnungsjahre im Vergleich zum Vorjahre um 29,721.099, die Ausgaben um 22,253.561 Doll. gestiegen. Die gegen Metalldepositen ausgegebenen Goldcertifikate haben sich im Rechnungsjahre um 45,160.270 und im ersten Viertel des neuen Jahres um weitere 31,801.430 Doll. vermehrt. Der Goldbestand im Staatsschatze, einschliesslich des Reserve- und des Sicherheitsfonds für Certifikate, belief sich am 1. November auf 542,831.849 Dollars. Diese Summe an Gold hätte, so hebt der Schatzsekretär hervor, niemals zuvor der Staatsschatz der Vereinigten Staaten aufzuweisen gehabt. Der Bestand an ungemünztem Silber betrug bei Beginn des Jahres 85,268.054, bei Schluss des Jahres 52,562.922 Standard-Unzen. Man berechnete den Gesammtbestand des Landes an Goldmünzen, einschliesslich des in den Münzen befindlichen Rohgoldes, bei Schluss des Finanzjahres auf 1.124,652.818 und den Bestand an Silbermünze auf 610,447.025 Doll. Die Gesammtausfuhr von Waaren, Gold und Silber in den letzten vier Jahren überstieg die Einfuhr um 2.288,028.067 Dollars. Die Handelsmarine zählte am 30. Juni 24.037 Schiffe mit einem Bruttogehalt von 5,524.218 Tonnen. Sie wird nur noch von der britischen Handelsmarine übertroffen, welche über 14,064.152 Tonnen verfügt, während die deutsche Marine mit 3,244.208 Tonnen

am nächsten kommt. Der Bericht regt im Hinblick auf die grossen Postdampferlinien des Auslandes aufs neue an, amerikanische Dampferlinien zum Transport der amerikanischen Post zu errichten. Auch könnten Amerikas riesige Eisenbahnlinien nicht länger an den Ozeanen Halt machen, sie müssten ihre Fortsetzung über das Wasser hinweg finden. Zunächst könne ja Amerika den Schiffsbau durch Schiffsprämien heben. Bezüglich des Bankwesens in den Vereinigten Staaten weist der Bericht des Schatzsekretärs darauf hin, dass es angebracht wäre, eine Aenderung des gegenwärtigen Systems, unter welchem keinerlei Zusammenschluss der Banken zum gemeinsamen Schutz in schlechten Zeiten vorgesehen sei, zu schaffen. Man könnte nach Muster des in der Union bestehenden politischen Systems auch bei den Banken das Princip der Föderation zur Anwendung bringen. Eine grosse Centralbank, zu der alle Banken gewisse Procentsätze des Kapitals beizusteuern hätten, und die unter einer Leitung stände, die im Wege der Wahl von allen Banken geschaffen wird, würde die Interessen des ganzen Landes verkörpern. Schliesslich führt der Bericht des Schatzsekretärs bezüglich der Staatsschuld Folgendes aus: Die zu verzinsende Staatsschuld, welche am 1. April 1898 847,366.680 Dollars betrug und durch den Krieg auf 1.046,049.020 Dollars gesteigert wurde, ist nunmehr (am 15. November 1901) auf 954,027.150 Dollars gesunken. Der Baarbestand des Schatzamtes ist von 226,166.944 Dollars am 1. April 1898 auf 322,524.732 Dollars am 15. November d. J. gestiegen. Diese Zahlen sprächen für eine so feste Position des Schatzes, wie sie nie zuvor bestanden habe. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei danach am besten geeignet, das jetzt noch unvollkommene Währungssystem des Landes zu vervollkommnen. Nordamerikas wirthschaftliche Kräfte haben ihre erste Unterlage im Landbau. Der Konsularbericht vom August 1902 sagt Folgendes:

Angesichts der ausserordentlichen industriellen Fortschritte in den Vereinigten Staaten verdient die Thatsache hervorgehoben zu werden, dass dort von einem relativen Rückgang des Landbaues im Ver-

gleich zur Industrie der Städte keine Rede sein kann. Vielmehr ist die Zahl der Farmen in der Zeit von 1890 bis 1900 wieder um ein volles Viertel gestiegen, während zu gleich ihr Werth um 28·4 Procent und auch ihr Durchschnittsareal nicht unbeträchtlich in die Höhe gingen. Gegenwärtig bestehen gegen 6 Millionen in Betrieb befindliche Farmen (bei der Volkszählung von 1900 wurden 5,739.657 ermittelt), die gegen 900,000.000 Acker einnehmen (1900 841,201.546 Acker). Der Werth der Farmprodukte hat sich in der Zeit von 1890 bis 1900 fast um die Hälfte gesteigert und ist inzwischen weiter in die Höhe gegangen. Der Werth des Reinertrages einer Farm, der 1900 nur 655 Dollars betrug, mag inzwischen auf 750 Dollars und mehr gekommen sein, so dass man sagen kann, die sechs Millionen Farmer, die den Kern der amerikanischen Nation bilden, befinden sich in blühendem Wohlstande und geben den Landesindustrien eine stets wachsende Zahl kaufkräftiger Konsumenten. Da jetzt noch nicht mehr als etwa die Hälfte des gesammten Areals sich unter Kultur befindet, die Mehrzahl aller Staaten aber noch eine Masse fruchtbaren Landes aufweist, so vermag die Union mit Leichtigkeit noch Millionen von Landbebauern aufzunehmen und glänzend zu ernähren, die aus Europa noch hinzuströmen mögen. Nur drei Staaten haben mehr als drei Viertel ihres Areals unter Kultur, nämlich Iowa (86 Procent), Illinois und Indiana (je 77 Procent), bei den meisten Staaten ist noch lange nicht die Hälfte des anbaufähigen Bodens in Betrieb genommen. Der Ertrag aller Farmen wurde 1900 auf $3^3/_4$ Milliarden Dollars = 16.000,000.000 Mark geschätzt. Es ist interessant, bei einigen Hauptprodukten der Landwirthschaft die Ernteerträge von den Jahren 1850 und 1900 gegenüberzustellen. Es stiegen:

Welschkorn	von	592	Mill.	Bushel	auf		2105 Mill.	Bushel.
Weizen	„	100	„	„	„		522 „	„
Hafer	„	146	„	„	„		809 „	„
Baumwolle	„	2	„	Ballen	„	rund	10 „	Ballen.
Rohrzuker	„	$1^1/_5$	„	Tonnen	„	„	$2^4/_5$ „	Tonnen.

Aehnlich war die Zunahme des Viehstandes, des Werthes der Milchprodukte, der Tabak- und Reisernten und anderer minder bedeutenden landwirth-

schaftlichen Erzeugnisse. Dabei war das Vergleichsjahr 1900 keineswegs durch eine besonders günstige Ernte ausgezeichnet, aber sie war gross genug, um den Wohlstand der Farmer in aufsteigender Linie zu erhalten. . . .

Die Industrie Nordamerikas bietet folgendes Bild. Die zehn Hauptindustriestaaten der Union waren nach dem Census vom Jahre 1900, was Anzahl der Betriebe, Höhe des angelegten Kapitals, Gesammtzahl der beschäftigten Personen und Produktionswerthe anbetrifft, nachstehende:

Staat	Anzahl der Betriebe	Darin angelegtes Kapital Doll.	Zahl der Beschäftigten	Produktionswerth Doll.
New-York . . .	78.658	1.651,210.220	849.056	2.175,726.900
Pennsylvanien .	52.185	1.551,548.712	733.834	1.834,790.860
Illinois	38.360	776,829.598	395.110	1.259.730.168
Massachusetts .	29.180	823,264 287	497.448	1.035,198.989
Ohio	32.398	605,792.266	345.869	832,438.113
New Jersey . .	15.481	502,824.082	241.582	611,748.933
Missouri . . .	18.754	249,888.581	134.975	385,492.784
Indiana . . .	18.015	234,481.528	155.956	378,120.140
Michigan . . .	16.807	284,097.133	162.355	356,944.082
Wisconsin . .	16.187	330,568.779	142.076	360,878.942

Jede der folgenden zwölf Städte weist Gewerbebetriebe mit einem Anlagekapital von über 100,000.000 Dollars auf. Alt-New-York (einschliesslich der Stadtteile Manhattan und Bronx) und Brooklyn sind hierbei als besondere Städte behandelt. Die Reihenfolge ist nach dem Werthe der hergestellten Waaren gewählt:

Stadt	Anzahl der Betriebe	Anlage-Kapital Doll.	Gesammtzahl der Beschäftigten	Werth der Produkte Doll.
New-York (alt)	27.168	608,661.810	344.054	975,168.202
Chicago . . .	19.203	534,000.689	262.621	888,945.311
Philadelphia .	15.887	476,529.407	246.455	603,466.526
Brooklyn . . .	10.713	271,375.301	100.881	342,127.124
St. Louis . . .	6.732	162.179.331	82.672	233,629.733
Boston	7.247	143,311.576	72.142	206,081,767
Pittsburg . . .	1.938	193,162.900	69.977	203,261.251
Baltimore . . .	6.359	117,062.459	78 738	161,249.240
Cincinnati . .	5.127	109,582.142	63.240	157,806.834
Newark . . .	3.339	103,191.403	49.550	126,954.049
Milwaukee . .	3.342	110,363.854	48.328	123,786.449
Buffalo	3.902	103,939.655	43,422	122,230.061

Das Anlagekapital der amerikanischen Eisenbahnen betrug Ende 1900 rund 11.491 Mill. Dollars.

Die absoluten Bilanzfaktoren der beiden verglichenen Geschäftsjahre sind die folgenden:

	1899/1900 Doll.	1898/1899 Doll.
Brutto-Einnahme . . .	1.487,044.814	1.313,610.118
Betriebskosten	961,428.511	856,968.999
Reinertrag	525,616.303	456,641.119

Der durchschnittliche Brutto-Ertrag pro Streckenmeile belief sich auf 7723 Doll. oder 717 Doll. mehr als im Vorjahre. An Steuern hatten die Eisenbahnen im Jahre 1899 bis 1900 einen Gesammtbetrag von 47,415.433 Doll. zu entrichten, was im Durchschnitt für die Streckenmeile eine Besteuerung von 246·24 Doll. ausmacht. Diese Summen begreifen indess weder die Abgaben in sich, welche nach dem neuen Einkommensteuergesetz der Bundeskasse zufliessen, noch die verhältnissmässig geringen Sondergebühren, welche einzelne Staaten von den Eisenbahnen neben der Hauptbesteuerung noch erheben. Die Gesammtzahl der bei den Eisenbahnunfällen zu Schaden gekommenen Personen belief sich im Rechnungsjahre 1899/1900 auf 58.185; von diesen kamen ums Leben 7865, verletzt wurden 50.320. Unter den Getödteten waren 2550, unter den Verletzten 39.643 Angestellte der Eisenbahnen.

Die Herrschaft des Kapitalismus in Nordamerika ist eine unumschränkte. Der Präsident und die gesetzgebenden Körperschaften müssen ihr unbedingt dienen, dafür sorgt schon der Staatssekretär Jude Hay. Thatsächlicher Herr Nordamerikas ist Jude Morgan, der nur aus dem Petroleummonopol jährlich 25 Millionen Dollars reines Einkommen hat. Nordamerika ist das Land, wo der Dollar alles regiert und beherrscht, die Freiheit ist nur ein Schwindel.

h) Staatsvoranschläge der übrigen civilisirten Staaten.

Argentina. Ausgaben für das J. 1902: 102,943.693 Pesos in Papier, und 33,072.223 Pesos in Gold. Staatsschuld betrug 86,984.202 Lib. sterl. 18 Millionen Pesos Gold, 95 Mill. Pesos in Papier. Ende Mai 1903 eröffnete der Präsident den Kongress mit folgender Botschaft. Die Kriegsbefürchtungen und der Verlust

der Ernten in einigen Provinzen legten in dem Jahre 1901/2 die Geschäfte in sehr empfindlichem Masse lahm und brachten eine beträchtliche Verminderung der Staatseinnahmen mit sich. Der Einnahmevoranschlag belief sich auf 47,413.347 Pesos Gold und 72,890.000 Doll. Papier. Die wirklichen ordentlichen und ausserordentlichen Einkünfte brachten jedoch nur 40,240.264 Doll. Gold und 69,129.483 Doll. Papier, so dass sich also gegenüber dem Voranschlage ein Ausfall von 7,173.082 Doll. Gold und 3,760.516 Doll. Papier ergab. Dank möglichster Sparsamkeit und dem in Budget vorgesehenen Zuschuss der Banco Nacional war das Deficit das geringstmögliche, und ich kann (sagt der Präsident) hinzufügen, dass dasselbe bereits durch die Verwendung des aus den ersten Monaten des laufenden Jahres sich ergebenden Einnahmeüberschusses gedeckt ist. Der erhebliche Rückgang der Einfuhr und der Staatseinnahmen fand einen Ausgleich in der Zunahme der Ausfuhr, die sich auf 179,486.727 Doll. Gold belief, womit das Ergebnis des Jahres 1901 um 11,760.625 Doll. Gold übertroffen und ein Ueberschuss des Exports über den Import von 76,447.471 Doll. erzielt wurde, der auf den Stand der internationalen Wechselkurse einwirkte, die Zahlungen des Importhandels erleichterte und es der Verwaltung gestattete, ihren Auslandsverpflichtungen zu vortheilhaften Bedingungen nachzukommen. Die am 1. Juli 1901 nach einer seit 1893 dauernden Unterbrechung wieder aufgenommene Amortisirung der konsolidirten auswärtigen Schuld ist mit aller Pünktlichkeit geleistet worden. Diese Pünktlichkeit unseres Verfahrens hat zweifellos zu der Hebung unseres Kredites und zu der grösseren Leichtigkeit beigetragen, womit die Regierung ihre Finanzoperationen auszuführen schon in der Lage ist. Davon zeugt auch die schon erwähnte Kursbesserung unserer Schuldtitel, von denen einige, nämlich diejenigen von 6 und 5%, über Pari notiren, was die Möglichkeit einer Zinsenreduktion auf Grund der in diesen Fällen bei den Nationen üblichen Mittel in nahe Aussicht stellt. Die gleiche Hebung unseres Kredites hat es der Regierung auch ermöglicht,

zu günstigeren Bedingungen die Titel des 1891er Anlehens und der Banco Nacional in Liq. unterzubringen.

Die Botschaft weist ferner auf die Anhäufung von Bargold in dem Lande hin und fährt fort: Allein in der Konversionskasse befinden sich in diesem Augenblicke mehr als 25 Millionen Dollar Gold, welche gegen das unter Garantie der Nation zu dem gesetzlich festgesetzten Kurse cirkulirende Papiergeld umgetauscht wurden. „Ich bin“ — so äussert sich der Präsident weiter — „der Ansicht, dass dieses Gesetz auf das entschiedenste aufrecht erhalten werden muss, und dass, sobald der Stand der Staatskasse dies erlaubt, dem Konversionsfonds die Summen wieder erstattet werden müssen, die ihrer Verwendung aus bekannten Ursachen (Kriegsrüstungen gegen Chile) entfremdet worden sind. Auf diese Weise möchte dann auch in nicht zu ferner Zeit das Versprechen einer Barkonversion zu dem festgesetzten Kurse zur Erfüllung kommen. Wenn Argentinien gute Ernten beschieden sind und das Land sich nicht zu neuen Ausschreitungen verleiten lässt, darf mit einer Konsolidation der Verhältnisse des Landes gerechnet werden. Der Ausbeuter der argentinischen Republik ist Lord Rothschild in London, er nimmt die Zinsen für die Staatsschuld in Empfang.

Belgien. Ausgaben pro 1902 waren: 491,368.524 Francs. Die Staatsschuld betrug 2778,051.350 Francs. Erforderte eine Verzinsung von 133,976.480 Francs. Ende 1899 betrug das mobile Kapital der Brüsseler Börse 7718 Millionen Francs. Die Internationalität des Unternehmerkapitals wird trefflich durch einen belgischen Bericht über den auswärtigen Handel illustrirt. Danach arbeiten in Spanien 7 belgische Gesellschaften mit 23 Millionen Franken Kapital; in Portugal eine Gesellschaft mit 700.000 Franken; in Serbien eine Gesellschaft mit einer Million. In Italien haben drei Gesellschaften belgischer Kapitalisten je eine Million, in Griechenland eine die Summe von 2,200.000 Frcs. investirt. Zwei Gesellschaften sind in Egypten etablirt, wovon eine mit vier Millionen; vier in Persien, wovon zwei mit 370.000 Franken; eine Gesellschaft in Brasilien mit 25 Millionen. In Mexiko ist eine

belgische Gesellschaft mit ungenanntem Kapital thätig; am Kongo 14 Gesellschaften mit 45,950.000 Franken und in Russland 55 Gesellschaften mit über 178 Millionen Kapital. Diese Zusammenstellung ist aber noch nicht vollständig, indem sich noch grosse Kapitalsummen, welche ausser Landes arbeiten, jeder Kenntnis entziehen. Angesichts solcher, übrigens hinlänglich bekannten Thatsachen ist gewiss auch die internationale Solidarität der Arbeiterinteressen berechtigt.

Brasilien. Ausgaben für das Jahr 1902 waren: 237,921.289 Milreis in Papier, 33,592.179 Milreis in Gold. Aeussere Schuld Brasiliens 44,396.976 Liber St. in Gold. Innere Schuld 1425,500.000 Milreis in Papier. Schulden der Einzelstaaten 10,135.729 Milreis. Staatsfinancier Brasiliens ist Lord Rothschild in London.

Rumänien. Staatsausgaben für das Jahr 1902 waren 218,500.000 Lei. (1 Lei = 0·80 M.) Staatschuld betrug 1.413,339.384 Lei. Zinsen dafür pro 1902 betrugen 86,441.092 Lei. Financiers des rumänischen Staates ist vornehmlich der Pariser Rothschild. Das internationale Finanzjudenthum will mit aller Gewalt dieses Land den Juden erobern und das rumänische Volk vernichten. Rumäniens Bevölkerung treibt vornehmlich Landwirtschaft. Die Gesammtoberfläche Rumäniens beträgt 13·1 Millionen Hektar. Hievon entfallen 3·1 Millionen Hektar auf unkultivirtes und unkultivirbares Land, 2·7 Millionen Hektar auf Wälder, 0·2 Millionen Hektar auf Wein- und Obstkulturen und 6·9 Millionen Hektar auf Acker- und Wiesenland, welches sich auf 919.082 Eigenthümer vertheilt. Von diesem Kulturboden kommen: *a)* auf die Erbbauern als unveräusserlicher Besitz 4·4 Millionen Hektar, *b)* auf den Grossgrundbesitz 1·7 Mill. Hektar, *c)* auf in Loose vertheilte und zum Verkauf gestellte Parzellen 0·003 Mill. Hektar, *d)* auf unverkäufliche Staatsgüter 0·2 Mill. Hektar, *e)* auf vom Domänenministerium an andere Behörden abgetretenen Grundbesitz 0·003 Mill. Hektar, *f)* auf Kirchen, Spitäler, Wohlthätigkeitsanstalten 0·6 Millionen Hektar. Hierin sind Wälder nicht mit inbegriffen; dieselben werden erst im Augenblick ihrer Ausbeutung steuerpflichtig. Von

den Wäldern entfallen: *a)* auf die Güter der todten Hand und der Domänen 166.720 Hektar, *b)* auf den Staat 1,085.033 Hektar, *c)* auf den Grossgrundbesitz 1,200.735 Hektar, *d)* auf die Bauern 321.560 Hektar. Von den 6·9 Mill. Hektar Ackerland befinden sich ca. 4·40 Mill. Hektar in Händen der Bauern; 1·7 Mill. Hektar gehören dem Grossgrundbesitz. Der bäuerliche Besitz ist also um 2½mal grösser als derjenige der Latifundien. Der Werth dieser 6·9 Mill. Hektar Grundbesitz betrug im Jahre 1900 ca. 4560 Mill. Lei und einschliesslich des Werthes der Staatswaldungen, der Privatwaldungen, der Wein- und Obstkulturen im Ganzen ca. 4970 Mill. Lei. Hievon kamen etwa 1115 Mill. Lei auf den Grossgrundbesitz. Das Nettoeinkommen aus diesem Gesammtgrundbesitz — ausschliesslich der steuerfreien Waldungen und der Staatsdomänen — belief sich auf etwa 212 Mill. Lei. Dieser Nettoertrag ist mit etwa 11·5 Mill. Lei Grundsteuer, und zwar so belastet, dass auf die 4·4 Mill. Hektar der Bauern ca. 7·7 Mill. Lei, auf die 1·7 Mill. Hektar des Grossgrundbesitzes ca. 3·6 Mill. Lei entfallen. Letzterer bezahlt erheblich mehr Grundsteuer als der Kleinbesitz. Zu den erwähnten 11·5 Mill. Lei kommen aber noch ca. 10 Mill. Lei Zuschlagsteuern und etwa 1 Mill. Lei Hektarsteuer für Wein- und Pflaumenkulturen. Die Gesammteinnahmen des Finanzministeriums aus dem Landgrundbesitz belaufen sich also auf ca. 22 Mill. Lei jährlich. Dieser Gesammtgrundbesitz ist mit ca. 432 Mill. Lei hypothekarisch belastet, und zwar in erster Linie wieder der Grossgrundbesitz mit fast 420 Mill. Lei; der unveräusserliche Besitz der Bauern ist daran mit kaum 12 Mill. betheiligt. Beim „Credit funciar rural“ sind etwa 225 Mill. Lei, bei Privaten ca. 177 Mill. Lei hypothekarisch aufgenommen. Von letzteren 177 Mill. Lei tragen jedoch nur etwa 134 Mill. Zinsen; der Rest von ca. 43 Mill. Lei besteht aus unverzinsten Garantien.

Für diese Gesammthypothekenschuld zahlt der ländliche Grundbesitz jährlich an Zinsen:

1. an den Credit Agricol ca.	2·3	Mill. Lei
2. an den Credit Funciar	26·1	„ „

3. an die Agricolbank	1·2	Mill. Lei
4. an Privatgeldgeber	10·00	„ „
zusammen .	39·6	Mill. Lei
zu denen noch an Gerichtskosten etc.	3·00	„ „
und an vorerwähnten Grundsteuern .	22·00	„ „
kommen, so dass ca.	64·60	Mill. Lei

oder ca. 30 Proc. des Nettoeinkommens zur Bezahlung von Steuern, Zinsen u. s. w. abgehen. Die seit 1873 gegründete „Societate Creditul funciar rural" gab zuerst 7procent. Grundbriefe im Nominalwerthe von 17 Mill. Lei zum Kurse von 80·9 Proc. aus, 1881 emittirte sie 5proc., vom 1. Juli 1898 an aber 4proc. In Cirkulation befinden sich zur Zeit ca. 230 Mill. Lei (Nominalwerth) zu 4 Proz. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 0·25 bani pro 100 Lei nominal pro Jahr. Bis zum 31. Dezember 1900 wurden bei der Gesellschaft im Ganzen 1817 Grundstücke mit Hypotheken belastet gegen 1756 bis zum Jahre 1897. Von 1873 bis zum 1. Januar 1900 hat die Gesellschaft ausgegeben: 64 Mill. Lei in 7proc. Titres, 272 Mill. Lei in 5proc. Titres, 24 Mill. Lei in 4proc. Titres, im Ganzen also 360 Mill. Lei. Hievon wurden im Ganzen durch Vorausbezahlung und Auslosung ca. 107 Mill. amortisirt. Der Zinsfuss für Privathypotheken ist ein ungleich höherer und schwankt zwischen 8 bis 18 Proc. pro Jahr, erreicht aber nicht selten auch 36 Proc. Die vorerwähnten 134 Mill. verzinsbarer Privathypotheken tragen 13 Mill. Lei Zinsen pro Jahr. Für den ihnen bei Bankiers und sonstigen Geldgebern eingeräumten Kredit zahlen die Grossgrundbesitzer in der Regel 24 Proc., zu denen noch 0·50 Proc. Kommission und andere Auslagen kommen.

Ueber den Wucher berichtete 1901 der Consul Hurter in Bukarest folgendes: Nach einer Broschür, die die vor 2 Jahren beim rumänischen Domänenministerium errichtete wirthschaftliche Enquêtekommission über den Ruralbesitz in Rumänien veröffentlicht hat, entfallen von der Gesammtoberfläche Rumäniens, welche 13,135.744 ha beträgt, 3,166.444 ha auf unkultivirtes Land wie Wege, verbaute Grundflächen, Flüsse, Sümpfe, Seen, felsiges Terrain, Stein-

brüche etc., 2,774.048 ha auf Wälder, 216.656 ha auf Wein- und Obstgärten und 6,978.596 ha auf Ackerland und Wiesen. Der effektive Werth des Agrarbesitzes bei seiner oben angeführten Ausdehnung von 6,978.596 ha wird auf 4.558,971.760 Lei, der Werth der Staatswaldungen auf 48,911.518 und der Werth der Privatwälder, der Wein- und Pflaumengärten auf 135,120.200 Lei geschätzt. Danach würde der effektive Werth des gesammten Kulturlandes in Rumänien die Höhe von 4.962,993.678 Lei erreichen, wovon 1.114,940.339 Lei auf den ländlichen Grundbesitz entfallen. Das jährliche Nettoeinkommen aus dem gesammten Agrarbesitz des Landes mit Ausschluss der Wälder, die erst beim Abhieb des Holzes einer Steuer unterworfen werden, und mit Ausschluss der Staatsgüter beziffert sich nach den Konstatirungen des Finanzministeriums auf 211.930,346 Lei. Von diesem jährlichen Nettoeinkommen ist eine jährliche Grundsteuer von 11,424.356 Lei zu zahlen, welche Summe jedoch durch die Zuschläge auf 21,195.633 Lei oder 9·44 pCt. sich erhöht, die für Wein- und Pflaumengärten bestehende Hektarsteuer im Jahresbetrage von 1,059.000 Lei gar nicht eingerechnet. Ausser diesen Abgaben zahlt das Einkommen aus dem ländlichen Grundbesitz jährlich 26,174.321 Lei Zinsen für die beim Credit funciar und den Privaten aufgenommenen Hypothekaranleihen, an welchen der Grossgrundbesitz mit 34·02 pCt. seines oben mit 1.114,940.329 Lei angegebenen Besitzwerthes betheiligt ist. Die Hypothekenzinsen der Privatanleihen sind hoch und steigen bei einem Durchschnitt von 9·92 pCt. in einzelnen Fällen bis zu 36 pCt. per Jahr. Noch weit grösser sind die Zinsen, welche die Landwirthe für den ihnen eingeräumten Personalkredit bezahlen. So bezahlen die grossen Grundbesitzer bei den Bankiers 24 pCt. Jahreszinsen und ausserdem noch 0·50 pCt. Kommission. Erschreckend ist aber die Höhe der Zinsen, zu welchen sich der Bauernstand herbeilassen muss. Ein Zins von 1 Lei für 20 Lei per Monat oder von 60 pCt. per Jahr gilt noch als ein Freundschaftsdienst. Ein doppelter Zinsfuss von 120 pCt. ist längs der ganzen Donau von Turn-Severin bis Galatz gebräuchlich. In einer Gemeinde des Distriktes Mehedint

zahlen die Bauern für ein Darlehen von 20 Lei für den Tag 20 Bani oder 73 Lei per Jahr, was einer Verzinsung von 365 pCt. per Jahr entspricht. An anderen Orten wird der Bauer unter dem Vorwande des Getreideverkaufes bewuchert, indem man ihn zum Beispiel erklären läst, dass er den Preis von 2 bis 3 Chila Mais empfangen habe, während er blos den Preis für ein Chila erhalten hat. Bis zum 1. Januar 1900 hatte die Hypothekarschuld des Grundbesitzes 431,921.778 Lei betragen, von welcher Summe 254,227.136 Lei vom Credit funciar rural, der Rest auf dem Privatwege aufgenommen worden war.

Die Wuchergeschäfte besorgen ausschlieslich die Juden.

Schweden und Norwegen. Ausgaben pro 1902: 172,468.200 Kronen. Staatsschuld: 349,182.333 Kron. Zins pro 1902: 12,974.100 Kronen.

Schweiz. Ausgabe pro 1902: 108,120.000 Francs. Zins für die Staatsschuld: 4,514.277 Francs.

Serbien. Ausgabe pro 1902: 72,983.135 Dinars. (Dinar = 0·80 M.). Staatsschuld 418,685.093 Dinars. Zins dafür 19,422.000 Dinars.

Spanien. Die Staatsausgaben pro 1902 waren: 971,176.259 Pesetas; Staatsschuld Spaniens betrug 9.651,503.304 Pesetas. Zins dafür 399,905.177 Pesetas. Staatsfinancier Spaniens ist der Pariser Rothschild und sein Bevollmächtiger in Spanien Banquier Moritz Bauer in Madrid. Staatseinnahmen waren: Immobilien- und Viehsteuer 190²/₃ Millionen Pesetas (166¹/₄ Millionen); Industrie- und Handelssteuer 43¹/₂ Millionen (42¹/₂); Einkommensteuer 122¹/₃ Mill. (166); Erbschaftssteuer 51¹/₂ Mill. (49¹/₄), Bergwerkssteuer 7¹/₂ Mill. (7); Personalsteuer 9¹/₄ Mill. (9¹/₄); Munizipalabgaben 3¹/₂ Mill. (3¹/₂); Luxuswagensteuer 919.215 Pes. (859.252); Abgaben der baskischen Provinzen und Navarras 6²/₃ Mill. (6³/₄); Zölle 142²/₃ Mill. (169) — eine Folge der guten Getreideernte —; Zuckersteuer 21²/₃ Mill. (19¹/₃); Spritsteuer 4 Mill. (2¹/₃); Konsulatsabgaben 1³/₄ Mill. (1³/₄); Konsum- und Salzsteuer 83¹/₂ Mill. (91¹/₃); Transportsteuer 23³/₄ Mill. (23); Stempelabgaben 66¹/₂ Mill. (65); Gas- und Elektricitätssteuer 4¹/₃ Mill. (4); Tabaksteuer

$133^1/_4$ Mill. ($126^1/_2$); Streichholzsteuer 5 Mill. (5); Lotterie $34^1/_4$ Mill. (29); Sprengstoffsteuer $3^1/_3$ Mill. ($3^1/_4$); Almaden $6^3/_4$ Mill. ($6^2/_3$); Linares $^1/_2$ Mill. (1); Kanalabgaben $1^1/_3$ Mill. ($1^1/_2$); Cruzada-Rente $2^2/_3$ Mill. ($2^2/_3$); Befreiung vom Militärdienst $13^1/_4$ Mill. ($8^1/_3$); sonstige Einnahmen $29^1/_2$ Mill. ($33^1/_3$), zusammen 1014 Mill. ($994^1/_2$). Diese Ziffern verdienen gegenwärtig insofern besondere Beachtung, als nach der Frankf. Z. der spanische Finanzminister ein Reorganisationsprogramm ausgearbeitet haben soll, in dem infolge besserer Steuereinhebung und Schaffung neuer Steuern, darunter einer Alkoholsteuer, ein Ueberschuss von 100 Mil. Pesetas in Aussicht gestellt wird. Dieser Ueberschuss soll theils zu Rückzahlungen an die Bank von Spanien, theils zu Rückkäufen von Extérieurs sowie zu Massregeln für Verbesserung des Wechselkurses dienen. Der spanische Aussenhandel zeigt pro 1902 folgende Hauptziffern: Einfuhr 811 Mill. Pesetas (1901 $837^3/_4$, 1900 875 Mill. Pes.), Ausfuhr $752^1/_4$ (resp. 706 und $753^1/_2$ Mill. Pes.).

Das internationale Finanzjudenthum arbeitet mit aller Kraft dieses Land zur Republik zu machen, um es auf ähnliche Weise auszubeuten wie Frankreich. So schreibt der Jude Mosse in seinem Organ Berliner Tageblatt vom 19. Mai 1903 Folgendes:

Republikaner und Königsthum in Spanien. Der junge König Alfons hat es, dem den spanischen Hof beherrschenden klerikalen Einflusse widerstandslos ausgeliefert, nicht fertig bringen können, sich diejenige Popularität zu sichern, die der Inhaber eines so schwankenden Thrones wie des spanischen unbedingt haben muss. Die Gefahren dieses Zustandes für die Dynastie beleuchtet eine Unterredung, die unser Londoner β-Korrespondent mit einem loyalen Anhänger der Dynastie hatte. Er berichtet uns darüber in folgendem Privat-Telegramm: Ein dem spanischen Hofe sehr nahe stehender, eben aus Madrid zurückgekehrter Herr, dessen besondere Anhänglichkeit an die königliche Familie mir bekannt ist, theilte mir sorgenvoll mit, dass die republikanische Bewegung in Spanien immer aussichtsvoller auftritt. Er mass diesen Umstand vornehmlich der Thatsache bei, dass,

während die Republikaner sich eifrigst rühren, der junge König seit seiner letzten Reise im vorigen Jahre, wo er von der Bevölkerung enthusiastisch aufgenommen wurde, sich durchhaus passiv verhalten und dadurch die Fühlung mit dem Volke verloren hat. Wenn er reise, so geschehe dies möglichst unauffällig, fast geheim. Die Schuld hierfür wird der ängstlich um ihren Sohn besorgten Königin beigemessen. Wie gross die Verehrung für die Königin als Regentin war, so sehr wünscht man heute ihre Entfernung von der Seite des jungen Königs und würde am liebsten ihre Rückkehr in ihre österreichische Heimat sehen. Es scheint aber, dass niemand in ihrer Umgebung es wagt, ihr über die Situation Aufklärung zu geben und ihr diesen Schritt nahe zu legen. Mein Gewährsmann wies darauf hin, wie es der Infantin Isabella gelungen ist, im Volke, in dessen Mitte sie lebe, grosse Popularität zu erlangen, und meinte, dass dieses Beispiel genügen sollte, den jungen König dem Volke mehr zuzuführen, um eine allen treuen Royalisten und Freunden der königlichen Familie überaus schmerzliche Katastrophe zu verhindern. Das klingt nicht gerade tröstlich für die Zukunft der Dynastie Bourbon-Anjou. Und es ist nicht abzusehen, das irgendeine Aenderung eintreten sollte.

Die spanischen Cortes sind gestern in der üblichen Weise mit einer ziemlich gleichgiltig lassenden Thronrede eröffnet worden. Unser Madrider Korrespondent sendet uns folgendes Privat-Telegramm: Unter Kanonendonner, Vivas und grossem Aufwand an königlicher Pracht wurden Montag Nachmittags die Cortes eröffnet. Nur vereinzelte Vivas ertönten auch auf der Strasse bei der Durchfahrt des Königs. Im Senat war die Begrüssung lebhafter. Die Thronrede bietet nichts neues; die verspricht Reformen auf den verschiedensten Gebieten, gedenkt der Einigkeit der Mächte bezüglich der Integrität Marokkos und kündigt ein organisches Grundgesetz für die Verwaltung Fernando Pos und Unterrichtsgesetze auf der Basis völliger Freiheit an, womit die Ultramontanen sehr zufrieden sein dürften, da die Schulen dadurch den Kon-

gregationen ausgeliefert werden. Bezüglich der Finanzen stellt die Thronrede einen ausgeglichenen Etat beziehungsweise einen Ueberschuss in Aussicht, um die Währungsfrage zu lösen, ferner ein Spritgesetz und die definitive Regelung der Erbschaftssteuer. Schliesslich verspricht sie sociale Reformen. Die Republikaner blieben zum Zeichen des Protestes gegen die Monarchie der Eröffnung fern.

Türkei. Staatsausgabe pro 1898: 18,429.411 türk. Pfund. (1 t. Pf. = 18½ M.) Staatsschuld 133,939.003 türk. Pf. Zins 6,459.306 türk. Pf. Financiers der Türkei Pariser und Londoner Rothschild, Erlanger in London und andere Börsengrössen. Pariser Rothschild allein besitzt rund für 2000 Millionen Francs türkische Titres. Deswegen muss auch die Türkei unangetastet bleiben, und wenn Abdul Hamid sämmtliche Christen ermorden liesse, keine Macht darf eingreifen, Rothschild käme um seine Zinsen.

Bulgarien. Ausgabe pro 1902: 98,898.337 Lei. Staatsschuld 290 Millionen Lei, verzinst zu 5%.

Aegypten. Staatsausgabe pro 1902 war 11,060.000 aegypt. Pfund. (1 aegypt. Pf. = 20 M.) Staatsschuld 103,022.000 Pfund Sterling Gold. Zins dafür 4,399.876 aegypt. Pfund. Wird verwaltet vornehmlich für den Londoner Lord Rothschild.

Chile. Diese Republik ist ein besonders dankbares Operationsobjekt des Londoner Bankhauses Lord Rothschild. Finanzbericht des Sonar Cruzat lautet sehr anmutend. Noch vor wenigen Jahren vermochte Chile im internationalen Geldmarkt Anleihen zu 4½ Proc. aufzunehmen, und seine Bonds behaupteten sich damals in unmittelbarer Nähe des Pari-Standpunktes. Heutzutage notieren seine 4½proc. Schuldverschreibungen etwa 85, und als es vor einigen Monaten die verhältnismässig geringe Summe von 500.000 Pfd. St. benötigte, sah es sich gezwungen, 7 Proc. Zinsen zu offerieren. Wie der chilenische Finanzminister gelegentlich seines Budgetentwurfes für 1903 berechnete, dürften die gewöhnlichen Staatseinkünfte in 1900 100,330.000 Doll. und die gewöhnlichen und aussergewöhnlichen zusammen 143,104.967 Doll. ergeben haben. Der Aufwand in dem ein Deficit von 2,777.663,

Doll. aus dem Jahre 1901 mit inbegriffen ist, belief sich auf 151,604.967 Doll., so dass 1902 wiederum mit einem Fehlbetrage von 8,500.000 Doll. abgeschlossen haben müsste. Hätte der Finanzminister im letzten Jahre nicht 20 Mill. Doll. dem Währungs-Konversionsfonds entnommen und bei der Bank von Tarapaca 6,666.667 Doll. geborgt, so würde das Deficit mehr als 30 Mill. Doll. betragen haben. Was das Jahr 1903 anbetrifft, so werden die Staatseinkünfte in demselben auf 115,050.000 Doll. und die Ausgaben auf 126,240.224 Doll. geschätzt, so dass also ein weiterer Fehlbetrag von 11,190.224 Doll. bevorsteht. Die Staatsschuld Chiles betrug Ende 1902: 305,568.888 Pesos.

Dänemark. Ausgabe pro 1902: 74,911.809 Kronen. Staatsschuld 246,394.958 K, Zins dafür 8,126.509 K.

Griechenland. Ausgaben pro 1902: 121,885.707 Drachmen. (1 D. = 0·80 M.) Staatsschuld 864,398.073 Drachmen.

Japan. Ausgaben pro 1902: 275,887.424 Jen. Staatsschuld 510,189.078 Jen, Zins dafür 37,851.919 Jen. (1 Jen = 2·09 M.)

Mexiko. Ausgaben pro 1902: 64,738.816 Pesos. Staatsschuld 250,716.856 Pesos. (1 mexik. Pesos = 2·13 Mark.)

Niederlande. Ausgaben pro 1902: 167,333.723 holländ. Gulden. Staatsschuld 1.132,258.750 holländ. Gulden, Zins dafür 34,129.370 holländ. Gulden. (1 hol. Gulden = 1·68 M.)

Portugal. Ausgaben pro 1902: 55,690.114 Milreis. Aussere Staatsschuld 171,723.502 Pfund Sterling innere Staatsschuld 51,537.484 Milreis. Zinsen 20,739.310 Milreis. (1 Milreis = 3·60 M.)

China. Ueber die Staatseinahmen Chinas berichten die Pekinger gesammelten Nachrichten auf Grund amtlicher chinesischen Berichte sehr ausführlich. Die Einnahmen des 25 Jahres Kwanghsüs (Februar 1899 bis 1900) erscheinen dort unter fünf grossen Kapiteln aufgeführt: Grundsteuer, Zölle (Seezölle u. Dschunkenzölle), Likin, Salzsteuer und verschiedene Abgaben (Opium, Thee, Holz, Gewerbesteuern und Pfandhausgebühren). Den grössten Ertrag liefern danach die letzteren gemischten Abgaben und die Grundsteuer;

der Gesammtertrag aller Einnahmen ist auf 89,253.800 Taels angegeben, also etwa 270 Millionen Mark, wobei aber bemerkt werden muss, dass alle Ziffern nach unten auf je hundert Taels abgerundet angeführt und in dieser Verminderung zusammengezählt sind. An unmittelbarer Grundsteuer und an Naturalabgaben kommen 23,797.500 Taels ein, an Geldzahlungen an Stelle ursprünglicher Naturallieferungen 4,447.600 Taels und rückständige Summen aus dem Vorjahre 2,094.000 Taels; zusammen 30,339.100 Taels oder rund 90 Millionen Mark an Grundsteuer. Die Seezölle ergeben 22,035.400 Taels oder rund 66 Millionen Mark. Die Dschunkenzölle für den inländischen Fluss- und Hafenverkehr einheimischer Fahrzeuge, die von den Likinabgaben getrennt erhoben werden, bringen 2,906.400 Taels oder rund 8 Millionen Mark ein. Eingeschlossen sind dabei für die Provinz Kiangsi die Seidenzölle des Zollamtes von Kantschoufu (im Süden der Provinz am Kanfluss). Mit zu den bedeutendsten Einnahmequellen gehören die unter dem Namen Likin bekannt gewordenen Inlandzölle. Likin (nach Pekinger Mandarinenaussprache Litschin) bedeutet eigentlich „ein Käsch vom Werth", also ein Tausendstel, und ist seit dem grossen Taipingaufstand der Name für einen von allen Waren erhobenen Durchgangszoll, der in allen grösseren Orten und ausserdem an den Flüssen und auf den bedeutenderen Verkehrswegen an eigenen Sperren (Tschia) an den Flüssen, Kanälen und Gebirgspässen eingetrieben wird. Nach dem vorliegenden Bericht hat das Likin im Rechnungsjahre 14,678.300 Taels oder rund 45 Millionen Mark eingebracht. Fast genau dieselbe Summe liefert Steuer und Likin auf Salz, nämlich 14,537.400 Taels. Unter den im fünften Kapitel aufgeführten verschiedenen Steuern nimmt die Abgabe auf einheimisches Opium die hervorragendste Stelle ein, fast die Hälfte aller anderen zusammengenommen. Insgesammt weist dieser Abschnitt 4,776.400 Taels oder rund 15 Mill. Mark auf.

Anfangs des 19. Jahrhundertes waren sämmtliche Staaten Europas ungefähr 20.000—25.000 Millionen Francs schuldig, heute dürften die Staatsschulden Europas die Summe von 130.000 Millionen Francs

überschritten haben. Die Börsenzeitungen bringen bei Gelegenheit einer Ausschreibung einer Staatsanleihe Nachrichten, dass die Subscription der Staatsanleihe so und soviel mal überzeichnet sei, damit die Finanzminister den Eindruck gewinnen, als ob so viel Geld da sei, dass die Staaten in infinitum Schulden häufen können. Alles das ist aber eitler Trug der Pressjuden. In einem unbewachten Augenblicke verrathen sie doch ihre schöne Seele.

Es wird und muss auch der Augenblick kommen, wo die Völker dieses furchtbare Judenjoch von sich abzuwerfen werden genöthigt sein, falls sie ihre eigene Rettung vollbringen wollen.

Schlussbetrachtung.

Das „Bayerische Vaterland“ hat in den Nummern vom 18. und 19. Juli 1901 zwei Leitartikel gebracht mit der Aufschrift „Die bösen Czechen“. Es heisst da:

Es gibt wohl keine Nation auf Erden, auf die gegenwärtig so viel hinaufgelogen wird und gegen die eine intensivere Hetze veranstaltet wird, als gegen jene, welche in den österreichischen Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien die Mehrheit bildet, das Volk der Czechen. Kein Volk, die Iren u. Polen vielleicht ausgenommen, wurde in dieser Weise seit Jahrhunderten unterdrückt und über keines ist gerade das deutsche Publikum, das sich auf seine umfassende Schuldbildung so viel zugute thut, so mangelhaft unterrichtet. Und wenn die Czechen, seit ihnen ein Franz Palacký erstanden ist, ein ebenso uneigennütziger und ehrlicher Patriot, als grosser Gelehrter und ein Mann, auf den nicht nur Böhmen, sondern die gesammte Menschheit mit Stolz blicken darf, sich aus dem tiefsten Elend des 17. und 18. Jahrhunderts zu ihrer heutigen Blüthe und Entwickelung emporgerungen haben, so ist dies nur ein Beweis, welche Fülle von Kraft und guten Eigenschaften in diesem intelligenten Volksstamme der Slaven wohnt.

Fast die gesammte deutsche Presse nährt einen an Fanatismus grenzenden Hass gegen dieses Volk;

es ist so weit gekommen, dass in manchen Gegenden Oesterreichs man einen Czechen für seinen persönlichen Feind ansieht, und Mancher, der in früheren Jahren dem goldenen hundertthürmigen Prag, das man getrost zu den schönsten Städten der Welt zählen kann, einen Besuch abgestattet hätte, unterlässt dies in der albernen Meinung, er werde dort von den „halbwilden" Czechen auf dem Kraut verspeist werden. Während man über die thatsächlich bestehende Deutschfeindlichkeit der Magyaren (d. h. auch nur der herrschenden Klasse, nicht des Volkes) nur selten etwas liest, sind alle Blätter mit Alarmnachrichten über den „Deutschenhass" der Czechen angefüllt. Wie dies kommt, erzählt uns in einem sehr interessanten und zur Aufklärung empfehlenswerthen Werke „Der Nationalitäten- und Verfassungskonflikt in Oesterreich" (Prag 1900, in der Cyrillo-Method'schen Buchhandlung) der czechische katholische Priester Rudolph Vrba. Gleich am Eingange weist er an Beispielen darauf hin, wie die Reden czechischer Parteiführer bei bestimmten Gelegenheiten von der Judenpresse, allen voran die Wiener „N. Fr. Pr.", systematisch entstellt und gefälscht werden, wie man sich nicht scheut, in dieselben Aeusserungen hineinzulegen, die gegen das grosse Vaterland Oesterreich und die allgemein verehrte Dynastie gerichtet sind, ein Beweis, wie es die Juden verstehen, die Völker unter einander zu verhetzen nach dem Grundsatze: „Divide et impera!" Vrba sagt zum Schlusse seines Vorwortes: „Der Nationalitätenhader würde unmöglich solche Ausdehnung angenommen haben, wäre Oesterreich nicht so reich gesegnet mit der Judenpresse, dem Fluche Oesterreichs. Diese elende Presse ist des Landes grösstes Unglück."

Woher kommt es nun, dass gerade die Judenpresse, die doch in Deutschland unter Umständen, wie z. B. die Kuhhaut, „deutsch-national" sein kann, in Frankreich und Italien hyperpatriotisch ist und in England und Ungarn den verrücktesten Chauvinismus an den Tag legt, in Böhmen Alles daran setzt, dem Volke Feinde an den Hals zu hetzen?

Was soll der gebildete Mensch sagen, wenn all-

deutsche Trottel in der Welt herumziehen und den Leuten erzählen, die Czechen stünden an Kultur den Hottentotten gleich, ein Volk, das zu Karls IV. Zeiten die erste Stelle in Europa eingenommen und das über eine Literatur verfügt, die, obwohl später in der rohesten Weise unterdrückt, bewunderungswürdig genannt werden muss. Als ein „Volk von Rastelbindern und Mausfallen-Händlern“ bezeichnen alldeutsche vacirende Eisendreher- und Bäckergesellen die Czechen, von denen Meyers Konversationslexikon sagt: „Die tausendjährige Anstrengung, das eigene Wesen vor dem mächtigeren Deutschthum zu retten, hat den Czechen manchen Charakterzug aufgedrückt, der sonst den Slaven fremd ist. Misstrauen, Verschlossenheit und eine gewisse verbitterte, nationale Erregtheit. Seine Natur zeigt aber viele schöne Eigenschaften; er ist arbeitsam, tüchtig als Soldat und Beamter, hat natürlichen Verstand und rege Phantasie, fasst schnell, eignet sich leicht fremde Sprachen an und treibt gern Poesie und Musik.“ Die Entwickelung des Landes, in dem Landwirthschaft und Industrie in richtigem gesunden Masstabe vertheilt sind und das die Schatzkammer Oesterreichs genannt wird, beweist die Richtigkeit obiger Charakteristik.

Den Czechen ist aber auch nicht gestattet und wird höchst missfällig bemerkt, was anderen Nationen ohne weiteres als ihr gutes Recht zugestanden wird. Wenn deutsche Turnvereine in Oesterreich die Preussen willkommen heissen, so wird man darin nichts Auffälliges finden. Wenn aber czechische Turnvereine die stammverwandten Russen, Polen, Serben u. s. w. begrüssen, so ist dies ein grosses Verbrechen. Wird dabei noch die Freundscheft mit Russland erwähnt, ein Staat, dem Oesterreich im Gegensatze zu Preussen vieles zu verdanken hat und der sich stets als treuer und verlässiger Freund erwiesen hat, so ist dies auch schon „Landesverrath“. Wenn dagegen die Alldeutschen unter dem Schutze der Immunität im Parlamente die Feinde des Vaterlandes anrufen und dieses, wie die Religion und das Kaiserhaus mit Koth bewerfen, entrüstet sich die jüdisch-deutschnationale Presse niemals. Nie wird man ähnliches von den

Czechen gehört haben, sondern, von der Verirrung beim Beginn des 30jährigen Krieges abgesehen, haben sie stets ihre Loyalität in hervorragender Weise bewiesen. Wer die glorreiche Geschichte der österreichischen Regimenter durchblättert, der wird finden, dass die Czechen stets zu den Elitetruppen der herrlichen österreichischen Armee gezählt, dass sie Wunder der Tapferkeit und Hingebung an das Vaterland vollbracht und eine Reihe der unsterblichsten Heerführer gestellt haben, — war doch die Heldengestalt des Vaters Radetzký aus ihrem Volke.

Und wenn die Czechen in ihrem Patriotismus keine Freunde des Bismarck'schen Dreibundes sind, sondern mit den Franzosen sympathiesiren, wohlverstanden mit den ehrlichen ritterlichen Franzosen, nicht mit den dreyfusistischen Judenknechten, wer kann ihnen hiezu das Recht absprechen? Oder bedingt die Gegnerschaft gegen den Dreibund in Oesterreich einen Mangel an Patriotismus? In den Augen der verschiedenen Judenpapiere, die heute die Politik in Oesterreich machen, vielleicht ja! Und wäre es unbegreiflich, wenn angesichts der Haltung der deutschen Presse den österreichischen inneren Kämpfen gegenüber, in den Czechen das Gefühl des Misstrauens erwachen würde?

Wer die Ereignisse der letzten 5 Jahre in Oesterreich klar beobachtet hat, der kann die Bemerkung nicht unterdrücken, dass die Hand Judas den Streit hervorgerufen hat und unablässig schürt. Als Bürgermeister Dr. Lueger in Wien die Seinen von Sieg zu Sieg führte und wie die Hauptstadt, so auch das flache Land zu nehmen drohte, als die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenschlusses aller ehrlichen Parteien mit den Jungczechen zu einer grossen Arbeitspartei im Parlamente, die auch dem Judenthume tüchtig an den Kragen gegangen wäre, bestand, da wurde der bekannte Zankapfel wieder unter die Völker geworfen, in den sich nicht zuletzt die Deutschen krampfhaft hinein verbissen haben. Wann werden dieselben endlich einsehen, dass alle christlichen Völkerschaften ihre Freunde im Kampfe gegen den wuchernden, ausbeutenden und korrumpirenden Geist

des jüdischen Semitismus sein müssen, wann werden alle österreichischen Patrioten einsehen, dass nicht eine deutsche Hegemonie, sondern nur ein gerechter Ausgleich auf Grund der Gleichberechtigung aller Nationen, wie er in der Verfassung garantirt und durch die Humanität und die Vernunft bedingt ist, den ersehnten Frieden bringen und Oesterreich den ihm gebührenden ersten Rang im Rathe der Nationen sichern kann?“

Merkwürdig ist es, dass böhmische Blätter diese Stimme des „B. V.“ reproducirten, aber nur den Eingang, sobald sie an die Stelle über die Judenpresse kamen, brachen sie plötzlich ab. Ja wir wollen darüber den Schwamm wischen, sonst würden wir ein eigenes Kapitel schreiben und die Sache hätte kein Ende.

Das böhmische Volk hat seine guten Eigenschaften, es ist geistig begabt, arbeitsam und auch sparsam. Böhmische Theologen in Rom bekommen bei den internationalen Wettbewerben alle Jahre ihre Preise, was selbst dem Papst Leo XIII. aufgefallen ist. Das böhmische Volk hat seine geistige Potenz besonders auf dem Gebiete der Kunst bewiesen, reproducirende Künstler wie Jan Kubelík, der böhmischer Abstammung ist, wurde selbst von der deutschen Presse zu einem überirdischen Wesen gestempelt, die Brüder Ondříček, Kocian und andere Künstler vom Weltruf sind böhmischer Nationalität. Mit der Lyrik der Kompositionen des Smetana kann sich kein Komponist auf der ganzen Welt messen. So könnten wir auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft hervorragende Arbeiter nennen, welche der böhmischen Nation entstammen und so von ihr das Zeugniss geben, dass das böhmische Volk auf dem Gebiete der geistigen Arbeit sich mit jeder anderen Kulturnation wohl messen kann trotz allem Spott und Verleumdung seitens der Judenpresse und der deutschnationalen und alldeutschen Pressorgane.

Warum wird von dieser Presse das böhmische Volk systematisch in den Koth gezerrt und anderwärts in Wien in verrufenen Lokalitäten von „Sängern“ in Spottliedern öffentlich beschimpft (Spottlieder „Servus Březina“ und andere, die sogar in der Hofoper Anspielungen finden) und dem Hohn preisgegeben?

Das hat alles seinen Zweck. Die Söhne des böhmischen Volkes sollen von allen Stellungen im Staate und in der Kirche verdrängt, beziehungsweise diese Stellen ihnen unzugänglich gemacht werden, es wird ihnen so das Kainszeichen der böhmischen Abkunft auf die Stirn künstlich aufgedrückt, so ein „Sauböhme" darf sich um nichts bewerben trotz Staatsgrundgesetze. Preussische Staatsangehörige finden in den vorwiegend deutschen Landestheilen in Böhmen, Mähren, Schlesien, dann in Wien massenhafte Anstellungen, in den Fabriken, Berkwerken, bei den Eisenbahnen ist alles von Preussen voll.

Es werden ihnen gerade die besten Beamtenstellungen zugewiessen. Jährlich werden in Oesterreich auf diese Art 1000 Reichsdeutsche naturalisiert. Reichsdeutsche Pastoren laufen unkontrolliert über die Grenzen nach Oesterreich, Predigtstationen wachsen wie die Pilze und politische Behörden Oesterreichs beeilen sich durch ihre Gegenwart bei den Grundsteinlegungen den Glanz zu erhöhen. Eine solche selbstmörderische Politik wird in keinem Staate auf der ganzen Welt betrieben, selbst Mandarine in China würden sich dafür schämen. Die Söhne der heimischen böhmischen Nation müssen in der Fremde ihr Brod suchen. Hier zu Hause ist alles durch Protektion vergeben und besetzt. Der Beruf der Rechtsanwälte, die Medizin, öffentliche Staatsstellen werden von den Söhnen Judas in erster Reihe occupiert.

Es studierten im Wintersemester des Jahres 1899 bis 1900 in Wien 1570, Graz 35, Insbruck 2, Prag deutsche Univ. 413, böhmische 74, Lemberg 398, Krakau 24, Czernowitz 169, zusammen 2872 Juden, 16·7% aller Studierenden, obzwar die Juden Oesterreichs nur 4·69 Procent der Gesammtbevölkerung ausmachen.

An den technischen Hochschulen waren im Jahre 1900 insgesammt 949 Juden, das ist 17·8% aller Studierenden. Katholiken waren 3996 eingeschrieben. Die Juden stellen demnach 4mal so viel Studierende auf als die Christen. Davon wissen die Deutschnationalen und Schoenerianer nichts, da müssen sie schweigen. Das böhmische Volk hat auch seine Fehler,

die ihm schon vor mehr denn 1000 Jahren Cosmas und andere Geschichtsschreiber vorwarfen, Leichtsinn, Vergnügungssucht, Sorglosigkeit für die Zukunft, Zerfahrenheit unter sich, Undankbarkeit gegen die besten Söhne und Arbeiter des Volkes. Ein Volk, welches der Sittenlosigkeit in die Arme fällt, ein Volk, das sich der Genussucht hingibt, braucht erst nicht auf einen fremden Bedrücker zu warten, es geht von selbst zu Grunde.

Wer demnach das Volk zur christlichen Lebensweise, zur Sparsamkeit, keuschem enthaltsamen Leben, welches die Grundlage der Familie bildet, zur Arbeitsamkeit, zur christlichen Tugend in jeder Art erzieht, wie es katholische Priester kraft ihres Berufes thun, der ist der wahre Wohlthäter und Führer des Volkes.

Ein tugendhaftes, gläubiges, enthaltsames, sparsames und sittenreines Volk kann von einem äusseren Feind nicht ausgerottet werden, denn es hat eine innere Kraft in sich, die ihm Niemand rauben kann.

Dagegen ein demoralisiertes, ungläubiges, arbeitsscheues und niederen Genüssen ergebenes Volk geht von selbst zu Grunde, es braucht nicht erst vom äusseren Feind angegriffen und ausgerottet zu werden.

Wer demnach sein Volk von diesen Fehlern freimachen will, wer es zur Religion und Sittsamkeit führt, der ist der grösste Wohlthäter des Volkes. Das böhmische Volk ist nun ein Gegenstand des Hasses. Deutschnationale Fanatiker predigen überall seine Ausrottung ohne auch im geringsten von den Behörden daran gehindert zu werden. Arbeitet doch der Staat selbst an der Verdeutschung der böhmischen Länder, das Eisenbahnministerium in Wien übersetzt ins Deutsche alle auch die entlegensten böhmischen Dörfer, ob es nun eine Kostelní Lhota oder Dolní Lhota ist, so wird für die Zukunft von Wien aus für den preussischen König gearbeitet. Ein starkes böhmisches Volk ist der beste Schutzwall für ganz Oesterreich vor dem Eindringen der preussischen Macht und nur die Verblendung der massgebenden Faktoren in Wien will diese Wahrheit nicht erkennen. Oder ist der Hass gegen das böhmische Volk in Wien grösser als der Trieb nach der Selbsterhaltung, nach

der Unabhängigkeit, nach Freiheit, die doch durch jedes Anwachsen der preussischen Macht in Wien selbst bedroht sind? Oesterreich wird und kann für die Zukunft und auf die Dauer nur dann bestehen, wenn seine Regierungsmächte die Liebe der Völker erwerben, und das kann nur geschehen, wenn einem jeden Volke in Oesterreich nach gleichem Masse gemessen wird, einem jeden das Seine, es darf keine bevorzugten und privilegierten und keine unterjochten Bürger geben.

In Čáslav ereignete sich folgendes Ende Juni 1903. Es wurden 36 Mann der dortigen Landwehrbesatzung in den Tabakverlag des Juden Weiner geschickt, um den Kommisstabak abzuholen. Ein Soldat ahmte die jüdische Mundart nach in Gegenwart des Juden Weiner. Dieser Jude beschwerte sich beim Führer und da derselbe darauf nicht reagirte, lief er gleich zum Obersten Müller von Eck. Dieser Herr gab gleich einen Regimentsbefehl heraus, dass es eines Soldaten unziemlich sei die Juden zu verlachen. Der Soldat bekam 10, der Führer 20 Tage Kasernenarrest. Uns ist dieser Eifer des Obersten Müller von Eck für den Judenschutz sehr verdächtig. Aber abgesehen davon, wir sehen, dass ein Jud nicht einmal scherzweise beleidigt werden darf, das trägt gleich den Christen Kerkerstrafen zu. Was müsste denn erst geschehen, wenn die ungezählten Verbrechen, welche Tag um Tag an böhmischen armen Arbeitern, Kindern, Mädchen und Frauen verübt werden, weil sie nicht zur deutschen Nationalität zugehören, gestraft werden sollten? Wo ist hier eine Sühne? Der fanatische Hass der Deutschnationalen zur Ausrottung des böhmischen Volkes findet seine Stütze an der Hinterwand, welche eben das deutsche Reich bildet. Wer bürgt nun dafür, dass das heutige Deutschland geeint bleibt, wie es Bismarck geschaffen hat? So sprach Bebel am 22. Januar 1903 im deutschen Reichstag unter anderem Folgendes.

„Der vorliegende Etat bedeutet ein vollständiges Débacle. Aehnliches ist wohl noch bei keinem Staate vorgekommen, dass die laufenden Ausgaben von den Einnahmen nicht gedeckt werden. Selbst wenn die Budgetkommission alle Künste spielen lässt, wird sich

die Zuschussanleihe höchstens um zwei Drittel erniedrigen lassen. Diese Anleihe steht in striktem Widerspruch zur Verfassung. Ich sehe es schon kommen, dass noch vieles mit der Verfassung in Widerspruch stehen wird. Dann wird es ebenso gehen wie mit der Geschäftsordnung im Reichstage. Selbst Freiherr v. Rheinbaben hat im preussischen Landtag erklärt, so könne es im Reich nicht weitergehen. Die Regierung, das ist klar, hoffte nur auf die Einnahmen aus dem Wuchertarif. Sie werden aber nicht ausreichen. Die Erhöhung der Zölle wird etwa 240 bis 250 Millionen Mark mehr einbringen. Aber auch diese Summen werden nichts verschlagen. Es ist unmöglich, dass wir in Deutschland, selbst wenn der Wohlstand noch bedeutend anwächst, die Lasten für ein Heer und eine Marine ersten Ranges tragen. Früher hat das selbst das Centrum anerkannt. Der Abg. Schädler meinte: der deutsche Adler müsse über alle Meere seine schützenden Schwingen breiten. Einer solchen Aufforderung nach oben bedurfte es gerade noch! (Heiterkeit.) Das Wort von Wettkriechen vor Russland gilt noch immer. Wie steht es mit dem Flaggentelegramm, das auf der Revalreise abgesandt ist? Es soll gelautet haben: „Der Admiral des Atlantischen Oceans sendet seinen Gruss dem Admiral des Stillen Oceans“ oder nach anderer Lesart: „Der Beherrscher der westlichen Meere sendet seinen Gruss dem Beherrscher des Stillen Oceans.“ Die Antwort soll sehr kühl gelautet haben: „Glückliche Reise!“ (Lachen links.) Soll über solche Telegramme die öffentliche Meinung in England nicht empört sein? Was haben wir denn für einen Grund, gegen die Stellung eines Monarchen anzukämpfen? Wir sind Gegner der Monarchie, aber damit noch lange nicht Gegner seiner Person. Der Fürst repräsentirt eine sociale Position, in die er durch glückliche Umstände, meinetwegen auch durch sein eigenes Verdienst gekommen ist. Wenn er an etwas unschuldig ist, so ist er es an seiner Geburt; er ist in seine Stellung hineingekommen durch den Zufall der Geburt, weil er der Erstgeborene war. Wenn der Fürst als Mensch menschlich ist, persönlich seinen Gegnern nicht ge-

hässig entgegentritt, so werden wir ihm persönlich nicht entgegentreten. Die Monarchie ist eine Institution und keine Person. So wenig wir den Einzelnen für die bürgerliche Gesellschaft verantwortlich machen, so wenig machen wir den, der zufällig auf dem Throne sitzt, für die Monarchie verantwortlich. Ich bestreite auf das allerentschiedenste, dass das Centrum jemals die jetzige Bedeutung im deutschen Reich erlangt haben würde ohne den Kulturkampf. (Sehr wahr!) Ebenso mit dem Socialistengesetz! Herr v. Kardorff, der ja die Eigenschaft hat, dass er sich auf besondere Ideen grimmig verbeisst, wie auf die Idee der Silberwährung (Heiterkeit), hat sich für ein Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie ausgesprochen. Er hält es vielleicht für einen Akt der Pietät, als einzige schon geborstene Säuse (Heiterkeit) in diesem Reichstag das Programm zu vertreten, dass sein verstorbener Freund Stumm so hartnäckig vertreten hat. Aber genützt hat das Socialistengesetz nicht Ihnen, sondern uns! Redner führt dies an der Hand der Wahlstatistik näher aus und bemerkt weiter: Ich schätze jede Kaiserrede auf 100.000 Stimmen Gewinn für uns. (Grosse Heiterkeit.) Wenn diese Reden im Inlande nichts nützen, sondern sogar noch schaden — glauben Sie vielleicht, dass sie im Auslande Nutzen stiften? Glauben Sie, es macht im Auslande einen Eindruck, wenn alle Augenblicke der deutsche Kaiser die stärkste Partei Deutschlands heftig bekämpft und sie als den inneren Feind bezeichnet, der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und seines Thrones hinarbeitet? (Sehr wahr!) Nun kommt auch der Kronprinz des deutschen Reiches! (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Dieser junge zwanzigjährige Herr redet auch von der Partei der Elenden! Was hat denn der für Verdienste, dass er überhaupt sich herausnehmen kann, in diesem Tone über die Socialdemokratie zu sprechen? (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. Präsident Graf Ballestrem hat sich erhoben.) Wir ärgern uns nicht darüber, schliesslich wird der Name ein Ehrenname werden (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), genau so wie es mit dem Namen „Hausen", gleich

Bettler, wurde! Vielleicht beschliesst nächstens die socialdemokratische Partei, wir nennen uns künftig Partei der Elenden."

Der Abgeordnete Vollmar sagte in seiner Rede am 20. Januar 1903 im deutschen Reichstag folgendes:

„Obwohl ich Social-Demokrat bin, bin ich weit entfernt, unsere auswärtigen Beziehungen lediglich aus dem kleinlichen Gesichtspunkte anzusehen, dass ich darüber Freude empfinde, wenn eine uns entgegenstehende Reichsregierung möglichst ungeschickt ist und Missgriffe begeht und dadurch nichts weniger als Lorbeeren in der äusseren Politik einheimst. Ganz im Gegentheile! Ich meinerseits würde es sehr begrüssen, wenn ich einmal in die Möglichkeit versetzt würde, in der äusseren Politik des Reiches etwas Gutes und für das deutsche Volk Erspriessliches und Erfreuliches finden zu können. Aber wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist leider von einer guten, anerkennenswerthen Politik sehr wenig oder vielmehr gar nichts zu bemerken. Man sieht in der äusseren Politik durchaus einen Mangel an festen Zielen, ein fahriges Wesen, das alle Augenblicke wetterwendisch den Cours zu wechseln bereit ist, das jeden Augenblick neue Improvisationen in Aussicht stellt und in beinahe aufdringlicher Weise sich an fremde Regierungen heranwirft. Wir Social-Demokraten sehen die Lage für gesicherter an, als sie seit Langem war, und wir werden die Consequenzen daraus ziehen, indem wir noch mehr als bisher wirken für eine Einstellung der ins Wahnwitzige gehenden Rüstungen von heute und für eine fortschreitende Umwandlung des aggressiven stehenden Heeres in das defensive Volksheer."

Das Wachsthum der Socialdemokraten in Deutschland ist an folgenden Zahlen ersichtlich.

Jahr der Wahl in den deutschen Reichstag	Zahl den gültig abgegebenen Stimmen der Socialisten	Zahl der socialistischen Abgeordneten
1871	117.893	2
1874	349.078	9
1877	481.008	12
1878	420.662	9
1881	335.300	12

1884	507.800	24
1887	637.300	35
1890	1,323.200	36
1893	1,782.700	44
1898	2,107.100	57
1903	3,078.000	82

Werden die Socialdemokraten nun das Deutsche Reich sprengen? Der erste Satz des Programmes der Socialisten, welche zu Eisenach in den Tagen vom 7., 8. und 9. August 1869 tagte, lautet:

„Die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung eines freien Volksstaates.“ Man vergleiche doch damit Bebels Rede. Derselbe Bebel ist auch an den Verhandlungen von Eisenach unterschrieben.

Man kann also nicht wissen, welchen inneren Gährungen Deutschland entgegengeht. Damit wären aber die Pläne der Alldeutschen in Frage gestellt.

Wie dem auch sein wolle, Oesterreich braucht für seinen weiteren Bestand den inneren Frieden und dieser ist nur dann möglich, wenn alle Nationen gleiches Recht geniessen werden. Dem Rechte voran aber geht die Nächstenliebe. Diese aber gedeiht nur dort, wo Christi Religion in den Herzen der Menschen lebendig ist.

Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Wer ist mein Nächster? Es gieng ein Mann nach Jericho und wurde auf dem Wege von Räubern überfallen, verwundet und auf den Weg geworfen. Da gieng ein Levit, ein Priester vorüber, sie achteten seiner nicht, da kam ein Samaritaner, dieser nahm sich seiner liebevoll an. Wer ist mein Nächster? Auch ein jeder Gauner, Schurke, Mörder, Frauenschänder, Betrüger, wenn er nur deutscher Abstammung ist, soll ich ihn lieben und bevorzugen?

Wer ist mein Nächster?

Soll ich einen braven, fleissigen redlichen Arbeiter auf die Strasse werfen, weil er nicht deutscher Abstammung ist, und weil es Deutschnationale so verlangen?

Soll ich mir eine diebische Magd im Hause lassen, weil sie deutsch ist und die fleissige, ehrliche, weil sie böhmisch ist, verjagen?

Wenn die Menschen wahrhafte Christen wären, wenn sie überall die Gebote der Religion erfüllen möchten, dann gebe es überhaupt keine sociale Noth und auch keinen nationalen Hass, alle hätten das Nothwendige zum Lebensunterhalt.

Staaten und Völker kommen und vergehen und nur Gottes Gerechtigkeit hält ewig Stand.



INHALT:

Druckfehler.

Im Text haben sich einige Druckfehler eingeschlichen, die aber von solcher Beschaffenheit sind, dass sie jeder Leser ohne Mühe selbst wird corrigieren können.

